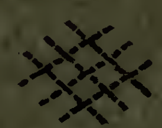
Dr. JOSEPH S. BLOCH



ERINNERUNGEN AUS MEINEM LEBEN



R. LÖWIT VERLAG, WIEN u. LEIPZIG













ERINNERUNGEN

AUS

MEINEM LEBEN

VON

DR. JOSEPH S. BLOCH

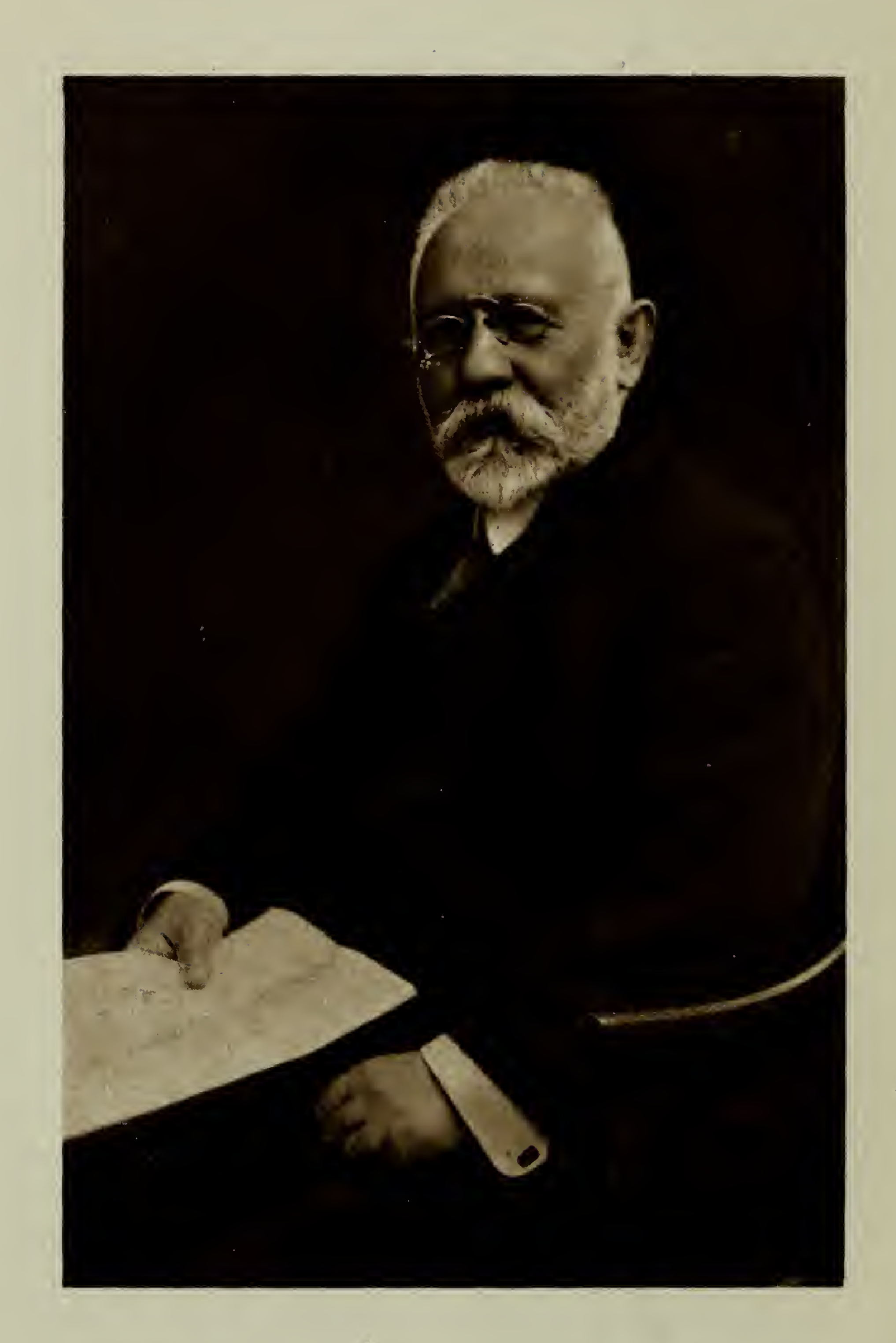


1922

R. LÖWIT VERLAG
WIEN UND LEIPZIG

ERSTES UND ZWEITES TAUSEND





Dr Iwan Bloch

MEINEM BRUDER

MORRIS

IN TREUER ZUNEIGUNG

GEWIDMET



In Trianon, dem reizenden französischen Schlosse, in dem einst die leichtsinnigen und glücklichen Höflinge des Kaiserreiches ihre Schäferspiele hielten, dessen Prunkräume nach Beendigung des grausigen Weltmordens den Schlußszenen der Zertrümmerung des alten Habsburgerreiches Schaubühne waren, findet sich in der Mitte des Parkes eine Sonnenuhr, welche die Inschrift trägt: Horas non numero, nisi serenas, was auf Deutsch lautet: „Ich zähle nur die heiteren Stunden."

Wir alle tragen eine solche Sonnenuhr ständig mit uns herum, die Erinnerung, und ich glaube, daß es eine besondere Gabe der Götter, eine besondere Gnade des Himmels ist, daß auch unsere Sonnenuhr sich zuletzt nur der heiteren, der glücklichen Stunden erinnert, die — mit den Jahren — in einem immer herrlicheren Glanze erstrahlen, während alles, was trübe und düster war, nach und nach von dem feinen grauen Schleier des Vergessens gedeckt wird.

Und wenn ich heute zurückblicke und die Jahre, die vergangen sind, sich wie die Allee eines Parkes dahinstrecken, an deren Ende die Sonnenuhr der Erinnerung steht, dann sind es besonders zwei Ereignisse meines Lebens, die in einem goldenen, ungetrübten Glanze vor mir liegen und mein Herz noch in der Erinnerung erwärmen; es sind meine beiden Besuche in New York im Hause meines Bruders.

Zum ersten Male bin ich im Jahre 1912 in New York gewesen, um der Hochzeit der jüngsten Tochter meines Bruders beizuwohnen. Wenn ich je ein ideales Heim gefunden, dann war es das Haus dieses Bruders. Kinder und Eltern lebten alle miteinander in einem Verhältnis der Herzlichkeit, der gegenseitigen Liebe und Anhänglichkeit, das man nur mit dem Worte „patriarchalisch" bezeichnen kann. Und im Mittelpunkte dieses Heimes, im Mittel punkte dieses absolut idealen Familienlebens stand meine Schwägerin, eine wundervolle Frau, deren Bild mir nie aus dem Gedächtnisse

entschwinden wird. Nur die Feder eines Dichters könnte dieser Frau in vollem Maße gerecht werden. Nicht nur, daß sie durch große körperliche Vorzüge ausgezeichnet war und in ihrer stattlichen Schönheit jedem Besucher als eine wahrhaft imponierende Erscheinung entgegentrat; nicht nur daß sie Weltklugheit und Geschäftstüchtigkeit in höchstem Maße besaß, sie war auch überdies und vor allem bemerkenswert durch die erlesenen Tugenden ihres Herzens. Ihre Wohltätigkeit war ungewöhnlich, ihre Teilnahme und ihr hilfreiches Interesse galten jedem Notleidenden, von dem sie nur hörte, ihre Hand war stets zum Geben geöffnet und sie gab mit einer solchen Liebe und Freundlichkeit, daß der Empfangende doppelt und dreifach beglückt wurde. Vor allem aber besaß sie eine wundervolle, pietätvolle Anhänglichkeit an ihre Vaterstadt. Nie versäumte sie dorthin Gelder zu senden, Individuen und Anstalten zu unterstützen, und wenn immer sie in Europa war, besuchte sie Dukla, wie hart und beschwerlich die Reise auch sein mochte. Diese Frau, deren hebräischer Name מלכה *„Königin" bedeutete und die wie eine wahre Fürstin von Gottes Gnaden in ihrem Hause waltete, war meine Wirtin an jenem unvergeßlichen ersten Besuche in Amerika, und unter solchen Umständen ist es kaum zu verwundern, daß dieser Besuch mir als eine sonnige Zeit meines Lebens in Erinnerung geblieben ist. Ich schrieb nach meiner Rückkehr nach Europa ein kleines Buch über meine damaligen Reiseeindrücke und setzte an seine Spitze den lieben Namen dieser edlen Frau, um ihr ein wenig all die Liebe zu vergelten, die sie mir erwiesen.*

Jahre vergingen. Ein furchtbarer Krieg zerfleischte Europa, besonders Österreich, und Galizien blutete aus tausend Wunden. Da kam mein Bruder nach Europa, um mit Hintansetzung aller persönlichen Geschäfte und alles eigenen Komforts ein Hilfswerk zugunsten der ostgalizischen Juden einzuleiten und als erster die Gaben Amerikas den leidenden Brüdern in der alten Heimat zu überbringen. Auf seinen Wunsch begleitete ich ihn auf seiner Rückreise nach New York, um dort im Kreise seiner und meiner Familie meinen siebzigsten Geburtstag zu begehen.

Vieles hatte sich leider auch in New York geändert. Die edle Herrin des Hauses, die mich vor Jahren so gastfreundlich auf-

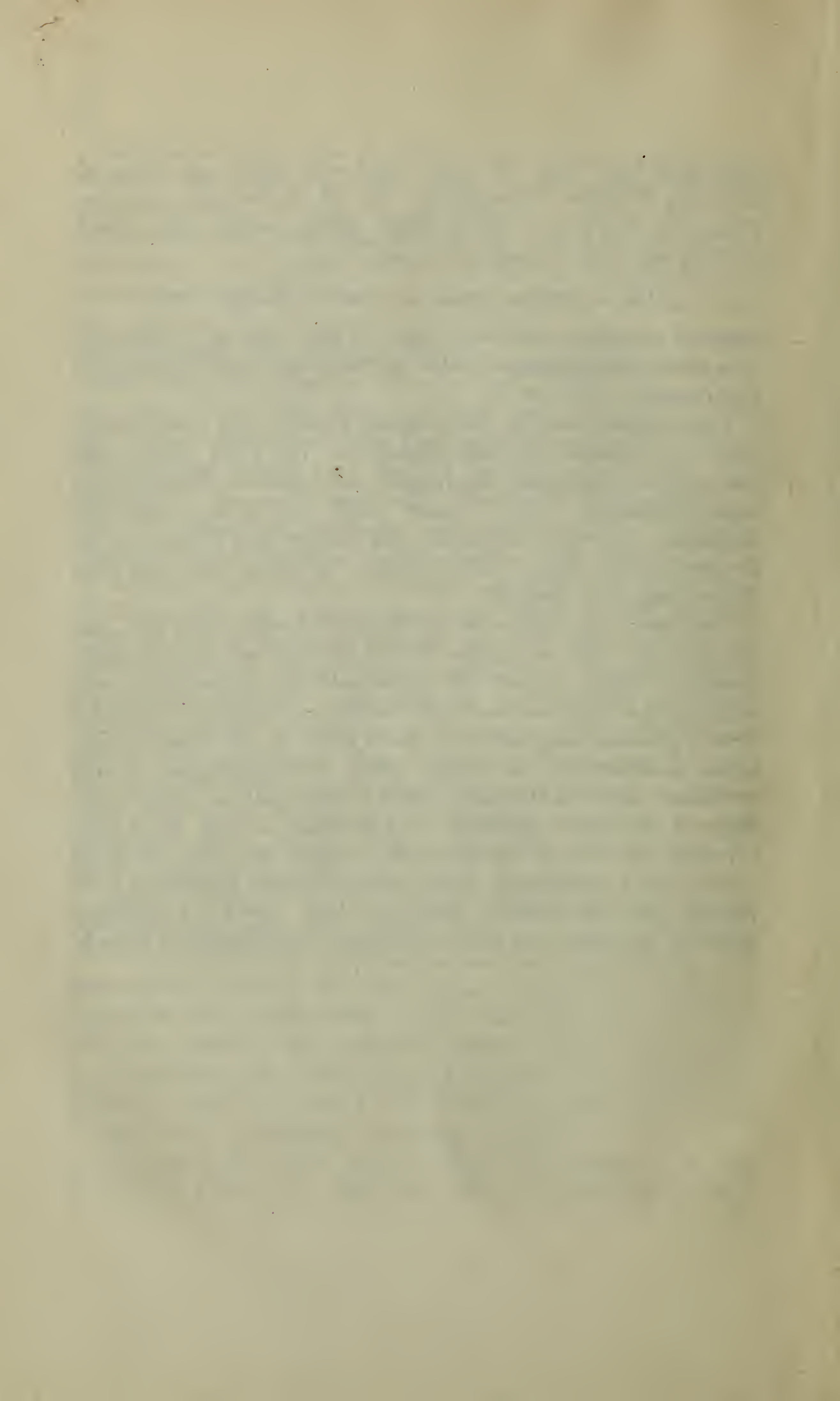
genommen hatte, ach, sie weilte nicht mehr unter uns, aber als ich ihren Töchtern entgegentrat, als ich beobachtete, wie diese Frauen im Geiste der entschlafenen Mutter lebten und wirkten, da kam mir das Talmudwort in den Sinn:

„Wie die Mutter getan, so wird die Tochter tun“

und mit Rührung und Trost sagte ich mir, daß nur die körperliche Hülle dahingegangen; aber der Geist der lieben Schwägerin und Freundin lebt fort.

Und umgeben von der Liebe meines Bruders und seiner Kinder habe ich wiederum herrliche Monate in New York verlebt und dort auch die Anregung empfangen, die folgenden Erinnerungen niederzuschreiben. Ist es daher nicht ein ganz natürliches Bedürfnis, das mich veranlaßt, nein zwingt, den Namen meines Bruders an die Spitze dieses Buches zu setzen und ihm diese Erinnerungen zu widmen?

Ihm, der mir immer in brüderlicher Liebe und Treue verbunden war, ihm, in dessen Haus ich zweimal die schönsten Stunden verlebte, welche die Sonnenuhr der Erinnerung mir bewahrt, ihm, der mir mehr als Bruder, der mir ein wirklicher Freund gewesen, ihm soll dieses Buch gehören. Die Frucht meiner ersten Amerikareise war seiner edlen, dahingegangenen Gattin gewidmet, die Frucht meiner zweiten Amerikareise gehört ihm. Möge er die Gabe empfangen in dem Sinne, in dem sie gegeben ist, nicht nur als ein Gastgeschenk, sondern als einen Ausdruck meiner treuen Zuneigung, meiner wirklichen und dankbaren Liebe für ihn und die Seinen, deren ich hier, durch ein Weltmeer getrennt, in steter und nie verblassender Anhänglichkeit gedenke.



Wanderjahre.

Ich bin am 20. November 1850 in Dukla, Galizien, geboren, wo meine Eltern eine Bäckerei betrieben, in der schwer gearbeitet wurde, bei Tag und bei Nacht, insbesondere von seiten meiner Mutter. Indessen konnten sie die Bedürfnisse des Lebens nur sehr dürftig erwerben.

Dukla ist eine jüdische Siedlung, doch pflegte man, soweit ich mich erinnere, immer einen christlichen Polen zum Bürgermeister zu wählen, wohl weil ein solcher es leichter hatte, bei dem Bezirkshauptmann Anliegen der Stadt vor- und durchzubringen. Seit meinem dritten Lebensjahr besuchte ich den Cheder, eine jener so oft gezeichneten privaten Unterrichtsstätten ohne Luft und Licht, die dem körperlichen Gedeihen der jungen Kinder so wenig förderlich sind. Im fünften Lebensjahre begann der Unterricht in der Bibel, natürlich mit einer Feierlichkeit, wie sie allgemein üblich war. Sechs Jahre alt, kam ich zu einem „Melamed" (Lehrer) für Talmud. Der Unterricht wurde in der Wohnung des Lehrers erteilt, in einem Zimmer, das gleichzeitig als Schlafstube, als Wohnstätte und als Unterrichtssaal diente. In diesem Zimmer weilte ich also den ganzen Vormittag, den ganzen Nachmittag und schließlich auch noch des Abends bis gegen zehn Uhr, mit Unterbrechung je einer Stunde für die Mahlzeiten. Es war mir jedoch nicht zu viel. Die dumpfen, düsteren Räume im Hause des Melamed hatte ich lieb gewonnen, nicht so sehr aus eitel Lernbegierde, als um nicht im elterlichen Hause verweilen zu müssen, denn mein Vater war gegen mich überaus streng und ich entzog mich gern seinem Anblick. Ich erinnere mich, im Alter von

sieben oder acht Jahren eine Flucht aus dem elterlichen Hause versucht zu haben. Die Gendarmen glaubten sich eine besondere Belohnung zu verdienen, wenn sie mich zurückführten; sie erhielten denn auch ein Glas Schnaps und ich eine umfängliche Tracht Prügel. Oft genug schützte mich mein Lehrer vor dem Zornausbruch des Vaters. Die „Melamdim", wie die Inhaber dieser Unterrichtsstätten genannt wurden, bevorzugten mich, und beim Semesterwechsel, wenn es galt, Kinder wohlhabender Familien für ihren Cheder zu gewinnen, führten sie mich in verschiedenen Häusern zur Prüfung vor als Beweis ihrer trefflichen Unterrichtskunst.

Mein „Melamed" wohnte vis-à-vis unserem Hause, und immer, wenn es galt, einen Korb voll Brot oder Semmeln nach dem Marktplatz zu tragen, wo meine Eltern eine Verkaufsstelle innehatten, wurde ich durchs Fenster mit lauter Stimme herbeigerufen; ich mußte dann den Talmudtraktat, gleichviel wo immer, unterbrechen und den schweren Korb auf den Kopf nehmen und nach dem Standplatz tragen. Verkäuferin war meine ältere Schwester, und wenn man einmal mich als Verkäufer hinstellte, hatte man wenig Freude daran. Ich erinnere mich, daß ich einmal den ganzen Vormittag auf dem Marktplatze zubrachte, ohne auch nur einen einzigen Kunden zu finden. Endlich aber war es mir gelungen, zwei Semmel an den Mann zu bringen und sofort verlangte ich um Nachlieferung eines neuen Korbes mit Semmeln, denn ich sah in meinem Geiste bereits meinen gesamten Vorrat ausverkauft.

Aus jener ersten Jugendzeit ist mir die Erinnerung an ein älteres Mädchen mit hinfallender Krankheit lebendig, das ich gelegentlich eines Besuches im nahen Heilbad Ivonicz gesehen. Jeden Sommer pflegte der als Heiliger verehrte Rabbi Chaim Halberstamm aus Neu-Sandez dieses Heilbad zu besuchen, und aus diesem Anlasse strömten von nah und fern nach Ivonicz alle, die irgend eine Not oder ein Kummer bedrückte oder die an irgend einer Krankheit litten. Der Rabbi von Neu-Sandez, hofften sie, werde durch sein Gebet und seinen Segen ihnen sicherlich helfen. Unter den vielen, die vom Rabbi Hilfe erwarteten, war auch das erwähnte epileptische Mädchen. Es ge-

schah oft, daß sie plötzlich auf der Straße niederfiel, und wenn sie dann bewußtlos dalag, sang sie mit lauter, heller Stimme die schwierigsten hebräischen Piècen aus der Liturgie zu den hohen Feiertagen, Partien, die sie im wachen Zustand kaum zu lesen imstande war. Einmal fand ich sie im nahen Walde liegend, umringt von Straßenjungen, die staunend ihrem lauten Gesang lauschten. Die Unglückliche galt als „besessen" von dem bösen Geist irgend eines verstorbenen Kantors, der sie solcherart plagte und von dem der Rabbi aus Neu-Sandez sie befreien sollte. Ob er sie geheilt hat, erfuhr ich nie. Die Erinnerung an dieses unglückliche Mädchen war in meinem Gedächtnis jahrelang haften geblieben, und ich versuchte mir später das Phänomen in der Weise zu erklären, daß sie mit erblichen Erinnerungen belastet war, die erst in bewußtlosem Zustande in ihrem Gehirn wirksam wurden.

Bald nach meiner Barmizwah-Feier verließ ich das elterliche Haus, oder richtiger, wurde ich entlassen — unglücklicherweise mit zwei Gulden in der Tasche, die ich noch vor Verlassen der Stadt verlor. Ich erhielt wohl keinen Ersatz, dafür aber von meinem Vater die üblichen Schläge. Es begann nun für mich eine große, mehrere Jahre hindurch andauernde Wanderzeit. Ich zog durch verschiedene galizische Städte, zunächst ohne in irgend einem Orte länger zu verweilen. Es lag in mir eine gewisse Unruhe, die mich von Ort zu Ort trieb. Mein ständiges Quartier in jeder Stadt war das Beth-Ha-Midrasch, wo ich stets auf einer der Bänke schlief. Ich war indessen nicht der einzige, der hier nachtete. Um den warmen Platz in der Nähe des Ofens fanden förmliche Schlachten statt, und nicht immer war ich der Sieger. So verbrachte ich die ersten Wanderjahre in Not, doch ohne — Heimweh.

Das Talmudstudium war dazumal in Galizien sehr gepflegt; das Beth-Ha-Midrasch hatte zahlreiche Besucher. Männer verschiedensten Alters, man kann sagen aller Berufsschichten, saßen hier über Talmudfolianten viele Stunden des Tages und jeden Donnerstag auch die Nacht hindurch. Hier unternahm ich nach einiger Zeit, wenn das Beth-Ha-Midrasch einmal besonders zahlreich besucht war, eine Art Vorstellung zu geben.

Ich forderte die Leute auf, aus den Hunderten und Hunderten von Sforim (Büchern) in den zahlreichen Bücherschränken zwei beliebige auf den Tisch hinzulegen, mögen sie noch so verschieden sein nach Inhalt und Zeit und ich erbot mich, nach zehn Minuten Zusammenhänge zwischen ihnen aufzuzeigen, sei es, daß in bestimmten Materien sie einander widersprechen, sei es, daß sie einander ergänzen, so daß schwierige Stellen und Fragen in dem einen Werk durch Zitate und Stellen in dem anderen ihre aufhellende Antwort finden. Diese Leistung erregte stets große Verwunderung und man machte sich den Spaß, die heterogensten Werke zu verkoppeln, z. B. einen Talmudtraktat über Tempelopfer mit einem über Zivilprozesse; oder, wie es einmal geschah, man brachte Responsen der Gaonim aus dem achten und ein Responsenwerk aus dem siebzehnten Jahrhundert. Ich löste die Aufgaben mehr oder weniger spitzfindig, allein Zusammenhänge wichtiger Art wurden immer gezeigt. Nach der Vorstellung erfolgte gewöhnlich ein Absammeln und ich erhielt einige „Sechserln“ (d. h. Zehnkreuzerstücke). Trotzdem war ich auf Unterstützungen angewiesen, und ich blieb an keinem Orte mehr als einige Monate. Längeren Aufenthalt nahm ich in der Stadt Sambor, wo ein emeritierter Kreisrabbiner, Wittmayer, eine talmudische Kapazität ersten Ranges, der als wohlhabender Mann vom Amte sich zurückgezogen hatte, täglich einige bevorzugte Jünger zum Talmudstudium um sich versammelte, mich gerne bei sich sah und sehr zufrieden war, daß ich einem seiner Enkel mich anfreundete. Mit diesem seinem Enkelsohn saß ich denn häufig in einem besonderen Zimmer beisammen — Großvater vermutete beim Talmudstudium — in Wirklichkeit aber las mir dieser Enkelsohn die Geschichte Napoleons vor, ich glaube aus einer deutschen Übersetzung des Thiersschen Werkes. Gegenstand unserer Unterhaltung jedoch bildeten hie und da die Mahlzeiten Großvaters. Der alte Kreisrabbiner Wittmayer, eine patriarchalische Gestalt mit weißem Bart und klugen Augen, war in der Tat ein Eßkünstler. Er hatte sich eine eigene Art Speisenfolge zurechtgelegt, so daß z. B. manche Gerichte gemeinsam aufgetragen werden mußten; er aß gerne und ver-

zehrte große Dimensionen, was wir verstohlen und mit Verwunderung beobachteten.

Eines Tages brachte mir eine Vorstellung im Beth-Ha-Midrasch einen ungewöhnlich reichlichen Ertrag, eine ganze Tasche voll mit „Sechserln“ und ein besonderer Bewunderer meiner Leistungen schenkte mir außerdem einen gestrickten Geldbeutel. Da traf ich auf der Straße zufällig ein Fuhrwerk, das, wie ich auf Befragen erfuhr, eine kranke Dame nebst Begleitung nach Lemberg in ein Spital bringen sollte. Ich ersuchte den Fuhrmann, mich mitzunehmen, und nach langem Handeln wurden wir über den Fahrpreis von sechs Sechserln einig, worauf ich rückwärts im Wagen auf einem Hafersack aufsitzen durfte. Der Mann bemerkte aber meinen Geldbeutel mit den Silbersechserln und auf dem Wege, wenn immer er Brückengeld zu zahlen hatte, verlangte er, ich solle ihm den Betrag hiezu leihen. Und so gab ich ihm nacheinander so oft und so viel, daß der Beutel schließlich leer blieb. Manchmal beschlich mich wohl die Sorge, ob ich das ihm vorgestreckte Geld zurückerhalten werde; ich schöpfte jedoch eine gewisse Beruhigung aus der Tatsache, daß es ein jüdischer Fuhrmann war. In Lemberg angelangt, forderte ich mein Geld zurück. Natürlich lachte er mir ins Gesicht, und als ich im Zorn drohte, einen auf dem Wagen liegenden Schirm zu zerbrechen, wenn er mir das Geld nicht zurückgebe, mißhandelte er mich derart, daß ich ohnmächtig auf der Landstraße liegen blieb, indes er auf und davon fuhr. So lag ich denn eine ganze Zeit da, laut heulend, bis endlich ein freundlicher Mann vorbeikam und sich erkundigte, was eigentlich vorgefallen sei. Ich erzählte ihm mein Mißgeschick, worauf er mich aufrichtete und mir einige Trostesworte zusprach: das Jammern helfe nicht, ich solle aufstehen und ruhig meines Weges gehen, was ich denn auch tat. In der Stadt angelangt, begegnete mir in einer der jüdischen Gassen ein junger Mann mit einem feinen Gesicht, der nur wenige Jahre älter sein mochte als ich. Er trug einen langen, seidenen Kaftan, eine kostbare Zobelmütze und mehr tänzelnd als gehend kam er auf mich zu, sofort fragend, wer und woher ich sei, und ob und was ich „gelernt“ hätte. Als die

gewünschte Auskunft erteilt war, stellte er an mich die weitere Frage, ob ich die von mir als „gelernt“ angegebenen Talmudtraktate „mit den Dafen“ kenne („Daf“, Folio — „Mit den Dafen kennen“ will besagen, daß man den Wortlaut jedes Folios derart im Gedächtnis hat, daß, wenn man über ein gewisses Folio in einem bestimmten Traktat gefragt wird, sei es am Anfang des Daf, am Schluß oder auch in der Mitte, man den Wortlaut der Stelle auswendig herzusagen weiß). Nach solcher Methode hatte ich bis dahin meine Talmudstudien allerdings nicht betrieben, doch sagte ich dem jungen Mann, er solle immerhin versuchen, an mich eine derartige Frage zu stellen. Der Zufall wollte, daß ich die verlangte Stelle wörtlich zitieren konnte, worauf mein neuer Freund mich sofort mit sich nahm und zu seiner Großmutter brachte, wo ich Brot und Milch erhielt. Er ging auch mit mir in das Beth-Ha-Midrasch und zu dem berühmten Lemberger Oberrabiner J. S. Nathanson, einem Manne, der berühmt war durch die Fülle, ja Überfülle seines talmudischen Wissens, das er in seinem erstaunlichen Gedächtnisse aufgespeichert hatte, der in weltlichen Dingen aber naiv war wie ein Kind. Als er gelegentlich einer politischen oder kommunalen Wahl vom Statthalter aufgefordert wurde, von der Kanzel herab die Leute zu ermuntern, zur Wahl zu gehen und regierungsfreundlich zu stimmen, zitierte er zur Bestärkung seiner Mahnung den Satz Ex. 14, 14, der im Text lautet: „Gott wird für euch streiten, ihr möget stille sein,“ indem er ihn in yiddisch folgenderweise übersetzte: „Gott wird für aach streiten, ihr aber sollt stimmen.“ Die Unterscheidung zwischen „stimmen“ im Sinne von „votieren“ oder im Sinne von „schweigen“, hat auch mich damals nicht besonders irritiert. Bald wurde ich ein bevorzugter Schüler Rabbi Nathansons und in seinem Responsenwerk Schoel Umeschiv, das eine Notorität in der talmudischen Welt genießt, wird meiner an verschiedenen Stellen gedacht. Indessen war meines Bleibens auch in Lemberg nicht lange und ich verließ die Stadt, um nach Brody zu Rabbi Schlome oder Salomon Klüger zu gehen, dessen Ruhm damals in jedem Beth-Ha-Midrasch erklang. Die Wanderung zu Fuß war ungemein beschwerlich und ich war

sehr herabgekommen. Kaum wußte ich, wie ich je mein Ziel erreichen sollte, als auf der Landstraße, die nach Brzezany führt, ein Wagen in Sicht kam, auf dem ein dickes, starkes Weib saß mit einem hohen, perlenbesetzten Stirnband am Kopfe, und ein langer, hagerer Mann mit einer ebenso langen, mächtigen Pfeife im Munde. Die Frau war, wie ich später vernommen, die Gattin eines wohlhabenden Kaufmannes in Brzezany. Sie hatte eine erwachsene Tochter, für welche eine Partie aus Tarnopol in Vorschlag gebracht worden war, und sie kam gerade von einem Besuche bei dem Heiratskandidaten, den sie durch ihren Begleiter, einen Talmudgelehrten, auf seine talmudischen Kenntnisse hin hatte prüfen lassen. Galizisch-jüdische Familien haben damals bei Verheiratung einer Tochter vor allem auf die Intelligenz und das Ausmaß des erworbenen Wissens bei dem ihnen durch Heiratsvermittler in Antrag gebrachten jungen Manne gesehen, der deswegen zunächst einer gründlichen Prüfung durch einen anerkannten Gelehrten unterzogen wurde. Auf dem Heimwege von der Expedition zur Prüfung eines Bachurs für ihre Tochter war auch die Frau auf dem Wagen, der mir begegnete. Das Resultat der Reise war nicht befriedigend. Ermattet, wie ich war, wandte ich mich an den Mann mit der Bitte, mich aufsitzen zu lassen; der aber verwies mich an das dicke Weib, das hinter ihm saß und dieses sagte sofort: „Nur wenn er lernen kann, soll er aufsteigen." Es kam denn also zu einem „Verhör". Der Prüfer schien befriedigt und schüttelte mit dem Kopfe. Er winkte der Frau zu und bald saß ich auf dem Wagen und erhielt zwei Äpfel. Die Frau brachte mich nach Brzezany und ich muß ihrer dankbar gedenken; sie nahm mich in ihr Haus, trotzdem ich furchtbar verwahrlost war, ich wurde von ihr gewaschen, gekämmt, gesäubert und während dieser Prozedur unterhielt sie sich mit mir und mischte in ihr Gespräch hebräische und talmudische Brocken; sie war in der Tat nicht ganz ununterrichtet. Ihr Familienname ist leider meinem Gedächtnis entschwunden, nur den Vornamen weiß ich noch, sie hieß „Eidel". Nach einigen Tagen brachte sie mich zu dem dortigen Rabbiner Isaak Schmelkes (nachmals Rabbiner in Lemberg) und führte mich mit fol-

genden Worten ein: „Rabbi, wie hieß der „Meharscho“? worauf er antwortete: „Schmuel Eidels.“ „Nun,“ fuhr sie fort, „da bringe ich Euch einen zweiten Schmuel Eidels. Der Bocher da heißt Schmul und ich heiße Eidel.“

So blieb ich denn in Brzezany und wohnte eine Zeit lang im Hause dieser guten Frau, die mich wahrlich nicht hungern ließ und erfreut war, wenn sie vom Rabbiner, bei dem ich täglich lernte, ein Wort der Anerkennung über mich vernahm. Rabbiner Schmelkes hatte einen einzigen Sohn von genialer Veranlagung, Aron, ein prächtiges, junges Menschenkind, an dessem Anblick sich ein jeder erfreute. Dieser Sohn wurde plötzlich von einem schweren Augenleiden befallen und man sandte ihn zur Großmutter nach Lemberg, wo es tüchtige Ärzte gab, die ihn behandeln sollten. Die Berichte wurden schließlich so günstig, daß Aron nach Hause zurückkehren konnte, nur durfte er die Augen nicht zu sehr anstrengen. Rabbiner Schmelkes nahm mich daher in sein Haus, damit ich seinem Sohne die talmudischen Werke vorlese, aber als dieser eintraf, ergab es sich, daß Aron der Bachur war, der sich meiner annahm, mit dem ich zusammen bei Rabbiner Nathanson „gelernt“. In dieser Position als Vorleser des genial veranlagten, augenleidenden Aron Schmelkes blieb ich länger als ein Jahr. Eines Tages jedoch kam das Verhängnis. Das Zimmer, in welchem Aron und ich den Tag über studierten, hatte einen großen verschlossenen Schrank mit allerlei eingesottenen Früchten. Den Schlüssel trug die „Rebbezin“ bei sich am Schlüsselbund. Aron erwischte einmal diesen Schlüsselbund, löste den vielversprechenden Schlüssel ab, nahm ihn zu sich, kam in das Zimmer, versperrte es von innen, öffnete den Schrank und wir verzehrten die Süßigkeiten in vollen Löffeln. Die Mutter bemerkte nur zu bald den fehlenden Schlüssel; eine Ahnung beschlich sie, sie eilte zu uns, fand aber zu ihrem Schrecken das Zimmer von innen zugesperrt. Sie klopfte, tobte, beschwor Aron, zu öffnen, er gab keine Antwort und löffelte weiter; endlich rief sie meinen Namen, ich soll und muß das Zimmer öffnen, doch Aron wehrte dem ab und ließ es nicht zu. Erst als des Guten genug geschehen war, ging Aron zur Tür,

sperrte auf und überreichte der Mutter den Schlüssel. Diese war natürlich wütend, allein an Aron, dem einzigen Sohn, konnte sie ihre Wut nicht befriedigen; ihre Erbitterung wandte sich darum gegen mich — zumal die Folgen der überreichlich genossenen Süßigkeiten bei Aron sich bald einstellten. So harrte ich denn nicht mehr der kommenden Dinge, sondern ließ mich nicht weiter sehen.

Meine nächsten Stationen waren Stanislau, Chorostkow und Czortkow, letzteres die Residenz des berühmten Chassidim-Rabbi David Mos. Friedmann, damals Oberhaupt der Dynastie Friedmann. Der Rabbi hat mir stets ein hohes Wohlwollen bekundet, und wenn man auch aus seinen Gesprächen keine besonders bemerkenswerten Worte vernahm, der Eindruck des vornehmen, blassen Gesichtes, der großen Augen war ein nachhaltiger; ein jeder empfand, dem Sproß einer alten Adelsfamilie gegenüber zu stehen. Als eigentlicher „Stadtrabbiner" fungierte indessen der gelehrte Jesajas Meier Schapira, der, wie ein sonderbares Schicksal es wollte, ein unbeugsamer Feind des Chassidismus war. Er war ein sehr gelehrter Mann, legte auf Talmudgelehrsamkeit großes Gewicht und klagte stets darüber, daß der Chassidismus Thora und Talmud geringschätzig behandle. Auch ihn besuchte ich häufig, um mich mit ihm über talmudische Themen zu unterhalten. Man vernahm bei ihm manches kluge, witzige Wort. Wenn aber des nachts Chassidimjungen sich versammelten, um dem Stadtrabbiner die Fenster einzuschlagen, so war auch ich bei dem Unternehmen; in Betätigung solcher Gesinnungstüchtigkeit wollte ich den anderen nicht nachstehen.

Meine Mutter ließ mich wissen, ich möchte mich doch einmal wieder bei ihr sehen lassen. Ich reiste darum nach Hause, benutzte jedoch die Gelegenheit zu einem Ausflug nach dem nahen Rymanow, wo ein bekannter Rabbi residierte, der zur Czortkower Familie in naher verwandtschaftlicher Beziehung stand. Ich wurde bei ihm überaus freundlich aufgenommen, doch meiner Gewohnheit gemäß besuchte ich nicht bloß den Rabbi, sondern auch den Stadtrabbiner, der auch hier nicht zu den Chassidim zählte. Bald wurde bei ihm in An-

wesenheit mehrerer Talmudgelehrter viel über talmudische Themen debattiert und so verbreitete sich die Nachricht in der Stadt, daß bei diesem Disput der Rabbiner nicht immer die siegreiche Rolle spiele. Seine Gegner, die Chassidim, hatten ihre Schadenfreude und frohlockten; sie überhäuften mich mit Schmeichelworten und der Rabbi zeichnete mich in jeder Weise aus. Da ich nun schon nahezu sechzehn Jahre alt war, fand man, daß es für mich Zeit wäre, zu heiraten. Bald kam auch eine Verlobung zustande mit der Tochter eines Enkels des berühmten Rabbi Mendele von Rymanow. Es wurde die übliche Verlobungsurkunde abgefaßt und unter den nötigen Stipulationen befand sich die Bestimmung, daß der Vater der Braut nach der Eheschließung das junge Paar fünf Jahre hindurch mit Kost und Quartier zu versorgen hatte, während eine Strafe festgesetzt wurde für die Partei, die das Verlöbnis etwa lösen sollte. So war ich nahezu ein halbes Jahr verlobt, bei dem Vater meiner Braut wiederholt zu Gast, ohne jedoch die Erkorene recht gesehen zu haben, da die Frauen des Hauses nicht mit den Männern zusammen am Tisch speisten. Indessen erzählte mir ein bei uns bediensteter Bäckergeselle aus Rymanow vertraulich, er kenne meine Braut, sie sei sehr schön und er selber würde sie auch heiraten, wenn sie nur wollte. Dies reizte natürlich meine Neugierde und ich machte verschiedentlich Versuche, meine Zukünftige zu sehen, bis ich es schließlich erreichte, daß sie einmal des Abends heimlich in der Nähe des Beth-Ha-Midrasch, rückwärts des Gebäudes, mit mir zusammentraf. Ich wußte jedoch nicht, was ich mit ihr reden sollte, und so erzählte ich ihr denn mein Gespräch mit dem Bäckergesellen. Sie lachte herzlich, aber ehe sie mir eine Antwort geben konnte, hörte man nahende Schritte und sie ergriff die Flucht. Der Aufenthalt im elterlichen Hause war mir auch jetzt unerträglich, und entschlossen machte ich eines Tages vor dem Vater und der Mutter der Braut die Andeutung, ich wünsche zu heiraten. Eine derartige Bemerkung konnte natürlich nur Entsetzen erregen, so etwas hätte man von einem guterzogenen, frommen jungen Mann, noch dazu von einem Talmudisten, niemals er-

wartet. Die Mutter, die sich immer rühmte, eine Enkelin des Verfassers vom „Moaur we schomesch“ zu sein, eine hübsche Frau mit geschliffenem Mundwerk, zählte mir ihre zahlreichen Ahnen auf, berühmte Rabbinen, und wer ihre Tochter heiraten wolle, sagte sie, dürfe nicht vergessen, woher sie abstamme und müsse dieser großen Männer würdig sein. Da entschlüpfte mir ein etwas burschikoses Wort, dessen Inhalt ich wohl kaum selber recht bedacht hatte: „Mit so vielen Seides (Großväter) hat man kaum Platz im Bett.“ Dies schlug naturgemäß dem Faß den Boden aus, über mich ergoß sich eine Flut von Schimpfworten, ich eilte fort, ohne mich zu empfehlen.

Da von einer Heirat also keine Rede mehr sein konnte, verließ ich wiederum die Heimat und ging nach Krakau, wo ich mir von dem Rabbiner Simon Schreiber und seinem Rabbinatsassessor Abraham Jenner Zeugnisse geben ließ, um mich von dort auf dem Umwege über Ungvar, von dessen Rabbiner und dem Gelehrten Salomon Ganzfried ich mir ebenfalls Zeugnisse holte, nach Eisenstadt zu Rabbiner Dr. Esriel Hildesheimer, dem Leiter der berühmten orthodoxen Rabbinerschule, zu begeben.

Dr. Hildesheimer nahm mich mit herzlicher Freude auf, prüfte mich auf verschiedenen talmudischen Gebieten, unterhielt sich stundenlang mit mir und erzählte seinen bevorzugten Freunden von mir und beauftragte mich schließlich, dem Dr. Jakob Cohn aus Altona (nachmals Rabbiner in Kattowitz), der als Hauslehrer bei ihm wohnte, Jore Dea vorzutragen. Früher hatte er selber diesen Unterricht erteilt, doch war er nun, durch Arbeitsüberhäufung verhindert, froh, die Aufgabe mir übertragen zu können. Der Unterricht begann in den Wintermonaten jeden Morgen um 4 Uhr, wobei der Rabbi uns täglich den schwarzen Kaffee brachte, den er selber zubereitet hatte. Seine einzige Bekleidung war der Schlafrock.

Wie so viele Schicksalsgenossen kam ich nach Eisenstadt, nicht um mein talmudisches Wissen zu erweitern; ich wünschte vielmehr, an den Unterrichtsstunden in den profanen Lehrgegenständen teilzunehmen. Indessen zeigte es sich bald, daß mir alle Vorbedingungen hierzu fehlten; trotz meines sieb-

zehnten Lebensjahres war das deutsche Alphabet mir noch ein verschlossenes Mysterium. Ich wurde daher auf Privatunterricht verwiesen. Als ich einige Monate in Eisenstadt war, kam plötzlich von meinem Vater an Dr. Hildesheimer ein Brief mit dem dringenden Ersuchen, er möge veranlassen, daß ich sofort nach Hause reise, denn ich müsse heiraten. Wenn ich das nicht tue, habe er eine Strafe zu zahlen und er hätte bereits eine Vorladung zum Rabbinat. Ob sich die Leute in Rymanow die Sache überlegt hatten oder ob es bloß ein Vorwand war, ihren Zorn auszulassen, weiß ich nicht. Die Tatsache, daß ich mich dem Profanstudium zugewendet hatte, galt an sich schon als eine Abtrünnigkeit und implizite eine schuldbare Lösung des Verlöbnisses. Dr. Hildesheimer lachte, und ich schrieb nach Hause, ich sei noch nicht im heiratsfähigen Alter; mein Vater aber wurde vom rabbinischen Gericht zu der schriftlich festgelegten Strafe verurteilt.

Während dieser Zeit unterhielt ich eine rege talmudisch-wissenschaftliche Korrespondenz, so unter anderem mit dem Rabbiner Israel Rappaport aus Tarnow und einem damals sehr berühmten Rabbiner aus Skala in Galizien. Beide haben in ihren gedruckten Responsen dieser Korrespondenz eine Stelle eingeräumt.

Ein vielleicht übel angebrachter Witz, den ich mir aus jugendlichem Übermut zuschulden kommen ließ, verscherzte mir leider die Gunst und das Vertrauen Dr. Hildesheimers auf Jahre hinaus. Noch anderthalb Jahrzehnte später, gelegentlich der Bewerbung um eine Rabbinerstelle, empfahl Hildesheimer einen gewissen Dr. Goldschmidt (der wenige Jahre nachher als Rabbiner in Offenbach ihm schweren Kummer zufügte) mir vorzuziehen. Mein Freund und Namensvetter, Rabbiner in Jarotschin, der damals zufällig in Berlin anwesend war, fragte ihn nach dem Grunde seines Verhaltens und Dr. Hildesheimer erzählte ihm die unglückliche Episode, worauf der Jarotschiner Rabbiner seinerseits mit der Frage antwortete: „Wie alt war damals Bloch?“ Dr. Hildesheimer konnte aber nicht vergessen. Was war meine Übeltat? Ein Debattierverein, dessen Mitglieder allwöchentlich am Sabbath Nachmittag über

ein gegebenes talmudisches Thema Vortrag zu halten pflegten, erfreute sich Dr. Hildesheimers besonderer Protektion, als wirksames Bildungsmittel und gute Kontrolle über die Fortschritte seiner Jünger. Er war bei den Vorträgen stets anwesend und griff auch wiederholt in die sich darauf entspinnende Diskussion ein. Als späterhin die Anzahl der Vereinsmitglieder beträchtlich zugenommen hatte, wurde es notwendig, daß an jedem Sabbath zwei über dasselbe Thema sprachen. Und da geschah es einmal, daß einer der zum Vortrag Designierten mir sein Leid klagte, daß er über das gestellte Thema trotz aller Mühe nichts Wirksames und Eindrucksvolles fertig bringen könne und erbat schließlich meine Hilfe. Ich sagte ihm, er möchte die Talmudexemplare und alle anderen zum Studium des Gegenstandes entliehenen Werke des nachts zu mir bringen, was er denn auch tat. Als Entlohnung wurden fünf Gulden vereinbart, drei zahlte er sofort und ich gab Tkias Kaf (Handschlag an Eidesstatt), unter gar keiner Bedingung jemandem zu sagen, daß ich ihm bei der Arbeit geholfen hätte. Während der Nacht schrieb ich den Vortrag nieder und des Morgens lieferte ich das Elaborat ab. Als ich tags darauf ihn anging, mir die restlichen zwei Gulden auszufolgen, gebrauchte er allerlei Ausreden, er möchte doch vorerst den Erfolg abwarten usw. und machte sich schließlich den Spaß, mich zu befragen, was ich eventuell tun würde und könnte, wenn er die restlichen zwei Gulden nicht zahlte, nachdem ich durch Tkias Kaf gebunden sei, niemandem von dem Geschehnis etwas zu sagen. Meine Antwort lautete nur: „Das werden Sie sehen." Zwei Tage darauf kam sein Kollege, der über denselben Gegenstand gemeinsam mit ihm zu sprechen hatte (er war ein Student aus Kopenhagen) mit dem gleichen Anliegen und ohne weitere Gewissensskrupel setzte ich mich hin, schrieb nieder, was ich zwei Tage vorher dem anderen überreicht hatte, erläuterte ihm des näheren die Materie und gab ihm schließlich den Rat, zu trachten, beim Vortrag als erster an die Reihe zu kommen. So kam der Samstag Nachmittag heran. Das Auditorium war versammelt, der Saal dicht gefüllt und als der Rabbi eintrat, stand auch schon der „Kopen-

hagener", der sich meinen Wink wohl gemerkt hatte, vor ihm und begann zu sprechen. Kaum aber hatte er einige Minuten geredet, als er von seinem Kollegen unterbrochen wurde mit den Worten: „Das ist ja mein Pschetl (Vortrag). Das wollte ich doch vorbringen!" — — Diese Szene wiederholte sich einigemal und erregte natürlich unbändige Heiterkeit. Als der Vortragende geendigt, kam sein betrübter Genosse an die Reihe und nach wenigen Minuten zeigte es sich, zum Gaudium der Zuhörer, daß er in der Tat nichts anderes vorzubringen wußte, als was sein Vorgänger bereits gesagt und zur Diskussion gebracht hatte. Der Vorfall bildete nun Gegenstand lebhafter Unterhaltung im Auditorium und beim Minchagebet fiel es einem der Kollegen ein, die Alioth zu kaufen und — anstatt, wie üblich, einen der Vortragenden — mich zur Thora aufrufen zu lassen. Was ihn auf diese Idee brachte und wie er zu seiner Vermutung kam, ist mir nie klar geworden. Der Rabbi aber war über das Geschehnis in dem von ihm favorierten Institut arg verstimmt, und so hatte ich seine Gunst für lange Zeit verscherzt. Er rüstete zur Übersiedlung nach Berlin, aber zu den bevorzugten Jüngern, die er für seine dort zu gründende Schule mitzunehmen versprochen, zählte ich nicht.

Ich ging darauf nach Wien, wo ich mich an Dr. Güdemann wandte, mir zu verhelfen, daß ich in profanen Lehrgegenständen Unterricht erhalte. Ein Nordbahnbeamter, in einer untergeordneten Stellung, namens Baranek, der aber ein bedeutender Gelehrter war, Historiker, Arabist und Talmudist zugleich, wollte meinen Unterricht übernehmen. Güdemann erkundigte sich über mich bei Hildesheimer, aber dieser gab keine ermunternde Antwort. Ich schrieb ihm daher nach Eisenstadt, wie sehr mich sein Verhalten befremde, und deutete gleichzeitig an, daß er es schließlich zu verantworten haben würde, wenn ich mich an neologe Rabbiner, Dr. Jellinek in Wien oder an Dr. Aub in Berlin wenden müßte. Diese Bemerkung ärgerte ihn, aber erschreckte ihn auch, und er schrieb vertraulich an einen seiner in Wien weilenden Schüler, namens Friedmann, er möge mich besuchen, mir ins Gewissen reden, ja nicht zu Jellinek zu

gehen, da, wie er wörtlich hinzufügte, „es keine Kleinigkeit ist, wenn möglich zu verhindern, daß ein so selten talentierter junger Mann in jene Hände gerät.“ Friedmann solle keine Mühe scheuen, mich zu persuadieren — nach Galizien zurückzukehren; er, Hildesheimer, „habe bereits vor acht Tagen an den Rabbiner in Lemberg geschrieben, man solle mich dorthin berufen.“

Viele Jahre später erhielt ich von Friedmann, der inzwischen nach Amerika gegangen war, wo er eine angesehene Fabrik betrieb, das Originalschreiben des verehrten Lehrers an ihn, das er zum Andenken aufbewahrt hatte und das beim Niederschreiben dieser Zeilen vor mir liegt.

Da ich also zu Jellinek nicht gehen sollte und Güdemann sich von mir abgewendet, verließ ich Österreich und begab mich nach Breslau. Breslau war damals der Generalstabssitz der jüdischen Wissenschaft. An der Spitze stand Frankl mit seinem uferlosen Wissen, seiner gewaltigen Forschergabe. Neben ihm Meister Grätz, dessen Geschichtswerk alle Herzen entzündete. Dann Männer wie Dr. Benno Zuckermann und Dr. David Rosin, welche beide die großen Führer wirksam ergänzten. Ich fand freundliche Aufnahme, Frankl unterhielt sich mit mir über talmudische Fragen. Zum Eintritt in das Rabbinerseminar fehlten mir allerdings in den profanen Lehrfächern die nötigen Vorkenntnisse. Grätz lud mich mehrere Male zu Tisch und sagte gelegentlich über mich zu seiner Frau: „Der ist ein halbes Jahrhundert zu spät gekommen.“ Das sollte besagen, mein talmudisches Wissen wäre vor fünf Jahrzehnten ungleich anders gewertet worden. Mir aber empfahl er vor allem, die deutsche Sprache zu erlernen, um mich verständlich machen zu können; auf meine naive Frage, ob ich denn nicht deutsch rede, bemerkte er, ich rede eine Sprache, die allerdings dem Deutschen näher stünde als dem Französischen. Er riet mir schließlich, zunächst nach einer kleinen deutschen Provinzstadt zu gehen, und dort Elementar- und Gymnasiallehrgegenstände zu betreiben. Zu diesem Zwecke gab er mir eine Empfehlung an Rabbiner Dr. Landsberg in Liegnitz, der sich meiner sehr annahm und mir Unter-

stützungen und Unterricht verschaffte. Hier warf ich mich denn mit aller Energie auf die erwähnten Lehrfächer und ich erinnere mich dankbar des alten Professors, der mir Lateinunterricht gab. Längere Zeit hielt ich es in Liegnitz aus, als aber die Unterstützungen spärlicher wurden, ging ich nach Magdeburg; die Not trieb mich von Ort zu Ort. Um schließlich eine Art Erwerb zu erlangen, nahm ich Stellung bei Rabbinern an, die ihre Studien im Talmud und Schulchan Aruch erweitern wollten; ich erteilte ihnen Unterricht in diesen Fächern und sie wiederum mir in Gymnasialgegenständen. So war es bei Dr. Löwenstein in Güstrow in Mecklenburg, auf Grund einer Empfehlung von Hildesheimer und in Zürich bei Rabbiner Dr. Lewin, dem nachmaligen Rabbiner in Nürnberg. Die Zeit, die ich im Hause dieser Männer verbrachte, ist mir in angenehmer Erinnerung, ich habe viel von ihnen gelernt. Endlich war ich denn so weit, um Universitätsstudien beginnen zu dürfen. In Zürich hörte ich Vorlesungen bei Johannes Scherr und Gottfried Kinkel. Von dort bezog ich die Universität München, wo ich im gastlichen Hause Merzbacher und bei dem gelehrten Rabbiner Dr. Josef Perles viel verkehrte und mit dem Gelehrten R. N. N. Rabbinowitz häufig zusammentraf. Ich hörte Vorlesungen bei Döllinger und Huber; Geschichte der Logik bei Prantl, Kulturgeschichte bei Riehl, Ästhetik bei Carrière, Physik bei Jolly, Chemie bei Liebig, die Lehre von der bürgerlichen Gesellschaft bei Holtzendorf, arbeitete im historischen Seminar von Giesebrecht und erhielt auf Grund einer in diesem Seminar verfaßten Arbeit ein Stipendium von dreihundert Gulden. In München endlich begann meine wissenschaftliche Tätigkeit. Ich verfaßte eine Studie über Koheleth, eine kurze Geschichte der Juden in Spanien, eine Geschichte der Sammlung der althebräischen Literatur, Arbeiten, die zum Teile erst viel später im Druck erschienen, aber schon als Manuskripte den Universitätsprofessoren vorgelegt wurden und Aufmerksamkeit erregten. Professor Johannes Huber, neben Döllinger einer der bedeutendsten Führer der Altkatholiken, lud mich in sein Haus ein und ich las mit ihm die „Sprüche der Väter“.

Hätte ich nach meiner Neigung handeln dürfen, so wäre ich länger auf der Universität geblieben, allein die bittere Not und der Hunger hielten mich in ihren Zangen; ich hungerte viel, habe auch einmal beim Ziegeltragen geholfen, um mir ein Brot zu kaufen; ich mußte trachten, so rasch wie möglich einen Posten zu erlangen, um mir mein Brot anständig zu verdienen. Anfang 1874 bewarb ich mich um die Stelle eines Predigers und Oberlehrers in Rendsburg (Holstein), wurde zur Probe eingeladen und nach der ersten Predigt akzeptiert. Die Wahl unterlag aber der Genehmigung durch die königliche Regierung in Schleswig, die stets vorher eine gutachtliche Äußerung des Oberrabbiners von Altona über den betreffenden Bewerber einforderte. Oberrabbiner von Altona war damals Dr. Löb, ein hochgebildeter, liebenswürdiger Mann, doch von streng orthodoxer Observanz. Ich stellte mich ihm vor, gab ihm meine Zeugnisse, so namentlich die von den Oberrabbinen in Krakau und Ujhely, vom Rabbiner Ganzfried und dem Lemberger Oberrabbiner Nathanson, allein er bestellte mich zu einer Prüfung für einen Sonntag nach vierzehn Tagen. Dies genierte mich wenig; wichtiger war es für mich, daß ich plötzlich Geld im Überflusse hatte, denn die Gemeinde ersetzte mir die Reisespesen und ließ mir den Gehalt für ein Vierteljahr im voraus auszahlen. Ich besaß nun Summen, die ich vorher kaum erträumen durfte. An dem verabredeten Sonntag, neun Uhr vormittags, stellte ich mich zur Prüfung; ich mußte warten, bis das gesamte Rabbinatskollegium versammelt war, und die Prüfung dauerte bis mittags nach 12 Uhr. Zum Schlusse gratulierte mir Dr. Löb zu meinem Erfolg und bestellte mich für den anderen Tag des Morgens 10 Uhr zur Übernahme meines Zeugnisses, das inzwischen geschrieben und gefertigt sein werde. Ich mußte demnach in Altona verbleiben und die Zeit schien mir günstig, da ich reichlich Geld in der Tasche hatte, das Leben gründlich kennen zu lernen. Nachmittags und abends besuchte ich die Kabaretts und ging in die verschiedenen Tingel-Tangel; das Treiben war mir neu, fremdartig und interessierte mich. Erst gegen 1 Uhr nachts kam ich ins Hotel zurück, doch stand ich rechtzeitig auf, erschien pünktlich um 10 Uhr beim Oberrabbi-

ner, um das versprochene Zeugnis abzuholen. Da eröffnete er mir plötzlich, er sei zu seinem großen Bedauern nicht mehr in der Lage, mir ein Zeugnis auszufolgen. Ich erschrak im ersten Moment, es erschien mir zweifellos, daß meine Besuche der diversen Tingel-Tangel während des Nachts den Oberrabbiner dazu bestimmt haben. Indessen, wie sollte er das erfahren haben? Hat er mich gar selber gesehen? Das schien mir undenkbar. Als ich daher nach dem Warum fragte, erhielt ich ausweichende Antworten. Endlich aber rückte er mit der Sprache heraus: seine telegraphische Anfrage bei Hildesheimer über mich wurde dahin beantwortet, daß meine Orthodoxie keineswegs zweifelsohne sei.

Zu Hause angelangt, verfaßte ich einen ausführlichen Bericht an den Vorstand über das Vorgefallene, d. h. über die Prüfung, ihren Verlauf und ihr Ergebnis, die Bestellung zur Entgegennahme des Zeugnisses und sodann die plötzliche Sinnesänderung infolge eines Telegrammes aus Berlin. Mein Bericht wurde vom Vorstand an die königliche Regierung von Schleswig geleitet, und nach wenigen Wochen kam die anstandslose Bestätigung. Doch unselige Streitigkeiten, die seit Jahren die Gemeinde zerrütteten und in die ich mit hineingezerrt wurde, nötigten mich, einen mir angebotenen Posten als Prediger in Güstrov in Mecklenburg anzunehmen, um von dort nach wenigen Monaten als Rabbiner nach Kobylin, in der damals deutschen Provinz Posen, berufen zu werden. Am 1. August 1877 kehrte ich nach Österreich zurück als Rabbiner und Prediger der israelitischen Kultusgemeinde zu Brüx in Böhmen. Während meines Amtierens in den Provinzgemeinden verwandte ich die freie Zeit zu meiner wissenschaftlichen Weiterbildung, ich publizierte nacheinander eine Anzahl wissenschaftlicher Arbeiten, so eine „Geschichte der Juden in Spanien", eine „Geschichte der Sammlung der althebräischen Literatur" und ein viel verketzertes Buch über Ester unter dem Titel: „Hellenistische Bestandteile im biblischen Kanon." Ferner zwei Vorträge, die ich im Prager Verein „Afike Jehuda" gehalten, einen über Lessings „Nathan" und einen zweiten über „Jean Bodin, einen französischen Staatsmann und Rechtslehrer des 16. Jahrhun-

derts“; endlich auch eine Reihe bibel- und talmudkritischer Arbeiten im „Literaturblatt“, das damals vom Rabbiner Doktor Rahmer in Magdeburg herausgegeben wurde. Meine Arbeiten fanden durchwegs freundliche Aufnahme bis auf die grundstürzende Studie über das Buch „Ester“, die einen heftigen Meinungsstreit auslöste. Von den zustimmenden Kundgebungen zu meiner auf den ersten Blick befremdlichen Auffassung erwähne ich eine von dem Professor der hebräischen Altertümer an der Universität Straßburg, Eduard Reuß, und vom Bezirksrabbiner Dr. Grünebaum in Landau. Allmählich wurde ich in weiteren jüdischen und protestantischen Fachkreisen bekannt, und als ich zum Rabbiner von Floridsdorf bei Wien gewählt wurde, erhielt ich einen Lehrauftrag für das Wiener Beth-Ha-Midrasch, wo ich durch zwei Jahre neben den berühmten Lektoren Eisig Hirsch Weiß und Maier Friedmann Vorlesungen über das biblische Buch Hiob und über die Geschichte der Entstehung von Mischna und Tosephta hielt.

Später, als politische und publizistische Berufspflichten meine Zeit und Arbeitskraft immer mehr beanspruchten, mußte ich diese Vorlesungen einstellen.

Unerwartet hat mich die Politik mit Beschlag belegt.

Die politische Lage.

Im siebenten und achten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts standen die Juden Österreichs vollständig in dem Banne der sogenannten liberalen Verfassungspartei, waren ihr verschworen auf Tod und Leben, dermaßen verschworen, daß jeder Ausdruck divergierender Meinung nicht nur als Ketzerei, sondern geradezu als Verrat am Judentum galt. Es war die Partei der Großbourgeoisie, des gebildeten Bürgerstandes; ihr gehörten auch die Finanzgewaltigen und die Universitätsprofessoren an, aus deren Reihen die Minister ernannt wurden, und doch wurde sie mit voller Berechtigung als die „bornierteste und unfähigste der Welt“ gekennzeichnet. Sie hatte keine Ahnung von der Bedeutung der Arbeiterfrage und entbehrte jedes Verständnisses für die soziale Not der weniger bevorzugten Volksschichten. Einer ihrer Führer, Minister Giskra, prägte das bekannte Bonmot: „Bei Bodenbach (deutsch-österreichische Grenze) endigt die soziale Frage.“ Die Führer dieser Partei hatten weder Auge noch Ohr für die starke Bewegung unter den kleinen Gewerbsleuten und nicht den geringsten Sinn für das nationale Empfinden der slawischen Volksstämme; ihre einzige Aufgabe erblickten sie in der Verteidigung „deutschen Besitzstandes“, ohne zu prüfen, ob diesem aus der Zeit des Absolutismus übernommenen „Besitzstand“ noch immer eine Berechtigung innewohnt, ob die mündig gewordenen slawischen Nationalitäten nicht mit Recht ihre Gleichstellung im Staate reklamieren. Der Liberalismus erschöpfte sich in religiöser Freigeisterei, welcher sich in den Spalten der von Juden geleiteten Wiener Tagespresse breit machte. Das war

wenig vorsichtig, reizte natürlich zum Widerstand. Der konservative Feudaladel hatte seine Aversion des Alteingesessenen gegen die „Emporkömmlinge“, die Finanzaristokraten und die bürgerlichen Minister ohnedies nie verheimlicht.

Schon im Jahre 1867 hatte ein k. k. pensionierter Leutnant namens Karl Ritter von Zerboni di Sposetti die Idee zur Errichtung einer „christlichen Bank“ angeregt, als er den Grafen Beust kennen lernte, der ihn zu Unterhandlungen mit der sozialistischen Partei benützte und ihn als Beamten in das Ministerium des Äußern berief. Zerboni hatte in Kreisen des Adels agitiert, Staat und Volk „aus der Abhängigkeit vom jüdischen Geldmarkte zu erlösen“. Da er diese Agitation gar zu laut betrieb und die angebliche „Abhängigkeit Österreichs von Börsenjuden“ als ein Unglück ausschrie, mußte er das Ministerium später verlassen.

Nun hat 1879 in Paris Bontoux unseligen Gedenkens den Plan einer christlichen Bank aufgenommen unter Zulauf der klerikalen Führer, die ebenfalls die Befreiung von „Staat und Volk aus dem Joche jüdischer Bankiers“ als Parole ausgaben. Bei diesem Experiment sind zahlreiche hochstehende Persönlichkeiten klerikaler Richtung zu ganz enormen Verlusten gekommen. Leidtragend bei dem Bontoux-Krach waren auch Graf von Chambord und seine Frau, Erzherzogin Maria Theresia, die für das Unternehmen Bontoux' große Summen hergegeben. Die Erzherzogin zumal war wütend über die Vorspiegelung Bontoux' und ließ sich einreden, die Juden wären schuld an dem Mißgeschick der „christlichen Bank“; das benützte Zerboni gelegentlich seiner Besuche in Frohsdorf, um die Erzherzogin der Idee geneigt zu machen, gegen die „Übermacht des Judentums“ aufzutreten. Am nächsten Tage ließ ihm die Erzherzogin durch den Haushofmeister, Mr. Huit de Pavillon, einen Betrag zur Durchführung seiner Idee zustellen. Zerboni trat in Verbindung mit Istoczy in Budapest und begab sich zum Studium der antisemitischen Bewegung nach Berlin. Dort konferierte er mit Ruppel, Glagau, Dr. Förster, Stöcker, Aman, Henrici und Pickenbach, kam beladen mit antisemitischen Schriften nach Wien zurück und wollte an die Gründung eines

antisemitischen Blattes und eines Vereines gehen. Seine Geldmittel waren inzwischen verbraucht und wieder war es die Erzherzogin Maria Theresia, die ihm die nötigen Beträge zur Verfügung stellte, so daß 1881 der „Österreichische Volksfreund“, das erste Antisemitenorgan Österreichs, zu erscheinen begann, hinter dem der Feudaladel stand. Allein auch in den leitenden kirchlichen Kreisen sah man die neue Bewegung mit Wohlgefallen, denn man blickte mit Verdruß auf den Liberalismus, welcher die religiöse Gesinnung der Massen bedenklich geschwächt und den Kirchenbesuch vermindert hatte, und so galt es, die antijüdische Agitation zu benützen, um die Massen wieder für den Kirchenbesuch zu gewinnen. Der Haß gegen die Juden sollte das christliche Bewußtsein stärken und durch den Antisemitismus sollten die Kirchen wieder gefüllt werden. Indessen gingen die Fortschritte der Bewegung zu langsam und um der Agitation einen größeren Schwung zu verleihen, wurde Professor Dr. August Rohling aus Münster über Empfehlung eines österreichischen Kirchenfürsten an die alte Prager Universität berufen. Auf Rohling setzte man große Hoffnungen. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte man die Entwicklung der sogenannten Berliner Bewegung, bei der Hofprediger Stöcker und Professor Treitschke die Führung hatten. Diese beiden arbeiteten in Berlin in geräuschvollen Versammlungen, Rohling in Münster in stiller Agitation, die aber, nach dem Zeugnis des alten Geheimrates Franz Delitzsch in Leipzig, zur Verbreitung des antisemitischen Giftes im deutschen Volke mehr beigetragen, als alle politischen Hetzer zusammengenommen. Von seiner Agitationsschrift „Der Talmudjude“ erschienen 17 Auflagen; Widerlegungen fanden keine Beachtung. In einer Gerichtsverhandlung war seinerzeit von dem Redakteur des katholischen „Westfälischen Kuriers“ die Zahl der in Westfalen durch den Bonifatius-Verein gratis verteilten Exemplare des „Talmudjuden“ allein der sechsten Auflage auf 38.000 angegeben worden. Seit der Übersiedlung Rohlings nach Österreich begann auch hier eine Massenzirkulation dieser Giftliteratur. Der Inhalt des Pamphlets läßt sich erschöpfend in den einen Satz zusammenfassen, der in einer von Rohlings Broschüren

auf der vierten Seite abgedruckt ist und wörtlich lautet: „Daß der Jude von Religions wegen befugt ist, alle Nichtjuden auf jede Weise auszubeuten, sie physisch und moralisch zu vernichten, Leben, Ehre und Eigentum derselben zu verderben, offen und mit Gewalt, wie heimlich und meuchlings — das darf, ja soll, wenn er kann, der Jude von Religions wegen befolgen, damit er sein Volk zur irdischen Weltherrschaft bringe.“ Das ist, wie man sieht, deutlich gesprochen. Jeder Jude, der an seiner Religion festhält, ist demnach verpflichtet, den Nichtjuden, so viel er kann, mit jedem Mittel, an Leben, Ehre und Reichtum zu schädigen, ihn zu berauben und zu töten. Einen solchen Satz versteht jedes Kind. Ein Christ, der diese Schrift liest und sich vor Augen hält, daß der Verfasser ein Professor, also Sachkenner ist, kann daher unmöglich ohne ernstes Mißtrauen mit einem Juden verkehren.

In Ungarn spielte sich zur Zeit das Drama von Tisza-Eszlar ab, wegen der verschwundenen vierzehnjährigen Esther Solymossy, die angeblich von dem Juden Josef Scharf und dessen Genossen zu rituellen Zwecken ermordet worden war. In diesem Prozeß hatte man den eigenen Sohn des Hauptangeklagten als Kronzeugen wider seinen Vater abgerichtet. Die antisemitische Presse aller Länder bemächtigte sich des Falles mit der ganzen Leidenschaftlichkeit, welche nur das Mittelalter kennzeichnete. In Dresden fand ein großer antisemitischer Kongreß statt, auf welchem der ungarische Agitator, Landtagsabgeordneter Geza v. Onody, erschien, der dorthin das nach der Erinnerung in Öl gemalte Bildnis der Judenmärtyrerin Esther Solymossy als „Moritatgemälde“ mitgebracht hatte. Im siegesfrohen Aufblick zu diesem Bildnis wurde die folgende Resolution beantragt, der die ganze Versammlung begeistert zustimmte: „Die in Dresden am 11. und 12. September zu einem antijüdischen internationalen Kongreß vereinigten Männer sind vollkommen überzeugt von der Unparteilichkeit des ungarischen Richterstandes und sprechen ihre feste Überzeugung dahin aus, daß derselbe in der Tisza-Eszlar-Affäre, die von der gesamten nichtjüdischen Welt mit größter Aufmerksamkeit verfolgt wird, trotz der gewaltigen Macht und des verderblichen Einflusses

des Judentumes seinem hohen Berufe vollkommen entsprechen wird.“ Das gemeine Volk vollzog im voraus das Urteil, das man allgemein erwartete, und zerstörte in Tiszar-Eszlar die Synagoge und das Haus des Tempeldieners.

Rohling bemühte sich selbstverständlich, den Ereignissen, die sich damals abspielten, mit seiner „Gelehrsamkeit“ nachzuhelfen. Die eifrig betriebene Verbreitung seiner Schrift in den österreichischen Kronländern sollte die richtige Stimmung für das Urteil im Ritualmordprozeß, eine Atmosphäre des Judenhasses schaffen. Auf den österreichischen Gymnasien waren diese Lügenschriften plötzlich Modelektüre der Professoren geworden und ein jüngerer Philologe, der als Supplent an ein Gymnasium in Niederösterreich kam, ohne die Werke des großen Prager „Talmudisten“ studiert zu haben, erzählte, daß er von den Kollegen wegen seiner Unwissenheit viel gehänselt wurde; man beeilte sich, ihm ein Exemplar von Rohlings Schrift unentgeltlich zu überreichen.

Ich war zurzeit Rabbiner in Floridsdorf, einem Fabriksort mit einer zahlreichen Arbeiterbevölkerung, die sich indessen durch ein gewisses Bildungsstreben bemerbar machte. In die von den Eisen- und Metallarbeitern errichtete Sprachschule für ihre Jugend schickten selbst Polizeibeamte ihre Kinder. Nun hatte sich dort ein gräßliches Ereignis zugetragen; ein Polizeibeamter namens Blech war einem anarchistischen Attentat zum Opfer gefallen. Die Untat wurde der gesamten Arbeiterpartei aufgehalst. Der Führer des Feudaladels, Graf Egbert Belcredi, subventionierte den Agitator Ernst Schneider, der auch mit den anarchistischen Elementen Verbindungen anknüpfte, mit dem Ziel, die Wut der hungernden Massen gegen die Juden als „Träger des Kapitalismus“ zu lenken. In Versammlungsreden und Flugschriften wurde bis zur Ermüdung das Schlagwort abgewandelt, Juden seien die Träger des Kapitalismus, Erfinder, Stützer und einzige Nutznießer dieser Wirtschaftsordnung mit all ihren bösartigen Übelständen. Der Talmud erziehe den Juden zum kapitalistischen Denken und aller Ertrag des Arbeiterfleißes wandere in die Taschen Rothschilds. Will man dem Kapitalismus an den Leib rücken, so muß

man den Kampf gegen das Judentum eröffnen. In Preßburg, also in nächster Nähe Wiens, hatten bereits Judenexzesse begonnen, und man erwartete jeden Tag, daß das Preßburger Beispiel in Floridsdorf Nachahmung finden werde.

Auf der Arbeiterpartei lastete ein schwerer Druck; die Polizei hatte nach dem Attentat die schärfsten Maßnahmen gegen die Führer ergriffen, einige Versammlungsredner waren in Untersuchungshaft und Ersatz konnte nur schwer eingreifen, weil jeder es vorzog, eine Berührung mit der Polizei lieber zu vermeiden. So kam es, daß eines Tages die Bitte an mich erging, den Floridsdorfer Arbeitern einen Vortrag zu halten. Sofort gab ich eine Zusage; die Aussicht, vor Arbeitermassen zu reden, reizte mich und ich unterdrückte jedes etwa aufsteigende Bedenken. Sprechen wollte ich natürlich über den Talmud, es drängte mich, über das vielverleumdete Werk ein Wort der Aufklärung in die Welt hinauszurufen. Durfte man aber wagen, ein solches Thema auch nur anzubieten? Die Vereinsleitung hätte zweifellos ebenso höflich wie bestimmt um ein anderes ersucht, denn „was geht uns der Talmud an?“ Ich kündigte daher einen Vortrag an über „Die Arbeiter zur Zeit Jesu“, also jedenfalls ein Thema, das jeden Christen, welcher Partei und welchem Stande er angehören mag, sicherlich interessieren mußte. In der Tat, die Ankündigung lockte, Arbeiter und Arbeiterinnen strömten am 12. August 1882 in Scharen herbei, um von den Standesgenossen aus der Zeit, da Christus auf Erden wandelte, reden zu hören. Der größte Saal von Floridsdorf war überfüllt, während des Redens steigerte sich das Interesse der Zuhörer von Minute zu Minute, es wandelte sich in eine Spannung, die aus den Augen blitzte und zu einem Enthusiasmus, der sich während und am Schlusse des Vortrages in lauten Manifestationen entlud.

Nachstehend der Wortlaut jenes Vortrages:

Der Arbeiter zur Zeit Jesu.

Das alte Palästina ist der Gegenstand meines Vortrages, von seinen Arbeitern will ich Sie diesen Abend unterhalten.

Ein schmaler und winziger Landstreifen an der Küste des mittelländischen Meeres, als geringes Anhängsel Syriens kaum beachtet, rings umgeben von den Residenzen der Völkerkolosse und Weltreiche des Altertums, war das kleine Palästina die Geburtsstätte monotheistischer Gottesverehrung, die Heimat der hebräischen Propheten und der christlichen Apostel — ist beinahe jede Fußbreite seines Bodens durch den Volksglauben geheiligt; da dürfte es selten ein Haus geben, welches nicht seine fromme Sage hätte, einen Stein, an welchen sich nicht eine heilige Erinnerung knüpfte, eine Grotte oder Quelle, die nicht der Schauplatz einer heiligen Erzählung wäre. Den Namen Palästina werden Sie heutzutage nur in Erbauungsbüchern lesen, in Predigten und Homilien von der Kanzel hören, oder endlich, wenn von den heiligen Gräbern eine Nachricht durch Europa läuft, die dann gewöhnlich von einer frommen Balgerei an heiliger Stätte oder von einem Überfall wilder Beduinen zu erzählen weiß.

Heute soll Palästina von seinen alten, ruhmreichen Tagen und von seinen vormaligen Arbeitern erzählen, soll uns mit seinen Erfahrungen belehren über die vitalste Frage unseres lebendigen Lebens, welche unsere höheren und niederen Gesellschaftsschichten in steter Spannung und Unruhe erhält, die Gemüter täglich von neuem aufschreckt, alle Talente an sich reißt, alle denkenden Köpfe bewegt: ein tiefernstes und weites Problem, welches nie und nimmer gelöst werden wird durch allerlei Kunststücke polizeilicher Staatsweisheit, dessen Bewältigung nur den vereinten Anstrengungen aller Mächte der Zivilisation, Humanität und Wissenschaft gelingen kann, und ebenso sehr der größten Genialität der Staatsmänner bedarf, als der selbstlosen Opferwilligkeit und der höchsten Einsicht der Völker wert ist, weil einzig von dem glücklichen Erfolge dieses Werkes die freiheitliche und fortschrittliche Entwicklung des modernen Staatslebens abhängt.

Dieses ernste Problem sind Sie selber, meine Herren und Damen, Ihr Stand und Ihre Stellung in der Gesellschaft und dem Staate.

Mein Vortrag verfolgt ausschließlich einen wissenschaftlichen und Bildungszweck. Ich werde die Gegenwart nicht berühren, noch kritisieren. Nur ein quellenmäßiges Bild Ihrer Vergangenheit, nach geschichtlichen Dokumenten gezeichnet, will ich vor Ihren Augen aufrollen.

Die Vergangenheit allein ermöglicht ein klares Verständnis der Gegenwart, gewährt die Einsicht in die Entstehungsgeschichte, das allmähliche Werden, Reifen jener Übel und Schäden, welche bedauerliche Charaktermerkmale unserer gesellschaftlichen Ordnung sind. Die Geschichte ist die größte Lehrmeisterin; wer von ihr, von seiner eigenen Vergangenheit, nichts lernt, dessen Geschick ist für immer besiegelt. Die Vergangenheit ist die Mutter der Zukunft; nur wer auf die Vergangenheit und ihre Lehren aufmerksam achtet, dem kann einst auch die Zukunft ihre Gunst gewähren.

Bedürfte es eines Beweises dafür, daß in dem intelligenten Wiener Arbeiterstande diese Erkenntnis lebendig ist, so brauchte ich bloß hinzuweisen auf die heutige zahlreiche Versammlung. In solch großer Anzahl hat Sie nur das Verlangen hierhergeführt, von Ihrer Vergangenheit reden zu hören, von der Vergangenheit des Arbeiterstandes bei den drei wichtigsten Völkern des Altertums: den Griechen, den Römern und den Palästinensern.

I.

Die Berichte der Griechen und Römer von ihren Arbeitern lassen uns ein Bild schauen voll Erniedrigung und Schmach, voller Gedrücktheit und Quälerei, voll empörender Grausamkeit und erschreckender Herzenshärte — ohne Recht, ohne Schutz.

Was war der Arbeiter bei den vielbewunderten Griechen, deren künstlerischem Genie lyrische Gesänge angestimmt werden, deren Philosophie angebetet wird, die man als die eigentlich humanen, die echt menschlichen Menschen zu bezeichnen liebt? Was war der Arbeiter bei den an militärischer Tüchtigkeit und an staatsmänischen Talenten so hervorragenden Römern, deren Gesetzgebung noch immer das gesamteuropäische Rechtsstudium und Rechtsleben beherrscht?

Arbeiter gab es bei ihnen nicht, nur Sklaven, Heloten. Ihr gesellschaftlicher Organismus war auf die Sklaverei gegründet, ohne sie nicht denkbar. Die lykurgische Gesetzgebung zumal hatte das Helotentum zum ewigen, bleibenden Bestandteil des Staates gemacht. Für den Sklaven gab es kein Recht, kein Gesetz, kein Eigentum, keinen Schutz und keine Sicherheit des Lebens. Für den, der bloß einen Sklaven tötete, hatte das Gesetz keine Strafe. Der berühmte Geschichtsschreiber der Griechen, Thukydides, erzählt, daß in den Mauern Lakedämoniens in einer Zeit der Ruhe und des Friedens zweihundert dieser unglücklichen Heloten, Stammesgenossen der Griechen und Urbewohner des Landes, gleich wilden Tieren hingeschlachtet wurden — weil sie entbehrlich waren, weil man so vieler Heloten nicht bedurfte.

Sklavenjagd war ein Lieblingssport der Römer, liebte selbst jener Kaiser Titus zu veranstalten, von welchem die feilen Hofgeschichtsschreiber lobhudelnd rühmten, daß er den Tag als verloren erachtete, an welchem er nicht ein edles Werk der Menschenliebe vollbracht hätte — dessen sittliche Verderbtheit und gemeine Niedertracht erst in unseren jüngsten Tagen einem geistvollen französischen Geschichtsforscher anschaulich darzustellen, dokumentarisch zu belegen, gelungen ist.

Der Wert des Menschen sank bei Griechen und Römern unter den des Tieres. Zur Zeit des Demosthenes war das Pferd doppelt so teuer als ein Sklave. Und auch einer freundlicheren Behandlung erfreute sich das Tier — während in dem Sklaven jede Menschlichkeit mit Füßen getreten wurde, bewußte kalte Willkür, raffinierte Grausamkeit das Verfahren wider ihn charakterisierte. Wegen eines geringfügigen Schadens wurden ihm, wie

Seneca berichtet, die Hände abgehauen; wegen eines leichten Vergehens, für ein unzeitiges Wort verfiel er den grausamsten Strafen: der Fesselung, dem Kerker, dem Halsblock, der Peitsche, der Rute, der Brandmarkung, der Folter, der Kreuzigung. Selbst den sogenannten Beinbruch, das Zerschlagen der Schenkelknochen mit eisernen Keulen, konnte eine Laune des Herrn über ihn verhängen. Fiel ein Herr durch Sklavenhand, so mußten sämtliche Haussklaven eines grausamen Todes sterben.

Medius Pollio ließ seine Sklaven für das Zerbrechen eines Gefäßes den Fischen zum Fraße vorwerfen.

Kein Versprechen, kein Ehrenwort, welches einem Sklaven verpfändet wurde, brauchte gehalten und eingelöst zu werden.

Fürchtete der Römer die Zeugenaussage seiner Sklaven, so ließ er ihnen, nach dem Bericht Ciceros, die Zunge ausschneiden — gegen welche Unmenschlichkeit später die Palästinenser, welche unter Herrschaft der Römer und ihrer Gesetze gekommen, strenge Schutzmaßnahmen ergreifen mußten[1].

Cato scheint in grausamer Behandlung der Sklaven einen Ruhm gesehen zu haben[2], und selbst die Stoiker waren darüber nicht einig, ob bei einem Schiffbruch nicht lieber durch Preisgebung eines billigen Sklaven ein teures Pferd gerettet werden soll[3].

Erlassen Sie mir es, die grause Leidensgeschichte der unglücklichen Sklaven in den verschiedenen Staaten und Ländern des Altertums bis in die einzelnste Einzelheit zu verfolgen. Wollte ich in seiner nackten schreckhaften Wahrheit ein Nachtbild der Verirrung und Grausamkeit, deren der Mensch fähig war, vor Ihren Augen zeichnen — die verbürgteste Wahrheit erschiene Ihnen unwahrscheinlich, und Sie würden mir zurufen: „Nein, so tief konnte der Mensch nicht sinken!" Nun denn, die europäische Menschheit hat das Sklaventum ohne Widerrede, ohne Anstoß, ohne Unwillen übernommen, länger denn ein Jahrtausend weiter gepflegt und darf sich rühmen, den Handel mit Sklaven, wobei der Mensch Gegenstand des Umtausches ist, gleich einer Ware, in ein handelspolitisches System gebracht und die internationale Ausbeutung der einen Menschenrasse durch die andere völkerrechtlich ausgebildet zu haben. Einer der ersten in Europa, der im 16. Jahrhundert gegen diese Schmach mit dem ganzen Feuereifer und der sittlichen Entrüstung eines warmfühlenden Menschenherzens den Kampf aufgenommen, war der französische Staatsmann und Staatsrechtslehrer Jean Bodin, von welchem seine frommen Gegner sich vertraulich zuflüsterten: „Er sei wohl gar ein heimlicher Jud'." Bis zur gänzlichen Verbannung der Sklaverei aus der gesitteten Welt mußte noch im Strome der Zeit der vierte Teil eines Jahrtausends dahingehen. Noch in lebendigster Erinnerung der Gegenwart sind die Ursachen des letzten amerikanischen Unionkrieges mit seinen wunderlichen Flugschriften, welche dazumal zum Schutze und zur Verteidigung der Sklaverei, unter Berufung auf die Autorität der griechischen Philosophen Plato und Aristoteles, auf die

Zeugnisse der großen Theologen des Christentums, Augustinus, Thomas Aquino, welche sie als Akt göttlicher Gerechtigkeit erklärten, erschienen waren. Sie sind aus derselben Quelle hervorgegangen und haben ebenso zahlreich den europäischen Büchermarkt überflutet, wie die antisemitischen Blätter und Blättchen in unseren Tagen.

Sklavenfreie Völker und sklavenfreie Staaten hatte das Altertum nicht gekannt — mit Ausnahme eines einzigen und winzigen Landes, eines einzigen, kleinen und unbeachteten Volkes: des palästinensischen.

II.

Die Sprache ist ein klarer und heller Spiegel des Volkslebens und der Volksseele. Alle Eigenarten und Charaktermerkmale eines Stammes, seine Vorzüge, seine Schwächen, seine politischen und religiösen Institutionen, nebst den Gebrechen und Krankheiten seines gesellschaftlichen Organismus werden Sie immer schauen können im Spiegel seiner Sprache. Sie ist die schlimme Verräterin aller schönen und unschönen Herzensgeheimnisse. Ein Laster aber, für welches der abgeschlossene Wortvorrat eines Volkes um eine Bezeichnung in Verlegenheit ist, war diesem unbekannt. Der Wortschatz einer Nation enthält die Summe ihrer Begriffe, aller geistigen und zeitlichen Erscheinungen ihres Lebens.

Wohlan, meine Herren, nehmen Sie ein hebräisches Wörterbuch, das reichhaltigste zur Hand, schlagen Sie nach und suchen Sie, ob Sie das eigenartige Wort „Sklave“ darin finden? Ziehen Sie den umfangweiten Komplex der hebräischen Literatur zu Rate, um festzustellen und Sicherheit zu gewinnen, wie das Wort „Sklave“ exakt hebräisch zu übersetzen wäre? Meine Herren, Sie werden vergebens auf eine Antwort hoffen. Sie werden immer bloß einen „Ebed“, den Arbeiter, von Aboda, Arbeit treffen. Die Sprache der Palästinenser hat wohl an dreißig Bezeichnungen und Benennungen für Gerechtigkeit und Menschenliebe, allein kein einziges Wort für „Sklave“. Die kunstsinnigen, philosophisch geschulten Griechen, die rechtsklugen, ja rechtslistigen Römer brauchten keine Arbeiter, sie hatten Sklaven; die palästinensischen Hebräer, welche man Semiten nennt, wußten nichts von Sklaven und hatten bloß freie Arbeiter. Nur so ist es möglich, daß ich heute vor Ihnen stehe, um Sie von einem Arbeiterstand im Altertum zu unterhalten[4].

III.

In Begleitung der Sklaverei sind unzertrennlich die Sklavenaufstände, die blutigen Befreiungsversuche und Empörung der Leibeigenen wider ihre hartherzigen Unterdrücker. Die drohende Gefahr: „ihre Sklaven werden sie zu zählen anfangen“ (Seneca), beherrschte stets die römischen Großen. Daß diese Gefahr keine eingebildete war, hat der Römer aus seiner Geschichte erfahren. Von Sklavenaufständen, Helotenkriegen erzählen die alten Gedenkblätter aller Kulturländer — mit einziger Ausnahme des palästinensi-

schen, dessen Geschichte nicht ein einziges Kapitel hat von Sklavenaufständen und Bauernkriegen.

Die auffällige Erscheinung der Sklavenlosigkeit Palästinas, welche vielen unbegreiflich und — weil im grellen Gegensatz zu dem durchgängigen Charakter des gesamten Altertums — beinahe ein Wunder der Vorsehung dünkt, war indes nur eine naturgemäße Folge geschichtlicher Entwicklung.

Die hebräischen Palästinenser blickten immer auf ihre ägyptische Vergangenheit zurück.

Dort, im Lande der Kasten, hatten sie die lange und bange Jahrhunderte des Helotentums schwere Ketten selber getragen, an ihrem Fleische schauten sie noch immer die Wundmale von den eisernen Klammern der ägyptischen Sklaverei; dort hatten sie Gelegenheit genug, die Schmach und die Entwürdigung, welcher der elende Frohndienst den Menschen preisgibt, zu erkennen, und zur Einsicht zu gelangen, wie bitter es ist, tagaus, tagein, ohne jegliche Ruhe und Unterbrechung, eingezwängt in dem eisernen Joch der Zwingherrschaft einherzukeuchen, unter der grausamen Geisel einer Tyrannei, welche nicht von der Barmherzigkeit, nicht vom Recht und Gesetz, sondern von der Willkür und der Selbstsucht inspiriert war. In der harten Schule ist ihnen frühzeitig die Erkenntnis gekommen, daß es empörend ist und oft das Herz bricht denen, die ohne Segen, ohne Lohn und Ertrag arbeiten und wieder arbeiten und bloß arbeiten, damit andere, ihre sogenannten Herren, bei vornehmem Müßiggang, bei tatenloser Ruhe, in kostspieligen Vergnügungen und raffinierten Genüssen schwelgen, die ungezügelte Leidenschaft befriedigen. Als sie um den Preis schwerer Kämpfe die Freiheit gewonnen und die Gründung eines eigenen Staatswesens in Angriff genommen hatten, handelten sie nach der in trüben Tagen gesammelten Erkenntnis, indem sie mit dem Kastenwesen auch das Sklaventum aus ihrer Mitte verbannten und dem Höchsten und Niedrigsten, dem Vornehmsten und Geringsten, dem Reichsten und Ärmsten, mit einem Worte, allen, die gesättigt sein wollen, die Pflicht der Arbeit einschärften.

IV.

Die Not war indes ihnen nicht allein die treffliche Lehrmeisterin einer gesunden Nationalökonomie, sondern auch die Schule einer hohen, sittlichen Lebens- und Weltanschauung.

Meine Herren! Die Griechen würden sich mit großem Eifer dagegen verwahrt haben, hätte irgend jemand ihnen eine Verwandtschaft mit den benachbarten Völkerstämmen, eine Blutsgemeinschaft mit den Barbaren, auf welche sie so hochmütig herabblickten, zumuten wollen; allein als ein schwerer Schimpf, eine empörende Beleidigung der Griechenehre und Menschenwürde würde es seinen Zorn und seine Rache herausgefordert haben, hätte es jemand gewagt, dem Griechen zu sagen, daß er und der von ihm getretene und mißhandelte Helote Brüder gleicher Abstammung sind,

Kinder derselben Eltern. Die Lebens- und Weltanschauung der Palästinenser, die man Semiten nennt, ging von diesem festen und sicheren Grundsatz aus, daß alle Menschen, alle Völker, alle Stämme und alle Rassen, so verschieden sie sind in Sprache, Kultur und Lebensgewohnheiten, in Religion und Sitte, von einem einzigen Menschenpaar abstammen. Durch diese Bezeugung sollte der Sklaverei auch der leiseste Schein des Rechtes, mit welchen eine selbstsüchtige Sophistik sie zu umhüllen pflegte, entzogen werden. Ist es zur lebendigen Überzeugung gekommen, daß die Menschen eines einzigen Elternpaares Kinder sind, gezeugt von demselben Vater, hervorgegangen aus demselben Mutterleibe: so haben sie gleiche Freiheit, gleiche Rechte, gleiche Pflichten, sind sie die gleichberechtigten Erben der Erde. Das Staatsgesetz des Lykurg hat, in Übereinstimmung mit der Übung des gesamten Altertums die Pflicht der Arbeit ausschließlich den Heloten aufgezwungen, die freien Griechen durften nicht arbeiten, sondern bloß genießen. Der Palästinenser dagegen, welcher eben erst die eindringlichen Worte des Propheten vernommen: „Haben wir nicht alle einen Vater, hat nicht ein Gott uns geschaffen, wie dürfte ungerecht sein Bruder gegen Bruder?‘ (Maleachi 2, 10), konnte doch nicht gut zu seinem Genossen sagen: „Bruder, du wirst arbeiten, viel arbeiten, schwer arbeiten, ich will genießen, viel genießen, in vollen Zügen genießen; ich werde dafür an der Kunst mich ergötzen, an der Naturschönheit erfreuen, den Harmonien der Schöpfung, dem Gesange der Sphären lauschen, oder aber Politiker sein, die Staatsangelegenheiten beraten, die Gesetze bestimmen; dazu bedarf ich der Ruhe, der Erholung, der Sammlung, mit einem Worte — des Müßigganges.“

Griechen und Römer redeten tatsächlich nicht anders. Für sich forderten sie alle Herrschaft, verlangten jeden Genuß; des Heloten Anteil war — Arbeit!

Meine Herren! Sie werden es noch im Laufe dieses Vortrages hören, daß in Palästina die Arbeiter selber es waren, welche die politischen Parteien geführt, die Staatsangelegenheiten beraten und die Gesetze bestimmt haben.

V.

Die Arbeit ist ihrem innersten Wesen nach: die Betätigung der Freiheit als Selbstbestimmung der Persönlichkeit, die Bewältigung der Natur durch den freien Willen des Geistes; sie ist die ehrenvollste Äußerung menschlicher Kraft und Oberherrschaft. Die erzwungene, unfreie Arbeit ist ein absoluter Widersinn, ohne daß es die klassischen Logiker besonders geniert hat. Der griechische und der römische Sklave hatte kein Recht auf Arbeit, keine Pflicht zur Arbeit, keinen Lohn für die Arbeit, keinen Segen von der Arbeit, keinen Sporn, keinen Drang zur Arbeit. Dennoch war dieser Unglückliche ein Arbeiter!

Allein der größte Fluch, welcher im Gefolge der Sklaverei einherschritt, war, daß die Arbeit unehrenhaft geworden, und dagegen der Besitz, der Genuß im tatenlosen Müßiggange den Kranz der höchsten Ehren von der öffentlichen Meinung erhielt. Wo der Sklave arbeitet, da sinkt die Arbeit zur Sklaverei und wird behaftet mit dem Stigma der Erniedrigung. Im Staate des Lykurg war jede erwerbende Tätigkeit unehrenhaft und den freien Bürgern untersagt. Mit unverhohlener Verachtung blickte der Grieche auf die Arbeit und belegte den Arbeiter mit einem schmutzigen Namen[5].

Selbst Aristoteles hielt die Arbeit eines freien Mannes[6] unwürdig und erklärt sich mit Plato darin einverstanden, daß eine gute Republik auch dem Handwerker kein Stadtrecht verleihen darf. Die alten Römer nannten die Arbeiter „labor", als Ausdruck des Schmerzes; ließen ihre Güter und Besitzungen durch Sklaven besorgen, und noch im Mittelalter hat die Arbeit den Stand eines Ritters und Edelmannes entehrt. Von fremdem Schweiße sich nähren, von fremder Anstrengung leben, von fremder Schaffenskraft genießen, das allein war ritterlich, edelmännisch. Hat aber der Ritter den Kaufleuten auf den Straßen aufgelauert und sie ausgeplündert, hat er die Bürger in ihren Häusern überfallen und sie ausgeraubt, so tat das seinem adeligen Namen keinen Eintrag.

Meine Herren! Eines werden Sie alle zugeben und ohne weiteren Beweis als richtig anerkennen, daß das Ansehen eines Standes, einer Bevölkerungsklasse nichts anderes ist, als das Ansehen und die Stellung des Berufes, welchen der Stand oder die Klasse vertritt. Das hohe Ansehen und die auszeichnende Stellung, welche der Militärstand einnimmt, verdankt er einzig und allein dem Kriegshandwerk, welches mit allen Ehren umgeben wird, nicht dem persönlichen Mute und der Tapferkeit seiner einzelnen Glieder; darin werden diese oft von gewöhnlichen Arbeitern übertroffen. Derselbe Arbeiter, welcher, solange er im Heere dient, am Ansehen des Wehrstandes partizipiert, verliert sofort seinen Nimbus in den Augen der großen Menge und der bürgerlichen Gesellschaft, sobald er den Kriegsrock auszieht und zur friedlichen Arbeit zurückkehrt; er wird wieder ein „bloßer Arbeiter". Es ist also nicht die Person, der Mensch an sich, sondern der Beruf und die Tätigkeit, welche dem Einzelnen, wie dem ganzen Stande die Stellung geben. Nun begreifen Sie, daß es für den Arbeiterstand nur von den trübsten Folgen hatte sein müssen, daß die klassischen Völker des Altertums, Griechen und Römer, welche die Würde und den Wert der Arbeit so schmählich mißkannten, sie zur Sklaverei erniedrigten, der europäischen Menschheit ausschließliche Muster und Vorbilder geworden sind. Jene Krankheiten und Gebrechen, welche an dem besten Mark unserer Gesellschaft zehren, und wider welche die Humanität und die Bestrebungen der Einsichtsvollen schon so viele Jahre hindurch vergebens den Kampf führen, sind die Erbschaft unserer klassischen Lehrmeister, alte Erbübel, welche tief eingewurzelt und darum so schwer auszurotten.

VI.

Palästina, meine Herren, war die Heimat des großen Satzes, den einmal eine spätere Zukunft besser wird würdigen können: „Von der Erde wird gesättigt der, welcher ihr dient“[7]. Dort im kleinen Palästina war seit uralten Zeiten die Arbeit als ein Vorzug, eine Auszeichnung, ein Ehrenzeichen des Menschen erkannt und gepriesen, war die alltäglichste Arbeit mit einer höheren sittlichen Weihe umgeben worden. Nur die Arbeit — so sagte ein Palästinenser[8] — als Äußerung der Freiheit und Oberherrschaft über die Natur, erhebt den Menschen über das Tier; nur durch das produktive Schaffen wird der Mensch im wahren Sinne das Ebenbild seines Schöpfers. Jenen herrlichen Preisgesang auf den Arbeiter, dem Heil und dreimal Heil zugerufen wird, daß er von seiner Hände Mühen und seinem regsamen Schaffen Weib und Kind ernährt, dieses Lied — welches Sie, meine Herren, noch heute in den Psalmen finden — konnte nur ein Palästinenser dichten. Er hatte die Arbeit erkannt, als die große Erzieherin, Bildnerin und Beglückerin des Menschen, die Mutter aller Kultur, die Schwester aller Sittlichkeit, die Freundin jedes Fortschrittes. Die Arbeit, sagten die Palästinenser[9], ernährt nicht bloß, sondern adelt und erhöht den Menschen. Alle Schöpfungen seines Geistes tragen ihre Merkmale; alles Große, Starke und Schöne verdankt der Arbeit allein seine Größe, seine Schönheit, seine Stärke. Die Arbeit, sagte der Palästinenser, heiligt den Menschen; sie schützt ihn vor Sünde, Laster und Leidenschaft[10]; Trägheit und schlaffe Tatenlosigkeit führen zur Unzucht und zu bösen Begierden[11]. Müßiggang ist ein halber Tod und beschleunigt den ganzen[12]. Arbeit ist die Mutter alles Segens. Mit ihrem verklärten Mutterantlitz erheitert sie jedes umdüsterte Gemüt, vor dem blendenden Glanze ihres lachenden Mutterauges flüchten sich aller Kummer und alle Sorge, mit ihrem mütterlichen Zuspruch und ihrem unversiegbaren Troste heilt sie jedes wunde Herz. Arbeit, die schönste Gottestochter, vermittelt das Bündnis Gottes mit den Menschen[13]; wo wäre der Vornehme und der Große, der zu groß und zu vornehm, ihr die Hand zu reichen? Darum liebe sie und hüte dich, ihr mit Geringschätzung und Verachtung zu begegnen[14].

Arbeit der Hand, so sagt ein hebräisches Wortspiel, „melacha-melucha“, ist das Königtum, dem die Herrschaft gesichert in der bürgerlichen Ordnung.

Arbeit, sagte der Palästinenser, ist die schönste Frömmigkeit, die erhabenste Gottesfurcht[15], da hieß es also nicht: „Bete und arbeite“, sondern: „arbeiten ist beten“. Auch hier, meine Herren, kann ich Ihnen eine sprachliche Merkwürdigkeit nicht vorenthalten. Arbeiten und beten hatten in der Sprache der Palästinenser eine und dieselbe Bezeichnung[16]; die Verrichtung des Hohenpriesters im Allerheiligsten des Tempels und das Tagewerk des niedrigsten Taglöhners führten ein und denselben Namen[17]; dem Palästinenser waren es nicht verschiedene Begriffe, sondern gleichartige geistige Potenzen und bildeten Äquivalente.

Der Grieche belegte den Arbeiter mit einem schmutzigen Namen; der Palästinenser konnte eine ehrenvollere Bezeichnung nicht erdenken, als „Arbeiter“[18], schon weil sein Stammvater Abraham, sein großer Prophet und Gesetzgeber Moses, sein ruhmreicher König David, mit dem Namen „Arbeiter“[19] sich schmückten. Während die Inder alles Weltliche als unrein und von Gott abgefallen verachten, haben die Palästinenser in ihren Schulen öffentlich lehren lassen: Handwerk und Arbeit sind heilige Offenbarungen Gottes. Gleichwie Gott zu dem Menschen herniederstieg, um Religion zu lehren, so ließ er sich auch hernieder zu dem Menschen, um ihm jedes Handwerk zu zeigen, in jeder Arbeit ihn zu unterweisen. Sie wollten dem Gedanken damit Ausdruck geben, daß wir in der Arbeit eine Äußerung des Göttlichen in der Menschennatur zu erkennen und zu verehren haben.

VII.

Der geistige Wechselverkehr unter den Völkern war indes zu allen Zeiten ein sehr reger — trotz aller starken politischen Gegnerschaften, der Zwiespalt der Interessen, des erbgesessenen Hasses und der nationalen und religiösen Scheidewände. Mit den Gegenständen des Handels, Gewerbes und der Industrie wurden immer allerlei gesunde und kranke Ideen importiert und exportiert. Mit den Erfindungen wanderten und wandern auch politische Institutionen von Land zu Land. Ja, es ist ein gar eigen Ding um politische Stimmungen und Strömungen, die an irgend einer Stelle künstlich erzeugt, geweckt, gepflegt und großgezogen, dann gleich einer geistigen Seuche die Landesgrenze überschreitet, um die Luft der Nachbarstaaten mit dem Giftstoff zu schwängern. Jene sonderlich und krankhafte Geistesrichtung unserer Zeit, welche die politische Menschenjagd als eine Art Lieblingssport betreibt, ihre nacheinander in wilder Disharmonie veranstalteten Katholikenhetzen, Sozialistenhetzen, Semitenhetzen sind alle nicht ganz spurlos auch an uns vorübergezogen. Der kaltherzige Leiter eines gefürchteten Militärstaates ist der Schöpfer und Lenker all dieser Stimmungen und Strömungen, in dessen stahlgepanzerte Faust die elektrischen Drähte zusammenlaufen, die ganz Europa umspannen. Ob er Hand in Hand mit dem bildungs- und besitzfrohen Mittelstande den preußischen Junkern ein Brandmal an die Stirne heftet oder Arm in Arm mit den königlichen Hoftheologen das Jahrhundert in die Schranken ruft, um einen fortschrittlichen „Republikanismus“ vom Erdboden zu vertilgen; ob er Liberalismus heuchelt und dessen Feldgeschrei sich aneignet oder die alte Mähre der Reaktion reitet — sein Schlachtruf findet immer auch bei uns ein tausendstimmiges Echo, und wir vermögen nicht, von seinen Einwirkungen, welche die Tiefe aufwühlen und die Oberfläche in Bewegung bringen, uns loszuwinden. Die wechselnden Launen des Mächtigen, seine politischen Einfälle und Anfälle finden, gleich einer geoffenbarten Weisheit, Bewunderung, gedankenlose Nachbetung, ungeschickte Nachahmung.

Dies alles, meine Herren, wollen Sie sich gegenwärtig halten bei Beurteilung Palästinas.

An der Grenze dreier Erdteile der Alten Welt gelegen, rings umgeben von übergewaltigen Sklavenstaaten, deren Machtgebot weithin entscheidend war, deren falscher Ruhmesglanz alles blendete, deren Willen sich alles fügte, war, ihren Einflüssen gegenüber, die in Begleitung siegreicher Invasionsheere nach Geltung strebten, das kleine winzige Palästina ohnmächtig, wehrlos. Die Nachahmungssucht der kleinen Geister hatte große Vorbilder gewonnen, auf deren Autorität viel gewagt werden durfte.

Die ausländische Sklaverei drang ein, überwand Landesgesetz und Landessitte. Man mußte nunmehr unterscheiden zwischen dem einheimischen freien und dem ausländischen „ewigen Arbeiter", mit welchem Ausdruck der spätere Palästinenser in Ermangelung einer eigenen Bezeichnung für „Sklave" sich zu helfen suchte.

Indes waren die Lehren der vielhundertjährigen Leidenszeit noch nicht ganz dem Gedächtnis entschwunden. Die Propheten und öffentlichen Redner wurden nicht müde, gegen die schmähliche Verletzung der nationalen Sitte zu eifern, die sündhafte Sklaverei mit flammender Beredsamkeit zu züchtigen. Sie wachten über die Sklaven und deren Geschick mit unerschrockenem Mute. Auch der Gesetzgeber unternahm den Kampf gegen die fremde, niedere Institution mit rücksichtsloser Energie, und dieser hartnäckige Humanitäts- oder Kulturkampf währte bis zum Untergange des Staates, ja noch über diese Zeit hinaus.

Ein Kampfgesetz solcher Art von wirksamer, tief einschneidender Natur lesen Sie im zweiten Buch Mosis Kap. 21, Vers 26 und 27. Nach diesen Bestimmungen hatte jeder körperliche Schaden an den Gliedmaßen, welche der Herr dem Sklaven zugefügt, das Ausschlagen des Zahnes, die Beschädigung des Auges, die sofortige Freilassung des gekauften Sklaven zur Folge. Erinnern Sie sich des traurigen Loses römischer Leibeigener, so werden Sie die volle Tragweite dieses Kampfgesetzes wider die unsittliche Sklaverei recht würdigen.

Den Hauptschlag, der vernichtend wirken mußte, führte das Gesetz durch eine Bestimmung, welche zur Folge hatte, daß die ausländischen Sklaven nach Belieben ihre Befreiung erzwingen konnten. Flüchtete sich ein Sklave in das Haus eines Palästinensers, so durfte er ihn unter keiner Bedingung seinem Herrn, vor dem er sich geflüchtet, ausliefern. Das Gesetz fügt hinzu: „Bei dir lasse ihn wohnen, oder dort, wo er einen Wohnsitz sich wählt, in einer deiner Städte, gleichviel wo es ihm beliebt; du darfst ihn nicht unterdrücken!" (5. Buch Mosis 23, 16 und 17.) Der Sklave brauchte also nach einer andern Stadt bloß in das Haus eines Palästinensers sich zu flüchten und er hatte ein sicheres Asyl, war für immer seinen Herrn los, konnte sich dann nach Belieben einen Wohnsitz wählen.

Selbst der Versuch, den Sklaven, der infolge dieser Gesetze in Palästina ein fraglicher Besitz geworden, an Ausländer oder solche Palästinenser,

die im Ausland unter Schutz nichtpalästinensischer Gesetze lebten, zu verkaufen, galt als ungesetzliche Benachteiligung des Sklaven und hatte dessen Freilassung zur Folge. Einen solcherart verkauften Slaven mußte der Herr auf Zwang des Gesetzes zurückkaufen und dann — freigeben[20]. Drängte sich indes der Freie zur Leibeigenschaft, so wurde ihm das Ohr durchbohrt, als offenes, allen erkennbares Brandmal der Sklavenseele.

Das war das palästinensische Gesetz in bezug auf Sklaven, das man richtiger in bezug auf ihre Befreiung benennen sollte.

Wenn aber viele Sklaven nach Befreiung weder strebten noch sich sehnten, sondern bei ihren Herren ruhig weiter blieben, ohne von den Wohltaten dieses Gesetzes Gebrauch zu machen, so können diese palästinensischen Herren unmöglich so hart gegen sie verfahren haben. In der Tat beteuerte Hiob, der als mächtiger Großgrundbesitzer von höchstem Ansehen und weitem Rufe geschildert ist:

> „Wo habe ich je gewagt, meinem Sklaven oder meiner Sklavin das Recht zu verkürzen in ihrem Streite mit mir? Hat nicht sie gleichwie mich mein Schöpfer in einem Mutterschoß geschaffen? Sind nicht sie wie ich in einem menschlichen Mutterleib gebildet worden?“ (Hiob 31, 13.)

So redete weder ein Grieche noch ein Römer, so konnte nur ein Palästinenser sprechen!

Selbst dann als mit den römischen Legionen auch das römische Recht, in seinem Gefolge römische Sitte und Unsitte und so auch die scheußliche Sklaverei, in Palästina, das gebrochen, geknickt, aus tausend Wunden blutend, siegreich eingezogen war, und die staatliche Selbständigkeit des Landes endgültig aufgehört hatte, wurden die talmudischen Gesetzgeber nicht müde zu ermahnen, die Blutsgemeinschaft aller Menschen nicht zu vergessen:

> „Dem Sklaven das Joch nicht zu erschweren, das Leben nicht zu verbittern, in der Kost den übrigen Hausgenossen gleichzustellen, ihn weder durch Tat noch durch Worte verächtlich zu behandeln, denn er ist zur Arbeit da, nicht zur Geringschätzung.“ (Maimonides, „Von den Arbeitern“, Ende.)

Die reichen Römer, von denen manche gegen 4000 Sklaven hielten, welche gefesselt arbeiteten, des Nachts in tiefen unterirdischen Kellerräumen, an den Füßen gebunden und zusammengepackt, lagen, haben mit großem Mißmut und Unbehagen das humane Verfahren der Palästinenser gegen die Sklaven beobachtet, und blieben nicht lange teilnahmslose Zuschauer. Der Haß und die brutale Selbstsucht griffen zur Gewalttätigkeit, und waren mit verleumderischen Anschuldigungen rasch bei der Hand.

In den Bestrebungen zur Emanzipation des Arbeiterstandes hatte Ferdinand L a s a l l e in seinen Ahnen vor 2000 Jahren geistesverwandte Vorgänger. Gleich ihm wurde der Palästinenser Lazar P r a t a von den römischen

Schengen vor Gericht geschleppt und unter Anklage gestellt, weil er seine eigenen zahlreichen Sklaven — freigelassen hatte[21].

Das war der Antisemitismus der alten Arier.

VIII.

Was aber allen Klassen und Arten palästinensischer Arbeiter von vornherein ein besseres Los, ein günstigeres Geschick sicherte, sie weit auszeichnete vor allen Genossen des Altertums, ihnen auch eine erhöhte moralische Kraft gab, das Menschenbewußtsein in ihnen lebendig erhielt, zu ihrer Veredelung und Versittlichung viel beitrug — das war der allwöchentliche R u h e t a g, die Ruhe jedes siebenten Tages, welchen die europäische Menschheit den palästinensischen Arbeitern dankt.

Es ist kein geringerer, als der berühmte Arbeiterfreund und französische Denker P r o u d h o n e, welcher die große zivilisatorische Bedeutung des siebenten Ruhetages tief erfaßt und glänzend dargestellt hat. Unser moderner Geist, so sagt Proudhone, mit seinen unfruchtbaren Theorien über politisches und bürgerliches Recht, seinen konstitutionellen Klügeleien, seinen Anläufen für Freiheit und Gleichheit, hat noch keine einzige Institution erdacht und geschaffen, die an Wohltaten für das arbeitende Volk dem Gesetze über den siebenten Ruhetag annähernd sich vergleichen ließe. P r o u d h o n e untersucht die wohltätigen Einwirkungen der Institution in bürgerlicher, häuslicher, sittlicher und gesundheitlicher Beziehung und zeigt, daß sie Freiheit und Gleichheit voraussetzt, eine höchst entwickelte Vergesellschaftung, bessere Moralität, körperliche und geistige Gesundheit zur Folge hatte.

Ich sagte, den allwöchentlichen Ruhetag dankt die Welt den palästinensischen Arbeitern; denn eigentlich für den Arbeiter und nur für ihn hat der Gesetzgeber die Institution geschaffen. Schlagen Sie nach, meine Herren, das fünfte Buch Mosis, Kapitel fünf, dort werden Sie den ältesten Text des Sabbathgesetzes, den noch unverfälschten Wortlaut der zehn Gebote lesen und finden, daß der siebente Ruhetag eingesetzt worden:

> „Damit ausruhen soll der Arbeiter, die Arbeiterin, denn gedenket," so fügt der Gesetzgeber hinzu, „ein Sklave bist du gewesen in Ägypten."

Die vornehmen und wohlhabenden Bevölkerungsklassen bedurften nicht dieses Institutes; sie hielten und halten jeden Tag Sabbath und Sonntag. Wohl aber der Arbeiter, welcher die Woche hindurch die schwersten Lasten auf seinen Schultern trägt, mit den härtesten Arbeiten seinen Leib abquält, unaufhörlich den Hammer schwingt, die Hacke führt, in seinem Gesicht die verbrennende Gluthitze des Feuers oder des Ofens, eingepfercht ist in den verpesteten, lungenzerstörenden Arbeitsräumen — er versteht die Wohltat zu würdigen und zu schätzen, daß ihm wenigstens ein Tag eingeräumt ist, ein einziger Tag, an welchem er sich selber und seiner Familie angehört, ein Tag der Ruhe, der Erholung und geselligen

Unterhaltung, mit einem Worte, ein Tag, an welchem auch er ein Mensch, ein freier Mensch sein darf. Der Sabbath war durchaus nicht ein Kirchentag, ein Bettag[22], wozu ihn später die Religion umgewandelt hat; schon der Name „Sabbath" protestiert dawider. Das Wort bedeutet: Arbeitsruhe! Es war ein Tag, an dem das Arbeiten im ganzen Staate untersagt war, damit die Arbeitenden ausruhen.

Meine Herren! Der Sabbath mit dem Sonntag repräsentiert ein großes Stück Sozialismus, ohne daß die bürgerliche Gesellschaft dessen Tragweite auch nur erkannt oder erkennen will. Populär ausgedrückt, ist das palästinensische Sabbath-Gesetz nichts anderes, als die gesetzliche Regulierung der Arbeitsdauer von Staats wegen[23]. Dieses große Prinzip haben die Palästinenser in ihre Gesetzgebung aufgenommen und alle Arbeit, die bei allen anderen Völkern des Altertums geleistet worden, um den siebenten Teil in jeder Woche gekürzt, auf das Maximum von sechs Arbeitstagen gesetzlich eingeschränkt. Auch in Palästina gab es viele, die ihre Arbeiter lieber sieben als sechs Tage in der Woche wollten arbeiten lassen; allein der Staat erachtete die Bestimmung über die Arbeitsdauer als eminente Staats- und öffentliche Angelegenheit, als Sache der Gesetzgebung, um eine allmähliche Degenerierung und Verkümmerung der Rasse zu verhindern, und ließ das Arbeitsmaximum feststellen, das nicht überschritten werden soll. Damit war ein Prinzip gegeben und in öffentlicher Geltung aufgenommen, das von der größten Tragweite und Wohltat für den Arbeiterstand hätte werden müssen, wenn nur die Völker, welche an Stelle der Palästinenser in die Geschichte getreten sind, auch Nachfolger ihres arbeiterfreundlichen Geistes gewesen wären. Es galt jetzt bloß mehr die Konsequenzen eines bereits geltenden Gesetzes, gebilligten Prinzipes zu ziehen und, was die Palästinenser in bezug auf die Arbeitswoche getan, endlich einmal auch auf den einzelnen Arbeitstag anzuwenden, das Maximum seiner Dauer zu fixieren. Vier Jahrtausende sind vorüber seit der Regulierung der Wochenarbeit durch die Palästinenser, die Arbeit ist seitdem härter und aufreibender geworden und alle die Völker ohne Zahl, die nachher in die Geschichte eingetreten sind, mit ihren Gesetzgebern und Staatsmännern, ihren Dichtern und Denkern, Schriftstellern und Philosophen haben zur Entlastung und Erleichterung der Arbeiterbevölkerung nicht einen einzigen Schritt, ja nicht einen halben sich weiter gewagt. Nahezu vierzig Jahrhunderte sind vorüber; die Fortschritte zu schildern, welche die Menschenrasse seitdem auf allen nur erdenklichen Gebieten ihrer Tätigkeit, ihres Lebens, ihres Genießens vollbracht hat, übersteigt die Kunst jeglichen Redners; nur der Arbeiter sieht seine Lage nicht erleichtert. Was die Fürsorge, die Einsicht der Palästinenser diesem Stande nicht gegeben hat, das besitzt er noch heute nicht.

Meine Herren, wissen Sie, worin die Ursachen verborgen sind, dieser Zaghaftigkeit der Völker in den Fortschritten zugunsten der Arbeiter? Diese Harthörigkeit und Hartherzigkeit gegenüber Ihren Klagen zeigt Ihnen

wiederum, daß die europäische Menschheit die Erbschaft angetreten hat nicht des palästinensischen, sondern des griechischen und römischen Geistes, der Ihnen sogar durch die „Sonntagsarbeit" die Früchte und den Genuß dessen mindert, was die Gerechtigkeit der Palästinenser dem Arbeiter erzwungen hat. Der mosaische Gesetzgeber wendet sich klugerweise an den Arbeitgeber; ihm wird untersagt, am siebenten Tag auch die geringste Arbeit und von wem immer verrichten zu lassen[24]; die europäische sogenannte Sonntagsarbeit war rein undenkbar in Palästina.

Wenn ich die Bewegung des heutigen Arbeiterstandes richtig verstehe, so sehe ich überall, daß sein Kampf ausschließlich sich richtet gegen das durch die Sklavenidee vergiftete geistigte Erbe der arischen Griechen und Römer.

Griechen und Römer konnten auch den wöchentlichen Ruhetag der Palästinenser schwer begreifen. Diese Institution war ein radikaler Gegensatz zu ihrer arischen Weltanschauung; sie spotteten und witzelten über den rätselhaften Tag. Dichter, wie Plutarch, Dio Cassius, Petronius, Tacitus, Suetonius, Juvenal, Martial, Persius, Justin und Rutilius Numantius haben sich über ihn belustigt, konnten es nicht begreifen, daß die Palästinenser ihren Arbeitern jeden siebenten Tag schenken, die Privatrechte der Arbeitgeber verkürzen; sie nannten sie darum Müßiggänger; auf den römischen Volkstheatern pflegten Stücke aufgeführt zu werden, in welchen die Palästinenser und ihr Ruhetag karikiert wurden[25], etwa wie es heute noch wohl hie und da in anderer Beziehung ähnlich zu geschehen pflegt.

Ja, meine Herren, der siebente Ruhetag, welcher nichts anderes ist als der vor viertausend Jahren gemachte Anfang und genommene Anlauf zur gesetzlichen Regelung der Arbeitsdauer, hatte noch einen großen Kampf zu bestehen gegen Spott, Hohn, gegen Karikatur der Übelwollenden, der Hartherzigen und Unverständigen; schließlich hat er dennoch in seinen drei Gestalten: als palästinensischer Sabbath, als christlicher Sonntag, als mohammedanischer Freitag, die Welt erobert.

IX.

Zwischen Künstlern, Handwerkern, Arbeitern haben die Palästinenser nicht unterschieden; gänzlich fremd war ihnen das System der Kasten, Innungen und Zünfte, welche die freie Entfaltung der Arbeit hindert, sie einschnürt und einzwängt. Die Arbeit war frei. Das Recht jedes Menschen auf Arbeit durfte ihm nicht, unter welchem Vorwand immer, verkümmert werden. Arbeitslose und arbeitsscheue Bettler aber haben die Palästinenser nicht einmal dem Namen nach gekannt. Ich berufe mich auch hiefür auf das Zeugnis des hebräischen Wörterbuches[26]. Der Arbeitslohn wird nach europäischer Übung am Ende der Woche erst ausgezahlt. Seinen Hausbedarf ist der Arbeiter gezwungen, auf Kredit zu nehmen. Wer die menschliche Selbstsucht kennt, der weiß, daß diese Abhängigkeit vom Kredit-

geber, diese Beschränkung in der Wahl der Einkaufsstelle an der Qualität und Quantität der Ware sichtbar wird. Das palästinensische Arbeitsgesetz hatte zur ersten Bestimmung, daß dem Arbeiter, welcher Art er sei, der verdiente Tageslohn schon am Abend auszuzahlen ist. War der Lohn nur über Nacht vorenthalten worden — mit dem Sonnenaufgang des morgigen Tages verfiel der Arbeitgeber der Strafe des Gesetzes.

Wie der Palästinenser überhaupt, war auch der Arbeiter kosmopolitisch, weltbürgerlich gesinnt. Nichts verabscheute er so sehr, als den verabscheuungswürdigen Haß und die unselige Zwietracht der Rassen, Nationalitäten und Sprachstämme. In der Hauptstadt und auf dem flachen Lande hörte man mehr syrisch und aramäisch reden als die palästinensische Muttersprache, ohne daß es das patriotische Blut in Wallung gebracht hätte[27]. In Palästina ging die Rede, daß als Gott der Schöpfer daran ging, den ersten Menschen aus Staub zu bilden, er die Erde aus allen Weltteilen sammelte, zusammen vermischte und bildete daraus den Menschen; welchem darum kein einziges Land fremd und unsympathisch sein darf. Er findet überall denselben mütterlichen Boden, welchem er gleiche kindliche Anhänglichkeit schuldet.

Palästinensische Arbeiter waren wegen ihrer Intelligenz, Geschicklichkeit und Ausdauer sehr gesucht. Selbst im Auslande hielten sie das beste Einvernehmen untereinander, unterstützten sich gegenseitig und standen zusammen wie ein Mann. In der Großstadt Alexandrien, welche die Aufmerksamkeit der europäischen Mächte in unseren Tagen wiederum einmal auf sich gelenkt hat, waren sie in der Zeit der Entstehung des Christentums so zahlreich vertreten, daß sie in einem Prachtbau, Basilika, einen eigenen wunderbar schönen Tempel sich einrichteten, in welchem die Gewerke zusammen ihren besonderen Gottesdienst hielten. Die Gold-, Silber-, Kupfer- und Eisenschmiede bildeten eine Gewerkschaft, welcher die vordersten Sitzreihen eingeräumt waren; hinter ihnen kamen die Weber usw. Der zugereiste Arbeiter begab sich ohneweiters auf den Sitz seines Gewerkes und es wurde immer für seinen und seiner Familie Unterhalt gesorgt[28].

Palästina war ein Agrarstaat; der Ackerbau hatte die weiteste Ausdehnung, war der vornehmste Beruf seiner Bevölkerung. Selbstverständlich gab es dort eine große Anzahl der Knechte und Mägde. Welche Stellung war ihnen in der Familie eingeräumt? Wie wurden sie zur Zeit Jesu behandelt?

Die Bestimmungen des öffentlichen Gesetzes über Dienstboten will ich Ihnen wörtlich vorlesen:

> „Wer einen Arbeiter oder eine Arbeiterin aufnimmt, soll nicht vergessen, daß er mit ihnen verkehren muß nach Art eines Bruders oder einer Schwester; er muß sie gleichstellen sich selber in bezug auf Essen, Trinken, Kleidung und Wohnung; dergestalt, daß es nicht gestattet sei, wenn der Herr feines Brot verzehrt, dem Arbeiter schwarzes vorzu-

legen; wenn der Herr gute alte Weine trinket, dem Arbeiter einen schlechteren hinzustellen; wenn der Herr auf weichen Betten und Polster schläft, dem Arbeiter bloß einen Strohsack hinzulegen, oder ihn in ähnlicher Weise in der Wohnung zu benachteiligen[29]!"

Dies ist der Wortlaut des palästinensischen Dienstbotengesetzes, welches im Talmud noch heute zu lesen ist; mit welchem Gesetze unsere hohen Herrschaften, welche schon über das österreichische Dienstbotengesetz so sehr jammern, noch viel weniger zufrieden gewesen wären.

Soll man das abscheuliche Buch, welches solche Arbeitergesetze enthält, nicht lieber verbrennen? — —

X.

Die Zahl der Handwerker und Arbeiter in der Hauptstadt Palästinas war so groß, daß sie ganze Straßen und Quartiere inne hatten, ohne daß Regierung und Polizei eine Gefahr für die Sicherheit der Hauptstadt davon befürchteten. Es gab einen eigenen Stadtteil der Töpferarbeiter, ein Tor der Zimmerleute, zahlreiche Wäscher- und Färberarbeiterstraßen, ein Bäckerarbeiterquartier usw. Die Kupferschmiede waren so zahlreich vertreten, daß sie sich ein prachtvolles Gebäude aufführen ließen, um einen besonderen gemeinsamen Gottesdienst zu halten.

Über den Zustand der öffentlichen Sicherheit der Hauptstadt Palästinas und deren Umgebung besitzen wir zwar keine genauen Angaben, allein die Fälle von Mord und Totschlag müssen sehr selten gewesen sein. Denn wenn einmal ein Gerichtshof ein Todesurteil ausgesprochen, so hatte das Ereignis die öffentliche Meinung erregt; dieser Gerichtshof ward bemakelt und der Volksmund nannte ihn den „Todes-Gerichtshof"[30], was der Talmud mit voller Billigung des Volksurteils registriert.

Ein Arbeiter, ein Holzhauer namens Akiba, war es, welcher die gänzliche Abschaffung der Todesstrafe anregte[31] und er hätte sicherlich mit seinem großen Scharfsinn und seinem mächtigen Einfluß diesem Prinzipe gesetzliche Geltung verschafft, wenn die Römer nicht ohnehin die peinliche Gerichtsbarkeit den Juden abgenommen hätten.

Unsere moderne Zeit, welche vielfache Anläufe zur Abschaffung der Todesstrafe genommen, für das Prinzip große Agitationen organisiert, viele juristische, rechtsgeschichtliche Flugschriften ins Leben gerufen hat, ohne jedoch das Ziel zu erreichen, ahnt wohl kaum, daß das Verdienst der ersten Anregung dieses humanen Gedankens einem palästinensischen Arbeiter, einem Holzhauer, gebührt und zukommt, dessen juristische Gedanken im Talmud aufbewahrt sind.

Blieben die Urheber eines Mordes unentdeckt, wie das auch anderwärts nicht ungewöhnlich und nicht selten sein soll, so kam folgendes scheinbar ganz sonderliche Gesetz zur Anwendung. Die ältesten Bewohner und die obersten Vertreter der Stadt, in deren Mauern oder deren Um-

gebung das Verbrechen verübt worden, hatten ein öffentliches Sühnopfer zu bringen, um ihre moralische Mitverantwortung zu sühnen. Durch den Mund der Volksältesten und Vertreter der Stadt sollte es zum öffentlichen und lebendigen Bewußtsein gebracht werden, wie der Talmud es darlegt, daß für jedes Verbrechen und für jedes Laster dem gesamten gesellschaftlichen Organismus mit seinen Verirrungen, seinen Gebrechen, seiner Genuß- und Selbstsucht, kurz, seiner vergifteten geistigen Atmosphäre die moralische Mitverantwortung zukomme. In Palästina hätte die Gesamtheit nie wagen dürfen, wegen des Verbrechens eines einzelnen Individuums einen ganzen Stand, eine Volksklasse, eine politische Partei ohne weiteres zu brandmarken. Wo immer die Wiege eines Mörders gestanden, im Palast oder der niederen Hütte, ob er in reichen oder ärmeren Kreisen zu verkehren pflegte — die moralische Mitschuld an seinem Verbrechen fällt nach den Ausführungen des Talmud[32] der gesamten Gesellschaft zur Last, ihren Höhenschichten nicht minder als ihren Niederungen.

Meine Herren! Diesem Talmud, diesem Sammelwerk aus sechs Jahrhunderten mit seinen juristischen und national-ökonomischen Abhandlungen, seinen medizinischen Winken und Ratschlägen, seinen moralischen Lehren, Erzählungen, Parabeln und Legenden, seinen kulturhistorischen Mitteilungen ergeht es in unseren Tagen wie einer Zeitung, einem großen Journal. Der eine liest den Leitartikel, der andere das Feuilleton; ein dritter überschlägt die ganze erste Seite, schaut nach den politischen Berichten des In- und Auslandes; ein vierter widmet sich den städtischen Angelegenheiten, dem Klub- und Vereinswesen und liest mit besonderer Aufmerksamkeit die Lokalnachrichten; ein fünfter beschäftigt sich mit Kunst und Wissenschaft, er sucht sich zu orientieren über Musik, Theater und Vorträge.

Endlich ist noch der letzte da, ein Tölpel, der entweder zu blasiert ist, um all dem Interesse abzugewinnen, oder zu dumm und ohne Verständnis für die Vorgänge der großen Welt; dieser liest täglich bloß die Gerichtsverhandlungen, die Berichte über Unfälle, Raub, Mord und Diebstahl. Er sieht in der Zeitung nichts als die „Verderbtheit der Welt“, den angesammelten Schmutz der Großstadt. Was halten Sie von diesem Tölpel? Nun, auch der Talmud hat solche dumme Patrone gefunden, welche ihn nie vor Augen gesehen, seinen Text nicht einmal lesen können, geschweige inhaltlich begreifen, aus allerhand tendenziösen Übersetzungen die Mordgeschichten aufsammeln und dann über seine „Verderbtheit“ jammern.

XI.

Die Arbeiter Palästinas waren sehr unterrichtete, häufig sehr gelehrte Männer; diese palästinensischen Arbeiter bilden eine eigenartige und einzige Erscheinung in der Kulturgeschichte. Es war nicht eine Kuriosität, sondern eine Erscheinung, die sich Jahrhunderte hindurch wiederholt hat und durch geschichtliche Tatsachen und Zeugnisse bestätigt wird, daß in

den palästinensischen Akademien und Hochschulen man sehr oft Arbeiter die scharfsinnigsten gelehrten Vorträge hatte halten hören können.

Gewöhnliche Arbeiter, welche des Tages über die schwersten Lasten getragen, Hammer oder Hacke geschwungen, an dem Webstuhl oder an dem Mühlstein gesessen, in der Schneiderwerkstatt mit der Nadel oder auf dem Felde mit dem Pfluge tätig gewesen, kamen dann in die Akademie, um das Katheder zu besteigen. Wer zumal in die feierlichen akademischen Sitzungen ging, sah dort nicht die gepuderten Perücken, die roten und goldenen Kragen, die ordensgeschmückten Gewänder, sondern die rußgeschwärzten Gesichter, die schwieligen Hände, die zerstochenen Finger: Arbeiter, welchen die ersten und vornehmsten Bänke und Sitze eingeräumt waren.

Oft genug wurde ein Arbeiter zum Rektor und Leiter der Akademie berufen. Standesunterschiede existierten nicht. Der Sadduzäische Priesteradel, welcher eine Zeitlang auch die weltliche Macht an sich gerissen, tat allerdings sehr stolz auf seine reine Abstammung, sein blaues Blut; allein in der wissenschaftlichen Akademie und in dem gesellschaftlichen Leben galt der bezeichnende Grundsatz des Talmud: „Einem Bastard, welcher unterrichtet ist, gebührt der Vorrang und Vortritt vor dem Hohenpriester, wenn dieser unwissend sei.“

Arbeiter bekleideten die höchsten Ehren- und Staatsämter, waren die vornehmsten und vertrautesten Ratgeber des Volkes und übten auf die Gesetzgebung den maßgebendsten Einfluß.

Der Arbeiter brauchte vor den reichsten und vornehmsten Volksklassen sich nicht zu beugen, nicht zu bücken; er stand allen ebenbürtig gegenüber. Selbst Männer königlicher Abkunft waren im Arbeiterstand vertreten. Als ein legitimer Sprosse der königlichen Dynastie Davids, Hillel, Holzhauer geworden war, so hatte das die königliche Familie nicht entehrt, man fand in dem Vorgang weder Auffälliges, weder Anstößiges, noch Ungehöriges oder Verletzendes. In Palästina durfte niemand sagen[33]: „Ich bin zur Arbeit oder zu dieser Arbeit zu vornehm.“

XII.

Gestatten Sie mir nun, meine Herren, daß ich Ihnen einige palästinensische Arbeiter präsentiere.

Ich nenne Ihnen zuerst den Arbeiter Hillel, seines Erwerbes ein Holzhauer, 30 Jahre vor Christi. Was ist ein Holzhauer, was kann er sein im arischen Europa? Sicherlich nur das, was er bei den Griechen und Römern war, nämlich: Nichts! Wer kennt ihn, wer nennt ihn, wer weiß von ihm, wer achtet auf ihn?

Indes der Holzhauer Hillel war der berühmteste Mann seines Landes, das Oberhaupt der Akademie, der Gründer einer Schule, deren Jünger über ein ganzes Jahrhundert seinen Namen führten und verherrlichten.

Die spätere Sage und Volksdichtung wußte kein erhabeneres Ideal der Sanftmut, Geduld und Milde, als den mit den schönsten Ruhmeskränzen geschmückten Namen Hillel. Auf die Gesetzgebung seiner Zeit übte er den bestimmendsten Einfluß aus; seine Vorschläge erhielten immer Gesetzeskraft. Sein Ruhm war auch bei den Heiden verbreitet und als einst ein solcher bei ihm erschien, um den Inhalt aller Religion in einem einzigen Satze kurz und klar zu vernehmen, sagte er ihm den goldenen Spruch, der seitdem so berühmt geworden: „Was dir zuwider ist, sollst du nie einem andern zufügen; das ist der Grundgehalt aller Religion.“ Meine Herren! Sie alle kennen diesen Satz seit langem. Sie wußten aber nicht, daß es ein Arbeiter war, der 30 Jahre vor Christi diesen Satz zuerst gelehrt und ihm auch gelebt hatte.

Ein anderer Holzhauer war Akiba, 100 Jahre nach der christlichen Zeitrechnung. Auch er ward Gründer einer eigenen Schule; Tausende von Jüngern aus allen Gegenden des Landes und von den heidnischen Nachbarländern strömten heran, zu seinen Füßen zu sitzen. Eine Tochter der reichsten Patrizierfamilie in Jerusalem war sein Weib. Die berühmte große Revolution gegen den römischen Kaiser Hadrian hat er organisiert und politisch geleitet neben dem Feldherrn Bar Kochba, welcher zwei Jahre den römischen Legionen hartnäckigen Widerstand geleistet. Er starb den Tod eines politischen Märtyrers und ertrug die scheußliche Grausamkeit der römischen Henker mit viel bewunderter Ruhe und Gleichgültigkeit.

Als das palästinensische Volk eine nationale Deputation an das Hoflager des römischen Kaisers entsendete, um eine Erleichterung der gedrückten Lage bei den Gewalthabern zu erwirken, war unter den Führern der Deputation der Nagelschmied Josua ben Chanania, ein Mann, der sich kümmerlich von seiner Arbeit ernährte, allein wegen seiner Klugheit sehr berühmt war. Die Feuerfunken, die in sein Gesicht flogen, hatten es verbrannt, der Ruß geschwärzt, und die römische Kaiserstochter, welche sich gerne mit dem klugen und witzigen Palästinenser unterhielt, ohne zu ahnen, daß es ein Arbeiter ist, fragte ihn einmal mit dem Übermute einer jugendlichen Prinzessin: warum sein kluger, witziger Kopf ein solch abscheulich häßliches Gesicht trage? Der schlagfertige Arbeiter replizierte mit einer Gegenfrage: warum ihr kaiserlicher Vater seine kostbaren Weine von Cypern und Spanien in ordinären Behältern, nicht lieber kaiserlich in goldenen Fässern bewahre? „Weißt du es denn nicht, du kluger Palästinenser,“ rief verwundert die Prinzessin aus, „daß der beste Wein im goldenen Gefäße leicht verdirbt?“ „Nun, ähnlich mag mein Schöpfer gedacht haben, und ich trage darum gern das häßliche Gesicht,“ war die treffende Bemerkung des klugen Arbeiters.

Ein anderer Arbeiter, Papa b. Chanan, seines Erwerbes Dattelbierbrauer, war Gründer und Rektor der Akademie in Nares, oberster Richter — 300 nach Christi. Er ist bekannt durch sein klassisches Urteil in dem berühmten Prozesse „Tobias und Sigmund“.

Sigmund, ein frommer Mann, der seine Frömmigkeit gern allgemein gerühmt und bewundert zu sehen wünschte, Gottlose und Verbrecher aus tiefster Seele haßte, war durch Zufall Zeuge einer ungesetzlichen Tat gewesen, deren der unfromme Tobias sich schuldig gemacht, und er beeilte sich, den Vorfall zur Kenntnis des Richters zu bringen. Des anderen Tages wurde der Beschuldigte nebst dem Zeugen vor Gericht zitiert; Sigmund erzählte ausführlich den Hergang der Sache, Tobias indes leugnete alles und jedes. Er sei unschuldig, erklärte er: er wüßte von nichts.

Der talmudische Richter durfte keine lange oder kurze Untersuchungshaft verhängen, noch weniger war es ihm gestattet, jene Kunstmittel der Folter und Quälerei anzuwenden, um beliebige Aussagen zu erzwingen; er mußte ohne Verzug — nach Zeugenvernehmung — Urteil sprechen.

Nach nur kurzer Beratung verkündete der Richter und Arbeiter Papa die Sentenz: Tobias wurde von der Anklage losgesprochen, der fromme Sigmund dagegen in schwere Strafe genommen.

Nach palästinensischem Gesetz konnte eine Verurteilung nur erfolgen auf Grund der Aussage zweier großjähriger, glaubwürdiger Zeugen. In diesem Prozeß standen Aussage gegen Aussage, Zeuge und Beschuldigter hatten dieselbe Glaubwürdigkeit; für das Gericht war demnach der Angeklagte nicht überführt und mußte freigesprochen werden.

Viel ungünstiger stand die Sache des Denunzianten; er hatte Lob und Anerkennung sich erhofft und erhielt — eine schwere Strafe. Das palästinensische Gesetz hatte niemanden verpflichtet, Übertretungen, selbst solche, auf die Lebensstrafe gesetzt war, zur Anzeige der Behörde zu bringen. Wer etwas tun wollte, das Böse zu hindern, der sollte den Verbrecher ermahnen und belehren, nicht aber sein Angeber werden. Die Angeberei wurde nicht nur nicht belohnt, sondern war dem Gesetzgeber tief verhaßt. III. Buch Moses, Kap. 19, Vers 16—18, heißt es:

> „Schleiche nicht als Angeber im Volke herum; trete nicht auf gegen Blut; du sollst deinen Bruder nicht heimlich hassen! Ermahnen sollst du deinen Genossen, daß du an seinem Verschulden nicht teil nimmst; du darfst aber nicht rachgierig, nicht nachtragend sein. Liebe deinen Nebenmenschen wie dich selber.“

Eine schärfere Verurteilung der häßlichen Angeberei ist kaum denkbar. Wegen gröblicher Verletzung dieses Gesetzes nahm der Richter den frommen Sigmund in Strafe.

Meine Herren! Die Regierungskunst der Reaktion operierte stets mit Angeberei und Denunziantentum. Unsere ältere und jüngere Zeitgeschichte weiß manch schwarzes und blutigrotes Kapitel davon zu erzählen. Begreifen Sie, warum alle Reaktionsapostel so ergrimmt gegen „Semitismus“ eifern?

Von einem anderen interessanten Arbeiterprozeß berichtet der Talmud Traktat Baba mezia:

Einem gelehrten Weinhändler[34] hatten Taglöhner ein volles Weinfaß zerbrochen und er pfändete ihnen das Obergewand des erlittenen Schadens wegen. Die Arbeiter führten Beschwerde beim Richter, der ein Talmudist war[35], und dieser verurteilte den Weinhändler zur sofortigen Herausgabe der Kleider. Erstaunt fragte der Händler den Richter: „Lautet also das Gesetz?“ „Jawohl,“ sagte der Richter, „das Gesetz der Humanität!“ Allein die Arbeiter waren damit noch lange nicht befriedigt. Arm, vom Hunger gequält, hatten sie mit dem elenden Streit den ganzen Tag verzettelt und waren ohne Verdienst. Sie forderten daher den vollen Tageslohn! „Das Verlangen ist nicht unbillig,“ sagte der Richter, „zahle ihnen ihren Taglohn.“ „Ist das auch ein Gesetz?“ fragte ironisch der Verurteilte. „Allerdings, das Gesetz frommer Menschlichkeit,“ antwortete der Richter und zitierte ihm die Sätze der heiligen Schrift, welche Milde, Billigkeit, Schonung und Barmherzigkeit gegen Arbeiter einschärfen.

Solcher Art ist der Inhalt des vielgeschmähten Talmud.

Die Rechtsauffassung des Eigentums ist im palästinensischen Gesetze viel milder als die rücksichtslose, unerbittliche und unbarmherzige des römischen Rechtes. Bei den Römern stand die Idee des Eigentums höher als die Idee des Menschentums, waren die Rechte des Eigentums heiliger als die Menschenrechte. Der Mensch selber konnte Objekt des Eigentums sein. Dem Palästinenser dagegen stand die Humanität höher als das formale Recht. Das starre, unerbittliche Beharren auf seinem Rechte, dem Rechte seines Eigentums, seine inhumane, verwerfliche Ausnützung zum Schaden der Nächsten und zum Schaden der Gesamtheit, konnte nicht schärfer gezüchtigt werden als mit den Worten des Talmud: „Wer da spricht: mein ist mein, dein ist dein, der redet nach Art der Leute von Sodom[36].“

Die moderne Ausbeutung der Arbeiter durch die glücklichen Besitzer ist nicht palästinensisch, sondern arisch; Tradition des sklavenüppigen Römerreiches.

Und haben Sie es gewußt, meine Herren, daß Arbeiter unter den vornehmsten Autoren des Talmud figurieren, welche ihn verfaßt, gelehrt und verbreitet haben? Meistens Arbeiter, Kohlenbrenner, Holzhauer, Eisen- und Kupferschmiede, Schneider, Schuster, Schreiner, Gerber, Bäcker, Müller und Lastträger, deren gelehrte Vorträge, juristische Debatten, maßgebende Gesetzentscheidungen, moralische Lehren der Talmud getreulich aufbewahrt. Im Talmud treten uns die Arbeiter entgegen als gelehrte Enzyklopädisten von großer Welt- und Völkerkenntnis und weitem Wissen. Indes in unserer Zeitbewegung ist es diesen gelehrten Arbeitern übel ergangen, ähnlich dem Pegasus in einer geistvollen Zeichnung des berühmten Malers Kaulbach. Er zeichnete einen wunderbaren Renner von entzückender Schönheit und feuersprühenden Augen, mit ausgebreiteten Engelfittigen im Fluge nach den Höhen, der alle Aufmerksamkeit fesselt, Staunen und Bewunderung erregt. Tief unten steht ein kleiner verschmitzter Kritikus, er sammelt die geworfenen Pferdeäpfel, präsentiert sie auf einem Tellerchen

dem großen Publikum und ruft ein über das andere Mal: „Welch ein schmutziges Tier!“ Ja, auch hinter dem erschlichenen Professorenmantel steckt sich jene halb dumme, halb pfiffige Borniertheit, welche nicht auf die seltene Schönheit, noch auf die edle Rasse, sondern die Äpfel des Tieres achtet. Meine Herren! Der schönste Renner muß Pferdeäpfel werfen und ist darum noch immer kein schlechter Gaul. Der Talmud, welchen die Arbeiter geschaffen, findet jeden Tag einen solchen Kritikus; er bleibt darum doch nach allem, was ich Ihnen von ihm erzählt habe, das herrlichste Ruhmesdenkmal des Arbeitergeistes.

XIII.

Unter den diplomatischen Geschäftsträgern und Gesandten älterer und neuerer Zeit hat es gar manchen sonderbaren Rangstreit gegeben; bei feierlichen Gelegenheiten mochte dieser oder jener Agent den Vortritt haben, der ihm nicht gebührte, und manch diplomatisches Schriftstück ist dieserhalben gewechselt worden.

Auch von einem Rangstreit in Palästina aus der Zeit der Entstehung des Christentums wissen die agadischen Talmudisten zu erzählen. Bei einer öffentlichen Gelegenheit trafen der Senatspräsident, ein damals noch junger Gelehrter, und ein Brunnengräber, ein großgewachsener, breitschultriger Mann mit grauem Barte, zusammen und der erste ging voraus und grüßte ihn nicht. „Warum gehst denn du voran?“ fragte ihn der Arbeiter. „Ich bin der Senatspräsident!“ „Und ich bin ein Arbeiter,“ replizierte der andere, „und für das Gemeinwohl ist der Arbeiterstand wohl wichtiger und notweniger als der Richter- und Beamtenstand[37].“

So sprach das stolze Standesbewußtsein palästinensischer Arbeiter.

Nun habe ich mir auch die Frage vorgelegt, ob eine solch prätentiöse Stellung, solch stolzer Rang, solch weitgehende Ansprüche des Arbeiterstandes nicht eine Schädigung der anderen Bevölkerungklassen und nicht nachteilig für den Staat sei?

Die Antwort ergibt sich aus folgenden Daten:

Heute zählt Palästina nicht eine Million Einwohner und der verkommene, zum Skelett abgemagerte Boden vermag die winzige Bevölkerung nicht zu ernähren. Die großartigsten Summen wandern alljährlich von Katholiken, Protestanten, Anglikanern und Juden dahin, um die Einwohner vor dem Hungertode zu retten. Die Rothschilds und der britische Philantrop Sir Moses Montefiore haben daselbst Waisenanstalten, Spitäler, Armenhäuser und andere humanitäre Institute gegründet, welche sie aus eigenen Mitteln erhalten müssen. Die Landesbewohner selber sind verkommen, verarmt, im wahren Sinne hilflos.

Als Palästina ein selbständiger Staat, in dessen Mitte die Arbeit von solchem Ansehen und solcher Verehrung getragen war, hatte derselbe Boden trotz des Mangels jeglicher Industrie eine Bevölkerung von fünf Millionen Seelen reichlich ernährt und zu großer Wohlhabenheit gebracht.

Der Prophet Jesajas, der von dem zunehmenden Reichtum eine Verweichlichung und sittliche Erschlaffung befürchtete, hatte ausgerufen: „Voll ist das Land von Silber und Gold und kein Ende der Schätze.“ 2, 8. In der Hauptstadt gab es sogar in der Zeit des letzten Aufstandes gegen die Römer, nachdem römische Prokonsuln und Landpfleger das Land mehrere Menschenalter hindurch unbarmherzig ausgesaugt und unaufhörliche Bürgerkriege es tief heruntergebracht hatten, doch noch reiche Familien, welche in Abzug der geänderten Geld- und Zeitverhältnisse in Reihe unserer heutigen Geldfürsten einen sehr ansehnlichen Rang eingenommen haben würden.

Diese schlichte Tatsache redet eindringlicher, als alle Rednerkunst es vermöchte.

Meine Herren! Habe ich nach all dem recht oder unrecht, wenn ich sage, daß unsere bürgerliche Gesellschaft, die bei allen ihren Aposteln der Humanität und der Völkerverbrüderung das Schauspiel des grimmigsten Rassenhasses, der grausamsten Völkerkriege nicht los wird, bei allen erstaunlichen Fortschritten in der industriellen Entwicklung, ihren wunderbaren Maschinen, elektrischen Drähten, geflügelten Schiffen und Feuerwagen ohnmächtig ist, der unglücklichen Lage, der zunehmenden Verarmung der arbeitenden Bevölkerung, welche Trägerin ist aller Industrie, abzuhelfen, leider viel zu viel von den eroberungslüsternen Römern, den kunstschwelgerischen Griechen, viel zu wenig von den nüchternen arbeitenden Palästinensern gelernt hat.

Nein, nicht der Kampf gegen den Semitismus, sondern der für ihn würde von den wohltätigsten Folgen sein für die arbeitende Bevölkerung, für das Heil des Staates.

* * *

Der Vortrag hinterließ bei den Zuhörern die stärksten Eindrücke und Arbeiter in Wien wünschten ihn gleichfalls zu hören. Ich schlug ihnen ein anderes Thema vor, sie lehnten aber ab und bestanden auf einer Wiederholung des Floridsdorfer Vortrages. Das geschah denn auch am 20. August 1882 im Saale „Zum grünen Jäger“ in Wien.

In Floridsdorf selbst war ich zu einer gewissen Popularität gelangt — auch in christlichen Kreisen — denn der Erfolg meines Vortrages sprach sich bald herum. Die dortige Gruppe des „Deutschen Schulvereines“ lud mich ein, dem Verein als Mitglied beizutreten, was ich indessen ablehnte. Als man mich jedoch um einen Vortrag ersuchte, sagte ich zu und sprach über das Thema: „Die Schule zur Zeit Jesu.“ In Anlage und Dispositon ähnlich dem ersten, gab dieser Vortrag einen Ver-

gleich der Schul- und Unterrichtsverhältnisse, der Stellung des Lehrers bei den Juden in Palästina mit den Berichten, wie sie von Griechen und Römern übermittelt sind, und endlich eine Blumenlese pädagogischer Grundsätze des Talmud.

Als aber von weiteren Arbeitervereinen Einladungen zu Vorträgen eintrafen, war ich gezwungen, abzulehnen, weil das Polizeipräsidium mich inzwischen wissen ließ, es „empfehle“ mir, in Arbeiterkreisen keine weiteren Vorträge zu halten. Die Arbeiter publizierten aber in ihren diversen Blättern den ersten Vortrag, der späterhin wiederholt in Versammlungen vorgelesen wurde.

In welchem Maße die angestrengten Bemühungen, die Arbeiterkreise für antisemitische Zwecke zu mißbrauchen, durch meinen Vortrag verhindert und zum Scheitern gebracht wurden, kam erst nach einigen Jahren an den Tag — anläßlich eines Zwistes im antisemitischen Lager selber. Während nämlich 1882 Klerikale und Deutschnationale noch vereinigt marschierten, haben sie sich später gesondert als eigene Gruppen konstituiert. In einer persönlichen Fehde publizierte der deutschnationale Gemeinderat Kornelius Vetter gegen den klerikalen Agitator Ernst Schneider eine Streitschrift unter dem Titel „Nur für Mechaniker Schneider“ (Wien, 1866, von Kornelius Vetter, Wien, III., Hauptstraße Nr. 22). Und in dieser Schrift wird erzählt:

> „Bloch wußte die Arbeiter von Floridsdorf zur Überzeugung zu bringen, daß die Beglücker und Wohltäter der Menschheit, besonders die des Arbeiterstandes, ausschließlich Juden und jüdische Fabrikanten seien. Dieser Anschauung mußte entgegengetreten werden, doch wie? Etwa in einer Versammlung offen und ehrlich den Anschauungen des Wunderrabbi zu begegnen, die Arbeiter eines Besseren zu belehren? Weit gefehlt! Nein, heimtückisch und hinterlistig.“

Herr Kornelius Vetter rühmt sich also, daß er auf das Ansinnen des Mechanikers Schneider, in der ihm empfohlenen

Art mich unschädlich zu machen, nicht eingegangen war. Er hält Schneider vor, daß er mit seinem Antrag ihn und seine — Familie habe ins Verderben bringen wollen.

„Eine unschuldige Familie hätten Sie aber herzlos ins Unglück gestürzt, wenn nicht treue Freundschaft noch rechtzeitig warnend eingegriffen hätte," ruft er Herrn Schneider zu.

Als später der Polizeikonzipist Hlubek in Floridsdorf einem anarchistischen Attentate, dem zweiten in dieser Stadt, zum Opfer fiel, hat der antisemitische Hetzer Pater Eichhorn mich als den Urheber des Attentates denunziert. In Nummer 47 des „Österreichischen Volksfreundes" 1883 schrieb Herr Eichhorn unter der Überschrift: „Zum Morde an dem Polizeikonzipisten Hlubek":

„Der edle Judenprediger Bloch hat am 12. August 1882 vor den Arbeitern der Lokomotivfabriken in Floridsdorf und am 28. August 1882 vor den Eisen-, Metall- und Hilfsarbeitern Wiens und Niederösterreichs im Saale ‚Zum grünen Jäger' einen Vortrag gehalten, in dem das Christentum als die Quelle allen Elends der Arbeiterschaft gebrandmarkt wurde. Diese niederträchtige Rabbinade log den Arbeitern in einleuchtender (!) Weise vor, daß die Christenheit von Anfang an nur auf die Bedrückung der ‚Arbeiter' gelauert. Hingegen zeichnet der Rabbi die Juden als die Apostel und Märtyrer der Freiheit der ‚Arbeiter'. Den Talmud nannte der Rabbiner das herrlichste Ruhmesdenkmal des Arbeitergeistes. Der Vortrag enthält auf 36 Seiten beiläufig 200 semitische Lügen und Verdrehungen, wenn man ihn nach seiner angeblichen ‚Wissenschaftlichkeit' kritisch, d. h. christlich (!) oder ehrlich untersucht. Am Schlusse forderte der Redner die vielen tausend Arbeiter, die seine Zuhörer waren, auf zum Kampfe für den Semitismus; er sagte: ‚Nicht der Kampf gegen den Semitismus, sondern der für ihn würde von den wohltätigsten Folgen sein für die arbeitende Bevölkerung, für das Heil des Staates'. Dieser

Vortrag wurde in Tausenden von Exemplaren unter die Arbeiter verteilt, die sozialdemokratischen Blätter druckten ihn ohne Bemerkungen ab und er wurde die Quelle für viele Vorträge, welche seitdem die Arbeiterführer gehalten. Auch Schaffhauser, der bei einem Juden — John heißt er — bedienstet war, hat einen solchen nach diesem Muster in Klosterneuburg gehalten."

„Dieser Rabbinade ist also eine Mitursache zur Mordtat an dem ‚Regierungsvertreter' Hlubek, wenn auch vielleicht der Rabbiner subjektiv diese Wirkung nicht ahnte und wußte."

Eichhorn erzählt dann, daß gegen Franz Hlubek bei der k. k. Polizeidirektion eine Anzeige eingelaufen war, wegen „antisemitischer Umtriebe", welche die Entfernung des Hlubek von seinem Posten bezwecken sollte. „Was der jüdischen Denunziation nicht gelungen war, gelang einer heimtückischen Kugel. Sollten beide Untaten im Zusammenhange stehen? Diese Frage mußte bejaht werden. Nicht post hoc, ergo propter hoc, d. h. nicht deshalb, weil der Fehlanzeige ein sicherer Schluß folgte, sondern weil Rabbi Bloch die Arbeiter förmlich aufgewiegelt hat."

Wie aber einer der zwei verbrecherischen Anarchisten in Floridsdorf zu seinem Anarchismus und zu seinem Verbrechen getrieben war, kam länger als ein Jahrzehnt später an den Tag. Ein Bediensteter der Nordbahn mit einer zahlreichen Familie hatte in Floridsdorf ein Feld gepachtet, um durch Bearbeitung desselben seine ökonomischen Verhältnisse aufzubessern. Auf diesem Felde fanden eines schönen Tages Kinder in einem Düngerhaufen eine Bombe. Natürlich machte der Fund Aufsehen; die Bombe wurde im Polizeibureau deponiert und eine hochnotpeinliche Untersuchung angestellt, da die Polizei nicht zweifelte, daß es sich um eine anarchistische Affäre handelte. Der Pächter des Feldes wurde transferiert, sein Pachtverhältnis dadurch zerrissen und er ökonomich ruiniert. Sein Sohn war Arbeiter, bisher ganz harmlos, nur von den Predigten des christlichsozialen Hetzkaplans manchmal aufgeregt. Der ganz unverschuldete ökonomische Ruin seiner Familie

stieg ihm in den Kopf; er wurde zum „Anarchisten der Tat", zum fanatischen Verbrecher, um der Revolutionspartei materielle Mittel zu verschaffen. Nach längerer Zeit übernahm ein kluger Wiener Polizeibeamter, Dr. Altenberg, das Polizeikommissariat in Floridsdorf und fand die Bombe im Inventar. Er schickte sie an das Artilleriekomitee, und dieses erklärte das Geschoß für ein f r a n z ö s i s c h e s, aus dem Jahre 1805! Von den damaligen Kämpfen her wurden öfters solche nicht geplatzte Geschosse im Donaubette und in der Nähe gefunden. Hätte die Polizei sofort die Untersuchung des Geschosses veranlaßt, wäre soviel Verdächtigung und Drangsalierung erspart worden, der unglückliche Kammerer wäre höchstwahrscheinlich sein Leben lang ein harmloser Mensch geblieben und seine Hinrichtung (1884) wäre nie erfolgt. Diese Geschichte zeigt, wie man Anarchisten macht.

Adolf Fischhof.

Eine Ermunterung erhielt ich in folgendem Schreiben von Adolf Fischhof:

„Für den Genuß, den die Lektüre Ihres trefflichen Vortrages mir bereitete, empfangen Sie meinen verbindlichsten Dank. Die Wertschätzung der Arbeit und die soziale Stellung der Arbeiter bei den Griechen, Römern und Palästinensern besprechend, eröffneten Sie einen neuen überraschenden Ausblick auf die hohe ethische Bedeutung des Mosaismus und seiner Bekenner. Die Arbeiter, die schon jetzt den Lockungen des Antisemitismus tapfer widerstehen, werden infolge Ihrer Aufklärungen sich mit Abscheu von denjenigen abwenden, welche den Haß gegen jene predigen, deren Religion wie keine andere die sittliche und kulturelle Bedeutung der Arbeit würdigt und wie keine andere für die Arbeiter eine ehrenvolle soziale Stellung heischt. Möchte doch Ihr bedeutsamer Vortrag große Verbreitung finden."

Adolf Fischhof begleitete seitdem mein politisches Wirken mit hohem Wohlwollen; ihm bin ich für vielfache Förderung Dank schuldig. Adolf Fischhof war einer der hervorragendsten Männer, welche die freiheitlich gesinnte Generation Österreichs in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts hervorgebracht hat, ein Mann von antikem Zuschnitt, der prophetischen Geistes das endliche Geschick dieses Völkerstaates vorausgeahnt und abzuwenden unablässig bemüht war — immerwährend und immer eindringlicher mahnend, Öster-

reich zu einem freiheitlichen Völkerstaat umzugestalten, der ein wohnliches Heim bilden soll für alle seine Nationalitäten. Seine Bestrebungen scheiterten an der chauvinistischen Befangenheit, an der Selbstsucht und Kurzsichtigkeit der deutschen Führer in Österreich.

Geboren zu Budapest 1816, offenbarte er in frühester Jugend schon ein lebhaftes Rechtsempfinden. Er besuchte das Gymnasium in Budapest. Anfangs der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts gab es dort noch eine Judenbank, auf welcher auch Fischhof saß. Als nun ein Professor einen der Mitschüler Fischhofs, den Grafen Bela Wenkheim, weil dieser etwas angestellt hatte, zur Strafe auf die Judenbank setzen wollte, und Fischhof aufforderte, mit Wenkheim während dessen Strafzeit den Platz zu tauschen, weigerte sich Fischhof, dem Befehle Folge zu leisten und erklärte, so lange es noch eine Judenbank gäbe, wolle er sich von den jüdischen Mitschülern nicht trennen. „Sollen die Grafen sitzen bleiben, wohin sie gehören, wir Juden bleiben zusammen."

Für Fischhofs Persönlichkeit ist die Tatsache kennzeichnend, daß er eigentlich, abgesehen von der kurzen Episode in der Revolutionszeit von 1848 und 1849, nie in einer Volksvertretung saß, nie ein politisches Amt, eine Regierungsstelle bekleidete und dennoch durch das Gewicht seiner Person in wichtigsten Fragen immer gehört werden mußte. Er lebte in späteren Jahren zurückgezogen in einem weltfremden Dorfe am Wörthersee in weiter Entfernung von allen Brennpunkten politischen Lebens; indes Politiker und Publizisten, Parlamentarier der verschiedensten Parteirichtungen und Nationalitäten, hie und da auch Minister pilgerten nach Emmersdorf bei Klagenfurt und scheuten nicht die sehr wenig bequeme recht weite Reise, um mit dem Weisen von Emmersdorf, wie man ihn nannte, über wichtige Staatsfragen sich zu unterhalten, seine Meinung anzuhören. Berufungen auf Staatsposten lehnte er ab. Nicht als ob er die Verantwortung scheute; denn an Mut gebrach es ihm nicht. Im Revolutionsjahr 1848, am 13. März, sprach er als erster ein freies Manneswort, welches in allen Herzen zündete, und nach der Flucht des

Kaisers und der Regierung berief ihn das öffentliche Vertrauen an die Spitze des Sicherheitsausschusses. Eine auswärtige Deputation begrüßte eines Tages den im Musikvereinssaal tagenden Sicherheitsausschuß. „Möge dieser Raum," antwortete Fischhof, „bisher den Harmonien der Töne gewidmet, fortan der Harmonie der Völker gewidmet sein." Der Wunsch nach friedlicher Vereinigung der Völker hat ihn nie verlassen. Als am 15. Mai 1848 Sturmkolonnen von Studenten und Arbeitern gegen die Hofburg zogen, mahnte er zur Umkehr. Er saß als Mitglied im ersten konstituierenden Reichstag Österreichs in Kremsier und wirkte dort für eine Versöhnung zwischen Deutschen und Tschechen. Als die Reaktion kam, der Staatsstreich erfolgte, flüchteten viele Volksvertreter. Fischhof lehnte es jedoch ab zu fliehen, er sei sich keiner Schuld bewußt. Trotzdem wurde er verhaftet und saß acht Monate in Untersuchungshaft, man mußte ihn schließlich freilassen, weil nichts gegen ihn geltend gemacht werden konnte.

Zugunsten einer friedlichen Verständigung unter den Nationalitäten Österreichs entwickelte er eine unermüdliche publizistische Tätigkeit. Bücher, Flugschriften, Artikel, Memoranden mit Gesetzentwürfen folgten aufeinander. Als Graf Potocki Ministerpräsident wurde, stellte er an Fischhof das dringende Ersuchen, in sein Kabinett einzutreten. Allein eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Männern zeigte, daß Potocki den Ausgleich zugunsten konservativer Ziele durchzuführen beabsichtige, und so lehnte Adolf Fischhof ab. In den letzten Monaten des Jahres 1878 war es ihm gelungen, mit dem Führer der Tschechen, Ladislaus Rieger, und einem führenden deutschen Publizisten eine Reihe von Punkten zusammenzustellen, die (das bekannte „Emmersdorfer Memorandum") die Grundlage einer Vereinigung zwischen Deutschen und Tschechen bilden sollten. Dieses Memorandum brachte zum erstenmal den Gedanken nationaler Minoritätsrechte zum Ausdruck, aus der Erwägung heraus, daß nationale Rechte einer Majorisierung so wenig unterliegen dürfen wie religiöse Überzeugungen. Endlich wurde gefordert: Selbstregierung der Völker durch gewählte politische Beamte eigener Nationalität. Dr. Herbst, der Führer der

Deutschen, war eingeladen, den Konferenzen beizutreten und seinen Einfluß aufzubieten, daß die Versöhnung zwischen Deutschen und Tschechen zustande kommt. Nun ereignete es sich, daß in Prag eine neue Brücke gebaut wurde; die Deutschen verlangten, daß die Brücke „Kronprinz Rudolf-Brücke“ benannt werde, die Tschechen zogen den Namen „Palacky-Brücke“ vor. Da schrieb Herbst, die Deutschen können mit einem Volke, das sich weigere, eine neugebaute Brücke mit dem Namen des Thronfolgers zu zieren, einen Ausgleich nicht schließen.

Der Kaiser berief den Grafen Eduard Taaffe als Ministerpräsidenten mit der Mission, das tschechische Volk mit dem österreichischen Staatsgedanken zu versöhnen und zum Eintritt in die parlamentarischen Körperschaften zu bestimmen, welchen es bis dahin sich fernhielt. Dies sollte dadurch geschehen, daß im Parlament Tschechen, Polen und Slowenen zur Majoritätsbildung herangezogen werden. Die sogenannte deutsch-liberale Partei, die sich als „die Verfassungstreuen“ bezeichnete, sagte ihm sofort die schärfste Opposition an, worüber die Feudalklerikalen triumphierten; die Regierung werde gezwungen sein, sich an sie zu wenden und bei ihnen Stütze zu suchen. Das hat nun Adolf Fischhof zu einem Versuche bewogen, eine Aktion einzuleiten zur Vereinigung aller freiheitlichen Elemente innerhalb aller Nationalitäten Österreichs zu einer großen Partei, welche die deutsche Volkspartei genannt werden sollte. Einer der vornehmsten deutschen Politiker, Robert von Walterskirchen, hatte sich zu derselben Aufgabe mit Fischhof vereinigt.

Am 16. Juli 1882 berief das Aktionskomitee zu diesem Behufe eine allgemeine Massenversammlung in den Musikvereinssaal, in welcher das von Fischhof vorgetragene Programm zur Verlesung gebracht wurde: ein Bund aller freiheitlichen Deutschen mit den nichtdeutschen Demokraten, was eine nationale Verständigung voraussetzt. Österreich ist ein von verschiedenen Nationalitäten bewohnter Staat, er kann nicht nach dem Muster eines Nationalstaates konstruiert werden, es muß die bestehenden Nationalitätenstaaten sich zum Vorbild nehmen; zum

Beispiel die Schweiz und Kanada. An dieser Versammlung haben Anteil genommen Dr. Theodor Hertzka, Chefredakteur und Herausgeber der „Wiener Allgemeinen Zeitung“, Bürgermeister Newald, der bekannte Volksmann und Demokrat Ferdinand Kronawetter, Dr. Karl Lueger, Professor Benedikt usw. Auch ich befand mich unter den Anwesenden und ich erinnere mich mit Wehmut und Trauer, wie die für alle Völker Österreichs nur Segen verheißende Versammlung gewaltsam gesprengt wurde — durch sogenannte jungdeutsche Parteimänner und großenteils jüdische Studenten unter der Führung Heinrich Friedjungs, damals Herausgeber der „Deutschen Wochenschrift“. Nicht bloß die führenden deutsch-liberalen Tagesblätter, auch die gesamte Wiener jüdische Bevölkerung sprach in den feindseligsten Ausdrücken von diesem Versuch Fischhofs, angeblich die bevorrechtete Stellung der Deutschen in Österreich zu schädigen. Die Stentorstimme der Leidenschaften übertönte die der sachte und bedächtig sprechenden Vernunft. Fischhof, über die Angriffe gerade jüdischerseits ebenso verwundert als geärgert, bemerkte in einem Gespräche mit dem Schreiber dieser Erinnerungen: „Die Wiener Juden ahnen kaum, welch bösartige Reaktion in Begleitung eines rasenden Antisemitismus hereinbrechen wird; mein Versuch zur Gründung der Volkspartei hätte das voraussichtlich vermieden. Nun haben Juden selber den Rettungsversuch verhindert.“ Geärgert über das Unverständnis, dem sie begegneten, geächtet und verfolgt, haben sich die meisten Führer jener Bewegung vom politischen Leben zurückgezogen; die zersprengten Elemente der demokratischen Partei schwenkten später in das antisemitische Lager ein unter der Führung Dr. Karl Luegers.

Als Fischhof am 4. Dezember 1885 seinen siebzigsten Geburtstag beging, brachte Gemeinderat Dr. Mandl, ein Demokrat, in einer vertraulichen Sitzung des Wiener Gemeinderates den Antrag ein, dem gefeierten Vorkämpfer für eine freiheitliche Gestaltung Österreichs die Glückwünsche der Stadt Wien darzubringen. Dr. Lueger, der spätere antisemitische Bürgermeister, sagte in der Debatte: „daß niemand im Saale an Integrität des Charakters und an Verdiensten um die Stadt Wien sich

mit Adolf Fischhof messen kann." Der Antrag wurde abgelehnt. Die Majorität bestand damals aus „deutsch-liberalen" Parteimännern. Fischhof lebte seitdem in stiller Einsamkeit in Emmersdorf bei Klagenfurt, ein Freund und Berater allen denen, die bei ihm, dem berühmten Arzt und edlen Menschen, Hilfe und Rat suchten. Nie nahm er einen Heller für seinen ärztlichen Beistand, vielmehr erschien er in der ärmlichen Bauernhütte mit Labung und Trostesworten für den Patienten. Er starb im März 1899 mit dem „Schma" auf den Lippen, und als er die Augen schloß, ertönten alle Kirchenglocken von Emmersdorf und Umgebung. Das Volk kniete nieder an seinem Totenbett, ein Arbeiterführer rief ihm die Klage nach: „der Vater der Arbeiter", sie beteten das „Vaterunser" im jüdischen Bethause und schluchzten auf den Straßen.

Als die Leiche nach Wien überführt wurde, wetteiferten politische Parteien und Behörden, Männer der Wissenschaft, Kunst und Literatur mit den Führern des öffentlichen Lebens in Huldigungen vor seinem Sarge, daß man unwillkürlich des Wortes sich erinnerte:

„Was streust du Weihrauch deinem Toten,
Hättest du im Leben ihm mehr geboten."

Die prophetische Ahnung Fischhofs, daß in Österreich ein rasender Antisemitismus hereinbrechen werde, ist leider zur Wahrheit geworden, und der letzte, unentwegte Demokrat, Ferdinand Kronawetter, der in einem Vortrag über Adolf Fischhof, gehalten im Jahre 1898 im Verein „Österreichisch-Israelitische Union", die Lebensarbeit Fischhofs zur Versöhnung der Nationalitäten Österreichs zeichnete, schilderte den gescheiterten Versuch zur Gründung der „Deutschen Volkspartei" und fügte hinzu: „Ich muß aber offen sagen, daß die Deutsche Volkspartei gerade bei den Israeliten keine Aufmunterung gefunden, und daß wir von dieser Seite geradezu auf das heftigste angegriffen worden sind. Ob sie daran gut getan haben oder nicht, können Sie heute, im Jahre 1898, beurteilen. Ich glaube, Sie werden heute anders denken als im Jahre 1882."

Rohlings unermüdliche Hetztätigkeit.

Das Jahr 1882 war noch nicht zu Ende und eine grauenhafte Talmudhetze durchraste alle Straßen der österreichischen Residenz. Und das kam so:

Ein antisemitischer Agitator, der wenige Jahre darauf von der öffentlichen Bühne verschwundene Franz Holubek, hatte am 4. April 1882 in Wien in einer von ihm in die Saallokalitäten „Zu den drei Engeln“, Wieden, Große Neugasse 36, einberufenen „Versammlung der christlichen Gewerbetreibenden“, welcher Georg Ritter von Schönerer präsidierte, eine Rede gehalten, in der er unter anderem sagte:

„Der Jude sei nicht mehr unser Mitbürger, er habe sich zu unserem Herrn aufgeworfen, er sei unser Peiniger, unser Bedränger geworden.

„Der Christ soll geschwächt, vernichtet, entehrt werden, es sei so weit gekommen, daß in der Hauptstadt des Habsburger Reiches ein Christ zittern müsse, sich als Christ zu bekennen.

„Ein Volk, dem schon Tacitus ein klassisches Brandmal aufgedrückt, habe sich zu unserem Herrn aufgeworfen, und uns sollte nichts übrig bleiben, als dieses Joch zu ertragen?

„Beurteilt, ob ein solches Volk inmitten einer zivilisierten Gesellschaft noch eine Existenzberechtigung hat?

„Ich will Euch nicht aufreizen, aber hört und fühlt! Dieses Buch, der Talmud! Wißt Ihr, was in diesem Buche steht? Die Wahrheit! Und wißt Ihr, wie Ihr in diesem Buche be-

zeichnet seid? Als eine Horde von Schweinen, Hunden und Eseln!"

Die k. k. Staatsanwaltschaft zu Wien erblickte in der Rede das Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung, strafbar nach § 302, StG.

Bei der am 28. Oktober 1882 hierüber stattgefundenen Schwurgerichtsverhandlung kam über Antrag der Verteidigung nachstehendes Zitat aus Rohlings „Talmudjude" durch den Präsidenten Ritter von Karajan zur Verlesung:

„Ja, Hunde sind dem Talmud die Nichtjuden, indem er zu Ex. 12, 16 von den heiligen Festen schreibt, sie seien für Israel, nicht für die Fremden, nicht für die Hunde (Tr. Megilla 7. 2). R. Nose b. Nachmann wiederholt dies mit der Variante: ‚Für Euch, nicht für die Gojim, für Euch, nicht für die Hunde' sind die Feste (f. 50. 4. par Bo.). Ebenso Raschi zu Ex. 12 in der Venediger Ausgabe, während in dem Amsterdamer Pentateuch der Kommentar von Raschi den Beisatz ‚nicht für die Hunde' wegläßt. Wie Hunde, so sind die Nichtjuden auch Esel (Tr. Berach. 25. 2), und Abarbanel sagt: Das auserwählte Volk ist des ewigen Lebens würdig, die übrigen Völker sind den Eseln gleich. (Zu Hos. 4, f. 320. 4.) Die Häuser der Gojim sind Häuser der Tiere (Leb tob. 46. 1.); und Ben Sira antwortete, als ihm Nebuchodonoser seine Tochter zum Weibe bot: ‚Ich bin ein Menschenkind und kein Vieh.' (Sira f. 8. 2.)"

Der k. k. Staatsanwalt Julius Edler v. Soos bemerkte: „Ich habe nichts gegen die Vorlesung. Ich kann nicht leugnen, daß diese Stelle im Talmud steht." Dieses „Zugeständnis" rief begreiflicherweise eine Bewegung im Publikum und auf der Geschworenenbank hervor.

Auf die Frage des Staatsanwaltes:

„Warum haben Sie gerade das Zitat aus dem Talmud vorgetragen, das die Zuhörer besonders zu erbittern angetan

war, daß alle Christen eine Horde von Schweinen, Hunden und Eseln seien?“

antwortete Holubek:

„Ich glaube, die Konstatierung der Tatsache, daß in einem Religionsbuche derlei vorkommt, kann nicht geeignet sein, strafbar aufzureizen. Wohl aber reizt derjenige gegen sich auf, welcher sich zu solchen und ähnlichen Grundsätzen bekennt. Das Zitat beruht auf Wahrheit und berufe ich mich in dieser Beziehung auf den k. k. Universitätsprofessor in Prag, Dr. August Rohling, welcher einen Preis von tausend Talern für denjenigen bestimmte, der vor der M. D. G. nachweist, daß auch nur ein einziges Zitat in seinem Buche ‚Der Talmud-Jude‘ falsch sei. Merkwürdigerweise hat sich noch kein Jude gefunden, diesen Preis zu gewinnen. Ich glaube, wenn man heutzutage irgend eine Gesellschaft mit solchen Satzungen gründen würde, wie in dem von mir zitierten Buche enthalten, so könnte dieselbe nie und nimmer zugelassen werden. Da meine ich, steht auch jedem das Recht zu, über solche Sätze sich aufzuhalten.“

Franz Holubek wurde durch das einstimmige Urteil der Geschworenen freigesprochen.

Dem deprimierenden Eindruck dieser Schwurgerichtsverhandlung, welche die gesamte öffentliche Meinung in der Residenz in hohem Grade beschäftigte, zu begegnen, publizierten beide Seelsorger der israelitischen Kultusgemeinde in Wien die folgende, in gemeinsamer Beratung abgefaßte Erklärung in sämtlichen Wiener Tagesblättern:

In der am 28. d. M. hier stattgehabten Schwurgerichtsverhandlung ist auf Grund der von Rohling verfaßten Schrift „Der Talmud-Jude“ behauptet worden, das Zitat, daß die Christen Hunde, Schweine und Esel seien, sei im Talmud enthalten.

Demgegenüber erklären die Unterzeichneten auf das entschiedenste, daß die Äußerung Rohlings, welche übrigens

aus Eisenmengers „Entdecktes Judentum" abgeschrieben ist, auf Unwahrheit beruht, indem eine solche Stelle im Talmud sich nirgends vorfindet.

Bei dieser Gelegenheit geben wir die Erklärung ab, daß der Talmud überhaupt nichts Feindseliges gegen Christen enthält.

Wien, 30. Oktober 1882.

Dr. M. Guedemann. Dr. Ad. Jellinek.

Mit dieser Enunziation war der Talmudstreit in der Wiener öffentlichen Presse de facto eröffnet.

Denn es war vorauszusehen und durfte bei der Abfassung nicht außer acht bleiben, daß von dem streitbaren Prager Professor auf diese Erklärung die Antwort nicht ausbleiben, daß er vielmehr begierig die günstige Gelegenheit ergreifen würde, den Schauplatz seiner literarischen Hetze nach Wien zu verlegen, teils um in erhöhtem Maße die öffentliche Aufmerksamkeit auf seine Person zu lenken, teils weil für den von ihm seit Jahren geführten literarischen Vernichtungskrieg gegen das Judentum das Terrain einer großen Residenz besondere Vorteile bot.

In der — nunmehr entschlafenen — „Tribüne" erschien denn auch am 11. Dezember 1882 ein Brandartikel als Antwort und die vorstehend zitierte Erklärung der beiden Wiener Rabbiner wurde von Rohling frech eine „arge Schelmerei" genannt; am 13. Dezember wurde derselbe Brandartikel zum zweitenmal abgedruckt und am 14. Dezember ergänzt in fünf neuen Spalten des genannten Journals. Wer diese Artikel, welche Rohling seitdem gesammelt unter dem Titel „Meine Antwort an die Rabbiner" herausgegeben hat, je einmal gelesen, wird die Erregung begreifen, welche sich infolge dieser Brandschriften der Bevölkerung bemächtigte. Rote Plakate an allen Straßenecken sorgten dafür, daß diese Brandschriften unter das Publikum kamen.

Den beiden ersten Wiener Rabbinern hatte Rohling vor der weitesten Öffentlichkeit die Anklage der „Schelmerei" ins Gesicht geschleudert! Es vergingen drei, vier Tage, keine Antwort, keine Zurechtweisung kam; man wartete eine weitere

Zeit ab, es verflossen zehn Tage, nichts rührte sich und die Erregung in der Öffentlichkeit steigerte sich von Stunde zu Stunde.

Von diesen Artikeln der „Tribüne" sind laut gerichtlichem Verhandlungsprotokoll bloß in Buchform 200.000 Exemplare verbreitet worden.

Rohling führte dem Leser immer und immer wieder die Gründe für seine Glaubwürdigkeit auf. Er sei Priester, katholischer Priester, er sei Professor an der ältesten deutschen Universität, von Seiner Majestät dem Kaiser berufen hebräische Altertümer zu lehren und er habe endlich seine Behauptungen schon wiederholt gerichtlich mit seinem Eide bekräftigt, wozu er sich bei jeder Gelegenheit neuerdings anbietet. Ein Priester, ein Professor, eine vom Kaiser anerkannte Autorität, ein Mann, der für seine Behauptungen mit feierlichen Eiden einsteht — dem darf man doch glauben!

Was er aber von den jüdischen Religionsschriften immer von neuem auftischte, war das ungeheuerlichste.

Über die Verheerungen, welche die in der „Tribüne" erschienenen Artikel speziell in Kreisen des österreichischen Richterstandes angerichtet haben, erzählte gelegentlich der verewigte Landesadvokat Dr. Braun aus Prag, der mir seit Jahren in Erinnerung meiner dort gehaltenen Vorträge eine freundliche Gesinnung bewahrte:

Unmittelbar nach Erscheinen jener Brandartikel hatte er einen Termin beim Prager Gerichtshof und fand den Richter, einen sonst humanen, liberal denkenden Beamten, in voller Aufregung: der erklärte rund heraus, daß es bedenklich für einen gewissenhaften Richter sein muß, nach den „Enthüllungen" Rohlings einen Juden zur Zeugenaussage oder zum Eide zuzulassen.

In den Wirtshäusern las man die Artikel Rohlings den Gästen laut vor und die Juden scheuten sich, die öffentlichen Lokale zu besuchen. Das schlimmste war, daß auch zahlreiche Juden anfingen, den Verleumdungen Glauben zu schenken. Die Stimmung der Wiener Juden und ihr Geschick entbehrte nicht einer gewissen Tragik. Sie wußten von dem Talmud nichts und

wollten von ihm auch nichts wissen und nun vernahm man den ganzen Tag nichts als Talmud. Auf der Straße, in den Gasthäusern, in den Kaffeelokalen war der Talmud das Tagesgespräch: „welch ein abscheuliches Buch es sei und daß die Juden sich schämen müßten!"

In einer jüdischen Buchhandlung in der Praterstraße begegnete mir damals ein jüdischer Offizier, der vor Herrn Ch. D. Lippe das bittere Wort sprach: „Glauben Sie, daß es der Ehre meiner Offiziersuniform für die Dauer erträglich sein wird, wenn die ersten Rabbiner Österreichs den Vorwurf der „Schelmerei" ruhig hinnehmen, als wäre nichts geschehen?" Dieses Wort, das ich zufällig vernommen und eine Situation voll tiefer Beschämung, peinlicher Demütigung blitzartig offenbarte, trieb mich zu Dr. Adolf Jellinek. Ich fragte ihn, ob er Rohling antworten wolle. Das österreichische Judentum kann unmöglich diese öffentliche Beschimpfung ohne gebührende Sühne hinnehmen: das war meine Meinung. Dr. Jellinek antwortete mir: „Rohling wird mit immer neuen Zitaten aus dem Eisenmenger kommen und der Öffentlichkeit vorlegen; ich kann unmöglich den ganzen Eisenmenger widerlegen."

Weder in der alten Rabbinerschule (Jeschiwa), noch auf den neuen Rabbinerseminarien hat man bis dahin Apologetik als Fachwissenschaft des Studiums für wichtig angesehen. Gegen „Eisenmenger" eine erschöpfende quellenmäßige Widerlegung zu verfassen, wurde verabsäumt. Selbst die vorhandene ältere apologetische Literatur wurde arg vernachlässigt. So stand man den unerwarteten Anstürmen gegenüber ungerüstet und wehrlos. Eine richtige Methode, dem neu aus der Tiefe emporgetauchten „wissenschaftlich" verbrämten Judenhaß wirksam zu begegnen, mußte erst geschaffen werden. Diese der neuen Zeit angepaßte Methode zum erstenmal gezeigt und gelehrt zu haben, rechne ich mir als bescheidenes Verdienst an.

So ging ich nach Hause, schrieb in kaum vierundzwanzig Stunden die nachher so bekannt gewordene Züchtigung Rohlings unter dem Titel: „Professor Rohling und das Wiener Rabbinat oder die arge Schelmerei".

Die Frage war jetzt, wie gelingt es, den Aufsatz zum Druck zu befördern und in einer großen Tageszeitung unterzubringen? Die führenden Journale der liberalen Partei vermieden prinzipiell jede Berührung der Judenfrage, um nicht als „Judenblatt“ diffamiert zu werden. Vorwände zur Ablehnung waren genug gegeben. Das Manuskript, im Umfange von zwölf Foliospalten im Druck eines Tagblattes, mußte doch erst gelesen, geprüft werden, und das erforderte Zeit. Ich wandte mich an Dr. Hertzka, Chefredakteur der „Wiener Allgemeinen Zeitung“, damals eine dreimal täglich erscheinende große Tageszeitung, bat um sofortige Publikation — ohne Prüfung vor der Drucklegung und versprach als Gegenleistung, den Aufsatz später als Flugschrift mit einer besonderen Vorrede, — in der die Sympathien der österreichischen Judenheit zugunsten der von den Anhängern der „Verfassungspartei“ heftig befehdeten „Wiener Allgemeinen Zeitung“ angerufen werden sollen, — zirkulieren zu lassen.

Des anderen Morgens — am 22. Dezember 1882 — erschien das Opus als Beilage des genannten Tagesjournals, und schon zu Mittag waren keine Exemplare mehr zu haben. Stürmische Nachfrage. Eine neue Auflage mußte veranstaltet werden, aber auch diese wurde vergriffen, so daß eine dritte Auflage erschien. Über hunderttausend Exemplare des Blattes waren rasch abgesetzt.

Von dem Inhalt des umfangreichen Artikels eine Analyse zu geben, erachte ich für überflüssig, da er wiederholte Auflagen erlebte, ins Ungarische, Polnische, Böhmische und Italienische (durch Oberrabbiner Melli in Triest) übertragen wurde.

Vor aller Öffentlichkeit, in einer Form, welche dem Laien verständlich, aber dem Fachmann gerecht wurde, unternahm ich den Nachweis zu führen, daß dieser, „von Sr. Majestät dem Kaiser zum Professor für hebräische Altertümer in Prag ernannte“ Herr für diesen Beruf nicht die geringste wissenschaftliche Qualifikation besitzt. Ich stellte und erbrachte hinreichend Beweismaterial, daß ihm schon die „moralische Eignung“ und dann auch die „wissenschaftliche Qualifikation“ fehlt, den Talmud zu beurteilen, daß seine Zitate aus dem Talmud,

dem Sch. Ar. und Sohar arge Fälschungen, zum Teil vollständig erfunden sind; ferner, daß er wiederholt Texte der Bibel als Talmudtexte vorgeführt, daß er überdies in den katholischen Kirchenvätern sich nicht auskennt und den Talmud lästert wegen Sätzen, die wörtlich bei den katholischen Kirchenvätern zu lesen sind, während er nicht ermüdet, immer wieder den Gerichten zu falschen Zeugnissen sich anzubieten mit Berufung auf seinen „Amtseid".

Durch populär gemeinverständliche Darstellung gelang es auch, den christlichen Leser zu überzeugen, daß diese schweren Anklagen gegen den Prager Professor wohl begründet sind.

Jellinek sagte zu mir: „Sie haben den Rohling mit einer Keule totgeschlagen."

Rohling selber empfand mit einem Male, daß er tödlich getroffen war, er antwortete voll Wut und Erbitterung mit einem Artikel von zehn langen Spalten in der „Tribüne". Nun zeigte es sich, daß diese Antwort mit seinen ursprünglichen Behauptungen nicht mehr übereinstimme; daß er früher den einzelnen Talmudtexten, die er zitierte, einen anderen Inhalt gegeben, als er jetzt in der Erwiderung von ihnen bietet. Indem ich diese Widersprüche als Beweis seiner Unzulänglichkeit und seiner mangelnden Kenntnis den Lesern klar und scharf hervorhob, fügte ich hinzu:

> „Ich meinerseits erkläre laut, so laut, daß es in jedem Gerichtssaal und Regierungskabinett vernommen werden kann, nämlich, daß Sie, Herr k. k. Professor Rohling, nicht eine einzige Seite im Talmudtexte je gelesen haben und zu lesen nicht die wissenschaftliche Qualifikation besitzen. Ich erkläre mich bereit, 3000 fl. österreichischer Währung zu deponieren; die sollen Ihnen gehören, Herr Rohling, wenn Sie nur eine einzige Seite des Talmudtextes — eine Seite, die nicht ich, sondern der Zufall in einem Traktat, wie er zufällig in die Hand gelangt, Ihnen wählen soll — richtig und fehlerlos lesen und übersetzen. Herr Professor Rohling! Ich, der Bezirks-Rabbiner in Floridsdorf nächst Wien, biete Ihnen 3000 fl. und bin bereit, sie im voraus bei einer Bank zu

deponieren für das korrekte, fehlerfreie Lesen und Übersetzen einer einzigen Seite im Talmud!"

„Herr Professor, Sie bringen das nicht zusammen, solches haben Sie wohl in Ihrem Leben auch noch nie versucht — allein ‚Gutachten' über den Talmud, und zwar unter ihrem ‚Amtseid' haben Sie bereits wiederholt abgegeben."

Dreimal wiederholten sich diese Polemiken unter gespannter Aufmerksamkeit christlicher und jüdischer Kreise.

Ich zeigte, daß er nicht bloß die Öffentlichkeit, sondern wiederholt auch die Gerichte durch falsche Angaben getäuscht und hintergangen hat und sagte schließlich:

„Ich kann mir nicht denken, daß ihm die Empfindung abgehen soll für die Situation, in welche sein Treiben ihn geraten ließ! Oder sollte es wirklich angehen, daß ein öffentlicher k. k. Universitätslehrer, dem vor der weitesten Öffentlichkeit, unter dem Hohngelächter und Erstaunen zahlloser Zuschauer, eine Schmach angetan worden, wie sie der Volksmund bloß gewissen Damen zufügt, sich ohne Erröten umwendet, als wäre nichts geschehen, nichts vorgefallen, als hätte nur ein zufälliger Regentropfen sein Gesicht berührt. Aber einsehen wird er wohl, daß es einem Gelehrten von unbefleckter Ehre nunmehr unmöglich ist, mit ihm weiter zu verhandeln. Es war meine unerquickliche und sehr unsaubere Aufgabe, den Charakter dieses Herrn, den Charakter seiner Gelehrsamkeit, die Glaubwürdigkeit seiner Mitteilungen vor der Öffentlichkeit und vor den Staatsbehörden aufzudecken, zu entschleiern, die Urteile, welche die gelehrte christliche Welt ihm gesprochen, zu popularisieren, den nicht gelehrten Kreisen bekanntzugeben: meine Pflicht ist getan und somit will ich diesen Herrn verabschieden."

„Von Prag aus unternahm er es, durch seine Brand- und Schandschriften in Wiener Hetzblättern die niedere Bevölkerung wider uns aufzureizen und im Namen der Religion aufzustacheln. Speziell die meiner geistlichen Obsorge anvertrauten Israeliten, welche zerstreut und vereinzelt in den

Ortschaften auf dem Lande leben, waren durch die künstlich erzeugte und genährte Erbitterung ‚gegen den Talmud' in ihrer Sicherheit gefährdet. Zu deren Schutz mußte ich eintreten. Allen Dünger der Welt scharrte dieser Herr zusammen und lagerte ihn vor meiner Türe ab; nun ist er selber in diesen Haufen hineingestürzt und mag zusehen, wie er sich aus dieser unappetitlichen Situation herauslügt; er mag versuchen, ob es ihm gelingt, sich je reinzuwaschen!"

Die Wirkungen aber, welche all diese Streitschriften auf die eigenartige Stimmung einer nervös aufgeregten öffentlichen Meinung erzielten, spiegelten sich besonders in den Hunderten und Hunderten von Telegrammen und Zuschriften ab, welche aus allen jüdischen Gemeinden der Monarchie nach Floridsdorf an den damals jungen und unbekannten Verfasser gelangt waren.

Es kamen interessante Zuschriften auch aus christlichen Kreisen, ja selbst aus Kreisen des hohen Adels, von Universitätsprofessoren des In- und Auslandes; manche künstlerisch ausgestattete Adresse wurde durch Deputation überreicht oder per Post übermittelt.

Einige dieser Zuschriften mögen hier als Dokumente der Zeitgeschichte eine Stelle finden.

Von der Wiener Börse erschien eine Deputation, überbrachte neben einer Kassette mit hundert Dukaten eine künstlerisch ausgestattete Adresse, in der es unter anderem heißt:

„Im Namen der Wissenschaft hat ein Mann, welcher die Aufreizung handwerksmäßig betreibt, neuerdings einen Kampf gegen uns unternommen, einen Kampf, in welchem Unwahrheit sein Schild, Verleumdung seine Waffe war. Dieser Kampf mußte aufgenommen und ausgetragen werden. Sie, geehrter Herr Doktor, haben sich der Herausforderung gestellt und, indem Sie der beleidigten Wisssenschaft Genugtuung verschafften, zugleich sich um das Judentum und jeden einzelnen Bekenner desselben ein hohes Verdienst erworben.

Möge nie wieder eine ähnliche Fehde entbrennen! Wird

sie uns aber aufgedrängt, dann wünschen wir uns einen Sachverwalter von Ihrer Kraft und Gesinnungstüchtigkeit.“

B r ü n n. Landrabbiner Dr. Placzek und Dr. Oppenheim:

„היום גלות את חרפת מצרים מעלינו. *Ihre zweite Streitschrift ist eine Meister- und Musterleistung höherer wissenschaftlicher Polemik ersten Ranges. Sie können stolz darauf sein.“*

L a n d a u. Bezirksrabbiner Dr. Grünebaum:

„Sie haben sich als ein Mann von Charakter und von Wissenschaft bewährt. Ich kenne Sie schon aus der trefflichen Arbeit über Esther. Als ich diese Schrift las, wollte ich Ihnen sofort schreiben יישר כחך וחילך. *Ihr Werk ist so überzeugend, hellt so viele Dunkelheiten auf, daß es jedem Forscher Freude machen muß:* באורך נראה אור.“

J e n a. Prorektor der Universität und Professor der hebräischen Altertümer, Mitglied der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft Dr. Karl Siegfried:

„Freilich war es ein unerquickliches Geschäft, mit einem Manne zu verhandeln, für den es keine Gesetze der Sittlichkeit und der Sitte gibt, aber es mußte ja einmal geschehen. Rohlings Schriften habe ich einmal als Sumpfpflanzen bezeichnet, welche der deutschen Nation Schande machen.“

M ä h r i s c h - O s t r a u. Kultusvorsteher Berth. Schwarz:

„Sie haben dem Judentum mehr gedient als mit hundert Predigten auf der Kanzel. Sie haben uns einen Liebesdienst erwiesen, mehr vielleicht, als Sie selber und die Männer in der Residenz ahnen. In den hohen enggeschlossenen und geschützten Palästen hört man nicht das Heulen des Sturmes und ahnt die Gefahr nicht, welcher die weitauseinanderliegenden, zerstreuten Wohnungen auf dem Lande ein schwacher Windstoß preisgibt. Ihr Auftreten ist ein glückliches Ereignis. Möge der Gott Israels Ihnen lohnen.“

E p e r i e s. Leo Holländer, Distriktspräses:

„Dreifach sei Ihnen für die Mannestat Dank gesagt. Sie haben uns in schwerer Stunde einen unschätzbaren Dienst geleistet, einen Schimpf von uns abgewischt, unsere Ehre gerettet und ich zittere bei dem Gedanken der Möglichkeit, daß eine solche Ruhmestat mit schnödem Undank von uns gelohnt werden sollte."

F r a n k f u r t a m M a i n. Der Direktor der Deutschen Handelsgesellschaft, Gustav Meyer:

„Endlich ein Mann, ein aufrechter, ganzer, der mit der Fülle historischer Gelehrsamkeit eine Tapferkeit und einen Mannesmut bewährt hat, daß wir voll Stolz zu ihm aufblicken."

H a n n o v e r. Geheimer Sanitätsrat Dr. Cohen:

„Herzlichen und aufrichtigen Dank für Ihre so wertvollen Artikel, die für deren Verfasser, wie für das Judentum gleich ehrenvoll sind und jedes jüdische Herz erwärmen und erfreuen müssen."

E r l a n g e n. Der Professor der Theologie und hebräischen Altertümer an der Universität, Dr. Köhler, Verfasser der berühmten Jahresberichte der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft, schreibt unterm 28. Jänner 1883:

Sehr geehrter Herr Bezirksrabbiner!

Ihre drei Streitschriften gegen Dr. R o h l i n g habe ich von Anfang bis zu Ende sorgfältig und mit warmer Teilnahme und auch mit stets steigender Entrüstung über Rohling durchgelesen. Genehmigen Sie meinen besten Dank! Durch Ihre und durch Dr. Delitzschs Streitschriften ist Rohling in ein Licht gestellt worden, daß er am besten täte, von der Bildfläche ganz zu verschwinden. Ich sollte meinen, das Gewissen müßte ihm doch endlich schlagen ob seiner U n r e d l i c h k e i t und seines wilden Fanatismus. Es ist geradezu entsetzlich,

daß dieser Mann sogar die hundertmal widerlegte Fabel von dem rituellen Christenmord sich erbietet zu beschwören. Mit einem Manne, der hiezu bereit ist, gibt es keine wissenschaftliche Verständigung mehr. Ich kann es daher nur billigen, daß Sie die Polemik gegen ihn jetzt abbrechen.

In aufrichtiger Wertschätzung

Ihr ergebenster

Prof. Dr. Köhler.

Bei seinem ersten Erglühen hatte der österreichische Antisemitismus den Talmud weidlich ausgenützt — nicht bloß um die Leidenschaft der niederen Menge zu entzünden, sondern, was viel schlimmer war, auch den mehr objektiv urteilenden, liberal denkenden Männern der Intelligenz die Berechtigung einer judengegnerischen Gesinnung zu erweisen.

Die neufabrizierten Zitate übten in allen Kreisen eine mächtige Wirkung aus, welche die Volkshetzer zur weiteren Verfolgung der betretenen Bahn ermunterte. Kein Literaturwerk der Neuzeit konnte sich je einer derartigen Popularität rühmen, als wie sie plötzlich und unerwünscht dem alten Talmud zugefallen war. Der Talmud war seit Rohlings Auftreten der Gesprächsstoff aller: im Kaffeehaus, beim Biertisch, in der Kneipe, in den Vereinssitzungen und Volksversammlungen; Flugschriften und Broschüren ohne Zahl über den Talmud, gegen den Talmud überfluteten den Büchermarkt und wurden bis in die verfallenen Hütten des Arbeiters gratis kolportiert.

Die Talmudfrage beschäftigte aber die jüdischen Kreise in nicht geringerem Maße. Auf Anregung des unvergeßlichen Präsidenten Dr. Ignaz Kuranda beauftragte ein hochstehendes Mitglied der Wiener israelitischen Kultusgemeinde einen jüdischen Gelehrten, das literarische Material für eine Schrift: „Christliche Zeugnisse für den Talmud" vollständig zu sammeln und zusammenzustellen.

Als die Arbeit beendigt war und dem verewigten Präsidenten Dr. Kuranda vorgelegt wurde, brauchte man dieselbe nicht mehr, war ihre Publikation bereits ein Anachronismus und sie unterblieb. Infolge meiner in der „Wiener Allgemeinen

Zeitung" erschienenen Abwehrartikel, welche in allen Teilen des Reiches und über die Grenzen desselben hinaus eine rasche Verbreitung gefunden, hatte sich die Situation grundstürzend geändert. Aus der „Talmudfrage", welche vor wenigen Wochen die öffentliche Aufmerksamkeit in außerordentlichem Grade gefangengenommen und die Gemüter in steter Spannung gehalten, war eine „Rohling-Frage" geworden! Die philologischen und antiquarischen Untersuchungen über Sinn und Inhalt der einzelnen Talmudzitate hatten alles und jedes Interesse verloren. Die antisemitischen Agitatoren beeilten sich, der neuen Strömung zu folgen und die Rassentheorie in den Vordergrund der Propaganda zu rücken.

Das hinderte nicht, daß gerade das Geschick des Prager Professors die allgemeine Neugierde weckte!

Wird die Staatsanwaltschaft gegen ihn eine Anklage erheben oder das Kultusministerium eine Disziplinaruntersuchung verhängen? Fragen solcher Art absorbierten jetzt die öffentliche Aufmerksamkeit. Die Regierung tat nichts, um in diesen Streit einzugreifen, indessen der Prager Professor unternahm selber vieles, um diese Fragen einer Lösung näher zu bringen. Die von ihm teils angebotenen, teils abgelegten amtseidlichen Gutachten, welche der Wahrheit direkt widerstritten, mußten früher oder später vor ein gerichtliches Forum gebracht werden.

Die Wiener Rabbiner waren aus einer peinlichen Situation, aus der sie keinen Ausweg fanden, befreit. Bei Dr. Adolf Jellinek wenigstens hatte anfänglich diese Empfindung vorgewaltet und er äußerte zu einem Besucher (Oberkantor Josef Singer): „Die Juden haben keine Ahnung, welch hohen Dienst Dr. Bloch ihnen erwiesen hat," und in der „Neuzeit", Nr. 52, vom Jahre 1882 berichtete er:

> „Der geheime Kirchenrat Professor Franz Delitzsch äußerte, daß die Erwiderung des Herrn Rabbiners Dr. Bloch gegen Rohling in der ‚Wiener Allgemeinen Zeitung' das Beste sei, was bisher gegen Rohling geschrieben wurde."

Später wurde leider bei Jellinek das Empfinden des Dankes durch andere Gefühlsregungen stark zurückgedrängt. Es fehlte

nämlich nicht an Leuten, die den beiden Rabbinen mehr oder weniger deutlich zu verstehen gaben, welchen Dank sie dem Kollegen von Floridsdorf schuldig sind. Zu den Männern, die schadenfroh und wiederholt derlei Reden führten, gehörte auch ein Kultusvorsteher namens Emanuel Baumgarten. Ursprünglich für Theologie bestimmt, verfügte er über ein hohes Maß theologischer Kenntnisse nebst allgemeiner Bildung, widmete sich später dem Kaufmannsstand und zählte nunmehr zu den einflußreichsten Mitgliedern des Wiener Kultusvorstandes. Er machte sich nützlich, zum Teile sogar unentbehrlich dadurch, daß er für die Kollegen, die den Agenden der Gemeinde nicht so viel Zeit widmen konnten, die schwierigen Referate verfaßte. Er beherrschte souverän das Wohltätigkeitsressort der Gemeinde, besaß als solcher gute Beziehungen zu den Bankhäusern Rothschild, Springer, Tedesko, Königswarter usw. und konnte gelegentlich notleidenden jüdischen Gelehrten manche Unterstützung zuführen. Leider hatte er selber es zu keinem nennenswerten Wohlstand bringen können, und er neidete den beiden Rabbinen ihr reichliches Einkommen, nörgelte an ihren Leistungen und war der schärfste Kritiker ihrer Predigten und er war fleißiger Tempelbesucher. Für den „Floridsdorfer Rabbiner", der „des Abends unbekannt zu Bette ging und des Morgens als berühmter Mann aufstand", kargte er nicht mit Komplimenten.

Die beiden Wiener Rabbiner, so erklärte er wiederholt, hätten sich im kritischen Moment nicht bewährt; sie hätten ja den Streit gegen Rohling mit der Publikation der „Erklärung", die „im Grunde doch eine Kriegserklärung war", eingeleitet, um dann zum Erstaunen Aller schweigend das Schlachtfeld dem Feinde zu überlassen; die Beschuldigung „arger Schelmerei" ließen sie auf sich sitzen, weil sie für solche Fehde nicht gerüstet waren; der deprimierenden Stimmung der Gemeinde standen sie rat- und hilflos gegenüber. Von Floridsdorf mußte der Rabbiner kommen, um die Beschimpfung des Wiener Rabbinates und des Wiener Judentums abzuwaschen.

Indessen seine Anerkennung für mich war auch nur von kurzer Dauer; sie nahm ein jähes Ende, um heftigster Feind-

schaft Platz zu machen. Zu dem Sonderabdruck des Artikels gegen Rohling verfaßte ich meinem Versprechen gemäß eine Vorrede mit einem recht warmen Appell zugunsten der „Wiener Allgemeinen Zeitung“. Dieses Blatt war jedoch bei allen Anhängern der liberalen Verfassungspartei, somit auch beim Wiener israelitischen Kultusvorstand in Acht und Bann erklärt. Der Chefredakteur des Blattes, der bekannte Publizist Dr. Theodor Hertzka, zählte zu den Freunden von Adolf Fischhof, war bei dem Versuche zur Gründung der „Deutschen Volkspartei“ ein starker Mitarbeiter, die Anpreisung seines Blattes hatte darum Em. Baumgarten vollständig konsterniert. Die Vorrede hatte folgenden Wortlaut:

„Während die Hydra des Judenhasses allerorten zumal in den Gauen der Ostmark frecher denn je das schamlose Haupt erhebt und die vergifteten Pfeile zahllos über unsere Häupter sausen, steht jeder einzelne von uns stumm und tatenlos da und vertraut der Regierung.“ — — — „Unsere Gegner aber wissen, daß auch die stärkste Regierung auf die Dauer einer mächtigen Volksbewegung nachgeben muß.

„Die Bewegung zieht immer weitere Kreise und hat auch die guten Wünsche derer für sich, die, scheinbar neutral, ihr fern stehen. — — — Als die Sache des Judentums populär war und in Volksgunst stand, fehlte es nicht an Männern, Rednern und Publizisten, welche mit weithin schallender Stimme, mit mahnenden, eindringlichen Worten unsere gute Sache, unser gutes Recht geführt haben. Heute, da die Zeitbewegung so gehässig gegen uns sich kehrt, den Feinden Sporen und Mut verleiht, da wendet sich vergebens der fragende Blick nach allen Seiten: ‚Wo sind die guten Freunde?‘ ‚Warum vernehmen wir nicht deren Stimme, warum ist ihre Gestalt unsichtbar geworden?‘ ‚Wo sind unsere Verteidiger und Anwälte, unsere Redner und Fürsprecher, unsere Publizisten und Männer der Feder geblieben?‘

„Unsere klugen Politiker und geübten Parlamentarier, welche die Rufer im Streite hätten sein sollen wider die aus dem mittelalterlichen Grabe emporgestiegenen Gespenster

und Geister der Nacht; die mit feuriger Rede und zündendem Worte wider die immer mehr um sich greifende Roheit und Brutalität in offener Versammlung der Vertreter des Volkes das alte ruhmreiche Banner jüdischer Humanität hätten aufrollen müssen, sie haben, wie es scheint, andere Sorgen. Der leidige Nationalitätenhader hat ihre Augen geblendet, daß sie die Vorgänge nicht schauen, noch richtig zu beurteilen vermögen. Die Sache des Judentumes haben sie nicht geschützt, vielleicht eher geschädigt; sie haben ihr Judentum vergessen und träumen, daß auch die Feinde nicht daran denken. Anstatt in das Vortreffen sich zu stellen, die Fahne voranzutragen, haben sie mit übel angebrachter Vornehmheit hinter die Schlachtlinie sich zurückgezogen, anderen die schwerere und bittere Tagesarbeit überlassend.

„Noch weniger haben sich bewährt die Männer der Feder, die Berufsjournalisten unseres Volkes und Stammes. Ich schweige von nicht wenigen jener Ehrvergessenen, welche heimlich im Solde der Gegner stehen und wirken, zum Teile offen in ihr Lager übergegangen. Allein selbst die vornehmen großen Tagesblätter, welche in jüdischen Händen und unter jüdischer Leitung stehen, pflegen aus ewiger Angst, den Namen ‚Judenblatt‘ sich zuzuziehen, zu wenig oder gar nichts zu tun.

„Nur ein einziges großes Weltblatt der österreichischen Residenz war sich seiner Pflicht gegen uns als Organ und Leiter der öffentlichen Meinung ganz und voll bewußt, die ‚Wiener Allgemeine Zeitung‘, ein Blatt, das dreimal täglich erscheint, an Gediegenheit und Reichtum des Inhaltes seiner geistvollen Leitartikel, seiner politischen und kommerziellen Berichte alle anderen großen Wiener Blätter bei weitem übertrifft, einen weiten Leserkreis in allen gebildeten Volksschichten um sich gesammelt hat. Dieses Blatt hat seine gediegensten Redakteure in den Kampf gegen den Antisemitismus entsendet und öffnet bereitwillig jeder Enunziation seine Spalten, die gerichtet sind gegen diese Lügenbrut. Diesem Blatt schulden wir Dank, gegen dasselbe haben wir in Wahrheit eine Ehrenpflicht zu erfüllen.“

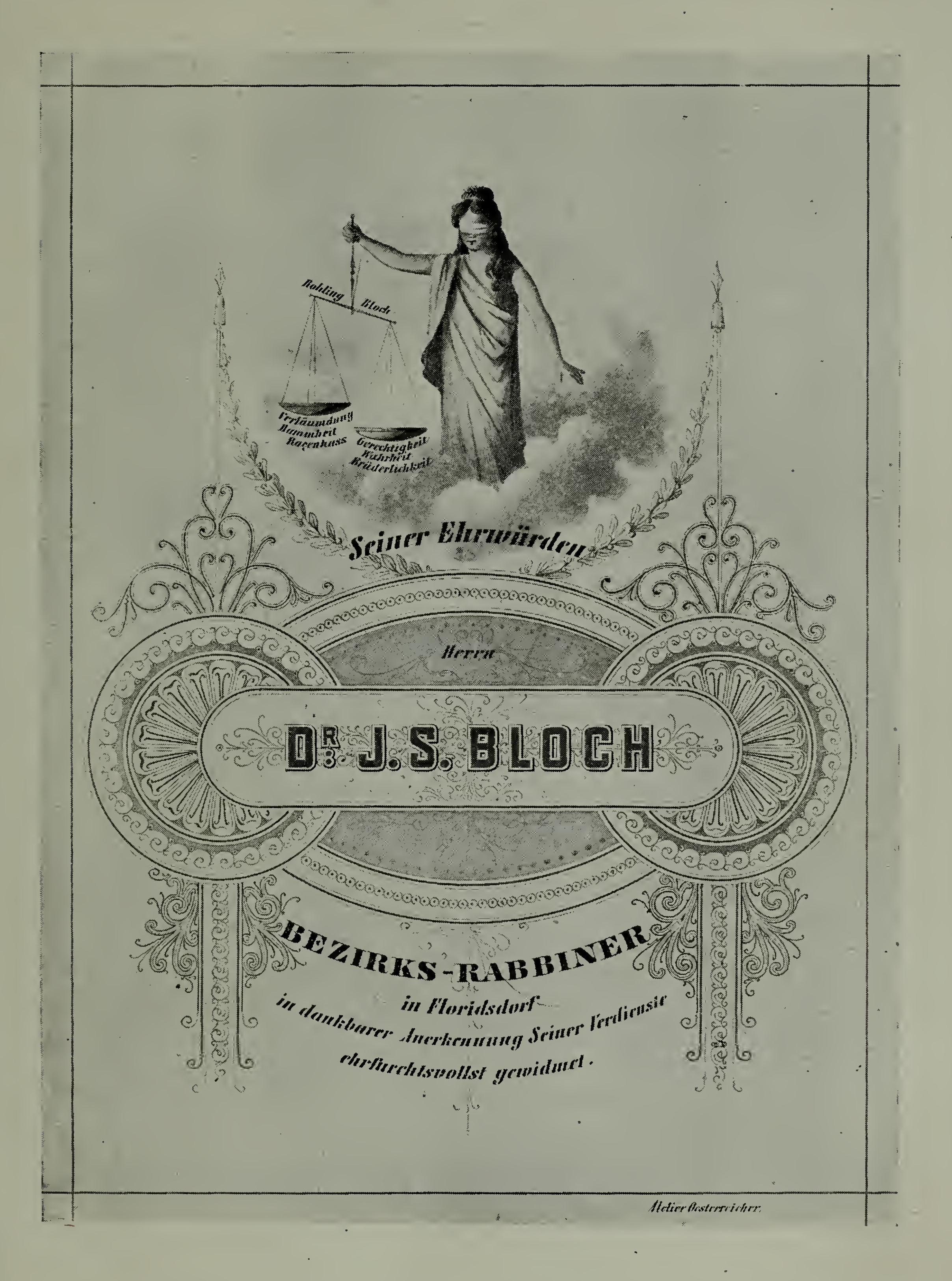
Die Vorrede schließt:

„Wollen wir vor der weitesten Öffentlichkeit verteidigt werden in einem Blatte, welches das Wort zur rechten Zeit und mit rechtem Nachdruck und Gewicht auszusprechen weiß, so ist es unsere Aufgabe, dieses Blatt zu verbreiten, zu unterstützen, ihm wenigstens bei der Wahl vor anderen den Vorzug zu geben."

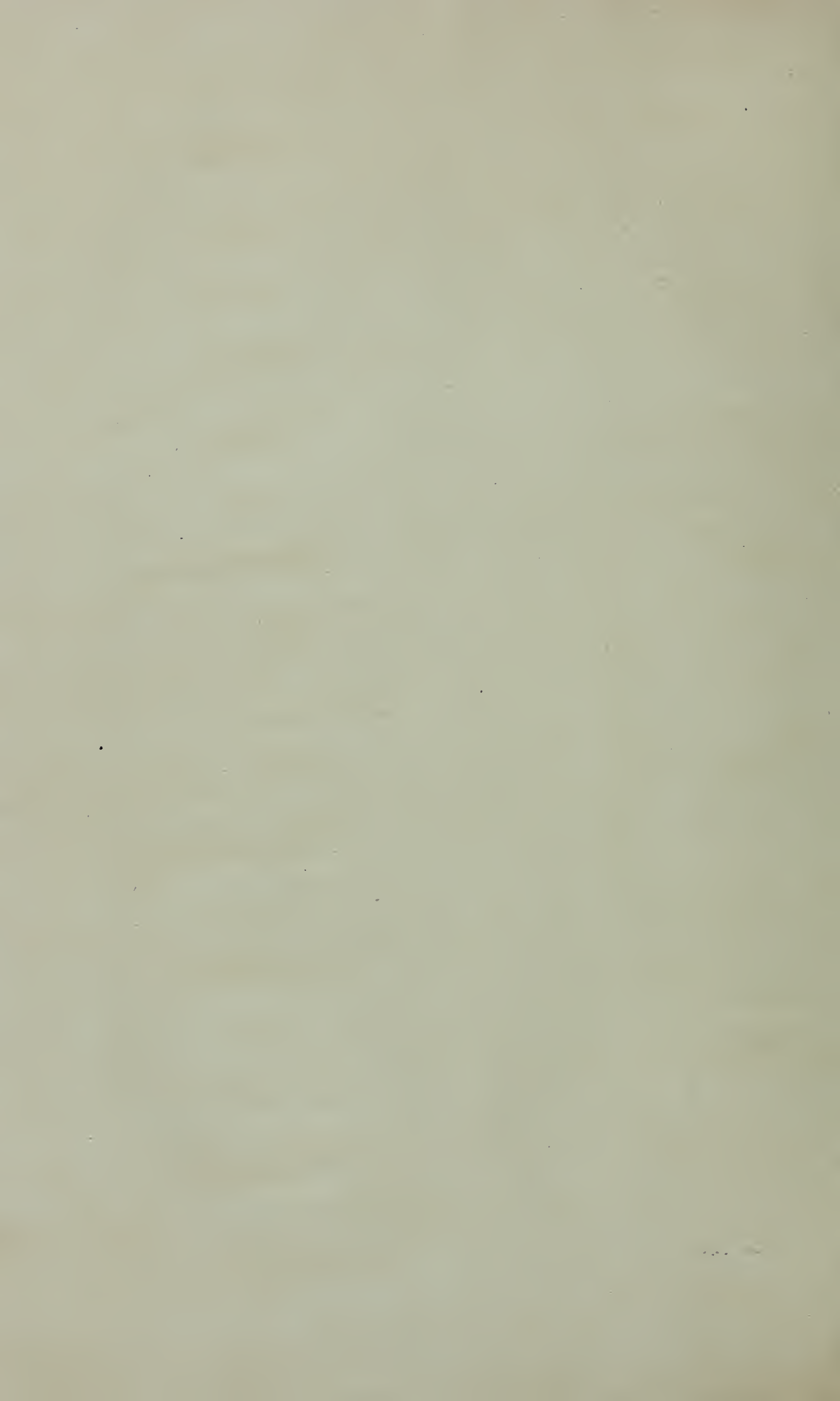
Dieser Appell war mit meinem vollen Namen gezeichnet und da ich gewagt hatte, über die Wiener jüdischen Politiker und die Wiener Großpresse so respektlos abzuurteilen, war ich in den Augen der leitenden Männer des Wiener Judentums vollständig disqualifiziert. Der Kultusvorsteher Em. Baumgarten hat mich bei einer Begegnung auf offener Straße deswegen so brutal angefallen, daß es beinahe zu Tätlichkeiten gekommen wäre; er blieb mir von der Stunde an ein tödlicher Hasser.

Auch der Präsident der Wiener Israelitischen Allianz Josef Ritter von Wertheimer machte mir Vorhaltungen, daß ich die „glänzenden Artikel" contra Rohling der „Wiener Allgemeinen Zeitung" zur Publikation gab. „Wären Sie zu mir gekommen mit Ihrem Artikel, wir hätten ihn in allen großen Tagesblättern Wiens gleichzeitig abdrucken lassen," sagte er. Ich antwortete, er hätte in solchem Falle den Artikel erst geprüft und vielleicht auch das Gutachten irgend einer Autorität eingeholt, manches abgeändert, der Aufsatz wäre „koscher gemacht", d. h. eingewässert und ausgesalzen, alles Blut entfernt und davor wollte ich die Arbeit bewahren.

In der Provinz haben diese Wiener Mißstimmungen meiner so unerwartet rasch erworbenen Popularität keinen Eintrag getan und bald sollte es sich zeigen, daß ich auf dem rechten Wege war.



Adresse prominenter jüdischer Bürger Wiens.



Euer Ehrwürden,

Geehrter Herr Doctor!

Wenn es betrübend ist für jeden Freund der Freiheit und des Fortschrittes, zu sehen, dass auch in unserer aufgeklärten Zeit das confessionelle Vorurtheil noch nicht entwurzelt ist, so muss es den Juden, insbesondere jenen in Oesterreich tief schmerzlich sein, wenn sie wahrnehmen, dass ihr Bestreben gute Patrioten und Mitbürger zu sein, durch das Uibelwollen und die Leidenschaft einzelner Personen verdächtigt und entstellt wird.

Im Namen der Wissenschaft hat ein Mann, welcher die Aufreizung gegen die Juden handwerksmässig betrieb, neuerlich einen Kampf gegen dieselben unternommen, einen Kampf, in welchem Unwahrheit sein Schild, Verläumdung seine Waffe war. Dieser Kampf musste aufgenommen und ausgetragen werden. **Sie, geehrter Herr Doctor**, haben sich der Herausforderung gestellt und indem Sie der beleidigten Wissenschaft Genugthuung verschafften, zugleich auch um das Judenthum und jeden einzelnen Bekenner desselben sich ein hohes Verdienst erworben.

Einen kleinen Theil der Dankbarkeit abzustatten, zu welcher wir uns Ihnen gegenüber verpflichtet fühlen, ist die Absicht der bescheidenen Gabe, welche wir Ihnen hiermit überliefern, und um deren freundliche Annahme wir ersuchen.

Möge nie wieder eine ähnliche Fehde entbrennen! Wird sie uns aber aufgedrängt, dann wünschen wir uns einen Sachwalter von Ihrer Kraft und Gesinnungstüchtigkeit.

Wien, am 28. Feber 1883.

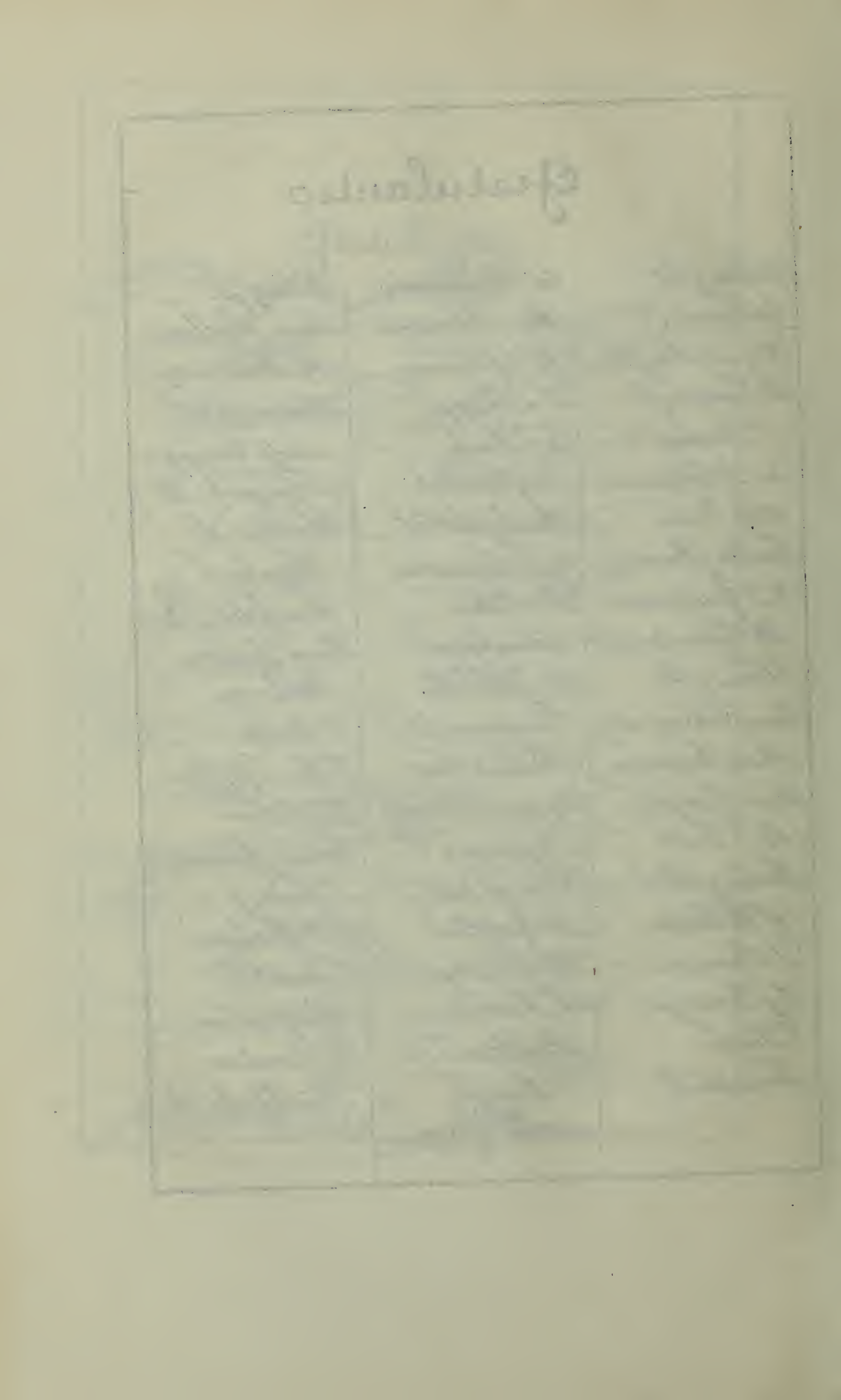
Gratulantes:

Gratulantes

Lieben & Cie.
Ephrussi & Cie.
Heinrich Kuffler
Th. Kantor & Cie.
J. Brecher
Isid. L. Schorstein
Wilh. Zoicer
Fischer & Brunn
G. J. Guttmann
M. Ostersetzer & Cie.
Weiss & Cie.
Jaques Ehrenzweig
Max Neuman
Leop. Langer
M. J. Guth
Kohn & Alter
A. Wilhelm
D. Landau
Sig. Geiringer
J. Links
Freireich L.

Col. Grünwald.
Mor. Neumann
M. Ehrenzweig
L. Knapp
Carl Reich
Josef Fröhlich
Stückgold S.
Isid. Nierenstein
Dr. Satin
C. Lemberger
Lud. Pollak
Grünwald J.
Bondi Ferd.
Jacques Bardach
Flegmann S.
Steinhübel S
Th. Gottlieb
H. Fleissig
S. Kanitz
Pichler J.
J. Spitzer

Is. Graf jr.
Anton Heller
M. Winterstein
Löwenstein C
Adolf Springer
Steingrab M.
Hutter A.
Herzl N.
Heschelis H.
Brüd. Leitner
M. Reitzes
L. Ritter
J. M. v. Pfeiffer
Poldl Löw
Heinr. Nierenstein
S. König
J. S. Kahane
Jockl L.
Prager Leop.
B. Landau
Glücklich A.





Sr. Ehrwürden

Herrn, Herrn

Dr. J. S. Bloch

verdienstv. Bezirks-Rabbiner

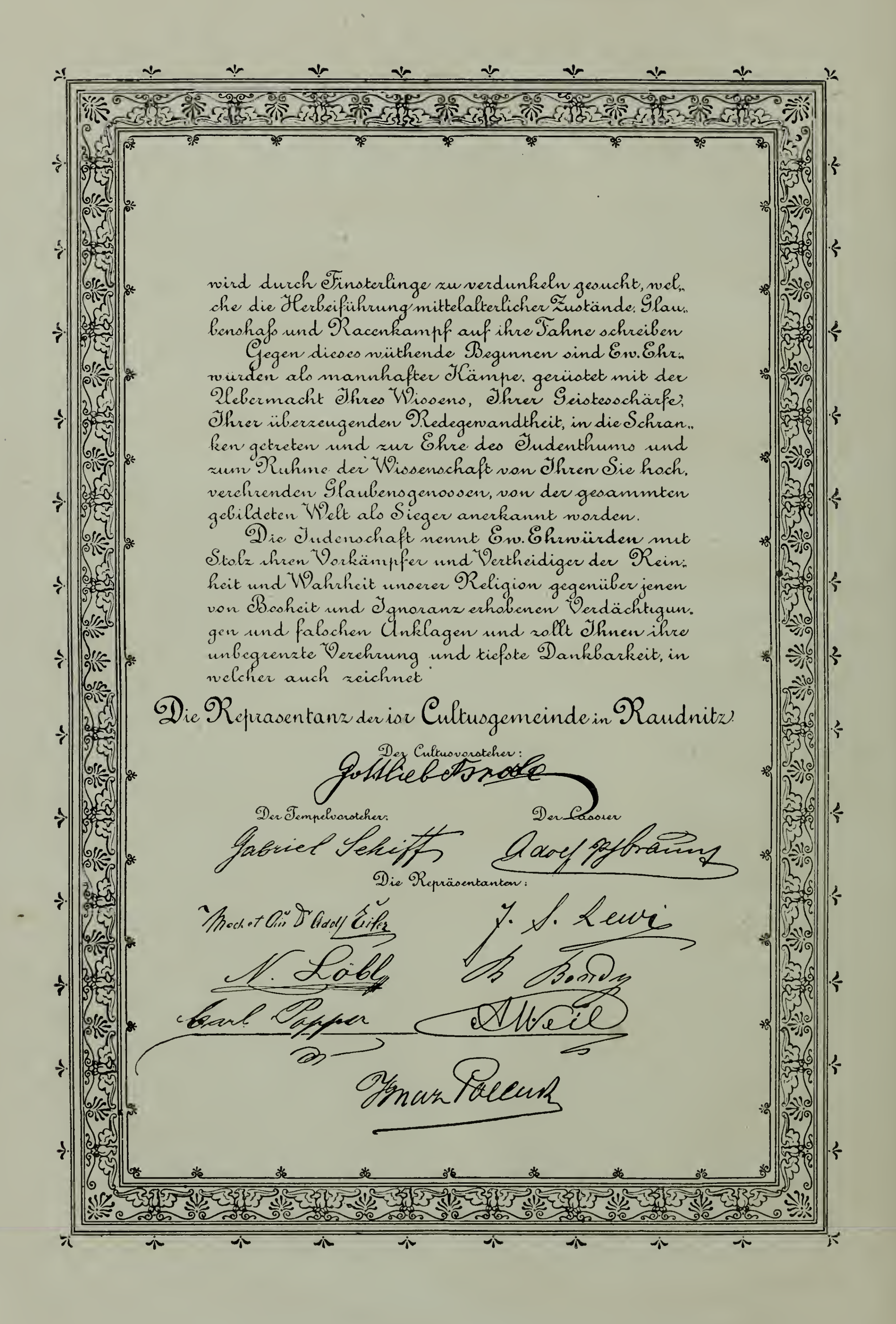
Wien-Floridsdorf

„Wenn das Volk in glücklichen Tagen dahinlebt, ... dann ist sich jeder der Klügste wie der Beste, ... zerrüttet die Noth die gewöhnlichen Wege des Lebens, reißt das Gebäude nieder, ... Ach da sieht man sich um, wer wohl der verständigste Mann sei, und er redet nicht mehr die herrlichen Worte vergebens."

Diese Worte unseres Altmeisters Goethe können wir aus vollster Ueberzeugung auf Ew. Ehrwürden anwenden. Die lichtvolle Zeit der Aufklärung, der Glaubensfreiheit und der Gleichberechtigung aller Culte, sie

Dr. J. S. B.

Adresse der israelitischen Kultusgemeinde Raudnitz.


wird durch Finsterlinge zu verdunkeln gesucht, welche die Herbeiführung mittelalterlicher Zustände, Glaubenshaß und Racenkampf auf ihre Fahne schreiben.

Gegen dieses wüthende Beginnen sind Ew. Ehrwürden als mannhafter Kämpe, gerüstet mit der Uebermacht Ihres Wissens, Ihrer Geistesschärfe, Ihrer überzeugenden Redegewandtheit, in die Schranken getreten und zur Ehre des Judenthums und zum Ruhme der Wissenschaft von Ihren Sie hochverehrenden Glaubensgenossen, von der gesammten gebildeten Welt als Sieger anerkannt worden.

Die Judenschaft nennt Ew. Ehrwürden mit Stolz ihren Vorkämpfer und Vertheidiger der Reinheit und Wahrheit unserer Religion gegenüber jenen von Bosheit und Ignoranz erhobenen Verdächtigungen und falschen Anklagen und zollt Ihnen ihre unbegrenzte Verehrung und tiefste Dankbarkeit, in welcher auch zeichnet

Die Repräsentanz der isr. Cultusgemeinde in Raudnitz.

Der Cultusvorsteher:
Gottlieb Brode

Der Tempelvorsteher:
Gabriel Schiff

Der Cassier:
Adolf Abraham

Die Repräsentanten:
Med. et Chir. Dr. Adolf Eiler
J. S. Lewi
N. Löbl
[illegible] Bondy
Carl Popper
A. Weil
Max Pollack

Wahl in den Reichsrat.

Am 25. März 1883 starb der Krakauer Oberrabbiner Simon Schreiber, der im österreichischen Parlament den Wahlbezirk Kolomea, Buczacz, Sniatyn vertrat, durch dessen Heimgang nunmehr das Mandat freigeworden war.

Spontan bildete sich in den drei Städten ein Wahlkomitee mit der Aufgabe, mich zum Nachfolger des verewigten Rabbiners Schreiber in dem Mandat zu wählen.

Auf eine Anfrage des Wahlkomitees, ob ich geneigt wäre, das Mandat zu übernehmen, antwortete ich rasch mit einem resoluten „Ja!" Ich fügte hinzu: „Ich würde dann auch Gelegenheit haben, von der Tribüne des österreichischen Parlamentes aus den christlichen Völkern zu sagen, was eigentlich Judentum ist; für die Juden wäre es doppelt gut, denn solcherart werden sie es auch erfahren."

Als der Plan greifbare Formen annahm, erhob sich in der gesamten polnischen Presse ein gewaltiger Lärm über den versuchten Verrat am Polentum und man drohte den drei Städten mit nationalem Bann. Die Polen betrachteten jedes Mandat als ein Geschenk, das sie für Gegenleistungen nach ihrem Belieben verteilen konnten. Der verstorbene Krakauer Rabbiner war Präsident des Vereines Machzike Hadath und hatte durch den Einfluß dieses Vereines, gemeinsam mit dem Rabbi von Belz, bei verschiedenen Wahlen den Polen wesentliche Dienste geleistet. Da er sich an Debatten nie beteiligt, mit der Partei aber immer treu gestimmt hatte, so überließ man der jüdischen Orthodoxie dieses Mandat. Rabbi Schreiber war auch stets, wenn abgestimmt wurde, auf dem Posten, ja, man

veranstaltete sogar einmal am Freitag Abend für ihn ein Minjan im Parlamentsgebäude, damit er bei der zu erwartenden Abstimmung anwesend sein kann! Als Redner konnte er jedoch aus Mangel an Sprachkenntnis nicht auftreten und Vertreter der Intelligenz in den Wahlstädten wünschten nunmehr einen Abgeordneten, der für das Judentum auch öffentlich das Wort zu führen vermag. Der Sturm in der polnischen Presse steigerte sich von Tag zu Tag, zumal jüdische Ehrgeizlinge, die sich auf das Mandat verspitzt hatten, die Zeitungsleute tüchtig schmierten. Ohne indessen darauf zu achten oder sonderlich eingeschüchtert zu sein, hatte das Wahlkomitee der vereinigten Städte an mich schriftlich die Frage gerichtet, ob ich im Falle der Wahl das Mandat annehmen und auch dem Polenklub beitreten würde, was aus dem Grunde eine Bedingung sei, weil es im jüdischen Interesse gelegen wäre, daß in allen Landesangelegenheiten die jüdischen Abgeordneten mit ihren christlichen Kollegen solidarisch vorgehen. Ich antwortete zustimmend und versprach im Falle der Wahl das Mandat anzunehmen und dem Polenklub beizutreten. Für die Eventualität, daß ich später vielleicht mich bestimmt fühlen sollte, aus dem Klub auszutreten, würde ich das Mandat in die Hände der Wähler zurücklegen. Kandidatenreden wurden nicht verlangt, mir fehlten auch die Mittel, eine Reise nach dem Wahlbezirk zu unternehmen.

Etwa vierzehn Tage vor der Wahl trat in Lemberg eine sogenannte jüdische „Notabelnversammlung" zusammen, um gegen meine Kandidatur als überaus schädlich für das Judentum feierlich zu protestieren und eine Aufforderung an mich zu richten, von meinem Vorhaben abzulassen und von meiner Kandidatur zurückzutreten. Anstifter der Versammlung war Dr. Emil Byk, ein reicher, kinderloser Advokat, Präsident der Kultusgemeinde und des Vereins „Schomer Israel", der selber gern kandidiert hätte. Hauptsprecher in der Versammlung war Prediger Löwenstein, Vater des jetzigen Abgeordneten Nathan von Löwenstein. Der Verein „Schomer Israel", sowie Byk und Prediger Löwenstein hatten einmal „in der Sünde Maienblüte" antipolnische, deutsch-zentralistische

Politik im Bündnis mit den Ruthenen getrieben, jetzt waren sie Überpatrioten und sangen „Jesci polski“. In der famosen „Notabelnversammlung“ herrschte heißer polnischer Patriotismus. Es wurden feierliche Reden gehalten von der Pflicht, nur „Landeskinder und Landeseinwohner“ mit Mandaten zu betrauen und daß die Wahl eines „Floridsdorfers“ die Polen mit Recht gegen die Juden aufreizen müsse. Ein in solchem Sinne abgefaßtes Schreiben traf bei mir wenige Tage nachher ein. Ich antwortete sofort, die „Herren Notabeln“ hätten sich an eine falsche Adresse gewendet: sie sollten das Schreiben an das Wahlkomitee der drei Städte richten, die Wähler über die dem Judentum infolge meiner eventuellen Wahl drohenden Gefahren aufklären. Dort werde man auch in der Lage sein, die vorgebrachten Argumente auf ihre Stichhältigkeit zu würdigen. Meines Wissens haben mehrere polnische Abgeordnete ihren ständigen Wohnsitz in Wien, ohne daß dadurch die galizischen Landesangelegenheiten Schaden genommen. Übrigens habe ich meinerseits keinen einzigen Schritt unternommen, die Kandidatur zu erlangen, war auch niemals in diesen Städten, trotzdem ich in meiner Jugend viele Städte Galiziens bereiste. Ich bin bereit, von der Kandidatur zurückzutreten, wenn das Wahlkomitee der drei Städte mich meines verpfändeten Wortes entbindet. Abschriften beider Briefe sandte ich nach Emmersdorf bei Klagenfurt an Ad. Fischhof; dieser wandte sich darauf schriftlich an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Franz Smolka, mit dem er aus der Zeit des Kremsierer Reichstages im Jahre 1849, dem Smolka ebenfalls präsidiert hatte, befreundet war, und ersuchte ihn, meine Wahl durch sein einflußreiches Wort zu fördern. Smolka schrieb auch in diesem Sinne an das oberste polnische Landes-Zentralwahlkomitee, der Brief machte aber nicht den geringsten Eindruck; ich wurde mit dem großen nationalen Bann belegt und die feierliche Achterklärung wurde an die Bürgermeister der drei Städte zur Verlautbarung an die Wähler übermittelt.

Nach vierzehn Tagen fand die Wahl statt, mit Zweidrittelmajorität wurde ich zum Abgeordneten des österreichischen Reichsrates proklamiert.

Daß ich mich der Regierung des Grafen Taaffe ohne Bedenken zur Verfügung gestellt, hat in den obersten Kreisen der Wiener Juden Empörung hervorgerufen und mir alle Sympathien verscherzt. Ich war argen Gehässigkeiten ausgesetzt, denn es galt als Axiom, daß jeder Jude für die deutsche Verfassungspartei einzutreten habe. Wer den Versuch, mit Tschechen und anderen Slawen eine Verständigung zu erzielen, unterstützt, schädigt die Vorherrschaft der Deutschen und ist darum ein — schlechter Jude! Der Kampf gegen das Regime Taaffe galt deswegen als eine jüdische Angelegenheit. Und weil ich seinen Versuch als eine Rettung Österreichs vor drohenden Gefahren parlamentarisch und publizistisch im Sinne und Geiste Ad. Fischhofs unterstützte, wurde ich mit Haß verfolgt, mit ehrlichen und noch mehr mit unehrlichen Waffen bekämpft. Ad. Fischhof war gewiß ein Mann, auf den das österreichische Judentum mit Stolz blicken durfte. Allein weil er frei von jeder Art nationaler Trunkenheit die Prinzipien des gleichen Rechtes gegen alle Volksstämme ungeschmälert gewahrt wissen wollte, galt er als eine außer Kurs gesetzte Münze, wurde er von der „Neuen Freien Presse" vielfach geschmäht. Professor Moritz Benedikt erzählt in seinem Buche: „Aus meinem Leben", Wien, 1906: „Auch mir trugen jüdische Ärzte mein Eintreten für die Versöhnung nach; die Schmöcke waren auch fanatisch deutschnational, bis sie die Deutschnationalen vor die Tür setzten." Faktisch haben die Juden in West-Österreich zur Verbreitung und Vertiefung der deutschnationalen Stimmung und Gesinnung, die schließlich zu ihrem eigenen Schaden ausschlug, viel beigetragen. Erst als der deutsche Antisemitismus immer mehr und mehr verheerende Formen angenommen, hat man allmählich — es vergingen inzwischen Jahre — begonnen, mein politisches Verhalten zu verstehen und zu würdigen.

Rohlings erneute Bluthetze.

Ich war der Meinung, Rohling sei endlich erledigt.

Herr Rohling aber tat, als ob nichts geschehen wäre, und hausierte wieder bei den Gerichten mit seinem Amtseide herum. Am 12. Mai 1883 wandte er sich an das k. k. Oberlandesgericht zu Lemberg mit einem Eidesangebot in dem Prozeß Ritter. Das Oberlandesgericht ließ aber mit Rücksicht auf meine Publikationen das Schreiben ohne Antwort. Am 19. Mai 1883 meldete sich Professor Rohling, um bei dem Gerichtshof in Nyiregyhaza gegen die Beschuldigten von Tisza-Eszlar gerichtlich einvernommen zu werden.

Der Brief Rohlings machte die Runde durch die ungarischen Jounale und verfehlte nicht, bei den durch die schmachwürdigen Vorgänge bei jenem Prozesse aufs äußerste gespannten und erbitterten Gemüter Aufregung und Schrecken zu verbreiten.

Herr Joachim Fischmann, Gemeindesyndikus in Miskolcz, Schwager des Prager Oberrabbiners, wandte sich darum im Auftrage der Miskolczer Kultusgemeinde an mich mit dem Ersuchen, den von Rohling unternommenen Versuch einer Einwirkung und Beeinflussung des Gerichtshofes zu Nyiregyhaza öffentlich abzuwehren. Ich entsprach diesem Ersuchen, indem ich in einer in der „Wiener Morgenpost“ publizierten Artikelserie den Herrn neuerdings stellte. Ich zitiere aus diesem Artikel folgende Stellen, die später in der gegen mich überreichten Anklageschrift inkriminiert wurden:

„Dieser Herr Professor wartet demnach mit nichten, bis man ihn ruft — er lauft geradezu den Gerichtsleuten mit dem

‚Verlangen‘ nach, stellt öffentlich jedermann seinen Eid zur beliebigen Verfügung!“....

„Gegen diese stets drohende Gefahr eines Meineides auf Verlangen müssen wir uns schützen.“....

„Ich fühle mich deswegen durch mein Gewissen genötigt, neuerdings gegen den genannten Herrn wegen seiner angebotenen zeugeneidlichen Aussage öffentlich die Anklage des angebotenen Meineides zu erheben und bin bereit, diese schwere Anklage vor jedem Forum zu begründen.“....

„Da er dennoch für all seine horrenden Lügen keinen anderen Wahrheitsbeweis übrig hat, als — den viel mißbrauchten Eid und da er gar diesen Eidschwur anbietet, um zeugeneidlich eine plumpe Erdichtung verbündeter Unwissenheit und Böswilligkeit (Delitzsch) zu erhärten, so muß er sich gefallen lassen, daß man öffentlich gegen ihn die Anklage des angebotenen Meineides erhebt.“....

„Und nicht allein das, auf Verlangen wird dieser Herr beeiden, daß die Juden von Religions wegen — Diebe sind und die Christen bestehlen dürfen, nicht bloß, sondern sogar es müssen! Auf Verlangen wird er beschwören, daß die Juden von Religions wegen gegen Christen allerlei Betrug verüben. Auf Verlangen wird er beeiden, daß der Meineid den Juden keine Sünde ist und die Ableistung eines falschen Eides gegenüber den Christen nach ihren Religionsgesetzen eine gottgefällige Handlung sei. Das ist beileibe keine Ironie, auch keine Übertreibung, sondern schauderhafte nackte Wahrheit, dieser Herr hat alles das nicht bloß beeiden wollen, sondern auch bereits tatsächlich beeidet — auf Verlangen.“....

„Seine erlogenen talmudischen Zitate hat er bereits wiederholt beeidet.“....

„Ein k. k. Professor mit wiederholten falschen Eidesleistungen ist ein Unikum selbst in der bunten wechselreichen Geschichte österreichischer Universitäten.“....

„Eben erst lese ich, daß der römisch-katholische Bischof zu Leitmeritz in einem Schreiben an einen Professor der Handelsakademie zu Prag den Inhalt jener von dem Herrn

Dr. Rohling erbotenen zeugeneidlichen Aussage, als: eine niederträchtige Lüge und als freche Verlogenheit bezeichnet hat.“ ....

„In seiner Enunziation an Verhovay (richtig Onody), in welcher Rohling seine zeugeneidliche Vernehmung verlangt, beruft er sich auf eine Äußerung des Sir Montefiore in einem 1869 erschienenen Werke, in welchem gesagt wäre, daß das Blut einer christlichen Jungfrau das gottgefälligste Opfer sei. Rohling begründet damit seine Bereitwilligkeit zur Eidesleistung. Ich scheue mich nicht, diese Rohlingsche Mitteilung rundweg und mit aller Entschiedenheit als eine erlogene zurückzuweisen“ ....

„Der beispiellose Zynismus, der sich darin kundgibt, daß einem Manne gleich Moses Montefiore die Anpreisung des Christenmordes als ein gottgefälliges Opfer dreist angelogen wird, kennzeichnet die ganze Art der Gelehrsamkeit und Schriftstellerei dieses biederen Professors.‘ ....

„Ein Professor Rohling darf sich erlauben, briefliche Mitteilungen aus Lyon zu produzieren, welche in der Hauptstadt des Königreiches Böhmen fabriziert wurden, und ein gerichtliches Gutachten des vorigen Jahrhunderts aus den Akten beim Kammergerichte zu Berlin für sich anzurufen, von dessen Existenz nicht bloß die Fachgelehrten, sondern selbst die Registratur des Berliner Kammergerichtes keine Ahnung hat.“ ....

„Endlich muß aber doch ein Forum gefunden werden, vor welchem die gewohnheitsmäßig betriebene Lüge, welche Gewissen und Scham verloren hat, nach Wahrheit und Gesetz gerichtet wird.“ ....

„Wenn indes die Lüge unbekleidet und der Betrug in barbarischer Nacktheit, ledig der Scham, vor aller Welt sich prostituiert, so muß sie beim wahren Namen genannt und zu Anstand und Sitte zurückgerufen werden.“ ....

„Der Herr Professor ist aber jederzeit eidesbereit und eideslüstern, insbesondere dann, wenn er Behauptungen aufstellt und Angaben deponiert, von welchen er sicher ist, daß

sie ohne den leisesten Schatten von Wahrheit, von allen Kundigen eine herbe Zurückweisung erfahren werden.“....

„Der Professor der hebräischen Altertümer zu Prag betreibt die Lüge als Handwerk.“....

Das half. Die „Morgenpost“, in welcher die Artikel erschienen, war ein regierungstreues Organ, gelesen in allen Ämtern. Anklagen von solcher Schärfe und Eindeutigkeit dürfe kein Staatsfunktionär ohne gerichtliche Sühne lassen: So lautete das Urteil aller Beamtenkreise.

Dem Prager Professor war nunmehr ein einziger Weg offen und unter dem Druck der öffentlichen Meinung mußte er ihn betreten. Er wurde zur Überreichung der Ehrenbeleidigungsklage nicht sowohl provoziert als gedrängt und genötigt. Schon die ersten in der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ publizierten Streitschriften waren mit Vorbedacht derart abgefaßt, dem Gegner die Gelegenheit, auch eine Entscheidung des Gerichtes anzurufen, zu bieten. Dieser deutlichen Einladung wich er jedesmal behutsam aus. Indem er seine erlogenen Zitate und schelmischen Deutungen aller Logik zum Trotze immer aufs Neue als „Wissenschaft“ produzierte und mit blöden, scheingelehrten Argumenten herumfuchtelte, heuchelte er den Anschein moralischer Ungebrochenheit, um eines weiteren Schrittes überhoben zu sein. Diesem unwürdigen Manöver zu begegnen, waren in dem Artikel der „Morgenpost“ alle gelehrten Behelfe, an welche Rohling sich anzuklammern pflegte, um seine polemischen Kunststücke zu produzieren, beiseite gelassen, jede wissenschaftliche Verbrämung wurde vermieden — die Gelegenheit, wieder einmal zu entschlüpfen, mußte dem Gegner benommen werden.

Am 10. August des Jahres 1883 überreichte er denn auch durch den antisemitischen Advokaten Dr. Robert Pattai beim k. k. Landesgericht zu Wien die Anklage gegen mich, sowie gegen den Herausgeber und Redakteur der „Morgenpost“, mit dem Auftrage, wider uns alle die Voruntersuchung einzuleiten.

Als Abgeordneter für den Städtewahlbezirk Buczacz,

Kolomea, Sniatyn stand ich unter dem Schutze der Immunität, was eine Verzögerung der Voruntersuchung herbeiführte. Sofort nach Zusammentreten des Reichrates hat das k. k. Landesgericht an denselben das Ersuchen gestellt, die Ausführung der Anklage und die Einleitung der Voruntersuchung gegen mich zu gestatten. Der Akt wurde zur Vorberatung dem Immunitätsausschuß zugewiesen; der zustimmende Beschluß des Reichsrates konnte erst im Februar 1884 gefaßt werden. Die Zwischenzeit benützte ich, für den Prozeß einzelne autoritative Gutachten herbeizuschaffen.

Schon in der dritten Streitschrift vom 24. Jänner 1883 schrieb ich ein Schlußkapitel: „Professor Rohling und die Deutsche Morgenländische Gesellschaft“, welches darauf hinwies, daß der Prager Lügenprofessor diese gelehrte Gesellschaft, indem er stets an ihre Autorität appelliert, zu seinen niedrigen agitatorischen Zwecken mißbraucht. Ohne Unterlaß forderte er, man möge ihm „ein Urteil der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft erbringen, daß seine Zitate erdichtet, erlogen oder gefälscht“ wären. Ich schrieb wörtlich:

> „Seit Jahren führt er den Namen der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft im Munde; bei jeder neuen Lüge vergißt er nicht zu erwähnen, die Deutsche Morgenländische Gesellschaft habe ihn noch nie verurteilt. Nun gilt es endlich, dieser elenden Flunkerei an den Leib zu gehen.“

Dadurch sollte auch die gelehrte Körperschaft darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie m o r a l i s c h v e r p f l i c h t e t ist, gegen den schnöden Mißbrauch, welchen Rohling unablässig mit ihrem Namen treibt, einzuschreiten.

Am 29. September wandte ich mich an den Vorstand der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft, sowie an einzelne hervorragende Fachmänner mit dem Ersuchen, in einer öffentlichen Enunziation gegen den „k. k. Universitäts-Lügner zu Prag“ Stellung zu nehmen. Ich erhielt darauf von der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft ein bedeutsames Schreiben und

weiter ein Gutachten des Herrn Professor Merx in Heidelberg zugesendet, welche beide in dem ersten Band der Akten und Gutachten im Prozesse Rohling contra Bloch zu finden sind.

Als jedoch die Beschlußfassung über das Auslieferungsbegehren sich ungewöhnlich verzögerte, brachte ich am 5. Februar 1884 folgende Interpellation an den Obmann des Immunitätsausschusses des österreichischen Reichsrates ein:

„Ich erlaube mir, an den Herrn Obmann des Immunitätsausschusses die Interpellation zu richten, wann endlich die Angelegenheit der vom k. k. Prof. Rohling in Prag wider mich eingebrachten Ehrenbeleidigungsklage, welche bereits den Todeskampf der Verjährung ringt und Gefahr lauft, in den sorgsamen Händen des Herrn Berichterstatters den letzten Rest von Lebenskraft auszuatmen, auf die Tagesordnung des Hohen Hauses gelangt? Ich ersuche dringend, daß die Angelegenheit mit Beschleunigung erledigt wird.“

Am 12. Februar bereits steht auf der Tagesordnung der „Antrag des Immunitätsausschusses, den Abgeordneten Doktor Bloch wegen Ehrenbeleidigung, begangen gegen den k. k. Professor Rohling in Prag, auszuliefern.“

Der Präsident verkündet: „Für den Ausschußantrag hat sich der Abgeordnete Dr. Bloch zum Worte gemeldet.“

Aus dieser Rede zitiere ich zwei Sätze, S. 11.466:

„In dem Schlußantrage stimme ich mit dem Herrn Berichterstatter vollständig überein. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit und Billigkeit, einem Manne in Amt und Würde, der sich öffentlich angegriffen sieht, die Gelegenheit zur Satisfaktion nicht zu verkürzen. Keinem österreichischen Staatsbürger darf die Peinlichkeit einer Situation bereitet werden, gegenüber einer vor der weitesten Öffentlichkeit wider ihn erhobenen Anklage der Fälschung, der Verleumdung, der falschen Zeugenschaft, des intendierten Meineides waffen- und wehrlos dazustehen, und es war offenbar die stillschweigende Voraussetzung des Gesetzgebers, welcher die

Privilegien des Volksmandates geschaffen, daß in Fällen, gleich demjenigen, der heute auf der Tagesordnung steht, auf Verlangen des Klägers das Hindernis der Immunität weggeräumt werde... Ich wäre nichts als ein Verleumder, unwürdig, von dieser Stelle zu Ihnen zu sprechen, wollte ich mich der Pflicht entziehen, für mein Wort überall einzutreten, wohin der Gegner mich ruft, meine öffentlich erhobenen Anklagen vor jedem Forum zu begründen, welches seine Wahl bestimmt.

Wohlan denn, meine Herren, tun Sie nach dem Willen des Klägers, schaffen Sie freie Bahn der Anklage und Sie werden eine Schmach von Österreich wegwischen, eine tiefe schwere Schmach!"

Drei Tage nachdem der Reichsrat den Beschluß gefaßt hatte, der Ehrenbeleidigungsklage des Prager Professors gegen mich freie Bahn zu geben, erhielt ich eine Vorladung vom k. k. Landesgericht in Strafsachen zur Einvernahme. Der k. k. Landesgerichtsrat Sickinger leitete die Voruntersuchung. Ich bekannte mich als Verfasser der inkriminierten Artikel, verzichtete auf das Recht des Einspruches gegen die Anklage und behielt mir vor, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Nach geschlossenem Protokolle bemerkte der Untersuchungsrichter, es dürfte schwer fallen, für sämtliche in den Artikeln der „Morgenpost" gegen den Prager Professor erhobenen schwerwiegenden Anklagen vor den Geschworenen den Wahrheitsbeweis gerichtlich zu erbringen. Herr k. k. Landesgerichtsrat Sickinger war in den Schriften Rohlings bereits gut versiert, indessen hatte er schon im Laufe des weiteren Prozeßganges Gelegenheit, seine Meinung über den Prager Professor, den Charakter seiner Gelehrsamkeit, den Wert seiner Eidesbeteuerungen bedeutend zu modifizieren. Es hat in Landesgerichtskreisen an Vorurteilen gegen die von mir vertretene Sache nicht gefehlt, im Laufe der Prozeßführung hingegen war ein gründlicher Umschwung eingetreten.

Die Vertretung der Anklage übernahm Dr. Robert Pattai, der beste Redner und schärfste Jurist der antisemitischen

Partei, der es später bis zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gebracht hat.

Es war meine nächste und wichtigste Aufgabe, einen tüchtigen juristischen Beistand, einen verläßlichen Advokaten für mich zu wählen. Es hatten sich dazu einige jüngere, jüdische Juristen freiwillig erboten, sie wollten den Prozeß unentgeltlich führen. Von befreundeter Seite trat man an mich heran, Doktor Karl Lueger zu meinem Rechtsvertreter gegen Professor Dr. August Rohling zu bestellen. Diesen Antrag überbrachte mir ein Herr Adolf Lichtblau, ein langjähriger intimer politischer Freund Dr. Karl Luegers. Der spätere Antisemitenführer und Wiener Bürgermeister Lueger stand damals in der vordersten Reihe der Wiener Demokraten, zusammen mit Ferdinand Kronawetter, Gemeinderat Kreuzig und dem erwähnten Adolf Lichtblau. Sie alle schwuren damals zur Fahne des unvergeßlichen, hochherzigen Führers Adolf Fischhof. Präsident der Wiener israelitischen Kultusgemeinde war damals der berühmte Parlamentarier Dr. Ignaz Kuranda, einer der Führer der Deutsch-Liberalen, und dieser ließ mich ersuchen, ich möchte bei der Wahl des Advokaten mit Rücksicht darauf, daß die Schwurgerichtsverhandlung in Wien sich abspielen soll, seine Ratschläge berücksichtigen. Herr Wilhelm Ritter von Gutmann bemühe sich, den führenden liberalen Abgeordneten Dr. Josef Kopp für die Vertretung zu gewinnen und wenn er annimmt, soll ich mich für seine Person entscheiden.

In Erkenntnis der hohen Verantwortlichkeit eines Entschlusses in dieser Frage reiste ich nach Emmersdorf bei Klagenfurt zu dem greisen Dr. Adolf Fischhof, um seinen Rat, betreffend die Wahl zwischen den mir angetragenen Advokaten, einzuholen. Fischhof sagte mir damals: „Ich warne Sie vor Dr. Karl Lueger! Er geht jetzt mit Ihnen, aber ich bin nicht sicher, daß er Sie nicht schließlich im Stiche läßt und vielleicht gar vor den Geschworenen in Gefahr bringt.“

So hat Adolf Fischhof die spätere Wandlung in der Gesinnung, in dem Charakter und in der politischen Haltung Luegers vorausgesehen. Ich entschied mich somit für Dr. Kopp,

falls es Wilhelm von Gutmann gelingt, ihn zur Übernahme der Vertretung zu bestimmen. In den politischen Kreisen, deren Führer Dr. Kopp war, stand keine Judensache in besonderer Gunst. Man vermied gern zur „Judenfrage" Stellung zu nehmen. Dr. Kopp war Reichsrats- und Landtagsabgeordneter, Jahrzehnte hindurch Mitglied des niederösterreichischen Landesausschusses, befaßte sich mehr mit gesetzgeberischen Arbeiten als mit Parteipolitik. Er genoß ein unbestrittenes Ansehen, nie ist er um des Haares Breite seiner idealen Gesinnung untreu geworden.

Wilhelm von Gutmann, erster Chef der Firma Gebrüder Gutmann, der in der mährischen Stadt Leipnik geboren, zum Religionslehrer erzogen, in dürftigen Verhältnissen nach Wien kam, um nach wenigen Jahrzehnten als der größte und einflußreichste Kohlengrubenbesitzer Österreichs mit einem Vermögen von mehreren Hundert Millionen dazustehen, war damals auch Mitglied des niederösterreichischen Landtages, ein Kollege und Parteigenosse von Dr. Josef Kopp. Die Stadt Wien dankte ihm die Errichtung mehrerer Wohlfahrtsinstitute, auch der israelitisch-theologischen Lehranstalt war er ein eifriger Förderer. Mein Gönner war er jedoch nicht. Die politischen Dogmen der deutschliberalen Großbourgeoisie erschienen ihm als unantastbares Heiligtum. Meinen Vortrag bei den Arbeitern las er mit großer Unzufriedenheit, er schien ihm geeignet, ungebührliche Begierlichkeit anzustacheln. Mein politischer Anschluß an die galizischen und slawischen Abgeordneten war in seinen Augen ein Crimen. Als er an Dr. Josef Kopp herantrat, im Prozesse kontra Rohling mein Anwalt zu werden, glaubte er, seiner Parteitreue die Erklärung schuldig zu sein, daß ihn mein persönliches Geschick völlig gleichgültig lasse; es seien aber in diesem Prozeß leider Interessen der jüdischen Gesamtheit in Mitleidenschaft gezogen, und die Wahrung dieser Interessen wolle er dem Kollegen Dr. Kopp anvertrauen. Für die Kosten werde er allein, persönlich aufkommen. Dr. Kopp unterbreitete zunächst die Angelegenheit seinen Kollegen im Klub der Verfassungspartei, ob er meine Vertretung — da ich Mitglied des Polenklubs bin — übernehmen dürfe.

Die Tatsache, daß der Chef der Firma Gutmann ein solches Ersuchen stellte, beeinflußte günstig die Entscheidung. Bei der weiteren Unterhandlung verwies Dr. Kopp auf die Schwierigkeit solcher Art Prozesse, auf die erforderliche immense Anstrengung, die gesamte diesbezügliche ihm vollständig fremde Literatur durchzuarbeiten; seine Honoraransprüche dürften demgemäß vielleicht zu hohe sein. Wilhelm von Gutmann antwortete aber: „Geld spielt keine Rolle.“ Dr. Kopp verlangte einige Wochen später und erhielt von den Herren W. & D. Gutmann eine hierauf bezügliche schriftliche Bestätigung. Daß diese Vorsicht und Ängstlichkeit, die man geneigt wäre, etwa abfällig zu beurteilen, doch nicht ganz deplaciert war, zeigte der Ausgang.

Dr. Josef Kopp.

Der nun zu meinem Vertreter erwählte Rechtsanwalt Doktor Josef Kopp war eine ragende Persönlichkeit, ein edler und vornehm gearteter Mann, der seinen Freunden Ehrfurcht und Liebe, seinen politischen Widersachern Respekt und Ehrerbietung einflößte. Ein Mann unter Mittelgröße, von gedrungenem Körperbau, breitbrüstig, mit etwas gerundeten Schultern, den großen Kopf ein wenig nach vorn gebeugt und gegen die linke Achsel geneigt, mit der Haltung eines fleißigen Menschen der Studierstube, war Dr. Kopp auf der Rednertribüne wie im Gerichtssaale eine ungemein charakteristische Erscheinung. Bedächtig erhob er sich, fing langsam, vielfach in den Wiener Dialekt verfallend, zu sprechen an, erst trocken sachlich, um dann an Stellen, an denen das Auditorium es am wenigsten erwartete, die wuchtigsten Hiebe zu führen. Es war aber nicht sein Zorn, den man zumeist auf gegnerischer Seite fürchtete, wenn ihm auch alle Register des Pathos und der Entrüstung, die ganze Kraft sachlicher Argumente zur Verfügung stand. Am meisten gefürchtet war seine Ironie und sein kaustischer Humor. Hatte er mit dieser feinen Klinge einen Hieb geführt, der, wie die Bewegung in der Zuhörerschaft bewies, recht tief saß, dann pflegte Dr. Kopp eine Pause eintreten zu lassen und sein Taschentuch zu ziehen, ein großes, rotes oder blaues Taschentuch — er war Tabakschnupfer — mit dem er recht umständlich hantierte.

Als Gemeinderat, als Landtagsabgeordneter, als Reichsratsabgeordneter war er mit seinem ungewöhnlich reichen Wissen, mit seinem starken Talent, mit seiner unerschütterlichen Ge-

sinnungstreue ein Herold des freien Gedankens in Österreich. So oft eine große Frage des Rechtes, der Kultur und des Fortschrittes auf der Tagesordnung der parlamentarischen Körperschaften stand, wurde die Stimme Josef Kopps vernommen. Im Reichsrat vertrat er den sechsten Wiener Gemeindebezirk und er legte 1883 dieses Mandat zurück, weil er sich von den Wählern keine Instruktionen oktroieren lassen wollte, worauf ihm die Wähler der Inneren Stadt das Mandat anboten.

Er war der Führer der „Fortschrittspartei" und einer der Gründer des „Fortschrittsklubs" im Reichsrate, den die Verfassungspartei und seine Mitglieder als die „Jungen" bezeichneten. Bei der Konstituierung des Klubs der Linken im niederösterreichischen Landtage wurde er 1890 zu dessen Obmann gewählt. Ein Volksmann hohen Stiles, von kerndeutscher Gesinnung, hatte er später unter dem Groll der neuen Patentdeutschen viel zu leiden, die ihm die Übernahme der Vertretung in einem „Judenprozeß" und die Publikation der sensationellen Schrift zur „Judenfrage" nach den Akten des Prozesses Rohling—Bloch niemals verzeihen konnten.

Es war nun meine Aufgabe, Herrn Dr. Kopp mit den Materialien des Prozesses vertraut zu machen, ihm jenes große umfangreiche Gebiet der talmudischen, rabbinischen und kabbalistischen Literatur, darauf die einzelnen Teile des Prozesses sich erstrecken, zu erschließen. Vor den christlichen Geschworenen sollte er, als Christ, die Hauptarbeit leisten, nicht meine, des Juden, sondern seine, des Christen, Reden sollten Eindrücke, Überzeugungen auslösen, klare Erkenntnis verbreiten. Ich erhielt einen Schüler von höchster Intelligenz, von starkem Lerneifer — allein beseelt vom allerstärksten Mißtrauen. Ihm fehlte jede Vorstellung von dem Umfange und der Bedeutung der jüdischen Literatur; von dem Talmud — das Wort hatte er ja wiederholt gelesen — dachte er, daß es ein Buch sei, das neben allerlei Aberglauben auch Polemik gegen das Christentum enthalte. Als ich ihm während einer Konferenz von etwa anderthalb Stunden über den Talmud eine Darstellung bot, einzelne Stellen (natürlich in deutscher Übersetzung) ihm zitierte, blickte er skeptisch drein. Daß der Talmud derlei Dinge, wie er sie

vermutete, enthalten müsse, ergab sich für ihn schon aus der Zeit, in welcher das Werk entstand. So mußte ich denn ihm anfänglich für die Richtigkeit meiner Übersetzungen Zeugnisse beistellen. Es war aber auch notwendig, ihm über den Umfang der rabbinistischen Literatur, über Charakter, die Entstehungszeit jedes Werkes, seinen Inhalt und seine Bedeutung gründliche Kenntnis beizubringen; ich hielt ihm stundenlange Vorträge, verfaßte speziell für ihn über jede einzelne Materie ausführliche Monographien, welche nach und nach auf das gesamte Gebiet des talmudischen Rechtes in seinen verschiedensten Entwicklungsstadien sich ausdehnten und diese Monographien bildeten sodann die Grundlage gemeinsamer mündlicher Auseinandersetzung und weiterer fachlicher Erläuterungen.

Erst langsam, auf Umwegen, gelang es, sein Zutrauen zu gewinnen und es schien mir nicht überflüssig, Herrn Dr. Kopp das Bild der jüdischen Literatur, deren düstere Partien aus den Zeiten der Bedrängnis den Gegenstand unserer täglichen Erörterungen bildeten, auch in jenen lichteren Kapiteln zu zeigen, welche verschont von Verleumdungen, darum ohne Belang für den Prozeß, aber die glänzendsten Seiten jüdischer Geistestätigkeit bilden.

Ein Zufall kam zur Hilfe, Dr. Kopps Zutrauen zu meinen Mitteilungen zu stärken.

Einen Haupttrumpf spielt Rohling in „Meine Antworten an die Rabbiner" auf S. 18 und 19 aus.

Ein in jüdischen Schriften häufig vorkommendes Wort ist „Akum", welches Götzendiener bedeutet. Jüdische Schriftsteller liebten es in früherer Zeit, Worte dadurch zu bilden, daß sie die Anfangsbuchstaben mehrerer Worte zusammenfügten. Götzendiener wurden nun genannt: abodath kochabim u-mazzaloth, d. h. Anbeter der Sterne und Tierkreiszeichen; aus den Anfangsbuchstaben bildeten sie nun das Wort Akum. Nun erklärte Rohling ganz bestimmt: „Im Schulchan Aruch ist das übliche Wort für die Christen akum." Zur Unterstützung dieser Behauptung führte er an:

1. „Daß akum eine Geheimbezeichnung für Christen sei, wo

es dann heißt: abodath Christus u mirjam, d. h. Anbeter von Christus und Maria."

2. „Im Schulchan Aruch Orach Chajim, § 114, 8 (richtig 113, 8), wird gesagt, daß ein Jude sich nicht verneigen soll, wenn ein Akum mit einem Kreuze vorbeigeht — da nun das Kreuz ein christliches Symbol ist, so muß der Akum ein Christ sein."

In dem Artikel, der in der „Wiener Allgemeinen Zeitung" erschienen war, habe ich ihm sofort geantwortet: „Die Deutung Abodath Christus u Mirjam ist ein Nonsens, da das griechische Wort „Christus" in keinem hebräischen Werke (später von den Sachverständigen betätigt) vorkommt, was seine Verwendung zu einer hebräischen Wortbildung ausschließt. Akum mit dem Kreuz aber ist eine Verschlimmbesserung der päpstlichen Zensur; der Zensor hatte das Wort Goi gestrichen und dafür Akum gesetzt, weil dieses Wort ganz gewiß nicht von den Christen gilt; das Kreuz hat er belassen. Rohling möge sich mit dem Zensor darüber auseinandersetzen." Dr. Kopp sagte mir nun, solche Antwort müsse bewiesen werden. In einer besonderen Monographie zeigte ich ihm, in welcher Art überhaupt die geistliche Zensur die hebräischen Schriften zuweilen lächerlich verballhornte. Gestrichen wurde jede Erwähnung von Rom und Römern, weil man darunter den Papst und Christen verstehen konnte, man substituierte dafür Namen, die geradewegs zu Absurditäten führten. Allein Dr. Kopp war auch dabei nicht beruhigt. Endlich gelang es uns durch Inserate in Buchhändler-Zeitungen einen Schuchan-Aruch Venedig 1576 und einen Krakau 1594 aufzutreiben — in beiden steht nicht das Wort Akum, sondern Goi an der angezogenen Stelle. Dieses Faktum zeigte ihm, wie er mir sagte, daß man zu meinen logischen Konstruktionen Vertrauen haben darf.

Um größere Sicherheit zu gewinnen, unternahm er eine Reise an deutsche Universitäten, um bei arischen Fachmännern über die Stichhältigkeit der in meinen einzelnen Monographien zusammengestellten Zitate, gebotenen Übersetzungen und daraus gefolgerte Schlüsse sich Rats zu holen. Nun erst fühlte er festen Boden unter den Füßen, gewann er volle Sicher-

heit, daß meine Depositionen verläßlich sind. Wir arbeiteten etwa zwei Jahre zusammen, täglich vier bis fünf Stunden.

Nach den ersten einleitenden Schritten: der amtlichen Requisition der diversen von dem Kläger bei den Gerichten Dresden, respektive Prag, Krakau usw. teils abgelegten, teils angebotenen eidlichen Aussagen, wurde zunächst an die Aufgabe herangetreten, den Wahrheitsbeweis für jene Anklagepunkte zu erbringen, die sich nicht auf hebräische Texte beziehen, und zu deren Klarlegung es der Sachverständigen auf dem Gebiete der hebräischen Sprachwissenschaft nicht bedarf.

Die Materien des Wahrheitsbeweises sonderten sich so von selber zu zwei Gruppen, in eine, zu deren Beurteilung die Kenntnis der hebräischen Sprache, der talmudisch-rabbinischen Literatur und der jüdischen Geschichte erforderlich ist, und in eine zweite, bei der es auf diese Behelfe nicht ankommt. Die Behauptungen der zweiten Art hatten hauptsächlich darum einen prozessualen Wert, weil hier jeder gebildete Laie sich selbst ein Urteil bilden kann und Rohling vor das Dilemma gestellt werden konnte, entweder die Lüge oder aber den frevelhaften Leichtsinn zu bekennen, daß er furchtbare Beschuldigungen auf Bücher gründet, die er gar nicht gelesen haben kann. Hier waren die Vorbereitungen einfacher. Dagegen für die erste Hauptgruppe war die erste Vorbedingung eines, sei es die Klage oder die Verteidigung unterstützenden, wirklich abschließenden, das große Publikum befriedigenden Ausganges die Herbeischaffung von Sachverständigen, deren Autorität und Unparteilichkeit von keinem Unbefangenen ernstlich bezweifelt werden konnte.

Die Situation zwang mich, wenn ich auf der Geschworenenbank und im großen Publikum Glauben finden wollte, die Bestellung ausschließlich christlicher Sachverständiger zu verlangen. Juden mußte ich unbedingt ausschließen, da die öffentliche Meinung den Ausspruch jüdischer Gelehrter in diesem Streit niemals respektieren würde. Aber auch Täuflinge sollten nicht dabei sein. Konvertiten glauben stets, durch allzu großen Eifer die Aufrichtigkeit ihrer neuen Überzeugung dokumentieren zu müssen, und gibt einer einmal der Wahrheit die

Ehre, so sieht die Menge in ihm nicht den Getauften, sondern lediglich den Juden.

Mit aller Entschiedenheit nahm ich gegen den Vorschlag Stellung, daß jede der streitenden Parteien einen Sachverständigen wählen solle, wie bei ähnlichen Prozessen in Deutschland von den Gerichten vorgegangen wurde. Auf diesem Wege brachte man es nicht weiter als zu einer geminderten Nachahmung der berüchtigten Disputationen, die zwischen Juden und Christen in Spanien, zwischen Katholiken und Protestanten in Deutschland stattfanden und die an das bekannte Heinesche Gedicht mit dessen Schlußapostrophe erinnern. Zweimal wurde in solchen Fällen auch Rohling als gelehrter Paladin der Antisemiten zu Hilfe gerufen, einmal von einem Gericht in Dresden und ein anderes Mal von einem Gericht in Habelschwert in Preußisch-Schlesien. In beiden Fällen erstattete Rohling schriftliche Gutachten unter Amtseid, was ich ihm als freventlichen Mißbrauch des Eides wiederholt vorhielt.

Ich bestand darauf, daß **das Gericht selbst** die Sachverständigen auswähle und bestelle, weil nur auf diesem Wege Sachverständige gewonnen werden konnten, welche im Gerichtssaale und außerhalb desselben als unparteiische Gelehrte angesehen werden. Wie sollte nun aber das Gericht wissen, wer für talmudisch-rabbinische Literatur ein wirklicher und in den Fachkreisen allgemein anerkannter Kenner ist? An wen sollte sich das Gericht um Information wenden? Um dieser Schwierigkeit zu begegnen, habe ich durch meinen Vertreter den Antrag stellen lassen, das k. k. Landesgericht möge sich von Amts wegen an die Deutsche Morgenländische Gesellschaft mit dem Ersuchen wenden, geeignete Sachverständige für das Gebiet talmudisch-rabbinischer Literatur dem Gerichte bekanntgeben zu wollen.

Die Kompetenz dieser Gesellschaft in wissenschaftlichen, die talmudische und rabbinische Literatur betreffenden Fragen überhaupt und zur Beurteilung der von Dr. Rohling produzierten, den Gegenstand des Prozesses bildenden Zitate hat der Kläger zu wiederholten Malen feierlich anerkannt. In der im Jahre 1878 erschienenen sechsten Auflage seines Buches „Der

Talmudjude" sagt der Kläger in der Vorrede, pag. 26, wörtlich folgendes:

„Damit aber die Herren Rabbiner nicht um die Aussicht gebracht seien, bei der Affäre noch ein Geschäftchen zu machen, so verpflichte ich mich gerne auch für diese sechste Auflage zur Zahlung von tausend blanken Talern, wenn Juda von der „Deutschen Morgenländischen Gesellschaft" das Urteil empfängt, daß meine Zitate erdichtet, unwahr, erfunden sind."

In seinem Buche: „Meine Antworten an die Rabbiner", sagt der Kläger, pag. 21:

„Um die speziellen Pfiffigkeiten gleich beisammen abzumachen, bemerke ich hier auch, daß alle Autoren, die gegen mich schreiben, behaupten, Sieger zu sein und also den Ehrenpreis von tausend Talern gewonnen zu haben. Aber die Herren haben unterlassen, mir das U r t e i l der Morgenländischen Gesellschaft zu bringen, an welches ich die Zahlung geknüpft hatte";

und auf derselben Seite weiter unten:

„Die kompetente Jury, die ich einsetzte, hat mich ja nie verurteilt."

Dann pag. 37:

„Es bleibt also bei dem, was ich sagte und Bloch möge von unserer wohlbekannten Jury das Urteil bringen, daß meine Stellen falsch, erdichtet, erfunden sind."

Endlich pag. 51, vorletzte Zeile unten, und pag. 52:

„Ich meinerseits will legaler vorgehen und erlaube mir daher im Bewußtsein der Wahrheit und Wichtigkeit der Sache an die hohen Regierungen g a n z E u r o p a s die ehrfurchtsvolle und dringliche Aufforderung zu richten, den nun öffentlich genug gewordenen Gegenstand vor das Forum

aller ihrer in den Eid genommenen und in der Morgenländischen Gesellschaft vereinigten Orientalisten zu bringen, damit diese auf ihren Amtseid sich über die talmudisch-rabbinische Religion erklären."

Immer wieder kommt er auf diesen Gedanken zurück und rühmt sich, daß diese Gesellschaft sich nicht gegen ihn ausgesprochen. Das war auch natürlich, denn die Gesellschaft ist keine hebräische, sondern eine morgenländische, begreift daher Sanskritisten, Ägyptologen, Sinologen, Semitologen usw. in sich, gewiß aber nur einen kleinen Kreis von Talmud-Spezialisten. Die pathetische Berufung auf die Deutsche Morgenländische Gesellschaft als Jury, die in dem Streite Rohlings gegen mich einen Wahrspruch fällen soll, konnte daher keinen anderen Zweck haben, als dem mit den Verhältnissen nicht vertrauten Publikum Sand in die Augen zu streuen. Gleichwohl konnte ich an diesen Ausspruch des Herrn Rohling anknüpfen. Kann die Gesellschaft als Ganzes sich nicht äußern, so kann es doch ihr Vorstand, und kann auch dieser (dessen Mitglieder ja auch verschiedene Disziplinen vertreten) kein Gutachten abgeben, so kann er doch dem Gerichte als Informationsquelle dienen. Es muß ja doch angenommen werden, daß diese Gesellschaft, welche nicht aus Dilettanten, sondern aus Fachmännern besteht, nur hervorragende Mitglieder in ihren Vorstand wählt, und daß diesen Männern genau bekannt ist, welche Gelehrten in bezug auf ein spezielles Fach der Sprachforschung notorisch als Autoritäten dieses Faches angesehen werden. Ich ersuchte daher das Landesgericht, sich wegen Namhaftmachung von Gelehrten, welche in dem Prozesse als Sachverständige bestellt werden können, an den Vorstand der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft zu wenden, nachdem die Zierden und Spitzen der deutschen Wissenschaft, welche keine politische Grenze kennt, in wissenschaftlicher Beziehung für ein österreichisches Gericht nicht als Ausländer gelten können.

Rohling protestierte gegen diesen Vorgang, da er aber keinen besseren vorzuschlagen wußte, und seine Einwendung, daß

er nur der „Gesellschaft“ selbst und nicht ihrem Vorstand jene Autorität beimesse, von der in seinen Schriften die Rede ist, nicht ernst genommen werden konnte, willfahrte die Ratskammer meinem Ansuchen.

Der Vorstand der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft empfahl nun folgende Herren Professoren: Bickell in Innsbruck, Franz Delitzsch in Leipzig, Dillmann in Berlin, Joh. Gildemeister in Bonn, de Lagarde in Göttingen, Nöldecke in Straßburg.

Das Landesgericht hat beiden Parteien Äußerungen über diese Vorschläge abverlangt, indessen die vorgebrachten Wünsche, den einen oder anderen der Vorgeschlagenen zunächst in Betracht zu ziehen, in keiner Weise berücksichtigt.

Mit Beschluß der Ratskammer wurden vielmehr sämtliche vorstehend genannte Professoren — mit einziger Ausnahme von Franz Delitzsch, der seit Jahren mit aller Entschiedenheit gegen die Rohlingsche Hetzliteratur im Namen des Christentums und der Wissenschaft öffentlich protestiert, sie als Produkte der Lüge, der Unwissenheit und des fanatischen Wahnwitzes brandmarkt — angefragt, ob sie zur Abgabe eines Gutachtens in diesem Prozesse geneigt sind.

Von diesen fünf Herren lehnten Gildemeister und Dillmann rundweg ab. Lagarde erklärte sich bereit, wenn man ihm die Fragen tunlichst bald schicke, da er sich zu einer Studienreise nach Rom rüste. Da die Fragen noch lange nicht fertiggestellt waren und Professor Lagarde offenbar nur auf eine beschränkte Aufgabe gefaßt war, die man vor einer Reise zwischen Tür und Angel lösen kann, die Arbeit aber eine sehr umfassende war, so mußte das Gericht auf diesen Herrn verzichten. Bickell bat, daß ihm die Aufgabe erlassen werde. Sein Brief an den Landesgerichtspräsidenten ist später zur Berühmtheit gelangt und bildet eine wichtige Urkunde. Er schreibt:

Euer Hochwohlgeboren

erlaube ich mir auf die Anfrage, ob ich in einer talmudisch-rabbinische Fragen betreffenden Strafsache (vermutlich die Klage Professor Rohlings gegen Dr. Bloch) mich als Sachverständiger zu äußern geneigt wäre, folgendes zu antworten:

Ich würde Euer Hochwohlgeboren sehr dankbar sein, wenn Sie mir diese Aufgabe gütigst erlassen wollten, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Ich bin mit Professor Rohling seit fast 20 Jahren eng befreundet und würde mich voraussichtlich auf das entschiedenste in der Blochschen Angelegenheit zu seinen Ungunsten aussprechen müssen, was mir überaus peinlich sein würde, so wenig ich ihm von Anfang an meine Nichtübereinstimmung mit seiner antisemitischen Agitation verhehlt habe.

2. Was die Hauptsache des Prozesses, den angeblichen Gebrauch von Christenblut durch die Juden betrifft, so habe ich mich schon in einem durch Professor Delitzsch veranlaßten und veröffentlichten Briefe öffentlich dahin ausgesprochen, daß alle dafür beigebrachten angeblichen Beweisstellen der reinste, auf grober Unwissenheit beruhende Schwindel sei, da an den betreffenden Stellen von ganz anderen Dingen gehandelt werde.

3. Hauptsächlich möchte ich betonen, daß ich mich zwar mehr, als christliche Orientalisten gewöhnlich zu tun pflegen, mit talmudisch-rabbinischen Studien beschäftigt habe, aber doch auf diesem Gebiete nur als Schüler und Anfänger, nicht als Autorität aufzutreten mich getraue.

Zwar macht sich heutzutage der Schwindel gelehrter Industrieritter gerade hier wegen der Schwierigkeit der Kontrolle besonders breit. (So hat kürzlich in Münster ein strebsamer Privatdozent, leider Priester, welcher gar nichts vom Talmud versteht, sich in einem ähnlichen Prozesse als Sachverständiger aufgedrängt und dann zur Bestätigung seines Gutachtens von einem bekehrten Juden ein von talmudisch-rabbinischer Gelehrsamkeit überströmendes Buch schreiben lassen, welches er als sein eigenes Werk veröffentlicht hat, um daraufhin Professor zu werden.) Ich bin aber in diesen Dingen so altmodisch, mich nur da, wo ich vollständig zuhause bin, als Autorität auszugeben.

Dagegen möchte ich mir erlauben, Euer Hochwohlgeboren eine wirkliche Autorität als Sachverständigen vorzuschlagen. Es ist dies Dr. August Brimanus, ehemals Rabbiner, jetzt Christ. Ich habe mich selbst überzeugt, daß er den Talmud und den Schulchan Aruch vollständig, die übrige einschlägige Literatur

großtenteils auswendig weiß. Gegenwärtig gibt er mit Unterstützung der k. k. Regierung die erste Talmudübersetzung heraus.

Nach meiner Überzeugung ist er gegenwärtig unter Christen und Juden der erste Fachkenner. Für seine volle Unparteilichkeit bei der Zeugnisabgabe kann ich garantieren. Er hält sich gegenwärtig in Wien auf, wo seine Adresse bei dem hochwürdigsten Herrn Professor Dr. Zschokke, Rektor der Universität, zu erfragen ist.

Von diesem Herrn ersuche ich hohes k. k. Landesgericht ergebenst, ein Gutachten einzufordern, von meiner Wenigkeit aber, wenn irgend möglich, gütigst absehen zu wollen.

In tiefster Hochachtung verharrt Euer Hochwohlgeboren ergebenster Diener

Prof. Dr. G. Bickell m. p.

Der „strebsame Privatdozent, leider Priester“, in Münster war der durch diesen Schwindel „bekannt“ gewordene Doktor Ecker, der gar nichts vom Talmud versteht, sich dennoch dem Gericht in dem vom Staatsanwalt inkriminierten Buche „Judenspiegel“ von Briman-Justus aufgedrängt, das zu erstattende Gutachten vom Autor des angeklagten Buches selber sich hat schreiben lassen, das er vor Gericht beschworen und dann als sein eigenes Werk veröffentlichte, um auf Grund desselben Professor zu werden.

Wir hatten somit nur einen einzigen Sachverständigen, Professor Th. Nöldecke in Straßburg, allerdings einen Gelehrten von Weltruf und unbestreitbarer Autorität, der kurz und bündig erklärt hat, die Aufgabe zu übernehmen. Die Prozeßordnung verlangte jedoch die Bestellung zweier Sachverständiger.

Unterdessen hatte Professor Rohling Schritte unternommen, seine erkorenen Leute, sozusagen die „Kronzeugen“, auf die er von Anfang an als die „geeignetsten“ sein Augenmerk gerichtet hielt, zu Sachverständigen bestellen zu lassen.

Schlau ersonnen war der Plan. Nachdem sämtliche berühmte Orientalisten, auch die von der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft genannten, bereits wiederholt und zum

Teil in sehr scharfen Worten gegen ihn und seine judenhetzerische Gelehrsamkeit ein Verdammungsurteil gesprochen, so waren sie durchwegs, wie er argumentierte, als angeblich nicht mehr unbefangen zu Sachverständigen ungeeignet und es blieben als angeblich unparteiisch und unbefangen nur bloß — Dr. Ecker und Aron Briman!

In einer Vorstellung vom 11. November 1884, Zahl 42.349, äußerte sich der Vertreter der Anklage betreffend die vom Vorstande der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft empfohlenen Fachmänner in gedachtem Sinne und seine Anträge auf Wahl von Sachverständigen gipfelten in dem Schlußsatz:

Ich schlage für diesen Fall vielmehr:
1. Herrn Dr. August Briman, gewesenen Oberrabbiner zu Haag (?!), jetzt zu Paderborn,
2. Dr. Jakob Ecker, Lehrer der hebräischen Altertümer an der königl. preußischen Akademie zu Münster
als anerkannte Autoritäten in hebraicis vor und geht insbesondere die Autorität des ersteren durch seine früher eminente geistliche Stellung im Judentume hervor, für welche Belege beigebracht werden können.

Auch behalte ich mir vor, für diesen Fall noch weitere Vorschläge berühmter ausländischer Gelehrter zu machen.

Ich stelle daher die Bitte:

Das hohe Gericht geruhe, mit der Bestellung der Sachverständigen vorzugehen.

Dr. Robert Pattai m. p.

In einer Eingabe an das k. k. Wiener Landesgericht gegen diese Zumutung schrieb mein Vertreter Dr. Kopp:

„Ich halte dafür, daß die Parteien in einem so delikaten Falle sich der Nennung von Sachverständigen schlechterdings zu enthalten haben.

Es soll alles vermieden werden, was dem Sachverständigen-Kollegium den Stempel eines Schiedsgerichtes aufprägen könnte, in welches jede Partei je ein Mitglied entsendet, denn die Sachverständigen sollen nicht Partei nehmen, es muß

daher bei ihrer Auswahl jeder Vorgang vermieden werden, der ihre Unbefangenheit in Frage stellt. Die Auswahl der Sachverständigen ist lediglich Sache des unbefangenen Gerichtes, welches Vorschläge hierüber nicht von den Parteien, sondern nur von solchen Kollegien oder Personen entgegennehmen soll, welche möglichste Gewähr für Personenkenntnis und Unparteilichkeit bieten. Ein solches Kollegium ist der Vorstand der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft. Sollte sich nach der Sachlage die Notwendigkeit ergeben, noch jemand anderen zu befragen, so muß es wieder eine Person sein, die in jeder Beziehung unanfechtbar ist.

Briman zudem ist ein getaufter Jude, als solcher von der Berufung zum Sachverständigen schon auszuschließen. Überdies gilt er als identisch mit dem Pseudonymen Justus, der eines der giftigsten Libellen gegen die Juden geschrieben und darin jene Blutstelle angeführt hat, auf welche sich Rohling beruft. Der Kläger selbst erklärt: ‚Dr. Justus' Sache ist seine eigene Sache' und mein Klient hat in dem vierten inkriminierten Artikel das Buch des Dr. Justus ‚eine Schurkerei ohne Beispiel in der gesamten Literatur, ein Werk der Bosheit und Niedertracht' genannt. Wenn nun auch die Identität von Briman und Justus noch nicht erwiesen ist, so genügt wohl die Vermutung, um von dem rätselhaften getauften Juden abzusehen. Der zweitgenannte, Dr. Ecker, hat zur Unterstützung des Dr. Justus ein Buch herausgegeben, und kann auf wissenschaftliches Ansehen nicht den geringsten Anspruch erheben."

Schließlich stellte die Eingabe den Antrag, wegen Bestellung eines zweiten Sachverständigen einen Vorschlag bei dem derzeitigen Rektor der Wiener Universität, Hofrat Dr. Zschokke, der Priester ist, Professor des Bibelstudiums, zudem ein Mann von hervorragender wissenschaftlicher Bildung, zu erbitten.

Das Landesgericht entschied in diesem Sinne und wandte sich diesbezüglich an den Rektor der Wiener Universität. Herr Hofrat Dr. Zschokke antwortete mit nachstehendem Schreiben:

Löbliches k. k. Landesgericht in Strafsachen.

Infolge der geehrten Zuschrift vom 5. Jänner d. J., Z. 46.267, beehre ich mich zu antworten, daß ich als Professor des alttestamentlichen Bibelstudiums an der theologischen Fakultät der k. k. Universität die Pflege der schwierigen talmudisch-rabbinischen Literatur nur nebenbei betreibe, mithin nicht in der Lage bin, ein fachmännisches Gutachten abzugeben. Und selbst in dem Falle, daß ein solches mir zustehen würde, wäre ich außerstande, eine solche Arbeit auf mich zu nehmen, da die Führung der Rektoratsgeschäfte an der k. k. Universität meine ganze freie Zeit absorbiert.

In Österreich ist mir kein Gelehrter bekannt, der durch namhafte Leistungen auf dem Gebiete der talmudisch-rabbinischen Literatur sich hervorgetan hätte, außer der genannte Dr. August Brimanus, einer der gründlichsten Kenner des Talmuds, welcher gegenwärtig Wieden, Frankenberggasse Nr. 4, wohnt.

Wien, am 10. Jänner 1885.

Dr. H. Zschokke m. p.
d. z. Rektor der Wiener k. k. Universität.

Nachträglich erlaube ich mir, den Herrn Dr. August Wünsche in Dresden namhaft zu machen, der durch Herausgabe der sogenannten Bibliotheca rabbinica in der Literatur vorteilhaft bekannt ist.

Wien, 10. Jänner 1885.

Dr. H. Zschokke m. p.

Aron Briman und Dr. Ecker.

Während Dr. Ecker in Münster nur von dem Vertreter der Anklage als Sachverständiger dem Gerichte insinuiert worden, fand der Versuch, Aron Briman vorzuschieben, unerwartete Unterstützung durch die Empfehlung Sr. Magnifizenz geistlichen Rates Herrn Dr. Zschokke in Wien und des Herrn Professor Bickell in Innsbruck.

Die Versuchung lag nahe, über die Antezedenzien dieses Mannes, welche den Herren Rektor Zschokke und Dr. Bickell zweifellos weniger vertraut waren als mir und dem Prager Professor, dem k. k. Landesgerichte Mitteilungen zu machen. Indessen Herr Dr. Kopp wollte derartige Mittel, selbst wenn sie streng loyal sind, aber eine moralische Schädigung unbeteiligter Personen im Gefolge haben können, vermieden wissen. Aron Briman, an welchen der Wiener Richter bei späterer Gelegenheit die Frage gerichtet hat, zu welcher Religion er sich „dermalen" bekenne, gehört zu jenen Individuen, welche mit ihrem Religionsbekenntnis einen förmlichen Tauschhandel treiben und davon ihre Existenz fristen; die sich davon ernähren, daß sie dieselbe Religion für Bezahlung verleumden, als deren starrste und eifrigste Verehrer sie sich vorher geriert haben. Er war nie Rabbiner oder gar „Oberrabbiner", sei es zu Haag oder sonstwo, wie der Vertreter der Anklage dem k. k. Landesgericht fälschlich meldete. In Continesti in Rumänien geboren, lebte er bis zu seinem 20. Lebensjahre unter seinem richtigen jüdischen Namen Aron Israel Briman als Privatmann in einem Dorfe bei Buczacz in Ostgalizien, wo er Frau und Kinder sitzen ließ, als er eines Tages ver-

schwand, ohne Abschied von seiner Familie zu nehmen. Er tauchte in Krakau als ein Mann von äußerst rigoroser Frömmigkeit auf, knüpfte dort die Bekanntschaft mit den Krakauer jüdischen Bürgern D. Mandelbaum und Hotelier Schenkein an, mit welchen er später noch eine Zeitlang in Briefwechsel blieb. Von dort ging er nach Berlin. Trotz geheuchelter Frömmigkeit gelang es ihm nicht, auf einen grünen Zweig zu kommen und er wandte sich nach Holland, wo er tatsächlich im Haag wegen seiner hohen Frömmigkeit, die er an den Tag legte, Eingang in die besten Familien fand. Viel bewundert wegen seines talmudischen Wissens, hätte es ihm gelingen können, eine reiche jüdische Patriziertochter heimzuführen — wenn er nicht eben bereits verheiratet gewesen wäre. Er versuchte deswegen einen originellen Schwindel. Eines Tages schrieb er an den Hotelier Schenkein in Krakau, er möchte einen in geschlossenem Kuvert beigelegten Brief an die Adresse des Rabbiners vom Haag besorgen. Gleichzeitig proponierte er ihm für seine Tochter eine Partie mit einem reichen Bankier aus Hamburg, mit der Versicherung, daß er selbe durchführen wird, wenn Schenkein sein Interesse wahren und den Brief an die Adresse befördern wird. Er selber soll nämlich, hieß es ferner, eine vornehme Dame im Haag heiraten und zu diesem Zwecke sei ihm der Brief nötig. Herr Schenkein, der ihm schon aus früheren Briefen ein Mißtrauen entgegentrug, und von Neugier geplagt, erbrach das Kuvert. Es befand sich in demselben ein in hebräischer Sprache abgefaßtes Schreiben, angeblich vom Krakauer Rabbinate an das Haager, mit dem Inhalte: „daß der weltberühmte Gaon Reb Aron Israel Briman aus Krakau vor demselben die Scheidung mit seiner Frau, die ihm untreu geworden, vorgenommen und demgemäß eine zweite Ehe eingehen kann.“ Selbstverständlich hat der Empfänger das Schreiben nicht abgesendet.

Verhängnisvoller für ihn war ein literarisches Gaunerstück. Er ließ nämlich ein hebräisches Werk: „Kontros Marecheth Haschulchan von Aron Israel Briman, Amsterdam 5640 (1880)“ drucken, welches eine seltene Belesenheit in den talmudischen Codizes bekundet und deswegen von den ahnungs-

losen Rabbinern in Acquien und vom Haag eine Approbation erhielt, welche voll des Lobes über den Verfasser Briman, ihn auch mit dem Gaon-Titel schmückten. Bald darauf entdeckte man ein in Wilna im Jahre 1877 bei Katzenellenbogen erschienenes Werkchen „Schar Zion“ nebst „Kontros Machze Abraham“, welch letzteres nach der dortigen Angabe bereits im Jahre 5517 von R. Abraham Wallerstein verfaßt und in Fürth gedruckt wurde. Schon nach flüchtiger Vergleichung des Brimanschen Werkchens mit dem „Machze Abraham“ war es unzweideutig ersichtlich, daß ersteres eine wörtliche Kopie des letzteren Werkchens ist.

Die Entdeckung dieses Betruges zerstörte seine letzten Hoffnungen, um derentwillen er die strengste Orthodoxie zur Schau trug. Er verließ Holland, kehrte nach Deutschland zurück, wo er mit dem protestantischen Missionär Th. de le Roi Verbindungen anknüpfte.

Eines Tages erhielt eine angesehene Persönlichkeit der jüdischen Gemeinde im Haag, Herr van Geldern, nachstehendes Schreiben:

Berlin, 8. Semptember 81
ב"ה

Geehrter Herr von Gelder!

Da wir die Ehre hatten, den Herrn Rabbiner A. J. Briemann zu können-lehrnen, und der Selbe erzelte uns daß er in Haag ungefähr 2 Jahre als Rabbiner oder Prediger (דרשן) *fongirte und wir hörten auch daß er wäre der größte Talmudist* בעל גמרא *dem wir heute zu Tage haben in Deutschland, Holland u. s. w. Da wir aber sich genauer darüber sich erkundigen möchten ob er richtig in Haag 2 Jahre als Rabbiner* — דרשן *fongirte und ob er auch richtig ein so bedeutender Talmudist sei, so erlabe ich mir Sie zu fragen da mir der Herr Rabbiner sagte Sie waren sein bener Freund in Haag, bitte Sie sehr umgehende antwort da auch andere Rabbiner bei uns reflektirt haben, so mochten wir gleich entscheiden.*

In der Hoffnung umgehende antwort entgegegent su sehen so schließe mit Wunsch von כתיבה וחתימה טובה בכלל כל ישראל

Hochachtungsvoll

Th. de de Roi

גבאי בחברת ש"ס פה בערלין

mene Adresse

Th. de le Roi

Berlin W

Litzowstraße 113.

Herr van Geldern antwortete an die Adresse des de le Roi, daß Briman viele Mitglieder der dortigen jüdischen Gemeinde belogen und betrogen und seine Frau und Kinder in bedrängter Lage in seiner Heimat zurückgelassen habe. Später erkundigte sich noch ein gewisser Esser, ebenfalls ein Missionär, bei Herrn van Geldern, welcher dieselbe Auskunft erhielt.

Vorstehendes im Mauscheltone abgefaßtes Schreiben des Missionspredigers, der, um Auskunft über einen Täufling zu erlangen, als Vorsteher des Talmudvereines גבאי בחברת ש"ס sich aufspielt, wurde in der Berliner „Jüdischen Presse" in der Nummer vom 5. Oktober 1883 publiziert und hat nicht verfehlt, in allen Kreisen gerechtes Aufsehen zu erregen. Erst anderthalb Jahre später, nachdem Briman-Justus unter Schloß und Riegel sich befand, veröffentlichte der Missionsprediger le Roi in der „Jüdischen Presse" eine Erklärung, in welcher es hieß:

„Als ich Herrn Briman in unserem Glauben unterrichtete, wandte ich mich, um Auskunft über seine Persönlichkeit zu erlangen, zweimal nach dem Haag, doch konnte ich nichts über ihn erfahren. Das machte mich bedenklich. Da schrieb Herr Briman ohne mein Vorwissen an einen Rabbiner fälschlicherweise unter meinem Namen mit der Bitte um ein Urteil über ihn, indem er den Herrn Rabbiner glauben machte, ich sei ein jüdischer Geistlicher. Der Herr antwortete arglos — mir war das aber so ärgerlich, daß ich an der Möglich-

keit, Herrn Briman in unsere Kirche aufzunehmen, zweifelte. Indessen sah er nach meinen ernstlichen Bemühungen, ihn eines Besseren zu belehren, seine Verfehlung ein, und gab er uns überhaupt tatsächliche Beweise, daß es ihm vor allem daran lag, ein Eigentum unseres Erlösers zu werden, una er Ehre und Geld demgegenüber nichts achtete!"

Allein Briman hatte schwerlich solche Anfragen in Amsterdam veranlaßt; er hatte ja vielmehr mancherlei Ursache, solche Anfragen über seine Person in Amsterdam zu verhindern. Da auch der Protestantismus keine Früchte trug, fuhr Aron Briman, um sein Mißgeschick zu korrigieren, von Berlin nach Paderborn und trat dort zum Katholizismus über.

Hier hatte er endlich den günstigen Boden zur Entfaltung seiner glänzenden Talente gefunden. Es war ihm gelungen, Verbindungen mit den bedeutendsten Führern der antisemitischen Propaganda anzuknüpfen, die bald seine Brauchbarkeit erkannten und ihn gehörig förderten und unterstützten, noch besser und ausgiebiger aber ausnützten.

Unter dem Pseudonym „Dr. Justus" verfaßte er 1883 den berüchtigten „Judenspiegel", eine Tendenzschrift, von welcher in dem geklagten Artikel in der „Morgenpost" die Rede war. Dieses Buch führte auch zu einem interessanten Prozeß. Die königlich preußische Staatsanwaltschaft in Münster erhob nämlich gegen eine dortige Zeitung, welche einen Auszug aus dem „Judenspiegel" veröffentlicht hatte, die Anklage wegen Schmähung einer staatlich anerkannten Religionsgenossenschaft. Bei dem Prozesse fungierte Dr. Ecker, Privatdozent an der katholischen Fakultät zu Münster, als Sachverständiger und ersuchte Briman, ihm bei der „objektiven Beleuchtung des ‚Judenspiegels' von Justus" behilflich zu sein. Briman verfaßte so das Gutachten über seine eigene Schrift und Dr. Ecker beeidete es vor Gericht.

Die mit Hilfe Brimans bewiesene Kennerschaft Eckers auf dem Gebiete der hebräischen Sprache brachte ihm die Beförderung zum Professor, worüber Professor Bickell dem k. k. Landesgericht die Mitteilungen gemacht hat.

Aber Dr. Ecker hat sich mit diesen seinen „wissenschaftlichen“ Leistungen nicht begnügt, und gab im Verlage des „Reformvereines“ zu Steele eine Schrift heraus: „Die 100 Gesetze des Judenkatechismus von Dr. Jakob Ecker.“ Diese „100 Gesetze des Judenkatechismus“ waren nichts anderes als ein wörtlicher Abdruck des „Judenspiegel“ von Dr. Justus. Zeile für Zeile, Wort für Wort genau dasselbe! Dr. Jakob Ecker gab also das von einem anderen verfaßte Buch unter seinem Namen heraus!

Die Rückseite des Titelblattes der „100 Gesetze des Judenkatechismus“ enthielt folgenden Aufruf:

„Christliche Hausfrau! Wir geben Dir hier ein Büchlein in die Hand, welches die Religionsgesetze derjenigen enthält, bei denen Du kaufst. Wir geben es Dir deshalb, damit Du daraus lernst, daß die Juden Dich als ‚Tier‘ betrachten, dem sie das Beste, was es hat, die ‚Wolle‘, abzuscheren, durch ihre Religion verpflichtet sind. Wir geben es aber nicht nur der christlichen Hausfrau, wir geben es auch dem christlichen Hausvater, damit auch er lerne, daß der Jude durch Zins und Wucher ihn betrügen muß, so lange ihn nicht die Staatsgesetze fassen. Endlich geben wir das Büchlein den sogenannten ‚Notabeln‘ und sonstigen ‚Judenschützern‘, damit sie einsehen lernen, daß ein derartiges Volk kein deutsches, sondern ein ‚Insekt‘ ist, welches das Mark der christlichen Staaten verzehrt. Sollte das Büchlein hie und da dem einen oder anderen die Überzeugung beibringen, daß er mit einem ‚Menschen‘, welcher derartigen Gesetzen nachlebt, weder im ‚Umgange‘ noch ‚geschäftlich‘ verkehren könne, so hat das Büchlein schon viel geleistet. Wir empfehlen jedem, das Büchlein möglichst viele lesen zu lassen; es wird sicher nicht verfehlen, den Leser zum Nachdenken zu reizen.“

Das ist der Dr. Ecker, den der Vertreter der Anklage „als anerkannte Autorität in Hebraicis“ dem k. k. Landesgerichte zum unparteiischen Sachverständigen anbot.

Herrn Rohling war aber das Verhältnis zwischen Briman und Ecker nicht unbekannt, wie solches aus dem eigenhändig von ihm an Briman gerichteten Schreiben hervorgeht, dessen Original in den Besitz Dr. Elbogens, eines Wiener Advokaten, kam und das dieser in Wiener Tagesblättern publiziert hat:

Korrespondenz-Karte.

Poststempel Prag, 11. März 1884.

Sr. Wohlgeboren Hr. Dr. Aug. Briman,
Kreuzstraße 4 in Münster, Westphalen.

Carissime! Ich habe die beiden letzten werthen Schreiben erhalten, war aber kürzlich recht leidend und kam daher nicht zum Schreiben. Da Sie schon am 15. nach D. machen, was sehr gut ist, so will ich dorthin ausführlich schreiben, sobald Sie angelangt sein werden und Ihre Adresse in meinen Händen sein wird. Enthält Dr. E's „Beleuchtung des Speculum" auch die Stelle aus halquthim? Es wäre das sehr gut, natürlich, wenn er in sensu nostro spricht (was wohl der Fall sein wird). Sie haben wohl zu dieser „Beleuchtung" mitgewirkt! Gut, recht gut. Näheres später. Von R. erwarte ich noch täglich die betreffende Nachricht; ich glaube davon, daß sie in meinem Sinne ausfällt. Herzlichen Gruß.

Prag, 12. März. *A. Rg.*

Schon damals wurde über die Verwendung Brimans beim Wiener Prozesse verhandelt, wie aus einem zweiten zur Publikation gelangten, eigenhändigen Schreiben Rohlings an Briman hervorgeht:

Lieber Freund! Ich danke bestens für die beiden freundlichen Schreiben. Das erste für Pattai ist ganz zweckdienlich, soll aber nur im Notfall verwandt werden. Auch das zweite freut mich sehr, da ich glaube, daß wir in Kürze, ich denke in etwa zehn Tagen, die definitive Entscheidung nach Wunsch erhalten dürften.

Das Schreiben schließt:

Mit bestem Gruße in Eile Ihr ergebenster Freund
Prag, 20. Februar 1884. *A. Rg.*

Die Beziehungen zwischen Rohling und Briman gestalteten sich im Laufe der Zeit immer reger und inniger. Für die Schriften des „Dr. Justus“ unternahm Rohling eine öffentliche Propaganda, von welcher einzelne Enunziationen in der Erinnerung festgehalten zu werden verdienen. Er pries den Verfasser als einen der größten „Hebraisten auf der ganzen Welt“ und fügte hinzu: „Ich sage dies aus bester Erfahrung, indem ich nicht bloß die Zitate des Verfassers in den zitierten Originalen selbst genau vorfand, sondern auch die persönlichen Verhältnisse des Autors kenne.“ („Tribüne“ Nr. 53, 24. Februar 1883.)

> „Dieses Werk also möge das Publikum recht fleißig lesen, und die hohen Regierungen mögen es, wie gesagt, zugleich als Ausdruck meiner Überzeugung juridisch streng prüfen lassen.“
>
> „Dr. Justus selbst ist nicht mit mir identisch, aber seine Sache ist meine Sache. Die Texte, welche er bietet, sind direkt aus den Quellen genommen...“ („Tribüne“, 9. Februar 1883, Nr. 38.)

Am 25. März 1883 kam ein neuer Artikel für den „Judenspiegel“ von Dr. Justus und als der Prozeß begann, lud Rohling ihn nach Prag ein und engagierte ihn mit einem Gehalt von 1800 Gulden jährlich als Lehrer für Talmud. Briman erkannte bald die Vergeblichkeit des Unternehmens und verließ Prag, und das war gerade in dem Moment, als er von seinem Verteidiger Dr. Pattai in Wien die Mitteilung erhalten, daß der Wahrheitsbeweis vor Gericht werde geführt werden — müssen.

Rohling schrieb dazumal an Briman folgenden Brief:

Ohne Datum.

Mein Lieber: Dr. Pattai ist hier und sagt, daß gegen Bloch vor Gericht der Beweis der Wahrheit geführt werden muß, und wie ist das möglich, wenn Sie nun fortgehen? Sie müssen mit nach Wien. Der Prozeß wird im Jänner oder Februar sein. Wollen Sie also nicht bis Ostern ganz hier bleiben? Ich verpflichte mich, zu sorgen, daß Sie ein guter Doctor medicinae werden sollen, auch wenn Sie dieses eine Semester verlieren. Ich bitte also, nicht abzureisen, sondern hier zu bleiben oder aber sich in Würzburg bloß einschreiben zu lassen und dann gleich wieder hierherzukommen.

Ihr treuer Freund!

נודע *(Der Bekannte - Notus.)*

Aron Briman unternahm geheimnisvolle Reisen nach den verschiedensten Städten Österreichs; man hörte von seiner Anwesenheit in Innsbruck, in Salzburg, in Graz und schließlich auch in Wien. In all diesen Städten, wo er Station genommen, gelang es ihm merkwürdig leicht, intime Fühlung mit den Kreisen der hohen Geistlichkeit zu gewinnen. Er rühmte sich vor Bekannten und selbst vor Fremden, daß er beispielsweise die Gunst des Fürst-Primas von Ungarn, Kardinals Simor, besitze. Ganz besonders gerne sprach er von der Freundschaft, die ihm der Fürsterzbischof von Salzburg, Dr. Eder, zu wiederholten Malen erwiesen habe; er sei bei dem hochwürdigen Kirchenfürsten oft zu Gaste gewesen und es stünden für ihn jederzeit Appartements in der Salzburger Residenz bereit. Was Wien betrifft, so rühmte er sich besonders, Se. Magnifizenz den Rektor der Universität, Professor Zschokke, zu seinen Freunden zählen zu dürfen.

In der Tat wußte sich Briman die Gunst des frommen Gelehrten in so hohem Maße zu erwerben, daß derselbe ihn in sein Haus zog, ausgiebig unterstützte und diese Wohltaten lohnte Briman dadurch, daß er wertvolle theologische Werke aus dessen Bibliothek um Schleuderpreise verkaufte. Inzwischen publizierte er ein Buch über die „Kabbala“, wel-

ches wiederum bloß das gemeine Plagiat eines von einem jüdischen Gelehrten in Leipzig erschienenen Buches bildet. In dieser neuen Schrift, welche mit der Approbation des Bischofs Eder von Salzburg erschien, hat Briman merkwürdigerweise über die gesamte antisemitische Talmudgelehrsamkeit von Eisenmenger bis zum „Judenspiegel" ein Urteil dahin abgegeben, daß sie, auf Dummheit und Unwissenheit basiert, von jedem ehrlichen Literaturkenner zu verachten ist.

Damals galt es, seine Identität mit Dr. Justus zu leugnen, um für das von dem antisemitischen Abgeordneten Merunowitz in Lemberg angeregte und eifrig propagierte große Unternehmen einer vollständigen Talmudübersetzung, für welches eine renommierte Buchhandlung in Innsbruck gewonnen worden und die österreichische Regierung eine hohe Subvention gewähren sollte, als wissenschaftlich intakt zu erscheinen.

Die Zahl der Abonnenten auf dieses Werk war bereits eine außerordentlich bedeutende, als der Buchhändler eines Tages die fatale Mitteilung erhielt, daß Dr. Brimanus ihm im Manuskript denselben Bogen zwei- oder dreimal lieferte, ferner daß er die bekannte Mischna-Übersetzung von Raabe abschrieb und für sein geistiges Eigentum ausgab. Das erstere tat er, um auf billige Weise recht viel Vorschüsse zu erhalten, das letztere, weil es sich solcher Art ja leichter arbeitet.

Ein wegen sozialistischer Betätigung aus Wien ausgewiesener Arbeiter namens Schmidt in Innsbruck, der wiederholt meinen Vorträgen in Arbeiterversammlungen zugehört hat, mit dessen Cousine Briman sich öffentlich verlobt hat, um sie dann sitzen zu lassen, bat wiederholt bei mir um Rat in der seine Familie betreffenden Angelegenheit. Der Wiener Advokat Dr. Elbogen hat sich auf mein Veranlassen seiner angenommen, er reiste direkt nach Innsbruck, wo er das Vergnügen hatte, mit Herrn Briman persönlich zu verkehren. Bei dieser Gelegenheit erfuhr der Verleger, in welcher Art er von Briman beschwindelt wird. Briman war offenherzig und machte von seinen Beziehungen zu Rohling kein Geheimnis. Sein Verhältnis zu dem Prager Professor schilderte er in dem nachstehenden Briefe an Dr. Elbogen:

Geehrter Herr Doktor!

Um der Wahrheit Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sehe ich mich zu folgender Mitteilung über die Person des Herrn Professor Rohling veranlaßt.

Herr Professor Rohling nahm im Jahre 1884 mehrere Monate hindurch bei mir Unterricht in Talmudicis, wofür er mir meinen ganzen Unterhalt gab. Der Unterricht bestand anfangs darin, ihn im Lesen der rabbinischen Schriften zu unterweisen, dann aber begann ich mit ihm die leichtesten Stellen aus dem Tractate „Aboda Zara" zu übersetzen.

Doch mußte ich das Unterrichten aus diesem Grunde aufgeben, weil das Lesen der rabbinischen Schriften dem Herrn Professor Rohling sehr schwer fiel, so daß an eine Möglichkeit, ihm die Fähigkeit des Übersetzens jemals beizubringen, nicht zu denken war.

Merkwürdigerweise veröffentlichte er, während ich ihn unterrichtete, zwei Broschüren, in denen viele hundert Zitate aus solchen Büchern vorgeführt sind, deren Original er nicht einmal zu lesen imstande ist, z. B. „Sohar", „Schepha Tal" und dergleichen. Dies ist so sehr der Fall, daß Herr Professor Rohling sich genötigt sah, mir die inliegende, ihm zugekommene Karte (dieses Wort ist durchstrichen und dafür „Zeitung" gesetzt) zur Übersetzung einzusenden, weil er dieselbe nicht übersetzen konnte.

Hochachtungsvoll

23. Jänner 1885 *Dr. Brimanus.*

Diesem Brief lag ein Exemplar einer hebräischen Zeitung bei, welche eine (in hebräischer Sprache abgefaßte) Kritik von Schriften Professors Rohling enthielt.

Ein zweites Schreiben lautete:

Herr Dr. Fr. Elbogen!

Den Brief des Herrn Professors August Rohling, welchen ich Ihnen zn senden versprochen habe, kann ich leider nicht finden, doch hoffe ich, Ihrem Wunsche auch schon damit entgegenzukommen, wenn ich Ihnen den Inhalt mitteile. Professor Rohling schrieb mir vor längerer Zeit, daß er in Prag vor

Gericht einen Eid ablegen mußte, daß alle Zitate seiner Broschüre auf Wahrheit beruhen, er bemerkte zugleich, daß er, ohne von der Richtigkeit aller Zitate keineswegs vollkommen überzeugt, es dennoch gewagt habe, einen Eid abzulegen, und zwar tat er dies, wie er sich ausdrückte: „Der guten Sache willen."

Hochachtungsvoll ergebenster

Wien, 24. Februar 1885. *Dr. Brimanus.*

Briman übersiedelte nach Wien, wo man in gewissen Kreisen seine Brauchbarkeit bald erkannte, es gelang ihm ohne sonderliche Anstrengung, hohe Protektionen und außerdem zwei Bräute aus anständigen Familien zu erwerben, deren eine in der Windmühlgasse, die andere in der Frankenberggasse wohnte. Der einen Braut galt er als Universitätsdozent in Innsbruck, die andere glaubte, er bekleide einen Lehrstuhl in Graz.

Allein alle seine Hilfsquellen reichten für seine Verschwendung nicht aus. Einigen Studierenden der Universität, die er als Schreiber und Stenographen beschäftigte, wurden ihre Arbeiten gar nicht, zum Teil weit geringer bezahlt, als ausgemacht worden war.

Am 27. Februar unternahm er eine Reise nach G r a z, ohne verschiedene Beträge, die er schuldig war, bezahlt zu haben. Die geschädigten Studenten erstatteten die Anzeige. Bald liefen Anzeigen von Heiratsschwindeleien ein, und auf Grund derselben wurde er am 12. März in Graz verhaftet, nach Wien überführt und nach mehrmonatlicher Untersuchungshaft vom Wiener Landesgerichte wegen Urkundenfälschung zu einer Kerkerstrafe und Landesverweisung verurteilt. Die Untersuchungsakten dieses Prozesses können dem künftigen Historiker über die geheime Geschichte des modernen Antisemitismus in Österreich-Ungarn, Deutschland und Rumänien überraschende Aufschlüsse bieten. Die geschädigten Personen blieben der Verhandlung fern, zogen ihre Anklagen zurück, der Richter suchte in jeder nur möglichen Weise den Angeklagten zu schonen, für den sich die mächtigsten klerikalen Protektionen interessierten. In öffentlicher Gerichtsverhandlung, welche mit einer

außerordentlichen Diskretion geleitet wurde, kam aber doch eine Tatsache zur Konstatierung, welche hier verzeichnet werden muß. Professor August Rohling erhielt von Aron Briman hebräischen Unterricht gegen ein monatliches Honorar von 100 Gulden. Aron Briman hat im Vereine mit einem Herrn Rohling, einem Bruder des Professors, die medizinischen Studien beginnen wollen und zu diesem Behufe haben sie zwei gefälschte Maturitätszeugnisse erworben. Als der Rektor der Universität Würzburg eine Bescheinigung verlangte, damit Briman auf Grund des Falsifikates zum Hörer der Medizin immatrikuliert werde, produzierte er am 13. Dezember 1883 ein Telegramm vom 12. desselben Monates aus Prag, auf Grund dessen ihm die Immatrikulation gestattet wurde. Wer der Prager Absender dieses Telegrammes war, darüber waltete kein Zweifel.

Briman entschwand nunmehr für eine kurze Zeit den Blicken der Öffentlichkeit, um dann in Italien aufzutauchen. Aller Mittel entblößt, wandte er sich von dort aus an seine Familienangehörigen in Rumänien mit der Bitte um einige Hundert Franks für Reisespesen, denn er wolle nach Hause und zum Judentume zurückkehren. Dieser Brief war mir im Originale vorgelegen. Da indessen seine Familienangehörigen selber mit der Not des Lebens zu kämpfen hatten, so konnten sie ihm die erbetene Unterstützung nicht gewähren.

In Rom begab sich Briman zum Rabbinat mit der Erklärung, er möchte wieder ins Judentum eintreten und alle gegen seine Religionsgenossen erhobenen Anklagen feierlichst widerrufen! Nach einer eingehenden Beratung mit den Mitgliedern des Gemeindevorstandes, hat der Rabbiner ihm folgenden Bescheid gegeben: Wir haben nicht das Recht, einen Reuigen von uns abzuweisen. Allein die Reue darf keine scheinbare, sondern muß eine aufrichtige sein, die sich durch die Tat bewährt, welche das angerichtete Unheil wieder gut macht. Aron Briman möge daher vor allem in den öffentlichen Blättern alle von ihm gegen Juden und Judentum verbreiteten Verleumdungen feierlich widerrufen! Nur nachdem dies geschehen, kann seine Wiederaufnahme in das Judentum erfolgen. Bri-

man versprach dies schon in den nächsten Tagen zu tun und dann wiederzukommen.

Inzwischen fand Briman anderweitig Verwendung und Unterstützung. Die Schrift „Professor Dr. Rohling, die Judenfrage und die öffentliche Meinung, dargestellt von Abbé Doktor Klemens Viktor", ist zweifellos das Resultat gemeinsamer Arbeit des Herrn Briman und Professors Rohling.

Seite 10 dieser Schrift heißt es:

> „Briman, der jetzt seine medizinischen Studien in Paris vollendet, ist, wie mir Pater J. Deßle, der Beichtvater Brimans, von welchem ich auch den später angeführten Brief Brimans erhielt, schreibt, ein überaus ehrenhafter, charakterfester Mann, der sich eines ehrenhaften Wandels stets befleißigt und eines jeden Vertrauens vollkommen würdig."

Über sein Verhältnis zum Kläger schreibt Briman in einem Briefe an seinen Beichtvater Pater J. Deßle in Paris, S. 16:

> „Was nun endlich den Brief des Professors Rohling an mich anbetrifft, so ist die Sache ganz einfach. Professor Rohling lag damals krank, der Prozeß mit Bloch hätte damals zur Austragung gelangen sollen, und da ich oft dem Professor Rohling erklärt hatte, daß ich seine Schriften genau durchstudiert und vollkommen richtig gefunden habe, so schrieb er mir, als ich plötzlich nach Würzburg an die dortige Universität abreisen wollte, ich möchte noch bleiben, um in Wien an seiner Statt den Beweis der Wahrheit zu führen, da er selbst krank sei und auf Delitzsch und Wünsche sich nicht im geringsten verlassen könne. All das von mir hier Gesagte dürfen Euer Hochwürden auch veröffentlichen und ich stehe zu jeder Zeit für die Wahrheit meiner Aussagen ein etc. . . ."

Da diese Erklärung Brimans in einer zugunsten Rohlings publizierten Schutzschrift abgedruckt ist, so gewinnt man einen Einblick in die interessante Doppelrolle, welche dem Bieder-

manne zugedacht war: er sollte einerseits den Ankläger vertreten und andererseits auch der von Gericht bestellte unparteiische Sachverständige sein.

Die in Münster so trefflich aufgeführte Komödie sollte nun auch in Wien in Szene gehen und durch jene selben Personen dargestellt werden, welche das Stück bereits einmal gut gespielt hatten!

Die zwei Sachverständigen.

Weder die schriftlichen Dokumente aus der Briefmappe Brimans, die Freund Dr. Elbogen von dem Ausflug nach Innsbruck brachte, noch die historisch interessanten Daten über die Vergangenheit dieses Ehrenmannes und seine intimen Beziehungen zum Kläger haben für den Prozeßgang und Prozeßzweck die geringste Verwendung gefunden. Gegen die Wahl dieses, wie jedes anderen, getauften Juden zum Sachverständigen hatten wir bloß Einspruch erhoben und angesichts der dem Kläger sonst beliebten Methode der Propaganda war unser Einspruch an sich von zwingender Stichhaltigkeit für den Richter.

Das Zeugnis eines Juden, auch des getauften, hat Rohling noch jederzeit als verdächtig zurückgewiesen. Mit einer Vermessenheit, welche in der dermaligen Stimmung gewisser Gesellschaftskreise ihren Rückhalt hat, sprach er selbst dem Judenchristen die Eidesfähigkeit ab. Männer von gesicherter Autorität und europäischem Rufe werden dadurch sozusagen unschädlich gemacht, daß er ihnen eine jüdische Abstammung insinuiert. In seinem Buche „Die Polemik und das Menschenopfer des Rabbinismus“ sagte er: „Wünsche und Delitzsch sind bekannte Juden, welche sich eine protestantische Denomination beilegten (!), jener in Dresden, dieser etwa 20 Jahre alt, vor langer Zeit, als er in Heidelberg ein wenig Rechte hatte kennen gelernt.“ Im „Neuesten Traumgesichte“, S. 10, antwortete Delitzsch dem „antisemitischen Lügenbold“:

> „Ich habe es nun schon zehnmal gesagt, daß ich am 4. März 1813 als letztgeborenes Kind armer Eltern in der

Leipziger Nikolaikirche die heilige Taufe empfangen habe. Anderswo als in Leipzig zu studieren, konnte mir unter dem Drucke meiner Familienverhältnisse gar nicht in den Sinn kommen. Unter der Inspiration welches Geistes mag dieser Anführer der Antisemiten stehen, welcher alle, die der verlogenen Maßlosigkeit seines Judenhasses entgegentreten, als Juden verklatscht und, um sie zu höhnen, ihren Namen mit einer Fratze daneben an die Wand kleckst."

Wünsche ist geboren am 22. Juli 1838, getauft am 26. Juli 1838, sein Vater Karl Gottlieb war Gartenbesitzer und Schuhmacher. Dieser Vater ist geboren am 2. November 1804, getauft am 4. November 1804, dessen Vater war Häusler und Schuhmacher.

Die Rücksicht auf diese schriftstellerische Gewohnheit und Agitationsmethode des Klägers hat uns die Pflicht auferlegt, während des ganzen Prozesses keinerlei Intervention eines Juden — ob getauft oder ungetauft — sei es auch nur als Zeugen zuzulassen, nunmehr sollte gerade von seiner Seite in das Amt eines Sachverständigen ein Jude hineingeschoben werden. Allerdings war es — Aron Briman, sein „Leibjude". Die Ratskammer des k. k. Landesgerichtes war selbstverständlich nicht in der Lage, alle diese und andere Bedenken gegen eine solch problematische Persönlichkeit zu unterdrücken, und da Se. Magnifizenz der Herr Rektor Zschokke auch den Herrn Dr. August Wünsche als Fachmann und Sachkenner genannt hatte, so wurde dieser neben Professor Theodor Nöldecke in Straßburg zum Sachverständigen bestimmt.

Zufolge dieses Beschlusses der Ratskammer wurden Professor Dr. Theodor Nöldecke in Straßburg und Dr. August Wünsche in Dresden von den dortigen Gerichtsbehörden als die vom k. k. Landesgericht Wien bestellten Sachverständigen im Ehrenbeleidigungsprozeß Rohling contra Bloch in Eid genommen.

Jetzt erst konnte ich zusammen mit meinem Rechtsfreund Dr. Josef Kopp zur Aufstellung des den Sachverständigen vorzulegenden Quästionärs schreiten. Es handelte sich

zunächst und hauptsächlich darum, den Sachverständigen hebräische Textstellen zur Übersetzung und, wo es notwendig ist, auch zur Erläuterung vorzulegen. Ich wählte weit über 400 Texte aus der talmudisch-rabbinischen Literatur vom 2. bis zum 18. Jahrhundert n. Chr., und zwar teils solche, auf welche sich Rohling in seinen Schriften zum Beweise für seine Beschuldigungen bezieht, teils solche, welche zum Verständnis dieser Texte und zur Gewinnung eines vollständigen Bildes der jüdischen Anschauungen über Religion, Moral und Recht, wie sie sich im Verlaufe der Jahrhunderte unter den verschiedenen Verhältnissen herausgebildet haben, notwendig sind.

Selbstverständlich waren nicht bloß die von Professor Rohling, sondern auch alle von Dr. Justus-Briman herangezogenen Texte, sowie die in der unter dem Namen Dr. Eckers erschienenen Schrift vorgeführten den Sachverständigen zur Übersetzung vorgelegt. Diese Masse von Texten, die gedruckt 80 Foliospalten füllten, wurden nun von mir nach Gruppen, die sich nach der Natur der Sache ergaben, systematisch geordnet und noch spezielle Fragen eingefügt. Die betreffende Eingabe an das Landesgericht füllte 42 gedruckte Foliospalten.

Das Landesgericht übermittelte das Ganze Ende Jänner 1885 den Sachverständigen. Er stellte vorher Herrn Rohling zu Handen seines Vertreters frei, seinerseits ergänzende und Zusatzfragen zu stellen. Rohling machte von diesem Rechte keinen Gebrauch.

Ende Juni 1885 langte beim Wiener Landesgericht das von Professor Theodor Nöldecke in Straßburg und Dr. August Wünsche in Dresden gemeinsam verfaßte und gefertigte, 190 Bogen starke Gutachten an, welches über mein Ansuchen noch durch einen kleinen Nachtrag ergänzt wurde. Was hat sich ergeben? Ein Teil der Texte Rohlings war nicht zu finden, die andere Hälfte war entstellt, hauptsächlich wurde konstatiert, daß kein einziger Text in dem ganzen Talmud existiert, in welchem Christen oder Heiden oder Götzendiener oder irgend ein Volk mit dem Namen eines Tieres belegt wird.

Meine wissenschaftlichen Depositionen, meine Anklagen gegen Rohling wurden nahezu auf der ganzen Linie durch die Sachverständigen bestätigt. Für den Talmud und die jüdische Literatur des Mittelalters bilden diese für das Wiener Landesgericht erstatteten Gutachten ein Ehrenzeugnis.

Geradezu verblüffend wirkten meine Beweise seiner Fälschungen aus katholischen, also lateinischen, griechischen und profanen Schriften.

Er beruft sich z. B. auf den heiligen Agobardus. Agobardus, der im Jahre 1840 als Erzbischof von Lyon starb, verfaßte zwei Schriften gegen das Judentum und trug alle möglichen Anklagen zusammen, um Abscheu davor zu erwecken. Von der Anklage des Ritualmordes weiß er noch nichts. So willkommen ihm gewesen wäre, diesen ärgsten Vorwurf gegen die jüdische Religion zu erheben, so wenig findet sich bei ihm die leiseste Erwähnung einer solchen Anklage.

Professor Rohling hat nun die Behauptung aufgestellt:

> „Der berühmte heilige Agobardus, Bischof von Lyon, teilt die älteren Tatsachen bis zum achten Jahrhundert in seinen Werken De insolentia Judaeorum und De Judaicis superstitionibus mit."

Am 19. März 1892 wurde Agobard auf Rohlings Autorität hin im preußischen Abgeordnetenhause von einem Freiherrn, dem Abgeordneten v. Wackerbarth-Linderobe, als geschichtlicher Zeuge für die Behauptung aufgeführt, daß auch zu seiner Zeit schon und vor ihm Ritualmorde seitens der Juden vorgekommen seien. Ich dagegen hatte erklärt, daß Agobard zwar ein Judenfeind war, der den Juden alles erdenklich Schlechte nachsagt, vom Christenmord durch Juden aber nichts erwähnt, weil dieser Aberglaube zu seiner Zeit noch nicht bekannt war. Er kennt die Blutfabel noch nicht.

Dagegen behauptete Rohling, daß Agobardus nicht bloß von dem Blutrituale geschrieben, sondern sogar „die älteren Tatsachen bis zum 8. Jahrhundert" mitgeteilt hat. Der über Vorschlag der philosophischen Fakultät vom Landes-

gericht bestellte und beeidete Sachverständige Dr. Franz Weihrich, k. k. Professor am Franz-Joseph-Gymnasium in Wien, gab nun ein mit rühmenswerter Gründlichkeit und fast peinlicher Gewissenhaftigkeit ausgearbeitetes Gutachten, welches in der entscheidenden Stelle wörtlich lautet:

> „In den beiden (oben) genannten Schriften ist keine Tatsache angeführt oder den Juden zur Last gelegt, welche als ritueller Mord ausgelegt werden konnte.“

Also nicht einmal eine einzige Tatsache, während Rohling sagt, daß Agobardus „die älteren Tatsachen bis zum 8. Jahrhundert“ mitgeteilt habe!

Rohling zitiert zu gleichem Zweck einen Paolo Medici, einen Italiener, über die gleiche Anklage, und wir haben von diesem Buche fünf Auflagen herbeigeschafft, damit er sich nicht entschuldigen könne, er habe eine andere Auflage benützt, und es hat sich ergeben, daß er mit Bewußtsein gelogen hat. Er zitiert einen Rabbiner in Lyon: August Fabius. Ich hatte ihm in der ersten Streitschrift gesagt: Es existiert in Lyon kein Rabbiner August Fabius. Was antwortete Rohling? Er habe sich erkundigt und erhielt die Auskunft, daß der Bloch schwindelt. Fabius ist zwar kein Rabbiner, aber ein Prediger in Lyon. Wir sind nun an das Ministerium des Äußern herangetreten, d. h. nicht wir, sondern das Landesgericht, und im Wege des Ministeriums des Auswärtigen und des französischen Ministeriums wurde erhoben, daß ein Mann solchen Namens kein Rabbiner, kein Prediger, kein Schächter, kein Gemeindefunktionär in Lyon war; Rohling aber behauptet, er habe sich erkundigt.

Ich zitierte das Rechtsgutachten eines berühmten deutschen Gelehrten, G. O. Tychsen, zugunsten der Juden — er war einer der berühmtesten Kenner des Talmuds in ganz Deutschland im vorigen Jahrhundert. — Ich hatte genau angegeben, daß dieses Rechtsgutachten beim Berliner Kammergerichte erliegt. Was antwortete Rohling? Ja, der Tychsen hat aber zwei Jahre später beim Kammergerichte ein entgegengesetztes Gutachten abgegeben. Das Wiener Landesgericht hat sich

nach Berlin gewandt, und auch diese Angabe wurde als Lüge entlarvt.

Er erklärte ferner, ein Rabbiner Dr. Kroner in Münster habe seinem Kollegen Professor Bickell gesagt: „Ja, was der Rohling in seinen Schriften mitteilt, ist ja wahr, aber es ist doch schlecht von ihm, daß er das dem Volke erzählt, um die Bevölkerung gegen uns aufzureizen.“

Wir haben zwar nicht den Rabbiner, sondern Rohlings Freund und Kollegen, den Professor Bickell, einvernehmen lassen, und dieser erklärte unter Eid: „Der Rabbiner Kroner kann mir unmöglich so etwas gesagt haben.“

Herr Rohling zitierte einen „Exrabbi Moldavo“, der die scheußlichsten Dinge über Juden erzählte. Die Schrift des angeblichen „Rabbi Moldavo“ ist nichts anderes als eine anonyme Hetzschrift eines hirnverbrannten Täuflings, der nie Rabbiner war, ein vagabundierendes Leben führte und im Säuferwahnsinn starb.

Die gravierende Tatsache, daß er für seine haarsträubenden Anklagen gegen die Juden sich auf einen solchen Anonymus als Gewährsmann beruft, wollte Rohling die Leser nicht ahnen lassen und verwandelte den dunklen Ehrenmann in einen „Rabbi Moldavo“.

So waren alle Veranstaltungen für die Schlußverhandlung durch das Gericht vorbereitet.

Am 21. Oktober 1885 erschien in der amtlichen „Wiener Abendpost“ und in sämtlichen Tagesblättern folgende Mitteilung: „Prozeß Rohling contra Bloch: Nachdem das Abgeordnetenhaus die Aufhebung der Immunität für den Abgeordneten Dr. Bloch in dem gegen ihn durch Professor Rohling angestrengten Ehrenbeleidigungsprozesse beschlossen hat, so hat das Wiener Landesgericht nunmehr endgültig in dem seit mehr als zwei Jahren anhängigen Prozesse die Verhandlung anberaumt. Die Verhandlung, welche vor dem Schwurgerichte in Wien stattfindet, wird am 19. November d. J. beginnen und soll bis Ende des Monates dauern. Den größten Teil der Verhandlung werden die Sachverständigen in Anspruch nehmen, welche über mehr als hundert Fragen ihr Votum abzugeben haben.“

Da trat plötzlich eine Wendung ein, welche ganz Österreich verblüffte. Zunächst versuchte der Herr Professor durch Drohungen Wiener Juden einzuschüchtern, damit man mich zu einem Ausgleich veranlasse. Durch die geplante Gerichtsverhandlung werden die Gemüter der Wiener Bevölkerung gegen die Juden aufgereizt werden, die Folgen für das Judentum könnten bloß schlimme sein; so schrieb der Prager Biedermann nach Wien, um mich zur Nachgiebigkeit zu veranlassen. Als diese Kunstgriffe indessen nichts halfen, ich weder den liebreichen Mahnungen aus Prag, noch den übereifrigen Besorgnissen jüdischer „Freunde" Gehör gab, trat Rohling im Monate Oktober 1885, unmittelbar nachdem die Schlußverhandlung ausgeschrieben war, an die Unterrichtsverwaltung mit der Bitte heran, ihm einen einjährigen Urlaub — zu Studienzwecken zu bewilligen. Das Unterrichtsministerium beeilte sich durchaus nicht, diesem Wunsche nachzukommen. Er sollte vielmehr erst seinen Prozeß mit Dr. Bloch zu Ende bringen, sich von den schweren Anklagen reinwaschen.

Und was geschah?

Herr Professor Rohling schreibt an das k. k. Landesgericht zu Wien, daß er von der erhobenen Anklage gegen den Reichsratsabgeordneten Dr. Bloch zurücktrete! Gleich jenem Delinquenten, der in namenloser Angst vor der öffentlichen Justifizierung in der einsamen Zelle sich erhängt, so hat Professor Rohling, um der moralischen Hinrichtung vor dem Schwurgerichte zu entgehen, selber das Urteil an sich vollzogen.

Das mir zugestellte Erkenntnis des k. k. Landesgerichtes Wien lautete wörtlich:

Das k. k. Landesgericht zu Wien in Strafsachen

Zahl 38.149.

An Herrn Dr. Josef Samuel Bloch
Reichsratsabgeordneter
Wien.

Über die Erklärung des Privatanklägers Dr. August Rohling, daß er von der am 18. März 1884, Z. 10.360, ein-

Zahl 38149



Das k. k. Landesgericht zu Wien

An in Strafsachen.

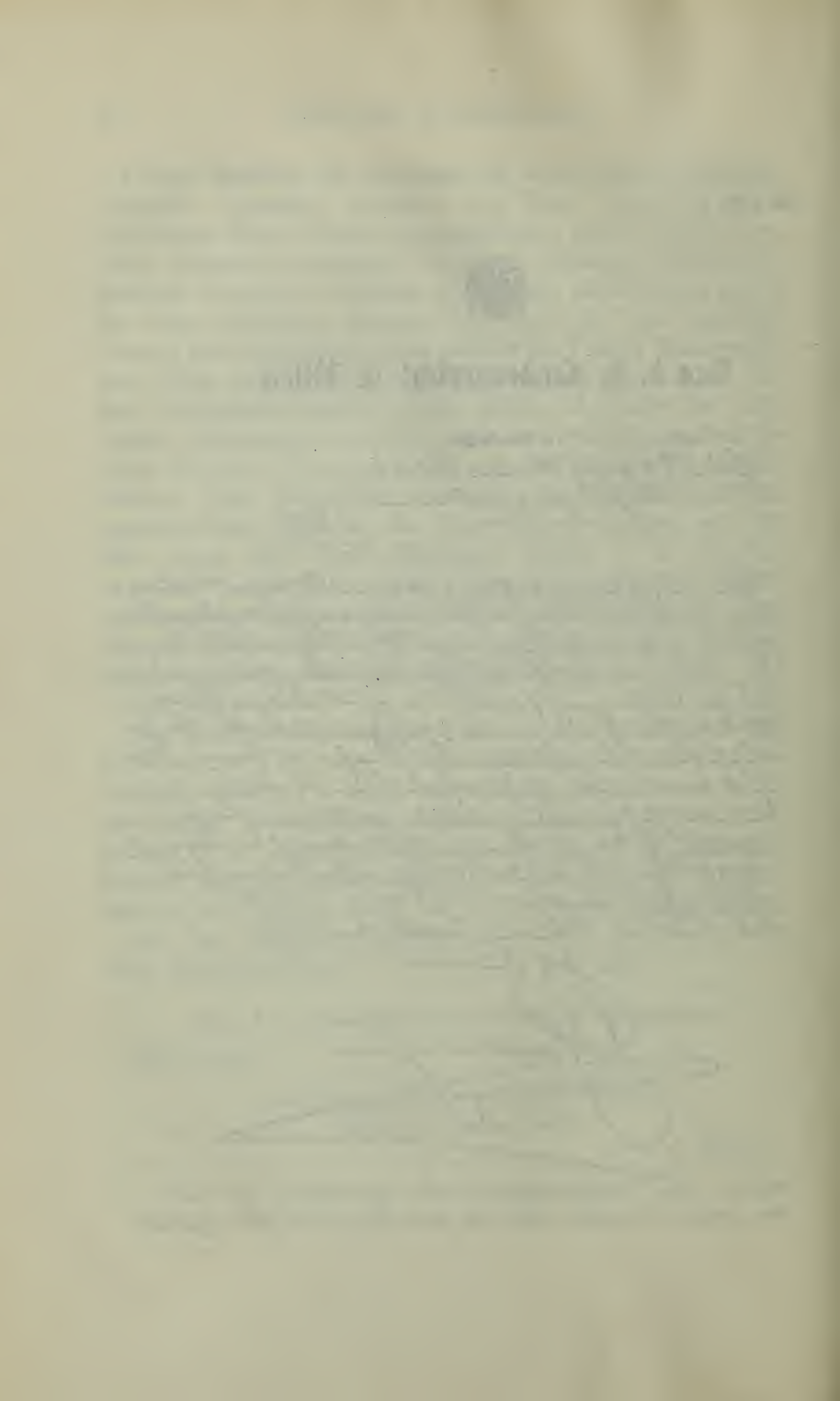
Herrn Dr. Josef Samuel Bloch,
Reichsrathsabgeordneter

Wien.

Über die Erklärung des Privatanklägers Dr. August Rohling, daß er von der am 18. März 1884 Z. 10360 eingebrachten Anklage abstehe, wird das Strafverfahren gegen Dr. Josef Samuel Bloch, Heinrich Breßnitz und Oswald Krenz wegen Vergehens gegen die Sicherheit der Ehre gemäß §. 227 St. P. O. eingestellt und gemäß §. 390 St. P. O. dem Privatankläger der Ersatz der in dieser Strafsache aufgelaufenen Kosten auferlegt. Dem Begehren des Privatanklägers, die in dieser Strafsache aufgelaufenen Strafkosten für uneinbringlich zu erklären, oder deren gnadenweise Nachsicht in Antrag zu bringen, kann im Hinblicke auf die Vorschriften des XXII. Hauptstückes der Strafprocessordnung keine Folge gegeben werden.

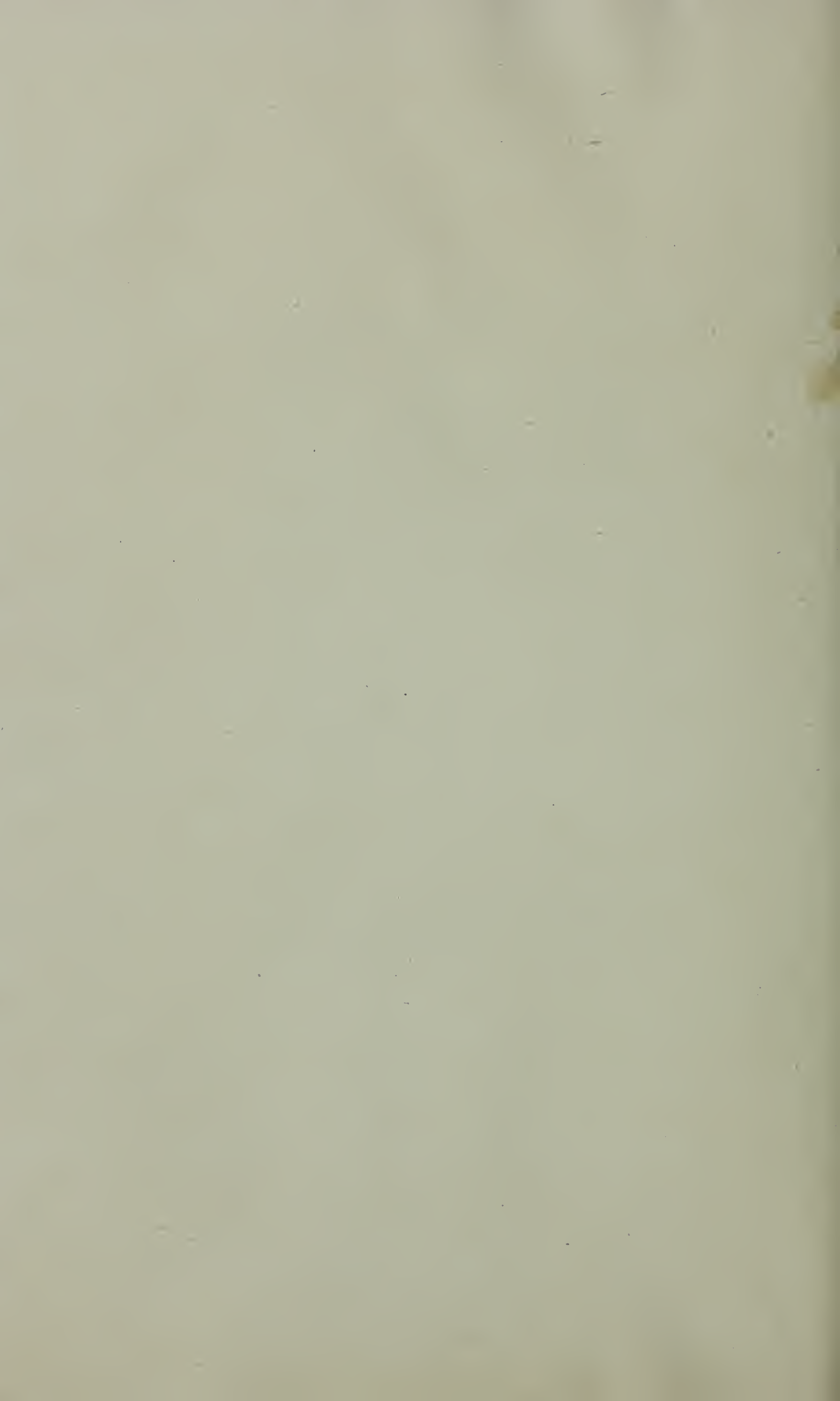
Wien, am 20. Oktober 1885

Der k. k. Präsident:





Karikatur aus dem »Kikeriki«, 1885.



gebrachten Anklage abstehe, wird das Strafverfahren gegen Dr. Josef Samuel Bloch, Heinrich Bresnitz und Oswald Kreuz wegen Vergehens gegen die Sicherheit der Ehre gemäß § 227 St. P. O. eingestellt und gemäß § 390 St. P. O. dem Privatankläger der Ersatz der in dieser Strafsache aufgelaufenen Kosten auferlegt. Dem Begehren des Privatanklägers, die in dieser Strafsache aufgelaufenen Strafkosten für uneinbringlich zu erklären oder deren gnadenweise Nachsicht in Antrag zu bringen, kann im Hinblicke auf die Vorschriften des XXII. Hauptstückes der Strafprozeßordnung keine Folge gegeben werden.

Wien, am 20. Oktober 1885. *Der k. k. Präsident*
Schwaiger.

Diese sensationelle Wendung des Prozesses hat nicht verfehlt, in der öffentlichen Meinung des In- und Auslandes ungeheures Aufsehen zu erregen. Die gesamte Presse besprach in langen Artikeln an erster Stelle das unerwartete Geschehnis, man publizierte ausführliche Berichte über die Ergebnisse der Aussagen der diversen Sachverständigen. Übereinstimmend lautete das Urteil:

„Professor Rohling hat den Wahrspruch der Geschworenen nicht abgewartet, sondern sich selber das Urteil gesprochen. Der Prozeß, welcher eine zweijährige Vorbereitung nötig gemacht hat, durch welche erwiesen werden sollte, daß der k. k. Professor der hebräischen Altertümer zu Prag nicht das wissenschaftliche Vermögen besitzt, eine einzige Zeile hebräisch korrekt zu lesen; daß der fromme katholische Priester tatsächlich falsche Eidesleistungen vollzogen und wiederholt den Meineid dem Gerichte angeboten hat; dieser Prozeß, auf dessen Fort- und Ausgang alle Gebildeten in Österreich mit Spannung blickten, um dessentwillen das österreichische Parlament zweimal die Immunität eines seiner Mitglieder hat aufheben müssen, hat ein plötzliches Ende genommen. Es ist das ein sensationelles Ereignis ersten Ranges. Nachdem der Geklagte das gesamte Beweismaterial zur Verfügung des Gerichtes gestellt hat, nachdem

alle Vorerhebungen den angetretenen Wahrheitsbeweis auf das glänzendste bekräftigten und die von dem k. k. Landesgericht zu Wien bestellten Sachverständigen durch die Übersetzung von mehr als 400 Texten aus der hebräischen und rabbinischen Literatur gerichtsmäßig dargetan haben, daß die gegen den Prager Professor erhobenen Anklagen nach allen Richtungen begründet sind, nachdem das k. k. Landesgericht zu Wien bereits den Termin zur Schlußverhandlung in Aussicht genommen hatte, erklärte Herr Professor Rohling plötzlich, von der Anklage zurückzutreten. Er hat sein Geschick beim Schwurgericht vorausgesehen und darum über sich selbst das Urteil gesprochen."

Da blieb denn der österreichischen Unterrichtsverwaltung kein anderer Ausweg, als den Kläger darauf aufmerksam zu machen, daß er auch die Folgen seiner Niederlage zu tragen habe und auf eine Lehrkanzel Verzicht leiste, zu der ihm die wissenschaftliche Qualifikation fehlt.

Die katholische „Kölnische Volkszeitung" schrieb (9. Mai 1900, Literarische Beilage) gelegentlich einer Besprechung des Buches „Blut im Glauben und Aberglauben der Menschheit" von Professor Strack über Rohling:

„Hat er allerdings eine Beleidigungsklage, die er im Interesse seiner moralischen Existenz erheben mußte, im letzten Augenblicke zurückgezogen, dann steht die Sache recht böse für ihn."

Und am 10. Februar 1897 nannte die „Kölnische Volkszeitung" eine Schrift Rohlings

„ein Gemengsel von Betrug und Träumereien"

und als

„Einbildung des verworrenen Prager Kanonikus". — —

Während ich diese Erinnerungen niederschreibe, kommt mir eine Schrift des Dr. Artur Dinter, „Lichtstrahlen aus dem Talmud, Offene Briefe an den Landesrabbiner von Sachsen-Weimar-Eisenach Herrn Dr. Wiesen und öffentliche Aufforderung an die Herren Rabbiner Dr. Bruno Lange in Essen und Dr. Rosenack in Bremen sowie sämtliche Rabbiner Deutsch-

lands, 5. Auflage, 51.—60. Tausend. Verlag: Matthes & Thost, Leipzig und Hartenstein in Sachsen," zur Hand und ich lese auf Seite 33:

„Nun aber zu Ihrem letzten, so nebenbei hingeworfenen Satz: ‚Im übrigen ist Professor Rohling auch durch ein Gerichtsverfahren als Fälscher entlarvt worden' (Akten des Professors Rohling contra Bloch, Wien, Breitenstein)! Hier sprechen Sie eine grobe und noch dazu verleumderische Unwahrheit aus! Rohling ist, wie aus den von Ihnen angeführten Akten hervorgeht, niemals als ‚Fälscher entlarvt' worden! Weder in einem Gerichtsverfahren, noch außerhalb eines solchen! Und in dem vorliegenden Falle Bloch-Rohling hat, wie bereits dargelegt und aus den von Ihnen angeführten Akten ersichtlich, ein Gerichtsverfahren, das eine Gerichtsverhandlung und einen Urteilsspruch voraussetzt, überhaupt nicht stattgefunden!"

Diese Auslassung erinnert wiederum einmal an jene wenig einwandfreien Frauenzimmer, die, wenn man ihnen ins Gesicht spuckt, dreist erklären, es habe bloß geregnet. Herr Rohling hat gegen mich beim Wiener Landesgericht die Ehrenbeleidigungsklage erhoben, weil ich ihn einen „Lügner" und „Fälscher" genannt und weil ich ihn „des wiederholten, sowohl angebotenen als vollzogenen Meineides" beschuldigt hatte. Zwei und ein halbes Jahr dauerte die Prozeßführung, der Wahrheitsbeweis wurde durch das Landesgericht selber vorbereitet, Sachverständige auf dem Gebiete der hebräischen und rabbinischen Literatur, Sachverständige auf dem Gebiete der Kirchenväter, auch ein italienischer Dolmetsch zur Äußerung über ein von Rohling zitiertes italienisches Buch gerichtlich einvernommen; endlich auch der Termin für die Schlußverhandlung festgesetzt — da erklärte Herr Rohling, auf diese Schlußverhandlung zu verzichten, von der Anklage zurückzutreten. Das Gericht fällte gegen den Angeklagten einen Freispruch, **verurteilte den Kläger Professor Dr. August Rohling zur Tragung sämtlicher in dieser Strafsache aufgelaufenen Kosten!** Und nun erklärt

Herr Dinter, daß angeblich ein Urteilsspruch „überhaupt nicht stattgefunden“.

Das österreichische Kultusministerium, an dessen Spitze stets Männer streng konservativer Gesinnung standen, hat über den Ausgang des Prozesses anders geurteilt.

Der Ausgang hinterließ selbstverständlich in klerikalen Kreisen eine starke Erregung und Verstimmung. Noch in der Sitzung des österreichischen Herrenhauses vom Samstag, den 27. Juni 1908, hat der gewesene Ministerpräsident und spätere Statthalter von Böhmen Fürst Franz Thun, bei Besprechung des Falles Wahrmund, der wegen kirchenfeindlicher Schriften Ärgernis erregte, dessen Amovierung die Konservativen stürmisch forderten, in einer großen Rede zur Unterstützung dieses Verlangens an die gewaltsame Entfernung Rohlings erinnert. Er sagte:

> „Hofrat Rohling ist pensioniert worden. Aber ich habe — wenigstens in der ‚Neuen Freien Presse‘ — damals nie gelesen, daß man ein kritisches Urteil darüber gefällt hat, daß ein Professor gemaßregelt worden ist. Das Ganze ist als selbstverständlich behandelt worden und damit war die Sache fertig.“

Herr Rohling war eben ein öffentlicher Skandal geworden, so daß auch seine hohen Protektoren ihn nicht mehr retten konnten. Das österreichische Judentum war von ihm befreit. Rohling mit seinen ewigen Eidesangeboten verschwand von der Bildfläche des öffentlichen Lebens. — — —

Die interessanten und spannenden Begebenheiten würden in historischer Schilderung des kräftigsten dramatischen Effektes entbehren, wenn eine Schlußszene fehlen möchte, die Szene, welche dem menschlichen Bedürfnis nach Humor gerecht wird. Was ich hier wahrheitsgemäß zu erzählen habe, wird gewiß bei vielen Lesern ein schallendes Gelächter auslösen; mir war damals, als die Geschehnisse sich zutrugen, durchaus nicht heiter zumute, heute kann auch ich nur lachen über die Dummheit der Menschen.

Der hundertfache Millionär Wilhelm von Gutmann, der Herrn Dr. Kopp mit meiner Vertretung in der Führung des Prozesses betraut hatte, verlangte von mir nunmehr, da die Sache endgültig und glücklich erledigt war, die Zession aller meiner Ansprüche gegen Professor Rohling auf Ersatz der mir durch seine Anklage erwachsenen Kosten. Da die Brüder Gutmann zur Entlohnung Dr. Kopps sich verpflichtet hatten, konnte ich die Ausfolgung einer solchen Zession nicht gut weigern. Daß die Brüder Gutmann als meine Rechtsnachfolger bei Professor Rohling in Prag die Kosten einzutreiben beabsichtigt hätten, war nicht anzunehmen. Das Verlangen entsprach vielmehr einer Einflüsterung mancher klerikalen „Freunde des Hauses", die an der reich besetzten Tafel der beiden Millionäre gerne speisten, um nach Tisch über die jüdischen Parvenus sich lustig zu machen. Diesen war es darum zu tun, den „armen Professor", der so viel Malheur hatte, vor weiteren Unannehmlichkeiten zu schützen. Diese arischen Schmarotzer, die innerlich mit Rohling sympathisierten oder mit ihm Mitleid hegten, waren auch auf Dr. Kopp schlecht zu sprechen und um zu verhindern, daß dieser irgendwelche Schritte inzwischen in Prag unternehme, wurde er sofort von dem Vorgang unterrichtet. Ich erhielt darauf nachstehendes Schreiben von ihm:

Zufolge des Rücktrittes des Professors August Rohling von der gegen Sie beim k. k. Landesgerichte Wien erhobenen Ehrenbeleidigungsklage haben Sie den Anspruch auf Ersatz der Kosten erworben, welche Ihnen durch das über diese Anklage eingeleitete Strafverfahren erwachsen sind. Die Herren Wilhelm und David Ritter von Gutmann haben mir soeben mitgeteilt, daß Sie diesen Anspruch beiden Herren zediert hätten. Da ich nun einen aktenmäßigen Beleg für die Richtigkeit dieser Mitteilung von Ihrer Seite benötige, so bitte ich mich zu dem Zwecke zu besuchen, um mir über diese Angelegenheit schriftliche Information zu erteilen.

Hochachtungsvoll ergebenst

Wien, am 27. Jänner 1886. *Dr. Josef Kopp.*

Selbstverständlich ging ich sogleich in die Kanzlei Dr. Kopps, zeichnete die Information mit meiner Unterschrift und nun vernahm ich, daß die Liquidierung seines Honoraranspruches auf Schwierigkeiten stoße und er deswegen bemüßigt ist, die Hilfe der Gerichte in Anspruch zu nehmen.

Nachstehend seine diesbezügliche, etwas zu umfangreiche Eingabe an das Wiener Landesgericht, mit Hinweglassung einer unwesentlichen Stelle:

An das k. k. Landesgericht Wien in Strafsachen.

Dr. Josef Kopp als Verteidiger des Herrn Dr. Bloch bittet um Liquidierung seines Honorars.

Hochlöbliches k. k. Landesgericht!

Ich muß den Schutz des Gerichtes wegen einer Angelegenheit anrufen, in der ich nie geglaubt hätte, dazu genötigt zu werden. Es handelt sich um die Erlangung des durch die Verteidigung des Herrn Dr. Bloch wider die Anklage des Herrn Professor Rohling verdienten Honorares.

Nachdem ich mich einmal entschlossen hatte, die Vertretung zu übernehmen, habe ich dieselbe mit Aufgebot meiner ganzen Kraft und Hintansetzung meiner Gesundheit, aber auch mit Lust und Liebe geführt, weil ich einer guten und bedeutenden Sache gerne diene. Da ich aber schon im Beginne der Arbeit und bevor ich noch deren Ausdehnung kannte, doch so viel gleich einsah, daß es sich um einen erheblichen Aufwand von Zeit und Mühe handelt, Herr Dr. Bloch nur einen kärglichen Gehalt bezieht und auch Herr Professor Rohling nicht über große Mittel verfügt, so hätte mir niemand zumuten können, mich dieser Sache zu widmen, wenn nicht eine zahlungsfähige Person mir meine Honorierung zusichert.

Ich kannte Herrn Dr. Bloch, da er erst kurz vorher als Abgeordneter gewählt wurde und also keine hervorragende Rolle spielte, gar nicht, und er war es auch nicht, der mich um meinen Rechtsbeistand anging, sondern Herr Wilhelm Ritter von Gutmann, öffentlicher Gesellschafter der Firma Gebrüder Gutmann, den ich auch persönlich kenne, da er während der Wahlperiode 1878—1884 dem Landtag angehörte. Herr von Gutmann besuchte mich in der ersten Hälfte des März 1884 und bat mich, die Verteidigung des Herrn Dr. Bloch zu übernehmen. Daß es sich dabei nicht um das persönliche Interesse des Herrn Dr. Bloch, sondern um das Interesse der gesamten Judenschaft handelte, ist wohl klar und geht auch daraus hervor, daß Herr von Gutmann mir sagte, es sei ihm an Dr. Bloch nichts gelegen und daß ich die Vertretung ihm zuliebe übernehmen möge und daß ich werde fürstlich bezahlt werden.

Ich war anfangs wenig geneigt, mich mit dieser Sache zu befassen, ich verstehe ja kein hebräisches Wort, ich wußte von allen hier in Frage kommenden Dingen gar nichts, ich sah voraus, daß ich große Mühe haben werde, ich war — von meiner Kanzlei abgesehen — als Reichsratsabgeordneter und als Referent für alle Gemeindeangelegenheiten im niederösterreichischen Landtag ungemein beschäftigt; meine Gesundheit ist nicht die beste. Alles dieses stellte ich dem Herrn von Gutmann vor, er drang aber so in mich, daß ich mir endlich nur eine kurze Bedenkzeit vorbehielt, um mich mit hervorragenden Parteigenossen zu beraten, da ich als Vorstandsmitglied der liberalen Partei Anstand nahm, ohne Zustimmung meiner politischen Freunde die Verteidigung eines Mitgliedes des Polenklubs, noch dazu in einer sicher nicht populären Sache, zu übernehmen.

Nach einigen Tagen teilte ich Herrn von Gutmann mit, daß ich seinen Antrag annehme — von der Höhe des Honorares war mit keiner Silbe gesprochen worden. Nach mehrmonatiger, angestrengter Arbeit erkannte ich, daß Umfang und Ende sich gar nicht absehen lassen, daß der Prozeß unvorhergesehene Dimensionen annehmen werde und wurde nun wegen der Kosten bedenklich.

Da ich es für unschicklich gehalten hätte, unaufgefordert über die Höhe des Honorars zu sprechen, schlug ich einen anderen Weg ein, um Herrn von Gutmann klar zu machen, daß es sich um keine Kleinigkeit handelt. Es stelle sich nämlich heraus, daß ich, um mit meiner Arbeit weiter zu kommen und sicher zu gehen, eine Reise nach verschiedenen deutschen Universitäten antreten muß. Ich stellte nun Herrn von Gutmann vor, daß ich eine solche Leistung anders bewerten müsse, als die gleiche Bemühung während der Arbeitszeit im Laufe des Jahres und daß ich, um meine Gesundheit nicht zu sehr zu gefährden, mir auf der Reise alle Bequemlichkeiten gönnen müsse, die man ums Geld haben kann; ich fügte noch bei, daß ich zuweilen plötzlichem Unwohlsein, besonders zur heißen Zeit, ausgesetzt sei und daher auch meine Frau mitnehmen müsse. Alles das zusammen koste Geld, und da er der Zahler sei, müsse ich ihn fragen, ob er mit einem solchen, allerdings recht notwendigen, aber kostspieligen Vorgehen einverstanden sei. Darauf sagte er mir, ich möge nur reisen, immer nur erste Klasse fahren und in ersten Hotels einkehren, nichts sparen, denn „Geld spielt in dieser Sache keine Rolle". Ich glaubte nun beruhigt sein zu können.

Die Arbeit wurde aber immer komplizierter, die Schwierigkeiten häuften sich und ich konnte mich der Besorgnis nicht verschließen, daß es dem Herrn von Gutmann doch zuviel werden könnte, daß er sich über die Leistungen und das denselben entsprechende Honorar nicht im klaren befindet. Ich ließ daher Herrn von Gutmann neuerdings zu mir bitten und stellte ihm vor, daß man ihm doch nicht zumuten könne, eine so ungewöhnliche Arbeit, die ja nicht sein Interesse, sondern das der gesamten Judenschaft betrifft, allein zu honorieren. Ich empfahl ihm daher geradezu, er

möge mit anderen ebenso reichen Glaubensgenossen gleicher sozialer Stellung ein Konsortium bilden, welches meine Honorierung zu übernehmen hätte. Herr Wilhelm von Gutmann lehnte das sofort ab und erklärte, er werde höchstens vielleicht dem Baron Rothschild gestatten, sich an der Sache zu beteiligen. Zur Begründung dieser doch etwas seltsamen Erklärung fügte er wörtlich bei: „Sie ahnen gar nicht, Herr Doktor, wie reich wir sind.“ Da nun in Wien ohnedies jedermann weiß, daß die Herren von Gutmann zu den reichsten Männern von Österreich gehören, so fand ich keinen weiteren Anlaß zu einer Bemerkung. Nur drückte ich „wegen Leben und Sterben“ den Wunsch aus, eine nicht ziffermäßige schriftliche Zusicherung von ihm — und da ich wußte, daß er nichts Bedeutendes ohne seinen Bruder und Kompagnon unternimmt — auch von seinem Bruder David zu erhalten. Auf Verlangen entwarf ich auf ein Stück Papier eine Erklärung, die mir in wenigen Tagen, unterschrieben von beiden Brüdern, zugeschickt wurde und die ich dem Gericht vorlege.

Im März 1885 besuchte mich der von mir sehr geschätzte, hochverehrte Kollega Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Philipp Mauthner, der in dieser Sache als Vertrauensmann der Herren von Gutmann intervenierte. Er war es, der diesen Herren empfahl, mich um die Übernahme der Vertretung anzugehen. Er konferierte mit mir wiederholt in dieser Angelegenheit, er wurde über Wunsch des Herrn Wilhelm von Gutmann einer längeren Konferenz beigezogen, welche am 28. Oktober 1884 bei mir stattfand, um den Herren den bisherigen Gang der Sache und den Plan der Weiterführung darzulegen, und als die Herren verreisten, wurde ich von Herrn Wilhelm von Gutmann ausdrücklich an Dr. Philipp Mauthner gewiesen.

Herr Dr. Mauthner stellte nun an mich die präzise Frage, wieviel ich für die Durchführung der ganzen Angelegenheit verlange. Ich weigerte mich längere Zeit, mich auszusprechen, da zu jener Zeit (die Sachverständigen waren bereits an der Arbeit, hatten aber ihr Gutachten noch lange nicht abgegeben) noch nicht abzusehen war, welche Wendung die Sache nehmen werde. Hätte das Gutachten der Sachverständigen ungünstig gelautet, so würde die ganze Angelegenheit ein sehr böses Ende genommen haben und das Resultat der Intention der Auftraggeber schnurstracks entgegen ausgefallen sein. Es liegt aber in der Menschennatur, daß man bei einem ungünstigen Ausgang (und wenn der Bevollmächtigte der Herren gar keine Schuld trägt) minder willfährig zur Entlohnung ist, als nach einem glänzenden Erfolge. Herr Dr. Mauthner drang aber in mich, ich solle ganz offen sein und direkt erklären, „das und das nehme ich“. So gab ich denn endlich nach und forderte 100.000 Gulden. Herr Dr. Mauthner gab natürlich keine Zusage, zu der er schwerlich autorisiert war, nahm aber meine Erklärung zur Kenntnis.

Von da an wurde die Honorarfrage nicht mehr erwähnt. Ich hatte noch fortan Konferenzen mit Herrn Wilhelm von Gutmann und einmal auch mit seinem Bruder, die Herren interessierten sich in gleicher Weise, erfuhren

von mir immer den Stand der Angelegenheit, und noch im September 1885, also zu einer Zeit, da er durch Herrn Dr. Mauthner seit beinahe einem halben Jahre wußte, welche Forderung ich stelle, besuchte mich Herr Ritter von Gutmann, ließ sich von mir einen von ihm gefaßten Plan über die Art und Weise der Ergänzung meiner Information über den Talmud ausreden und überhäufte mich mit Lobsprüchen über meine Tätigkeit.

An dem Tage aber, an welchem die Zeitungen die Nachricht brachten, daß Herr Professor Rohling seine Anklage vorbehaltlos zurückgezogen hat, änderte sich die Szenerie mit einem Schlage. Es wäre doch ein Gebot der allergewöhnlichsten Höflichkeit gewesen, mir mit einigen freundlichen, vielleicht auch nur geschriebenen Worten für meine den Herren sehr wohl bekannte Mühewaltung zu danken und anzuerkennen, daß dieser schmähliche Rückzug, durch welchen Rohling mehr graviert wurde, als durch einen für ihn ungünstigen Ausgang des Prozesses, durch meine ungewöhnlichen Bemühungen herbeigeführt wurde. Statt dem hüllten sich die Herren in tiefes Schweigen — ich existierte für sie nicht mehr. Erst zum Jahresschlusse kam eine geschäftsmäßig kurze, trockene Aufforderung der Firma Gebrüder Gutmann zur Vorlage meiner Expensnote. Auf meine Antwort, daß ich mit der Firma nichts zu tun habe und daß eine solche Arbeit sich zur Vorlegung einer Expensnote nicht eigne, kam die Einladung zu einer Konferenz. Da ich diesen zweiten Brief nicht gleich beantwortete, ließen die beiden Herren meinen Konzipienten — seit 1. Jänner mein Kompagnon — Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Friedrich Tezner zu sich rufen. Bei dieser Besprechung benahm sich Herr Wilhelm Ritter von Gutmann in einer Weise, daß Herr Dr. Tezner mir aus Schicklichkeitsrücksichten keine näheren Mitteilungen machen wollte, genug, daß er sich gezwungen sah, zu drohen, er werde den Hut nehmen und fortgehen, wenn in dem Ton weiter gesprochen würde. Das bei dieser Gelegenheit mir gemachte lächerliche Anbot wurde von mir sofort als indiskutabel bezeichnet.

So war ich denn glücklich in jene Situation gebracht, welche mir von weiter blickenden Freunden, deren Warnungen ich leider nicht beachtete, mit drastischen Worten prophezeit worden war. Ich hatte meine Schuldigkeit getan — ich konnte nun gehen.

Ich bin nun der Ansicht, daß die Herren von Gutmann, indem sie fortfuhren, mit mir zu konferieren, mich weiter arbeiten ließen und von dem Fortgang der Arbeit Kenntnis nahmen, kurz, sich ohne Minderung ihres Eifers an der Sache beteiligten, obwohl sie längst wußten, wie ich meine Honorarforderung beziffere, mit dieser Ziffer einverstanden waren, sie jedenfalls nicht für unangemessen hielten. Es wäre ihre Pflicht gewesen, wenn sie meine Forderung zu hoch fanden, mir gegenüber präzis zu erklären, daß sie damit nicht einverstanden sind. Nun könnte mir eingewendet werden, daß ein solches Honorar sich nur für die gänzliche Durchführung des Prozesses in seinem regelmäßigen Verlaufe, also einschließlich der Hauptverhandlung verstehe. Ich will nun keineswegs in Abrede stellen, daß

die Hauptverhandlung ein tüchtiges Stück Arbeit gewesen wäre, sicher aber hätte die Hauptverhandlung nur den kleinsten Teil des Aufwandes an Zeit und Mühe gekostet, deren der ganze Prozeß erforderte. Zur Hauptverhandlung gehört, sobald das ganze Prozeßmaterial beschafft und geordnet ist, nur etwas physische Ausdauer und eine gewisse durchschnittliche Redegewandtheit. Das Wichtigste und Schwierigste war aber eben die Beschaffung, Ordnung und geistige Bewältigung des Beweisstoffes. Auch erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, daß der Zweck des Prozesses, die moralische Vernichtung des Professors Rohling durch seinen bedingungslosen Rücktritt vom Prozesse mindestens ebenso erreicht wurde, als durch einen günstigen Wahrspruch der Geschworenen. Nichtsdestoweniger will ich dem Umstande, daß mir die Mühe der Hauptverhandlung erspart wurde, reichlich Rechnung tragen, und von der ursprünglichen Forderung ein Drittel abstreichen, so daß ich meinen Anspruch auf 66.000 Gulden freiwillig reduziere. Markten und feilschen lasse ich mit mir nicht, wohl aber wende ich mich vertrauensvoll an das hohe Gericht und stelle die Würdigung meines Anspruches seinem weisen Ermessen anheim.

Dr. Kopp schildert sodann ausführlich die Fülle der Arbeiten, die es erforderte, sich mit der Literatur bekannt zu machen, die mehrstündigen Vorträge, die ich ihm täglich hielt und fährt dann fort:

Dr. Bloch ist kein Jurist, wußte also nicht, was mir eigentlich zu wissen nötig ist, was und wie es prozessual zu verwerten ist und hielt mir so stundenlange Vorträge, von denen ich nur wenig brauchen konnte. Ich mußte erst lernen, Fragen zu stellen und er, sie zu beantworten. Ich legte ihm endlich zahlreiche, in Gruppen gesonderte Fragen schriftlich vor, die er mit umfangreichen schriftlichen Monographien beantwortete, das reichte aber lange nicht aus. Die Autorität des Dr. Bloch konnte mir nicht genügen.

(Dr. Kopp besorgte, daß ich die Materialien zugunsten der Juden färbe, nicht ganz objektiv darstelle.)

Ich fühlte den Boden unter meinen Füßen noch unsicher und erkannte die Notwendigkeit, mir bei den ersten Orientalisten Deutschlands mündliche Belehrung zu holen, zu welchem Behufe ich Mitte Juli 1884 die schon früher erwähnte Reise nach mehreren deutschen Universitäten antrat.

Zum Schluß heißt es in der Eingabe:

Nochmals muß ich eine Einwendung besprechen, die wichtigste, weil das k. k. Landesgericht darauf von Amts wegen Bedacht nehmen muß, auf die Einwendung, daß ich meine Vorbereitungen weit über die prozessuale

Notwendigkeit ausgedehnt habe und niemand verpflichtet sei, überflüssige Mühewaltung zu honorieren.

Darauf bemerke ich zweierlei:

1. Die Sache sollte vor die Geschworenen kommen. Jedermann weiß und es liegt in der Natur der Dinge, daß bei Geschworenen nicht immer juridische Erwägungen, sondern zuweilen auch Eindrücke ausschlaggebend sind, die der Berufsrichter gar nicht beachtet. Die Stimmung in der Bevölkerung ist antisemitisch, es müßte mit Zauber hergehen, wenn nicht mindestens die Hälfte der Geschworenen aus entschiedenen Antisemiten bestanden hätte. Ist der Berufsrichter Antisemit, so wird er deshalb das Recht nicht beugen — der Geschworene kann beim besten Willen ein Opfer seiner Stimmung sein. Rohling ist ein gewandter Redner, ich hätte ihn nicht hindern können, in einer ausführlichen Schlußrede — sowie er es laut des bei den Akten liegenden Verhandlungsprotokolles in Prag bei einer simplen Einspruchsverhandlung getan hat — eine Fülle packender neuer Behauptungen und Bemerkungen aufzustellen und meine Auseinandersetzungen dadurch zu widerlegen. Auch das Gericht hätte ihn kaum hindern können, denn eine selbst gesetzlich wohlbegründete Eindämmung seines Redestromes hätte sofort die Geschworenen zu seinen Gunsten gestimmt. Ich mußte daher in dem exotischen Gebiete, auf dem sich die Verhandlung zu bewegen hatte, ungemein bewandert sein, um dem Herrn Professor überall schlagfertig entgegentreten zu können.

2. Der Prozeß war der äußeren Form nach ein Ehrenbeleidigungsprozeß — tatsächlich trat aber der Ausgang desselben in bezug auf den Geklagten ganz und gar in den Hintergrund. Herr Wilhelm Ritter von Gutmann äußerte sich, wie schon angedeutet, über meinen Klienten nicht bloß gleichgültig, sondern geradezu wegwerfend. Nicht hundert Gulden hätte er daran gesetzt, um Herrn Dr. Bloch aus irgend einer Patsche zu helfen. Herr Wilhelm Ritter von Gutmann trat in der Sache als Repräsentant der Judenschaft auf und hat daher auch seiner Zusage gemäß diese Repräsentationskosten zu tragen. Professor Rohling bekämpft das Judentum seit mehr als einem Dezennium auf allen Gebieten — die Prozeßakten geben darüber hinlänglichen Aufschluß. Sein Ceterum censeo geht dahin, daß die Juden von Religions wegen zu jeder Schandtat gegen die Christen verpflichtet sind, er ist der erste, der vor Gericht, in Zuschriften und Büchern den wissenschaftlichen (?) Beweis dafür erbringen wollte, daß die Juden zu ihren religiösen Übungen das Blut rituell geschlachteter Christen genießen. Durch die kleine Presse, durch Broschüren, in Vereins- und Volksversammlungen wird diese Beschuldigung in die Menge getragen. Rohling hat diese Beschuldigungen vor Gericht unter seinem Eide wiederholt. Dr. Bloch hat daher in einer der inkriminierten Stellen mit Recht gesagt: „Gegen diese stets drohende Gefahr des Meineides müssen wir (die Juden) uns schützen," darum handelte es sich für Herrn Ritter von Gutmann, darum legte er auf mein Auftreten so großen Wert.

Charakteristisch ist in dieser Beziehung eine Mitteilung, welche Herr Wilhelm Ritter von Gutmann gleich in der ersten Zeit des Prozesses zu mir und zu meinem damaligen Konzipienten machte und später wiederholte. Er hat (so erzählte er mir) den Reichsratsabgeordneten Herrn Doktor Kuranda in seiner letzten Krankheit einen Tag vor dessen Tode besucht und ihm mitgeteilt, daß ich mich entschlossen habe, die Verteidigung des Herrn Dr. Bloch zu übernehmen, auch Herr Dr. Kuranda ausgerufen habe, er könne nun ruhig sterben, da er die Sache in meinen Händen wisse. Das ist doch deutlich. Nicht Dr. Bloch sollte freigesprochen, sondern die jüdische Religion gerechtfertigt, der Prophet des Antisemitismus unschädlich gemacht werden. Darum war es auch schon eine ausgemachte Sache, daß die ganze Verhandlung stenographisch aufgenommen und sohin durch den Druck möglichst viel verbreitet werden sollte. Zu diesem Zweck, dem einzigen, den Herr Wilhelm Ritter von Gutmann im Auge hatte, mußten die Vorbereitungen weit ausgedehnt werden, auch wenn der prozessuale Zweck mit viel geringerem Aufwande hätte erreicht werden können. Würde es sich um eine Kostenbestimmung gegen Herrn Professor Rohling und selbst gegen Herrn Dr. Bloch handeln, so könnte der Einwand, daß ich des Guten zu viel getan habe, einer Prüfung unterzogen werden. Herr Wilhelm Ritter von Gutmann aber, der mir mit den Worten: „Geld spielt in dieser Sache keine Rolle" klar ausdrückte, daß ich mich durch Rücksicht auf Kosten nicht bestimmen lassen sollte, etwa Zweckdienliches zu unterlassen, kann mir diese Einwendung nicht entgegensetzen.

Ich resumiere:

Die vorliegende Note umfaßt nicht entfernt meine ganze Arbeit, sie ist nicht dazu bestimmt, daß an der Hand derselben Post für Post meiner Arbeit bewertet werde — es ist keine Note zur Bestimmung, sondern zur teilweisen Orientierung. Zu demselben Zwecke lege ich eine Broschüre bei, die ich ohne Auftrag, aus eigenem Antrieb verfaßt habe, um das Publikum über den Gegenstand zu belehren. Aus dieser Beilage und den Akten des k. k. Landesgerichtes, insbesondere aus dem umfassenden Gutachten der Sachverständigen, dessen sorgfältiges Studium nicht zu meinen unbedeutendsten Arbeiten gehört, kann sich das hochlöbliche k. k. Landesgericht einen annähernden Begriff meiner Leistung machen.

Volle Kenntnis von meinem Zeitaufwand und meiner beispiellosen Anstrengung kann kein Mensch haben als ich allein, aber das Gericht, welches in der Würdigung der Tatsachen nicht beschränkt ist, wird an meinen Worten nicht zweifeln und es mir nicht als Anmaßung auslegen, wenn ich als Mann von Ehre sage, daß ich einen kleineren als den von mir angesprochenen Betrag als keine der Gerechtigkeit entsprechende Entlohnung ansehen könnte. Schließlich bemerke ich noch, daß die den Sachverständigen gezahlten 8000 Mark mir von Herrn Wilhelm Ritter von Gutmann direkt zum Erlage an das Gericht gegeben wurden und daher in der Note nicht vorkommen und bei meiner Aufstellung überhaupt nicht berücksichtigt sind

und daß ich an Vorschüssen während des Prozesses 6000 Gulden bekommen habe, so daß meine Restforderung noch 60.000 Gulden beträgt.

Ich bitte nun:

Das hochlöbliche k. k. Landesgericht geruhe meinen Anspruch an Honorar und Barauslagen für die Verteidigung des Herrn Dr. Bloch wider Rohling mit dem Betrage von 66.000 Gulden zu liquidieren.

Dr. Josef Kopp m. p.

Da vorauszusehen war, daß das Landesgericht mich als einzigen, der mit Dr. Kopp täglich gearbeitet, über seine Honoraransprüche einvernehmen werde, lud der in obiger Eingabe genannte Dr. Philipp Mauthner mich zu einer persönlichen Besprechung ein und gab mir zu bedenken, daß ich mit Herrn von Gutmann doch auch in Zukunft weiterleben und in jüdischen Angelegenheiten verkehren muß, während Dr. Kopp für mich jetzt bereits erledigt sei. Ich sollte deswegen vorsichtig sein und nicht förmlich Partei ergreifen. Dr. Philipp Mauthner war der Advokat des Bankhauses S. M. von Rothschild, welches mit der Firma Gebrüder Gutmann vielfache geschäftliche Beziehungen unterhielt. Ich antwortete ihm: „Ich erachte es als meine Pflicht, die Ehre des jüdischen Namens rein zu erhalten; Dr. Kopp darf nicht sagen können, daß auch Dr. Bloch ihm mit Undank gelohnt habe."

Bei meiner Einvernahme im Landesgericht sagte ich, daß ich persönlich wohl kaum mit einem Prozeß, der solche immense Arbeitsleistung erfordert, mich an Dr. Kopp gewendet hätte, der als Führer einer großen politischen Partei eine Fülle politischer Agenden zu bewältigen hatte. Mir war es nahe gelegen, an einen tüchtigen jüngeren Anwalt mit viel freier Zeit heranzutreten, der sich ein Renommee erwerben will und durch die glückliche Führung dieses großen Prozesses einen Weltruf erlangen kann. Das hätte sein Haupthonorar sein müssen, was die Causa selber bietet. Es war ausschließlich der Wunsch des Herrn von Gutmann, Dr. Kopp mit der Prozeßführung zu betrauen und ich muß zugeben, daß diese im Interesse der Sache tatsächlich die beste Wahl war. Wenn ich mich über die Wertung der vollbrachten geistigen und physischen Arbeitsleistungen rücksichtlich der Honorarbemessung

äußern soll, so kann ich nur konstatieren, daß der eben zu Ende geführte Prozeß zu den schwierigsten gezählt werden muß, die je vor österreichischen Richtern bis nun verhandelt wurden; daß der Anwalt Prozeßakten hat durchstudieren müssen, die seit zwei Jahrtausenden sich aufgestapelt haben, ohne daß auf jedem Akt Zahl und Datum vermerkt ist; endlich daß dieser so überaus schwierige Prozeß von keinem Advokaten der Welt hätte besser, kluger, erfolgreicher geführt werden können. Wenn nun der Anwalt im Prozeß Ofenheim hunderttausend Gulden Honorar erhalten hat, so ist der gleiche Anspruch des Herrn Dr. Kopp nicht zu hoch bemessen. Jener Anwalt Ofenheims hatte nicht annähernd das Arbeitsquantum zu bewältigen, die Herr Dr. Kopp geleistet, an Bedeutung reicht doch gewiß jener Privatprozeß an den Prozeß Rohling nicht heran.

So lautet meine Aussage und damit war die Sache erledigt. Das Landesgericht billigte hierauf mit Ratskammerbeschluß den Anspruch Dr. Kopps zur Gänze.

Da nun der Betrag voll hat ausbezahlt werden müssen, ließ Herr Gutmann bei Baron Rothschild anfragen, ob dieser nicht mit irgend einem Betrag dabei sich beteiligen werde? Baron Albert ließ antworten: „Ist es schon so weit mit Gebrüder Gutmann, daß man Kollekten für sie veranstalten muß?"

Als es in der Öffentlichkeit bekannt geworden war, daß ich meine Ansprüche gegen Professor Rohling auf Entschädigung meiner zweijährigen Arbeit der Firma Gebrüder von Gutmann, weil sie den Advokaten bezahlte, habe zedieren müssen, trat ein Komitee zusammen mit der Absicht, mich dafür in der Form eines Nationalgeschenkes zu entschädigen, und zu diesem Behufe einen Aufruf zu publizieren. Es waren einige sehr angesehene Gemeindemitglieder mit bei diesem Komitee. Die Absicht wurde gestört durch das Eingreifen des einflußreichen Vorstandsmitgliedes Emanuel Baumgarten. Einige Männer aus dem gedachten Komitee wurden in das Präsidium des Kultusvorstandes eingeladen, wo man ihnen klarlegte, eine solche öffentliche Sammlung wäre eine Demonstration und würde die Christen gegen uns aufreizen. Man solle überhaupt über den

Fall Rohling nicht jubeln. Man muß die christliche Empfindlichkeit schonen und nicht laut über den Ausgang sprechen. Juden sollten sich überhaupt nicht immer bemerkbar machen. Die Politik der damaligen jüdischen Finanzmänner bestand in dem „sich-nicht-zu-derkennen-geben“ — Jockel löscht das Licht aus, damit ihn die Flöhe nicht finden können. (Konstantin Brunner.) „Was Dr. Bloch betrifft, werde der Kultusvorstand schon wissen, was zu geschehen hat.“ Und was geschah? Der Kultusvorstand bestellte bei der „Österreichischen Wochenschrift“ Inserate für das laufende Jahr um den Pauschalbetrag von 600 Gulden. Nach Ablauf des Jahres beantragte Vorsteher Emanuel Baumgarten die Streichung dieser Budgetpost, „damit sie nicht Gewohnheitsrecht werde.“

Noch nach Jahrzehnten später mußte ich wiederholt Gerüchten entgegentreten, die man sich heimlich zugeflüstert hat, über angebliche Summen, die ich aus Anlaß des Prozesses Rohling von irgendwelcher Seite erhalten hätte; immer wieder mußte ich laut erklären, daß mir für die Arbeit während dieses Prozesses von keiner wie immer gearteten Seite irgend ein Honorar oder Geschenk zugewendet worden ist.

Für meine zweijährige angestrengte Arbeit in diesem Prozesse, mit welchem ich glaubte dem Judentume einen Dienst zu leisten, wurde mir nicht einmal eine Zeile der Anerkennung gewidmet von seiten des Wiener Kultusvorstandes. Dagegen erhielten die anrüchigsten Subjekte reichliche Subventionen, die sie sich dadurch verdienten, daß sie mich unablässig mit Lügen und Verleumdungen verfolgten und sich zum Ziel gesetzt hatten, einen günstigen Ausgang des Prozesses gegen Rohling womöglich zu verhindern.

Einer dieser seltsamen Figuren werde ich noch ein eigenes Kapitel widmen.

Ignaz Kuranda.

Wenn man staunend die Frage stellt, wie das, was hier aktenmäßig erzählt wird, hat geschehen können, so dient die Tatsache als Aufklärung, daß Ignaz Kuranda, der durch viele Jahre Präsident der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde war, nicht mehr unter den Lebenden weilte und eine öde Gedankenlosigkeit in die Gemeindestube einzog.

Ignaz Kuranda war ein weitblickender, staatskluger, mit dem Wissen der Zeit ausgerüsteter Mann, von reicher Erfahrung, dem der Neid fremd war und dessen deutscher Patriotismus sein jüdisches Bewußtsein nicht trübte. Er lebte jahrelang im Exil in Belgien, wo er zahlreiche politische Freunde sich erworben und zur Pflege belgisch-deutscher Freundschaft mit Unterstützung eines belgischen Ministers die „Grenzboten" in Brüssel gegründet, die der Sammelpunkt wurden für alle jene österreichischen Patrioten, die für Österreich die Herstellung eines Rechts- und Verfassungsstaates erstrebten. Später verlegte Kuranda die Redaktion der „Grenzboten" nach Leipzig, dessen Universität ihm in Anerkennung seines Werkes „Belgien seit der Revolution" das Ehrendoktorat verlieh. Nach den Revolutionsstürmen in seine Heimat Österreich zurückgekehrt, wurde Kuranda von den Deutschen Böhmens als Abgeordneter von Teplitz in die Nationalversammlung nach Frankfurt a. M. entsandt, später war er eine Zeitlang Gemeinderat der Stadt und wurde Ehrenbürger der Stadt Wien; der erste österreichische Wahlbezirk hatte ihn in den niederösterreichischen Landtag und in den österreichischen Reichsrat entsendet. Im Parlament zeigte sich seine politische Begabung,

sein Scharfsinn, er wurde ständiger Referent für das Budget des Außenministeriums, als solcher warnte er 1864 vor dem Bündnis mit Preußen zum Kriege gegen Dänemark, warnte noch eindringlicher 1866 vor dem Kriege gegen Preußen und erwarb sich durch die Reinheit seiner Gesinnung, die Selbstlosigkeit seines Wirkens eine führende Stellung innerhalb der liberalen Partei, so daß ihm 1867 Kaiser Franz Josef I. das Ritterkreuz des Leopoldordens verlieh.

Er zählte zu den bedeutendsten Mitgliedern der liberalen Partei, der sogenannten „Verfassungspartei"; nach der Bildung des Ministeriums Taaffe stand er in den Reihen der Opposition. Wie ihm jeder Fanatismus fremd und zuwider war, so auch der politische. „Ich fühle mich nicht verpflichtet," sagte er mir einmal, „der größte Ases Ponem der Partei zu sein;" während z. B. später der Abgeordnete Auspitz sich daran gefiel, in seinen Reden die schärfsten Malicen und die bissigsten Sotisen den Ministern zuzuschleudern. Auf sein Judentum Rücksicht zu nehmen, daran dachte jedoch der Herr Abgeordnete Auspitz nie. In den Augen seiner Wiener jüdischen Gesinnungsfreunde war ich geächtet, weil ich es wagte, mich der Partei des Grafen Taaffe anzuschließen. Dr. Kuranda dagegen sagte gelegentlich eines Zusammentreffens beim Sacher in Baden nach einer politischen Unterhaltung mit mir dann zu seiner Frau gewendet: „Dr. Bloch glaubt, er werde in der Art, wie er die Politik auffaßt, der Sache mehr nützen. Gut, man soll es ihn versuchen lassen."

Über die Gesinnung seiner Parteigenossen in bezug auf Juden gab er sich keiner Täuschung hin. So erzählte er mir, daß einmal einer seiner arischen Kollegen während der Sitzung des Parlamentes auf ihn zuging mit dem Bemerken: „Kollege, unsere gestrige Verabredung kann ich nicht einhalten," und schnell erinnerte er sich, daß er mit K. gar keine Rücksprache gepflogen, keine Verabredung getroffen hatte, und er bemerkte: „Entschuldigen Sie, Herr Kollege, ich habe mich geirrt, das war der andere..." Der Satz sollte wohl ergänzt werden: „der andere Jud." In der liberalen Partei des Abgeordneten-

hauses saßen damals zwei jüdische Mitglieder, man sprach somit von ihnen als von „den beiden Juden".

Kuranda war mir wohl gesinnt, auf dessen Zustimmung konnte ich bei allen meinen Schritten rechnen. Während z. B. der Präsident der Israelitischen Allianz, Josef Ritter von Wertheim, das geistige Erbe der Aufklärungsepoche und der „Haskala" noch immer mit sich fortschleppte und darum über meine Art den Antisemiten gegenüber schließlich Unbehagen empfand („Sie verteidigen den Talmud zu viel, wir kennen ihn nicht und wollen ihn nicht mehr," sagte er gelegentlich zu mir), hat Kurandas Klugheit erkannt, daß Rohling gegenüber, der durch die gewagtesten halsbrecherischen Akrobatenkunststücke, „das Gesicht zu wahren" und aus der Schlinge sich ziehen zu können vermeint, es keinen anderen Ausweg gab, als ihn vor die Schranken des Gerichtes zu zwingen. Noch in den Phantasien seiner letzten Lebensstunden redete er vom Prozeß, wünschte er, mir noch Ratschläge entbieten zu lassen.

Beim Leben Kurandas wären die Herren von Gutmann vor solchen Schritten, sagen wir mehr der Dummheit als der Engherzigkeit, bewahrt geblieben. Allein Kuranda war tot, seine Nachfolger, ein Herr Pollack von Borkenau und ein Herr Arminio Cohn, Leute ohne innere Sicherheit für selbständige Entschließungen in jüdischen Belangen, entbehrten jeder Autorität und der Geist eines Emanuel Baumgarten schwebte über diesen Gewässern.

M. L. Rodkinson, der „Dritte im Bunde".

Russischer Untertan, dem die Grenzen der Heimat verschlossen waren, weilte M. L. Rodkinson seit Oktober 1884 in Wien, wo er eine in Preßburg bei Löwy und Alkalay gedruckte hebräische Zeitschrift „Hakol" redigierte. In derselben Buchdruckerei hat sein Landsmann, Ephraim Deinard, ein bekannter hebräischer Literat und Reisender, in hebräischer Sprache die Schrift publiziert „Reise durch Europa", Preßburg 1885. Der Verfasser erzählt Reiseeindrücke und zeichnet Kulturzustände in Europa; er war auch in England und bietet Erinnerungen aus London, speziell Bilder der dorthin eingewanderten oder dort sich zeitweilig aufhaltenden russischen Juden und erwähnt einen alten Bekannten und Landsmann, den Herausgeber des „Hakol", wobei er von ihm ein böses Bild zeichnet: Seite 162 beschuldigt er ihn: „Jede Nichtswürdigkeit als Spaß anzusehen, das Weib und die Religion, den gefälschten Namen und die gefälschten Reisepässe so oft zu tauschen wie der Zigeuner das Pferd." Er berichtet von ihm, „daß er in Rußland wegen Betruges oder Wechselfälschung verurteilt wurde und in Deutschland wiederum eine hebräische Zeitschrift ‚Hachoze' im Dienste der Missionsgesellschaft redigiert habe." Nacheinander habe er bereits folgende Namen geführt: M. L. Frumkin, Alter Frumkin, M. L. Rodkinson, Alter Rodkinson, M. L. Alter. Gewiß habe er noch eine Anzahl solcher Namen in Vorrat."

Mir selber war Rodkinson gänzlich unbekannt, von Ephraim Deinard aber wußte ich, daß er als hebräischer Literat einen geachteten Ruf genießt. Sein Werk „Reise durch Europa" wurde

in derselben Druckerei, zu derselben Zeit, also zusammen mit Rodkinsons Zeitschrift „Hakol“, von denselben Setzern mit denselben Maschinen gedruckt.

In guter Erinnerung war mir auch eine merkwürdige Äußerung in einer Rezension, betreffend eine seiner Schriften.

In Rahmers „Literaturblatt“ Nr. 11, 1883, hieß es in einer Anzeige seiner hebräischen Schrift:

„Das ungesäuerte Brot und die Anklage des Blutgebrauches“, Preßburg 1883:

> „Es hat noch kein Judenfeind so wild und dumm nach Spuren gesucht wie dieser Herr R.“ — „Monsieur R. hat als schriftstellerischer Russe viel Pech gehabt. Es wird ihm mancherlei nachgesagt, was nicht gerade einer Empfehlung für gute Gesellschaft ähnlich sieht.“

Nach einer weiteren Zeichnung seiner Bestrebungen hieß es am Schlusse:

> „In die Details seiner Arbeit vermeiden wir einzugehen, weil es ohne Chillul Haschem nicht abgehen könnte.“

Das hat nicht gehindert, daß dieser Herr R. bei prominenten Persönlichkeiten der Wiener Kultusgemeinde, insbesondere bei Herrn Baumgarten freundliche Aufnahme und reichliche Förderung gefunden hat.

Es war etwa in den ersten Monaten des Jahres 1884 — der Reichsrat hatte bereits die Zustimmung zu der von Professor Rohling gegen mich erhobenen Anklage längst erteilt — als ich eine Wiener jüdische Buchhandlung aufsuchte, um einige Schriften einzukaufen. Da reichte mir der Buchhändler eine neue hebräische Broschüre, wie er sagte, „gegen den Judenspiegel von Justus-Ecker“, von welcher in Wien auch — eine deutsche Übersetzung veranstaltet werden solle. Neugierig durchblätterte ich das Heft und sagte zu dem Buchhändler: „Diese Schrift ist schlimmer als der Judenspiegel des Doktor Justus.“ Ich hielt es für wichtig, diese Äußerung dem Buchhändler gegenüber zu machen und fügte in bezug auf Herrn

Rodkinson, den Verfasser, hinzu: „Vor diesem Menschen fürchte ich mich.“ Meine Angst war keine unbegründete, und als der Verfasser acht Tage später mir seine anderen Schriften zusandte, erhielt er keine Antwort. Die eigenartige Natur dieser Arbeiten verdoppelten ihre Gefährlichkeit. Er schreibt nie gegen, sondern immer für die Juden, und von der gesicherten Position des Apologeten appliziert er dem Judentum hinterlistig die gefährlichsten „Schüsse in den After“, um einen Ausdruck Bismarcks zu gebrauchen. In Redewendungen, die ganz harmlos und unabsichtlich scheinen, bietet er — im Interesse der Mission — die sogenannte wissenschaftliche „Entdeckung“, daß das Kreuz noch vor Entstehung des Christentums im alten Israel ein heiliges Symbol war; daß die alten Hebräer den siebenten Ruhetag am Sonntag feierten und bloß aus Opposition und Haß gegen die damaligen Nichtjuden den Sonntag auf den Sabbath verlegt haben. Solcher Art versteht er auch die Juden zu verteidigen, daß ein Rohling mit ihm zufrieden sei und mancherlei von ihm profitieren dürfte. Er scheut auch nicht Zitate zu präparieren, mißdeutungsfähige Stellen mit fetten Lettern hervorzuheben. Seine Schriften sind darum umso gefährlicher, weil er die Maske des Apologeten trägt. Meinem Verteidiger Dr. Josef Kopp wurde von irgend einer Stelle die ins Deutsche übersetzte Schrift Rodkinsons gegen Justus-Ecker zugesendet. Nachdem er das Heft gelesen, sagte er: „Diese Schrift segelt unter falscher Flagge; sie ist nicht gegen Doktor Justus, sondern gegen die Juden.“ Sein Konzipient Dr. Friedrich Tezner hatte denselben Eindruck. Für diese sonderbare „Schutzschrift“ haben jüdische Finanzmänner Wiens dem Verfasser reichlich Unterstützung zugewendet, weil er trefflich verstand, zwei Pferde oder sagen wir lieber zwei Esel zugleich zu reiten.

Oktober 1884 verlegte R. seinen Wohnsitz nach Wien: „Was will der jetzt in Wien?“, so fragte ich mich, und ich wurde einigermaßen unruhig; allerlei Vermutungen stiegen in mir auf. Ein protestantischer Gelehrter in Deutschland schrieb mir: „Nehmen Sie sich in acht vor Rodkinson, der Mann ist zu sehr — befähigt.“ Aus London erhielt ich von unbekannter Seite

zwei Schriften des Londoner Predigers Rabbi J. Kohn-Zedek, betitelt „Sefath-Emeth“ und „Ohole-Sem“, in denen das Vorleben Rodkinsons konform den Mitteilungen Deinards geschildert und außerdem die öffentliche Anklage gegen ihn erhoben wird, ein zweiter Pfefferkorn, ein Bundesgenosse und Eideshelfer der Antisemiten zu sein. Endlich erhielt ich auch ein Exemplar der Petersburger hebräischen Zeitschrift „Hameliz“ Nr. 28, Jahrgang 15, postlich zugemittelt, enthaltend einen Artikel mit der vollen Unterschrift des Herausgebers Zederbaum, welcher von Rodkinson meldet: Er sei ehemals in kleinen russischen Städten und Ortschaften als Wunderrabbi herumgereist, um kinderlose Frauen von ihrer Unfruchtbarkeit zu heilen, derart, daß er oft als Belohnung für erfolgreiche Kuren eine tüchtige Tracht Prügel erhalten hat; er habe chassidistische Schriften verfaßt über jüdische Heilige und ihre Wundertaten, sei aber schließlich wegen Betrug und Wechselfälschung zu einer einjährigen Zuchthausstrafe, zu dreijährigem Ehrverlust und Schadenersatz von 1800 Rubel von dem Schwurgericht zu Petersburg am 1. September 1875 verurteilt worden. Der Abbüßung der Strafe entzog er sich durch die Flucht. Zederbaum notierte genau Zahl und Datum der hinter dem Flüchtling erlassenen Steckbriefe.

Die Zusendung dieses Artikels und der erwähnten Schriften aus dem Auslande zeigte mir, daß auch an anderen Stellen die Empfindung vorwaltete, Herr Rodkinson sei nicht zufällig nach Wien übersiedelt, wo der Prozeß Rohling sich vor den Gerichten abspielen soll; sondern er habe sich irgend eine Rolle dabei zurechgelegt.

Rodkinson besuchte mich, um eine Anzeige seiner neuen Schrift in der „Österreichischen Wochenschrift“ zu erwirken; ich lehnte das entschieden ab und sagte ihm, daß ich seine Schriften als schädlich für die Juden ansehe. Er: „Sie können mich ja widerlegen, Sie dürfen ruhig dagegen Ihre Einwendungen schreiben.“ Ich: „Dazu ist der Zeitpunkt nicht geeignet und ich möchte auch die Leser auf derlei Schriften nicht aufmerksam machen.“ Er erschien noch zweimal in meiner Wohnung und da ich aus meiner Reserve nicht heraustrat, kam

er nicht wieder. Dagegen unternahm er in seiner Zeitschrift verschiedene Angriffe gegen mich, ich antwortete nicht. Ich reiste nach Galizien, um meinen Wählern Rechenschaftsbericht über meine parlamentarische Tätigkeit zu erstatten und mich natürlich zur Wiederwahl zu empfehlen. Herr Rodkinson reist mir nach, ich sehe ihn hinter mir auf Schritt und Tritt. In seinen Reden versichert er, ich, Dr. Bloch, habe ihm nie Böses getan, allein er weiß überall allerlei Schimpfliches über mich zu erzählen. Die ehrenrührigsten Ausdrücke wählte er, um mich zu titulieren; ich schwieg, als ob es mich nichts anginge, sein Name kam nicht über meine Lippen. Das war auch nicht nötig, da er in Galizien gar nicht so unbekannt war. Bald verbreitete sich in Czernowitz, Lemberg und Kolomea die Nachricht, die man sich im stillen erzählte, aber von Mund zu Mund ging: Die Missionsgesellschaft habe Rodkinson als Delegierten nach Galizien entsendet, um die Wahl Doktor Blochs zu bekämpfen. Das war nun allerdings ein Irrtum, eine falsche Vermutung. Rodkinson war der Söldling nicht der Missionsgesellschaft, sondern einer andern Stelle, entsendet, mich bei den Wählern zu treffen und zu verwunden, nachdem der öffentliche Kampf für ihn ungünstig sich gestaltet hatte.

Wochen vergingen, ich war aus Galizien zurückgekehrt und mit meinem Anwalt beschäftigt, die eingelangten Gutachten in dem Rohling-Prozeß zu studieren. Als ich gelegentlich einen Freund besuchte, traf ich bei ihm eine Nummer von R.'s „Hakol“, sie enthielt einige nicht unwichtige „Enthüllungen“ über meine Person. Der Verfasser versicherte, ich hätte ihm einmal in einem Kaffeehaus, ein zweitesmal in vertraulicher Unterhaltung auf einem Spaziergang im Prater gesagt: „Die Ethik des Talmud sei Schmutz, der gar nicht zu reinigen ist,“ und in bezug auf die Bibel hätte ich Ähnliches geäußert; meine Streitschriften gegen Rohling wären von anderen verfaßt worden und ich hätte ihnen bloß den Namen geliehen; mit meinem Auftreten im Parlament gegen Pater Eberhard in Krakau, der die unmündige Rachel Stieglitz den Eltern entführt und ins Kloster gebracht, habe ich die katholischen Geistlichen gereizt, ohne den Juden zu nützen. Er fürchte sehr, ich werde den

Prozeß gegen Rohling verlieren. Nun konnte ich mich noch gut entsinnen, daß der Untersuchungsrichter bei meiner Einvernahme ähnliche Fragen an mich gestellt und aus dem Akt mir vorlas: Rohling behaupte, Verfasser der Streitschriften gegen ihn wären ganz andere Personen, die den Dr. Bloch bloß vorschieben; er verlange vom Gericht eine eingehende Untersuchung speziell über diesen Punkt. Natürlich konnte ich mit gutem Gewissen beteuern, daß mit Ausnahme des Buchhändlers Lippe kein Mensch von der Abfassung der Aufsätze etwas wußte, geschweige irgend einen Einfluß auf die Abfassung genommen.

Eines wurde mir jedoch klar, ich wußte nun, wessen ich mich zu versehen hätte von seiten dieses vielgewanderten Herrn Rodkinsons. Wenn er etwa über Befragen vor den Geschworenen erklärt: Bloch denkt über den Talmud gleich Rohling, Bloch versteht von dem Talmud nicht mehr als Rohling, dieser letztere sei überhaupt das Opfer eines Komplottes, bei welchem man es für gut befunden, den Namen Bloch zu benützen: besseres konnte Rohling sich nicht wünschen. Daher Rodkinsons „Befürchtung", Rohling werde den Prozeß gewinnen; daher auch Rodkinsons wiederholte Erklärung, gegen mich keine feindliche Gesinnung zu hegen, denn ich hätte ihm nie Böses zugefügt.

Indessen war Rohlings Sache nach dem Einlaufen aller Gutachten in ein Stadium getreten, daß auch solche Eideshelfer sie nicht mehr retten konnten. Die Zeit war vorüber, in welcher ich voller Angst an Rodkinson als den eventuellen Kronzeugen dachte. Nach wenigen Wochen hatte Rohling es für das beste angesehen, die Flucht aus dem Gerichtssaal zu ergreifen und sein moralischer Zusammenbruch bildete die öffentliche Sensation.

Es wäre aber nur eine halbe Tat gewesen, jenen Rohling außerhalb des Judentums gerichtlich festzunageln, wenn man seine bei weitem schädlicheren Hilfsarbeiter und Gesinnungsgenossen innerhalb des Judentums ruhig arbeiten ließe. Ich ging somit daran, Herrn Rodkinson zu entlarven und unschädlich zu machen.

Dazu war nicht viel Aufwand nötig. In einem Artikel „Aron Briman und R.“ („Ö. W.“ Nr. 43, 1885) erinnerte ich zunächst an die Tatsache, daß neben Briman noch ein anderer Mann im Dienste Rohlings tätig war, der ihn mit Zitatenmaterial versehen hatte und daß darüber ein interessantes Dokument vorliegt. Unter den eigenhändigen Zuschriften Rohlings an Briman, die dieser gelegentlich seines Malheurs in Innsbruck meinem Freunde, dem Advokaten Dr. Elbogen auslieferte, befand sich auch ein Schreiben Rohlings, datiert vom 11. März 1884 an Briman in Münster, in welchem Rohling sich erkundigt, ob „Dr. Eckers Beleuchtung des Spekulum auch die Stelle als Halqutim“ enthält. „Es wäre das sehr gut natürlich, wenn er in sensu nostro spricht, was wohl der Fall sein wird.“ Dann fügt er hinzu: „Näheres später. Von R. erwarte ich noch täglich die betreffende Nachricht; ich glaube daran, daß sie in meinem Sinne ausfällt. Herzlichen Gruß A. Rg.“

Es frug sich nun jedermann: „Wer war dieser geheimnisvolle R.?“ Offenbar ein Geistes-, Gesinnungs- und Stammesgenosse Brimans, der äußerlich vielleicht es noch für opportun erachtet, die jüdische Maske beizubehalten, heimlich aber mit den Antisemiten konspiriert, ihnen als Lieferant für die Judenhetzliteratur Dienste leistet. Seitdem der Rohling-Prozeß akut geworden, hat dieser R. seinen Wohnsitz nach Wien verlegt, er führt sich überall als tüchtigen Hebräisten ein, er erhält nicht unbeträchtliche Summen von Juden, von der protestantischen Mission und von den Antisemiten. Wir erfuhren bestimmt, daß Herr Kornelius Vetter, ein Schwager des Herrn Dr. Pattai, des Rechtsvertreters Rohlings in dem Prozesse gegen Dr. Bloch, sich angelegentlichst um die Adresse und die Wohnung dieses R. erkundigt hat. Worüber diese beiden Herren sich miteinander unterhielten, ist nicht unschwer zu vermuten. Über diese Person des R. kann demnach ein Zweifel kaum obwalten. Soweit der Artikel in der „Ö. W.“ Ich fügte weiters hinzu:

Am 20. November 1885 publizierte die von Dr. Jellinek redigierte „Neuzeit“ folgenden Artikel unter dem Schlagwort „Der Dritte im Bunde.“

„August Rohling ist total geschlagen. Indem er von der Ehrenbeleidigungsklage gegen Dr. Bloch, der ihn des Angebotes auf Meineid beschuldigt hatte, zurücktrat, hat er selbst vor aller Welt konstatiert, daß er, obwohl unwissend und unfähig, ein talmudisch-rabbinisches Werk zu lesen, sich angemaßt hat, die schwersten Beschuldigungen auf Grund talmudisch-rabbinischer Zitate gegen die Juden zu verbreiten; daß er die Werke, die gar nicht existieren, als Anklagematerial zitiert und Sätze aus dem Talmud gefälscht hat; daß er besonders die Juden des Gebrauches von Christenblut zu rituellen Zwecken beschuldigt hat, obwohl er aus lateinischen und anderen Werken wissen konnte, daß eine solche Beschuldigung unwahr sei.

Allein das Unheil, welches August Rohling angestiftet hat, ist so groß, daß sein Verschwinden vom antisemitischen Kampfplatze allein nicht genügt. Es muß die ganze Lebensgeschichte dieses Menschen, sein schmachvolles Treiben gegen die Juden bis ins Detail genau untersucht und dargestellt werden. Es muß besonders eruiert werden, wer ihm das Material zu seinen Anklageschriften gegen die Juden geliefert hat. Er selbst ist unwissend und dennoch hat er Stellen aus dem kabbalistischen Hauptwerke „Sohar“ angeführt, um die Juden zu beschuldigen, daß sie christliche Jungfrauen als gottgefällige Opfer schlachten. Wer hat ihm diese kabbalistischen Zitate an die Hand gegeben? Justus Briman hat es nicht getan, da er selbst in einem Briefe an Dr. Elbogen seine Verwunderung darüber ausspricht, daß Rohling, während er ihn unterrichtete, zwei Broschüren veröffentlichte, in denen er Zitate aus dem „Sohar“ vorführt, die er nicht einmal zu lesen imstande ist. Auch hat er eingestanden, daß der famose kabbalistische Anhang zu seinem „Judenspiegel“, in welchem auf Grund eines kabbalistischen Werkes behauptet wird, daß das Schlachten von christlichen Jungfrauen ein gottgefälliges Werk sei, nicht von ihm herrührt. Überhaupt sind wir der Meinung, daß Justus Briman nicht so verworfen war, zu behaupten oder zu insinuieren, daß die Juden ein geheimes

Blutritual haben und christliches Blut zu rituellen Zwecken verwenden. Nicht Justus Briman, sondern ein anderer Jude, der im „Sohar“ und anderen kabbalistischen Schriften belesen ist, hat alle von August Rohling benützten kabbalistischen Zitate demselben geliefert und gegen sein besseres Wissen insinuiert, daß aus demselben die Blutbeschuldigung gegen die Juden sich deduzieren lasse. August Rohling hat in der „Tribüne“ und dann in seiner ersten Schrift gegen die Rabbinen eines Juden erwähnt, mit dem er in Berührung kam und der ihm bei seiner Schandarbeit Dienste leistete. Diesem nichtswürdigen Menschen gegenüber, der so gottvergessen war, die Blutbeschuldigung gegen die Juden durch kabbalistische Zitate zu unterstützen, ist Justus Briman noch ein Ehrenmann. Dieser Dritte im Bunde muß eruiert werden. Wer dazu beiträgt, macht sich um das Judentum verdient und verhütet großes Unheil für die Zukunft. Wenn August Rohling in dem Prozesse Ritter ein Gutachten abgab, in welchem er eine Stelle aus dem Supplement zum „Sohar“ (Tikkune Sohar Tikkun 21) zitiert, welche beweisen soll, daß die Juden ein christliches, von einem Juden geschwängertes Mädchen mit dem Kinde im Mutterleibe töten müssen, so hat er doch wahrlich nicht bloß selbst diese horrende Stelle gefunden, sondern sie ist ihm von einem Juden insinuiert worden, der in diesem Supplement zum „Sohar“ belesen ist, und dieser Jude ist der Dritte im Bunde, der entlarvt und unschädlich gemacht werden muß. Mögen die Leser dieses Blattes die unbedeutendsten Indizien, welche auf die Spur dieses nichtswürdigen Verräters führen, der Redaktion mitteilen.

„Kolbo.“

Wer der Verfasser dieses in der „Neuzeit“ erschienenen Artikels war, unterlag keinem Zweifel. Der Umstand, daß der Verfasser nicht wie sonst immer die Namens-Initialen, sondern ein Pseudonym darunter setzte, zeigte deutlich, daß es galt, nicht sowohl einen Unbekannten zu suchen, als vielmehr die öffentliche Aufmerksamkeit auf eine bestimmte Person zu lenken, gegen welche der schwere Verdacht sich richtete.

Ohne daß in den beiden Artikeln Rodkinson genannt wurde, ging sein Name von Mund zu Mund, alles zog sich von ihm zurück, Familien, wo er früher verkehrte, verbaten sich seine weiteren Besuche — sein Gruß wurde nicht erwidert —; nur einer blieb ihm treu, unentwegt und ohne Wanken, bis zur Pforte des Gefängnisses und darüber hinaus — Herr Emanuel Baumgarten, allmächtiger Kultusvorsteher der Wiener Gemeinde.

In Schnorrbriefen an reiche Gemeindemitglieder in Wien klagte Rodkinson, daß ich einen Mord gegen ihn begangen habe, beteuerte seine Unschuld und berief sich auf das Zeugnis des gelehrten Kultusvorstehers Emanuel Baumgarten. An mich trat er mit starken Drohungen heran, ihm eine Ehrenerklärung auszustellen, er sei nicht Rohlings „R". Das mußte ich rundweg ablehnen. Er suchte Rettung in einer neuen Schmähschrift gegen mich, in der er erzählt, daß ich die guten Leitartikel der „Ö. W." mir von anderen schreiben lasse, weil ich selber es nicht fertig bringe; daß ich mich mit Sozialdemokraten verbunden habe, damit die Regierung aus Angst vor meinen Arbeiterbataillonen gezwungen sei, mich bei Wahlen zu unterstützen. Außerdem wurde der antisemitische „Westungarische Grenzbote" in Preßburg zitiert, der mich beschuldigte, der moralische Urheber des Attentates an dem unglücklichen Polizeikommissär Hlubeck in Floridsdorf gewesen zu sein. Die Schmähschrift, die er ins Deutsche übersetzen und in vielen tausend Exemplaren drucken ließ, mußte viel Geld gekostet haben; Exemplare wurden verschickt nicht bloß an alle jüdischen Gemeindemitglieder, sondern auch an alle Minister, an alle Abgeordneten im Parlament, so daß der Widerhall des Skandals in die Presse des Auslandes drang, die infolgedessen Herrn Rodkinson als dem „Dritten im Bunde" ausführliche Würdigungen widmete. Da schien es ihm am klügsten, den Prager Professor selber zu seiner Rettung anzurufen; in Form eines Briefwechsels zwischen Herrn Dr. Pattai und Professor Rohling sollte seine Reinwaschung vor sich gehen. Rohling hatte so oft unaufgefordert „amtseidlich" Zeugenschaft abgelegt, er dürfte, wenn man ihn ersucht, auch diesmal nicht

spröde sein. Dr. Pattai ließ sich für den Plan gewinnen und sein an Freund Rohling abgefaßter Brief war voll von Verunglimpfungen meiner Person. Rohling antwortete wie verlangt, daß mit dem Buchstaben „R.“ in seinem Schreiben an Briman Rodkinson nicht gedacht sei. Der Briefwechsel, der außerdem dadurch interessant bleibt, weil er das Schreiben Rohlings an Briman (es handelt sich um die „Mitarbeit Brimans an dem Gutachten Eckers über den Judenspiegel“) als echt verifiziert, erschien in Nr. 3, 1887 der von Dr. Jellinek redigierten „Neuzeit“, mit einer biedermännischen redaktionellen Randbemerkung, in der den erstaunten Lesern, die sich noch des Artikels „Der Dritte im Bunde“ erinnerten, Herr Rodkinson in einem frischgewaschenen Bademantel der Unschuld präsentiert wurde. Jellineks Charakterschwäche war jedem starken äußeren Drucke gegenüber wehrlos. Die „Neuzeit“ galt als offizielles Organ des Kultusvorstandes, in dessen Mitte Emanuel Baumgarten absolut schaltete, ohne die anderen Vorstandsmitglieder von dem, was vorging, auch nur zu verständigen.

Der Briefwechsel samt redaktioneller Randbemerkung der „Neuzeit“ wurde in Sonderabzügen sämtlichen Mitgliedern der Kultusgemeinde sowie allen Fachmännern und Fachjournalen des In- und Auslandes zugestellt. Die Kosten dieser Aktion deckte Herr Baumgarten aus den Mitteln jüdischer Finanzmänner Wiens.

Der Zufall ist oft ein beißender Satiriker. Das bekannte Werk Adolf Wahrmunds „Das Gesetz des Nomadentums und die heutige Judenherrschaft“ bildete damals die Sensation der antisemitischen und klerikalen Presse, aus dem sie spaltenlange Auszüge brachte. Der Verfasser zeichnete mit Hilfe billiger Zitate die biblischen Gestalten als schachernde Nomaden, die keine produktive Arbeit leisteten und die biblischen Lehren als darauf berechnet, die Juden zur Ausnützung fremder Arbeit anzuleiten, zu Handel und Schacher zu erziehen. Gegen das Buch Wahrmunds publizierte ich drei Artikel in der Wochenschrift Nr. 22, 23 und 24 1887. Während ich diese Artikel dem Schreiber in die Feder diktierte, brachte man mir

die neueste „wissenschaftliche“ Publikation, eine hebräische Broschüre „Barkai von M. L. Rodkinson, Wien 1886.“ Dieselbe enthält einen hebräisch geschriebenen Essay „Der Charakter des israelitischen Volksgeistes“, dessen Verfasser mit allem Raffinement sich bestrebt, schon die Erzväter Abraham, Isaak, Jakob und Josef als Schacherjuden, als nomadisierende Profitmacher und Ausbeuter fremder Arbeitskraft zu zeichnen. S. 3 heißt es: „Der erste, bei dem Gold und Silber zum Vorschein kommt, der sich Vermögen erworben, nicht durch Arbeit, sondern durch Handel, war unser Vater Abraham. In keiner Generation vor ihm erscheint auch nur ein einziger, der sich Vermögen erworben oder Gold und Geld besessen hatte. Abraham hatte aber weder Goldminen entdeckt, noch durch Fleiß und Feldarbeit das Geld gewonnen — war er doch nur ein Nomade und wanderte durch die Lande —, sondern durch Handel, bis er groß an Gold und Silber war.“

Der Verfasser schilderte alle Episoden im Leben des Erzvaters Abraham in solchem Geiste, zeichnet dann Jakob und Josef in ähnlich gemalten Bildern und meint, daß auch die Israeliten in Ägypten kurze Zeit nach ihrer Einwanderung alle Güter des Landes, den ganzen Handel an sich gerissen (S. 100). Allein auch Moses war nomadisierender Händler, der mit den Schafen seines Schwiegervaters handelte und sie in die Wüste nur zu Handelszwecken führte (S. 12).

Seinem ganzen Inhalte nach ist „Barkai“ eine wichtige Ergänzung des Buches von Adolf Wahrmund „Das Gesetz des Nomadentums“ und bildet sein hebräisches Pendant. Dieser hebräische Beitrag zur antisemitischen Kampfliteratur wurde verfaßt und gedruckt in Wien zu derselben Zeit, als Kultusvorsteher Emanuel Baumgarten und Genossen sich im Schweiße ihres Angesichts und mit Geldopfern sich mühten, den Verfasser von dem Verdacht, antisemitischer Mitarbeiter zu sein, rein zu waschen.

Die Buchdruckerei hatte die Schrift, weil der Autor die Druckkosten nicht erlegen konnte, eine Zeitlang zurückgehalten. Vielleicht war es bloß ein zufälliges zeitliches Zusammentreffen,

daß mit dem moralischen Zusammenbruch Rohlings auch Herrn Rodkinson die Geldquellen plötzlich versiegten. Nun mußte Herr Emanuel Baumgarten, der stets bereite Helfer, für die Beschaffung der Druckkosten Sorge tragen. Daß ihm der Inhalt der Schrift bekannt war, für welche er jüdische Geldquellen in Anspruch nahm, ist völlig ausgeschlossen. Um aber seinen Schützling in Zukunft vor Plackereien mit den Buchdruckern zu bewahren, unternahm er es, ihm eine eigene hebräische Buchdruckerei einzurichten. Schon waren alle Requisiten, Maschinen und Typen beschafft, als das Verhängnis hereinbrach. Am 9. März 1887 wurde laut Polizeirapport: „über Requisition des Landesgerichtes der Schriftsteller Alter Schmiedrow Frumkin verhaftet. Derselbe wohnt in der Brigittenau unter dem Namen Michael Louis Rodkinson Frumkin, zu Orscha in Rußland gebürtig, wird vom Strafgericht in Petersburg wegen Verbrechens des Betruges steckbrieflich verfolgt und aus diesem Grunde in Haft genommen.“ Die Verhaftung Rodkinsons war für die Wiener Tagespresse ein Sensationsereignis ersten Ranges; spaltenlange Berichte waren der Schilderung seiner Abenteuer in den verschiedensten Städten, seiner wiederholten Konflikte mit den Gerichten, vor allem aber seiner ganz eigenartigen Wirksamkeit in Österreich gewidmet, wie er es verstanden, Professor Rohling zu unterstützen und gleichzeitig von Wiener Juden beträchtliche Subventionen zu empfangen.

Als die Verhaftung angeordnet war, hatte man in der Redaktion der „Österreichischen Wochenschrift“ nach Adresse und Wohnung des Gesuchten recherchiert — ohne Erfolg. Später wurde ich vom Gericht als Zeuge vorgeladen; ich gab zu Protokoll, daß ich aus eigenem Wissen über die Vergangenheit des Verhafteten nichts anzugeben vermag, ich kenne ihn bloß seit seinem Erscheinen in Wien. Was ich über ihn publizierte, war lediglich anderen Schriftstellern und Journalen in Österreich und Rußland nachgedruckt.

Zweifellos waren die Briefe Dr. Pattais und Professor Rohlings, die in Sonderabzügen der „Neuzeit“ nebst den Randbemerkungen der Redaktion in zahlreichen Exemplaren an Redaktionen und angesehene Glaubensgenossen in Rußland ge-

sendet wurden, naturgemäß in die Hände der Zensur gelangt, und haben die Aufmerksamkeit der russischen Gerichte auf den Mann und seinen derzeitigen Aufenthalt gelenkt.

Als er bereits hinter Schoß und Riegel saß, erhielt er noch postlich eine Einladung zu Herrn Baumgarten; man brachte die Karte zur Polizeidirektion, wo sie als interessantes Dokument gebührende Aufmerksamkeit fand. Baron Albert Rothschild ließ von Baumgarten einen Betrag zurückverlangen, der dem Bankhause zum Zwecke der Anschaffung einer hebräischen Buchdruckerei für Rodkinson abgenommen wurde. Man schämte sich, von einem hergelaufenen Abenteurer so düpiert worden zu sein.

Als ich am Tage nach der Inhaftnahme Rodkinsons in die Sitzung des Abgeordnetenhauses kam, schritt der Ministerpräsident Graf Taaffe auf mich zu, mir zu gratulieren.

Graf Eduard Taaffe.

Graf Taaffe hatte als Ministerpräsident die Kraft und die Möglichkeit, dem um sich greifenden Antisemitismus in Österreich schon in den Anfängen Einhalt zu gebieten. Zweimal war er an die deutsch-liberale Partei herangetreten mit der Aufforderung, sie möge gemeinsam mit ihm Maßregeln zur Bekämpfung der Judenhetze beraten. Die Sache scheiterte an der schroffen oppositionellen Haltung, welche die Verfassungspartei damals einnahm. So blieb er passiv, umsomehr als auch die Juden sich zu seinen schärfsten politischen Gegnern schlugen und jeden Versuch, den slawischen Völkern irgendwelche Konzessionen zu gewähren, als eine Schädigung deutscher Interessen ausschrien und verurteilten. Die Haltung der Wiener Kultusvorsteher, die, beeinflußt durch die von Juden geleitete Wiener Großpresse, jede Berührung mit ihm und den anderen Ministern streng vermieden, hatte in ihm die Überzeugung festgelegt, daß die Wiener Juden seine unversöhnlichen Gegner sind.

Graf Taaffe war ein Mann ohne Vorurteile gegen Juden als solche. Einige jüdische Publizisten hatten sich seiner wirklichen Freundschaft zu erfreuen, Professor Josef Sulzer, ein Sohn des berühmten Oberkantors Salomon Sulzer, war Musiklehrer seiner Kinder und galt als Hausfreund; unzählige jüdische Rekurse gegen ungerechte Statthaltereientscheidungen in Galizien oder in West-Österreich, die ich ihm zu überreichen im Laufe der Jahre genötigt war, hatte er stets mit Wohlwollen aufgenommen und rasch abändern lassen. Nie war ihm eine Bemerkung entschlüpft, wie etwa dem Generalstaatsanwalt

Dr. Julius Glaser, gewesenem liberalen Justizminister und Täufling, der mir gelegentlich sagte: „Sie, Herr Doktor Bloch, intervenieren für jeden Spitzbuben, wenn er ein Jude ist,“ und dem ich darauf antwortete, ich würde, wenn die traurige Erfahrung mich nicht überzeugt hätte, daß jeder angeklagte Jude unbedingt verurteilt wird, ob schuldig oder unschuldig, gerne auf das Vergnügen verzichten, den Herrn Generalstaatsanwalt mit meinen Besuchen zu behelligen.

Graf Taaffe unterhielt sich gerne mit mir und es ist auch vorgekommen, daß er in der offenen Sitzung des Parlamentes auf mich zuging, sich zu mir setzte und allerlei Fragen an mich richtete, so wegen des Standes der „Wochenschrift“ und dergleichen. Einmal kam die Rede auf antisemitische Redeexzesse in Versammlungen betreffend Kol-Nidre, und da erzählte mir der Ministerpräsident — wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht — daß es einer seiner Großväter war, ein Viscount Taaffe in Irland, der die Katholiken von Irland gegen die Verleumdung verteidigen mußte, daß sie falsche Eide leisten, in dem Glauben, eine Dispens zum Meineid erhalten zu können. Von seinem Gute in Ellischau hat er mir gelegentlich, als Purimgeschenk, eine Sendung der berühmten Ellischauer Käse zuschicken lassen.

Ackerbauminister in seinem Kabinett war mehrere Jahre hindurch ein Graf Falkenhayn, ein Mann aus einem alten Adelsgeschlecht, der mit wenig Glücksgütern gesegnet war. Der Ertrag eines kleinen Gutes reichte nicht hin, seine Bedürfnisse zu decken und er erzählte einmal von seinen finanziellen Kalamitäten dem Grafen Wilczek. Dieser begab sich darauf zu Baron Albert Rothschild und schilderte ihm die bedrängte Lage Falkenhayns mit dem Wunsche, daß für ihn etwas Dauerndes geschehen solle. Albert Rothschild erklärte sofort bereitwillig, den Grafen Falkenhayn zum Verwalter seiner Güter in Oberösterreich zu ernennen — selbstverständlich mit einem ausreichenden Gehalt. Graf Falkenhayn akzeptierte den Posten, allein 14 Tage darauf, als Graf Taaffe nach Ausscheidung deutscher Parteimänner aus dem Kabinett, zur Neubildung des Ministeriums schritt, wurde von anderer Seite beim Minister-

präsidenten zugunsten Falkenhayns interveniert, und so ernannte er ihn zum Ackerbauminister. Natürlich resignierte er daraufhin auf den Posten als Gutsadministrator des Baron Rothschild. Falkenhayn war kein großes Geisteslicht, die wichtigsten Arbeiten leisteten die Ministerialräte. Über ihn zirkulierte das boshafte Wort Josef Ungers, des großen Rechtslehrers: „Welcher Unterschied besteht zwischen Cincinnatus und diesem Grafen? Als Cincinnatus sich von den Staatsgeschäften zurückzog, ging er hinter dem Pfluge; wenn dieser Graf ebenso tun wollte, müßte er vor demselben gehen."

Hausarzt beim Grafen Wilczek war ein Doktor Schulz, der auch als Theaterarzt und in Kreisen des Adels eine ausgedehnte Praxis ausübte. Dr. Schulz hatte einen jungen Sohn, Paul, der gerade das juristische Doktorexamen absolviert und den Ehrgeiz hatte, in den Staatsdienst einzutreten. Der Vater erbat sich die Protektion des Grafen Wilczek, der gerne dem jungen Doktor behilflich sein wollte; er dachte sofort an den neuernannten Ackerbauminister. Er besuchte den Grafen Falkenhayn und sagte ihm: „Ich möchte bei dir einen jungen Freund als Beamten unterbringen." Falkenhayn sagte mit Vergnügen zu und verlangte die Überreichung eines Gesuches mit Beilagen. Dies geschah, allein Monate vergingen, ohne daß die Familie Schulz irgend eine Mitteilung erhielt. Man wandte sich nochmals an den Grafen Wilczek; dieser eilte ins Ackerbauministerium und fragte Freund Falkenhayn, warum die Ernennung des Dr. Paul Schulz noch immer nicht vollzogen sei? „Lieber Freund," antwortete Falkenhayn, „der Akt wurde mir vorgelegt und ich fand, Schulz ist ein Jude; entschuldige mir, die Ernennung eines Juden kannst du mir doch nicht ernstlich zumuten!" „Was," rief Wilczek entrüstet, „du selber hast beim Juden gerne eine Stellung angenommen, aber einen Juden zu einer kleinen Stelle zu berufen, soll man dir nicht zumuten? Gehorsamster Diener!" Graf Wilczek eilte zum Grafen Taaffe, erzählte ihm die Affäre, er lachte herzlich, und in wenigen Tagen war Dr. Paul Schulz zum Beamten im Handelsministerium bestellt. Paul Schulz blieb auch im Staatsdienste Jude durch alle Rangstufen, die er erstieg, bis er schließlich

Geheimer Rat und Exzellenz werden sollte. Während seiner vieljährigen Dienstzeit ließ er sich die „Österreichische Wochenschrift“ regelmäßig ins Ministerium kommen. Als im Handelsministerium ein Gesetzentwurf gegen illoyale Konkurrenz zur Beratung stand, kamen Äußerungen vor, wie „jüdische Geschäftspraktiken“. Schulz erinnerte sich, in Blochs „Wochenschrift“ Artikel über Vorschriften des Talmuds gegen illoyale Konkurrenz gelesen zu haben, er erschien in der Redaktion, erbat sich die Artikel und nahm sie mit, um sie der Konferenz im Handelsministerium vorzulegen. Als er aber den Eid als Geheimer Rat in die Hände des alten Kaisers Franz Joseph ablegen sollte, nahm er vorher die Taufe. Nach dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges ist Paul Schulz — er war Präsident des Reichspatentamtes — freiwillig aus dem Leben geschieden; er wollte den Untergang Österreichs nicht überleben. Gerechtigkeit gegen sein Andenken verpflichtet mich, zu erwähnen, daß zur Zeit, als er längst getauft war (Graf Taaffe nicht mehr Minister war und ich nicht mehr Abgeordneter), wiederholt ungerecht verurteilte Juden, die alle Gerichtsinstanzen ohne Erfolg absolviert hatten und nur durch einen Gnadenakt des Kaisers von der über sie verhängten Strafe befreit werden konnten, von mir mit einer Empfehlung an ihn gewiesen wurden. Er hat sich stets ihrer mit Wärme angenommen, und als es ihm einmal bei einer Gelegenheit unbequem war, wegen irgend einer Ursache selber zu intervenieren, setzte er die beim Kaiser außerordentlich beliebte, bei Hof sehr einflußreiche Hofschauspielerin Katharina Schratt in Bewegung und übergab meinem Schützling eine Empfehlung von ihr an eine Hofstelle, welche ihm die kaiserliche Gnade sicherte.

Von den Gedankengängen geleitet, die Juden aus den Kampfreihen der deutschen Opposition herauszuziehen, empfahl der Ministerpräsident Graf Taaffe dem Kultus- und Unterrichtsminister Freiherrn von Conrad meine Ernennung zum Professor für hebräische Altertümer an der philosophischen Fakultät der Wiener Universität. Der Ministerpräsident machte mir die Mitteilung, daß eine diesbezügliche vertrauliche Anregung an

das Unterrichtsministerium erfolgt sei, ich solle meine Schriften samt etwaigen Dokumenten dem Kultusministerium überreichen. Meine Qualifikation für diese Dozentur an der Wiener Universität bestätigten gutachtlich Geheimer Kirchenrat Professor Franz Delitzsch in Leipzig und der ordentliche Professor an der Universität Erlangen, Dr. Kohler — letzterer mit besonderem Hinweis auf meine rein fachwissenschaftlichen Arbeiten, „die unter Fachgelehrten überhaupt ein gutes Ansehen genießen und dies mit Recht“. Als man in Universitätskreisen davon Kunde erhielt, war man „entrüstet“; die Klerikalen protestierten, daß der Prozeßgegner des Kanonikus August Rohling mit einer solchen Auszeichnung bedacht werden sollte. Dabei war der Prozeß noch nicht zu Ende. Die deutschen Chauvinisten an der Universität waren empört über den Gedanken, daß ein Mitglied des Polenklubs an der Wiener deutschen Universität eine Professur erlangen sollte. Dem Grafen Taaffe indes imponierten diese Einwendungen sehr wenig, der Widerstand genierte ihn nicht und er verwies darauf, daß in Berlin Dr. Schweninger gegen den Willen der Fakultät und ihrer Cliquen zum Professor bestellt wurde.

Die Gegner wurden nicht müde, auf Mittel und Wege zu sinnen, meine Ernennung zu hintertreiben, und kamen schließlich zur Erkenntnis, daß dies bloß mit Hilfe von Juden zu erreichen ist. An der juridischen Fakultät wirkte als Privatdozent Dr. Georg Jellinek, der Sohn des Predigers Dr. Adolf Jellinek, und wartete auf seine Ernennung zum außerordentlichen Professor. Dieses Dr. Georg Jellinek bediente man sich, auf seinen Vater dahin einzuwirken, daß er auf eine eventuelle Anfrage des Kultusministeriums von der beabsichtigten Ernennung abraten solle. Erst als man sich dessen vergewissert hatte, daß eine Antwort in diesem Sinne erfolgen werde, erging an Adolf Jellinek das Ersuchen um eine Äußerung. Die Antwort lautete: „Die geplante Ernennung Dr. Blochs zum Professor an der Wiener Universität wäre nichts Geringeres als eine Provokation der Wiener Juden.“ Der Ausdruck wurde deswegen gewählt, um dem Grafen Taaffe die Überzeugung beizubringen, daß er durch diese Maßnahme die jüdische Opposition

gegen die Regierung noch mehr reizen würde. Eine ähnlich lautende Erklärung überreichte dem Unterrichtsministerium der Vorsteher der Wiener Kultusgemeinde, Emanuel Baumgarten. Als ich einmal im Palais des Kultusministeriums erschien, zeigte man mir den Akt mit den Zuschriften, womit die Angelegenheit erledigt war. Vom Ministerium ging ich direkt zu Dr. Adolf Jellinek und fragte ihn, wodurch ich mich gegen ihn vergangen hätte, doch er sagte bloß, daß ich ihm von der Aktion hätte Mitteilung machen sollen und er verargte mir, daß ich ohne sein Wissen vorgegangen sei. Da trat Dr. Georg, sein Sohn, dazwischen und erklärte, der Unterrichtsminister habe ihm sein Leid geklagt, daß er förmlich die Sitzungen des Abgeordnetenhauses meiden muß, um nicht mir zu begegnen und an das Versprechen des Ministerpräsidenten erinnert zu werden. Eine schriftliche Mitteilung des Kultusvorstandes an mich, er habe keines seiner Mitglieder zur Abgabe einer Erklärung gegen Dr. Bloch bevollmächtigt, konnte selbstverständlich an der Sachlage nichts mehr ändern. Die Fakultät beeilte sich, dem Dozenten für Arabisch, Dr. D. H. Müller, die Professur für hebräische Altertümer zu übertragen, um jedem etwaigen weiteren Versuch in früherer Richtung vorzubeugen und Dr. Georg Jellinek wurde außerordentlicher Professor. Als er jedoch später die Ernennung zum ordentlichen Professor forderte, wurde ihm diese verweigert; eine mündliche Auseinandersetzung mit dem Nachfolger des Ministers Conrad nötigte ihn im Jahre 1889, auf die Wiener Professur überhaupt zu resignieren, und er ging nach Basel in die Schweiz. Zwei Jahre darauf kam er nach Heidelberg, wo er nach Austritt aus dem Judentum und Annahme der Taufe endlich sein Lebensziel erreichte. Sein Vater bewahrte bis zu Ende seines Lebens eine schmerzliche Erinnerung an sein Vorgehen gegen mich, er kargte seitdem nicht in Ausdrücken der Anerkennung für mein Wirken. Meine parlamentarischen Aktionen begleitete er mit ausführlichen Artikeln in der „Neuzeit" voll überschwenglicher Lobpreisungen und ich hatte immer den Eindruck, es sollte dies eine Sühne sein für das mir zugefügte schwere Unrecht.

Dagegen hatte Oberrabbiner Moriz Güdemann

meiner Tätigkeit in jenen Jahren unverhohlene Sympathie gewidmet.

In einem Schreiben des Professors Dr. Rabbinowicz aus Mährisch-Weißkirchen, Schwiegersohnes des Lektors M. Friedmann s. A., an Rabbiner Dr. Grunwald vom 20. November 1920, teilt derselbe gelegentlich mit:

„Es war im Sommer des Jahres 1898, als einige Gelehrte zum Sommeraufenthalte hier weilten, so Professor Moses Bloch aus Budapest mit seinem Sohne Dr. Heinrich Bloch, Lektor M. Friedmann, Dr. Horowitz aus Breslau u. a. Man sprach einmal von Dr. Bloch, seinem Wirken und seinem Blatte, da meinte ein fremder Herr, man überschätze Blochs Auftreten gegen Rohling, gar so viel gehöre nicht dazu. Der greise Rektor Bloch erwiderte: ‚Was dazu gehöre? Vor allem Mut! Und diesen hat damals sonst niemand aufgebracht.‘ Und Lektor Friedmann fügte hinzu: ‚So ist es und ich denke oft an einen Ausspruch von Güdemann. Man hat diesen gefragt, weshalb er so sehr zu Dr. Bloch halte und er sagte mir‘—, so erzählte Lektor Friedmann — ‚Bloch hat ein goldenes Blatt in der Geschichte des jüdischen Volkes sich erworben, ich will neben ihm genannt sein.‘

Ich halte mich für verpflichtet, Ihnen diese Aussprüche mitzuteilen, ob es für Sie einen Wert hat, werden Sie besser zu beurteilen wissen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Professor Dr. Rabbinowicz.“

1886 publizierte ich eine Kampfschrift gegen den österreichischen Antisemitismus und gegen jegliche Art von Rassenhaß und nationaler Borniertheit. Die Schrift führte den Titel: „Der nationale Zwist und die Juden in Österreich“, und enthielt auch eine Aufforderung an die Juden, sich zu eigenem Schutze zusammenzuschließen, aus den Reihen der nationaltrunkenen Kampfparteien sich zurückzuziehen und auf ihr Judentum sich zu besinnen. „Wer auf dem Krankenbette blutend aus tausend Wunden gefährlich darniederliegt, der soll an nationalen Raufe-

reien keinen Anteil nehmen. Unser Haus, an allen vier Enden angezündet, steht in hellen Flammen, die Löscharbeit muß also für jetzt unsere Sorge sein, nicht aber politische Desiderien, die vielleicht zu einer anderen Zeit ihre Berechtigung haben mögen."

Ich gab zu bedenken:

„Wenn bloß Konnationale auf Rechtsachtung und bürgerliche Schonung Anspruch haben, wenn dem Slawen jeder Germane, dem Germanen jeder Slawe schon vermöge seiner Rasse, seiner Sprache und Abstammung ein inferiores Individuum ist, mit dem man, wenn die Verhältnisse es gestatten, kurzen Prozeß macht, einen Kampf auf Leben und Tod führt; warum sollen gerade die Semiten eine exzeptionelle Immunität genießen?"

„Die nationale Exklusivität schließt nun einmal den Juden aus seinem Kreise aus. Diese Tatsache mag der eine mißbilligen, der andere bedauern, allein sie ist nicht aus der Welt zu schaffen." „Sobald das Volk von der Überzeugung durchdrungen ist, nur dem Stammesgenossen Geltung zu gewähren, dann wird der kühnste Toleranzprediger es nicht zuwege bringen, den Jeiteles und den Kohn als ‚Stammesgenossen' dem Volke anzumuten."

„Ohne zur lächerlichen Karikatur herabzusinken, können wir weder deutschnational noch tschechischnational uns gebärden und als Logik der Tatsachen und als Gebot politischer Klugheit ergibt sich für uns — außerhalb aller nationalen Parteien Stellung zu nehmen."

Graf Taaffe hatte allen der Regierung nahestehenden Blättern Auftrag gegeben, auf diese Schrift, die sich übrigens auch Theodor Herzl gelegentlich der Abfassung seines Judenstaates zur Information über die jüdischen Fragen aus der Bibliothek der „Österreichischen Wochenschrift" entliehen, die Leser aufmerksam zu machen.

Von dem Wunsche geleitet, zwischen dem Wiener Judentum und dem Grafen Taaffe eine Verständigung anzubahnen, berichtete ich vorstehende Tatsache dem Präsidenten der

Israelitischen Allianz, Josef Ritter von Wertheimer. Es entspann sich nun folgender Dialog: Er: „Wenn Graf Taaffe solcher Gesinnung ist, wie Sie melden, warum läßt er die antisemitischen Hetzversammlungen nicht auflösen?“ Ich: „Haben Sie ihn darum ersucht? Vielleicht wartet er, daß Sie ihn darum angehen.“ Er: „Zum Grafen Taaffe gehen wir nicht.“

Während Lueger und seine Parteigenossen dem Minister ihre Dienste förmlich aufdrängten, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit ihre Regierungsfreundlichkeit betonten, und die antisemitische Presse nicht müde wurde, den Regierungsmännern Komplimente zu machen, hatten sich die Wiener Juden in eine hartnäckige Opposition gegen die Regierung des Grafen Taaffe verbissen. Ihm war es sichtlich darum zu tun, die Juden für sich zu gewinnen, und er wäre bereit gewesen, er hat sich in diesem Sinne auch vertraulich geäußert, diesem Zwecke zuliebe die strengsten Maßnahmen gegen den Antisemitismus zu ergreifen. Von der Gunst des Kaisers in seltenem Maße getragen, hatte er eine so starke Position, daß ihm ein derartiges Vorgehen auch gelungen wäre. Indes das offizielle Judentum in Wien wartete täglich auf den Sturz des Ministers, der schließlich länger als alle seine Vorgänger und Nachfolger regierte.

Die Juden glaubten es ihrer Stellung als „Deutsche“ schuldig zu sein, jede Berührung mit dem Ministerium Taaffe zu meiden, während für die Wiener Klerikalen und Antisemiten solche Bedenken nicht existierten. Die antisemitische Flut mußte demgemäß durch die Untätigkeit der Juden und die Passivität der Regierung riesengroß anwachsen. Erst 1889 entschlossen sich endlich die Wiener Kultusvorsteher, eine Audienz beim Ministerpräsidenten Grafen Taaffe nachzusuchen. Doktor Alfred Stern verfaßte ein umfangreiches, ungeheuer langes Memorandum, dessen Wortlaut, noch bevor es dem Minister überreicht werden konnte, in dem klerikalen antisemitischen „Vaterland“ zu lesen war. Das allgemeine Urteil über das Elaborat, das lediglich eine Zusammenstellung antisemitischer Zeitungsausschnitte bildete, war kein besonders günstiges. Der Ministerpräsident empfing die Deputation,

versicherte, daß er an der staatsgrundgesetzlich verbürgten Gleichberechtigung aller Staatsbürger festhalte, und daß die Strafgesetze ausreichende Gewähr bieten gegen jede Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit, gegen jede Bedrohung der persönlichen Sicherheit und des Eigentums. Was darüber hinausgehe, würde nur der Opposition Anlaß geben, gegen die Regierung wegen Überschreitung gesetzlicher Befugnisse Anwürfe zu erheben. Ähnliche Antworten erhielt die Deputation auch in den anderen Ministerien. Man kann nicht behaupten, daß die Antwort unfreundlich war, eine Unterdrückung der antisemitischen Agitation wurde nicht zugesagt, nur gegen Ausschreitungen sollten gesetzliche Mittel zur Anwendung kommen. In der Plenarsitzung des Vorstandes äußerte die Deputation sich befriedigt über ihren Erfolg, ich indessen war, als der Minister während der Sitzung des Abgeordnetenhauses in privatem Gespräch mir über den Verlauf der Unterhaltung mit den Mitgliedern der Deputation einiges sagte, weniger beruhigt. Zum Schlusse machte er die Bemerkung: „Ich bitte Sie, was das Gesetz den Juden zusichert, wird ihnen, solange ich Minister des Innern bin, nie verkümmert werden; ein Mehr müssen sie sich erst verdienen."

Im selben Jahre fanden Neuwahlen für den israelitischen Kultusvorstand statt; sie endeten mit einem Siege der Kandidaten der von mir gegründeten „Österreich-Israelitischen Union". Herr Emanuel Baumgarten verlor sein Mandat und schied aus dem Vorstand. Das war ein erstes Symptom des Wechsels in den Anschauungen der jüdischen Volksmehrheit in Wien. Leider kam dieser Wandel zu spät. Die Reaktion, die durch vielfache Siege bei den Wahlen zu den Kommunalvertretungen ihre Werbekraft zeigte, erhielt nunmehr auch wirksame Stütze von Rom aus, wo ihr in dem Kardinal-Staatssekretär R a m p o l l a ein mächtiger Bundesgenosse entstanden war, was bald in sensationellen Vorgängen an den Tag kommen sollte. Ein hochsinniger ungarischer Kirchenfürst, Bischof von Fünfkirchen, Geheimrat Dr. Ferdinand Dulansky, gab am 17. Juli 1889 dem damaligen päpstlichen Nuntius am Wiener Hofe Luigi Galimberti zu Ehren ein Festmahl, dem die Spitzen

der Zivil- und Militärbehörden beigezogen wurden. Auch der Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde, Großindustrieller Josef v. Engel, der auf seinen ausgedehnten Besitzungen in Ungarn aus eigenen Mitteln eine prachtvolle katholische Kirche hatte bauen lassen, war geladen. Nach aufgehobener Tafel unterhielt sich der Nuntius mit Herrn von Engel und machte bei dieser Gelegenheit folgende Äußerung: „Unsere Kirche steht Ihrer Konfession keineswegs feindlich gegenüber, sie ist doch aus derselben hervorgegangen und hat mit ihr so viele Berührungspunkte, wie die Bibel, die Propheten, die Psalmen und noch mehr. Jede positive Religion ist dem leider überhand nehmenden Atheismus vorzuziehen, der die soziale Ordnung zerstört, daher sollen alle Konfessionen einig sein und friedlich nebeneinander wirken. Den Intentionen des Heiligen Vaters entsprechend, sind auch meine Bestrebungen hierauf gerichtet. Versichern Sie Ihre Glaubensgenossen meiner aufrichtigen Sympathien.“ Herr von Engel ließ diese Worte des päpstlichen Nuntius in einem Kunstwerke verewigen, das Bild vervielfältigen und den Zeitungen Exemplare desselben zustellen. Am selben Tage, an welchem der Nuntius diese Worte gesprochen, erschien im „Vaterland“ ein Artikel unter der Überschrift: „Über den Blutritus nach rabbinischen Schriften,“ der in der Wochenschrift Nr. 24 und 25 1889 die gebührende Beleuchtung fand; zum Schlusse wurde darauf hingewiesen, daß Nuntius Galimberti, welcher das besondere Vertrauen des Papstes genießt, der ihm die schwierigsten politischen Missionen überträgt, in dem Tischgespräch zu Fünfkirchen gegen dieses wüste Treiben protestiert habe. Das „Vaterland“ reagierte darauf, indem es an allen Straßenecken Wiens einen Artikel plakatieren ließ, der den Titel führte: „Das alte Testament kein Bindeglied zwischen Christen und Juden.“ Die Stilisierung des Artikels zeigte deutlich seine scharfen Spitzen gegen den Nuntius, gegen den überdies Denunziationen und Beschwerden nach Rom ergingen. Rampolla, der die aufsteigende Macht der Christlichsozialen und Antisemiten in die Kalküle seiner Politik einbezog, hätte sogar auf Abberufung des Nuntius bei dem demselben allerdings sehr gewogenen Papst gedrungen, allein

Galimberti hielt es für ratsam, am 5. September in einem erläuternden Berichte an die Kurie seine Fünfkirchner Äußerungen abzuschwächen. So kam er mit einem blauen Auge davon; jedoch erhielt er vom Staatssekretariat eine formelle Rüge. Es ergebe sich immer mehr, wurde ihm gesagt, die Notwendigkeit, in solchen Fällen die Worte abzuwägen; es wäre klüger gewesen, wenn der Vertreter des Heiligen Stuhles Worte des Lobes unterlassen hätte, da es ja nur allzu bekannt sei, daß die Sekte der Freimaurer und die jüdische Sekte dermalen zum Schaden der katholischen Kirche aufs engste verbunden seien. Der Nuntius sollte nicht unterlassen, den Politikern und bei Gelegenheit auch Sr. Majestät dem Kaiser vor Augen zu führen, daß heute in Rom die freimaurerisch-jüdische Sekte an der Zerstörung katholischer Einrichtungen und der Beeinträchtigung der Rechte des Heiligen Stuhles mit der Gunst und Unterstützung der italienischen Regierung tätig seien, die ihr Werkzeug bilde. Und dann donnert und wettert der Kardinal gegen die jüdische und liberale Presse, die, übermächtig in Österreich, die erklärte Feindin der Kirche sei. Den Wortlaut dieser an Galimberti nach Wien gerichteten Weisungen kann man jetzt lesen in dem Werk: Crispolto Crispoliti e Guido Aureli. La politica di Leone XIII. da Luigi Galimberti a Mariano Rampolla. Su documenti inediti. Roma, Bontempelli e Invernizzi editori.

Die solcher Art aus Rom erhaltene starke Unterstützung ermutigte die Wiener Antisemitenhäuptlinge, sich gegen die Autorität der Bischöfe aufzulehnen, welche die infolge der ewigen Hetzereien eingerissene Verwilderung der Massen mit Bedauern sahen und deswegen für das Treiben leise Tadelsworte fanden. Die katholischen Bischöfe Österreichs fanden sich veranlaßt, bei Gelegenheit bevorstehender politischer Wahlen in einem gemeinsamen Hirtenbrief gegen den „heidnischen Rassenhaß“ Stellung zu nehmen. In lapidaren Sätzen wurde in diesem Hirtenbrief der Rassenhaß verurteilt:

> „Mit einem Wort, nach katholischen Grundsätzen darf die Liebe zur eigenen Nation nicht wider das Gesetz der

Nächsten- und Bruderliebe sich wenden und zum heidnischen Rassenhaß herabsinken."

„Wie Ihr immer wählen, welchem Gegner Ihr bei der Ausübung Eures Wahlrechtes immer gegenüberstehen möget, vermeidet alles, was den gesellschaftlichen, bürgerlichen oder nationalen wie religiösen Frieden stören könnte."

„Wir sind weit davon entfernt, die andersgläubige Minderheit zurückzusetzen oder kränken zu wollen; wir wünschen auch ihre Vertreter mit uns im Reichsrate vereinigt zu sehen zu gemeinsamer Arbeit für des Reiches Wohlfahrt und Größe."

Ein Wutgeheul der gesamten antisemitischen Preßmeute brach los gegen die österreichischen Oberhirten und auch in den Wählerversammlungen vernahm man wenig ehrerbietige Worte gegen die Bischöfe. Dr. Lueger sagte: der Erzbischof von Wien habe ihn tief enttäuscht, er sei vollständig liberal. Die Kluft zwischen den Bischöfen und den antisemitischen Politikern erweiterte sich und als im selben Jahre (1891) im Vereinshause des „Katholischen Meistervereins" in der Wiener Gumpendorferstraße ein Jubiläum gefeiert werden sollte und der Wiener Erzbischof Dr. Gruscha eingeladen wurde, die Feier mit seiner Anwesenheit zu beehren, sagte er zu unter der einzigen Bedingung, „es müsse ihm die Liste der übrigen zu dem Feste Eingeladenen vorgelegt werden." Aufmerksam prüfte Dr. Gruscha die Liste, nahm die Feder, machte einen dicken Strich durch die Namen Schneider und Lueger, wandte sich an die Deputation und sagte: „Ich komme nicht, wenn diese zwei kommen!" Das Jubiläum wurde ohne die beiden in Anwesenheit des Wiener Fürsterzbischofs feierlichst begangen.

Dr. Gruscha ahnte nicht, wessen die Wiener Antisemitenhäuptlinge fähig sind. Ernst Schneider stand nicht an, den Wiener Fürsterzbischof in Wählerversammlungen zu beschimpfen und bezeichnete es als „eine Schande, daß der hohe Klerus und Kardinal Gruscha gegen den Antisemitismus auftreten."

Den Ausführungen Schneiders folgte demonstrativer Beifall, mit Händeklatschen und Hochrufen. Das offizielle Antisemitenorgan schrieb:

„Übrigens wäre, unserer Ansicht nach, derartiges gar nicht möglich, wenn der Episkopat wirklich auf der Höhe seiner Aufgabe stände und statt sich um reine Äußerlichkeiten zu kümmern, sein Augenmerk lieber auf die antireligiösen Bestrebungen der judenliberalen Partei richten würde."

Die antisemitischen Angriffe gegen Dr. Gruscha mehrten sich täglich, nahmen häßliche Formen an.

Am 20. Oktober 1892 haben denn auch die katholischen Oberhirten Österreichs an den Wiener Kardinalerzbischof Dr. Gruscha ein Schreiben gerichtet, worin sie ihn ihrer Teilnahme anläßlich der gegen ihn gerichteten Angriffe versicherten. In dem Schreiben hieß es:

„Mit innigster Teilnahme und tiefstem Schmerze verfolgen die Bischöfe die schweren Kränkungen, die Ew. Eminenz bereits wiederholt, namentlich in den letzten Tagen in unqualifizierbarer Weise zugefügt worden sind, wobei man noch vermeinte, durch ein derartiges Vorgehen der heiligen Sache des Christentums einen Dienst zu erweisen."

Unterzeichnet war dieses Schreiben:

„Franz Cardinal Schönborn, Fürsterzbischof von Prag. Johann Baptist Zwerger, Fürstbischof von Seckau. Mathäus Josef Binder, Bischof von St. Pölten. Franz Salesius Bauer, Bischof von Brünn. Jacab Missia, Fürstbischof von Laibach. Franz Salesius Doppelbauer, Bischof von Linz. Joseph Kahn, Fürstbischof von Gurk."

Rom schwieg und tat nichts, um die Gläubigen zum Gehorsam gegen die bischöfliche Autorität zurückzurufen.

Als am 8. August 1892 in Linz ein oberösterreichischer Katholikentag zusammentrat, erschien die sogenannte Kaplanokratie unter Führung des antisemitischen Abgeordneten und

geistlichen Herrn Dr. Josef Scheicher. Deren Verhalten wurde damals in konservativen Kreisen als eine Gefahr für die Kirchendisziplin dargestellt und verurteilt. Dagegen führten Kooperatoren und Kapläne den Kampf gegen die „Regierungskatholiken", weil diese das antisemitische Programm als ein Sammelsurium divergierendster Elemente bezeichneten und den Christlichsozialen vorwarfen, „sie verbinden Sozialdemokratie mit Betschwesterei."

Das Organ des Bischofs von Linz, das „Linzer Volksblatt", brachte zur Zeit des Katholikentages einen Artikel, in dem von den Christlichsozialen folgendes Bild entworfen wurde:

> „Leute von meist sehr geringer Bildung und schwankendem Charakter, die bei den Extrem-Deutschnationalen dadurch anzukommen suchen, daß sie erklären, nicht klerikal zu sein, und sich bei den Katholiken dadurch anbiedern, daß sie behaupten, katholisch zu sein, haben in den letzten Wochen einen Sturmlauf unternommen, dessen Frechheit nur von seiner Lächerlichkeit überboten wird.
>
> Diese Gesellschaft ist eine abenteuerliche Zusammenrottung von Elementen, deren Ehrgeiz im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Bedeutung und zu ihrer Begabung steht, ohne Prinzip, ohne vernünftiges Ziel, nur einig in der Negation und in der Spekulation auf die Neigungen gewisser Massen, denen sie den mit Bibelsprüchen vermengten Kommunismus predigen."

Gegen die antisemitische Presse, welche an diesen Kämpfen zwischen der Bischofspartei und den Christlichsozialen regen Anteil nahm, erhob im Dezember 1892 Bischof Doppelbauer einen Warnungsruf: „Ich warne", führte der Bischof aus, „jene Blätter und Artikel, welche die Zersplitterung der katholisch-politischen Partei anstreben, das Ansehen des Hei-

ligen Stuhles und der Bischöfe herabdrücken, den maßgebenden Einfluß des Episkopates in der Leitung kirchenpolitischer Fragen leugnen und das Recht, hierin eigene Wege zu gehen, beanspruchen. Ich warne ferner den hochwürdigen Klerus vor jenen Preßerzeugnissen, welche unter dem Scheine des Eifers für Kirche und Vaterland Tendenzen verfolgen, die von einer wahren Liebe zur Kirche und zum Vaterland weit entfernt sind."

Allein in Rom regierte Kardinalstaatssekretär Rampolla, und der war ein mächtiger Förderer und Beschützer der antisemitischen Bewegung in allen Ländern, und gegen den Willen des Linzer Bischofs Doppelbauer, der diesem Katholikentag fernblieb, wurde der Versammlung durch Vermittlung des Prinzen Alois Liechtenstein der päpstliche Segen zugesendet. Damals kolportierte die Bischofspartei, daß man in Rom den agitatorischen Charakter jenes Katholikentages gegen den Episkopat nicht gekannt habe.

Anfang 1895 wurde die politische Welt Österreichs durch die Nachricht überrascht, der Papst habe dem Prinzen Liechtenstein und Dr. Lueger den päpstlichen Segen übermittelt und Liechtenstein erbat und erhielt den Segen des Papstes für das offizielle Hetzblatt „Die Reichspost". Der Vorgang markierte die längst vollzogene Stellungnahme der Kurie zugunsten der von wilden Landsknechten unternommenen Zerstörungsarbeit. Der österreichische Episkopat hat daraufhin Ende Februar 1895 eine förmliche Abordnung, bestehend aus Kardinalfürstbischof von Prag, Grafen Schönborn, dem Bischof von Brünn, Dr. Schuster, und einem als Sekretär fungierenden Dominikaner, nach Rom entsendet, um die Intervention des Papstes gegen die Unbotmäßigkeit derer um Lueger zu erbitten. Die Herren Bischöfe mußten unverrichteter Dinge abreisen und den grausamen Spott der gesamten antisemitischen Presse über sich ergehen lassen. Im selben Jahre fanden in Wien Neuwahlen für den Gemeinderat statt, und die mit dem päpstlichen Segen ausgerüstete Partei Dr. Luegers erzielte eine überwältigende Majorität.

Das geschlossene Bündnis der römischen Kurie mit dem agitatorischen Rassenantisemitismus offenbarte sich besonders grell während der Tragikomödie des Fürsterzbischofs von Olmütz Dr. Theodor Kohn. Der Bischofsitz von Olmütz galt als der vornehmste, sein Inhaber war der reichstdotierte katholische Kirchenfürst Österreichs und eine seltsame Laune der Historie fügte es in einer Zeit, da der Rassenhaß triumphierend durch Stadt und Land raste, daß die Olmützer Domherren zur Würde ihres Fürsterzbischofs einen Mann erhoben hatten, der starrköpfig dabei beharrte, den Namen „Kohn“ zu führen.

Antisemitische Parteiführer jüdischer Abstammung waren auch in Wien nicht selten. So der Obmann des Katholischen Schulvereines Dr. Kaspar Schwarz; dann ein Dr. Max Anton Löw, Jünger der Preßburger Jeschiwa, ein Enkel des Rabbi Akiva Eger, was nicht hinderte, daß der Rassenhetz-Pfarrer Deckert ihn „einen begeisterten hochtalentierten Anhänger der christlichsozialen Partei, den dieselbe als einen ihrer Besten zu schätzen allen Grund hat,“ pries. Judenstämmling war auch Dr. Porzer, der hervorragende einflußreiche katholische Führer und antisemitische Vizebürgermeister von Wien, dessen Genealogie in Nr. 37, Jahrgang 1891 der „Ö. W.“ zu lesen ist (aus der Feder seines Cousins, des Dichters Ludwig August Frankl). Allein sie alle hießen nicht gleich „Kohn“.

Warum heißt der verdammte Bub nur „Kohn“: Solch verzweifelten Aufschrei vernahm man schon 1886. Im Jahre 1886 war ein achtjähriger Knabe mit diesem fatalen Namen Objekt eines erbitterten Haders innerhalb der antisemitischen Partei; die diversen publizistischen Organe lagen sich in den Haaren und bekomplimentierten einander mit Titulaturen, welche sie sonst nur für die schlimmsten Juden zu ersinnen pflegten; Geistliche schrieben anonym scharfe Artikel gegen den Wiener Kardinal-Fürsterzbischof und das alles — wegen eines einzigen kleinen Judenknaben, aber dieser einzige hieß „Kohn“! Ein achtjähriger Judenknabe war Schüler einer Privatvolksschule des Schulrates Hermann im ersten Bezirke Wiens und als diese in das Eigentum des neu gegründeten

„Katholischen Schulvereines“ überging, war auch der Judenknabe als Inventarstück mit übernommen worden. Warum muß der Bub nur „Kohn“ heißen? Man stand dann vor der großen Staatsfrage: Was sollte mit diesem Judenbuben geschehen? Ihn aus der Schule weisen, also disziplinarisch bestrafen, ohne daß der arme „Judenbub“ sich das geringste vorher zuschulden kommen ließ — das erlaubte der Protektor des Vereines, der Kardinal-Fürsterzbischof nicht. Den „Judenbuben“ in der katholischen Schule belassen? Großer Gott, warum muß er gerade „Kohn“ heißen?“ Wegen dieses kleinen „Kohn“ drohte die politische Welt des katholischen Wien aus den Fugen zu gehen, entstand eine erbitterte Fehde innerhalb der Partei, lehnten sich Priester gegen die Bischöfe auf, wurde die Gründung eines neuen katholischen Schulvereins geplant.

Dr. Psenner, Redakteur eines antisemitischen Wochenblattes, ließ in seinem Blatte einen „katholischen Priester“ aufmarschieren, der auf die erschreckende Tatsache aufmerksam machte, daß der Obmann des Katholischen Schulvereines, Dr. Kaspar Schwarz, selber ein geborener Jude ist.

> „Wir bemerkten wohl schon, daß der gewisse Herr Dr. Kaspar Schwarz (I. Stephansplatz 6), Obmann des „Katholischen Schulvereins“ für Niederösterreich, eine gebogene Nase habe, die in das gelobte Land hinüberreicht. Was kann der Mann dafür?
>
> Wir erkundigten uns und siehe, der Vater des Herrn Doktors war talmudfrommer Jude und ließ sich taufen; er benahm sich dann auch als eifriger Katholik.“

Das war ein Wink mit dem Zaunpfahl und solch triftigen Argumenten konnte auch die Gesinnungstüchtigkeit des Herrn Dr. Kaspar Schwarz nicht standhalten und der unglückliche Schulknabe mit dem anrüchigen Namen wurde beseitigt.

Eines Tages hatte die katholische Vereinsschule die Auszeichnung, von einigen antisemitischen Zelebritäten besucht zu werden.

Was den „hohen Gästen“ schon beim Eintritte in das Schullokal unangenehm auffiel, war die vordringliche Nase eines

Schulknaben in der ersten Reihe. Diese Nase war allerdings keine Kunstleistung und entsprang kaum dem Ideal eines griechischen Profils. „Was will der Judenbub in der katholischen Volksschule?“, fragten die Antisemiten den Schulleiter. Dieser entschuldigte sich: Der Bub heißt nicht „Kohn“, sondern „Schwarz“, ist der Sohn des Vereinspräsidenten Herrn Doktor Kaspar Schwarz!

In diesem Falle war freilich nichts zu machen, allein man hatte wenigstens erreicht, daß der Name Kohn in den heiligen Hallen nicht mehr genannt wurde.

Und nun bestieg ein Mann mit dem Namen Kohn den fürsterzbischöflichen Thron von Olmütz. — —

„Kohn“ ging damals jedem einigermaßen bewußten Arier förmlich auf die Nerven. Man erzählte sich hierüber manche lustige Episode.

Bei Gericht ereignete es sich, daß ein Staatsanwalt-Substitut gelegentlich der Verhandlung gegen einen gewissen Salomon Kohn die Bemerkung machte, der Verteidiger des Angeklagten vindiziere sich mehr Rechte als ihm gebühren, worauf der Verteidiger erklärte, er besitze genau soviel Rechte wie der öffentliche Ankläger. Damit war die Sache vorläufig erledigt. Als es aber zu den Plaidoyers kam, motivierte der Staatsanwalt seine frühere Bemerkung mit folgenden Worten: „Der Herr Verteidiger ist im Irrtum, wenn er glaubt, daß ihm ebenso viele Rechte zustehen wie mir, denn zwischen uns beiden besteht ein gewaltiger Unterschied: der Herr Verteidiger hat nämlich seine Betrauung von Salomon Kohn, ich aber habe mein Mandat von Sr. Majestät erhalten.“ Der Verteidiger blieb die Antwort nicht schuldig und replizierte in folgender köstlichen Weise: „Es fällt mir nicht einmal im Traum ein, eine Parallele zwischen unseren Auftraggebern zu ziehen; wenn aber der sehr geehrte Herr Vertreter der öffentlichen Anklage das Mandatsverhältnis zur Sprache gebracht hat, so möge er mich entschuldigen, wenn ich die bescheidene Bemerkung wage, daß Salomon Kohn darum zu mir gekommen ist, weil er mich gekannt hat; ich glaube aber nicht, daß Se. Majestät den Herrn Staatsanwalt betraut haben würde,

wenn — er ihn gekannt hätte!“ Der Senatspräsident war nun genötigt, infolge der nach diesen Worten entstandenen Heiterkeit die Verhandlung für einige Minuten zu suspendieren.

Dieser arischen Idiosynkrasie Rechnung tragend, pflegen die Kohns aller Länder sich hinter irgend einer mehr oder weniger ästhetischen Maske zu verstecken. Ferdinand Kürnberger, einer der kernigsten deutschösterreichischen Schriftsteller, mochte daran nicht glauben. Er saß eines Nachmittags in der Rosnerschen Buchhandlung und blätterte in neu erschienenen Werken, als ein junger Mann eintrat, der ihm durch seinen interessanten Kopf auffiel. Nachdem der Fremde das Geschäft wieder verlassen hatte, fragte Kürnberger den Buchhändler um den Namen des jungen Mannes. „Es ist ein bekannter Geiger,“ bekam er zur Antwort, „und heißt Connady.“ „Connady?“ wiederholte Kürnberger. „Hat der Mann immer so geheißen?“ „Fällt ihm nicht ein,“ erwiderte der andere, „der Mann heißt Kohn.“ Einige Tage später fiel Kürnberger eine andere interessante Persönlichkeit auf. Auf seine Anfrage rief der Buchhändler: „Das ist der Pariser Schriftsteller Paul d’Abrest, aber eigentlich heißt der gar nicht so, sondern Kohn.“ Kürnberger sah den Freund starr an, nahm seinen Hut und entfernte sich stumm und bereits ziemlich verschnupft. Doch kam es noch besser. Ein drittesmal präsentierte sich der Verfasser des Lustspiels „Heines junge Leiden“, das damals in Wien Furore machte, und als er das Lokal verlassen hatte, sprach Kürnberger: „Heißt der Mann wirklich A. Mels? Der Name klingt mir zu hübsch für einen wirklichen Familiennamen.“ „Gott bewahre,“ sagte der Buchhändler, „das ist nur sein Autorname, eigentlich heißt er Kohn.“ Diesmal wurde dem Faß der Boden ausgestoßen. Kürnberger, überzeugt, daß sein Freund ihn nur zum Besten gehalten habe, ergriff wieder seinen Hut, aber diesmal um das Lokal nicht nur zu verlassen, sondern auch nie wieder zu betreten. Und doch hießen die drei Männer mit den schönen Namen in der Tat alle drei Kohn[1].

---

[1] „Ein heiteres Gegenstück zu dieser Geschichte wird aus dem ersten Viertel vorigen Jahrhunderts erzählt: Kommt da ein biederer Sachse in den Zwanzigerjahren nach Amsterdam, um persönlich eine ostindische

Der Professor des Kirchenrechtes in Olmütz verschmähte Maskeraden, als Domherr behielt er seinen ehrlichen Familiennamen bei.

Ich erinnere mich noch lebhaft an das ungeheure Aufsehen, welches es im österreichischen Abgeordnetenhause erregt hat, als der Redakteur Emanuel Singer vom „Neuen Wiener Tagblatt“ die bei seiner Zeitung eingetroffene Drahtmeldung ins Haus brachte: Zum Fürsterzbischof von Olmütz sei Dr. Theodor Kohn gewählt. „Kohn?“ „Kohn?“ fragte man erstaunt innerhalb aller Parteien, die Verhandlungen, die auf der Tagesordnung standen, wurden kaum beachtet, das Wort „Kohn“ durchschwirrte den Saal, ging von Mund zu Mund und der einzige, der die Sache von der humoristischen Seite nahm, war der Ministerpräsident Graf Taaffe. Er meinte, man solle sich doch erkundigen, ob der Mann bereits getauft sei, worauf ich ihm sagte: „Exzellenz, seien Sie unbesorgt, als Jude würde er längst nicht mehr Kohn heißen!“ Kohn als Fürsterzbischof war aber eine Provokation. Man denke sich nur in die verzwickte Lage der Frommen im Lande hinein. Ein Fürsterzbischof ist doch wer! Es ist „teils dieserhalb, teils außerdem“, wenn schon nicht aus innerem Antrieb heraus, so doch aus Parteirücksicht sehr geboten und empfehlenswert, einem hohen Kirchenfürsten seine innigste Reverenz zu machen und auf der anderen Seite — Kohn! Man kommt darüber nicht hinaus; es ist einfach zum Haarausreißen. Ein

Erbschaft zu fordern, und geht zunächst zu seinem Advokaten. Daß dieser Jude war, erregte schon sein Erstaunen, da in Sachsen zu damaliger Zeit kein jüdischer Rechtsanwalt existierte. Wie groß war aber erst sein Erstaunen, als er in einer Konferenz mit dem ersten Bürgermeister in diesem ebenfalls einen Juden entdeckte. Der Bürgermeister verwies ihn an den Justizminister. Als er nunmehr diesem eine Eingabe persönlich überbrachte und hörte, daß dieser auch ein Jude sei, war er fast starr vor Schrecken über die vielen Juden in der Verwaltung und Justiz. Der Minister gab dem Sachsen den Rat, ein Audienz beim König nachzusuchen und versprach, dazu die Wege zu ebnen. Der Petent zögerte zunächst mit der Erklärung, ob er den Weg einschlagen wolle; da fragte Seine Exzellenz etwas ungeduldig, ob er sich fürchte, vor dem König zu erscheinen? ‚Nein,‘ antwortete zaghaft der Bittsteller, ‚aber verzeihen Sie, ist Seine Majestät auch ein Jude?‘“

Gewissenszwang, wie man ihn sich schlimmer nicht vorstellen kann. Was soll man tun? „Ich bin ein deutsches Mädchen und hasse die Juden!“ Schönerer hat sich gerühmt, diese Worte seinem Töchterlein, dessen jüdische Blutmischung übrigens leider schon ganz zweifellos nachgewiesen war, in zartester Jugend tief eingeprägt zu haben. Man ist unter Umständen kein deutsches Mädchen, aber die Juden haßt man doch. Und der neue Fürsterzbischof heißt Kohn. Was soll man tun?!

Der Dichter Julius Bauer wurde einmal von einem diensteifrigen Markör mit der Ansprache beehrt: „Habe die Ehre, Herr von Löwy!“ — „Was wollen Sie denn?“ antwortete der schlagfertige Humorist, „ich heiße ja gar nicht so, ich schau nur so aus.“

Der Fürsterzbischof Kohn befand sich in anderer, in der umgekehrten Lage, jedenfalls in einer schiefgewickelten Lage. Er schaute nicht so aus, aber heißen tat er Kohn und das war sein Unglück. Prinz Liechtenstein, Dr. Lueger und Dr. Pattai waren über das Malheur vollständig entsetzt und ich machte mich über sie lustig. Die bunten Szenen, die sich rund um diese Affäre öffentlich und geheim abspielten, bildeten auch eine starke Herausforderung an die Satire.

Wie die Geschichte sich zutrug:

Am 19. August 1892 starb Kardinal Fürstenberg in Olmütz und die Vorgänge bei der dem reichen Domkapitel zustehenden Wahl ihres Erzbischofs beleuchteten manche Verhältnisse der hierarchischen Schichtung, die Privilegien des Adels und insbesondere den Gegensatz zwischen der ärmlichen Besoldung des vielbemühten Seelsorgers und dem Überfluß mächtiger Prälaten.

Kaum eine andere Diözese in Österreich verbindet gleich der Olmützer mit dem Titel auch stolze Erinnerungen.

Das „mährische Rom“, dessen altehrwürdiges Metropolitankapitel noch das Recht der Erzbischofwahl besitzt, ist ein stolzer, fürstlicher Bischofsitz; er gemahnt an die alte Zeit geistlicher Souveränität, sein Titular ist Herr über weite, blühende Herrschaften, prächtige Schlösser, er ist sogar von einer Leibgarde umgeben, wie sie auch in Österreich-Ungarn

nur noch die Schwarzenbergs und Eszterhazys halten durften. Deshalb gewöhnte man sich auch daran, auf dem fürstlichen Sitze der Erzbischöfe von Olmütz Angehörige stolzer Adelsgeschlechter zu sehen, und das Metropolitankapitel zu Olmütz selbst statuierte sich eine gewisse Exklusivität in der Wahl seiner Mitglieder.

So war das Erzbistum Olmütz ein hocharistokratisches Erzbistum, wie kein anderes in der großen katholischen Welt, und zwar nicht durch jene bewaffnete Leibgarde und nicht einmal durch seinen großen Besitz und Reichtum, sondern dadurch, daß auch das Domherrenkollegium von Olmütz einer alten Einrichtung zufolge ausschließlich nur aus Persönlichkeiten bestand, welche dem hohen Adel angehörten.

Seit dreihundert Jahren hatte kein Bürgerlicher den erzbischöflichen Stuhl bestiegen, der bürgerliche Erzbischof von Olmütz, Markus Kühn, verwaltete das Erzbistum in den Jahren 1552 bis 1565. Später sah man österreichische Erzherzoge, ferner Herzoge, Prinzen, Landgrafen, Träger der stolzesten Namen an der Spitze der Diözese.

Und der erste Bürgerliche, welcher nach vielen Jahrhunderten den fürstlichen Bischofsthron von Olmütz bestieg, führte den Namen Dr. Theodor Kohn!

Es bildete sich diesmal eine demokratische Partei, die einen bürgerlichen Domherrn an die Spitze des Bistums berufen wollte, es standen zwei Parteien einander gegenüber, die sich nicht einigen konnten, und so griff man denn zu dem Ausweg, einen Gelehrten mit der Würde zu betrauen.

Dr. Theodor Kohn war Zeremoniär des Kardinals Fürstenberg von Olmütz, war Professor des Kirchenrechtes, Konsistorialkanzler, entfaltete eine umfassende schriftstellerische Tätigkeit, schrieb in deutschen und böhmischen Zeitschriften Artikel über kirchenrechtliche Themen und gewann die Gunst und das Vertrauen des Kardinals Fürstenberg.

Kultusminister Freiherr von Gautsch fungierte als Wahlkommissär bei der Wahl des Fürsterzbischofs durch das Olmützer Kapitel am 7. November 1892. Nach zweimaligem Wahlgange wurde Dr. Theodor Kohn zum Nachfolger des Fürsten

Fürstenberg gewählt. Sofort nach dieser Wahl introduzierten die antisemitischen Parteien aller Richtungen ein Haberfeldtreiben gegen ihn, und die niedere Geistlichkeit, von welcher er seit je strenge Pflichterfüllung forderte, revoltierte gegen den „Juden", es begann ein erbitterter Kampf, der länger als ein Jahrzehnt andauerte.

Die Olmützer Wahl ging uns Juden nichts an und Dr. Theodor Kohn war seit je bemüht, jeden Schein zu vermeiden, als wäre er ein Gönner seiner Stammesgenossen.

Die Juden im Olmützer Bistum pflegten aus ererbter Pietät dem jeweiligen Erzbischof bei besonderen Gelegenheiten ihre Ehrerbietung auszudrücken. Der Vorgänger Dr. Kohns, Kardinal Fürstenberg, zeigte sich erkenntlich für jede ihm erwiesene Aufmerksamkeit, die er in der höflichsten Form erwiderte. Hingegen verhielt sich Fürsterzbischof Dr. Theodor Kohn schroff und ablehnend gegen jede Zuvorkommenheit der Juden. Offenbar wollte er dadurch seine Gleichgültigkeit gegen das jüdische Volk manifestieren, von dem sich sein Großvater aus Rache gegen seine Glaubensgenossen losgesagt hatte. Als Zweitgeborener durfte dieser nämlich keine Ehe eingehen; er heiratete aber ohne „Familie" (Bewilligung), was ein ihm feindlich gesinnter Nachbar infolge eines Zwistes der Behörde anzeigte.

Von seinen Werken der Humanität hat Dr. Kohn die jüdischen Armen stets ausgeschlossen. Ein Ansuchen des jüdischen Frauenvereines um Unterstützung blieb unbeantwortet. An dem von ihm gegründeten Stipendium für Gymnasiasten sollten die Juden keinen Anteil haben. Mit Berufung auf seine in der „Deutschen Zeitung" veröffentlichten, an der theologischen Fakultät in Olmütz gehaltenen Vorlesungen, laut welchen der alte Konzilbeschluß, keinen Verkehr mit Juden zu pflegen, noch Geltung hätte, brachen selbst liberale Professoren ihre Besuche in jüdischen Häusern ab, um nicht den Unwillen des Oberhirten zu erregen.

Es hatte deswegen in jüdischen Kreisen befremdet, daß dieser Fürsterzbischof Dr. Kohn gelegentlich eines Besuches in der Stadt Ungarisch-Brod von einer jüdischen Deputation

nicht bloß begrüßt wurde, sondern daß der Redner derselben, Rabbiner Dr. Moritz Jung, in einer langen Ansprache seiner Freude Ausdruck gab, „einer Persönlichkeit zu begegnen, in der wie in Euer erzbischöflichen Gnaden irdische und geistige Größe mit wahrhaftem Herzensadel harmonisch gepaart ist“. Dieses Kompliment war weder gerecht noch klug. Die politischen Parteien bekämpften diesen „jüdischen Erzbischof“ voller Erbitterung, die einzelnen Geistlichen lehnten sich gegen ihn auf, es erschienen anonyme Schmähartikel gegen ihn und von allen Seiten wurden Beschimpfungen vernommen auf den „arroganten Juden, den jüdischen Parvenü und Eindringling“. Ja, es fehlte nicht viel, und das über eine von ihm veranlaßte Verhaftung eines Geistlichen erbitterte Volk wäre, nachdem es die Fenster des Schlosses zerschlagen hatte, auch über die Judengasse hergefallen. Die römische Kurie tat nichts, seine Autorität zu schützen. So konnte es geschehen, daß Dr. Geßmann — der christlichsoziale Generalstabschef — einen Vortrag in Olmütz hielt, welchem nebst dem Generalvikar Weinlich auch noch eine stattliche Anzahl von Olmützer Domherren beiwohnte.

Auf dem Salzburger Katholikentag des Jahres 1896 wurden der Rassenhetz-Pfarrer Dr. Deckert und der Täufling Dr. Max Anton Löw, der mit mehr Selbstaufopferung als gutem Geschmack über die Verderbtheit der jüdischen Rasse öffentliche Reden hielt, bejubelt, mit Ehren und Auszeichnungen überschüttet, der Fürsterzbischof von Olmütz mit Hohn und Spott begrüßt. Denn er hieß „Kohn“.

Daß Jesus von Nazareth dem jüdischen Volke entstammte, mochte man sich mit Hilfe theologisch-dogmatischer Vorstellungen wegdisputieren. Die Gottesmutter Maria, der heilige Josef, die Apostel Paulus, Petrus und Jakobus waren nun allerdings jüdischen Blutes, indes sie hießen wenigstens nicht „Kohn“! Die frommen Teilnehmer am Salzburger Katholikentag zeigten ja, daß sie eventuell tolerant genug sind, einen „Löw“ zu pardonieren — allein einen „Kohn“ — nein, das hätte man dem Christentum ersparen sollen. Ein Satz tiefsinniger Lebensweisheit besagt: „Was zu viel ist, ist zu viel.“

Endlich entschloß man sich in Rom, ihn zum Verzicht auf sein hohes Amt aufzufordern und als Vorwand wurden ihm einige Fehler vorgehalten; seinen Vorgänger, den Kardinal Fürstenberg, haben ganz andere und viel gewichtigere Fehler beim Erklimmen der Stufenleiter der Hierarchie nicht gehemmt. Das „Wiener Fremdenblatt", ein offiziöses Organ des Auswärtigen Amtes in Wien, brachte die Meldung aus Rom betreffend die Amovierung des Olmützer Bischofs mit folgender Begründung: „Der Papst gab ihm (Dr. Kohn) zu verstehen, daß sich um seinen Namen zuviel Kämpfe entsponnen hätten und daß es ihm infolgedessen unmöglich sein werde, sein hohes Amt in Olmütz mit Erfolg auszuüben." Weder Purpur noch Thron schützten ihn gegen den Judenhaß, versöhnten mit seinem jüdischen Ursprung. Ohne es zu wollen, war er ein jüdischer Märtyrer. Als solcher hätte er die Achtung der Juden verdient, hätte er nicht alles aufgeboten, um jedes Band mit diesen gewaltsam entzweizuschneiden und das in seinen Adern rollende jüdische Blut zu verleugnen. Er hat während seiner zwölfjährigen Amtstätigkeit jede Gelegenheit gemieden, ihnen sein Wohlwollen zu bezeugen und sich so eine dankbare Erinnerung bei ihnen zu sichern. Er hatte zu schwer an seinem Namen zu tragen und als er niedergebrochen war, herrschte im antisemitischen Heerlager großer Jubel. Die gestürzte Größe hieß „Kohn" und das war genug. Sein Vater war ein simpler Bauer und wie alle tschechoslowakischen Bauern von klerikalen Anschauungen beherrscht. Seinen Sohn Theodor ließ er im Olmützer Priesterseminar erziehen und von seinem Vater erbte der den harten Bauernschädel. Aller Welt zum Trotz behielt er den Namen Kohn und das bildete sein Verhängnis. Fürsterzbischof von Olmütz zu sein und „Kohn" heißen zu wollen — das war mehr, als das damalige Österreich nach dem Rücktritt des Grafen Taaffe ertragen konnte.

Wie wenig Graf Taaffe sich von antisemitischen Schlagworten imponieren ließ, zeigte sein Verhalten gegenüber der Schächthetze. Im Jahre 1888 forderte ein Kongreß der Tierschutzvereine in einer feierlichen Resolution ein allgemeines Schächtverbot für Österreich, woraufhin Graf Taaffe als Leiter

des Ministeriums des Innern eine Fachkommission zusammentreten ließ, mit dem Auftrage, die verschiedenen Methoden der Tierschlachtung, die in Wiener Schlachthäusern geübt werden, unauffällig zu beobachten und über die gemachten Wahrnehmungen dem Ministerium Bericht zu erstatten. Die Öffentlichkeit hatte von dem Vorgang nichts erfahren. Der Bericht der Ministerialkommission war eine glänzende Rechtfertigung der rituellen Schlachtmethode! Ein Jahrzehnt später urgierte der Stadtrat von Graz durch den Statthalter von Steiermark ein generelles Schächtverbot, worauf der Stadtrat im Auftrage des Grafen Taaffe die Antwort erhielt, daß

> *„die im Jahre 1888 über die bei den Israeliten übliche Methode des ‚Schächtens' der Schlachttiere durchgeführten Erhebungen zu dem Ergebnis geführt hatten, daß, wenn alle Bestimmungen des Rituals erfüllt werden, in der Methode des Schächtens eine tierquälerische Handlung nicht gefunden werden kann, daher auch für das Ministerium eine Veranlassung nicht vorliegt, um gegen dieselbe einzuschreiten.*
>
> *Graz, am 19. April 1893. Der Statthalter."*

Ein Jahr später wurde im niederösterreichischen Landtag der Antrag auf Erlaß eines Schächtverbotes eingebracht. Graf Taaffe hatte inzwischen zu regieren aufgehört, im Ministerium des Innern waltete ein Nachfolger, und ich erbat von dem mir befreundeten Sektionschef Ritter von Erb eine Abschrift dieser Erlässe. Er wies mich an den Minister und dieser verweigerte die Herausgabe der gewünschten Abschriften. Ich half mir, indem ich die Vermittlung eines Grazer antisemitischen Journalisten in Anspruch nahm, mir den Wortlaut des Erlasses in Graz zu beschaffen, den ich sofort in Nummer 3 der „Österreichischen Wochenschrift" 1894 publizierte. In gelegentlichem Gespräch erklärte der Minister, mein Vorgehen nicht tadeln zu können, er selber möchte nur nicht als Urheber der Publikation gelten. Sektionschef von Erb sagte bedauernd, daß seit dem Abschied des Grafen Taaffe alle Maßnahmen der Regierung nur aus dem einen Gesichtswinkel geprüft werden, „was wohl Dr. Lueger dazu sagen werde".

Gründung der „Österr. Wochenschrift“.

Nach meinem Eintritt in das Parlament, nach der ersten politischen Orientierung drängte sich mir die Notwendigkeit auf, ein eigenes publizistisches Organ zum Kampfe gegen den immer weiter sich ausbreitenden Antisemitismus zu schaffen. Der Judenhaß war bereits zu einer zerstörungswütigen Leidenschaft geworden, die sich in grauenhafter Brutalität der Instinkte offenbarte, einer Leidenschaft, die mit lautem Gebrüll ihr Opfer fordert und auf den Augenblick lauert, das blutige Sinnen in grausige Tat zu verwandeln. Es wurde gehetzt, geschürt, gewühlt und die Juden, ihr Leben, ihr Denken, ihr Glauben in den grellsten Formen gemalt. In unseren eigenen Reihen riß die Mutlosigkeit ein, täglich vermehrten sich die feigen Überläufer, die antisemitischen Wochenblätter und Broschüren schossen wie Pilze empor, wurden in tausenden und aber tausenden Exemplaren in alle Kreise der Bevölkerung getragen, doch die Wiener Juden hielten alles das nicht für gefährlich, weil sie es nicht gelesen hatten. Der erheuchelte Gleichmut, in welchem die jüdischen Führer und politischen Größen sich gefielen, war nichts als ein Resultat der Ratlosigkeit, ein Zeugnis beschämender Ohnmacht, welcher die sittliche Kraft mangelt, zu einer rettenden Tat sich aufzuraffen. Da, meinte ich, sollte ein eigenes Organ in die Bresche treten, und ich entschloß mich, dem Blatte den Titel „Die Österreichische Wochenschrift“ zu geben; es sollte ein apologetisches Blatt werden, ein Kampforgan zur Abwehr aller feindlichen Angriffe gegen das Judentum, aber auch zur Belehrung und Aufklärung der Leser dienen, was und wie in öffent-

lichen Versammlungen und in privaten Unterhaltungen antisemitischen Schlagworten zu begegnen sei; das Blatt sollte werden und wurde ein geistiges Waffenarsenal in dem Kampf um die Ehre des jüdischen Namens. Irgend eine materielle Unterstützung zur Gründung des Blattes konnte ich von keiner jüdischen Seite in Wien erlangen. Ein Versuch, Baron Moriz von Königswarter dafür zu interessieren, endete so kläglich, daß ich mich bald von der Vergeblichkeit aller weiteren Versuche überzeugte. Baron Königswarter war Mitglied des Herrenhauses, befehdete in scharfen Reden heftig das Ministerium Taaffe und insbesondere den Finanzminister Dr. von Dunajewski, dem gegenüber er in einer Herrenhausrede sich den Satz leistete: „Minister kommen und gehen, und oft ist der Gedanke, daß sie gehen, der einzige Trost solange sie da sind." Als ich von dem Umfang, den die antisemitische Agitation gegen uns bereits angenommen, und von den Gefahren sprach, die unweigerlich in ihrem Gefolge sich einstellen müssen, als ich ihm vorhielt, daß alle Parteien uns befehden, keiner auf uns Rücksicht nimmt, jeder unsere Bundesgenossenschaft als lästig und kompromittierend empfindet, wir aber die Hände in den Schoß legen und das Weitere der Vorsehung überlassen und zum Schlusse meinte, „ein solches Gottvertrauen wäre preiswürdiger, wenn es zum Ausdruck käme, wo es sich um persönliche Einzelinteressen handelt, nicht aber um die der Gesamtheit", — hielt er mir eine Strafpredigt wegen meiner regierungstreuen Haltung im Parlament, wegen meiner Abstimmungen gegen die Anträge der deutschen Parteien, was für einen Mann mit deutscher Bildung sich nicht zieme. Ich sagte ihm darauf rundheraus, daß die Millionäre in festgemauerten Schlössern sich leicht den Luxus scharfer Oppositionsreden gestatten können; es büßen dafür nur die kleinen jüdischen Geschäftsleute, die armen schutzlosen Hausierer im Prater, die dem antisemitischen Mob verfallen sind. Baron Königswarter war ein starker Hasser der Ostjuden, und er scheute sich nicht, in offener Sitzung des Herrenhauses Anklagen gegen sie zu erheben, welche später unseren ärgsten Feinden bei ihren Angriffen gegen das Judentum als Waffen

dienten. Insbesondere gegen die galizischen Rabbiner erhob er schwere Anklagen. Er sagte einmal wörtlich:

„Dort in den östlichen Provinzen des Reiches waltet ein fanatisch gesinntes Rabbinat, welches einen weitgehenden Einfluß ausübt und sich nicht mit der berufsmäßigen Tätigkeit begnügt, sondern alle Gebiete des menschlichen Lebens umfaßt. Ein Rabbiner in Galizien mischt sich in die Familie, den Handel, die Gewerbe, die Pachtverhältnisse, die Politik, sogar in die Justiz, und zwar geschieht dies nicht immer mit einem ermahnenden Worte, mit einem weisen Rate. Wenn dies nicht ausreicht, wird sogar zu mittelalterlichen Zwangsmaßregeln Zuflucht genommen, welche gewiß dem Geiste des Jahrhunderts Hohn sprechen."

Es war eine peinliche und keine leichte Aufgabe, die Autorität dieser Ausfälle, welche von den Antisemiten in allen Variationen wiederholt wurden, zu erschüttern. In einer Rede, die ich im Abgeordnetenhause am 11. Februar 1890 hielt, habe ich ihm geantwortet und ich glaube, ich tue am besten, die Stelle aus jener Rede, welche diesen Anklagen gewidmet war, wörtlich zu zitieren. Ich sagte:

„Herr Baron Königswarter ist leider mit den Verhältnissen in Galizien nicht vertraut, aber ich werde Ihnen einen Zeugen führen, der im Lande lebt, einen Mann, der unparteiisch, gerecht und auf der Höhe der Zeitbildung steht, einen Mann, dessen ruhmreicher Name weit über die Grenzen Österreichs klingt. Dieser soll die Anklage widerlegen."

„Es war am 30. September 1868, als im galizischen Landtage ein polnischer Abgeordneter aus Brzezan ganz dieselben Anklagen gegen meine Glaubensgenossen in Galizien erhoben hat, wie sie Baron Königswarter im Herrenhause vorbrachte. Damals ist ein berühmter polnischer Patriot zur Verteidigung der Juden aufgetreten, und er sagte: ‚Dem geehrten Herrn Abgeordneten aus dem Brzezaner Bezirke gefallen auch nicht die Kahale, das heißt Ge-

meinden und Rabbiner. Ich muß freilich gestehen, daß ich in den jüdisch-religiösen Institutionen nicht so bewandert bin, um gründlich zu beurteilen, was Kahal ist. Aber mir scheint es, daß diese eine rein religiöse Institution ist, welche außer den religiösen Angelegenheiten auch andere soziale Fragen und strittige Parteisachen unter den Juden erledigt. Wer kann sich darüber beklagen?“

„Ereignet es sich nicht, daß bei Streitigkeiten zwischen einem Christen und einem Juden die Parteien sich einmütig auf den Ausspruch des Rabbiners oder des Kahals verlassen? Ich kenne eine Menge solcher Urteile, ich weiß, daß man gerecht geurteilt hat, und daß die Parteien sich freiwillig dem Urteile unterworfen haben. Gebe Gott,‘ fügte damals der Redner hinzu, ‚daß auch wir eine solche Institution hätten, an die wir uns in unseren Privatangelegenheiten wenden könnten. Auch bei uns kommt dieser Gedanke zum Durchbruch. Es finden sich solche, und ich gehöre zu jenen, welche sehr häufig das Schiedsrichteramt pflegen und Privatsachen entscheiden. Niemand hat sich darüber beschwert. Würden Sie sich, meine Herren, darüber beschweren, wenn z. B. unser Konsistorium ein solches Vertrauen besäße, daß man es ersuchte, Privatangelegenheiten zu schlichten? Gewiß würde sich niemand beschweren, und gebe Gott, daß wir ebenso täten wie die Juden, daß wir auch ein solches Vertrauen zu unseren Konsistorien hätten. In dieser Beziehung können wir den Juden keinen Vorwurf machen.‘

Und wissen Sie, meine Herren, wer also gesprochen hat? Kein geringerer als unser allverehrter Herr Präsident.

Ich hoffe, daß Seine Exzellenz der Herr Präsident Doktor Smolka auch dem Abgeordneten Türk über galizische Verhältnisse eine unparteiische Autorität ist.“

Baron Königswarter lehnte jeden Beitrag zur Gründung der „Österreichischen Wochenschrift“ ab und auch die übrigen jüdischen Finanzmänner Wiens waren für eine Förderung des

Unternehmens nicht zu gewinnen. Die Hilfe kam von einer anderen, von einer nichtjüdischen Seite.

Das nötige Gründungskapital im Betrage von fünfhundert Gulden erhielt ich von einem christlichen Parlamentskollegen, dem Baron Sochor, damals Direktor der galizischen Karl-Ludwig-Bahn und Abgeordneter für die Stadt Brody. Er glaubte es seinen jüdischen Wählern schuldig zu sein, mein Unternehmen, dessen Notwendigkeit für das österreichische Judentum er einsah, zu unterstützen, und versprach auch weitere Förderung, die jedoch ausblieb, nachdem inzwischen von jüdischer Seite ihm widerraten wurde. Die erhaltenen fünfhundert Gulden brachte ich dem Drucker, und am 15. Oktober 1884 erschien die erste Nummer der „Österreichischen Wochenschrift" mit einem Programmartikel, der den Führern des Wiener Judentums ihre Versäumnisse vorhielt und sich an alle jüdischen Patrioten wandte, ihr Geschick in die eigene Hand zu nehmen, zu einer gemeinsamen Beratung und zu einem einträchtigen Handeln zusammenzutreten, um den drohenden Gefahren zu begegnen.

Ich forderte, die Bildung eines jüdischen Bürgervereines in Angriff zu nehmen, der das zur Ausführung bringe, was die alten Führer verabsäumten und vernachlässigten. Neben dem publizistischen Organ sollte ein Verein entstehen, der die Wahrung jüdischer Interessen und Abwehr gegen Angriffe sich zur Aufgabe stellt.

Die „Österreichische Wochenschrift" hatte in den ersten Jahren viele Hindernisse zu bewältigen und Widerstände zu bekämpfen. Die Wahl des Titels bezweckte, der unter der jüdischen Jugend betriebenen deutschnationalen Propaganda Heinrich Friedjungs mit seiner „Deutschen Wochenschrift" Paroli zu bieten, den politischen Standpunkt der Juden als Österreicher par excellence festzulegen, die sich nicht zum Helotendienste in dem häßlichen Kampfe der nationalen Parteien erniedrigen sollen.

Geleitet war die „Österreichische Wochenschrift" in national-jüdischem Geiste, alle Artikel waren von dem Hauch durch-

weht, um die Saiten der Seele national vibrieren zu lassen; national-jüdisch — jedoch nicht nach der Art und Methode des ein Jahrzehnt später in Flor gekommenen Parteidogmas, welches alle aus dem Judentum exkludiert, die nicht zur Parteifahne schwören. Während die national-jüdischen Parteidogmatiker den Assimilanten verschiedenster Art das Judentum förmlich ausreden, sie als bereits aus der jüdischen Gemeinschaft geschieden erklären, erachtete es die „Österreichische Wochenschrift" als ihre Aufgabe, ihnen das Judentum lieber einzureden, die Fäden, die sie noch an das jüdische Volk knüpften, mochten diese welcher Art, welcher Natur immer sein, nicht entzweischneiden zu lassen, und so in Allen, die jüdischen Blutes sind, das Bewußtsein des Zusammenhanges, das Empfinden und die Erkenntnis der unentrinnbaren Schicksalsgemeinschaft, zugleich aber auch den edlen Stolz zu wecken, den eine einzigartige, viertausendjährige, wenn auch leidensschwere, jedoch ruhmumstrahlte Vergangenheit einflößt.

Bald brachen aber Kinderkrankheiten schwerer Natur über das ganze Unternehmen herein. Auf Grund der ersten Probenummer waren zirka 1500 Pränumerationen eingelaufen, meistens mit voller Zahlung, die Existenz des Blattes wäre also gesichert gewesen, nicht aber mein Eigentumsrecht am Blatte. Der Drucker betrachtete und bezeichnete sich auf dem Blatte als Verleger; außer den fünfhundert Gulden, die ich ihm von Hofrat Baron Sochor brachte, kassierte er alle Abonnementsbeträge ein, ohne mir Einsicht in die Bücher zu gewähren. Weder Kassabuch noch Abonnentenbuch ließ er mich ansehen. Dabei hatte ich das Blatt redaktionell vollständig allein, ohne jegliche fremde Mitarbeit hergestellt, jedoch über die Erträgnisse ließ er mich im Dunkeln. Von ihm mich zu befreien war schwer, vor allem darum, weil die Namen und Adressen der Abonnenten ihm allein bekannt waren. In Nummer 7 entdeckte ich einen Artikel mit einem Angriff auf ein neu ausgegebenes Bankpapier. Der Zweck dieser Aggression war mir sofort klar; ich aber war entschlossen, die Spalten des Blattes nicht zu Geschäftspraktiken aller Art mißbrauchen zu lassen. Donnerstag, den 4. Dezember 1884, als die Expedition der siebenten Nummer

abgeschlossen war und bereits auf dem Postamt sich befand, fuhr ich mit einem Wagen bei der Postdirektion vor und erwirkte, daß mir die ganze Auflage wieder ausgefolgt wurde. In einem kleinen dürftigen Kabinett eines Hotels in der Leopoldstadt wurden nun während der Nacht die Adressen abgeschrieben und des Morgens die Auflage neuerdings zur Post zurückgebracht. Nummer 8 wurde bereits in einer anderen Druckerei hergestellt. Der frühere Drucker beschritt gegen mich den Klageweg — nicht etwa beim Zivilrichter, wo er zur Rechnungslegung über Einnahmen und Ausgaben verhalten worden wäre, sondern auf Anraten seines Advokaten erstattete er gegen mich die Strafanzeige wegen — Nachdruck seines Blattes. Er wußte wohl, daß er bei einer etwaigen Gerichtsverhandlung kaum auf irgend einen Erfolg rechnen durfte. Allein da ich Abgeordneter war, so bedurfte es schon zur Einleitung der Vorerhebungen der Zustimmung des Abgeordnetenhauses. Vergebens erklärte ich dem Staatsanwalt, ich verzichte auf die Immunität, er möge mich einvernehmen, ich stelle mich zum Verhör. Der Staatsanwalt lehnte das Ansinnen jedoch ab. Er müsse vorher an das Abgeordnetenhaus herantreten.

Da der Prozeß Rohlings gegen mich noch in der Schwebe und Dr. Josef Kopp mein Vertreter war, so mußte ich dem Wunsche des letzteren, eine Verhandlung des Abgeordnetenhauses über diese Angelegenheit lieber zu vermeiden, nachgeben und den Anspruch des Buchdruckers auf Zahlung von weiteren 1500 Gulden unter gleichzeitigem Verzicht auf Rechnungslegung seinerseits akzeptieren. Dadurch kam ich in eine sehr schwierige finanzielle Situation, denn außer den erwähnten 1500 Gulden mußte ich während des ganzen Jahres die Druckkosten des Blattes bestreiten, während die von den Abonnenten geleisteten Einzahlungen der ehemalige Drucker für sich behielt.

Es erforderte viel Mut und Ausdauer, viel angestrengte Arbeit und Entsagung, um die Nöte des Tages zu überwinden, doch nach mehrjährigem Ringen hatte sich die „Österreichische Wochenschrift“ Leser und Freunde in allen Kronländern Öster-

reichs erworben und späterhin fand sie Verbreitung in allen Teilen der Welt.

Allmählich meldete sich eine Anzahl von Mitarbeitern, die dem Blatte regelmäßig Beiträge lieferten, darunter Männer klangvollsten Namens, wie: Güdemann, Jellinek, David Kaufmann, Rippner, Heinrich Mayer-Kohn, die Dichter Ludwig Aug. Frankl und J. J. David, Prof. S. Ehrmann, Lektor Friedmann, Prof. Sam. Krauß u. v. a.

Von Zionisten sind vor allem zu nennen: Theodor Herzl, der seine ersten judenstaatlichen und zionistischen Programmartikel in den Spalten der „Österreichischen Wochenschrift“ publizierte, Oskar Marmorek, Dr. Kahn, Prof. Dr. Heinrich Löwe, York-Steiner.

Als Kampforgan geplant und durchgeführt, zur Abwehr der täglichen gegen das Judentum gerichteten Eingriffe, zur Widerlegung aller gegen uns geschmiedeten Anklagen ist die „Österreichische Wochenschrift“ nach dem Urteile aller Zeitgenossen dieser Mission in vollem Maße gerecht geworden und allmählich zu einem Kriegsmagazin, zu einem wissenschaftlichen Arsenal emporgewachsen, in dem alle von nah und fern, welche an unserem Verteidigungskrieg teilnahmen, sich Waffen und Munition, Rat und Belehrung, Behelfe und Auskünfte holten. Mutiger lernte der Jude den Erscheinungen der Zeit ins Auge schauen, mutiger, mit höherem Selbstgefühl und größerer Hingebung an das Ganze durch Vermehrung und Erweiterung seiner Kenntnisse unserer Geschichte, durch tieferes Eindringen in das Wesen des Judentums. Die Klärung und Vertiefung des jüdischen Bewußtseins war eine der vornehmsten Aufgaben des neugegründeten Blattes, der positive Teil seines Programmes: Kenntnis des Judentums und seiner glorreichen Geschichte zu verbreiten, den Inhalt der ererbten Geistesschätze der mitlebenden Generation zu vermitteln — um Verrat und Abfall entgegenzuwirken.

An Äußerungen der Zustimmung und des Einverständnisses, an Zeichen der Anerkennung und freundlichen Ermunterung hat es dann im Laufe der Zeit nicht gefehlt. Die jüdischen Akademiker der Wiener Hochschulen schrieben:

„Gestatten Sie den gefertigten Akademikern, Ihnen, hochverehrter Herr, die Versicherung der wärmsten Sympathien für das von Ihnen geschaffene Organ des wahren, selbstbewußten Judentums zu geben.

Zu lange schon hatte sich keine Stimme gefunden, die es gewagt hätte, das von Nichtjuden so sehr verhöhnte, von Juden selbst so oft verpönte Judentum in Schutz zu nehmen. Sie waren es, hochverehrter Herr, der es unternahm, den Bann der fatalistischen Untätigkeit, der selbst die besten Geister unseres Volkes umfangen hält, zu brechen. Sie haben sich durch Ihre Großtat, denn eine solche ist die Herausgabe einer Zeitschrift wie die Ihre in unserer indifferenten Zeit, ein herrliches Verdienst erworben.

Empfangen Sie, hochverehrter Herr, für Ihr patriotisch-jüdisches Werk den Dank der Unterzeichneten, den Dank jüdischer Studenten, die mit begeisterter Liebe an ihrem uralten, unvergänglichen Stamme hängen und zuversichtlich an seine Zukunft glauben.

Genehmigen Sie den Ausdruck der ausgezeichnetsten Hochachtung und Verehrung, mit welchen verharren:
Stud. jur. N. Birnbaum, stud. med. S. Burg, stud. jur. Arnold Ascher, stud. jur. Abraham Salz, stud. med. Philipp Fischler, stud. ing. F. Binder, stud. techn. David Wettreich, stud. med. Simon Kiesler, stud. med. Max Bromberg, stud. med. S. Silberstein, stud. ing. Moses Fischler, stud. med. Leon Capeau, stud. med. Josef Weinstein, stud. med. A. Jassinowsky, stud. techn. A. Fischer, stud. techn. Benjamin Torbe, stud. ing. H. Ausübel, stud. jur. Sigmund Bromberg, stud. med. Salomon Joffe, stud. ing. Isidor Seinfeld, Aufrecht, Mediziner, stud. med. Skobritz, stud. ing. Wolf Fischler, stud. phil. M. Stengel, stud. ing. Joel Kay, stud. jur. S. J. Feuerstein, stud. ing. H. Stecker."

Beim Abschluß des ersten Dezenniums redaktioneller Tätigkeit erhielt ich von führenden Intellektuellen der Wiener jüdischen Gesellschaft eine Adresse nebst einer Ehrengabe von 12.000 fl. In den ersten zehn Jahren hatte das Blatt trotz viel-

facher Gegnerschaft sich auch in Wien zur Anerkennung durchgerungen.

Die Wirkung, welche die „Österreichische Wochenschrift" auf die Stimmung innerhalb jüdischer Kreise außerhalb Wiens erzielte, der Enthusiasmus, den sie dort geweckt, spiegelt sich in nachfolgendem überschwänglichen Schreiben wider:

Prag-Smichow, 29. Dezember 1893.

Sr. Wohlgeboren Herrn Dr. J. S. Bloch
Redakteur der „Österreichischen Wochenschrift"
Wien.

Gestatten Sie, daß ich Ihnen anläßlich Ihrer zehnjährigen, für das Judentum so erfolgreichen redaktionellen Tätigkeit meine herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck bringe. Sie können auf diese Tätigkeit stolz sein und wir können stolz sein auf einen solch unerschrockenen, mit den schärfsten Geisteswaffen ausgerüsteten Kämpfer. Wenn man die Namen: Jechiel von Paris, Nachmanides, Josef Albo, Abraham Furtado und Gabriel Rießer nennen wird, wird auch Ihr Name genannt werden. Wohl ist es ein betrübendes Zusammentreffen, daß gerade der berufenste Apologet des Judentums auf der Kanzel, Adolf Jellinek, als Leiche auf dem Boden liegt. Doch anderseits erblicken wir darin die Fürsorge der göttlichen Vorsehung, die eine neue Sonne aufgehen ließ, bevor sie die alte untergehen ließ. Die soll uns Trost und Beruhigung für die Zukunft gewähren.

Und so rufe ich Ihnen an diesem ehrenvollen Jubeltage ermutigend zu die Psalmworte: 45, 4—5.

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

Rabbiner Dr. Samuel Back.

Große Genugtuung bereiteten mir anerkennende Äußerungen über den literarischen Wert der Artikel in der „Österreichischen Wochenschrift" aus dem Munde des Dichters Hofrat Ludwig Doczi, der als Sekretär des Grafen Andrassy am Berliner Kongreß teilgenommen und dann Hofrat im Ministerium

des Auswärtigen war. Ludwig Doczi, von dem es hieß, daß er die Taufe genommen, zeigte sich eine Zeit hindurch sehr interessiert für die „Wochenschrift"; hie und da sandte er mir auch Artikel zur Publikation, allerdings ohne Namensnennung. Er erzählte gerne folgende Anekdote aus dem Leben des Grafen Andrassy:

„Es war in Terebes, wo der Graf auf der Heimfahrt von der Jagd einen seiner Sekretäre neben sich auf den Kutschbock gesetzt hatte. Die Dorfbewohner grüßten und gafften — die demütigsten Grüßer und eifrigsten Gaffer waren aber ein Häuflein Dorfjuden im Kaftan. Der Sekretär, ein junger und etwas vorlauter Herr, bemerkte dabei: ‚Euer Exzellenz glauben wohl, daß diese Juden den Minister bewundern? Nein, sie bewundern mich. Sie wissen, daß ich Jude bin, und daß ich hier neben dem Grafen Andrassy sitze, erscheint ihnen als ein viel größeres Mirakel, als daß der Gutsherr von Terebes im Rate der Krone sitzt.' Graf Andrassy lachte, meinte, er habe doch auch einen schönen Weg gemacht, und legte beim Diner einem Tischnachbar die Frage vor, wessen Karriere größer sei, die seine oder die seines Sekretärs? Er erinnerte dabei an seine Exilzeit, an die Tage des knappen Beutels und der trüben Aussichten, während der Sekretär die Unscheinbarkeit seiner Abkunft, die Miseren seiner Jugend ins Treffen führte. Durch die tragikomische Schilderung des bunten Studentenelendes, das er durchgemacht, der Tage, da er von Maulbeeren gelebt, auf harter Bank geschlafen und als Briefsteller für Köchinnen sein erstes Schriftstellerhonorar verdient hatte, gelang es dem jungen Manne, die Gesellschaft für sich zu stimmen. Die engelsgute Gräfin und ihre Kinder fielen zuerst von dem Minister ab und der Graf selber konnte nicht verhehlen, daß der Weg von solchen Anfängen bis in die Halle, wo man jetzt beisammen saß, etwas Romanhaftes hatte. ‚Freilich,' sagte er, nicht ohne Anflug von Neid, ‚daß es solches Elend gibt, davon habe ich keine Ahnung gehabt. Aber' — hier schoß ein Strahl von Triumph über sein Gesicht — ‚dafür sind Sie auch nie gehenkt worden."

Sehr geehrter Herr Doctor!

Sie stehen seit Jahren in der ersten Reihe, um nicht zu sagen an der Spitze derjenigen unserer Glaubensgenossen, welche den Antisemitismus, den offenen, wie den versteckten, muthig und geschickt bekämpfen, für unser Recht und unsere Freiheit einstehen und unsere Religion wie unser religiöses Schriftthum gegenüber planmäßiger Verdunkelung und absichtlicher Entstellung vertheidigen.

Sie besitzen wie Wenige das für diesen mühseligen Kampf erforderliche Rüstzeug: Genaue Kenntnis unserer Religion und Geschichte, Redegewandtheit, Schlagfertigkeit, Furchtlosigkeit, die Gabe lichtvoller schriftlicher Darstellung und, was Ihnen in diesem Kampfe am meisten zu anerkannten Erfolgen verholfen hat, einen angeborenen und klug angewendeten Spürsinn, welcher Sie befähigt, die Schleichwege aufzudecken, das Lügengewebe zu entwirren und die Machenschaften bloszulegen,

L. GOLLERSTEPPER.

Adresse zur Dezenniumfeier der »Oesterr. Wochenschrift«.

deren die dunkeln Ehrenmänner sich bedienen, um durch Anfeindung der Juden und des Judenthums aus der Nacht ihrer Bedeutungslosigkeit und Dürftigkeit zu Geltung und Vermögen sich herauszuarbeiten.

Daß Sie bei diesem Kampfe auf Dank rechnen, glauben wir nicht.

Sie sind ohne Mandat in den Kampf eingetreten, lediglich dem inneren Antriebe folgend, welchen die Liebe zur Wahrheit eingiebt, und Sie finden, wie alle Vertheidiger des gekränkten Rechtes und der unschuldig Verfolgten in dem heiligen Kampfe selbst Ihre Befriedigung und Ihren Lohn.

Gleichwohl haben die Unterzeichneten es sich nicht versagen können, Ihnen ihren Dank und ihre wärmste Anerkennung auszusprechen, was sie zugleich im Namen derjenigen thun zu dürfen glauben, welche infolge eines Aufrufes an der Ehrengabe sich betheiligt haben, die wir mit dem Wunsche überreichen, daß Ihnen Gott auch fernerhin in Ihrem gerechten Kampfe beistehen und Ihnen

Sieg verleihen möge.

Hochachtungsvoll

Wien, den März 1894.

Dr. Schmiedl
Rabbiner

Dr. Jellinek? [signature hard to read]
Rabbiner u. Prediger des Tempel-Vereines im II. Bez.

Dr. Güdemann
Oberrabbiner

G. Bettelheim
Real-Besitzer, Obmann d. Tempelvereines im II. B.

Theodor Ritter von Goldschmidt
k. k. Baurath
Vorstands-Mitglied d. isr. Cultus-Gemeinde

Alexander Pollak
Fabrikant
Chef d. Fa. D. R. Pollak & Söhne

Salomon Berger
Kaufmann, Börserath u. Bez. Schulrath d. Stadt Wien

Dr. [signature hard to read]
Universitäts-Docent
Präs. d. österr. isr. Union, Vorstandsmitglied der isr. Cultus Gemeinde.

[signature hard to read]
Fabrikant
Vorst. Mitgl. der österr. isr. Union

Marcusdorf? [signature hard to read]
Kaufmann, Präs. d. Vereines z. Unterstützung armer kranker Isr.

Samuel Weit
Kaufmann
Vorstandsmitglied d. Chewra Kadischa

S. [signature hard to read]
Kaufmann
Obmann d. Tempelver. Ahdus Israel im II. Bez.

Eduard [signature hard to read]
Fabrikant

Albert Sanowitzer? [signature hard to read]
Exporteur
Vorstandsmitgl. d. Tempel V. im II. u. XII. B.

Dr. Schwarz? [signature hard to read]
Chefarzt der Wiener Bezirkskranken Cassa, Bez. Ausschuss u. Ortsschulrath

J. Brau? [signature hard to read]
Fabrikant, Präses d. Vereines zur Hebung der Gewerbe

Dr. Gustav Kohn
Hof u. Ger. Advocat
Vorstandsmitglied d. isr. Cultus Gemeinde

Dr. Marcus Spitzer
Hof u. Ger. Advocat
Vorstandsmitgl. d. Chewra Kadischa

Saul Löhr? [signature hard to read]
Realitätenbesitzer, Vorstandsmitglied der isr. Cultusgemeinde

Salomon Kohnberger
Professinduftriellor

Dr. [signature hard to read]
Hof u. Ger. Advocat
Vorstandsmitgl. d. isr. Cultus Gem.

J. Eisenberger
Seidenwaarenfabrikant, k. k. Comercial Rath

M. Leinkauf
K. k. Comercialrath, General Secretär der Börse f. landwirthsch. Producte, Vorstandsmitgl. d. isr. Cultus Gem.

W. Stiassny
K. k. Baurath
Vorstands-Mitgl. d. isr. Cultus Gem.

Max Fleischer
Architekt, Vorstands-Mitglied der israel. Cultus Gemeinde

S. Meisels
Fabrikant
Obmann d. Tempelvereines „Bet Israel“

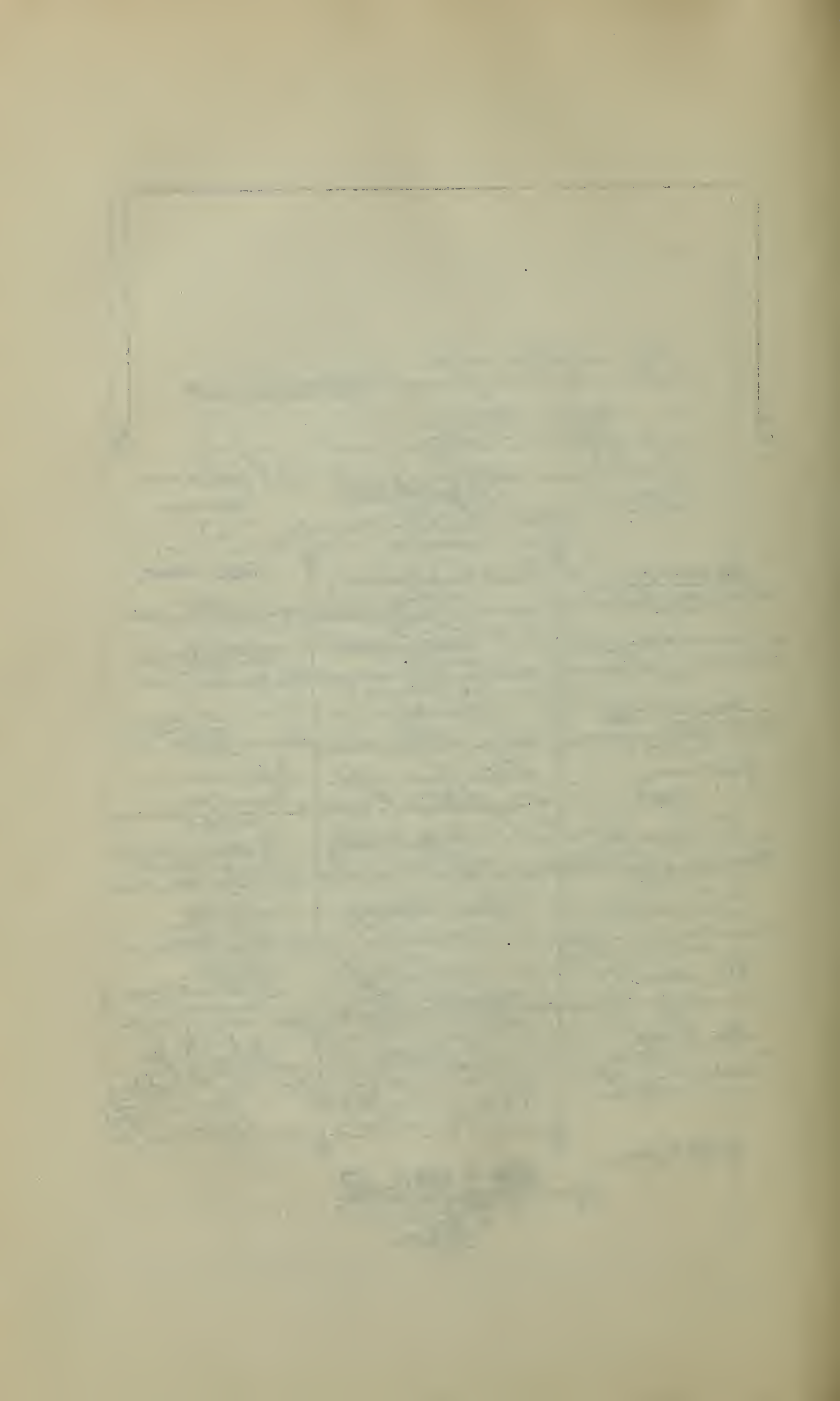
Michael [signature hard to read]
Kaufmann
Obmann d. Tempel-Ver. im VIII. Bez.

[signature hard to read]
K. k. Comercialrath, Vorstands-Mitglied d. Tempel-Vereines im II. Bezirke.

Gottlieb Taussig
Fabrikant
Vorstandsmitgl. d. isr. Cultus Gem.

Sr. Wolgeboren

Herrn Dr. J. S. Bloch
Reichsraths-Abgeordneter
Wien.



Gründung einer Österreichisch-Israelitischen Union.

Unter den zahlreichen jüdischen Organisationen und Wohlfahrtsanstalten, welche ihr Entstehen der Initiative und Propaganda der „Österreichischen Wochenschrift“ verdanken, war der Verein „Österreichisch-Israelitische Union“ die älteste, größte und bedeutendste.

Schon in der ersten Nummer trat ich mit einem „Mahn- und Weckruf“ an die Öffentlichkeit und forderte eine politische Organisation der Juden. Ich machte aufmerksam:

> „Alle Parteien befehden uns, keine nimmt auf uns Rücksicht, unsere Bundesgenossenschaft ist lästig und kompromittierend geworden. In unseren eigenen Reihen reißt die Mutlosigkeit ein, täglich vermehren sich die feigen Überläufer. Unsere Führer aber legen die Hände in den Schoß und überlassen das Weitere der Vorsehung .... Unsere Aufforderung ergeht an alle jene Männer, welche einen offenen Blick haben für die drohenden Gefahren, einen patriotischen Sinn und ein begeistertes Herz für unseren uralten Volksstamm, daß sie sich zu gemeinsamem Handeln, zu einem Schutzbündnis zusammentun, die Bildung eines israelitischen Bürgervereines in Angriff zu nehmen! Mit stolzem Haupte, in dem Bewußtsein, daß wir auf unserem Rechte bestehen, wollen wir uns sammeln und mit den geistigen Waffen, die uns zu Gebote stehen, den Kampf aufnehmen.“

Der Ruf verhallte nicht ungehört. Am 4. April 1885 traten mehrere angesehene Männer der Wiener Judenschaft aus den verschiedensten Gesellschafts- und Berufsklassen zu einem

Meinungsaustausch über jüdische Angelegenheiten zusammen. Außer mir waren anwesend die Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Friedrich Ellbogen und Dr. Friedrich Zins, Universitätsdozent Dr. Josef Grünfeld, der praktische Arzt Dr. Emil Pins, die Bankiers S. G. Fischel, Bernh. Kanitz und J. H. Singer, der Gerichtsadjunkt Dr. Jakob Kohn u. a. Nach längerer Diskussion wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, einen jüdischen Verein zu gründen, dessen Aufgabe es sein sollte, ein gemeinsames, zielbewußtes politisches Handeln in allen das Judentum betreffenden Fragen herbeizuführen, auf die Verbesserung des Religionsunterrichtes, die Verbreitung der Kenntnis der jüdischen Geschichte innerhalb des Judentums, auf die Hebung und Förderung des jüdischen Stammesbewußtseins Einfluß zu nehmen, gegen den rapid um sich greifenden „semitischen Antisemitismus“ Front zu machen und allen auf die Verschärfung der konfessionellen und Rassengegensätze gerichteten Bestrebungen entgegenzutreten.

Ein provisorisches Komitee wurde gewählt, einen Statutenentwurf auszuarbeiten und das Programm für die Wirksamkeit des Vereines zu formulieren. Mitglieder des Komitees waren Dr. Bloch, S. G. Fischel, Dr. Kohn, Dr. Pins und Dr. Zins. Zum Obmann des Komitees wurde ich in der konstituierenden Sitzung einstimmig gewählt, lehnte jedoch die Wahl mit Hinblick auf meine prononzierte politische Stellung, die vielen Anfechtungen ausgesetzt ist, ab. Ich sagte in meiner Rede:

> „Ich will mit Ihnen zusammenarbeiten an dem großen gemeinsamen Werke, ich will es nach allen Richtungen mit all meinen Kräften fördern und unterstützen, allein zur Leitung bin ich der geeignete Mann nicht. Das Geschick hat mir die Stellung angewiesen auf dem vorgeschobensten Vorposten, den ich verteidigen muß. Der Mann, der auf einem gefahrvollen Vorposten steht, hat seinen Beruf und seine Pflicht, allein er ist nicht geeignet, zu leiten und zu dirigieren.“

Bei einer neuerlichen Wahl wurde Dr. Zins zum Obmann, Herr Fischel zu dessen Stellvertreter, Herr Dr. Kohn zum

Schriftführer gewählt. Bereits Mittwoch, den 8., konnte das Komitee den vorgelegten Statutenentwurf beraten und fertigstellen, sowie endlich zahlreiche Beitrittserklärungen und ermunternde Zuschriften zur Kenntnis nehmen.

Wir wandten uns an die Öffentlichkeit mit einem Aufruf, dessen einleitende Sätze lauteten:

„Stammesgenossen!

Wer mit Sinn und Herz für Judentum die Verhältnisse beobachtet, unter denen in unseren Tagen in Österreich die Juden leben und die jüdische Jugend erzogen wird, der wird sich der betrübenden Überzeugung nicht verschließen, daß es rascher und zielbewußter Abhilfe bedarf, wenn nicht die mehrtausendjährige Geschichte unseres Stammes eine wertlose Vergangenheit, die religiöse, sittliche und ethische Erziehung unserer Jugend und das jüdische Stammesbewußtsein unserer Generation vollends untergraben, die staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechte der Juden in Österreich durch längst überwunden geglaubte konfessionelle Leidenschaften und Rassenkämpfe illusorisch gemacht werden sollen. Denn unsere ‚moderne Jugend' kennt keinen Zweig menschlichen Wissens so wenig, als die Geschichte und Literatur ihres eigenen Volkes; sie schämt sich keiner unedlen Denkungsart, keiner unmoralischen Handlung so sehr als dessen, Juden zu sein, und keines ihrer Bande ist so lose geknüpft als dasjenige, das sie mit dem ältesten Kulturvolke, mit dem humansten aller Völker des Altertums und dem Pionier im Kampfe der Menschheit für Kultur, für Gleichberechtigung und Freiheit, für göttliches und menschliches Recht historisch verbindet."

Die Schlußsätze lauteten:

„Wer aber da meint, daß durch eine derartige Vereinstätigkeit wie die geplante, die antisemitische Agitation etwa geschürt und erweitert würde, den verweisen wir auf das Resultat der beinahe zehnjährigen Untätigkeit.

Von unserer Seite ist nichts geschehen, wir verharrten in der Isolierung und Zersplitterung, und wir sind gleichwohl in einen Zustand geraten, von welchem wir sagen dürfen: schlimmer kann's nimmer werden.

Wir wenden uns daher mit vollstem Vertrauen und vollster Zuversicht in das Gelingen unseres Unternehmens und in das segensreiche Wirken unseres Vereines, mit jenem Vertrauen und jener Zuversicht, die uns das Bewußtsein, für eine gute und gerechte, für eine heilige Sache zu kämpfen, verleiht, an alle Juden Österreichs mit der dringenden Bitte, nach Kräften zum Entstehen und Gedeihen dieses Vereines beizutragen und baldigste Beitrittserklärungen an einen der Unterzeichneten zu richten.

Wien, im Mai 1885."

Daß der neue Verein sich nicht an die „Glaubensgenossen", sondern an die „Stammesgenossen" gewendet hatte, wurde wohl vermerkt, erregte aber noch kein Ärgernis.

Dagegen erhob sich eine Agitation gegen den neu zu gründenden Verein. Eine jüdisch-politische Organisation wurde von Heinrich Friedjung als „politisches Ghetto" verschrien und Herr Kultusvorsteher Em. Baumgarten sah im Union-Verein eine Bloch-Partei, die man nicht aufkommen lassen darf. Es mußten somit erst mancherlei Widerstände überwunden werden, bevor der Verein an seine Konstituierung schritt.

In Nummer 15 konnte die „Österreichische Wochenschrift" melden:

„Die Idee unseres Vereines hat bereits in den weitesten Kreisen ein lebhaftes Echo erweckt. Wir haben bereits schriftliche Zustimmungserklärungen aus Wien, Niederösterreich, Böhmen und Mähren erhalten. Das Bedürfnis nach einem gemeinsamen Mittelpunkt ist geweckt worden und wir hoffen, bald an die Konstituierung schreiten zu können, an die Wahl der Funktionäre und des Vorstandes, an dessen Spitze hochangesehene Männer, die im öffentlichen Leben seit Jahren sich bewährt haben, treten werden. Schriftliche

Beitrittserklärungen wolle man an die Adresse des derzeitigen Obmannes des Statutenkomitees, Herrn Advokaten Dr. Zins, Wien, I. Schottenring, dirigieren."

Am 24. April 1886 fand im Festsaal der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer die konstituierende Generalversammlung der „Österreichisch-Israelitischen Union" statt. Unter den Anwesenden sah man bereits u. a.: Gemeinderat und Kultusvorstand G. Simon, Gemeinderat und Vorstandsmitglied der „Israelitischen Allianz in Wien" Dr. Alfred Stern, Landesschulrat Dr. Fürth, Universitätsprofessor Dr. Adam Politzer, Universitätsdozent Dr. Grünfeld usw. Der Obmann des vorbereitenden Komitees, Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Zins, eröffnete die Sitzung mit einer Rede, aus der ich nachstehende Sätze heraushebe:

„Wenn der Antisemitismus bekämpft werden soll, muß beim ‚jüdischen Antisemitismus' begonnen werden."

„Unsere Aufgabe ist zunächst die Hebung des Judentums in fremden und in den eigenen Augen, der Kampf nach Innen gegen die schmachvolle Selbstpreisgebung und Erniedrigung und die Wiedergewinnung der beinahe uns ganz entfremdeten jüngeren Generation für unsere ruhmreichen vieltausendjährigen Traditionen, ferner eine Abwehr der Agitation, welche gegen uns und gegen Toleranz und Humanität geführt wird, eine Niederhaltung jener Bestrebungen, welche auf eine Verschärfung der konfessionellen und Rassengegensätze hinzielen...."

Die einstimmig genehmigten Statuten definierten den Vereinszweck in den ersten zwei Paragraphen folgendermaßen:

§ 1. Der Zweck des Vereines ist, den Sinn für die jüdische Wissenschaft und die Angelegenheiten des Judentums unter den österreichischen Juden zu heben, die über das Judentum verbreiteten Irrtümer und Vorurteile aufzuklären und zu beseitigen, endlich die auf Verschärfung der konfessionellen und Rassengegensätze gerichteten Bestrebungen zu bekämpfen.

§ 2. Der Verein macht sich insbesondere zur Erreichung dieses Zweckes zur Aufgabe:

1. Erörterung von Gegenständen aus dem Gebiete der Geschichte und der Wissenschaft des Judentums in öffentlichen Vorträgen und Zeitschriften.

2. Die Erörterung aller das Judentum betreffenden Beratungsgegenstände des österreichischen Reichsrates und Stellungnahme denselben gegenüber durch Petitionen, Resolutionen und dergleichen.

3. Die Anstrebung der durch die berufenen Faktoren der Gesetzgebung und Exekutive herbeizuführenden

a) Hebung des jüdischen Religionsunterrichtes und größeren Pflege der religiösen Erziehung der israelitischen Jugend.
b) Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der israelitischen Religionsgenossenschaft in Österreich vermittelst einer sämtliche Kultusgemeinden Österreichs umschließenden gemeinsamen Verfassung.
c) Errichtung einer Hochschule in Wien zur Pflege der Geschichte und Wissenschaft des Judentums und zur Heranbildung wissenschaftlich gebildeter jüdischer Seelsorger für österreichische Kultusgemeinden.

Bei der Wahl des Präsidiums wiederholte sich die Szene, daß ich die Wahl ablehnte und Herr Heinrich Berger, Chef der Firma Berger & Sohn, zum Präsidenten gewählt wurde. In den Vorstand wurden berufen die Herren: Bankier S. G. Fischel, Dozent Dr. Josef Grünfeld, Kaufmann Hermann Haber, Landesgerichtsadjunkt Dr. Jakob Kohn, Kaufmann Bernhard Kanitz, praktischer Arzt Dr. Emil Pins, Universitätsprofessor Dr. Adam Politzer, Dr. Gustav Ritter von Schlesinger und Advokat Dr. Siegmund Zins.

Zum Schluß der konstituierenden Generalversammlung hielt Oberrabbiner Dr. Güdemann einen Vortrag über „Die Bedeutung der jüdischen Wissenschaft für das Judentum“. Am Schlusse des interessanten, mit hohem Beifall aufgenommenen Vortrages pries Redner den neuen Verein, daß er die Veranstaltung von Vorträgen aus dem Gebiete jüdischer Wissenschaft unternommen und in seinen Statuten festgelegt, was in

Wien ein Novum, aber einem tief empfundenen Bedürfnis entspricht.

Anderthalb Jahrzehnte stand ich der Vereinsleitung beratend zur Seite, in jeder Plenarsitzung war ich der ständige Redner, wenn nicht ein besonderer Vortrag veranstaltet war; bei allen Vorstandssitzungen war ich anwesend. Später fühlte die Vereinsleitung das Bedürfnis, sich von mir zu emanzipieren, und ich verlor immer mehr die Verbindung mit dem von mir ins Leben gerufenen Verein. In dem ersten Jahrzehnt seines Bestandes war der Verein mir Beistand und Stütze gegen viele Anfeindungen jüdischerseits. Für die Geistesverfassung des Wiener Judentums in der Zeit, da die „Union" gegründet wurde, ist nichts so bezeichnend, als daß wir, ich wie alle meine Gesinnungsgenossen, den Kampf gegen den „semitischen Antisemitismus" immer wieder als Notwendigkeit betont haben. Die Juden standen damals in den Reihen des radikalen Nationalismus aller Völker, vor allem als fanatische Vorkämpfer für deutsche Vorherrschaft — ohne alle Rücksichtnahme auf die Lage des Judentums. Gerade diese Stellungnahme des Vereines gegen die Anteilnahme der Juden an den wüsten nationalen Kämpfen zog ihm vielfache Gegner zu.

Der erste Präsident der Österreichisch-Israelitischen Union.

Heinrich Berger war 1823 in Preßburg geboren, einziger Sohn des Kaufmannes Simon Berger, der aus Kremsier (Mähren) dorthin ausgewandert war, weil er in seiner Heimatstadt keine Familiantenstelle erlangen, also nicht heiraten konnte.

Im Jahre 1848 übersiedelte die Familie nach Wien, wo Vater und Sohn unter der Firma S. Berger & Sohn ein Indigo- und Farbwarengeschäft errichteten, welches Heinrich Berger, der die Seele des Geschäftes war, häufig nach Amsterdam, Rotterdam und London führte, wo er mit prominenten Personen orthodoxer Richtung Verbindungen anknüpfte. Unter anderem lernte er auch Sir Moses Montefiore kennen, der später bei seinem Besuch in Wien auch die Talmud Thora-Schule eines Besuches würdigte. Berger war nämlich bis an sein Lebensende Präsident und Versorger dieser Bildungsanstalt, in welcher Kinder der Ostjuden neben einer religiösen Erziehung auch eine gründliche Bildung genossen. Da die Zöglinge aus den ärmsten Schichten sich rekrutierten, sorgte Berger auch für Ausspeisung und Bekleidung der Schulkinder. Die Erhaltung dieser Anstalt, die lange Zeit in einem alten Hause in der Sterngasse notdürftig untergebracht war, später in ein eigenes Heim (Malzgasse 16) übersiedelte, erheischte große Mittel, deren Beschaffung die stete Sorge Heinrich Bergers bildete. Die vorzüglichen Leistungen dieser Schule anerkannte die staatliche Schulbehörde durch Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes. Der liberale Gemeinderat der Stadt Wien gewährte ihr eine Subvention (früher als der Kultusvorstand), die dank der Opposition Luegers später

gestrichen wurde. Dieser Verlust wurde durch das Eintreten der „Wochenschrift“ wieder wettgemacht.

Heinrich Berger war einer der Gründer des Schönlatern-Bethauses und er gehörte seinem Vorstand durch 36 Jahre an. Die Führer dieses Bethauses zählten zur deutschen Fraktion der Wiener Orthodoxie, die dem Kultusvorstand gegenüber in loyaler Weise erklärten, daß sie mit der Separation keine Trennung von der Gemeinde bezwecken, sondern nach wie vor Mitglieder und Steuerträger der Gemeinde bleiben und an der Einheit der Gemeinde festhalten wollen, welchen Standpunkt Heinrich Berger auch in späteren Jahren bei verschiedenen Gelegenheiten mit großem Nachdruck festgehalten und verteidigt hat.

Trotz seiner strengen Orthodoxie war Heinrich Berger ein Mann von humaner Gesinnung, ein Bildungsfreund, ein starker Verehrer jüdischer Wissenschaft, und er hat seine Aufgabe als erster Präsident der Österreichisch-Israelitischen Union darin gesehen, die Kenntnis des Judentums durch Veranstaltung öffentlicher Vorträge zu verbreiten.

Solche öffentliche Vorträge über jüdische Geschichte und Literatur waren damals in Wien eine Neuheit; auch in Deutschland existierten die später von Gustav Karpeles ins Leben gerufenen Vereine für jüdische Geschichte und Literatur noch nicht. Und schon der erste von Professor Dr. J. Freudenthal aus Breslau in Wien gehaltene Vortrag („Glauben und Wissen“, 31. März 1887) war für alle Teilnehmer ein starkes Erlebnis. Berger erachtete es vor allem wichtig, durch innere Arbeit die dem Judentum Entfremdeten zu jüdischem Bewußtsein zu erziehen. Später wurde der Drang und das Bedürfnis nach politischer Betätigung immer stärker, der Judenhaß nahm in den unteren und mittleren Schichten der Bevölkerung immer wildere Formen an, es galt der Abwehr feindlicher Angriffe stete Aufmerksamkeit zuzuwenden. In der Generalversammlung vom 19. Jänner 1889 lehnte Berger eine Wiederwahl ab und zu seinem Nachfolger wurde Universitätsdozent Dr. Josef Grünfeld gewählt.

Heinrich Berger, ein vornehmer, liebenswürdiger und toleranter Mann, von allen hochgeachtet, blieb mir sein Leben lang ein treuer Freund, dem ich ein dankbares Gedenken bewahre. Auch mit Dr. Grünfeld verband mich eine jahrelange Freundschaft. Streng ablehnend gegen den neuen Verein verhielten sich eine Menge einflußreicher Mitglieder des Kultusvorstandes, vor allen Emanuel Baumgarten, der auch mein intimster, unversöhnlicher Gegner war. Diesen Männern erschien jede politische Sonderaktion von Juden, selbst eine solche rein defensiver Natur, ein Verstoß gegen die Elementarprinzipien ihrer traditionellen Politik.

Emanuel Baumgarten.

Emanuel Baumgarten war im Jahre 1828 am 15. Jänner in Kremsier geboren. Er besuchte mehrere Jeschiwah's und war daher theologisch und wissenschaftlich geschult. 1853 hatte er ein hebräisches Gedicht zur Verherrlichung des Kaisers Franz Josef publiziert und ein Jahr darauf eine Übersetzung von Bachias „Herzenspflichten". Er wandte sich später dem kaufmännischen Berufe zu, ohne es zu einem besonderen Wohlstande zu bringen. Seit 1872 war er Mitglied des Wiener Kultusvorstandes, in dessen Mitte er vermöge seiner Bildung und seines Arbeitseifers bald eine führende Stellung sich eroberte. Er war auch Vorsteher der israelitischen Allianz und des Wiener Beth-Ha-Midrasch, Leiter der Wohltätigkeitssektion der Kultusgemeinde, und durch seine Vermittlung und auf seine Empfehlung erhielten oft arme jüdische Gelehrte Unterstützungen von reichen Gemeindemitgliedern. 1868 wurde er mit dem Franz Josef-Orden ausgezeichnet; indes diese Ordensauszeichnung hatte eine eigene Geschichte, denn sie war eigentlich Simon Szanto, dem bekannten Schriftsteller und Herausgeber der „Neuzeit", zugedacht. Während des österreichisch-preußischen Krieges im Jahre 1866 hatte sich Szanto persönlich und publizistisch um die verwundeten Soldaten viel bemüht und auf sein Betreiben hat der Wiener Israelitische Kultusvorstand ein großes Militärspital eingerichtet, was von der Regierung gut vermerkt wurde, so daß nach dem Friedensschluß unter verschiedenen anderen Auszeichnungen auch Simon Szanto einen Orden erhalten sollte. Es war üblich, bevor man dem Kaiser eine Ordensauszeichnung zur Unterschrift vorlegte, daß die Geheimpolizei beauftragt würde, darüber zu recherchieren, ob

gegen die Persönlichkeit, die in Frage kam, nichts Nachteiliges bekannt ist. Eine solche vertrauliche Anfrage gelangte von seiten der Staatspolizei an den Wiener Kultusvorstand betreffend Simon Szanto. Emanuel Baumgarten eilte darauf zu Simon Szanto, kaufte ihm für einige hundert Gulden die Ordensauszeichnung ab und Simon Szanto schrieb an die Polizei, daß nicht er, sondern Emanuel Baumgarten die Errichtung des Spitals angeregt und zustande gebracht habe und daß deswegen die Auszeichnung jenem gebühre, der denn auch den Orden erhielt.

Emanuel Baumgarten war das Prototyp eines jener Gemeindetyrannen, wie sie vormals in den mährischen Kleingemeinden wirtschafteten, geplagt von dem krankhaften Ehrgeiz, ihre Macht jedermann verspüren zu lassen. Man belegte sie mit dem Titel „der Takif". — Von unleugbarem Wohlwollen und steter Hilfswilligkeit für alle, die sein Haus umlagerten, um durch seine Gunst und Vermittlung kleinere oder auch größere Unterstützungen, sei es aus der Kasse der Gemeinde oder sei es von reichen Gemeindemitgliedern zu erlangen, war er ein geschworener Gegner jedem, der nicht betteln mochte oder brauchte. Zu seinen Schützlingen zählten auch jene Halbliteraten des geistigen Proletariats, die für jüdische konfessionelle Blätter des Auslandes Berichte in seinem Sinne schrieben; verstand einer gar, einen Schmähartikel gegen mich bei irgend einer Zeitung unterzubringen, so hatte er bei ihm gewonnenes Spiel. Nicht jede Redaktion war so leicht zu haben, die Pamphlete kritiklos abzudrucken. Zu denen, die am ehesten dazu sich hergaben, die abstrusesten Erzählungen ohne Prüfung aufzunehmen, war Dr. Rahmer in Magdeburg, mit dem ich seit frühester Zeit in Beziehungen stand und zu dessen Mitarbeitern ich jahrelang gehörte; mit ihm mußte ich mich in einer Form auseinandersetzen, die ihm für die Zukunft ratsam erscheinen ließ, Wiener Briefe mit Vorsicht zu genießen.

Den Gemeindeangestellten, vom ersten Sekretär bis zum letzten Tempeldiener, war er ein strenger Gebieter. Die Angst vor ihm nahm hie und da humoristische Formen an. Es war

seine Gewohnheit, wenn er einem Gemeindediener begegnete, der zufällig ein neues Gewand trug, auf ihn loszugehen, den Stoff des Rockes mit der Hand zu betasten und erstaunt auszurufen: „Schon wieder einen neuen Anzug!“ Man vermied es darum gerne, ihm auf der Straße zu begegnen. Allein wo und wann begegnete man Emanuel Baumgarten nicht? Man traf ihn überall und zu jeder Zeit, am sichersten dort, wo man ihn am wenigsten vermutete. Seine Privatgeschäfte schienen ihn wenig in Anspruch zu nehmen, er befand sich stets in Erledigung irgend einer Gemeinde- oder Wohltätigkeitssache, wo man ihn nicht erwartete. Unter den Angestellten der Gemeinde zirkulierte das Wort: „Kaufe eine frische Semmel vom Bäcker und breche sie entzwei — Emanuel Baumgarten springt heraus.“

Der Gemeinde- und Tempeldiener Saal vom Bethaus in der Seitenstettengasse in Wien klagte mir einmal sein Malheur und erzählte mir die lustige Geschichte, wie er für den Sommer einen neuen Anzug sich anfertigen, aber zwei Monate hindurch im Schrank hängen ließ, ohne ihn zu tragen — aus Besorgnis, Herrn Baumgarten zu begegnen, bis er eines Sonntags vom ersten Sekretär den Auftrag erhielt, am Nachmittag eine geschlossene Tasche mit Akten einem Vorstandsmitglied in Dornbach, einer Wiener Vorstadt, zu überbringen. Dornbach liegt außerhalb der Stadtweite, es war Sonntag Nachmittag und so glaubte er, ohne Gefahr den neuen Anzug tragen zu dürfen. „Bekleidet also zum erstenmal mit dem neuen Gewand, wanderte ich nach Dornbach. Sie werden es kaum glauben, Herr Doktor, die erste Person, auf die ich in Dornbach stieß, war Emanuel Baumgarten, und schon war er bei mir, blickte scharf auf meinen Rock, betastete den Stoff: „Schon wieder ein neuer Anzug!“

Mir konnte er meine politische Stellungnahme nie verzeihen; nicht bloß im Wiener Kultusvorstand, vielmehr in allen Kreisen, in welchen er als Beherrscher des Wohltätigkeitsressorts der Gemeinde zu verkehren hatte, verbreitete er gegen mich eine animose Stimmung; seinen Haß verspürte ich täglich, selbst den Präses der Floridsdorfer Kultusgemeinde, namens Buchwald (er endete im Irrenhause), wußte er gegen

mich derart zu beeinflussen, daß mir kein anderer Ausweg blieb, als auf das Floridsdorfer Amt zu verzichten.

Daß auch die Rabbiner Jellinek und Güdemann mancherlei von ihm sich gefallen lassen mußten, wurde bereits erwähnt. Nicht allein hämische Bemerkungen, kränkende Zensuren, auch materielle Schädigungen ließ er sie erdulden. Eines Tages war Jellinek wegen einer ihm von Baumgarten zugefügten Bosheit besonders aufgeregt, und in seinem Zorn verfaßte er für die „Neuzeit", die er damals allein redigierte, einen Artikel, in welchem die Figur und das Treiben Baumgartens mit bissigem Humor und bitterer Galle gezeichnet und gegeißelt waren. Jellinek war ein großer Stilkünstler und das Porträt, das er von Baumgarten als Schädling der Gemeinde malte, verriet in jedem Satz den Meister. Der Name Baumgartens war im Artikel nicht genannt, allein der Namensnennung bedurfte es nicht, der „Gezeichnete" war kenntlich genug.

Zwei Jahre waren seitdem vergangen. November 1889 fanden Neuwahlen für den Kultusvorstand statt, die „Österreichisch-Israelitische Union" erachtete es endlich an der Zeit, den Mann, der ihr und mein geschworener Gegner war, zu beseitigen, stellte gegen ihn einen Gegenkandidaten auf und ließ drei Tage vor der Wahl von dem Artikel Jellineks einen Neudruck als Flugblatt veranstalten und an sämtliche Wähler als Warnung vor der Wiederwahl Baumgartens versenden. Der Artikel Jellineks übte selbstverständlich eine starke Wirkung aus, insbesondere bei den zahlreichen Verehrern seiner Redekunst. Baumgarten eilte zu Jellinek, überhäufte ihn mit Vorwürfen, und eingeschüchtert ließ sich Jellinek zu einer öffentlichen Erklärung bestimmen, daß mit seinem Namen Mißbrauch getrieben werde und daß bei Abfassung des Artikels am allerwenigsten an Baumgarten gedacht wurde. Indes nützte das wenig. Die Kandidaten der „Österreichisch-Israelitischen Union" siegten mit großer Majorität, Herr Baumgarten verlor das Mandat und schied aus dem Kultusvorstand.

Nun erst gestaltete sich das Verhältnis der Kultusgemeinde zur „Ö. W." und zu mir freundlicher.

Unvergessen bleibt mir eine Szene, die sich am Vormittag nach der Wahl im Redaktionslokal der „Ö. W.“ abspielte. Ein Religionslehrer, gegenwärtig Schulrat, der im Schulfach ausgezeichnete Dienste geleistet, Sohn eines angesehenen Rabbiners, suchte sich bei mir Gewißheit zu verschaffen, ob die Zeitungsnachricht, daß Emanuel Baumgarten nicht mehr gewählt worden, den Tatsachen entspreche und „ob er wirklich nicht mehr Vorsteher ist und nicht vielleicht durch irgend welche Mittel doch noch Vorsteher bleiben könnte“? Als ihm dann deutlich gemacht wurde, daß Baumgarten, nachdem er bei der Wahl in der Minorität blieb, für die nächsten Jahre unmöglich Vorsteher sein werde, weil schon ein anderer an seine Stelle getreten, da fing er tatsächlich vor Freude zu — tanzen an. Aber auch Oberrabbiner Dr. Güdemann nahm — allerdings Monate später — Gelegenheit, seiner Befriedigung über den Wahlausgang — nach seiner Art — einen drastischen Ausdruck zu geben.

Meine erste Parlamentssession.

Mit der offiziellen Mitteilung des Wahlresultates wurde mir ein Betrag übermittelt als Reisespesen für eine Fahrt nach den drei Städten Kolomea, Buczacz, Sniatyn, um mich meinen Wählern vorzustellen. Die Reise nach dem Wahlbezirk und mein Empfang glich einem märchenhaften Triumphzug. Bunt gekleidete Reiter auf buntgeschmückten Pferden holten mich in feierlichen Aufzügen ein, und unter lärmendem Jubel unabsehbarer Menschenmassen wurde ich durch die Straßen nach dem Stadthause geleitet, wo begeisterte Ansprachen an mich gerichtet wurden und ich meine erste politische Programmrede hielt. Jedes Wort, das ich sprach, wurde bejubelt, man ermüdete nicht in Beteuerungen, daß der Wahlbezirk es sich zum Ruhme anrechne, mich in das österreichische Parlament entsendet zu haben.

Der übermäßige Weihrauch hatte mir indessen den Kopf nicht umnebelt, vielmehr beunruhigte mich ernstlich die Frage, welche Wunderleistungen diese naiven Menschenmassen von mir wohl erwarten, wenn sie solch Übermaß von Huldigungen auf mich häufen. Dazu kam, daß die offiziellen Häupter, wie Bürgermeister, Gemeinderäte, Kultusvorsteher, mit einem Worte die legitimen Führer, sich ziemlich abseits hielten: sie waren offenbar überrannt worden, das ganze Ereignis war nicht nach ihrem Herzen, sie hatten die Dinge geschehen lassen, weil ihnen vorläufig die Macht fehlte, sie zu hindern. Es war schließlich nur eine Ersatzwahl für eine Mandatsdauer von etwa anderthalb Jahren und für die kurze Zeit bis zu den allgemeinen Neuwahlen lohnte es sich dem in Aussicht stehenden Kandidaten nicht, große Summen zu opfern. Insbesondere

der Bürgermeister von Kolomea, Dr. Trachtenberg, machte aus seinem Herzen keine Mördergrube und wollte sich mit den Dingen, wie sie nun einmal geschehen waren, auch als Provisorium nicht versöhnen. Ich aber dachte mir: „Kommt Zeit, kommt Rat," und beeilte mich, nach Hause zurückzukehren, um meine neue Würde zu genießen. Bald jedoch erfuhr ich, was es bedeutet, Abgeordneter eines großen galizisch-jüdischen Wahlbezirkes zu sein. Der Abgeordnete ist der ständige Vertreter aller Privatinteressen jedes einzelnen Wählers und aller seiner nahen und entfernten Verwandten. Nicht allein in Steuerangelegenheiten oder Prozeßsachen, auch wenn ein Wähler in Zahlungsstockung geriet und die Wiener Gläubiger nicht befriedigen konnte — immer mußte ich persönlich intervenieren. Solche Interventionen aller Art nahmen naturgemäß viel Zeit und Arbeitskraft in Anspruch.

Von Gegenständen allgemein jüdischen Interesses war es zunächst die Form der Proselytenmacherei, wie sie sich in Galizien als systematischer Kinderraub entwickelt hatte, die ich zur parlamentarischen Diskussion stellte. Fälle des Kinderraubes in Galizien bildeten eine stehende Rubrik in den Tagesblättern. Wer sich einer schweren Sühne gegen Gott und Menschen bewußt war, packte einfach das erste beste Judenkind auf, das ihm über den Weg lief, und trug es als Sühnopfer zum Pfarrer oder in das nächste Kloster, wo es unrettbar begraben blieb. Es war die Votivgabe des Häschers, der Preis einer kirchlichen Absolution. Was scherte ihn der Jammer der Eltern, die doch nur Juden sind? Die Behörden intervenierten zum Scheine, um schließlich zu erklären, daß an der Pforte des Klosters ihre Macht aufhöre.

So brachte ich am 19. März 1885 in der Sitzung des Abgeordnetenhauses den traurigen Fall der Familie Stieglitz in Krakau zur Sprache. Es war im Jahre 1882, daß dem Tapezierermeister Chiel Stieglitz in Krakau seine vierzehnjährige älteste Tochter Rachel plötzlich verschwand. Die Eltern bestürmten die Polizei, aber diese gab sich keine sonderliche Mühe, dem rätselhaften Fall auf die Spur zu kommen. Neun Monate später erfuhren die Eltern, ihr Kind weile in einem Benediktinerkloster

bei Wieliczka; die Mutter reiste dahin, doch man gestattete ihr nicht, mit ihrem Kinde allein und ohne Zeugen zu sprechen. In Gegenwart der Oberin sagte bloß die Rachel, sie sei von Pater Eberhard in Krakau dorthin gesendet worden. Bald darauf wurde das Mädchen nach Alt-Sandec verschickt. Als die Mutter auch dahin fuhr, wurde das Kind nach einer anderen, unbekannten Station gebracht. Drei Jahre lang schmachteten die Eltern der Rachel Stieglitz in Sehnsucht nach ihrer ihnen entzogenen Tochter. Vergebens hatte sich die Mutter um Hilfe an alle Behörden gewendet; vergebens bat sie sowohl diese als den Jesuitenpater Eberhard, der die Taufe der Rachel Stieglitz vorgenommen, daß man ihr ihre Tochter zurückgebe; vergebens versicherte sie, daß sie ihr Kind, wenn es auch Christin geworden, innig zu lieben nicht aufgehört habe, und daß sie es auch ferner ebenso innig wie vorher lieben werde. Auf die herzbrechenden Klagen der unglücklichen Mutter erwiderte Pater Eberhard, daß ihr nur unter zwei Bedingungen die Tochter zurückerstattet werden könne, nämlich, wenn sie, die Mutter, sich taufen lasse und wenn der Vater eine schriftliche Erklärung ausstelle, daß er allen seinen Vaterrechten an sein Kind Rachel Stieglitz entsage.

Dezember 1883 hatte Pater Eberhard das junge Mädchen, das nunmehr fünfzehn Jahre alt war, nach Krakau bringen lassen. Sie weilte dort nicht in einem Kloster, sondern bei einer Privatfamilie, allerdings unter strenger Aufsicht und Bewachung. Nun hatte das junge Mädchen durch Bestechung eines der Wächter ihren Eltern eine schriftliche Mitteilung in jüdischen Schriftzeichen zukommen lassen, worin sie flehentlich bat, man möchte alles anwenden, um sie aus der peinlichen Situation zu befreien. Selbstverständlich wurde sie sofort fortgeschickt und anderweitig untergebracht.

Als einmal eine Deputation englischer Katholiken bei dem Papste weilte, war viel von der „Zunahme der protestantischen Propaganda in Rom“ die Rede und es wurde in den Tagesblättern gemeldet, daß der Papst sich bei dieser Gelegenheit dahin ausgesprochen habe, „die Protestanten benützen die elende wirtschaftliche Lage Roms, um mit Geld Proselyten zu

machen." Im neuen Testament wird aber davor gewarnt, den Spitter in den Augen anderer und nicht den Balken in den eigenen Augen zu sehen. Die Proselytenmacherei in Galizien, das Entführen von Mädchen aus elterlichen Häusern, das dort schwungvoll betrieben wird, die Kunst, die Macht des Staates an den Klosterpforten aufzuhalten, die dort so geschickt gehandhabt wird, sind ja Beispiele so schlagender Art, daß man sie selbst in Rom nicht unbeachtet lassen sollte.

Das Geschick der Rachel Stieglitz erregte allgemeine Teilnahme, seitdem der Fall von der Tribüne des Parlamentes aus in die Öffentlichkeit getragen wurde. Justizminister Dr. Freiherr v. Prazak versprach Abhilfe; er ließ sich die Gerichtsakten kommen und hatte den guten Willen, durch das Oberlandesgericht Krakau Verfügungen zu treffen, um die öffentliche Meinung zu beruhigen. Frau Stieglitz kam nach Wien und ich führte sie dem Justizminister vor, wo sie die bündige Erklärung abgab, auf die religiöse Überzeugung des Kindes keinen Zwang ausüben zu wollen, daß sie gegen den vollzogenen Religionswechsel der Rachel Stieglitz einen Einwand zu erheben keinen Anlaß finde, sondern lediglich gegen den empörenden Rechtsbruch Klage führe, darüber, daß man gegen alles Naturgesetz das minderjährige Kind ihr gewaltsam vorenthalte. Pater Eberhard versuchte aber immer wieder die Frage auf das konfessionelle Gebiet hinüber zu spielen und sich als Beschützer des Kindes vor dem jüdischen Fanatismus darzustellen. Da erhielt ich von einem christlichen Bürger, von dem Handels- und Kunstgärtner Herrn H. Morgenstern, wohnhaft zu Krakau, Kopernikusgasse Nr. 38, folgendes Schreiben, datiert vom 3. April 1885:

„Aus den Zeitungen ersehe ich, wie warm Euer Wohlgeboren sich der Familie Stieglitz annahm, und bei Ihrer bekannten Humanität hoffe ich, da ich mich in einer ähnlichen Lage befinde, daß Sie auch in dem Ihnen weiter darzulegenden Falle die geeigneten Schritte vornehmen werden, um mir und meiner Frau das Familienglück, welches man uns leider zerrüttet hat, wiederzugeben. Ich bin in der Vaterstadt Luthers

in der Provinz Sachsen geboren, evangelischer Konfession, verheiratet, seit 1861 hier in Krakau naturalisiert, habe einen Sohn, welcher jetzt als Studiosus der evangelischen Theologie an der Wiener Universität weilt, und eine Tochter Emma, geboren im Jahre 1865. Selbe ließ ich sorgfältigst in einer Bildungsanstalt erziehen. Das Unglück wollte aber, daß ich sie, damit sie in der französischen Sprache größere Fertigkeit erlange, im Jahre 1880 in ein hiesiges katholisches Kloster der Barmherzigen Schwestern gab, wo sie die Bekanntschaft des Pater Eberhard und des Jesuitenvorstehers Langer gemacht hat. Man überredete das Kind, Katholikin zu werden, und wir, ich und meine Frau, suchten dem Kinde diesen Gedanken auszureden, und es war uns recht, daß unsere Emma im Jahre 1881 nach Podolien als Gouvernante ging. Ein Jahr darauf kam meine Tochter hierher zurück. Allein der Herr Pater Eberhard mußte davon erfahren haben, denn er nahm die Bekanntschaft mit meiner Tochter wieder auf und die Folge davon war, daß sie eines Tages, es war am 8. November 1882, plötzlich und spurlos verschwunden war. Meine Frau begab sich in größter Verzweiflung zu Pater Eberhard, um ihn über den Aufenthalt meiner Tochter zu befragen. Er behauptete davon nichts zu wissen, fügte jedoch hinzu, daß, selbst wenn er es wüßte, er hierüber keinerlei Mitteilung machen würde; nur das will er ihr versprechen, daß er ihrer Tochter Verlangen, zur katholischen Kirche überzutreten, bis zur elterlichen Einwilligung abweisen werde — eine auffallende Rücksicht, die gegen die Stieglitzschen Eheleute nicht geübt und ein Versprechen, welches schließlich auch nicht gehalten wurde. — Wir sind wiederholt bei der Polizei, bei der Staatsanwaltschaft und bei dem Bezirksgericht eingeschritten, allein ohne Erfolg. Es sind nunmehr über zwei Jahre und fünf Monate, seitdem wir unser Kind vergeblich suchen, ja sogar hier beim Bezirksgericht wurde uns bei Gelegenheit eines abweislichen Bescheides gesagt: ‚In ein solches Bienennest sei nicht gut zu stechen.' . . .

Nach unzuverlässigen Mitteilungen soll meine Tochter im Kloster Sakrament zu Lemberg sich aufhalten und wäre ein

Dominikanerpater direkt dorthin gereist, um ihre Bekehrung zu besorgen.

Wir bekamen sogar wiederholt Briefe von meiner Tochter, bald aus Wien, bald aus Paris und Warschau, mit ihrer eigenen Handschrift, aber der Inhalt wird ihr augenscheinlich von jemand Fremdem diktiert. Die Briefe gehen gewöhnlich längere Zeit auf dem Wege. Namenlos schmerzt es uns, daß unser braves, wohlerzogenes Kind systematisch angelernt wird, Vater und Mutter zu belügen.

Die Gesundheit meiner armen Frau wurde durch den erschreckenden Fall derart erschüttert, daß die Ärzte ernstliche Besorgnisse für ihren Geisteszustand hegten und sie fiel für längere Zeit aufs Krankenlager.

Erbarmen sich Euer Wohlgeboren einer unglücklichen Familie, wenden Sie alles Mögliche an, um unser uns gewaltsam entrissenes Kind in unsern Familienkreis zurückzubringen.

Hochachtungsvoll

H. Morgenstern,
Handels- und Kunstgärtner in Krakau.“

Dieses Schreiben überreichte ich dem Justizminister und verlangte nachdrücklich gegen solche Gesetzlosigkeit ehrliche Remedur; ich nahm auch die öffentliche Meinung zu Hilfe und ließ das Schreiben Morgensterns in allen Tagesblättern publizieren. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte man allgemein den Fortgang dieser beschämenden Geschehnisse; allein dies seltsame Kapitel Kulturgeschichte endete, ohne daß dem beunruhigten öffentlichen Gewissen irgend eine Genugtuung geworden. Meine Aktion im Parlament, wie das Einschreiten des Ministers hatten nur das Resultat, daß die armen zwei Mädchen über die Grenze Österreichs heimlich weggeschafft wurden. Die katholische Kirche hält an dem Grundsatze fest, das Kind, welches einmal katholisch getauft worden, nichtkatholischen Eltern nie mehr auszufolgen. Die entführten Kinder bleiben meistens vollständig verschollen; selten gelangt eine Spur ihres Daseins zu den unglücklichen jüdischen Eltern.

Pater Eberhard gerichtlich auch nur einzuvernehmen — das wagte kein galizischer Richter.

Von dem akademischen Verein Kadimah erhielt ich folgende Zuschrift:

Euer Ehrwürden! Hochgeehrter Herr Doktor!

Wenn je ein Mann Dank und Anerkennung von Seiten des jüdischen Volkes und namentlich der Juden in Österreich verdient hat, so ist es Ew. Ehrwürden, dem dies in vollstem Maße gebührt. Während so mancher Jude, der eine hervorragende öffentliche Stellung einnimmt, es aus unerklärlicher Scham unterläßt, für sein Volk einzutreten, wenn es gilt, dessen Ehre und Recht zu verteidigen, sind Euer Ehrwürden stets offen und mutig in die Schranken getreten, um mit geistigen Waffen das Judentum zu verteidigen und besonders als Reichsratsabgeordneter taten dies Euer Ehrwürden bei jeder Gelegenheit. Die Leitung des akademischen Vereines „Kadimah" erlaubt sich nun in Ausführung des einstimmigen Beschlusses der Plenarversammlung vom 18. April d. J. Euer Ehrwürden für das Auftreten in der Affäre „Stieglitz" in der öffentlichen Abgeordnetensitzung und für Ihre Bemühungen um das Judentum überhaupt den innigsten Dank und die freudigste Anerkennung aller Vereinsmitglieder auszudrücken.

Für den Ausschuß des akademischen Vereines „Kadimah"

stud. jur. M. Heilpern, Schriftführer. *stud. med. H. Burg, Präsident.*

Außerdem finde ich in der „Österreichischen Wochenschrift", Nummer 14, Jahrgang 1885, ein Schreiben an mich publiziert von dem edlen Philantropen Sir Moses Montefiore mit folgendem Wortlaut:

Ich bete zu dem Allmächtigen, daß er Sie und die Ihrigen in seinen Schutz nehme und Ihnen Kraft verleihe, Ihre edlen Bestrebungen fortzusetzen im Interesse unserer heiligen Religion,

zum Wohl der leidenden Menschheit, zum Siege der Wahrheit und des Rechtes. Möge er, der die Herzen der Menschen lenkt, Sie erfüllen mit heiligem Eifer, damit Sie nicht ruhen und nicht rasten, bis alle unschuldig Leidenden erlöst sind von ihren Unterdrückern und Israel in Frieden leben wird in allen Teilen des Erdballes. Mit der Versicherung meiner Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Ihr ergebenster

Moses Montefiore.

Das hebräische Original ist leider nicht mehr in meinem Besitz, während des Wahlkampfes im folgenden Jahre wurde es mir von einem meiner Freunde im Wahlbezirk abgenommen und nicht wieder zugestellt.

Wahlkampf gegen Dr. Emil Byk.

Die dem tagenden Reichsrat gesetzlich eingeräumte Lebensdauer war zu Ende; er wurde mit einer Thronrede des Kaisers in der Hofburg geschlossen. Neuwahlen wurden ausgeschrieben, und so wandte ich mich an Herrn Wieselberg in Kolomea mit der Mitteilung, daß ich nächstens dort einzutreffen gedenke, um den Wählern über meine Tätigkeit Bericht zu erstatten. Wieselberg war offiziell bloß Kultusvorsteher und Gemeinderat, in Wahrheit hatte er aber auf allen Gebieten des kommunalen und politischen Lebens der Stadt als unumschränkter Führer der herrschenden Partei den stärksten Einfluß. Alle Ämter, vom Bürgermeister bis zum Nachtwächter wurden seit zehn Jahren unter seiner Protektion vergeben. Er war nur ein Winkeladvokat, ohne eigentliche Studien, aber allen Advokaten Kolomeas in der Prozeßführung überlegen. Bürgermeister Doktor Trachtenberg, der nicht gerade mit einem Übermaß von Geist belastet war, hing von ihm ab, war seine Kreatur, bereicherte sich unter seinem Schutze. In Kolomea und Umgebung wurde der kleine Wieselberg mit dem großen Bart und den klugen Augen in allen Tönen und Farben gepriesen; daß er ein guter Mensch sei, sagte ihm keiner nach, allein „er ist klug wie der Tag", versicherte man mich. In der Tat, Alle gelangten zu Wohlstand, die sich unter seine Fittiche stellten.

Seine Antwort an mich war mehr als höflich, gewissermaßen teilnehmend, es wäre eine überflüssige, mit Kosten und Anstrengungen verbundene Reise, zu der er mir nicht anraten möchte. Wie die Sachen nun einmal liegen, ist an eine Wiederwahl meiner Person nicht zu denken. Die heiße Schwärmerei von vor zwei Jahren ist erkaltet, des Lebens Nöte wirken

ernüchternd und lassen keinen noch so süßen Rausch lange andauern. Schluß: ich solle mir die Reise ersparen. — Dr. Emil Byk aus Lemberg hatte die zwei Jahre zu Agitationsarbeit intensiv ausgenützt, die Bürgermeister, Gemeinderäte und Kultusvorsteher der drei Städte sich gesichert, nicht minder die Inhaber der kleinen Wucherbanken; seine Mittel erlaubten es ihm auch, die Bezirkshauptleute sich dienstpflichtig zu machen. Der Widerschein dieser Gestaltung der Dinge blitzte aus dem Schreiben Wieselbergs. Ich antwortete, daß ich es mir nicht verwehren lassen werde, den Wählern persönlich für das mir gewidmete Vertrauen zu danken und über die Art, wie ich mein Mandat ausgenützt, Rechenschaft zu geben. Bald zeigte sich, daß ich die Anhänglichkeit der Wählermassen durchaus nicht eingebüßt, daß vorläufig die Partei Emil Byk's Offiziere ohne Armee bilden. In Buczacz hatte am 2. Mai 1885 in der Synagoge eine Wählerversammlung stattgefunden, wobei, wie ein Telegramm offiziell meldete, „die Kandidatur Dr. Blochs einstimmig proklamiert wurde".

In Sniatyn hatte sich gleichzeitig ein Wahlkomitee konstituiert und bei einer Abstimmung erhielt Dr. Byk 4, Dr. Bloch 12 Stimmen. In Kolomea bildete sich eine Partei Bloch unter dem Namen „Die guten Jungen", der auch die angesehene Familie Brettler mit dem greisen Familienoberhaupte Jakob Brettler an der Spitze sich anschloß. Da überdies Gemeinderatswahlen in naher Aussicht standen, hielt man es für nützlich und aussichtsreich, den Kampf gegen die städtische Korruption als Programm zu proklamieren.

Für die Gemeinderatswahlen interessierten sich auch Kreise der polnischen Intelligenz, an ihrer Spitze der polnische Schriftsteller Wisniowski, der „den guten Jungen" ein Wahlbündnis anbot, des Inhaltes, daß er bereit sei, bei der Reichsratswahl mit ihnen Schulter an Schulter für Dr. Bloch zu kämpfen, gegen das Versprechen, im Falle des Sieges bei den Gemeinderatswahlen mit ihm in den Kampf einzutreten für einen neuen Bürgermeister, der seiner Partei angehöre. Diese Vereinbarung wurde geschlossen und am 1. Mai hat eine Wählerversammlung ein Lokalwahlkomitee bestellt, die Delegierung eines Ver-

treters für das Lemberger Zentral-Wahlkomitee beschlossen und mit dieser Mission Herrn Wisniowski betraut, der eine flammende Rede für meine Wiederwahl hielt. Ihm hatte sich sein Freund St. Ritter von Szczepanowski angeschlossen, und beide zusammen übernahmen die Führung der Kampagne für die Reichsratswahl in der Stadt Kolomea. Die beiden Freunde waren Männer von großer Erfahrung, hatten viele Reisen gemacht und auch längere Zeit in Amerika verbracht. Szczepanowskis Auffassung der Judenfrage ist in einer Schrift „Nedza Galizyi", „Das Elend Galiziens", niedergelegt, die er wenige Jahre später publizierte; dem Judenelend sind dort mehrere gründliche Kapitel gewidmet. Sein Kardinalsatz lautet: „Der Antisemitismus ist ein sehr wichtiges Anzeichen der Rückkehr zur Barbarei, welche jetzt nach Deutschlands Beispiel in der ganzen Welt sich vollzieht und gehört mit zu jener geistigen Epidemie, welche gegenwärtig von Deutschland aus über die ganze Welt sich verbreitet."

In Anerkennung und Würdigung seines entschlossenen, mutigen Eintretens zugunsten meiner Wahl, ohne auf das Gekläff der polnischen Zeitungsmeute zu achten, die ihn des Bruches der „nationalen Solidarität" und des Verrates bezichtigte, wurde er zwei Jahre darauf von der Stadt Drohobycz zum Reichsratsabgeordneten gewählt, während Wisniowski nach Abschluß der Wahl ein Ehrengericht der Berufsgenossen anrief, das sein Verhalten einstimmig als in den Verhältnissen gerechtfertigt anerkannte. Wisniowski stellte sich mir überdies persönlich zur Verfügung.

Am 3. Mai verließ ich Wien, um in den Wahlbezirk zu reisen, wo der Parteienkampf bereits eröffnet war. In der Landeshauptstadt Lemberg machte ich Station. Hier war der Sitz des Landes-Zentralwahlkomitees, das sich aus Delegierten aller Wahlbezirke Galiziens sowie aus hervorragenden Repräsentanten der politischen Parteien, der Presse und sonstigen prominenten Persönlichkeiten zusammensetzte, dessen Urteil zu respektieren als eine Pflicht „nationaler Solidarität" galt.

Exzellenz Franz Smolka, Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses, hatte auch diesmal aus Rücksicht für

Adolf Fischhof mich seinen Freunden in Lemberg empfohlen. Franz Smolka, ein Veteran der polnischen Demokratie und des Parlamentarismus, mit einem feinen Gesicht, langem, schmal ablaufenden Barte, eine würdevolle Erscheinung, zählte zu den vornehmsten Zelebritäten des galizischen Polentums; sein Haupt war umstrahlt von dem Glanze des Jahres 1848, man verehrte ihn, seine politischen Ratschläge jedoch wurden weniger respektiert. Im galizischen Landtag hielt er am 30. September 1868 eine groß angelegte, sehr wirksame Rede zugunsten der Judenemanzipation, eine Rede, aus der ich ihm einmal im Reichstag eine Stelle in Erinnerung rief; seitdem hatte er Wasser in seinen Wein gegossen. Er bestrebte sich sichtlich, allen Parteien zu Gefallen zu sein, er hätte einen idealen Präsidenten für eine unparteiische Leitung politischer Körperschaften abgegeben, wenn er nicht im Alter schwerhörig geworden wäre. Diese seine Schwerhörigkeit machten sich die Radikalen aller Sorten zunutze, deren schlimmste parlamentarische Ausschreitungen er gewöhnlich überhört hatte, und wurde er nachträglich auf die Blüten jener Redeexzesse aufmerksam gemacht und versuchte, mit einer Rüge vorzugehen, dann mußte er das stenographische Protokoll hervornehmen, die gerügten Ausfälle und Schmähungen verlesen, also wiederholen, was natürlich ohne Heiterkeit nicht abging und den Radikalen ein Gaudium war.

Da er bereits dem Kremsierer Reichstag präsidierte, konnte er ein fünfzigjähriges Jubiläum als Parlamentspräsident feiern, und bei dem Festmahl richtete Graf Adalbert Dzieduszycki an ihn folgende launige Ansprache:

„Die Sage geht, daß die Muse, wenn einem Volke ein großer Mann geboren wird, feierlich an die Wiege des Kindes herantritt, um dem Neugeborenen durch einen Kuß die Zukunft und die Richtung des Genies festzulegen. Empfängt das Kind den Kuß auf den Mund, so ersteht dem Volke ein großer Dichter; küßt die Muse dem Kind die Stirn, so wird es ein großer Denker, ein Philosoph; küßt sie ihn auf das Auge, so empfängt die Menschheit einen genialen Maler;

küßt die Muse das Ohr des Kindes, so wird aus dem Kind ein großer Musiker, Komponist!

Sage mir, Franz Smolka, da es dir möglich war, fünfzig Jahre auf dem Stuhl eines Reichsratspräsidenten im Völkerreich Österreich zu sitzen — sage mir, wo hat dich die Muse geküßt?"

Außer Franz Smolka hatte auch Graf Potocki für mich ein gutes Wort eingelegt.

Graf Alfred Potocki war einer der feinsten und vornehmsten Repräsentanten des polnischen Adels, ein Mann, der alle Tugenden und Vorzüge des polnischen Kavaliers vereint in sich verkörperte. Unter den vielen Staatsmännern, die in der Reihe der Jahre seit dem Bestande der Verfassung in Österreich an der politischen Öffentlichkeit in tätiger ministerieller Wirksamkeit vorüber gezogen sind, war Graf Potocki eine Erscheinung von seltener Liebenswürdigkeit. Er war in seinen Anschauungen und Überzeugungen von einer solchen Ritterlichkeit und einer so gewissenhaften Strenge gegen sich selbst, vereinigt mit dem mildesten Urteil über andere, daß ihm nach dem Abschiede von der Regierung die Sympathien, die seiner Person galten, treu geblieben sind.

Den Juden war Graf Potocki sowohl als Ministerpräsident, wie auch als jahrelanger Statthalter von Galizien ein wohlwollender und milder Herr, ein Förderer ihrer Kulturbestrebungen und voll Teilnahme für ihre Leiden. Mit vielen jüdischen Familien hatte er seit frühester Zeit freundschaftliche Beziehungen unterhalten, im Hause Kallir zu Brody war er ein oft gesehener Gast und den Chef des Hauses hatte er, trotz abweichender politischer Meinung, mit hoher Gunst ausgezeichnet.

Unvergeßlich bleibt eine Szene, die sich im Jahre 1884 im galizischen Landtag abgespielt hat. Dort hatte der famose Abgeordnete Merunowicz an den Regierungsvertreter folgende Interpellation gerichtet:

„In Erwägung, daß, wie die Krakauer Gerichtsverhandlung über den Mord in Lutcza ergeben hat, im Lande von

den Juden aus religiösen Motiven ein schreckliches Verbrechen begangen und von ihnen sogar ein Christ zur Mitwirkung an dieser Untat durch Pression verleitet wurde, möge der Regierungsvertreter erklären, ob die Regierung nicht geneigt wäre, die Sammlungen religiös-sittlicher Satzungen und Überlieferungen der Juden, besonders in Beziehung auf rituelles und bürgerliches Recht einer Revision zu unterziehen, ferner zu untersuchen, inwieweit diese Satzungen mit den in Österreich geltenden Gesetzen und mit den speziell für die Juden erlassenen Normen in Widerspruch stehen, und ob die Regierung es nicht für notwendig erachtet, ihr Aufsichtsrecht und ihre Kontrolle auf jüdische Institutionen zu dem Zwecke zu erweitern, damit gemeingefährliche Lehren unter den Juden in Hinkunft keine Verbreitung mehr finden."

Als der Antrag verlesen wurde, fragte Graf Potocki ganz verwundert, als hätte er eine Stimme aus dem Gespensterreich gehört: „Wer hat denn das unterzeichnet?" Diese kurze Frage im Tone höchster Verwunderung war ein vernichtendes Verdikt gegen das Treiben der Antisemiten und so effektvoll, daß sie das Ungeheuerliche dieser antisemitischen Interpellation grell beleuchtete.

Graf Potocki nebst einem kleinen Anhang seiner intimen Freunde hat sich im Landes-Zentralwahlkomitee warm meiner Kandidatur angenommen. Daß Männer wie Dobrzanski, Eigentümer der „Gazeta narodowa", deren Redakteur der Rohlingschwärmer Merunowicz war, mit Erbitterung gegen mich kämpften, war begreiflich. Eusebius Czerkawski erinnerte an mein Auftreten gelegentlich der Affäre Stieglitz und Morgenstern, bei welcher Gelegenheit „der Abgeordnete für Kolomea sich jeder Rücksicht gegen den Polenklub los und ledig fühlte". Es nützte wenig, daß Graf Potocki der Versammlung in Erinnerung rief, daß konfessionelle Fragen und Interessen keinem Klubbeschluß unterworfen seien und daß man dem Standpunkt Dr. Blochs auch Gerechtigkeit schulde. Die Versammlung war längst entschlossen, mich als „für die Nation

schädlich" mit dem Banne zu belegen und Dr. Byk den Wählern aufzuzwängen. Ich hatte Gelegenheit, dem Grafen Potocki persönlich meinen Dank auszusprechen. Prediger Löwenstein benützte die Kanzel, um immer wieder an die Pflicht „nationaler Solidarität" mit den Polen zu mahnen, während Oberrabbiner Ornstein sich an Rabbi Hillel Liechtenstein in Kolomea mit einem vertraulichen Schreiben zu meinen Gunsten wandte. Auch das jüdische Publikum in Lemberg benützte meine mehrtägige Anwesenheit, um Sympathien für mich zu bekunden; zu zeigen, daß man in dem ungleichen Kampf, in den ich geraten war, den Sieg mir wünschte, was die Lemberger polnischen Blätter zu langen Schmähartikeln gegen die Juden veranlaßte. Daß dieser patriotische Eifer gegen mich gut bezahlt war, wußte jeder. Die Agenten Byks bereisten die Wahlstädte mit voller Kassa.

Zu den begeisterten Vorkämpfern Emil Byks zählte auch Rodkinson; er tat jedoch des Eifers zu viel, und zwei von ihm gegen mich verfaßte Broschüren haben Freunde Dr. Byks ihm dringend empfohlen, noch in der Druckerei zu vernichten; sie fürchteten, daß der Effekt dieser Preßerzeugnisse ein ganz anderer sein dürfte als der beabsichtigte. Namentlich Prediger Löwenstein hatte Herrn Byk dies klar gemacht. Das Honorar ist Herrn Rodkinson indessen nicht geschmälert worden.

Der Lärm dieses Wahlkampfes durchhallte ganz Galizien, so daß in jeder jüdischen Gemeinde sich Parteien für oder wider einen der beiden Kandidaten bildeten. Auch der eigenartige ostjüdische Witz griff in den Wahlkampf ein und wurde zur Waffe. Von den vielen Bonmots, die damals zwischen „Bykens" und „Blochens" flatterten, sind mir nur noch zwei in Erinnerung. Der Thora-Abschnitt, der in den Synagogen, wie der Zufall wollte, während der Wahlwoche zur Verlesung kam, beginnt mit dem Wort וישב und führt darum auch solchen Namen. Es zeigte sich, daß die vier Buchstaben des Wortes die strikte Mahnung enthielten: „W—ählet J—osef Sch—emuel B—loch." Gegen die Bykpartei gerichtet war ein Argument: Wie dürfte ein Jude für Byk stimmen, wenn in der Bibel Ex. 20, 5; 23, 24; 34, 14; Dt. 5, 9, Mich. 5, 12, Ps. 81, 10, also sechsmal

das Verbot eingeschärft wird לא תשתחוה „Du sollst nicht byken“ (wie die Übersetzung in jiddisch lautet). Der blinde Haß und die wilde Verleumdungswut, mit welcher die gesamte polnische Presse mich täglich verfolgte, erregte Staunen und Entrüstung und konnte nicht verfehlen, auch Teilnahme für mich zu wecken. Mehrere hundert jüdische Bürger Lembergs wandten sich mit einer Petition an das Landes-Zentralwahlkomitee zur Gutheißung meiner Kandidatur, „für welche nahezu neun Zehntel der Juden Galiziens sich einsetzten. In Berücksichtigung des Umstandes, daß das Land Galizien mehrere katholische und ruthenische Seelsorger in den Reichsrat entsendet, sei es kein unbilliges Verlangen, daß auch ein geistlicher Vertreter der Juden im Abgeordnetenhause sitze, zumal es dem Landes-Zentralwahlkomitee nicht unbekannt sein kann, daß die wahre Gesinnung der Wähler der drei Wahlstädte mit der Petition der Lemberger israelitischen Bürger übereinstimme.“

Am 9. Mai traf ich in Kolomea ein, von zahlreichen Freunden mit Zeichen starker Sympathie begrüßt. Ein langer Zug von Equipagen erwartete und begleitete mich zu meinem Absteigequartier und zu meiner Überraschung sah ich, daß die Häuser in den Straßen festlich geschmückt waren. Vor dem Hotel brachte mir die Menge Ovationen dar, die sich mehrmals wiederholten, bis ich auf den Balkon trat und eine Ansprache an die Menge hielt, beginnend mit den Worten: „Ich komme mit leeren, aber reinen Händen.“ Das Wort wirkte wie eine Bombe und zeigte den Herren Wieselberg und Genossen, daß sie den Floridsdorfer Rabbi denn doch ein wenig unterschätzt hatten. Eine Wählerversammlung, in der ich meinen Rechenschaftsbericht erstattete und mehrere an mich gerichtete Interpellationen beantwortete, verlief günstiger als ich erwartet hatte. Die „Führer“ der Stadt und des Kahals hielten sich fern, und als ein Advokat Kritik daran geübt, daß ich jiddisch und nicht polnisch zu den Wählern redete, erklärte ich, daß ich das Recht der 800.000 Juden in Galizien, in ihrer Muttersprache politisch miteinander zu verhandeln — dokumentieren will. Samstag sprach ich in der Synagoge, Montag reiste ich nach

Sniatyn. Dort hatte der Steuerkommissär vielen Leuten mit strenger Eintreibung der Steuerrückstände gedroht, „wenn der verdammte Blochak“ gewählt würde. Von Sniatyn sollte ich nach Buczacz reisen. Allein unser Delegierter beim Landes-Zentralwahlkomitee, Herr Wisniowski, war aus Lemberg in Sniatyn eingetroffen, und bei einer vertraulichen Besprechung in einer Villa außerhalb der Stadt berichtete er mir unter vier Augen über die Vorgänge in den Sitzungen des Landes-Zentralwahlkomitees. Unter anderem meldete er: Byk habe erklärt, „die Wahl Dr. Blochs kann überhaupt gar nicht in Frage kommen, derselbe ist nicht wahlberechtigt, sein Name finde sich in keiner Wählerliste, weder in der Wiener noch in der Korneuburger, wohin Floridsdorf zugeteilt ist. Bloch besitzt kein aktives, somit auch kein passives Wahlrecht.“

Diese Mitteilung traf mich wie ein Blitz, ich erklärte Herrn Wisniowski, ich werde sofort nach Wien zurückkehren, um der Sache auf den Grund zu gehen; seinen Freunden jedoch möchte er nur sagen, meine Reise habe den Zweck, dem Ministerpräsidenten über das Verhalten der staatlichen Organe gegen mich zu berichten. Mir selber erschien es klar, daß ich eine wichtige Angelegenheit vernachlässigt haben muß, nämlich um mein Wahlrecht mich umzuschauen. Früher besaß ich das Wahlrecht als Rabbiner von Floridsdorf; infolge meiner Übersiedlung nach Wien und des Verzichtes auf den rabbinischen Beruf erlosch dieser Rechtstitel; durch die Zahlung einer direkten Steuer mir das Wahlrecht zu sichern, hatte ich verabsäumt, wovon Dr. Emil Byk offenbar durch Agenten verständigt wurde. Steuerpflichtig war ich als Eigentümer der „Österreichischen Wochenschrift“, nur hatte man gegen mich unbegreifliche Nachsicht geübt, die Steuern nicht eingefordert, und ich wiederum hatte mich zur Steuerleistung nicht gedrängt.

Die Frist zur Reklamation gegen Fehler in der Wählerliste war noch nicht abgelaufen; am Tage meiner Ankunft in Wien beriet ich mich mit meinem Rechtsfreund, ließ durch Dr. Josef Kopp, einen der führenden Männer der Opposition, beim Statthalter eine Beschwerde überreichen, daß man bei mir die Steuer,

zu der ich gesetzlich verpflichtet war, nicht abgeholt, nicht eingefordert — ob das Absicht oder Irrtum war, bleibe ununtersucht; das kann und darf unmöglich als Vorwand dienen, mich des Wahlrechtes zu berauben. Dr. Kopp fügte eine ausführliche juristische Begründung hinzu. Gleichzeitig erschien ich beim Ministerpräsidenten, berichtete über die Vorgänge und bat, den Statthalter zu veranlassen, meine Wahlreklamation unverzüglich zu erledigen. Das geschah denn auch. Nach zweimal 24 Stunden hatte ich den Statthalterei-Erlaß in Händen, wonach über meine Reklamation eine Richtigstellung der Wiener Wählerliste durch Aufnahme meines Namens stattgefunden.

Ein meinerseits gleichzeitig unternommener Versuch, den israelitischen Kultusvorstand von Floridsdorf zu bewegen, mir die Funktion eines Rabbiners — ohne Gehalt — wieder zu übertragen, mißlang durch die passive Resistenz des Präsidenten, der zu diesem Behufe die Einberufung einer Sitzung verweigerte. Er zählte längst zu den Parteigängern Dr. Byks und Emanuel Baumgartens.

Meine „Flucht nach Wien" hatten die Gegner in Galizien richtig gedeutet. Sofort nach meinem Eintreffen in Wien kamen telegraphische Anfragen — offizielle bei der Statthalterei, von Privaten mit bezahlter Rückantwort beim Magistrat: man wünschte Auskunft über mein Wahlrecht. Der Statthalter ließ die Anfrage zwei Tage liegen, um dann in einem Telegramm im eigenen Namen die Bestätigung meines Wahlrechtes zu melden.

Jetzt hieß es — zurück nach Galizien, wo ich wieder für zwei Tage Aufenthalt in Lemberg nahm.

Herr Dr. Byk war der Meinung, er könnte mir die Kandidatur angesichts meiner ungünstigen materiellen Situation durch einen Haufen Geld abkaufen. Natürlich fertigte ich solches Ansinnen mit der erforderlichen Schärfe ab; ich wünschte jedoch eine Besprechung mit ihm zu haben und sagte ihm:

„Lassen wir ab von dem widrigen Schauspiel gegenseitiger Bekämpfung, worüber bloß unsere Feinde sich freuen. Der Feind lugt aus auf den günstigen Moment, um

die gegenseitige Erbitterung für sich auszunützen. Kommen wir beide nach Kolomea, Buczacz oder Sniatyn, berufen wir in einer dieser Städte — Sie dürfen die Stadt bestimmen — eine Wählerversammlung ein, und den die Wähler als Kandidaten nominieren, dem soll der Zweite weichen. Ich will mich schriftlich verpflichten, der Entscheidung der jüdischen Wählerversammlung mich unbedingt und ohne jede Ausflucht zu unterwerfen."

Herr Dr. Byk hat diesen loyalen, gerechten und selbstlosen Vorschlag abgewiesen, indem er sich auf die bereits erfolgte Entscheidung des Landes-Zentralwahlkomitees berief. Über die Stimmung der Wähler war er indessen hinreichend durch persönliche Erlebnisse unterrichtet. In Buczacz wollte er in der Synagoge zu jüdischen Wählern sprechen, doch kein Zuhörer war aufzutreiben. Als Bürgermeister Stern sich erbot, jedem Zuhörer in der Synagoge einen Gulden zu zahlen, empfahl man ihm, Bauernburschen in jüdische Tracht zu stecken und in die Synagoge zu bringen. In Sniatyn hat er in derber Weise die Gesinnung der jüdischen Wählermassen zu spüren bekommen. Indes glaubte er an die unbesiegbare Macht des Geldes inmitten einer armen, notleidenden jüdischen Bevölkerung, er glaubte an die unfehlbare Kunst jener Wahlhyänen, die noch bei jeder Wahl ihre Ziele erreichten. Seine Zuversicht gründete sich vor allem darauf, daß in den drei Wahlstädten Bürgermeister, Gemeinderäte und Magistratsbeamte, welche die Wählerlisten zusammenstellen, in seinem Dienste standen. Bernhard Stern, der Bürgermeister von Buczacz, rühmte sich einmal mit großem Zynismus seiner Wahlkunststücke, Leute, die zwei Vornamen trugen, dreimal in der Liste zu führen, mit beiden Vornamen und mit je einem; wenn sie in seinem Dienste stehen, konnte er sie dreimal abstimmen lassen, andernfalls aber sie zurückweisen, was ihm als Vorsitzenden in der Wahlkommission leicht zu konstatieren war.

Auf meiner Durchreise nach Buczacz verweilte ich einige Tage in Stanislau als Gast der Familien Halpern und Lipa-Horowiz. Dort lernte ich einen netten, gebildeten und aufge-

klärten jungen Mann kennen, Horace Schorr, einen Freund jenes famosen Bürgermeisters Berisch Stern in Buczacz. Dieser junge Mann sagte mir vertraulich: „Verehrter Dr. Bloch, geben Sie sich keiner Täuschung hin; was nützen Ihnen die Wähler, wenn Berisch Stern bei der Wahlurne sitzt, zusammen mit seinem Bezirkshauptmann die Stimmen — zählt. Er hat mir erklärt: Mehr als hundert Stimmen läßt er Ihnen nicht zukommen.“ Ich eilte zurück nach Lemberg, erschien beim Statthalter und forderte nachdrücklich eine Vertretung meiner Partei in der Wahlkommission. Das wurde mir bestimmt zugesagt. Als ich darauf in Buczacz eintraf, wurde ich nahezu von der gesamten Judenschaft am Bahnhof abgeholt, des Jubels und des Hurrarufens war kein Ende, allein ein Absteigequartier mußte ich bei einer Privatfamilie suchen, denn der Bezirkshauptmann hatte sämtlichen Hotel- und Gasthausbesitzern durch den Sekretär streng verbieten lassen, mir Quartier zu geben. Einsichtnahme in die Wählerliste hatte der Bürgermeister jedem streng verwehrt; sie enthielt die Namen vieler verstorbener Personen, für welche man Strohmänner hat wählen lassen. Da derlei Subjekte nicht in gehöriger Anzahl aufzutreiben waren, mußten einzelne derselben wiederholt vor der Wahlkommission erscheinen, derart, daß, wie ein Bauernbursche vor dem Kreisgericht zu Stanislau später bei einer Gerichtsverhandlung naiv erklärte, die allgemeine Meinung dahin ging, für Dr. Emil Byk dürfe jeder auch ohne Wahlrecht stimmen.

Je näher der Wahltag herannahte, desto häßlichere Formen nahm der Wahlkampf an. Eine Anzahl polnischer Journalisten bereiste den Bezirk als Agitatoren Byks; wer einen Batzen verdienen wollte, wandte sich an ihn und stellte sich ihm zur Verfügung.

Das Landes-Zentralwahlkomitee entsandte einen eigenen Delegierten nach Kolomea, um im Namen des Landes vor der Wahl Dr. Blochs zu warnen. Dieser Delegierte, Jan Dobrzanski, erklärte in einer Versammlung den Wählern: „Wenn Ihr Doktor Bloch wählet, wird es Euch schlecht ergehen, nicht bloß

die Stadt, sondern jeder einzelne Wähler wird Gelegenheit haben, den Zorn des Landes zu empfinden."

In Buczacz erzählte der jüdische Bürgermeister den christlichen Bewohnern, daß Dr. Bloch von den Juden deshalb verteidigt wird, weil er ein Christenfeind ist und bereits zwei ehrwürdige katholische Geistliche ins Kriminal bringen wollte. In öffentlichen Plakaten, welche jüdische Advokaten verfaßt hatten, wurde an den Fanatismus des unauslöschlichen Judenhasses appelliert zum Kampfe für den jüdischen Reichsratskandidaten Dr. Emil Byk.

Ich selber weilte während des Wahltages und einige Tage vorher in Buczacz. Zwei Tage vor der Wahl hatten die jüdischen Wähler noch keine einzige Wahllegitimation, keinen einzigen Stimmzettel. Diese beiden Tage (Samstag und Sonntag) war die gesamte jüdische Wählerschaft vor dem Gemeindehause versammelt, harrend der Legitimation und der Stimmzettel. Man wich keinen Moment, man hielt Sabbatgottesdienst unter freiem Himmel, allein der Herr Bürgermeister, den meine Fürsprache vor dem Konkurs gerettet hatte, weigerte sich, auch nur eine Legitimation auszufolgen. Man führte telegraphisch Beschwerde beim Ministerpräsidenten und beim Statthalter, es kamen Aufträge, die Wähler zu befriedigen, und der Herr Bürgermeister ließ sich endlich herbei, 20 Stimmzettel zu verabreichen.

Der Kampf begann von neuem, die Wähler liefen zum Bezirkshauptmann und dieser erteilte den Auftrag, sofort Legitimation und Stimmzettel den Wählern zu geben. Es kamen wieder zehn Stimmzettel, allein ausgefüllt mit dem Namen des Dr. Byk.

Da erinnert sich ein Wähler des Wahlgesetzes; er geht zum Bezirkshauptmann und bittet um ein Duplikat seiner Legitimation, aber statt einer Antwort erhält er von dem Bezirkshauptmann — eine Ohrfeige.

Die Wählerschaft läßt sich indessen nicht beirren und harrt auf dem Kampfplatz aus: sie verlangte Legitimation und Stimmzettel, die Gendarmerie schreitet ein und versucht die unbefriedigten Wähler aus dem Hause zu treiben. Vergebens!

Die Gendarmerie droht, von der Schießwaffe Gebrauch zu machen, die Wähler entblößten ihre Brust und ein vielstimmiger Ruf ertönt: „Schießt!“

Zwei Tage wogte der Kampf und nach wiederholten Beschwerden beim Ministerpräsidenten und der Statthalterei hatten die jüdischen Wähler endlich 450 Legitimationen und Stimmzettel erstritten.

Montag früh versammelten sie sich vollzählig in der Synagoge, um vor Gott und der versammelten Gemeinde feierlich den Eid abzulegen, für den Kandidaten der Judenschaft, Doktor Bloch, ihre Stimme zu geben. Alles ging zur Wahl, keiner blieb zu Hause, jeder hatte seine Stimme abgegeben.

Bei der Zählung, die mit Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich ging, fand man 306 Stimmzettel für Bloch, 503 für Byk. Dabei hatte Buczacz alles in allem kaum 300 christliche Wähler, aber Herr Stern hatte sein Kunststück auch diesmal bewiesen. Ich war somit unterlegen.

Wie war es aber mit der Anordnung der Statthalterei, meiner Partei zwei Vertrauensmänner für die Wahlkommission einzuräumen? Bürgermeister Stern ernannte zwei seiner Helfershelfer zu „Parteimännern Blochs“, präsentierte sie dem Bezirkshauptmann, und dieser berief die vom Bürgermeister Stern ihm vorgeschlagenen Leute in die Wahlkommission und berichtete hierüber an die Statthalterei.

Die Stimmung war eine tieftraurige, umsomehr als bald darauf die Hiobspost aus Sniatyn eintraf, daß ich auch dort in der Minorität blieb. Als in Sniatyn das für Dr. Byk günstige Stimmresultat bekanntgegeben war, wälzte sich die würdige Wählerschaft im ersten Siegesrausche auf den jüdischen Friedhof, zertrümmerte die Leichensteine und stürzte die Friedhofsmauer ein. Die jüdische Bevölkerung flüchtete in die Wohnungen, man befürchtete arge Ausschreitungen der fanatischen Masse.

Die Schlacht war also verloren; denn auch aus Kolomea lauteten die Nachrichten wenig tröstlich. Die Bauern der Umgebung, die politisch der Stadt zugeteilt war, kamen herangefahren, wurden gut bewirtet, sie umlagerten das Wahllokal

und erhielten fortwährend Zuzug. Beim Einlangen der Nachrichten aus Buczacz verbreitete sich in den Kreisen unserer Parteigenossen Trauer und Entmutigung. Die Wahlhandlung in Kolomea wurde bis tief in die Nacht hinein fortgesetzt, es wurde Mitternacht und noch immer drängten Wähler vor dem Wahllokal, verlangten zur Abstimmung zugelassen zu werden. Um 1 Uhr des Nachts mußte die Wahlhandlung eine Unterbrechung erleiden und wegen Erschöpfung der überangestrengten Kommissionsmitglieder die Fortsetzung für den nächsten Morgen anberaumt werden. Die Urne mit den Stimmzetteln wurde vom Bezirkshauptmann versiegelt und in sichere Verwahrung gebracht.

Um 3 Uhr nachts hielten unsere Parteileiter eine intime Beratung über die zu treffenden weiteren Maßnahmen; bei dieser Besprechung waren auch die Delegierten aus Drohobitz anwesend, die unserer Partei zu Hilfe kamen. Die jüdischen Führer waren entmutigt: infolge des von Stern in Buczacz verübten Betruges hatten die Gegner eine Majorität von zirka 450 Stimmen; angesichts dieser Tatsache wollten sie sich in das Geschick ergeben. Man machte Anstalten, um ungesehen von den auf der Straße sich tummelnden, jubelnden Gegnern sich langsam nach Hause zu schleichen. Da nahm der Pole Wisniowski das Wort und gab den Leuten zu bedenken, daß Dr. Emil Byks Agenten keine einzige Stimme, die nur irgendwie käuflich zu erwerben war, ausgelassen und vernachlässigt haben und daß diese Agenten auch dafür Sorge getragen haben, daß die bezahlten Leute das leisteten, wofür sie bezahlt worden sind. Zur Wählerschichte, die ihr Wahlrecht noch nicht ausgeübt habe, gehören somit keine Leute, die man durch Geld hätte kaufen können. Die Wähler des morgigen Tages werden daher ausschließlich Dr. Bloch zugute kommen. Die Arbeit soll und muß also fortgesetzt werden. Seine ermunternden Worte fanden Anklang, es wurden Fuhrwerke herbeigeschafft, um die jüdischen Wähler aus den Vorstädten abzuholen — man rüstete zur Rettungsarbeit. Um 6 Uhr früh begann die Arbeit. Frauen, ja selbst Kinder gingen von Haus zu Haus und baten die Leute, zur Abstimmung zu kommen. Manche Wähler hatten sich aus

Furcht vor den Kultusvorstehern versteckt, z. B. die Melamdim (Kinderlehrer), Schächter usw., aber ihre eigenen Weiber hatten sie angezeigt, sie wurden aus ihrem Versteck herausgeholt und von einer Masse von Weibern und Kindern zur Wahlurne gebracht. Die Aufregung nahm seltsame Formen an. Alte Frauen eilten auf den Friedhof, flehten an den Gräbern ihrer teuren Toten um Hilfe für die gute Sache, die Synagogen waren gefüllt von betenden Männern.

Die logische Argumentation Wisniowskis erwies von Stunde zu Stunde immer mehr ihre Richtigkeit: was jetzt zur Wahlurne kam oder gebracht wurde, waren keine käuflichen Leute, die gaben keine Stimme für Emil Byk ab. Auch die Gegner erkannten das, und Herr Wieselberg eilte auf die Straße und richtete an die versammelte Menge eine Ansprache, man möge nicht vergessen, daß Dr. Emil Byk versprochen habe, im Falle seiner Wahl für die Juden in Kolomea eine Synagoge aufbauen zu lassen, für die Christen eine Kirche samt Orgel. Die Wähler jedoch, die am zweiten Tag in Frage kamen, waren taub für derlei Argumente.

Um 2 Uhr nachmittags fand die Wahlhandlung ihren Abschluß, die hierauf erfolgte Stimmenzählung ergab für die Partei Bloch eine Majorität von zirka 28 Stimmen. Die Jubelszenen, die sich daraufhin abspielten, zu schildern, unterlasse ich, nur das eine sei konstatiert, daß man in ganz Galizien für keine andere Wahl irgend ein Interesse zeigte, als für die in Kolomea. Interessant besonders waren die Stimmungsbilder, die aus Lemberg eintrafen, wo Dr. Byk Präsident der Kultusgemeinde war und zu deren Bewohnerschaft er in tausendfachen sozialen Beziehungen stand. Nicht das geringste Zeichen der Genugtuung war sichtbar, als die ersten Nachrichten aus Sniatyn und Buczacz eintrafen. Dr. Byk versammelte seine Getreuen, zumeist Vertreter der Polenpresse, zu einem solennen Bankett, um den Sieg zu feiern. Im Leitartikel der „Gazeta narodowa" war zu lesen: „Daß Dr. Emil Byk in Kolomea gewählt wurde, freut uns sehr wenig, allein, daß Dr. Bloch durchgefallen, erfüllt uns mit Genugtuung und wir begrüßen die Tatsache als den einzigen Lichtpunkt in dem düsteren Bilde der

letzten Wahl in Galizien." — Dr. Byk galt also bloß als mechanisches Werkzeug, als Instrument, einen Gehaßten tot zu schlagen. Indes war der Jubel zu früh. Plötzlich kam die Nachricht, in Kolomea werde noch gewählt, tobt noch der Wahlkampf und schlachtgerüstet stehen die Parteien einander gegenüber. Als schließlich der Draht das endliche Resultat nach Lemberg meldete, da herrschte in den Straßen heller Jubel; Männer und Frauen, welche mich nie gesehen, nie gesprochen, beglückwünschten einander. Da verbreitete sich die falsche Kunde, ich treffe von Kolomea ein. Hunderte und Hunderte eilten zum Bahnhof, begrüßten mit Hochrufen auf den Gewählten die Aussteigenden; es waren aber bloß die Agenten des Gegenkandidaten angelangt, welche so empfangen wurden.

Es war ein ungleicher Kampf, der da geführt worden war: Auf der einen Seite stand die Macht des Reichtums, der reale Wert der klingenden Münze, die erdrückende Macht des Landes-Zentralwahlkomitees, der Terrorismus der Bürgermeister und Kommunalbehörden, die Gewalt des Bezirkshauptmannes und seiner politischen Organe, die wild entfesselte Wut einer feilen, verlogenen Presse; auf der anderen Seite stand ein Mann mit leeren Händen, ohne eine andere Autorität, ohne eine andere Legitimation, als die Gunst derWähler.

Darum blickten alle, Orthodoxe und Fortschrittler, die frommen Besucher der Klausen, wie die Leute in den Handwerksstätten mit innigster Teilnahme auf dieses sonderbare Duell.

* *
*

Dr. Emil Byk war aber nicht zur Ruhe zu bringen. Für den Wahlkampf hatte er Summen mit phantastischen Ziffern geopfert und dafür eine schmähliche Niederlage und die Schadenfreude vieler eingehandelt. Er ließ seinen Konzipienten nochmals den Wahlbezirk bereisen, über ungesetzliche Vorgänge während der Wahlhandlung Daten aufnehmen, z. B. daß für Tote die Stimmen abgegeben wurden, daß Leute ohne Wahlrecht abgestimmt haben, daß einzelne Personen wiederholt zur Abstimmung zugelassen wurden — lauter Tatsachen, über welche die Führer seiner Partei genau informiert waren, weil

sie alles selber praktiziert hatten, Tatsachen, die hinreichen, jede Wahl zur Kassierung zu verurteilen. Aus jeder der drei Städte kamen umfangreiche, mit Hunderten von Unterschriften versehene Wahlproteste an den Reichsrat, nachdem er zusammengetreten war. Herr Dr. Emil Byk besuchte die parlamentarischen Führer aller Parteien, insbesondere die deutsch-liberalen Dr. Herbst, Freiherrn von Chlumetzky, dann auch Prinz Liechtenstein usw., um sie im Sinne des Protestes zu interessieren. Aber auch von seiten meiner Wähler, inbesondere aus Buczacz kamen Eingaben an den Reichsrat mit einer Darstellung der Gewalttaten, die der Bürgermeister und der Bezirkshauptmann dieser Stadt gegen die jüdischen Wähler verübt hatten.

Der Legitimationsausschuß betraute mit Zustimmung des Polenklubs einen angesehenen Abgeordneten aus den Reihen der deutsch-liberalen Partei, Dr. Weeber, mit der Berichterstattung. Dieser beantragte natürlich eine Erhebung über die angegebenen Fakten, und die Erhebungen wurden im Wege der Statthalterei durch eigene Delegierte gepflogen. Erst Ende 1888 waren die Akten samt Zeugenaussagen durch das Ministerium des Innern beim Reichsrat eingetroffen. Antisemitische Abgeordnete, unterstützt von der Presse, forderten wiederholt und immer stürmischer die endliche Verhandlung im Plenum über diese Wahlaffäre; sie hatten von der Verhandlung allerlei Material gegen mich erwartet. Indes es trügen auch die schönsten Hoffnungen und es täuschen die lieblichsten Träume. Am 20. Mai 1889 fand die Verhandlung statt. Lange Reden wurden gehalten, in ruhigem Tone, alle die Vorgänge bei der Wahlhandlung wurden ins einzelne erwähnt, aber gleichzeitig hervorgehoben, daß der Mißbrauch natürlich nur jenen zur Last falle, die sie praktiziert haben, und nur jenem zugerechnet werden dürfen, zu dessen Gunsten die Praktiken geübt wurden; es wurde von allen Rednern betont, „daß ein Übergewicht agitatorischer Pressionen für den Gegenkandidaten ausgeübt wurde; daß die Gemeindevertretungen, die Bürgermeister in den drei Städten — ein sehr wichtiger Faktor bei den Wahlen — die Hauptagitatoren für den Gegenkandidaten bildeten; daß für ihn

das Schwergewicht der nationalen Autorität des Landes-Zentralwahlkomitees und die gesamte öffentliche Presse wirkte. Die Gemeindevertretungen stellen die Wählerlisten zusammen, und wenn Tote aufgenommen wurden, so ist kein Zweifel, zu wessen Gunsten das geschehen ist. Der ganze Wahlmechanismus war in Händen der Gegenpartei, die ganze Wahlkommission war von ihr besetzt, und wenn Leute ohne Stimmrecht zur Wahl zugelassen wurden, so walte kein Zweifel, zu wessen Gunsten das geschah". Der Berichterstatter schilderte das Verhalten des Bürgermeisters und Bezirkshauptmannes von Buczacz, die Manipulation mit der Wahlurne, die Erklärung von 450 Wählern, für Bloch gestimmt zu haben, während in der Wahlurne angeblich bloß 350 Stimmzettel für ihn gefunden sein sollen; endlich erzählte er aus strafgerichtlichen Akten die vielen Bestechungssummen, die Dr. Emil Byk ausgeteilt hat, und fügte hinzu:

„Wenn man alles dies zusammenfaßt, so hat sich, wenigstens in mir, die unumstößliche Überzeugung Bahn gebrochen, daß die bedeutende Majorität der Wähler auf Seite Blochs gestanden und daß ihr eine Minorität, ich möchte beinahe sagen eine Clique gegenüberstand, welche über große Geldmittel verfügt hat. Wenn man berücksichtigt, daß für viele polnische Juden, die schon tot sind, Christen gewählt haben, und der Regierungskommissär, der Bezirkshauptmann keine Einwendung dagegen erhob, so muß man sagen, es ist mit maßloser Rücksichtslosigkeit gegen die Blochschen Wähler vorgegangen worden."

Gegenüber antisemitischen Rednern konstatierte der Berichterstatter, daß die Mehrzahl derer, die sich Ungesetzlichkeiten zu schulden kommen ließen, Christen waren, und daß 14 Christen vor Gericht standen, weil sie ihre Stimmen für Geld verkauft hatten.

Freiherr von Chlumecki konstatierte:

„Die Wahlakten ergeben, daß die Pressionen der Behörden und die angeführten Korruptionen zugunsten Dr. Byks

erfolgt sind, und ihm sei die Logik ganz unverständlich, daß man, um die Freiheit der Wahl gegen Korruptionen und Pressionen zu schützen, eine Wahl kassieren wolle, weil ein Kandidat gewählt wurde, trotz der Bestechungen und Beeinflussungen, welche zugunsten seines Gegenkandidaten ins Werk gesetzt wurden."

Der Antrag des Referenten auf Agnoszierung der Wahl wurde mit bedeutender Majorität angenommen.

Für die ostjüdischen Wählermassen war diese Parlamentsverhandlung, von der die antisemitischen Parteien mancherlei Skandale erwarteten, ein Ehrentag, bot Zeugnis ihres starken moralischen Widerstandes gegen Versuchungen des goldenen Kalbes. Man denke sich eine Bevölkerung von namenloser Armut, die um das tägliche Brot schwer ringen muß, wenn plötzlich ein Mann vor ihr erscheint, der die größten Summen ausstreut — für eine Abstimmung. Und wenn das ganze arische Rom für einen goldbeladenen Esel zu haben gewesen sein soll, warum sollen einige hundert jüdische Wahlstimmen in einer traurigen, finanziell recht kritischen Zeit nicht für 30.000 bis 60.000 Gulden und mehr zu kaufen sein? Dessenungeachtet mußte der Mann mit dem Gold unverrichteter Dinge abziehen. Bei den Juden hatte er Unglück!

* *
*

Noch eine Tatsache erachte ich nicht unwert in der Erinnerung festzuhalten.

In Kolomea fanden etwa zwei Monate nach den Wahlen in den Reichsrat Neuwahlen für den Gemeinderat statt und die jüdischen Wählermassen aus allen Schichten, selbst die Chassidim aus der Klaus, drängten sich wiederum zur Wahlurne, um den vom christlichen Wahlkomitee nominierten Kandidaten für den Gemeinderat und das Amt eines (christlichen) Bürgermeisters zum Siege zu verhelfen und so das den Herren Wisniowski und Szczepanowski gegebene Versprechen voll und ganz — im Sinne der Vereinbarung — einzulösen.

Dr. Karl Lueger.

Unter den antisemitischen Abgeordneten, die bei dieser Erneuerung aller Abgeordnetenmandate in das österreichische Parlament einzogen, fesselte meine Aufmerksamkeit in besonderem Maße Dr. Karl Lueger, dessen öffentliche Karriere sich als blendender Triumphzug darstellte und der die volkstümlichste Persönlichkeit in der Wiener antisemitischen Galerie war. Der kleine Mann von Wien hing an ihm mit schwärmerischer Liebe, Jubel umrauschte ihn als Bürgermeister bei jedem öffentlichen Erscheinen und die Hofleute nahmen Anstoß, daß ihm lärmendere Ovationen dargebracht werden als dem alten Kaiser. Er war ein schöner, großgewachsener Mann mit schwarzem Kraushaar, ein Charmeur, der vor allem die Frauen bezauberte, und dem weiblichen Element dankte er auch einen großen Teil seiner politischen Triumphe. Als Student hatte Lueger viel mit jüdischen Kollegen verkehrt, als junger Advokat stand er einem jüdischen Kollegen als Trauzeuge zur Seite, sein täglicher Genosse war ein Dr. Ig. Mandl, der ihn in das kommunale Leben einführte, ihm in der Politik den Weg wies; Juden waren sein Umgang, er aß, er schlief bei Juden, er holte sich Rat bei Juden, er hat die reinste Freundschaft, die treueste Hingebung, die selbstloseste Aufopferung bei Juden gefunden — das alles hinderte nicht, daß er Oberstkommandierender der „antisemitischen Parteien“ geworden.

Dr. Lueger pflegte auf das hohe Alter seiner Abstammung hinzuweisen. Daß sie bis in die Regierungszeit des unseligen Herzogs Albrecht zurückreicht, hat er erst — wohl zu seiner Überraschung — durch mich erfahren. Über die von Herzog Albrecht angeordneten Judenverfolgungen berichtet nämlich

eingehend die von Dr. Zeibig im „Archiv für die Kunde österreichischer Geschichtsquellen“ publizierte „Kleine Klosterneuburger Chronik“. In dieser Chronik heißt es nun (Band VIII, Seite 245) wörtlich:

„Darnach am schwarzen suntag mordert man dieselben juden, all die zeigten viel guets an, von der erden, zu Wien und hat man allein verprent 240 person, ein jüdin zu closterneuburg ließ sich tauffen und wardt genant barbara, hat vor zu der ehe den schebeleinjuden gehabt, die nam darnach zu der ehe niclasen, des lueger, eines erbaren bürgers son.“

Die dem Flammentod entgangene Gattin des Juden Schebelein, die in der Taufe den Namen Barbara erhielt und sich mit Niclas Lueger zum zweitenmal verehelichte, war die Stammmutter des Dr. Karl Lueger.

Beim Lesen der alten Klosterneuburger Chronik ergreift auf das tiefste das Schicksal der Armen, die ihr Leben lieber preisgaben, bevor sie ihren Glauben verrieten, die den Scheiterhaufen bestiegen, um nicht dem Gott ihrer Väter abtrünnig zu werden. Alle, alle, Greise und Jünglinge, Frauen und Mädchen, gingen ruhig und gottergeben, ohne alle Pose des Heldentums, das Bekenntnis des Einig-Einzigen auf den Lippen, in den Flammentod, den die patentierten Verehrer der „Religion der Liebe“ über sie verhängt hatten. Zu Wien allein hat man „verprent 240 person“. Wie viele haben durch das Opfer ihrer religiösen Überzeugung Leben und Vermögen gerettet? Eine einzige! Alle, alle wurden Märtyrer ihres Glaubens, eine einzige ausgenommen, die berufen war, die Stammutter Luegers, des antisemitischen Bürgermeisters von Wien, zu werden. Wen ergreift nicht das Schicksal dieser schlichten, glaubenstreuen Menschen, die für ihre Überzeugung starben, ohne dabei selbst von dem Gedanken getröstet zu werden, daß sie dereinst als Märtyrer heilig oder selig gesprochen würden. Sie starben als Juden, weil sie nur als Juden hatten leben wollen. Und noch eines erschütterte uns beim Studium der alten Chronik. Wir sagten uns: So starben Bekenner einer Religion, Abkömmlinge eines

Volksstammes, dem der erstbeste freche Lump, wenn er sich stolz Antisemit nennt, jede ideale Regung, jedes edle, bessere, höhere Gefühl abspricht. Das sind die Juden, die verkommen in Habsucht, nichts als das gemeine Geld lieben, für das sie alles, alles zu opfern bereit sind.....

In dem späten Nachkömmling der dem Scheiterhaufen entronnenen Jüdin hat die antisemitische Partei einen Kommandierenden erhalten von größtem Feldherrntalent, der es verstanden hat, die Massen aufzuwiegeln, zu konzentrieren und zusammenzuhalten, die Schlagworte je nach dem Bedürfnis des Momentes zu wechseln und die Losung auszugeben, welche den jeweiligen Gelüsten der Menge entsprach.

Die Echtheit seines Antisemitismus wurde nicht bloß von seinen Gegnern angezweifelt. Am 27. April 1885 entwickelte er vor einer Wiener Wählerversammlung sein Programm und erklärte wörtlich:

> „Die demokratische Partei muß es als eine ihrer Hauptaufgaben betrachten, das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger durchzuführen, das bereits Errungene festzuhalten, das Fehlende zu ergänzen. So wollen wir denn festhalten an dem Grundsatze der Gleichberechtigung der Konfessionen usw."

Noch ein Jahr später hat er vor dem Gemeindehause auf der Landstraße den Finger zum Schwure erhoben und feierlich erklärt:

> „Gott ist mein Zeuge, daß ich keinen Unterschied des Glaubens kenne, Christ oder Jude gilt mir gleich."

Daß er sich mir als Rechtsfreund zu meiner Vertretung in dem Prozesse gegen Professor Rohling hatte anbieten lassen, wurde bereits erwähnt.

Mir gegenüber erklärte er wiederholt, daß ihn die „Juden" zum Antisemiten gemacht haben. Unter „Juden" verstand er eigentlich die liberale Partei, in deren Mitte er sich zu betätigen

versucht hatte, die ihn aber nicht aufkommen ließ. Er sagte besonders zu Anfang seines Auffluges: Die Freisinnigen mögen es sich selbst zuschreiben, daß sie ihn als Gegner sehen, sie haben ihn in den eigenen Reihen nicht aufkommen lassen. Er versuchte hierauf eine demokratische Partei zu gründen. Und wäre Adolf Fischhofs Unternehmen gelungen, so wäre er vielleicht wie die Demokraten Kronawetter und Kreuzig bei der Stange geblieben. Als aber die Versuche Fischhofs durch Heinrich Friedjung und seine Leute gewalttätig gestört wurden, schwenkte er mit seiner ganzen Partei in das antisemitische Lager über, nachdem er die Zaubergewalt des antisemitischen Schlagwortes auf die Massen wahrgenommen hatte. Er hatte ein einziges Ziel vor Augen, dem er alle Energie dienstbar machte, das war: Bürgermeister Wiens zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, war ihm jedes Mittel erlaubt, ging er ohne Bedenken jeden Weg und war er bereit, seine Überzeugung so oft als erforderlich zu wechseln.

Man mußte immer, auch wenn man Grund hatte erbittert zu sein, über seine Vielseitigkeit und Versalität staunen.

Man hat ihn Lügner und Schwindler genannt; in Wahrheit war er ein Akteur. Was er getan und gesprochen, an allem hatte die Bühne, auf der er stand, sein jeweiliges Auditorium, einen beträchtlichen Anteil. Er sprach stets mit dem Instinkt des Künstlers, der aber sein Publikum nicht nur beherrscht, der vielmehr auch von ihm beherrscht wird im Geiste der Rolle, die er sich erst vorgezeichnet, die ihn aber dämonisch forttrug, oft weiter, als er zu gehen gedacht. Es ist nicht zu denken, daß jemand Richard III. oder den Franz Moor gut spiele, ohne — wenigstens während des Spieles — die Freude am Schlechten, den Rausch der Bosheit, die Wollust der Grausamkeit zu genießen, die solchen Naturen eigen sind. Aber nach der Vorstellung schminkt sich der große Komödienspieler mit der Maske auch den Charakter ab und behält nur die Genugtuung an dem Beifall und dem klingenden Erfolg. Lueger hat den Kampf gegen die Juden en masse wie einen Feldzug, ohne Schonung und Menschlichkeit, auch ohne Überzeugung, bloß taktisch geführt, aber wenn er einem jüdischen Magistrats-

beamten, der sich über seine Präterierung beklagte, sagen mußte, daß er keine Aussicht auf Avancement habe, so zeigte er ihm unverhohlen sein Mitleid und sein Bedauern. Er schämte sich und bot in manchen Fällen dem Beschwerdeführer Rat und Verwendung an, um ihn zu einer aussichtsvolleren Karriere zu verhelfen.

Mit den jüdischen Freunden aus früherer Zeit blieb er auf dem „Duzfuß". Von einer amerikanischen Journalistin hat er sich einmal für den „American Israelite" interviewen lassen! Das Empfehlungsschreiben, das ihr die Tür des antisemitischen Oberhauptes geöffnet und den freundlichsten Empfang gesichert hat, lautete:

> „Lieber Freund! Ich stelle Dir hiemit eine Verwandte, Frau Rosa Sonnenschein, vor, die für amerikanische Zeitungen schreibt und Dich interviewen möchte. Ich bitte Dich, die Dame liebenswürdig zu empfangen. Schimpfe nicht zu sehr auf die Juden, damit ich jenseits des Ozeans nicht kompromittiert werde. Mit Gruß Dein alter Freund jüdischer Konfession Dr. Emil Frischauer, Hof- und Gerichtsadvokat."

Als ich einst auf der Fahrt nach Wien von Baden, wo ich zum Sommeraufenthalt weilte, in einem Eisenbahncoupé saß und mir gegenüber zwei hohe Generäle sich befanden, geschah es, daß Bürgermeister Dr. Lueger eintrat; aber er setzte sich nicht zu jenen zwei Herren, sondern zu mir, um sich während der ganzen Fahrt mit mir zu unterhalten.

Von persönlicher Liebenswürdigkeit, verschmähte er es nicht, unter der Hand auch bei Juden um Volkstümlichkeit zu werben. Wenn es im stillen und ganz privat geschehen konnte, erwies er auch einem Juden gern einen Dienst und schuf sich so auch unter der Judenschaft seine Anhänger. Gewiß wäre es würdiger, wie einmal in der „Österreichischen Wochenschrift" empfohlen wurde, auf solche Gnaden zu verzichten, indes „Not kennt kein Gebot". Einmal wurde ihm vom Gemeinderat Klebinder berichtet, daß ein gewisser H...... auf der Landstraße im III. Bezirke Wiens durch irgend ein Unglück

sein ganzes Vermögen eingebüßt hatte und großer Not preisgegeben war, ohne daß die reichen Anverwandten sich um ihn bekümmert hätten. Dr. Lueger kannte den Mann von früheren Jahren her und ließ den Generaldirektor Lohnstein von der Länderbank kommen und erklärte ihm: „Für den H...... auf der Landstraße müsse etwas unbedingt geschehen" — und Lohnstein ernannte den Empfohlenen zum Vertreter der Länderbank an der Wiener Effektenbörse.

Als der Gemeinderat Klebinder starb, ließ es sich Doktor Lueger, trotzdem er bereits in einer recht üblen gesundheitlichen Verfassung sich befand, ohne auf das Abraten der Ärzte zu hören, nicht nehmen, dem Dahingeschiedenen die letze Ehre zu erweisen. Durch ein Versehen erschien er bereits eine Viertelstunde vor Beginn der Beerdigung auf dem Friedhofe und folgte gerne der Einladung, einstweilen in dem gut geheizten Rabbinerzimmer zu verweilen. Dort traf er den greisen Rabbiner Schmiedl und Lueger unterhielt sich in der herzlichsten und liebenswürdigsten Weise mit dem Patriarchen. Hiebei erzählte Lueger eine allerliebste Anekdote. „Ich will Ihnen, Herr Rabbiner," so sagte Lueger, „nicht wünschen, daß Sie, wie man zu sagen pflegt, bis hundert Jahre gesund und frisch sein mögen. Denn mir kommt da ein wenig bekanntes Wort von Leo XIII. in den Sinn. Der heilige Vater empfing an seinem neunzigsten Geburtstag auch die Glückwünsche einer Oberin, welche ihre Ergebenheit ausdrückte und die Erwartung beifügte, daß es Seiner Heiligkeit gegeben sein möge, bis zu seinem hundertsten Jahre durch die Gnade des Allerhöchsten ausgezeichnet zu werden. Leo XIII. lächelte mit leiser Ironie und sagte: ‚Ich danke Ihnen für die guten Wünsche, aber man soll der Allmacht des Herrn keine Grenzen setzen..."

Eine alte Jüdin hielt ein „Kaffeehaus" am äußersten Rande eines Wiener Vorortes und ernährte sich redlich von dem Erträgnis dieses Geschäftes. Bei der Weiterführung des Tramwaystranges kam es, daß vor der Front dieses Kaffeehauses eine Schleife der Tramway gezogen wurde, so daß die Gäste behindert waren, einzutreten. Alle Proteste dagegen, alles Bitten und Flehen bei der Direktion der städtischen Tramway

waren vergebens. Wer kümmerte sich um eine arme Jüdin? Da faßte sie sich ein Herz und ging hinauf zum Bürgermeister, ließ sich melden, wurde vorgelassen, klagte ihm ihr Leid und fügte hinzu: „Herr Bürgermeister, wenn Sie mir helfen, werde ich für Ihr langes Leben zu Gott beten." Des anderen Tages kam der Bürgermeister persönlich hinaus, um sich die Sache genau anzusehen und zu prüfen, ob die Klage der armen Jüdin berechtigt sei. Er fuhr hierauf in sein Amt zurück, ließ den Tramwaydirektor holen und befahl, sofort den alten Zustand vor dem Kaffeehause wieder herzustellen und die Tramwayschleife anderwärts einzurichten. Als die Jüdin beim Bürgermeister erschien, sich zu bedanken, sagte er zu ihr mit erhobenem Zeigefinger: „Werden Sie aber auch beten?"

So erzählte man sich unter den kleinen Juden allerlei Züge von dem Herrn Bürgermeister Dr. Lueger als Beweis, daß es mit seinem Antisemitismus gar nicht weit her sei.

Allein derartige verschämte Regungen machte er tausendfach wett durch seine öffentliche Wirksamkeit, die immer und überall gegen die Juden gerichtet war. Öffentlich hat er niemals gewagt, das mit Mannesmut zu vertreten, womit er sich privatim anzubiedern suchte.

In demselben Sinne, wie Lueger antisemitisch war, war er fromm. Persönlich ging es ihm nicht tief, aber es war nützlich. Er war stolz, daß er „die Kirchen wieder gefüllt hat". Der Kernsatz einer seiner Reden lautete einmal: „Ein bißchen Erkenntlichkeit hat unser Herrgott ja immer gegen uns bewiesen." Der alte Sünder beim Dichter Anzengruber sagte auch einmal: „Unser Herrgott wird das nit zulassen, er weiß, was wir für ihn 'tan haben."

Lueger war Künstler und Schauspieler, aber ein solcher, der unwissentlich immer mehr in die Hände und in den Dunstkreis des Galeriepublikums geraten ist. Das Kriterium, das den großen Mann von dem populären unterscheidet, liegt aber darin, daß der Große in den Massen das Edelmenschliche sucht, um sie emporzuziehen, der Kleine aber das Bestialische und Niedrige, um sich selbst emporzubringen. Dem Dr. Lueger war das letztere gelungen und es war tragisch, daß ihm das Be-

wußtsein nicht mangelte, wie sehr die geringe Qualität der Ware dem Preise entsprach, den er dafür bezahlte.

Man wußte es früher, daß die Welt mit wenig Verstand regiert wird, man wird aber doch jedesmal erstaunt, wenn man dahinterkommt, mit wie wenig!

Wenn man Dr. Luegers Reden noch so genau durchforscht und er hat in seinem Leben sehr viel gesprochen, nach einem bedeutenden Wort, nach einem tiefen Gedanken, ja auch nur nach einer ernsten Überzeugung wird man in all seinen unzähligen Reden vergeblich suchen.

Das Geheimnis seiner Erfolge war die Kunst der Banalität. Wie kein anderer seiner Mitstreber hat er es verstanden, jede, aber auch jede öffentliche Frage ins Banale zu biegen, und damit hatte er immer gewonnenes Spiel. Das ist im Grunde gar nicht so verwunderlich. Ein harmloses Beispiel in der Literatur gibt die hinreichende Erklärung. Eine Marlitt hat sich im Fluge das Volk der Denker und Dichter erobert, dasselbe Volk, das von einem Konrad Ferdinand Meyer auch heute noch sehr wenig weiß und das einen Schopenhauer sich achtundzwanzig Jahre in Ingrimm verzehren ließ, ehe er an die zweite Auflage seines Hauptwerkes schreiten konnte. Der ganze Witz bestand darin, sich dem geistigen Niveau seines Publikums zu akkommodieren.

Er sprach in der denkbar banalsten Weise und sein Publikum war ganz und gar begeistert. Einmal hat er im Kreise seiner Getreuen eine wirklich bedeutsame Frage von sozialer Tragweite angeschnitten. Es handelte sich um das körperliche Wohl und Wehe der Schuljugend, der heranwachsenden Generation. Was könnte wichtiger sein?! Man sorgt für die geistige Ausbildung und hat damit doch nur halbe Arbeit getan, wenn man nicht Bedacht nimmt auf die physische Entwicklung der jugendlichen Organismen. Darauf soll man zu Hause achten und den Hausarzt walten lassen, könnte eingewendet werden. Mit Verlaub, das kann in den besitzenden Kreisen geschehen, für die die ganze Schulfrage überhaupt keine Frage bildet; die können zur Not sich auch ohne das öffentliche Schulwesen behelfen. Die ungeheure Mehrheit aber, die der öffentlichen Schule nicht

entraten kann, für die wäre es eine Wohltat, wenn die Schuljugend nach dem Rezepte „Mens sana in corpore sano“ herangebildet würde. Die breiten Schichten sind nicht in der Lage, sich Hausärzte zu halten; es fehlen die Mittel zur regelmäßigen Beobachtung; es fehlt im Drange der Erwerbsarbeit um das tägliche Brot oft an der Zeit, oft naturgemäß auch an dem erforderlichen Verständnis. Wie viel Segen könnte gestiftet, wie viel Unheil verhütet werden, wenn keimende Krankheiten rechtzeitig erkannt und sachgemäß behandelt würden. Augen, Ohren, Zähne, Herz, Lunge, Magen — alles sollte bei einem Kinde einer regelmäßigen Untersuchung unterzogen werden — in der Tat, wenn die Schulärzte eingeführt sein werden, wird man finden, daß sie kaum weniger notwendig sind als die Schullehrer selbst.

Und wie stellte sich Dr. Lueger zu dieser Frage? Er vertagte sie, da sie eine schwierige sei, mit einem seiner Witze ad Graecas calendas. Er fürchtet, daß es hie und da auch einen Schularzt geben könnte, „der die Wiener Madeln gar zu genau untersuchen könnte“! Also wieder ins Banale, ins Gemeine gebogen, aber sein Publikum lachte und erklärte sich für befriedigt. Weil irgend ein perverser Ausnahmsfall sich ergeben könnte, wird ein Gedanke der Menschlichkeit mit wieherndem Gelächter über einen unsauberen Witz begraben. Die Verhältnisse lagen für eine Justifizierung äußerst günstig. Der Stand der Ärzte ist ein verjudeter; man trifft also die Juden par ricochet.

Jede öffentliche Angelegenheit wußte er in irgend einer Art sofort auf den Judenpunkt umzubiegen und er war sicher, daß solche Töne an die Saiten der Seele seiner Zuhörer sofort rührten.

Im achtzehnten Jahrhundert, im Zeitalter der Aufklärung, hatte die Menschheit in Humanität geschwelgt, Menschenliebe war die Münze des Tages, das tägliche Schlagwort, bildete den Inhalt aller Gespräche, das Thema aller politischen Streitschriften, wurde von der Kanzel in den Kirchen, von den Tribünen der Parlamente und in allen öffentlichen Versammlungen gepredigt bis zum Überdruß, daß die Nerven für derlei Re-

gungen gänzlich abgestumpf wurden; die Reaktion trat endlich ein, man schmachtete nach einer entgegengesetzten geistigen Nahrung und der Haß in all seinen Formen, als Religionshaß, als Rassenhaß und Klassenhaß, wurde zum Bedürfnis, befriedigte das seelische Verlangen und wer solche Töne anzuschlagen verstand, dem jubelte man zu, der hatte das Ohr der Massen. Und in der Kunst, das Judenthema zu variieren, war Dr. Lueger ein unerreichter Meister und mit der Variierung dieses Themas erntete er rauschenden Erfolg.

Nach seinen großen Wahlsiegen erschien der Herr von Wien, der alle Fragen spielend löste, jeden Gegner mühelos in den Sand streckte, als der providentielle Mann. Er verkörperte die Hoffnung, mit den Sozialdemokraten und den Deutschradikalen, mit dem Umsturz und dem Hochverrat, fertig zu werden. Das war eine große Täuschung. Den Liberalismus, der überhaupt selber seinen alten Traditionen untreu geworden war, konnte er niederstrecken; Parteien aber, die auch ihrerseits aus Haßquellen ihre Kraft schöpfen, waren ihm im Grunde wesensverwandt, diese konnte er trotz allem Kraftaufwande für die Dauer nicht niederhalten.

Eines aber hat Dr. Lueger sicher recht verstanden: seine Werke auf den Glanz herzurichten. Wien wurde tatsächlich täglich schöner. Unverkennbar war insbesondere der hortikulturelle Fortschritt. Es wurde mehr Sorgfalt auf die städtischen Gartenanlagen verwendet als je zuvor. Die Stadt erhielt endlich einen Gartendirektor, wie sie ihn längst hätte haben sollen. Auch die neuen Architekturwerke, die aller Ecken und Enden aus dem Boden wuchsen, boten einen schönen Anblick dar. Wenn man aber auch all das sprossende Grün und die steinerne Pracht dem Walten des Bürgermeisters allein gutschreiben hätte wollen, was vielleicht doch nicht ganz den tatsächlichen Verhältnissen entsprochen haben würde, so hätte man noch immer das Recht, mit Schopenhauer zu fragen: „Ja, ist denn die Welt ein Guckkasten?!" Die Welt ist nicht nur da, daß man sie sich ansehe, sondern daß man in ihr lebe und was nützt alle Pracht und Schönheit, wenn Ungerechtigkeit und Unduldsamkeit Tausenden von Mitbürgern das Leben vergällt und

verbittert in dieser schön dekorierten Umgebung? Es kann zweifelhaft sein, ob die Schönheit der Natur und der Bauwerke vornehmlich Herrn Dr. Lueger auf Rechnung zu setzen waren, darüber herrscht kein Zweifel, daß das vollgerüttelte Maß von Anteil und Verantwortlichkeit für die Leiden einer gehässig verfolgten und bedrückten Minderheit ihm zufällt...

Eines aber hob ihn hoch empor über alle seine Genossen. Er hat kein Bedenken getragen, sich durch alle Mittel, auch die niedrigsten, in die Höhe zu bringen. Aber er hat weder seine Macht, noch die Volksgunst zur eigenen oder zur Bereicherung seiner Angehörigen mißbraucht. Seine Hände waren rein, seine Taschen leer. Er hatte kein Nebenamt, keine Sporteln angestrebt, noch auch Protektionen geübt, von deren Nutzen so oft ein erklecklicher Prozentsatz an der Hand des Protektors kleben bleibt.

Gegen Dr. Lueger stand ich wiederholt in heißer, parlamentarischer Schlacht; jedoch bekenne ich: von allen Geistern, die verneinen, war Lueger mir am wenigsten zur Last.

Dr. Ferdinand Kronawetter.

Ein lieber Freund und treuer Kampfgenosse Jahre hindurch war mir Dr. Ferdinand Kronawetter, der am 2. Februar 1913 in Potschach zur ewigen Ruhe gebracht wurde. Er war ein aufrechter, begeisterter und gesinnungsstarker Apostel der Humanität, dem ich ein treues dankbares Gedenken schulde. Mit unverrückbarer Treue hing er den demokratischen Überlieferungen an. Als Adolf Fischhof seine Einsamkeit verließ, um die freiheitlichen Elemente aller Nationen Österreichs zu einer starken Volkspartei zu sammeln, scharten sich um ihn auch Ferdinand Kronawetter und Dr. Karl L u e g e r, zwei demokratische Führer von starker, volkstümlicher Beredsamkeit. Es dauerte jedoch nicht lange, und der „Demokrat" Lueger war den Lockungen der Macht erlegen und mit den Massen seines Zulaufes in das reaktionäre Lager abgeschwenkt. Ferdinand Kronawetter blieb vereinsamt, aber fest, stark und treu; weder Lockungen noch Drohungen konnten ihn von seinen Überzeugungen abbringen. Die Tatsache, daß er Beamter des Wiener Magistrates war, hinderte ihn nie, die Ausschreitungen, die Gewalttätigkeit des antisemitischen Parteiregimes mit vollem Freimut zu brandmarken.

Der Antisemitismus verbrämt sich mit Vorliebe mit sozialpolitischen Schlagworten. Dr. Kronawetter war die lebendige Widerlegung dieser heuchlerischen Phrasen. Wiederholt hat er es ausgesprochen, daß die Judenhetze von den hochfeudalen Herren aus keinem anderen Grunde begünstigt wird, als um die soziale Gefahr von den Schlössern der Fürsten und Herren auf die Häuser der Juden abzulenken.

In Betätigung dieser Anschauungen hat sich Dr. Ferdinand

Kronawetter im Parlamente bei jeder Gelegenheit der geschmähten und verfolgten Juden ebenso angenommen wie aller Schwachen und Unterdrückten. Wenn die jüdischen Mitglieder der liberalen Partei die ärgsten Beschimpfungen und Verleumdungen gegen die Juden und das Judentum in unerklärlicher Mattherzigkeit geschehen ließen, ohne ein Wort zu erwidern, dann war es Ferdinand Kronawetter, der mit der flammenden Röte des Zornes auf der Stirne und mit der edelsten Begeisterung im Herzen, mit dem ganzen Feuer seiner eigenartigen, volkstümlichen, zu den Massen sprechenden Beredsamkeit die Ehre der Juden verteidigte.

So lange ich im österreichischen Abgeordnetenhause wirken durfte, ging er stets mit mir Hand in Hand, da er in mir einen treuen Freund und Kampfgenossen besaß. So oft ich im Parlament das Wort ergriff, eilte Kronawetter an meine Seite, stand in meiner Nähe, damit ihm kein Wort und keine Redewendung verloren gehe. Dieses alles war den Antisemiten, wie begreiflich, ein Dorn im Auge und die Ursache widerlicher Hetzen gegen den Mann, der allen Versuchen der Untreue hartnäckigen Widerstand leistete. Im „Margaretner Wählerverein“, 2. November 1888, bemerkte ein Herr Maier, er habe gehört, K r o n a w e t t e r s o l l e V o r s t a n d d e r i s r a e l i t i s c h e n K u l t u s g e m e i n d e w e r d e n; wenn dies wahr (!) sei, so müsse Kronawetter zum Judentum übergetreten sein, und auf Antrag eines Herrn Schwarz wurde dem Dr. Kronawetter „wegen seines Abfalles von den Christen“ (!) die Mißbilligung ausgesprochen. So war wörtlich zu lesen im klerikalen „Vaterland“.

In einer Wählerversammlung beim „Grünen Tor“ in der Lerchenfelderstraße, 1887, wurde Dr. Kronawetter von antisemitischen Parteimännern darüber interpelliert, warum er die Petition gegen die Einwanderung russischer Juden nicht unterstützt habe. Er antwortete mit folgenden Worten:

> „Ich war auf diese Interpellation allerdings nicht gefaßt, ich war nicht gefaßt, daß man mir es zum Vorwurf machen wird, daß ich mit den Reaktionären, mit den Antisemiten, nicht Hand in Hand gehe. Ich habe die antisemitische Peti-

tion nicht unterstützt und werde sie nie unterstützen, weil sie gegen meine Prinzipien, gegen das Programm der Demokraten verstößt."

„Ich finde es ungerecht und unwürdig eines Politikers, denjenigen, welchen die gleichen Pflichten obliegen, die gleichen Rechte mit den übrigen Staatsbürgern zu versagen, und es ist vollständig unrichtig, daß eine bestimmte Rasse von Menschen, wie es die Antisemiten behaupten, seien es nun Juden, Chinesen, Arier oder wie sie sonst heißen mögen, von Natur aus schlecht oder gut sind."

„Es ist inhuman und unbillig, die rechtliche Stellung eines Menschen von der Rassenverschiedenheit abhängig zu machen."

„Ich werde nie mit diesen Leuten gehen, welche aus blindem Rassenhaß die Prinzipien der Menschlichkeit und auch der Anständigkeit vergessen."

„Was die Petition anbelangt, so war dieselbe verfehlt, nur vom Rassenhaß eingegeben, zu dessen Werkzeug ich mich nie machen werde. Allerdings, wenn man darum petitioniert hätte, daß man den russischen Untertanen das Recht der Reziprozität zuteil werden lassen solle, so wäre das gerecht, aber nur die Juden und immer die Juden verfolgen, ist ohne Raison. Wenn aber der Herr Interpellant behauptet, daß alle Juden reich sind, so kann ich ihm versichern, daß es blutarme Juden gibt, das habe ich oft erfahren als Steuerreferent."

„Der Kampf gegen das Judentum ist eigentlich nur ein irregeleiteter Kampf gegen das mobile Kapital. Allein diese Frage werden sie nicht lösen, wenn Sie hie und da einen Juden erschlagen. (Heiterkeit.) Da geben Sie sich einer großen Täuschung hin."

„Sie werden mich stets im Kampfe mit der Korruption finden, mag sie von welcher Seite immer ausgehen, allein den Haß gegen die Juden zu predigen, können Sie von mir nicht verlangen und werden Sie von mir nicht verlangen und dürfen Sie nicht. Noch einmal, ich perhorresziere jeden Rassenkampf jetzt und in aller Zukunft."

In der Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 30. Jänner 1893 sprach Abgeordneter Kronawetter über neu eingeführte Schulgebete und das stenographische Protokoll vermerkt folgenden Zwischenfall:

Abgeordneter Dr. Kronawetter:

„Man spricht davon, daß die nächste Errungenschaft des Klerikalismus die sein werde, daß die Kinder gezwungen werden, in der Schule das Vaterunser und das Ave Maria zu beten. Das Vaterunser ist ein hebräisches Gebet aus der Zeit der babylonischen Gefangenschaft her. (Gelächter rechts.) Es ist nicht mein Lebensberuf gewesen, sprachwissenschaftliche und kulturhistorische Studien zu betreiben. Ich habe das irgendwo gelesen, ich weiß nicht genau wo. (Abgeordneter Treuinfels: Schöne Bildung!) Mein Gott, Sie werden auch über Juristerei manches gelesen haben und vielleicht über manche juristische Dinge in ähnlicher Weise sprechen, wie ich über diese Sache gesprochen habe. (Abgeordneter Treuinfels: Aber das dürften Sie doch wissen, Herr Doktor!) Ich bin kein Theologe von Fach. (Lebhafte Heiterkeit.) Und was ich gelesen habe, kann ja auch wahr sein!

„Das zweite Gebet, welches die Kinder werden sprechen müssen, ist das ‚Ave Maria'.

„Ich frage alle Herren, die hier sind, bezüglich des Ave Maria: Was soll sich ein Kind in der Volksschule unter der Frucht des Leibes einer Jungfrau denken?" (Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Kathrein (unterbrechend): „Herr Abgeordneter, ich kann Sie so nicht weiter sprechen lassen. Ich bitte, von diesem Thema abzugehen. Ich kann das, was uns Katholiken das Heiligste ist, in dieser Weise nicht besprechen lassen." (Lebhafter Beifall rechts.)

Abgeordneter Dr. Kronawetter: „Ich konstatiere, daß ich kein Wort gebraucht, nichts gesagt habe, wodurch das, was einem Katholiken das Heiligste ist, im mindesten angegriffen oder herabgewürdigt würde. Ich verachte es, eine andere Meinung, speziell was immer für eine religiöse Meinung, herabzusetzen oder zu bespötteln. Nie ist etwas Ähnliches aus meinem Munde gekommen."

„Allein in rein sachlicher Weise muß man doch über alle Dinge sprechen dürfen. Wenn man da, wo man auf andere Anschauung stößt, schweigen muß, und ein Parlament eine in sachlicher Weise geführte Diskussion nicht mehr verträgt, weil sie den Klerikalen unangenehm ist, wenn die Redefreiheit so beschränkt wird, so ist damit der beste Beweis für den Sieg des Klerikalismus über das österreichische Parlament geliefert."

„Wir gehen einer sehr traurigen Zeit in Österreich entgegen, die Fortschritte der Reaktion auf einem Gebiete, wo man es nie hätte erwarten sollen, sind rapid."

Soweit das stenographische Protokoll.

Ich war im Hause zufällig nicht anwesend und erschien unmittelbar, nachdem diese Szene sich abgespielt hatte. Der Berichterstatter Hofrat Beer erzählte mir den Vorfall und bemerkte, seines Wissens existiere über die Quellen des „Vaterunser" eine ganze Literatur, welche die Behauptung Kronawetters bestätigt. Indessen, die klerikalen Abgeordneten zeigten sich sehr stark entrüstet über die Zumutung, daß das christliche „Vaterunser" jüdischen Ursprungs sein soll und meldeten sich zum Wort, um Protest einzulegen gegen eine solche Volksvergiftung.

Daraufhin erbot ich mich den klerikalen Vertretern, für den jüdischen Ursprung des „Vaterunser" nicht etwa in den hebräischen Urtexten, die sie nicht kontrollieren können, sondern aus den wissenschaftlichen Kommentaren zu den Evangelien den Nachweis zu erbringen. Ich ließ aus meiner eigenen Bibliothek nachstehende Werke holen: F. Norks „Rabbinische Quellen und Parallelen zu neutestamentlichen Schriftstellen" (Leipzig, 1839), Evangelium Matthäus, S. 42—45; Dr. August Wünsches „Neue Beiträge zur Erläuterung der Evangelien aus Talmud und Midrasch" (Göttingen, 1878), S. 83—90; „Charles Taylor M. A." „Sayings of the Jewish fathers" Excurs: V. The Lord's Prayer, S. 138—145 (Cambridge, 1877). Diese Werke enthalten sämtliche hebräische Urtexte und Parallelstellen des „Vaterunser" mit genauer Angabe der Quellen und sie verfehlten ihre Wirkung nicht auf die klerikalen Heißsporne.

„Nicht nur der Charakter des ‚Vaterunser‘ ist jüdisch, sagt Gfrörer, der bekanntlich kein Jude war, sondern auch die einzelnen Sätze, die in verschiedenen jüdischen Gebeten wiederkehren. Dem Kenner des Hebräischen ist es nicht schwer, die Sätze des ‚Vaterunser‘ durch zahlreiche entsprechende Stellen des jüdischen Schrifttums zu belegen.

‚Unser Vater im Himmel‘ — Abinu sche-baschamajim (Sotah 9, 15; vergl. in der Eulogie von Schama: Unser Vater, barmherziger Vater).

‚Geheiligt werde Dein Name‘ — Jithkaddasch sch‘meh rabba (im Kaddisch Gebet).

‚Zu uns komme Dein Reich‘ — Wejamlich malchuteh (das.) oder im Mussaph-Gebet der hohen Feiertage: Galleh k‘bod malchutecha alenu.

‚Dein Wille geschehe wie im Himmel also auch auf Erden‘ — lassoth rezon‘cha blebab schalem (im Festgebet um Einigung der Menschheit; vergl. Talmud, Traktat Berachoth 29 b, wo berichtet wird, daß Rabbi Elieser zu beten pflegte: Dein Wille geschehe im Himmel und Herzensfrieden werde denen, die Dich auf Erden ehrfürchten. — Vergl. auch Ps. 135, 6).

‚Unser täglich Brot gib uns heut‘, vergl. Hatripheni lechem chucki (Prov. 30, 8).

‚Und vergib uns unsere Schuld, wie wir vergeben unseren Schuldigern — S‘lach lonu abinu — (im Achtzehngebet; unmittelbar auf dieses folgt: Mein Gott, bewahre meine Zunge vor bösen, meine Lippen vor trügerischen Reden und denen, die mich schmähen, laß meine Seele schweigen. (Vergl. Berachoth 17 a).

‚Und führe uns nicht in Versuchung, sondern erlöse uns von dem Übel — Weal t‘wienu ... lide nissajon pp. (aus dem Morgengebet, vergl. Berachoth 60 b, beziehungsweise 16 b, vergl. auch Ps. 121, 7: ‚Der Herr bewahre Dich vor jedem Übel‘).

‚Denn Dein ist das Reich pp.‘ — Ki ha-malchut schel‘cha hi pp. (aus dem täglichen Schlußgebet Alenu. Nach dem jerusalemischen Talmud bildeten den Schluß aller öffent-

lichen Gebete die Worte: Baruch schem kobod malchuto leolam waed — Gepriesen sei der Name der Herrlichkeit seines Reiches für und für).“

Kronawetter übernahm die Bücher, zeigte sie dem Abgeordneten Abt Treuinfels und dem Vizepräsidenten Dr. Kathrein, welche nicht wenig über die Darstellung erstaunt waren. Namentlich der gründliche Exkurs Taylors machte einen frappierenden Eindruck. Ihre Absicht, auf die Äußerungen Kronawetters nochmals zurückzukommen, ließen selbst die klerikalen Heißsporne fallen, sie redeten nicht mehr darüber und Hofrat Beer, welcher als Berichterstatter ihnen antworten sollte und die erwähnten Schriften deswegen an sich genommen, hatte keinen weiteren Anlaß, die „Vaterunser-Frage“ zu besprechen.

Ferdinand Kronawetter war einer jener Männer, welche ein Leben voller Arbeit und Energie der Volksaufklärung gewidmet haben, deren sich die Nachgeborenen mit Verehrung und Dankbarkeit stets erinnern sollen.

Aus meiner zweiten parlamentarischen Session.

Am 2. April 1886 bei Beratung des Budgets für Kultus und Unterricht, Kapitel: „Bestreitung der Auslagen für die Abhaltung des VII. Internationalen Orientalistenkongresses in Wien“ mußte ich das Wort ergreifen und ich lasse hier nach dem stenographischen Protokoll den ersten Teil der Rede folgen:

„Gestatten Sie mir, meine Herren, bevor ich zum eigentlichen Gegenstande, der in Verhandlung steht, übergehe, eine kleine Bemerkung voranzuschicken. Wir stehen beinahe am Schlusse der langen Beratung über das Unterrichtsbudget, und wer mit einiger Aufmerksamkeit den Debatten in diesem hohen Hause gefolgt ist, wer den zahlreichen Reden gelauscht, in welchen von der linken Seite des hohen Hauses gegen das Judentum und die Verjudung losgedonnert wurde, möchte zur Meinung verleitet sein, daß beinahe die Hälfte dieses Budgets in die Kassa der Juden fließt, daß da große Posten für jüdische Unterrichtsanstalten, für jüdisch-theologische Fakultäten, zur Bestreitung der jüdischen Kultusbedürfnisse eingestellt sind, denn nur so hätte ich es verstehen können, daß die Herren Kontraredner speziell die Juden zum Ziel ihres Kampfes nahmen.

Wir haben nun allerdings sehr bedeutende Posten für Kultuszwecke bewilligt, allein die sehr erheblichen Subventionen gelten lediglich den verschiedenen christlichen Konfessionen, ihren theologischen Lehranstalten, zur Erhaltung des Religionsunterrichtes und zur Bestreitung mannigfacher Kultuszwecke. Durch die Reden veranlaßt, habe ich von Posten zu Posten gewartet, in der Meinung,

nun wird auch etwas für uns kommen; es werden jene Posten für jüdische Kultuszwecke kommen, die die Herren so in Harnisch gebracht haben.

Ich sah für alle christlichen Konfessionen etwas eingestellt, aber was schließlich für uns gekommen ist, würde keine rigorose Volksvertretung mehr kürzen können. Wiewohl wir Juden zu den Staatslasten gleich unseren christlichen Mitbürgern nach Maßgabe unserer Kräfte und der Gesetze beisteuern, gehen wir völlig leer aus, und haben wir bis jetzt über diese Hintansetzung unserer konfessionellen Bedürfnisse nicht einmal Klage geführt. Wir sind zwar gesetzlich auf Grund der Verfassung gleichberechtigt, aber wie es scheint, geht es mit dieser Gleichberechtigung, wie soll ich sagen, wie den Herren aus Böhmen, die von ihrer nationalen Gleichberechtigung aus ehemaliger Zeit zu erzählen pflegen, und es gilt der Grundsatz, ‚man darf mit der Gleichberechtigung nicht zu weit gehen‘.

Der Herr Abgeordnete Türk, der Generalredner von vorgestern, hat in dem Bestreben, die Grundsätze der Verfassung mit seinem Programme in Einklang zu bringen, in Vorschlag gebracht, man möge die Gleichberechtigung nach Prozentsätzen der Bevölkerung zumessen und zuschneiden. Er glaubte in Vorschlag bringen zu sollen, daß die Juden zu den Hoch- und Mittelschulen nur in einem Prozentsatze nach Maßgabe der Bevölkerung zugelassen werden möchten. Ich weiß nicht, ob er der Ansicht ist, daß wir dann auch in die höheren und mittleren Richterposten, in die höheren und mittleren militärischen und politischen Verwaltungsämter nach Maßgabe unserer Bevölkerungsziffer einzurücken hätten. Ich weiß nicht, ob er der Ansicht ist, daß wir auch nach Maßgabe der Bevölkerungszahl und Bevölkerungsziffer Grafen und Fürsten werden müßten.

Allein in das Staatsbudget zu Kultuszwecken nach dem Prozentsatze der Bevölkerung einen Beitrag für die jüdische Konfession einzusetzen, wäre nicht gar so widersinnig. Und ich konstatiere, daß trotz der vielbeklagten „Verjudung“ in dem ganzen Budget nicht ein einziger, auch nicht der ge-

ringste Posten für Zwecke unserer konfessionellen Angelegenheiten eingestellt erscheint, und ich mußte diese Post des Siebenten internationalen Kongresses der Orientalisten wählen, welcher neben anderem die Pflege der hebräischen Sprache und Altertumskunde als eine Wissenschaft betreibt, um daran einige Bemerkungen zu knüpfen, die ich nicht umgehen kann. Ich kann nur sagen, daß ich mit großer Befriedigung vernommen und ersehen habe, daß der nächste Orientalistenkongreß in Wien tagen wird und ich danke der Regierung, daß sie die Kosten zu diesem Zwecke eingesetzt hat. Die Ehre eines Staates beruht nicht bloß in den ruhmreichen Taten einer starken Armee, in dem Reichtum seiner entwickelten Industrie, sondern auch in jenen Männern der Wissenschaft, welche im geistigen Leben der Völker seine Fahne hoch tragen. Auf dem Gebiete der hebräischen Altertumskunde wetteifern Deutschland, Frankreich, Holland und England, sie überbieten einander an Leistung und wissenschaftlicher Tätigkeit, welche auch die späte Nachwelt preisen wird. Österreich steht dieser wissenschaftlichen Bewegung gänzlich ferne. Und als das Wiener Landesgericht in der Lage war, bei Gelegenheit eines Prozesses Fachmänner für die hebräische Philologie zu wählen, konnte es nicht Männer des Inlandes heranziehen, sondern mußte sich tatsächlich an das Ausland wenden. Der einzige Mann, der hier in Österreich in Betracht kam, erklärte bescheiden, auf diesem Gebiete kein Fachmann zu sein. Für den Österreicher ist das keine erhebende Erscheinung. Ich hege die Hoffnung, daß der Siebente Orientalistenkongreß zu Wien einen großen Impuls geben wird zur Pflege auch dieses Wissenszweiges in Österreich und an den österreichischen Universitäten.

Allerdings wird das kaum möglich sein ohne Heranziehung so mancher jüdischen Lehrkraft und ich glaube, daß keine Universität wissenschaftlich wird prosperieren können, wenn die Anschauungen, welche Abgeordneter Türk entwickelt hat, maßgebenden Einfluß gewinnen.

Ich wundere mich, daß der Herr Abgeordnete sich nicht

veranlaßt sieht, gegen die Subventionierung dieses Kongresses seine Stimme zu erheben, nachdem auch jüdische Mitglieder an diesem Kongresse teilnehmen. — Er zählt an der Wiener Universität fünfundfünfzig Lehrer semitischer Abstammung und eine solche Erscheinung verletzt sein Innerstes und beleidigt seine patriotische Empfindung. Ich muß gestehen, ich wäre eher erschreckt, wenn fünfundfünfzig antisemitische Professoren die Ehre der Universität gefährden würden. Was aber die Verjudung der Wiener Universität anbelangt, kann ich ihn vollständig beruhigen. Die Sache steht so schlimm nicht, wie er angenommen hat.

An der juridischen und medizinischen Fakultät wirken nur je ein einziger ordentlicher Professor jüdischer Konfession. Das dürfte selbst nach dem Prozentsatze, den der Herr Abgeordnete vorgeschlagen hat, nicht mehr zu viel sein.

Zählt man alle Privatdozenten und die vom Staate nicht honorierten außerordentlichen Professoren jüdischer Konfession zusammen, so gewinnt man nach dem Stande vom Jahre 1885 die Zahl von 22. Allein es ist eine bekannte Tatsache, daß wenn die Wiener medizinische Fakultät jetzt noch auf die ausländischen Hörer einige Anziehungskraft ausübt, sie dies nicht etwa den vom Staate honorierten ordentlichen Professoren dankt, sondern den Spezialisten, den nicht honorierten außerordentlichen Professoren, ein Verhältnis, welches namentlich in Berlin ganz anders ist. Österreichische Studenten reisen nach Berlin, um dort die ordentlichen Professoren zu hören.

Die Ursachen hiefür will ich nicht untersuchen. Zu der Zahl des Abgeordneten Türk gelangt man erst dann, wenn man diejenigen dazuzählt, welche zwar Semiten von Geburt, aber nicht Juden der Konfession nach sind, welche also den Geburtsfehler längst repariert haben. Wenn aber das dem Herrn Abgeordneten Türk nicht genügt, so kann ich ihm nur mitteilen, daß man bereits mehrere christliche Geistliche und Ordenspriester semitischer Abstammung in Wien zählt und wenn das so fortgeht, wird die gesamte Kirche verjudet.

(Abgeordneter Türk: Wir bedanken uns auch dafür; das wollen wir nicht.)

Aber das Bedanken hilft Ihnen nichts, und da das Christentum selbst, sowie die geistige Eroberung der heidnischen Arier für dasselbe durch getaufte Juden, durch semitische Apostel und Märtyrer bewerkstelligt wurde, so bleibt Ihnen, meine Herren, nichts anderes übrig, um der Verjudung zu entgehen, als zu den alten unzüchtigen Heidengöttern der germanischen Völker zurückzukehren.

Mit aller Gewalt, mit aller List, ja mit allem Hasse wird es nicht gelingen, auch nur aus der deutschen Sprache und Literatur den semitischen Geist, der schon durch die lutherische Bibelübersetzung an der Schöpfung der Sprache mitgearbeitet hat, auszuscheiden. Sie können und Sie vermögen, wenn Sie die Gewalt gewinnen, einzelne Juden unterdrücken, Sie können sie quälen, aber die Verjudung werden Sie nicht los. (Heiterkeit.)

Sie gleichen in diesem Kampfe gegen die Verjudung jenem kuriosen Kauz, welcher in einem Bassin schwimmt und fortwährend die Wellen mit seinen Armen abwehrt, damit er nicht naß werde. (Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Türk hat den Professor Spitzer insultiert, und zwar zu dem Zwecke, um ein Argument gegen die jüdischen Professoren zu gewinnen. Der Herr Abgeordnete Türk weigert sich, Abbitte zu leisten. Meine Herren, von gesicherter Stätte gegen einen wehrlosen, unschuldigen Menschen einen vergifteten Pfeil loszudrücken, wie nennt man das? Man nennt das meuchlerisch, heimtückisch. Das mag vielleicht antisemitisch sein, ehrenhaft ist es nicht.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich kann den Zusammenhang zwischen dem in Verhandlung stehenden Gegenstande und dem, was Sie sprechen, nicht erkennen. (Gelächter.) Ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen, sonst müßte ich Ihnen das Wort entziehen.

Abgeordneter Dr. Bloch (fortfahrend): Ich beuge mich dem Urteile des Herrn Präsidenten und schließe dieses Kapitel."

Aus der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. Februar 1890.

Man mußte es unwillkürlich eine Ironie des Geschickes nennen, daß in einer Zeit stets erstarkenden Judenhasses in Österreich die Regierung den beiden gesetzgebenden Körperschaften einen Gesetzentwurf wegen Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der israelitischen Religionsgesellschaft zur Beratung und Beschlußfassung unterbreitet hatte. Um Schaffung und Erlaß eines solchen Gesetzes, das einem dringenden Bedürfnisse der österreichischen Juden Abhilfe bringen sollte, baten zahlreiche Petitionen an das Ministerium und an das Abgeordnetenhaus und mehrere Resolutionen des böhmischen Landtages. Die liberalen Minister speisten die Petenten mit Redensarten ab, erst die Regierung des Grafen Taaffe machte Ernst mit dem Versprechen, an welches die „Österreichische Wochenschrift“ und die „Österreichisch-Israelitische Union“ im Sinne ihres Statutes unermüdet mahnten. Graf Taaffe gebrauchte die Vorsicht, das Gesetz nicht, wie sonst üblich, zuerst dem Abgeordnetenhause vorzulegen, wo aus solchem Anlasse leidenschaftliche Debatten mit wilden Redeexzessen zu erwarten waren, sondern ließ das Gesetz zuerst vom Herrenhause beraten, wo alte Exzellenzherren saßen, ehemalige Minister und Hofräte, deren Leidenschaft längst abgekühlt, in deren Munde auch das Wort der Kritik die äußere Form einer süßen Huldigung trug. Das Gesetz wurde in einer Kommission des Herrenhauses durchberaten, mit einigen Amendements versehen und in einer Plenarsitzung zum Beschluß erhoben, wanderte sodann ins Abgeordnetenhaus, wo es, nachdem es in einer Kommission längere Zeit Gegenstand eingehender Verhandlungen gebildet hatte, Anfang Februar 1890 der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses zur Beratung und Beschlußfassung als Gegenstand der Tagesordnung vorlag.

Antisemiten aller Sekten, Deutschnationale, Christlichsoziale, sowie Klerikale hatten sich für diese Verhandlung ge-

rüstet, und aus dem Munde ihrer zahlreichen Redner konnte man alle Anklagen gegen Juden und Judentum, gegen Talmud und jüdisches Schrifttum, gegen jüdische Religionsbräuche und angebliche geschäftliche Moral vernehmen, welche die Literatur des Judenhasses seit Jahrhunderten aufgestapelt hatte, und alle diese haarsträubenden Anklagen wurden mit jener Demagogie vorgetragen, welche die neue Kunst der Beredsamkeit darstellt. Zu dem Schauspiel hatten sich eingefunden nicht bloß alle Minister und alle Abgeordneten, die zur Verhandlung berechtigt und verpflichtet waren, auch die Galerien waren dicht besetzt; deutschnationale Studenten der Wiener Hochschulen, antisemitische Gemeinderäte und deren Parteigenossen füllten dicht gedrängt alle Räume.

Erst nachdem zwei Tage hindurch antisemitische Redner das Wort geführt hatten, trat am 7. Februar der erste Jude als Sprecher auf, der Abgeordnete Dr. Alois Zucker, Professor an der böhmischen Universität, ein hochangesehener Rechtslehrer, der in den Reihen der tschechischen Konservativen saß. Er war gut vorbereitet. Unter großer, starker Aufmerksamkeit des Hauses sprach er eindreiviertel Stunden lang, oft vom Beifall auf der rechten Seite des Hauses unterbrochen. Es war eine überaus treffliche Verteidigungsrede, die Gegner machten keinen Versuch, ihn durch etwaige Zwischenrufe zu stören. Am folgenden Tage erschien er bei mir, sich für ihm geleistete Dienste und gebotene Behelfe zu bedanken; denn er war über die Aufnahme seiner Rede in der Presse und in den gesellschaftlichen Kreisen mit Recht erfreut.

Zwei Tage darauf erhielt ich das Wort; ich sprach zweieinhalb Stunden unter stets sich steigernder Spannung des ganzen Hauses. Im Gegensatz zu Zucker, der eine Verteidigungsrede hielt, trat ich nach einer kurzen Erwiderung auf eine ungerechte und unkluge Herrenhausrede des Baron Königswarter sofort als Ankläger auf, vor allem als Ankläger gegen antisemitische Schulmeister, deren politische Gesinnung sie für den Erzieherberuf ungeeignet macht, und zeichnete Charakterköpfe antisemitischer Häuptlinge und Moralprediger, was schallende Heiterkeit des ganzen Hauses auslöste.

Einer der deutschen Kämpen, namens Türk, der tags vorher in einer zweistündigen Rede Gift und Galle gegen Juden spie, wand sich geradezu unter den Peitschenhieben, die über ihn sausten. Jeder Zwischenruf des Gezüchtigten brachte ihm eine neue Abfuhr; die mitbetroffenen Parteigenossen auf den Galerien mußten wiederholt durch den Präsidenten zur Ruhe verwiesen werden.

Ein ausführliches Kapitel war der Blutbeschuldigung gewidmet, und auch hier wandelte sich die Verteidigung bald in eine Anklage. Das vorgetragene historische Tatsachenmaterial erzielte starke Eindrücke. Der bedeutsamste Teil der Rede war dem von den antisemitischen Sprechern wieder hervorgezerrten Talmud gewidmet. Zum erstenmal in der Geschichte der jüdischen Diaspora hatte ein Jude in einem katholischen Staate vor fünfhundert Vertretern christlicher Völker über den Talmud und für den Talmud gesprochen. Alles horchte auf, geistliche und bäuerliche Abgeordnete drängten sich um mich, als ich den staunenden Hörern erzählte, daß die katholischen Kirchenväter zu Füßen von Talmudisten saßen; von Minute zu Minute stieg die Spannung, als ich dazu überging, die Geschichte des Talmudstudiums unter den Christen zu schildern und die Urteile dieser hervorragenden Vertreter christlicher Gelehrsamkeit über den Talmud vorzulesen. Selbstverständlich mußte auch der Prozeßstreit der Kölner Dunkelmänner Pfefferkorn und Hoogstratten zitiert werden, und ich erwähnte im Vorbeigehen: „Johann Reuchlin, die Krone und Zierde Deutschlands, wie ihn die Zeitgenossen nannten, der ein Deutschnationaler war, sagte — das sollte sich der Herr Abgeordnete Türk merken: Der Talmud ist nicht dazu da, daß jeder Lump mit ungewaschenen Füßen darüberlauff und sag', er känd's auch." — „Schallende Heiterkeit" vermerkt das stenographische Protokoll. Dann ging's über zu einer Zeichnung der sozialen Schicht, welcher die Autoren des Talmuds angehört hatten, sowie der sozialpolitischen Ideen, die im Talmud niedergelegt sind und die, wenn sie wirksam gewesen wären, alle jene Entartungen des Kapitalismus, die heute die Waffen der Judenhasser bilden, unmöglich gemacht hätten. — Nach

Vorführung statistischer Daten über jüdische Wohltätigkeit wurde der wirtschaftliche Antisemitismus in seinen trüben Ursachen und verhängnisreichen Folgen bloßgelegt, um zuletzt dem deutschnationalen Antisemitismus ein Schlußkapitel zu widmen. In diesem wurde ausgeführt, daß der Fremdenhaß eine krankhafte Entartung des nationalen Gedankens bildet und da das Deutschtum das einzige große Volk Europas, das in allen Ländern der Welt mehr Gastfreundschaft genießt als gewährt, die Ausbreitung des Fremdenhasses demnach die Deutschen in allen Weltteilen schwer schädigen muß. Ich sagte wörtlich:

„In Frankreich gibt es dreimal soviel Deutsche als Juden, in Italien zweimal soviel Deutsche als Juden, in England dreimal soviel Deutsche als Juden. Und in Nordamerika und in Rußland! Rußland, das der Abgeordnete Türk so hoch gepriesen hat, besitzt zahlreiche deutsche Kolonien, die heute durch den angefachten Fremdenhaß gefährdet sind."

„Der nationale Gedanke ist ja anderer Natur als der Reichsgedanke. Während der Reichsgedanke den Staat in seiner Machtstellung und Weltstellung pflegt, will der nationale Gedanke unabhängig davon vor allem die nationalen Genossen überall erhalten und die Deutschen, die überall auf das Gastrecht angewiesen, die Deutschen, deren nationale Interessen mit dem Gastrechte vielfach verknüpft sind, sie beginnen das Gastrecht zu kündigen! Die nationale Idee strebt überall nach Ausweitung der Sprache und Sitte. Die Franzosen, welche national vorangegangen sind, haben ihre nationale Idee unter der Fahne von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit durch die Welt getragen. Die Völker ringen mit einander um Ausweitung des Sprachengebietes; die Antisemiten dagegen sagen: Das Vaterland muß kleiner sein, der Jude darf nicht dazu gehören! (Lebhafte, anhaltende Heiterkeit und Sehr richtig!) Deswegen sage ich, meine Herren, der nationale Antisemitismus ist ein Wahnwitz, denn er kehrt sich gegen das vornehmste nationale Interesse. Es gibt für das nationale Interesse der Deutschen absolut nichts so Heiliges, als das Gastrecht und die Deutschen sollten die letzten sein, Europa das Beispiel zu geben, Volksstämme, weil sie anders sind, zu bedrängen und zu bedrücken!"

„Welches Geschick harrt unter einer fremdenfeindlichen Stimmung der Welt dann der Deutschen in Frankreich, England, Italien? Denken Sie sich einmal beim Ausbruch eines Krieges mit Rußland, wenn die wilde Wut, der entfesselte Haß des Volkes ohne Hemmung losbricht gegen die Deutschen." Das sprach ich 1890 im Februar. Gegenüber dem deutschnationalen Türk, der davon sprach, daß die Heimatslosigkeit auf den Juden wegen ihrer Teilnahme an der Kreuzigung Jesu als ererbter Fluch laste, erinnerte ich daran, daß noch jemand beteiligt war dabei: Pontius Pilatus, der doch Jesum in seiner Gewalt hatte und eventuell hätte freigeben können. „Und haben Sie vergessen, daß er ein Germane war, aus Pforchheim in der Rheinpfalz gebürtig? Somit teilen Sie diesen Fluch." Das Schlußkapitel war auch dem Nachweis gewidmet, welche Dienste die Juden dem deutschen Volke durch Jahrhunderte dadurch geleistet haben, daß sie die deutsche Sprache als ihre eigene Muttersprache treu bewahrt und durch alle Länder und Weltteile getragen haben, und welche Schädigung dem Deutschtum als Volk durch den Judenhaß zugefügt wird. „Meine Herren! Wenn sich je ein Volk freiwillig in den Dienst eines anderen Volksstammes seit Jahrhunderten gestellt hat, so haben es wir Juden dem Deutschtum gegenüber getan. Wir haben für das Deutschtum gekämpft in allen Ländern Europas. (Abg. Hevera: Leider. — Lebhafte Heiterkeit.) Der Herr Abgeordnete Hevera hat recht, ja, leider. Selbst in Polen, wo wir gastfreundlichst aufgenommen wurden, wo die Könige und Fürsten Gnaden und Wohltaten uns gewidmet haben, hörten wir nicht auf, an der deutschen Sprache festzuhalten. Wir waren die Märtyrer der deutschen Sprache, wir haben die Abneigung und das Mißtrauen, die gerechte Abneigung und das gerechte Mißtrauen der Nationalitäten auf uns geladen, weil wir, trotzdem wir im Lande schon Jahrhunderte hindurch weilen, noch immer die fremde Sprache nicht preisgegeben haben. Ich wiederhole: „Es gibt für das nationale Interesse der Deutschen absolut nichts so Wertvolles und Heiliges als das Gastrecht, und die Deutschen sollten die letzten sein, dieses Gastrecht zu diskreditieren. Die Deutschnationalen Österreichs indes preisen die Weisheit des

Zaren, weil er die Juden bedrückt, wiewohl er nicht bloß die Juden allein trifft, sondern auch die Deutschen."

„Anders dachten die Lenker des jüdischen Staates im Altertum. Palästina, das kleine, nur 33 Meilen lange und etwa 20 Meilen breite Ländchen mit einer dichten Bevölkerung, ausschließlich auf den Ackerbau und die Erträgnisse des Bodens angewiesen, beherbergte 153.600 Fremde — das ist nachzulesen in der zweiten Chronik, Kapitel 2, Vers 6 — ohne daß die ungastliche Scheelsucht und der spießbürgerliche Neid bei den Einheimischen sich geregt hätte. Das war die semitische Idee. Die antisemitische Idee heißt: Ausrottung des Fremden. Die Arier hatten dasselbe Wort für Fremde und Feind."

Ich schloß mit einem Zitat aus einer Rede Dr. Smolkas, des Präsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses, die er im galizischen Landtag gehalten hatte. Das stenographische Protokoll vermerkt am Schlusse: „Lebhafter Beifall rechts. Redner wird allseitig beglückwünscht." Nach der Sitzung, als ich das Haus verlassen wollte, trat der Abgeordnete Ritter von Jaworski, der Obmann des Polenklubs, auf mich zu und sagte: „Herr Doktor, Sie haben uns heute Ehre gemacht."

Der antisemitische Abgeordnete, der nach mir hätte sprechen sollen, trat das Wort an Dr. Lueger ab, damit er mir erwidere und die Wirkung meiner Ausführungen abschwäche. Indes auch er hatte an jenem Tage kein sonderliches Glück. Er überhäufte die Juden mit Anklagen der sonderbarsten Art. Juden sind schuld an der Errichtung eines Denkmals für Giordano Bruno in Rom, was eine Beleidigung war für den Papst und für die katholische Kirche. An dem Kampfe Österreichs gegen Napoleon haben Juden bloß als Lieferanten und Kriegsgewinner sich beteiligt. Ausführlich verweilte er bei den betrügerischen Insolvenzen der galizischen Juden, und endlich wollte er von mir wissen, gegen wen Johann Reuchlin das von mir zitierte Wort geschleudert hat?

In einer tatsächlichen Berichtigung konstatierte ich, daß im Gemeinderate von Rom zur Zeit der Beschlußfassung zur Errichtung eines Denkmals für Giordano Bruno ein einziger Jude

saß, daß dieser gegen die Errichtung des Denkmals Protest eingelegt hat und daß alle Munizipien der italienischen Städte, welche Zustimmungsadressen zu dieser Denkmalserrichtung abgeschickt hatten, dies getan haben gegen den Protest der jüdischen Mitglieder — welche die Verdienste Giordano Brunos wohl anerkannt und gewürdigt, aber vorausgesehen hatten, daß einmal Männer kommen werden, welche die Errichtung dieses Denkmals den Juden in die Schuhe schieben. Leider hat ihr Protest sie davor trotzdem nicht geschützt. Sodann führte ich die Kriegsgewinner aus der Zeit der Napoleonkriege mit Namen auf, die baronisierten Familien Fellner, Wimmer, Dietrich — aber kein einziger Jude war dabei. In bezug auf die Insolvenzen in Galizien zitierte ich den Geschäftsbericht des Wiener Kreditorenvereines, wonach die Durchschnittsquote der Ergebnisse für die Gläubiger bei den Insolvenzen in Galizien 40 Prozent betragen, dagegen in Oberösterreich, Salzburg und Tirol, wo es sehr wenig jüdische Kaufleute gibt, nur 34 Prozent; da kommen die Gläubiger am schlechtesten weg. Das Wort Johann Reuchlins aber war gegen die Kölner Dunkelmänner gerichtet, ich habe es also dorthin gegeben, wohin es gezielt war.

— — — — — — — — — — — —

Eine Parlamentsrede darf und kann meines Erachtens weniger nach ihrem Inhalt oder nach ihrer Form, als vielmehr nach der Stimmung gewertet werden, die sie nah und fern auslöst, nach der Wirkung, die sie überall erzeugt. Als man aus den Tagesblättern die Berichte über die Verhandlungen des österreichischen Abgeordnetenhauses erfuhr, liefen bei mir mehr als tausend telegraphische Danksagungen ein, Depeschen von nahezu allen Kultusgemeinden Österreichs und Ungarns, Telegramme auch mit Massenunterschriften. Ich erhielt außerdem eine Unmenge Adressen, von welchen ich nur jene von hervorragenden Zeitgenossen herausheben möchte oder solche, die von jenseits der österreichischen Grenzen kamen.

Rabbiner Dr. Schmiedl schrieb:

Euer Hochwohlgeboren!

Empfangen Sie, hochzuverehrender Herr Doktor, auch meinerseits den innigsten und tiefgefühlten Dank für den unschätzbaren Dienst, den Sie neuerdings den heiligsten Lebensinteressen unseres Stammes und den unsterblichen Wahrheiten unserer so vielfach verkannten Religion geleistet, und zwar ebenso sehr durch die unwiderstehliche Macht Ihrer aus der Fülle des Herzens strömenden Beredsamkeit, als durch Ihre Bewunderung erregende Sachkenntnis und erstaunliche Belesenheit. An Ihnen, hochzuverehrender Herr Doktor, erfüllt sich wahrhaftig die Verheißung des sprachmächtigen Propheten (Jes. 54, 17). Ich glaube, wem ein jüdisches Herz im Busen schlägt, der muß Ihren Namen segnen und mit Verehrung nennen. Und in solchem Sinne zeichnet auch Ihr aufrichtig ergebener

Rabbiner Dr. Schmiedl.

Fünfhaus, 23. Februar 1890.

Dr. Adolf Fischhof aus Emmersdorf:

Hochgeehrter Herr Doktor!

Empfangen Sie meinen wärmsten Glückwunsch aus Anlaß Ihrer glänzenden Rede. Mit einer Fülle von Wissen, Scharfsinn, Geist, Witz und Sarkasmus haben Sie die Erbärmlichkeit des Antisemitismus dargetan. Auch an Pathos ließen Sie es nicht fehlen, wo es galt, der Entrüstung der tückisch Verleumdeten Ausdruck zu geben.

Durch ihren vernichtenden Kampf gegen Rohling und die wuchtigen Hiebe, die Sie in Ihrer Philippika gegen dessen Nachtreter führen, haben Sie sich um alle unsere Glaubensgenossen verdient gemacht.

Zugleich mit meinen Glückwünschen empfangen Sie, Herr Doktor, den Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung, mit der ich bin

Ihr ergebener

Dr. Fischhof.

Emmersdorf, 14. Februar 1890.

Aus Lemberg kam eine Adresse mit 700 Unterschriften.

Aus Budapest eine, die nur den folgenden Satz enthielt:

ברוך המקדש שם שמים ברבים

Gefertigt war diese Adresse mit nahezu 1000 Unterschriften.

Aus Czernowitz:

Euer Hochwohlgeboren und Ehrwürden!

Daß ich beim Lesen Ihrer im Abgeordnetenhause gehaltenen Rede hocherfreut war, brauche ich es etwa erst zu sagen? Welcher Freund der Wahrheit war es nicht?

Wie David, der sagt:

גם את הארי גם הדוב הכה . . . ואנכי
בא אליך בשם ד צבאות אשר חרפת

(I. Sam. 17), so konnten Sie den Antisemitenvertretern zurufen: Der Bekämpfer Rohlings und Konsorten kommt über euch im Namen des Judentums und seiner Bekenner, die ihr frevelhaft verlästert.

Ihr hochachtungsvoll ergebenster

Dr. Igel,
Czernowitz, 23. Februar 1890. *Landesrabbiner.*

Aus Jarotschin in Posen schrieb Bürgermeister, königlicher Amtsanwalt M. Goldring:

Mit der ganzen gesitteten Welt wünsche auch ich Ihnen von Herzen Glück zu dem durchschlagenden Erfolg Ihrer Rede in der Reichsratssitzung vom 11. Februar. Der Himmel erhalte Sie — den Kämpfer für Wahrheit und Recht — noch recht, recht lange geistig und körperlich ungeschwächt unserem Judentume.

Mit innigem Gruße Ihr aufrichtiger

M. Goldring.

Aus derselben Stadt erhielt ich am 28. Februar nachstehendes Telegramm mit fünfzig Unterschriften:

„Begeistert von Ihrer in der gestrigen Versammlung der hiesigen ‚Chewra Kadischa' verlesenen Reichsratsrede vom 11. Februar entbieten Ihnen, dem wackeren Kämpfer für Recht und Wahrheit, Dank und Glückwunsch."

Breslau, 20. Februar 1890.

Verehrtester Herr Doktor!

Meinem Entzücken über Ihre wunderbare Rede, das übrigens hier von sehr vielen geteilt wird, muß ich doch Ausdruck geben, indem ich Ihnen Dank, tausendfachen Dank für den großen קדוש השם *sage, den Sie geleistet haben. Durch Sie hat doch endlich unsere Sache offiziell gesprochen und die Wahrheit konnte kaum würdiger vertreten werden. Gott erhalte Sie! Wir bedürfen Ihrer.*

Besten Gruß Ihr ergebener

Dr. Rosenthal (Breslau).

Berlin, 14. Februar.

Es ist mir aufrichtiges Herzensbedürfnis, Ihnen zu dem großartigen Erfolge Ihrer herrlichen Rede, die einen קדוש השם *in des Wortes ausgedehntestem Maße bedeutet, aufs herzlichste zu gratulieren. Sie haben sich durch Ihr mannhaftes Eintreten, durch die Kennzeichnung der Hetzsippe ein Verdienst nicht nur um unsere österreichischen, sondern um die Gesamtheit unserer Glaubensgenossen erworben, auf das Sie stolz sein dürfen. Mit freundschaftlichem Gruß Ihr treu ergebener*

Dr. Hirsch Hildesheimer.

Bucuresti, 18. März 1890.

Hochgeehrter Herr Doktor!

Ihre glänzende Verteidigungsrede vom 11. Februar d. J. hat auch bei unseren Glaubensgenossen in Rumänien den lebhaftesten Widerhall gefunden.

Die Großloge „Zion“ Nr. 9 für Rumänien des unabhängigen Ordens B'nai B'rith hat einhellig beschlossen, dem Kämpfer, welcher mit soviel Geist und Talent für die höchsten Interessen unseres Volkes eintritt, ihre vollste und herzlichste Anerkennung auszusprechen.

Indem wir diesen Beschluß zu Ihrer Kenntnis bringen, ersuchen wir Sie, hochgeehrter Herr Doktor, den Ausdruck unserer ergebensten Hochachtung entgegennehmen zu wollen.

Der Gr. Sekretär: *Der Gr. Präsident:*
Josef Stern. *Dr. Adolf Stern.*

Eine ähnliche Adresse kam von der „Comunitatea Templului Ritul occidental din Capitala“ in Bukarest.

Von der Loge „Instructionea IX. U. O. B. B. in Focsani“ kam nachstehendes Schreiben:

Sr. Wohlgeboren Herrn Dr. Bloch, Reichsratsabgeordneter,
Wien.

In Anbetracht der warmen Verteidigung, sowohl der jüdischen Moral, als auch jüdischer und humaner Interessen im österreichischen Reichsrate, hat unsere Loge in der Sitzung vom 14./26. d. M. beschlossen, Ihnen ihren Dank durch Erhebung von den Sitzen auszudrücken, welcher Beschluß auch einstimmig angenommen und ausgeführt wurde.

Wir erlauben uns Ihnen dieses mitzuteilen und drücken sowohl persönlich als auch im Namen der Loge unsere Hochachtung aus.

Vizepräsident: *Sekretär:* *Präsident:*
Salzauer. *L. Grünberger.* *Dr. Strelisker.*

In der Sitzung des Polenklubs machte ein ehrwürdiger katholischer Geistlicher, Abgeordneter Ruczka, die Mitteilung, daß sich über meine jüngste Rede in der Debatte über das „Judengesetz“ der Bischof von Tarnow ihm (Ruczka) gegenüber in einem Briefe sehr anerkennend geäußert habe.

Der Polenklub hatte damals noch jede Berührung mit der Gruppe antisemitischer Abgeordneter sorgfältig vermieden. Als Prinz Liechtenstein bei Gelegenheit der Nominierung von Kandidaten für den Petitionsausschuß den Antrag gestellt, einen Vertreter der Antisemitengruppe in den Ausschuß hinein zu wählen, rief der Vorschlag im Schoße des Polenklubs eine sehr lebhafte Debatte hervor. Der würdige Kanonikus Ruczka, ein Mann von außerordentlich milder Gesinnung, einer der liebenswürdigsten Vertreter jener katholischen Seelsorger, wie sie das Ideal aller Menschenfreunde bilden, hielt eine sehr eindrucksvolle Rede, in welcher er zunächst auf das Bedenkliche hinwies, einen antisemitischen Abgeordneten speziell im Petitionsausschuß sitzen zu sehen, der sich oft mit abstrusesten Desiderien aus Wählerkreisen zu beschäftigen habe. „Allein auch politische Gründe zwingen uns, jede Annäherung der Antisemiten auf das entschiedenste zurückzuweisen. Zwischen dem gläubigen Katholiken, zumal einem Priester, und dem jetzt in Schwung gekommenen Antisemitismus kann es eine Aussöhnung nicht geben.“ Der Polenklub hat darum einstimmig beschlossen, nicht Dr. Pattai, sondern den Abgeordneten Kreuzig in den Petitionsausschuß zu wählen.

Die Stimmung im Polenklub änderte sich jedoch und schlug gründlich um, als aus Rom der Segen des Papstes für Prinz Liechtenstein eintraf, die Kurie gegen die österreichischen Bischöfe zugunsten des antisemitischen Radikalismus offen Partei ergriff.

Redaction der „Jüdischen Presse"
Berlin, C. Gips-Strasse 12A

Berlin 14 Februar

Hochgeehrter Herr College!

Es ist mir aufrichtiges Herzensbedürfniß, Ihnen zu dem großartigen Erfolge Ihrer herrlichen Rede, die einen קידוש השם in des Wortes ausgezeichnetstem Maße bedeutet, auf's herzlichste zu gratuliren. Sie haben sich durch Ihr mannhaftes Eintreten, durch die Kennzeichnung der Hetzschriften ein Verdienst nicht nur um unsere österreichischen, sondern um die Gesammtheit unserer Glaubensgenossen erworben, auf das Sie stolz sein dürfen.

Mit freundschaftlichsten Grüße
Ihr treu ergebener
Dr. Hirsch Hildesheimer

Empfangen Sie auch von mir den innigsten Dank für Ihre großartigen [illegible]. Möge Sie Gott [illegible]

Hochachtungsvoll
Dr. J. Hildesheimer

Von Rabbi Dr. Israel und Dr. Hirsch Hildesheimer.

ב"ה

יום ב׳ ניסן [illegible], שנת זאת דכאי רוח [illegible]

כבוד אדון ורב. אלוף ושר לעמו. אדם גדול ומאור נעלה. מפורסם לשם ולתהלה. הרב החכם הכולל מוה׳ שמואל [illegible] ד"ר בלאך. נבחר לבית הנבחרים אשר באוסטרייך. נרו יאיר לעד

רב שבעך! באתי לנקבת לפניך את תודתי [illegible] ולבי על דבריך הנפלאים אשר יצאו מלב אוהב ורגש באומץ להועיל טוב על עמך האומלל והנדכא. קם הראית לכל באי עולם כי עוד לא הפקיר [illegible] ישראל. אשר כל איש לב ומסטין. יברוך אלו ברגל גאוה! כי עוד ימצאו אנשי חיל בקרבו אשר יתעוררו ללבוש בגדי [illegible]. וחרפת מחרפיו אל חיקם תשוב. ובמושב שרים ורוזנים גדולי הממלכה בבית הנבחרים יצאת אגור בלי נשק [illegible]. האמת בימינך. והחכמה בשמאלך. [illegible] שפתיך [illegible] ונבער את כל דברי שוא וכזב אשר [illegible] עליך [illegible]. עד תמם.

זה גדלו [illegible] איש רם! ומה רבו ויקרו דבריך רב נעלה. [illegible] איש שפל כמוני זה היא [illegible] דרכך. אל האיש [illegible] רק [illegible] נשמה. הלא [illegible] כולם יודעו [illegible] את שמך! ושמך הטוב יהיה חקוק לעד [illegible] באותות [illegible] ספיר [illegible] ציון. הן כחם [illegible] נאמר בתפלותינו "אתה בחרתנו מכל העמים", ואתה רב נעלה הנך הנבחר מהעם הזה! ואתה בבחירתך [illegible] הראית לכל [illegible]. כי עד היום הנך העם הנבחר.

חיה בהשקט והצלחה. והיה לברכה ולתפארת בקרב עמך. לאורך ימים. ושמח בחלקך.

מוקירך ומכבדך כערכך הרם ונשא. שמואל בהרב מוהר"ר [illegible] מאהליווער

Von Rabbi Samuel Mohilower in Bjalistock.

Leon Meisels.

Außer meiner Tätigkeit im Parlament und als Redakteur der „Österreichischen Wochenschrift“ war ich den ganzen Tag mit Interventionen zur Befreiung ungerecht verurteilter oder verfolgter Juden in Anspruch genommen und häufig auch von Christen, die zu mir mit ihren Anliegen kamen. Ich war natürlich jederzeit bemüht, solchen Wünschen nach Möglichkeit gerecht zu werden. Entrüstung aber hatte es im antisemitischen Lager hervorgerufen und ein flammender Protestartikel erschien im „Deutschen Volksblatt“ am 23. Oktober 1894, daß ein Pfarrer, also ein christlicher Geistlicher, durch mich dem Abgeordnetenhause eine Bittschrift hatte überreichen lassen; er war sicher, daß ich seiner Angelegenheit warmes Interesse zuwenden werde. Das Abgeordnetenhaus bestellte zum Referenten dieser Petition den Abt Treuinfels und entsprechend seinem Antrage hat das Plenum die Genehmigung der Bitte beschlossen.

Mein Wahlbezirk war der volkreichste im Kronland Galizien mit einer Majorität jüdischer Einwohner. Jeder einzelne Wähler glaubte ein Anrecht zu besitzen, daß ich mich seiner in allen Angelegenheiten annehme, ob ihn nun der Steuerkommissär bedrückte oder der Bezirkshauptmann seckierte, ob ihm von der Statthalterei in Lemberg oder von einem antisemitischen Richter Unbill widerfuhr — alles trug man mir zu, überall sollte ich Abhilfe schaffen. Allein die jüdischen Bewohner des Wahlbezirkes hatten auch in anderen Städten Galiziens nähere oder entferntere Verwandte und Freunde; auch diese wurden mit ihren Beschwerden an mich gewiesen. Täglich mußte ich bei mehreren Ministerien intervenieren, ich war der unentgeltliche Anwalt für Hunderttausende: eine schwere Bürde, die zu tragen nicht leicht war; die ewigen Interventionen

waren häufig mit vielen Unannehmlichkeiten verbunden, ich nahm sie hin mit Geduld und Ausdauer in Erinnerung an das

צרכי עמך ישראל מרובים ודעתם קצרה

Nach alldem durfte ich hoffen, daß mir bei der kommenden Reichsratswahl kein Jude mehr als Gegenkandidat entgegentreten werde. Auch diese Hoffnung wurde getäuscht.

Gegen Ende des Jahres 1890 war das Mandat des damals tagenden Reichsrates abgelaufen, und für den Anfang des neuen Jahres (1891) waren die Neuwahlen ausgeschrieben. In dem Wahlbezirk Kolomea-Buczacz-Sniatyn hatten meine Gegner schon frühzeitig mit ihrer Wühlarbeit begonnen, denn sie wollten mir, der ich nun zum drittenmal in diesen Städten um das Vertrauen der Wähler zu werben hatte, das Mandat um jeden Preis entreißen. Dr. Emil Byk, der während der letzten Jahre alle Prozesse in zweiter Instanz für die Wähler der drei Städte beim Oberlandesgericht in Lemberg gratis geführt und sich auch sonst einflußreiche Persönlichkeiten stark verpflichtet hatte, war der auserlesene Gegenkandidat. Jedoch hervorragende Männer des galizischen Judentums bemühten sich nach dieser Richtung um einen Ausgleich und ihre Anstrengungen hatten endlich den gewünschten Erfolg. Herrn Dr. Byk wurde ein anderes Mandat zugesichert — man dachte zunächst an das Mandat der Lemberger Handelskammer, aber er entschied sich später für die Städte Brody-Zloczow — und Dr. Byk verzichtete nicht allzu ungern auf die Kandidatur in einem heißumstrittenen Bezirk dreier Städte, von denen jede einzelne Sonderinteressen hatte und in der Lage war, durch ein ablehnendes Verhalten das Resultat des glücklichsten Wahlfeldzuges in Frage zu stellen. War ich so, dank der Bemühungen meiner Lemberger Freunde, den einen Gegner glücklich losgeworden, so kam mir ganz unerwartet ein zweiter aus der Ferne, aus Paris, herangeflogen und brachte eine seltsame Gesellschaft orthodoxer Rabbiner in seiner Begleitung mit, in der Siegesgewißheit, den Wahlbezirk im ersten Sturme zu erobern.

Dieser neue, merkwürdige Gegner hieß Leon Meisels und wie sein Name schon andeutet, hatte er gute Familientraditionen, denn er war ein Enkel des berühmten Warschauer Rabbiners. Leon Meisels war eine exzentrische Natur, ein halsstarriger Querkopf, und keiner vernünftigen Zurede je zugänglich. Er war mit der Tochter des russischen Millionärs Brodsky verheiratet, die Ehe war jedoch unglücklich und seit zwanzig Jahren führte er von Paris aus, wo er seinen Wohnsitz genommen, einen Ehescheidungsprozeß gegen seine in Wien wohnende Frau. Die letztere hatte im Laufe dieser zwanzig Jahre oft versucht, sich Meisels zu entledigen und im Wege des Ausgleiches eine Scheidung zu erlangen, aber ihre Bemühungen blieben immer ohne Erfolg, bis es endlich im Jahre 1890 der Diplomatie des Oberrabbiners Dr. Güdemann gelang, diesen Ausgleich herbeizuführen. Meisels erhielt eine Abfindungssumme von einer Million Gulden und gab dafür seiner Frau die Scheidung, die auch vor den Wiener Gerichten und dem Wiener Rabbinate durchgeführt wurde. Die derart endlich aus den Fesseln erlöste Frau heiratete nach erfolgter Scheidung den berühmten Augenarzt Dr. Ludwig Mautner.

Dr. Ludwig Mautner — der Name ist für immer in den Annalen der Wissenschaft verzeichnet — war einer der größten und glänzendsten Vertreter seines Faches. Seine Forschungen auf dem Gebiete der Ophthalmologie, der mathematischen Optik, der Nerven- und Muskelerkrankungen des Auges hatten ihm einen Weltruf geschaffen. Dabei war er ein ungemein geistreicher Mann, ein formvollendeter Stilist, ein glänzender Sprecher und seine Bekanntschaft zählt zu meinen angenehmsten Erinnerungen. Die Anekdoten, die man sich von Mautner erzählte, sind Legion. So wurde er einmal nach Rußland zu einer großen Operation gerufen, als gerade den Juden das Betreten Rußlands verboten wurde. Als nun an der Grenze die Passagiere gefragt wurden, ob unter ihnen ein Jude sei, meldete sich Mautner sofort und verließ auch auf die Aufforderung des Beamten hin ohne Widerrede sein Coupé. Seinem hochgestellten Patienten telegraphierte er dann das Ereignis und einige Stunden später traf ein ministerieller Befehl ein, den Gelehrten

sofort die Grenze passieren zu lassen. Mautner, der nun einmal die Operation zugesagt hatte, reiste denn auch zu seinem Kranken, als aber aus Petersburg ein anderer hochgestellter Leidender, der vermutlich durch den Minister von der Anwesenheit des berühmten Operateurs in Rußland gehört hatte, ihn telegraphisch ersuchte, auch zu ihm zu kommen, da verlor Mautner seine Geduld. Er depeschierte eine Antwort zurück, die wohl nur infolge mangelnder Sprachkenntnis des Telegraphisten an ihre Adresse gelangte, denn der weltbekannte Ritter Götz hätte kaum deutlicher sein können. Unter diesen Umständen ist es wohl erklärlich, daß der Gelehrte in „hohen Kreisen“ nicht gerade persona gratissima war, aber man mußte doch — nolens volens — seiner Leistungen und seines Weltrufes wegen ihm die Professur verleihen. Aber schroff wie Mautner oft im Wesen war, seine Herzensgüte war ganz ungemein groß. Dafür möge die folgende Geschichte aus seiner Praxis als heiteres Beispiel dienen. Er entließ eines Tages einen Patienten aus Galizien, dessen Äußeres gerade nicht auf Wohlhabenheit deutete, als geheilt und der Patient fragte bescheiden, was für ein Honorar er dem berühmten Arzte schulde. Mautner fuhr ihn wütend an: „Sie Esel, Sie. Geben Sie Ihren zwölf Kindern etwas Warmes zu essen. Mir wollen Sie Geld zahlen? Schauen Sie, daß Sie hinauskommen!“ — „Aber, Herr Professor,“ begann der Patient zu protestieren, „Herr Professor, ich ....“ — „Hinaus,“ schreit Mautner mit einer Donnerstimme, vor der alle Einwendungen des Patienten verstummen und der Geheilte verläßt zitternd den zornigen Gelehrten.

Nach einigen Tagen trifft Mautner einen befreundeten Advokaten und im Gespräch sagt dieser: „Vor kurzem habe ich Ihnen einen reichen Patienten geschickt, bedanken Sie sich wenigstens.“ — „Sie mir?“ fragt Mautner erstaunt. „Wen denn?“ Erst nach längerem Debattieren wird man sich über den Patienten klar. „Der ist reich?“ ruft Mautner aus. — „Er dürfte etwa eine kleine Million haben,“ sagt der Advokat. — „Nun,“ lacht Mautner, „den habe ich geheilt und hinausgeworfen.“

Ein tragisches Geschick hat diesen wahrhaft großen Mann ereilt. Am 20. Oktober 1894 publizierte die „Wiener Zeitung" seine Ernennung für den ersten Lehrstuhl für Augenheilkunde an der Wiener Universität. Das Ziel seines Ehrgeizes war erreicht; sein Leben hatte den Höhepunkt erreicht, allein dieser wohlverdiente Triumph kam zu spät. In der Nacht vorher hatte ein Herzschlag seinem der Wissenschaft und der leidenden Menschheit gewidmeten Wirken ein Ende gesetzt. Ein Denkmal in den Arkaden der Wiener Universität verewigt sein Gedächtnis.

Die soziale Position, in die seine geschiedene Frau durch die Eheschließung mit Professor Mautner gelangt war, stach Meisels in die Augen und erweckte seinen Neid. Und nicht mit Unrecht, denn die Mautners waren alle ungemein begabte und erfolgreiche Männer. Einer der Brüder Professor Mautners war Präsident der Handelskammer und Reichsratsabgeordneter, ein anderer, ein Advokat, war Rechtsfreund des Bankhauses Rothschild und Kultusvorsteher, und Ludwig selber, wie erwähnt, eine Leuchte der Wissenschaft. Da wollte denn Meisels der Frau, die er hatte freigeben müssen, und vielleicht auch sich selber beweisen, daß er auch etwas Außerordentliches erreichen könne, und nachdem die Reichsratswahlen in naher Aussicht standen, verlangte es ihn, in Österreich als Abgeordneter gewählt zu werden und im Wiener Reichsrat zu sitzen. Der geistige Urheber dieses Gedankens, der Schutzheilige sozusagen dieser Kandidatur, war ein gewisser Markus Pelz, Geheimrat Seiner Heiligkeit des Wunderrabbi von Belz, wodurch dem ganzen Unternehmen eine hochmögende Protektion verliehen wurde.

Einige Monate vor der Wahl war Markus Pelz bei mir und im Laufe des Gespräches forderte er von mir für die hebräische Zeitung des Vereines Machsike Hadas zur Wahrung der Rechtgläubigkeit unter den galizischen Juden den Betrag von 5000 Gulden, welchen damals jede wöchentlich erscheinende Zeitschrift als Kaution bei Gericht zu hinterlegen hatte. Präsident des Vereines war ein gewisser Ignaz L. Schreiber in Drohobycz, der ein Vermögen von Millionen erheiratet hatte,

Wohltaten aber stets nur und ausschließlich mit den Mitteln anderer Leute ausübte. Den Betrag für die Kaution der Vereinszeitung wollte man sich daher von mir holen — als Entlohnung dafür, daß der Verein mir nicht einen Gegenkandidaten entgegenstellte. Ich selber besaß einen solchen Betrag nicht in meinem Vermögen und die Zumutung Pelz', für diesen Zweck bei den Wiener Juden eine Sammlung zu veranstalten, mußte ich, wenn ich nicht der Lächerlichkeit verfallen wollte, ablehnen. In dieser ruhigen Darlegung des Sachverhaltes sah Markus Pelz eine Beleidigung. Er war tief entrüstet, ich meinerseits geriet über die Zumutungen in Zorn und die Unterhaltung endete damit, daß ich ihm im Jargon meiner Heimat eine derbe Verwünschung ins Gesicht schleuderte. So ging er sofort daran, Leon Meisels als Kandidaten der galizischen jüdischen Orthodoxie zu proklamieren. Markus Pelz hat den Ausgang des Wahlkampfes nicht erlebt; ein Herzschlag raffte ihn in Krakau dahin, noch bevor sein neuer Kandidat, in dessen Begleitung er sich befand, seinen Fuß in den Wahlbezirk gesetzt hatte.

Leon Meisels ging mit einer überraschenden Zuversicht und Energie an die Ausführung seiner Pläne. In Lemberg besuchte er den Statthalter und sagte ihm rund heraus, daß er das Mandat von Kolomea erhalten werde und müsse, selbst wenn es ihn 100.000 Gulden kosten sollte und er sprach mit einer solchen Zuversicht, daß man sah, er selber hege keinen Zweifel an der Möglichkeit, ja, an der Gewißheit des endlichen Sieges. Da er seit vielen Jahren in Paris lebte und seine österreichische Staatsbürgerschaft zweifelhaft geworden war, half ihm Bürgermeister Berisch Stern in Buczacz, er sicherte ihm die österreichische Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht. Zahllose Agenten überfluteten nun den Wahlbezirk und verschwendeten große Geldsummen in wahnwitziger Weise. Die jüdische Bevölkerung in diesen drei Städten ist notorisch notleidend, die Armut hat dort Dimensionen angenommen, daß Menschen buchstäblich vor Hunger zugrunde gehen, und nun wurden überall große Spenden verteilt und man brauchte nur die Hand auszustrecken, um Beträge zu erhalten, die man sonst

mit der mühevollen Arbeit eines ganzen Jahres bei den dürftigen Erwerbsverhältnissen kaum zu erreichen vermochte. Der Kandidat selber erschien stets umgeben von einer großen Anzahl verunglückter, stellenloser Rabbiner, von denen er einen sogar aus Paris importiert hatte. Dr. Adolf Jellinek publizierte mit voller Namensunterschrift einen Aufruf an die Wähler zugunsten des bisherigen Abgeordneten und fügte am Schlusse eine eindringliche Mahnung an Leon Meisels hinzu, von seinem schädlichen Beginnen abzulassen. Aus dem Aufrufe Jellineks seien nachstehende Stellen herausgehoben:

„Die Wahlen in den österreichischen Reichsrat, die im nächsten Monate stattfinden werden, stehen im Vordergrunde der Politik im Innern unserer Monarchie. Alle Parteien, nationale wie politische, reaktionäre wie fortschrittliche sind in voller Tätigkeit, Wahlversammlungen werden abgehalten, Rechenschaftsberichte abgelegt, Programme veröffentlicht, Interpellationen gestellt und Versprechungen gemacht. Unser Interesse wendet sich vorzugsweise einem Wahlbezirke zu, einem galizischen, dem in der Überschrift genannten."

„Wir Bekenner des Judentums müssen im Reichsrate durch einen Mann unseres Glaubens vertreten sein, welcher die Fähigkeit und die Kraft besitzt, für das Judentum, dessen Lehre und Ehre zu kämpfen und der antisemitischen Frechheit, Verlogenheit, Verfolgungs- und Verleumdungssucht entgegenzutreten. Dieser Mann muß mit dem Lehrinhalte des Judentums, der brutalen Kampfesweise unserer Gegner, ihrer Schlagworte, Argumente und Gemeinplätze vertraut sein. Ein solcher Mann hatte im aufgelösten Reichsrate Sitz und Stimme, führte das siegreiche Wort gegen den bekannten antisemitischen Wundarzt und versetzte ihm solche tiefe Wunden, daß er das österreichische Parlamentsgebäude bluttriefend verließ: Es war der Vertreter des Wahlbezirkes Kolomea—Buczacz—Sniatyn, Herr Dr. J. S. Bloch und er muß wieder gewählt werden. Es handelt sich hier nicht um Sympathien, welche der Person gelten, sondern um eine

gemeinsame Angelegenheit der Juden in Österreich. Wie auch die neuen Wahlen ausfallen mögen, so viel ist sicher, daß Antisemiten der niedrigsten und gemeinsten Sorte im künftigen Reichsrate erscheinen werden, und da diese unverbesserlich sind, so werden sie wieder bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit mit frechem Hohne und der Beredsamkeit des Wirtshauses über die Juden herfallen, sie, deren Glauben, Moral und Lebensführung beschmutzen, das österreichische Parlament und den österreichischen Namen schänden. Da muß ein Repräsentant des Judentums auf der Warte stehen, kampfgerüstet sein, um unsere Feinde, mögen sie eine Fürstenkrone entweihen oder dem Judentume zur Ader lassen oder jüdische Wucherer vertreten und christliche, arme Schuldner pfänden, niederzuschmettern. Darum ist es eine heilige Pflicht der jüdischen Wähler in dem genannten jüdischen Wahlbezirke, ihren bisherigen Abgeordneten wiederzuwählen, wodurch sie sich ein großes Verdienst um ihre Glaubensgenossen in Österreich erwerben."

.......„Wir erwarten auch von Herrn Leon Meisels, daß er es aufgeben wird, Herrn Dr. J. S. Bloch zu verdrängen, da er durchaus nicht imstande ist, den Platz des bisherigen Abgeordneten von Kolomea auszufüllen. Es wird ihm weder an Dank fehlen, wenn er der gehegten Erwartung entspricht, noch an Übelwollen, wenn er seine Agitation für ein Mandat in den österreichischen Reichsrat fortsetzt. Herr Dr. J. S. Bloch wird gewählt werden, weil er gewählt werden muß!

Dr. Ad. Jellinek."

Leon Meisels ließ von seinen Leuten eine größere Zahl hebräischer Streitschriften gegen meine bibelkritischen Arbeiten im Wahlbezirk verbreiten. Eine Schmähschrift von besonderer Stärke wurde im Jargon publiziert. Ignaz L. Schreiber aus Drohobycz, Präsident des orthodoxen Vereines, sandte Briefe an die Wähler, in welchen er ihnen vorzulügen sich nicht entblödete, daß Dr. Bloch jederzeit bestrebt gewesen, im Parlament gegen die orthodoxen Juden zu wirken. Aber alle diese Verführungskünste blieben erfolglos

und trotz der Autorität des Wunderrabbi in Belz, trotz der Verleumdungen des Ignaz L. Schreiber aus Drohobycz, trotz der Lockungen seines Geldes und trotz aller Reizungen der Korruption, konnte Leon Meisels es niemals wagen, vor einer freien Wählerversammlung persönlich zu erscheinen.

Bezeichnend ist folgende Episode, die mir viele Jahrzehnte später begegnete.

Es war im Monate April 1921, daß ich auf dem Dampfer „Mauretania“ von New York nach Cherbourg fuhr. Am dritten Tage der Fahrt meldete sich bei mir ein Herr David Blumer (288 St. Lawrence Boulevard in Montreal, Kanada) und wünschte mich zu sprechen. Er habe von meiner Anwesenheit vernommen und wiewohl er mich persönlich nie gesehen, habe er das dringende Verlangen mich kennen zu lernen, weil ihm mein Name aus seiner Jugend in Erinnerung geblieben. Im Laufe des Gespräches erzählte er, er wohne seit Jahrzehnten in Kanada und fahre einigemale im Jahre behufs Einkaufes nach England. Geboren ist er in Kimpolung in der Bukowina, und er erinnere sich noch genau, als er ein Knabe von zehn Jahren war, da pflegte im Hause seines Vaters allsabbathlich ein Bachur (talmudbeflissener junger Mann) zu speisen. Nach Tisch hatte sein Vater die Gewohnheit, den jungen Gast zu ersuchen, etwas vorzusingen und da sang nun derselbe ein Lied von dem Wahlkampfe Meisels—Bloch. Der erste Vers lautete:

„Kinderlach, getraje,
Die ganze Chewraje,
Mir solln alle über e Jahr erleben,
Ma darf scho gehen
Zu Meisels Lewaje
Und for Blochn die Stimm abgeben.“

In den weiteren Strophen wird Meisels ein „Pariser Franzos“ genannt, den man mit Steinen beworfen hat und es wird ihm ein böses Geschick prophezeit.

„Ich habe,“ so sagte Herr Blumer, „dieses Liedchen singen gehört, als ich zehn Jahre alt war. Das Gesicht des jungen Bachurs, der bei uns allsabbathlich gespeist, leuchtete förmlich,

wenn er dieses Liedchen sang und noch jetzt ist es, als tönte mir im Ohr die triumphierende Melodie und als hörte ich noch die Worte, wie sie aus seinem Munde klangen.“

Wahrlich, man mußte vor der wackeren Wählerschaft dieses Wahlbezirkes, die einen solch unbestechlichen moralischen und physischen Mut bewiesen, den Hut ziehen. Trotzdem Leon Meisels für den Wahlbezirk über 80.000 Gulden geopfert, hat er mit diesem Gelde noch nicht hundert Stimmen gekauft. Die Stadt Buczacz wagte Meisels gar nicht zu betreten. Seine Leute reisten ihm etwa eine Stunde weit entgegen, nahmen ihm das Geld ab und sagten ihm, er sei schon gewählt. In Kolomea wurde er mit derartigen Insulten empfangen, daß ein anständiger Kandidat sofort den Rückzug angetreten hätte, allein bei Meisels exzentrischem und wohl nicht ganz normalem Charakter hatte dieses Verhalten der jüdischen Wählerschaft einen anderen merkwürdigen Erfolg. Es reifte in ihm der Entschluß, die Massen der christlichen Wähler für sich zu mobilisieren und sie gegen die Kandidatur Dr. Blochs aufzureizen. Agenten Meisels' durchstreiften die Dörfer und erzählten den Bauern, daß durch die Wahl Dr. Blochs dem Christentume eine große Gefahr drohe; daß Dr. Bloch sich mit katholischen Geistlichen herumzanke, um sie öffentlich zu blamieren, und daß, wenn man ihn zum drittenmal wähle, er sicher Minister werden und einen Robot einführen werde, so daß die Bauern in Zukunft für die Juden werden arbeiten müssen. Auch denke Dr. Bloch daran, Kirchen und Klöster in kaiserliche Magazine zu verwandeln. Viele Tage hindurch gab man den Bauern zu trinken, christliche Wahlagitatoren wurden mit hohen Summen ausgerüstet, um zwischen ruthenischen und polnischen Bauern eine Einigung zugunsten des Herrn Leon Meisels herbeizuführen, aber am Ende war er auch hier der betrogene Betrüger. Als nämlich das Werk vollendet war, bemächtigten sich die Geistlichen der fertigen Organisation, entflammten die bereits genugsam entzündeten Gemüter zum allgemeinen Judenhasse und proklamierten die Kandidatur des Grafen Starzensky, um den Wahlbezirk den Juden zu entreißen. Die Geistlichen belehrten die Bauern, daß zwischen Leon Meisels und Dr. Bloch ein

wesentlicher Unterschied nicht bestehe und gute Christen überhaupt keinem Juden, er sei wer immer, eine Stimme geben dürften. So entstand die Kandidatur des Grafen Starzensky, welcher auch jüdische Renegaten in der Landeshauptstadt wochenlang den Boden vorgearbeitet hatten. Die jüdischen Talmi-Polen und Fortschrittstartüffe von Lemberg besaßen ein eigenes Vereinsorgan „Ojcyzna", in welchem polnischer Chauvinismus und religiöser Verrat in allen Formen gepredigt wurde. Redigiert wurde das Blatt von einem gewissen Schriftsteller, der seinen polnischen Patriotismus dadurch manifestierte, daß er alle jüdischen Vereine und insbesondere die Israelitische Allianz dem Hasse der Polen denunzierte und die Moral des Talmuds im Tone antisemitischer Skribenten schmähte. Dieser Mann füllte seit Wochen die Spalten seines Organs mit Verleumdungen gegen den bisherigen Abgeordneten für Kolomea und er sorgte dafür, daß die polnischen Tagesblätter, die in Lemberg erschienen, seine unsauberen, lügenhaften Geistesprodukte nachdruckten. Nie und nimmer hatte sich das verächtliche Renegatentum so schamlos prostituiert wie damals in Lemberg. „Diese Herren ernähren sich vom Patriotismus," sagte mit feiner Ironie von diesen Lemberger Denunzianten ein polnischer Abgeordneter christlicher Konfession. Die Herren rühmten sich ihrer Heldentaten, die national-polnischen Leidenschaften gegen mich aufgereizt zu haben. Das polnische Zentralkomitee hatte somit die Handhabe, die Kandidatur des Dr. Bloch abzuweisen und die des Grafen Starzensky zu empfehlen.

Vergebens bemühte sich der Obmann des Polenklubs, Ritter von Jaworski, einen solchen Beschluß des Zentralkomitees zu hintertreiben; der nationale Chauvinismus hatte die Oberhand gewonnen und alle Mahnungen zur Ruhe und Besonnenheit wurden abgewiesen. Zum „nationalen" Kandidaten wurde daher Graf Starzensky proklamiert.

Protektor dieser Kandidatur war insbesondere der Fürst Sapieha. Die jüdische Majorität glaubte man durch Einschüchterung mit Hilfe besoffener, aufgereizter Bauernmassen besiegen und überwinden zu können.

Am 11. Februar traf ich in Begleitung der Großindustriellen

Moses Gartenberg und Josef Schreier aus Drohobycz in Kolomea ein. Eine Deputation fuhr mir bereits nach Stanislau entgegen und am Bahnhofe in Kolomea erwarteten uns die Honoratioren der Stadt nebst einer nach Tausenden zählenden Volksmenge. Ein berittenes Banderium von Huzulen zog unserem Wagen voran und begleitete uns zum Hotel. Vom Balkon dankte ich den Wählern für die spontane Kundgebung des Vertrauens. Mein Rechenschaftsbericht, meine Reden im Tempel und in den Vereinen wurden mit Kundgebungen des Beifalls und der enthusiastischen Zustimmung begleitet. Von dort reiste ich nach Sniatyn, wo sich diese Szenen wiederholten. Am 18. Februar war ich in Buczacz. Auch hier fand ein imposanter Empfang am Bahnhof statt, die politische Programmrede wurde begeistert aufgenommen, und ich wurde einstimmig zum Kandidaten nominiert.

Die Bezirkshauptleute begannen allerlei Verfolgungen gegen jüdische Wähler, worüber ich dem Ministerpräsidenten Meldungen zugehen ließ. Unmittelbar vor Ausschreibung der Neuwahlen war der damalige galizische Statthalter Graf Badeni in Wien und der Ministerpräsident Graf Taaffe, sein intimer Freund, begleitete ihn bei der Abreise zum Bahnhof. Dort kam das Gespräch auf verschiedene Kandidaten und Graf Taaffe ersuchte den Statthalter, mich „gegen Vergewaltigungen in Schutz zu nehmen“. Jetzt aber war ein Graf Starzensky mein Gegenkandidat und die Machtmittel des Staates mit ihrem ganzen Schwergewicht für einen polnischen Grafen nicht in die Wagschale zu werfen, erschien eine nicht zu verzeihende Sünde. Ich kam in die Lage, dem Ministerpräsidenten Beweise vorzulegen, daß die Regierungsorgane in intimem Kreise auf vertraulich erhaltene Instruktionen sich beriefen, wenn sie zugunsten der Wahl Starzenskys die Beihilfe und Unterstützung prominenter Persönlichkeiten requirierten — da entschloß sich Graf Taaffe, an den Statthalter von Galizien ein Mahnschreiben zu richten.

Die Wahl selber fand am 4. und 5. März statt. Ich wurde mit 2128 Stimmen wiedergewählt, Graf Starzensky erhielt 1778 und Meisels 97 Stimmen.

Die Wahl in Buczacz und Sniatyn verlief ganz ruhig, dagegen spielten sich in Kolomea furchtbare Szenen ab. Die Bauern, die für den Grafen Starzensky waren, durchzogen die Stadt und mißhandelten die jüdischen Wähler. Alle Geschäfte wurden gesperrt, mehrere Verwundungen kamen vor, und — um die traurige Komödie in eine wahre Tragödie zu verwandeln — ein Jude wurde erstochen. Auch wurde der jüdische Friedhof in Kolomea demoliert. Die Exzedenten wurden später gerichtlichen Bestrafungen zugeführt. Leon Meisels, der unselige Kandidat, der im letzten Grunde für diese Ausbrüche verantwortlich war, und der ein Vermögen an armselige 97 Stimmen verschwendet hatte, endete wenige Monate darauf, am 28. Juni 1891, infolge eines Kopftyphus sein wechselreiches Leben.

Graf Starzensky war ein ausgesprochener Judenfeind; das hinderte die Lemberger jungjüdischen Talmipolen nicht, mich auch weiterhin in der polnischen Presse zu verfolgen, wegen angeblich antipolnischer Tendenzen zu denunzieren, den Polenklub gegen mich aufzureizen. Die Genossen des Renegaten Feldstein wandelten sich indes später in Nationaljuden, die einstigen Mitarbeiter der „Ojcyzna" wurden heiße Zionisten und nun bekämpften sie mich wiederum als angeblichen „Assimilanten". Früher klagten sie mich an, ein Hindernis der Assimilation zu sein, jetzt entdeckten sie in mir den eigentlichen Assimilationsbazillus. Auf dem Sumpfboden Lembergs wachsen seltsame jüdische Patrioten. Unvergessen bleibt mir ein in diesem Kreise gegen mich verübter gemeiner Wort- und Vertrauensbruch.

Rabbiner Dr. Caro in Lemberg hatte bei meiner Anwesenheit dortselbst eine vertrauliche Aussprache dieser Leute mit mir arrangiert und unter strengster Diskretion wünschten die Herren von mir eine Darlegung der politischen Situation, Aufklärung über Stimmung und Stellung der einzelnen Parteien im Polenklub zum Judentum und nachdem man sich mir gegenüber ehrenwörtlich zur Geheimhaltung verpflichtet hatte, gab ich ein ausführliches Exposé über alle Fragen. Und was ich im Kreise dieser Lemberger Zionisten in jener Nacht über Per-

sonen und Stimmungen innerhalb des Polenklubs mitgeteilt, konnte man am anderen Morgen in einem — antisemitischen Blatt wörtlich lesen — wohlbemerkt, nicht etwa vierzehn Tage später, nein, in derselben Nacht wurde der antisemitischen Redaktion der Bericht übermittelt. Dieser Schurkenstreich verursachte mir im Klub für eine Zeitlang eine unangenehme Stellung, zog mir die Abneigung manches Kollegen zu und der Biedermann, der solche Ehrlosigkeit ruhigen Gewissens beging, spielt wohl noch dermalen, während ich diese Erinnerungen niederschreibe, den großen jüdischen Patrioten in Lemberg.

Als ich mich einmal über die erzinfame Verlogenheit und Verleumdungssucht der galizischen Presse vor dem Abgeordneten Bilinski (dem späteren Minister) beschwerte, sagte er mir:

> „Es geht mir nicht anders. Steht heute in einem Blatte, ich habe ein Pferd gestohlen, und ich dementiere die Nachricht, so lese ich morgen, der Abgeordnete Bilinski hat recht, die Nachricht war nicht richtig, er hat nicht e i n Pferd, sondern z w e i Pferde gestohlen."

Das Treiben der Lemberger Preßpiraten war umso bedauerlicher, als dieselben zumeist Talmipolen waren und zu der Kategorie der „semitischen Antisemiten" zählten.

Ernst Schneider.

Der Antisemitismus spielt in der modernen Zeit die Rolle der Mysterien in den römischen Bacchanalien. Mit der Zunahme ihrer Abscheulichkeiten wuchs, wie Ovid erzählt, die Zahl der „Eingeweihten", und die vornehmsten Römer und Römerinnen schämten sich nicht, mit von der Ehrengesellschaft zu sein, in welcher es zu einer förmlichen Verschwörung gegen die öffentliche Sittlichkeit und Moral kam. Auch der Antisemitismus wuchs mit jedem neuen moralischen Defekt seiner Führer und Größen. Fast sämtliche Zelebritäten der antisemitischen Partei waren gerichtlich gezeichnet. „Man getraut sich eigentlich gar nicht mehr zu sagen, was Wolf über Schönerer und Schönerer über Wolf gesagt hat, aber das eine steht fest, sie haben beide recht" — diesen Satz sprach Dr. Lueger am 22. Juni 1902 in einer Rede bei einer Versammlung zu Gaunersdorf. Allein auch er erhielt einen Denkzettel vom Obersten Gerichtshof, und das Steyrer Antisemitenblatt schrieb über ihn: „Dem Dr. Lueger einen Lorbeerkranz zu widmen, schadet der öffentlichen Moral und fordert das Rechtsgefühl besserer Menschen heraus." In der Tat, sie alle, die K. H. Wolf, Vergani, Pattai, Fiegel usw., waren kenntlich, sei es durch gerichtliche, sei es durch moralische Narben. Kein einziger in dieser sonderbaren Gesellschaft stand indessen moralisch so tief, war so hart belastet — wie Ernst Schneider, diese förmliche Verbrechernatur. Dr. Lueger ließ einmal die Äußerung fallen: „Man muß in Gegenwart Schneiders sehr vorsichtig sein; denn man weiß nicht, ob dieser Mann nicht ein Agent der ‚Vaterland'-Partei oder ein agent provocateur der Polizei oder möglicherweise

beides ist.“ Woher ihm die reichlichsten Geldquellen, über die er jahraus, jahrein verfügte, zuflossen, war ein Geheimnis.

Jahrelang hat er in den Wirtshäusern der Vorstädte die antisemitische Hetze betrieben, bis feudale Aristokraten sein Talent erkannten und ihn als Agitator für ihre Zwecke verwendeten. Er wurde der vertraute Freund des Grafen Egbert Belcredi und des Prinzen Alois Liechtenstein, so kam er schließlich in den niederösterreichischen Landtag und in den Reichsrat.

Im Stimmzettelfälschen war Schneider eine Spezialität, desgleichen in der Anfertigung falscher Stampiglien, und man nannte ihn deswegen „Stampiglius“.

Bei Gelegenheit eines Prozesses des jüdischen Schuhfabrikanten Fränkel in Mödling gegen einen antisemitischen Redakteur wandte Schneider sich nach München, um dort Zeugen zu bestellen gegen die Schuhfabrik. Zu diesem Zwecke ersuchte er einen gewissen Attenberger in München, derselbe möchte an das Wiener Landesgericht in Angelegenheit des Prozesses ein Schreiben richten, dessen eventuellen Wortlaut Schneider selber entwarf. Attenberger möchte dem Gericht mitteilen, daß er, auf einer Geschäftsreise begriffen, zufällig Wien besucht habe und dort, angelockt durch die Reklame der Mödlinger Schuhfabrik, ein Paar Schuhe gekauft habe, welche nach vierzehn Tagen unbrauchbar waren. Der Schreiber solle erklären, daß die Absätze sofort abgefallen sind, die Sohlen an der rechten Seite sich losgelöst haben usw. und dabei hinzufügen, welch einen schlimmen Eindruck im Auslande es machen müsse, wie schädlich es wäre für das Ansehen der österreichischen Justiz, wenn der angeklagte Redakteur, was Gott behüte, verurteilt und die Mödlinger Schuhfabrik somit gerichtlich patentiert würde. Das Schreiben sei zu unterzeichnen: „Einer der Betrogenen, der sich schämt, ein Opfer dieses groben Schwindels geworden zu sein.“ Schneider versichert, daß er sich von einem solchen Schreiben eine große Wirkung auf den österreichischen Richter verspricht. Diese Enthüllung brachte die „Österreichische Wochenschrift“, und der Brief an Attenberger wurde später von Dr. Hein in Faksimile publiziert.

Schneiders Propaganda der Blutlüge war seine besondere Spezialität. Ein antisemitischer Gesinnungsgenosse, namens Hollomay, erzählte, daß Schneider ihm vor Ostern ein Bild brachte, welches die Abschlachtung eines Christenkindes durch Juden darstellte. Das sollte Hollomay in 20.000 Exemplaren anfertigen. Herr Schneider schrieb dazu den erläuternden Text. Bei der Bestellung fügte er zynisch hinzu: „Falls ein Judenkrawall einmal ausbricht, erfahre ich es sechs Stunden vorher, da fahre ich ab."

Er war aber nicht bloß ein Verbrecher, sondern auch ein Feigling.

In der „Österreichischen Wochenschrift" 1894, Nr. 34, erzählte ein jüdischer Fabrikant folgendes Erlebnis: Ernst Schneider machte einmal einen Ausflug nach Jedlesee, einem Industrievorort von Wien, wo auch jüdische Industrielle Etablissements besitzen, um in der dortigen Bahnhofrestauration mit Gesinnungsgenossen über jüdische Gewerbetreibende zu schimpfen. Ein zufällig anwesender jüdischer Fabrikant, F., verwahrte sich energisch gegen diese allgemein gehaltene Verunglimpfung und da Schneider den Boden für eine Auseinandersetzung nicht genug sicher fand, schwieg er, um den bald anlangenden Zug zur Heimreise nach Wien zu benützen, in welchem sich auch der erwähnte Fabrikant befand. In Wien am Nordbahnhofe angekommen, fühlte er sich plötzlich (wie Antäos) auf heimischem Boden, stellte sich beim Ausgange dem besagten Herrn F. mit energischer Miene entgegen, herrschte ihn mit Stentorstimme in so beleidigenden Worten und Ausfällen an, daß der sonst besonnene Fabrikant — ohne ihn auch nur eines einzigen Wortes zu würdigen — dem damals noch wenig bekannten Antisemitenzögling eine derbe Ohrfeige versetzte, welche selbstredend in der Bahnhofhalle Aufsehen und Zusammenlauf verursachte. Der Inspektionskommissär führte sofort beide Herren in das Bahnhof-Polizeiinspektorat und machte von dem Geschehenen Meldung. Herr F., ein mutiger, bestrenommierter Fabrikant aus Budapest, scheute sich nicht, seine Missetat als im Widerspruche mit den Gesetzen stehend unumwunden einzubekennen, und Schneider

mußte das beschämende Bekenntnis ablegen, daß er diesen wohlverdienten Backenstreich tatsächlich erhalten und sich keine Satisfaktion dafür genommen habe. Herr F. war zufällig dem amtierenden Kommissär im besten Sinne seit Jahren bekannt. Der letztere konnte nicht umhin, Schneider als Kleingewerbetreibenden darauf aufmerksam zu machen, daß sein Gegner sich gewiß nur infolge einer Provokation zu einer Tätlichkeit auf öffentlichem Orte hinreißen ließ, und empfahl Herrn Schneider — ihm die schädlichen Folgen eines weiteren gerichtlichen Verfahrens für ihn und seine Interessen als Kleingewerbetreibenden vor Augen haltend — Herrn F. einfach für die in Jedlesee gemachten Ausfälle gegen die Juden — um Entschuldigung zu bitten. Schneider, zunächst sein materielles Interesse als Mechaniker, da er verschiedene hohe Staatsämter und zurzeit auch zahlreiche jüdische Kundschaft bediente, sich vor Augen haltend, bequemte sich dazu, Herrn F. Abbitte zu leisten, um seine materiellen Vorteile nicht in Gefahr zu bringen. Später spielte er den Helden und forderte die Konfiskation des jüdischen Vermögens mit der Motivierung: „Warum soll dieses Volk, dieses Gesindel, dieses gottverfluchte Gesindel nicht ausgetrieben werden?“

Seine stete Phrase war: „Die Juden müssen im Gesetzgebungswege aufgehängt werden, sie seien nicht als Menschen, sondern als Tiere zu behandeln.“

Dieser Ernst Schneider trat in der Wiener Leopoldstadt als Gegenkandidat gegen Professor Eduard Sueß, gewesenen Rektor der Wiener Universität, auf, der als Geologe einen Weltruf genoß und sich um die Sanierung der Stadt Wien unsterbliche Verdienste erworben hatte. Ich hatte mir damals den Spaß gemacht, einen Aufruf zugunsten Ernst Schneiders zu publizieren. Ich zählte seine Heldentaten auf; das eine Mal ein falsches Zeugnis, das zweite Mal eine falsche Stampiglie, das dritte Mal ein infames Bild, dazu bestimmt, die Leidenschaften des irregeleiteten Pöbels aufzustacheln, um ihn dann im Ernstfall sitzen zu lassen. Einen besseren, einen würdigeren Landtagsabgeordneten konnte sich die antisemitische Partei gar nicht aussuchen.

„An Euch, arische Wähler der Wiener Leopoldstadt, so weit Ihr noch ‚unverjudet', und von den semitischen Moral- und Ehrbegriffen nicht angefressen seid, ergeht also die dringende Mahnung:

„Wählet Ernst Schneider!

Laßt Euch durch das Geschrei der Juden nicht irre leiten, die Euch den Besitz dieses großen Mannes neiden. Ihnen zum Trotz wählt Euch Ernst Schneider! Er ist Euer, Ihr seid seiner würdig.

Allerdings hat er Attenberger zu falschem Zeugnis zu verleiten gesucht — umsomehr muß sein Opfermut, seine Hingebung, seine lautere Gesinnung nach Gebühr gelohnt werden.

Bei Alois Potschka hat er falsche Stampiglien bestellt, allein da er unbestraft geblieben, so muß es zur Ehre Gottes wohl gestattet sein.

Hollomay, der Antisemit Hollomay, nannte ihn ‚den Agenten der Klerikalen schwärzester Sorte' — das kann ihm in Euren Augen unmöglich schaden; von Schönerer wurde er ‚Kreatur', ‚Agent', ‚Regierungshund' genannt — allein ein Judenknecht ist er nicht und niemand versteht mit solchem Eifer die Hausierer und die ‚Judenjüngel' zu schmähen wie er.

Hat ihn auch Gemeinderat Vetter ‚Schuft' genannt, — was tut's? Man muß Nachsicht üben! Ihr seid ja alle — antisemitische Brüder. Buschenhagen nannte ihn ‚den Schurken' — was schadet's? In hoc signo vinces! Herr Schneider ist ein ehrenwerter Mann und ehrenwert seid Ihr alle, alle!

Wählet Ernst Schneider!

Me rio!"

Der Aufruf wurde verbreitet und hat seine Wirkung nicht verfehlt. Noch zogen die Wähler Professor Sueß vor. Allein in einem anderen Wahlbezirk, in Fünfhaus, ging der Stern Ernst Schneiders auf; er wurde, wie bereits erwähnt, gefördert vom

Prinzen Alois Liechtenstein, Reichstags- und Landtagsabgeordneter, und endlich auch Mitglied des Landesausschusses.

Im Parlament habe ich ihm einmal, gelegentlich einer seiner tollwütigen Ausfälle, zugerufen: er gehöre nicht in das „Hohe Haus“ (wie das Parlament offiziell genannt wird), sondern in das „Graue Haus“ (wie das Zuchthaus im Wiener Volksmunde heißt). „Nur der unbegreiflichen Nachsicht des Staatsanwaltes habe er's zu verdanken, daß er frei herumlaufe.“

Der Zuruf hatte damals manche Kritik gefunden, bald aber zwang Schneider das Haus, durch den Mund des Präsidenten und der großen Parteiführer ihm das gleiche Urteil zu sprechen. In den Sitzungen des Monates Oktober 1891 des Abgeordnetenhauses ereignete es sich, daß an Stelle eines liberalen Abgeordneten, der verstorben war, eine Ersatzwahl in einen Weinkultur-Ausschuß vorgenommen werden sollte. Da die Aufteilung der Ausschußmandate auf die einzelnen Klubs zu Beginn der neuen Session genau geregelt und der vereinbarte Schlüssel von allen Klubs akzeptiert worden war, so war in diesem Falle der von der Linken bezeichnete Kandidat Hübner unweigerlich von den anderen Klubs zu wählen. Um den Abgeordneten das Schreiben zu ersparen, wird ihnen in der Regel der bereits mit den betreffenden Namen ausgefüllte Stimmzettel auf das Pult gelegt. Die Diener oder Schriftführer sammeln dann die Stimmzettel ein, worauf vom Bureau das Skrutinium vorgenommen wird. Ernst Schneider, dem das Stimmzettelfälschen zur zweiten Natur geworden, war nun herumgegangen und hat auf den Bänken der rechten Seite des Hauses, während die betreffenden Abgeordneten in den Korridors sich aufhielten, die auf den Pulten liegenden Stimmzettel in der Weise abgeändert, daß er den Namen des liberalen Abgeordneten Hübner gestrichen und dafür den des antisemitischen Abgeordneten Muth setzte und diese Zettel selbst in die Urne geworfen, und so ist es gekommen, daß Abgeordneter Muth 71 Stimmen erhielt. Die Kandidatenliste war von allen Parteien im gegenseitigen Einvernehmen vor der Wahl festgestellt worden. Die Parteien der Rechten kamen dadurch in

den Verdacht des Wortbruches, daß sie die eingegangene Vereinbarung nicht einhielten. Vom Sitze des Präsidenten aber hatte man die Manipulation bemerkt, und der Präsident ergriff selber das Wort, um das Verfahren Schneiders in schärfsten Ausdrücken zu brandmarken. „Zu einem weiteren Einschreiten findet sich das Präsidium nicht veranlaßt, da die Geschäftsordnung für einen derartigen Vorgang, der begreiflicherweise unmöglich vorausgesehen werden konnte und seit dreißig Jahren, das ist seit dem Bestande des Parlaments in Österreich, sich nie zugetragen hat, keine Bestimmung enthält. Ich muß über diesen Vorgang, der sich eigentlich von selbst richtet, ganz entschieden meine Mißbilligung aussprechen und daran das lebhafte Bedauern knüpfen, daß die geltende Geschäftsordnung leider keine Handhabe bietet, jene Zensur zu verfügen, die eine solche Unzukömmlichkeit erheischen würde, durch welche viele Abgeordnete nicht nur in ihrem freien Wahlrechte beeinträchtigt, sondern auch überdies dem Verdachte ausgesetzt werden, ein geschlossenes Kompromiß nicht eingehalten zu haben.“

Das gesamte Haus begleitete die Ausführungen seines Präsidenten mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen. Ernst Schneider hatte die Stirne, das Wort zu ergreifen, um zu erklären, daß die von ihm vorgenommene Änderung der Stimmzettel im Einverständnis mit den Abgeordneten auf der rechten Seite erfolgt sei. Darauf der Obmann des Klubs der Rechten, Graf Hohenwart, im Namen seines Klubs das Wort ergriff, um mitzuteilen, daß er von seinem Klub zu der Erklärung ermächtigt worden, „daß die Behauptung des Vorredners, daß er die Stimmzettel nur mit Zustimmung der betreffenden Abgeordneten verändert habe, soweit diese Erklärung Mitglieder unseres Klubs betrifft, vollkommen unwahr ist“.

Das Poltern und groteske Drohen der Fraktion Liechtenstein und Lueger hatte nur den einen Erfolg, daß der Obmann der deutschen Linken, Herr von Plener, den Antrag zu stellen sich genötigt sah, das Haus möchte dem Präsidenten seine Zustimmung ausdrücken.

Abgeordneter Madejski schloß sich namens der Polen der Erklärung des Grafen Hohenwart vollständig an. „Es ist zwar selbstverständlich, in anständiger Gesellschaft derartiges zu mißbilligen, allein weil das Schweigen in diesem Falle möglicherweise einer falschen Auslegung begegnen könnte, so konstatierte er ausdrücklich, daß, soweit es sich um seinen Klub handle, eine Zustimmung zur Änderung der Stimmzettel nicht erfolgt ist, daß die diesbezüglichen Behauptungen Schneiders, soweit sie etwa seinen Klub betreffen, einfach unwahr sind.“ Dem Antrage Plener, erklärt Redner, schließen sich die Polen mit ganzem Herzen und voller Überzeugung an.

Alle Parteien stimmten dem Antrage Pleners zu und schlossen sich den vernichtenden Worten des Präsidenten an. So wurde denn das Urteil, welches ich diesem Manne bei seinem Eintritt ins Parlament öffentlich gesprochen, glänzend gerechtfertigt und durch das Votum des ganzen Hauses verifiziert.

Talmud-Zitate aus Rohlings „Talmud-Juden“ oder aus Aron Brimans „Judenspiegel“ während einer Rede im Abgeordnetenhause einzuflechten, wagte Ernst Schneider nicht, denn er durfte eine gebührende Abfertigung meinerseits erwarten. Er griff deswegen zu einer Perfidie. Im Wege einer Interpellation, über welche eine Diskussion nicht stattfindet, sollte der Inhalt der Schriften Brimans und Rohlings gegen die Juden in das Abgeordnetenhaus gebracht, in das stenographische Protokoll eingeschmuggelt und so, mit der Autorität einer parlamentarischen Manifestation umkleidet, der strafgerichtlichen Verfolgung entzogen werden. Die Talmudfälschungen sollten immunisiert werden. Die Interpellation war am Schlusse einer Samstagsitzung von Schneider eingebracht und schon am Beginne der nächsten Sitzung konnte ich eine Petition des „Politischen Volksvereines“ überreichen, in welcher die Verleumdungen haarscharf widerlegt, seine Verfasser als Lügner und Heuchler gebrandmarkt und das Parlament angerufen wurde, den Justizminister zur Anwendung der vollen Strenge des Gesetzes gegen die Verbreiter solcher Schandliteratur aufzufordern. Meinen Antrag, die von mir überreichte Petition dem stenographischen Protokoll des Abgeordnetenhauses einzuverleiben, hat die

Majorität des Hauses akzeptiert, und damit war der Lüge die Maske vom Antlitze gerissen und in einem parlamentarischen Bericht die Wahrheit über Briman und Ecker festgelegt.

Nachstehend der Wortlaut der von mir überreichten Petition des „Politischen Volksvereines":

Hohes Abgeordnetenhaus!

Angesichts der gerechten Erregung und Entrüstung, welche sich durch die in der Nummer 2308 des „Deutschen Volksblatt" erfolgte Publikation des von den Herren Abgeordneten Schneider und Genossen ihrer Interpellation vom 7. d. M. beigelegten, aus dem Februar 1893 stammenden Leipziger Flugblattes „Die Wahrheit über das Judentum" der österreichischen Judenschaft bemächtigte, glaubt das Präsidium des ergebenst gefertigten „Politischen Volksvereines", welcher der Förderung der geistigen und sozialen Interessen seiner jüdischen Mitglieder gewidmet ist, eine unabweisliche Pflicht erfüllen zu müssen, wenn es gegen diese feindselige Veröffentlichung hiemit an jener Stelle Verwahrung einzulegen sich gestattet, von welcher der äußere Anlaß hiezu ausgegangen ist.

Zur Wahrung der Ehre der österreichischen Staatsbürger jüdischen Glaubens sowie der Heiligkeit ihrer Glaubens- und Sittenlehre möge es uns gegönnt sein, dem Hohen Haus gegenüber hiemit zum Ausdruck zu bringen:

daß das bezeichnete, längst vergessene und nun wieder, gerade vor Beginn der Wahlen für den Wiener Gemeinderat hervorgeholte Pasquill sich als ein Excerpt aus dem sogenannten „Judenspiegel im Lichte der Wahrheit" darstellt;

daß rücksichtlich dieses im Jahre 1884 als „gerichtliches Gutachten" aufgetauchten Machwerkes eines Doktor Jakob Ecker in Münster in dem vor dem Wiener Landesgerichte in der Epoche 1884 bis 1885 durchgeführten bekannten Ehrenbeleidigungsprozesse Professor Rohling kontra Dr. Bloch als der wahre Verfasser des angeblichen „Gutachtens" und nachherigen „Werkes" der im Jahre 1885 vor dem Wiener Landesgerichte wegen Verbrechens des Betruges zu einer

mehrmonatlichen Kerkerstrafe und zur Landesverweisung verurteilte Aron Briman (vulgo Justus) enthüllt worden ist; und

daß weiters in demselben Prozesse Rohling kontra Bloch die sämtlichen, in dem sogenannten „Gutachten" enthaltenen und aus diesem in das Flugblatt übernommenen Zitate durch die in Eid genommenen Sachverständigen und Berufsgelehrten Universitätsprofessor Dr. Theodor Nöldecke in Straßburg, Ehrenmitglied der k. k. Akademie der Wissenschaften in Wien, und Theologie-Professor Dr. August Wünsche in Dresden geprüft und als teils auf Fälschung, teils auf gröblichster Entstellung beruhend gerichtlich nachgewiesen, demnach nur fabriziert wurden, um mittelst Irreführung, Lüge und Betörung den Haß und die Feindseligkeiten gegen das Judentum und dessen Bekenner anzufachen und zu steigern.

In der untrüglichen Erkenntnis, daß auch die jetzige Wiederausgrabung und Erneuerung all der in dem Flugblatte gegen das Judentum gerichteten schweren und empörenden Verleumdungen gleichfalls keinem anderen Zwecke zu dienen bestimmt ist, als die ohnehin schon verderblich aufgestachelten Leidenschaften des konfessionellen und Rassenhasses ins Ungemessene zu steigern;

sowie in Anbetracht des durch diesen fanatischen Ausbruch der Unduldsamkeit neuerlich tief verletzten religiösen Gefühles der österreichischen Judenschaft, unterbreitet der ergebenst gefertigte „Politische Volksverein" ehrerbietige Petition: das Hohe Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrates geruhe, Seine Exzellenz den Herrn Justizminister aufzufordern, gegen die Veröffentlichung und Verbreitung dieses wider die jüdische Religionsgesellschaft gerichteten verleumderischen Pamphlets die Anwendung der bestehenden Gesetze anzuordnen.

Wien, 9. Juni 1895. *„Politischer Volksverein"*
Dr. Fialla. Dr. Skrein.

Meinerseits begleitete ich die Petition mit folgenden Worten:

„Die überreichte Petition eines 600 Mitglieder zählenden ‚Politischen Volksvereines‘ betrifft eine infame, in 100.000 Exemplaren verbreitete Hetzschrift, welche in der Sitzung des Hohen Hauses vom 7. d. M. einer Interpellation an die hohe Regierung beigelegt war, und deren Inhalt unerhörte Anklagen und Verleumdungen gegen die jüdische Religionslehre und das jüdische Religionsschrifttum bilden. Das Pamphlet ist ein kurzer Auszug aus einer Schrift, deren Verfasser im Jahre 1885 vom Wiener Landesgericht wegen Betrug, beziehungsweise Dokumentenfälschung zu einer mehrmonatlichen Haftstrafe verurteilt worden. Mag nun gerade diese Natur des Pasquills und seine Genesis in den Augen derer, welche das Zeugnisfälschen beruflich und parteimäßig betreiben, ein Vorzug sein, so dürften die traurigen Resultate solcher Schmähprodukte, die Ausschreitungen und Exzesse in einzelnen Wiener Bezirken und Vororten den Antrag an das Hohe Haus rechtfertigen, die vorliegende Petition dem stenographischen Protokolle vollinhaltlich beizudrucken.“

Dieser Antrag wurde angenommen.

Im offenen Parlament ergoß sich der Strom des Unflates auf Parteien, Klassen, Rassen. Und die liberalen Schafe duckten die Häupter, drängten sich, dicht aneinandergepaart, zur Türe hinaus, zum ruhigen Büfett, in den lauschigen Rauchsalon und ließen Ernst Schneider einen guten Mann sein. Mir allein wurde es überlassen, ihm entgegenzutreten und seine Unverfrorenheit zu züchtigen. Und als er einmal die Presseleute ordinär beschimpfte, erhielt er von mir zur Antwort:

„Ja, meine Herren, sehen Sie sich um unter den Koryphäen der antisemitischen Partei — wie viel sitzen nicht schon drin? (Lebhafte Heiterkeit.) Glauben Sie ernstlich, meine Herren, daß dies Ihr Privilegium ist?“

„Es mögen ja in der Presse schlechte Individuen sein, aber kann denn ein Stand dafür? Ist denn überhaupt ein Stand in der Lage, einzelne schlechte Individuen abzustoßen?“

„Der Abgeordnete Schneider wird ein Einsehen haben. Er ist Reichratsabgeordneter und weiß, daß auch der Reichsrat nicht in der Lage ist, unbequeme Individuen zu beseitigen.“ (Heiterkeit und Sehr gut!)

Eines Tages erhielt Ernst Schneider im Abgeordnetenhause einen voluminösen Brief. Da ihm derselbe verdächtig vorkam, öffnete er ihn in Gegenwart des Briefträgers und eines antisemitischen Abgeordneten. Der Brief enthielt einen recht netten Strick und daran einen Zettel befestigt, auf dem in lakonischer Kürze geschrieben stand: „Stampiglius, häng' dich auf!“ „Das kann doch nur ein Jude geschrieben haben!“ sagte er. Als darauf in der Weihnachtswoche 1887 Prinz Liechtenstein im Prater seine gewohnten Hetzversammlungen mit dem Refrain: Kauft nur bei Christen! veranstaltete, rief Ernst Schneider, man möge für jeden Juden einen Strick bereit halten, mit dem er sich aufhängen könne. Dann kam die Pointe: Der Einsender des Strickes und des Wunschzettels war ein veritabler Antisemit.

Nach meinem Ausscheiden aus dem Abgeordnetenhause betrieb er den Mißbrauch der parlamentarischen Tribüne ungestört und benützte die Immunität zur Propaganda des Ritualmordmärchens. Die Zeit der Polnaer Affäre war ein Höhepunkt seiner verhetzenden Tätigkeit.

Neben Hans Arnold Schwer war es Ernst Schneider, der die Verurteilung des unschuldigen Hilsner herbeigeführt — und Ernst Schneider rühmte sich öffentlich dieses seines Werkes.

An eine Episode aus dem Hilsner-Prozeß soll hier ausführlich erinnert werden. Am 11. Dezember 1899 fand eine Gerichtsverhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur des „Deutschen Volksblattes“ August Schreiber wegen Vergehens gegen Artikel 7 und 8 der Preßnovelle statt, und zwar auf Grund mehrerer Artikel, welche das genannte Blatt über die Polnaer Prozeßaffäre noch vor der Kuttenberger Schlußverhandlung gebracht hatte.

Staatsanwalt Dr. Bobies führte damals in seinem Plaidoyer aus, daß die inkriminierten Aufsätze tendenziös abgefaßt und

gegen die israelitische Religionsgenossenschaft gerichtet waren. Es sei bekannt, daß unbefugt eine private Kommission sich zusammensetzte, um in einer in der Strafprozeß-Ordnung nicht vorgesehenen Weise Tatsachen zu erheben und das gerichtliche Verfahren einer journalistischen Kontrolle zu unterziehen, daß man so weit ging, einen eigenen Emissär hiefür zu entsenden, und daß die Nachforschungen in parteipolitischer Weise gepflogen wurden. Diese Untersuchung war überflüssig und ungehörig. Es wurde der Umweg gewählt, die Zeugen, welche bei Gericht ausgesagt hatten, durch die private Kommission nochmals zu vernehmen und dadurch zu erfahren, was sie vor Gericht aussagten. Die Wiedergabe dieser Zeugenaussagen bilden den Tatbestand nach Artikel 7 der Preßnovelle.

Es wurde jedoch durch diese Veröffentlichungen auch das Vergehen gegen Artikel 3 der Preßnovelle begangen. Kürzlich hat in einer Versammlung ein Haupt der Antisemiten (Schneider) gesagt, er wünsche nur, „daß ihm Gottes Gnade Gesundheit verleihe, um es zu erleben, daß der Ritualmord durch ihn erwiesen werde, damit dann endlich die Ausscheidung der Juden aus der menschlichen Gesellschaft erfolge“. Es sind dies gewiß nicht die Prinzipien der politischen Partei in toto, aber jedenfalls sind es die Prinzipien einiger politischer Parteigänger. Auch der Zweck dieser Publikation war es, die Juden auszuscheiden aus der menschlichen Gesellschaft. Denn in der Tat, wer überzeugt wäre, daß ein Verbrechen, wie es scheußlicher nicht gedacht werden kann, von den Juden bei ihren religiösen Übungen begangen wird, der müßte selbst die Ausscheidung der Juden aus der menschlichen Gesellschaft wünschen. Solche Wünsche zu erregen, waren die inkriminierten Artikel bestimmt. Nicht um die Ermordung eines jungen Mädchens handelte es sich, das war Nebensache. Nicht darum handelte es sich, ob der Mörder erst nach vier Tagen dingfest gemacht wurde, das war Nebensache. Die Hauptsache war, daß ein Jude als Täter genannt wurde, und daß dies Gelegenheit gab, dem gesamten Judentum die Tat des einzelnen aufzubinden. Und wenn die abgelegten Aussagen, wenn die fetten Lettern nicht genügten, den beab-

sichtigten Zweck zu erreichen, dann wurde apprETIERT und ausgeschmückt."

Der Staatsanwalt hob sodann aus den inkriminierten Aufsätzen jenen Inhalt hervor, welcher Entstellungen enthalte, die geeignet waren, auf die öffentliche Meinung und damit auch auf den richterlichen Spruch einen vorgreifenden Einfluß zu nehmen. Aus der bürgermeisterlichen Sittennote über Hilsner wird erwähnt, dieser habe sich stets im Walde umhergetrieben und Mädchen zu vergewaltigen versucht. Das kommt aber darin nicht vor, das ist einfach erdichtet worden. Es wird ferner gesagt, das Gericht habe nach der Entdeckung des Mordes vier Tage ungenützt verstreichen lassen; das ist eine Entstellung der Ergebnisse des Prozesses. In den ersten vier Tagen wurden neunzehn Zeugen vernommen und Hilsner wurde sodann schon bei seinem ersten Verhöre verhaftet. Es wurde gesagt, es sei nachgewiesen worden, daß die ermordet aufgefundene Klima ebenso wie Agnes Hruza von drei Juden geschlachtet worden. „Wir haben nachgewiesen," wurde gesagt. „Ein solcher Beweis wurde aber nicht geführt."

Der Gerichtshof unter Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. von Holzinger sprach den Angeklagten der Vergehen nach Artikel 7 und 8 der Preßnovelle schuldig und verurteilte ihn zu einem Monate Arrest.

In der Sitzung des Reichsrates vom 12. Dezember 1899 ging darauf ein wohlvorbereiteter Spektakelsturm gegen den Staatsanwalt los. Die antisemitischen Bluthetzer brachten eine Interpellation wegen der Verurteilung des Herrn Schreiber ein und verabredeten mit dem Schriftführer, daß er das Schriftstück recht laut vorlese. Ich zitiere das stenographische Protokoll:

> Abgeordneter Leopold Steiner: „Wo sind denn die Minister?"
>
> Schriftführer Horica (liest): „Am 11. d. wurde der verantwortliche Redakteur des ‚Deutschen Volksblattes' August Schreiber (lebhafte Rufe: Hört! Hört! bei den Christlichsozialen) vor einem Erkenntnissenate des Wiener Landesgerichtes über eine vom zweiten k. k. Staatsanwalt Dr. von

Bobies ..." (Lebhafte Rufe: Hört! Hört! bei den Christlichsozialen.)

Abgeordneter Schneider: „Der Bobies, so ein Lump!"

Der Präsident erteilt dem Abgeordneten Schneider den Ordnungsruf.

Abgeordneter Schneider: „Er ist ein Lump! Ein Lump ist er!"

Der Präsident erteilt dem Abgeordneten Schneider nochmals den Ordnungsruf.

Abgeordneter Bielohlawek: „Ein elender Judenknecht ist er in optima forma!"

Abgeordneter Gregorig: „Ein Judenknecht!" (Anhaltender Lärm.)

Schriftführer Horica (liest): „..... erhobene Anklage wegen Veröffentlichung von Mitteilungen eines im Zuge befindlichen Strafprozesses, der in erster Instanz bereits entschieden erscheint, zu einem Monat Arrest verurteilt ..." (Hört! Hört! bei den Christlichsozialen.)

Abgeordneter Bielohlawek: „Die Alliance Israelite hat wieder kommandiert!"

Schriftführer Horica (liest): „..... über politische Parteien und deren Richtungen im Gerichtssaale zum Vortrag zu bringen ...."

Abgeordneter Bielohlawek: „Pfui! Das ist kein Richter! Hinaus mit dem Kerl!"

Abgeordneter Gregorig: „Wohin kommt das Ansehen des Gerichtes bei solchen Verhandlungen?"

Abgeordneter Wohlmeyer: „Das ist der Rechtsstaat Österreich!"

Schriftführer Horica (liest): „.... Die Verurteilung des angeklagten Redakteurs Schreiber bedingt, daß von nun ab jede Berichterstattung über Vorkommnisse strafgerichtlicher Natur ...."

Abgeordneter Bielohlawek: „Damit sie noch mehr umbringen können, die Saujuden, die miserablen!"

Abgeordneter Wohlmeyer: „Christen umbringen! Ja, wenn man die Wahrheit schreibt, wird man eingesperrt!"

Schriftführer Horica (liest): „....Die Interpellanten fragen daher den Justizminister: 1. Ist er bereit, den hier besprochenen Vorfall einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen und durch Verfügungen zu veranlassen, daß sich eine Wiederholung solcher und ähnlicher Willkürakte, die auf die Beurteilung unseres Rechtslebens schwer Einfluß nehmen, nicht wiederholen könne? 2. Ist er bereit, das geschilderte Vorgehen des Staatsanwaltes Dr. v. Bobies...?"

Abgeordneter Bielohlawek: „Hinaus mit ihm! Er darf nicht mehr Staatsanwalt bleiben!"

Schriftführer Horica (liest): 3. Ist er bereit, auch zum Schutze des Rechtes der freien Meinungsäußerung durch die Berichterstattung der öffentlichen Preßorgane im Verordnungswege die nötigen Verfügungen zu treffen?" (Lebhafte Zurufe bei den Christlichsozialen. — Unruhe.)

So wurde die Tribüne des Parlaments mißbraucht, um die richterlichen Personen, Staatsanwälte und Geschworenen einzuschüchtern und eine Verurteilung Leopold Hilsners zu erzwingen. Und niemand wagte, diesen Schreiern entgegenzutreten. Verhängnisvoller und entscheidender für den Prozeß Hilsner war die Affäre im niederösterreichischen Landtag, in welcher Ernst Schneider sich mit dem nachmaligen Präsidenten des Obersten Gerichtshofes Doktor Ignaz Edler von Ruber beschäftigte. Es war traurig genug für die Rechtspflege im alten Österreich, daß Schneider so etwas sagen durfte, wie er es getan hat, ohne daß eine große Untersuchung kam, welche die Schuldigen sich herausholte und der strafenden Gerechtigkeit übergab. In offener Landtagssitzung rühmte er sich, er hätte es dem damaligen Justizminister Ignaz Edler v. Ruber unmöglich gemacht, die Hilsner-Affäre ihren normalen Gang gehen zu lassen. Aus dem Wortlaut ging mit vollster Klarheit hervor, daß Schneider auf den Justizminister eine Pression ausgeübt hat, in deren Folge die Wiederverhaftung des bereits als unschuldig aus der Untersuchungshaft entlassenen Hilsner vorgenommen wurde und die zum Justizverbrechen von Kuttenberg und Pisek führte. Diesen

Druck konnte Schneider angeblich nur im Zusammenhang mit einer Strafrechtsaffäre ausüben, welche den Industriellen Ritter von Leon betraf und mit welcher sich der damalige Justizminister befaßte. Ernst Schneider hat sich in offener Landtagssitzung damit gebrüstet, daß es ihm gelang, Gesetz und Recht durch persönliche Einflußnahme auf den Justizminister zu beugen.

Und doch war seine so gut gespielte Tollwut nur Komödie. Auf dem Gewerbetage in Lemberg erschien Ernst Schneider ganz umgewandelt. Da sagte er zum Landtagsabgeordneten Dr. Goldmann: „Was ich in Wien bin, das gehört nicht hieher.“ Natürlich hatte das seinen eigenen Grund.

Es war unmittelbar nach seiner Ankunft in Lemberg, als ein hünenhaft gebauter Mann, der jüdische Schneider Rosengarten aus Stanislau, auf den Abgeordneten Schneider zutrat. „Ich bin der Schneider aus Stanislau,“ sagte er zu dem erschrockenen Wiener Hetzapostel, „Sie sind der Schneider aus Wien — es wird gut sein, wenn wir beide uns in Lemberg anständig betragen.“ Sprach's, griff mit seinen gewaltigen Fäusten an den Hut und trat wieder ruhig in die Reihen seiner Genossen zurück. Und der Schneider aus Wien hat während seines ganzen Lemberges Aufenthaltes den Schneider aus Stanislau nicht vergessen. Er benahm sich recht manierlich, fraternisierte mit den jüdischen Handwerkern, er trat jovial an die Tische hin, wo die glaubenstreuen Herren ihre rituell zubereitete Kost abgesondert genossen, er stellte sich ihnen ungeniert vor.

Und dieser Ernst Schneider, zweifellos eine der widerwärtigsten Erscheinungen im politischen Leben des alten Österreich, war entschieden der tätigste Mitschöpfer der antisemitischen Partei.

Angefangen hat er als kleiner Agitator, geendet als reicher Fabrikant und als wohlbestallter Schulreferent des niederösterreichischen Landesausschusses.

Seine Kinder dressierte er dazu, auf die Frage nach ihrem Namen der Antwort immer hinzuzufügen: „Ich hasse die Juden,“ was nicht hinderte, daß seine Tochter einen Juden, namens Kreitner, heiratete und gelegentlich der schweren Er-

krankung ihres Mannes, in Erfüllung eines Gelübdes, nach seiner Genesung zum Judentum übertrat.

Ernst Schneider aber hatte auch einen Sohn und über diesen enthielt die amtliche „Wiener Zeitung“ folgende

Warnung.

„Wir Unterzeichnete warnen jedermann, unserem Sohne Ernest irgendwie Geld oder Geldeswert zu borgen oder anzuvertrauen und erklären hiemit, daß wir keinerlei wie immer geartete Zahlungen für ihn leisten.

Wien, am 11. August 1900.

Ernest Schneider,
Reichsrats- und n.-ö. Landtagsabgeordneter

Berta Schneider.“

Dieser Sohn des Ernst Schneider schien wohl Böses von sich erwarten zu lassen. Sonst hätte doch die Warnung, ihm etwas anzuvertrauen, keinen Sinn. Vater Schneider war Rassenantisemit von der fanatischesten Sorte, Frau Berta Schneider Obermacherin im christlichen Frauenbund, und sie haben beide ihren Sohn doch die tadelloseste christlich-arische Erziehung genießen lassen.

Es ereilte sie beide die Nemesis.

Aus meiner dritten Parlamentssession.

In den Sitzungen des österreichischen Abgeordnetenhauses in der zweiten Hälfte des Monates Oktober 1891 stand ein Gesetz über Errichtung von Ärztekammern zur Verhandlung, was für die antisemitischen Abgeordneten eine willkommene Gelegenheit bildete, über die jüdischen Ärzte zu schimpfen. Mehrere ihrer Redner folgten einander, und jeder derselben wiederholte das Thema der Judenärzte, welche in christliche Häuser sich einschleichen, um die Christenmenschen zu verderben *.

Der jüdische Arzt, der sich, seine Person, sein Wissen, im Falle des Ausbruches der Cholera den Mitbürgern selbstlos und aufopfernd zur Verfügung stellt, ist ein Heros und hat auf Bewunderung gerechten Anspruch. Ihm gebührt ein Ruhmeskranz und mit scheuer Verehrung sollten alle zu ihm aufblicken. Ihn aber für seine Seelengröße mit Kot zu bewerfen, die Reinheit seiner Gesinnungen auf das Niveau der eigenen Niedertracht herabzuzerren, mit dem Abhube aller bodenlosen Gemeinheit zu bewerfen, wie das leider in jenen Sitzungen geschehen war, das durfte nicht ohne gehörige Sühne bleiben.

Der Abgeordnete Ernst Schneider zitierte auch Stellen aus den berüchtigten Gutachten des Herrn Dr. Ecker und die vorgebrachten Zitate erregten peinliches Aufsehen. Unmittelbar

---

* In den antisemitischen Versammlungen wurde über die Ärzte auf das gemeinste geschimpft. In den Sitzungen des Niederösterreichischen Landtages sagte Dr. Lueger einmal: „Es gibt sehr viele alte Weiber, die gescheiter sind als die Doktoren," und Abgeordneter Schneider beschuldigte die jüdischen Ärzte, daß sie ihre christlichen Patienten in die Spitäler schicken, wo sie sterben und dann von Juden seziert werden.

darauf gelangte ich zum Wort und ich erzählte dem Hause die Entstehungsgeschichte des „Gutachtens", und die Biographie Aron Brimans, die ich dem Hause vorführte, erregte schallende Heiterkeit.

Ich zitiere nach dem stenographischen Protokoll: „Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen ein Aktenstück aus dem Gerichtssaale zitiere. In dem Wiener Landesgerichte — wenn der Herr Vorredner sich nicht scheut, einmal dorthin zu gehen und nachzulesen. (Schallende Heiterkeit.) Abgeordneter Swoboda: Ah, der geht nicht hin! (Erneuerte Heiterkeit.) In dem Wiener Landesgerichte findet sich ein Aktenstück, unterzeichnet von einem katholischen Professor der Theologie an der Universität in Innsbruck, in welchem rundweg erklärt wird, daß dieses angebliche Gutachten des Herrn Dr. Ecker von einem getauften Juden, und zwar von dem Prozeßführer, in dessen Interesse das Gutachten abgegeben worden ist, verfaßt wurde; daß dieses Gutachten dann Dr. Ecker beeidet hat, und in seinem Namen herausgegeben, damit er daraufhin eine Professur erlange. Das finden Sie in den Akten des Wiener Landesgerichtes, mitgeteilt von einem frommen katholischen Geistlichen und Professor der Theologie an der Universität Innsbruck und ein solches erlogenes Gutachten wird hier als autoritär ausgespielt. (Abgeordneter Dr. Lueger: Von einem getauften Juden ist es!) Ja, aber was für ein getaufter Jude? (Abgeordneter Dr. Lueger: ein schlecht getaufter! Lebhafte Heiterkeit.) Nein, ein nur zu gründlich getaufter Jude, der nacheinander Jude, Protestant, Katholik und, wie Fama meldet, vielleicht Mohammedaner wurde. (Schallende Heiterkeit. Abgeordneter Dr. Lueger: Der hat halt Praxis.) Und meine Herren, darum ist er aber auch ein Lieblingsjude der Herren Antisemiten. O, die Herren hassen jeden anständigen Juden, aber mit jüdischen Lumpen verkehren sie gerne. (Lebhafte Heiterkeit, Rufe: Sehr gut!) Das sind Ihre Leute. Der Jude an der Universität wird geschmäht, aber wer nur irgendwelche Lumpereien vollführt, der verdingt sich den Herren als Kronzeuge und Gewährsmann, der ist willkommen, mit dem kann man Geschäfte machen. (Sehr gut! rechts.)

Sodann wandte ich mich der Ärztefrage zu und zeichnete Bilder der jüdischen Ärzte im Mittelalter, zitierte aus dem Buche von John William Draper „Geschichte der geistigen Entwicklung Europas“ das Kapitel „Einfluß medizinischer Ideen durch die Juden“, erwähnte die Leibärzte bei den Fürsten Europas und bei den Päpsten und erinnerte an das Wort König Friedrichs II. von Sizilien: „Wir sehen, daß für gewöhnlich kein anderer Arzt in Klöster eingeht als ein jüdischer“ und endlich das Zeugnis des Papstes Bonifaz IX., „daß die jüdischen Ärzte in Ausübung ihrer Kunst zuvorkommend, wohlwollend und dienstfertig sich erweisen, Armen und Dürftigen zu Hilfe eilen, nicht auf Bezahlung dringen und in ihrer Kunst außerordentlich erfahren sind.“

Das war nun dem Herrn Dr. Lueger zuviel und er unterbrach mich, ich möchte auf die Ärzte der neuen Zeit kommen. Ich diente ihm sofort mit Dokumenten in Bezug auf die jüdischen Ärzte der Neuzeit, um dann hinzuzufügen: „Reden wir einmal offen und ehrlich! Meine Herren! Wie ist es eigentlich? Die Herren Antisemiten schimpfen hier bei uns über die jüdischen Ärzte und nicht hier allein, sie gehen auch in Volksversammlungen, reizen das Volk gegen die jüdischen Ärzte auf, aber wenn sie selbst krank werden, dann rufen sie nicht den antisemitischen Bader, sondern den tüchtigen jüdischen Arzt. Ich glaube sogar, daß dort auf der äußersten Linken, in der nächsten Nähe des Herrn Dr. Lueger Leute sitzen, die sich von jüdischen Ärzten behandeln lassen.“ Ich war in der Lage, diese Behauptung durch Stellen aus dem stenographischen Protokoll des Abgeordnetenhauses zu erhärten, den Nachweis zu führen, daß antisemitische Abgeordnete, die über jüdische Ärzte Gift und Galle spien, im Erkrankungsfalle den jüdischen Arzt holen lassen. Dasselbe taten sie, als ein Familienmitglied erkrankte, und ich sagte zum Abschluß dieses Kapitels: „So sind Sie also. Sie trinken heimlich Wein und predigen öffentlich Wasser. Dem Volke empfehlen Sie allerdings den antisemitischen Bader, selber gehen Sie aber zum jüdischen Arzte.“

Der Abgeordnete Schneider hatte gruselige Geschichten er-

zählt von der Bevorzugung der Juden in den Wiener Krankenhäusern als Folge des Einflusses der bestellten jüdischen Ärzte. So werden christliche Leichen seziert und zu Studienzwecken behalten, jüdische Leichen hingegen werden ausnahmslos der Beerdigung zugeführt. Diese Mitteilung mit sensationeller Aufmachung blieb nicht ohne Eindruck. Meine Aufklärung, während welcher ich mancherlei Unterbrechungen erfuhr, gebe ich nach dem Protokoll:

> „Der Herr Vorredner hat uns noch andere schauerliche Dinge erzählt: Es werden, so berichtet er, im allgemeinen Krankenhause bloß christliche Leichen seziert und jüdische Leichen nicht. Ja, meine Herren, woher kommt das? Ich werde es Ihnen sagen. (Abgeordneter Doktor Lueger: Ich bin sehr neugierig.) Aber Sie selber sind nicht ganz unschuldig daran. (Lebhafte Heiterkeit.)“
>
> Tatsächlich wird jede Leiche behufs Konstatierung der Todesursache und des schlimmen Verlaufes der Krankheit seziert, die jüdischen Leichen aber werden der Beerdigung zugeführt und die christlichen Leichen werden zu Studienzwecken behalten. Darin hat der Vorredner recht, er hat zum erstenmal eine wahre Tatsache vorgebracht. (Lebhafte Heiterkeit.)
>
> „Herr Dr. Lueger geht in die Wählerversammlung und empfiehlt den Christen, ‚sie sollen es machen wie die Juden, denen sei es ganz egal, ob einer an Gott glaubt oder nicht‘, — das sollen also die Christen nachmachen.“
>
> „Warum soll man denn überhaupt Leichen beerdigen, denkt sich das Volk und überläßt die Leichen der Angehörigen dem Krankenhause.“
>
> „Wir Juden glauben aber an Gott und wir glauben an eine unsterbliche Seele. Deswegen bemühen sich die Angehörigen eines Verstorbenen, die Leiche der Beerdigung zuzuführen. Denn jede Leiche, die von irgend einer Seite abverlangt wird, muß die Spitalverwaltung hergeben.“

„Wer hat über die Leichen zu verfügen? Professor Kundrat.“

„Von ihm ist es bekannt, daß er wenigstens den lebenden Semiten keine besonderen Sympathien entgegenbringt (Heiterkeit) und es ist nicht anzunehmen, daß der Mann gerade für die semitischen Leichen eine besondere Zärtlichkeit empfinden sollte. (Lebhafte Heiterkeit.) Er gibt jede Leiche heraus, die man ihm abverlangt.“

„Sie haben aber das christliche Volk durch Ihre agitatorische Tätigkeit so weit gebracht (Widerspruch auf der äußersten Linken), ja wohl, Herr Dr. Lueger, durch Ihre Agitation dahin gebracht, daß es alle Pietät auch für die nächsten Angehörigen verloren hat.“

„Bei uns Juden existiert in jeder, auch in der kleinsten jüdischen Gemeinde eine Beerdigungs-Brüderschaft. Sie hat die obligatorische Pflicht, jede Leiche, auch des ärmsten Juden, der Beerdigung in einem besonderen Grabe zuzuführen.“

„Wir haben in Wien auch einen solchen Verein, und dieser erachtet es als seine heilige Aufgabe, jede jüdische Leiche aus dem Krankenhause zu beerdigen.“

„Sie sehen den Gemeinderat Gustav Simon bei jeder Beerdigung, auch bei der Leiche des Ärmsten der Armen, er ermüdet nie in Erfüllung seiner Pflicht.“ Diese Vereine sind bei uns älter als die Kultusgemeinden, so alt wie die jüdische Diaspora.

„Ja, Sie nennen sich eine „christlichsoziale“ Partei; machen Sie es hier den Juden nach (Abg. Dr. Lueger: Wir haben kein Geld dazu), Sie haben ja reiche Leute genug in Ihrer Mitte, z. B. Se. Durchlaucht Fürsten Liechtenstein; gründen Sie einen solchen Verein, üben Sie christliche Nächstenliebe! Anstatt das Geld zu antisemitischen Agitationszwecken auszugeben, „machen Sie es wie die Juden“, tun Sie ein christliches Werk der Barmherzigkeit, gründen Sie einen solchen Verein. Sie haben zwar ähnliche Ver-

eine, die aber immer nur für ihre Vereinsmitglieder sorgen; wollen Sie einmal in Wahrheit fürs Volk etwas tun — hic Rhodus, hic salta! das Herr Doktor Lueger machen Sie „den Juden nach", solche „heilige Vereine", wie sie bei uns genannt sind. Greifen Sie nicht die Juden an, weil die für ihre Angehörigen Pietät pflegen, tun Sie dasselbe für die Christen. Das wäre löblich. Natürlich, meine Herren, Fürst Liechtenstein, die Schrolls und die übrigen arischen Millionäre sollen das Geld hergeben! die haben wichtigere Zwecke für ihr Geld! (Abg. Hauck: Warum tun die Liberalen nichts?) Haben Sie schon einmal bei den Liberalen reklamiert und sie haben Ihnen zu diesem Zwecke kein Geld gegeben? (Lebhafte Heiterkeit); Versuchen Sie es doch einmal. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen auf den Galerien.)

„Vizepräsident Dr. Kathrein: Ich ersuche die Galerien, sich ruhig zu verhalten; ich kann nicht gestatten, daß dieselben die Verhandlung stören."

Sodann zeichnete ich die Symptome der Volksverrohung und -verwilderung durch die antisemitische Agitation und führte bekannte Szenen an, die sich in Wien abgespielt hatten, wobei Christen, die zufällig ein jüdisches Aussehen hatten, schwere Mißhandlungen erleiden mußten, so daß selbst der gläubige Christ mit einer krummen Nase sich nicht mehr auf die Straße hinaus trauen darf. Endlich erzählte ich, mit Dokumenten belegt, zwei Ereignisse, die sich kurz nacheinander in verschiedenen Gegenden zugetragen hatten: „Ein jüdischer Kommis in Mährisch-Friedland rettete am 31. Dezember jenes Jahres einen christlichen Knaben von neun Jahren. In Nauheim ertrank Moritz Löb aus Friedeberg, als er einen evangelischen Theologen zu retten versuchte. Der evangelische Geistliche nämlich hatte dort seine Braut besucht, beide machten eine Kahnfahrt und verunglückten. Moritz Löb sprang nach, versuchte beide zu retten und ging mit unter. Er war der einzige Sohn einer

armen jüdischen Familie. Aber der protestantische Pastor Becker erzählt dazu eine weitere Geschichte: Versetzen wir uns an einen österreichischen Fluß. Dort steht eine große Menge am Ufer versammelt und sieht zu, wie ein Mensch mit den Wellen ringt. Die Versammelten sagen: „Laßt's ihn ersaufen: er ist bloß ein Jud!" Man spottet und lacht. Man ruft: „Laßt ihn ersaufen; es ist ja ein Jude!" Da ringt sich ein Mann aus der Versammlung los, springt hinein und versucht, diesen angeblichen Juden zu retten. Siehe da, es war ein Christ. Und der das berichtet, ist kein Jude, sondern ein evangelischer Pastor."

Eine weitere Illustration bot der Erlaß des Württembergschen Oberkirchenrates in Stuttgart. Im Wahlbezirke des Wucherers und antisemitischen Abgeordneten Pickenbach hat ein christlicher Bäcker, dem die Juden für ihren Sabbat die Barches anvertraut haben, in sämtliche Brote Schwefel von abgeschabten Zündhölzchen gelegt. Bedenken Sie, es waren seine Kunden und er suchte sie zu vergiften. Deshalb ist der Oberkirchenrat eingeschritten, nicht zum Schutze der Juden, sondern um dem Schaden vorzubeugen, der durch diese antisemitische Agitation dem christlichen Volke zugefügt wird."

„Es ist wahr, schlimme Subjekte gibt es überall, auch unter jüdischen Ärzten, wenn ich aber die Liste hervorragender Antisemiten vorführen soll, die wegen Wuchers oder anderer entehrender Delikte bestraft wurden, müßte ich ganze Stunden vorlesen." Als Beispiele nannte ich einige markante Führer und erinnerte Herrn Dr. Lueger an das Urteil des Obersten Gerichtshofes über seine eigene Advokatenpraxis als „Schützer des kleinen Mannes"; zeichnete sodann das Profil des Herrn Ernst Schneider und seine diversen Heldenstücklein und fügte hinzu: „Ich bin ihm wegen seiner Heldentaten gar nicht böse, wenn schon hier im Parlamente Antisemiten sein müssen, sollen sie nur so sein, wie Ernst Schneider, ja nicht anders. Aber üben Sie auch Ihrerseits ein wenig Toleranz, wenn Sie dann irgendwo einen jüdischen Lumpen einmal erwischen, so läuten Sie nicht an allen Glocken der Residenz, als ob er einen Eingriff in Ihre verbrieften Privilegien gemacht hätte. Nur

nicht zu anspruchsvoll! Die Spitzbuben können nicht ausnahmslos Antisemiten sein!“

Zum Schlusse öffnete ich meine Aktentasche und entnahm derselben eine Anzahl Originalbriefe des Herrn Ernst Schneider an bekannte Anarchisten; sie brachten die sensationelle Enthüllung über Schneiders Tätigkeit als Agent provocateur.

Ich zitiere das stenographische Protokoll:

„In der Tat, meine Herren, Sie segeln unter falscher Flagge. Ihnen ist es um die Leichen und um die Christlichkeit gar nicht zu tun, und ich werde mir erlauben, dies authentisch zu beweisen. Sie nennen sich eine „christlichsoziale“ Partei und sind antichristlich und antisozial.

Meine Herren! Hier in diesem hohen Hause hat man bereits Briefe von Ministern und Privatpersonen ungescheut vorgelesen. Das ist für mich ein hinreichendes Präzedens und ich werde Ihnen aus vertraulichen Briefen dieser Herren zeigen, daß sie ein anderes Programm für die Welt nach außen und ein anderes Programm für die inneren Kreise haben.

In den intimen Kreisen der Antisemitenführer unterhandelt man nicht über die christlichen Leichen, die man nicht der Beerdigung zuführt. Da zeigt man das wahre Gesicht. Mir liegt ein Brief vor, in welchem ein Führer der Antisemiten einem Kollegen vertraulich einiges aus einer Versammlung erzählt. (Abg. Hauck: Was ist das für ein Führer? Das muß man doch wissen!) Ich werde es Ihnen schon sagen; mehr, als Ihnen lieb sein wird. (Heiterkeit.) In diesem Briefe heißt es (liest):

> „Ich habe ein Hoch auf die radikale Arbeiterpartei ausgebracht, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten.“

Wenn Sie übrigens selber lesen wollen, ich kann Ihnen den Brief übergeben, er ist unterzeichnet: „Ernst Schneider“, geschrieben auf Ernst Schneiders Papier. Ich bin bereit, ihn dem hohen Hause vorzulegen, um seine Echtheit prüfen zu lassen. Im intimen Kreise hat man also nicht mehr von Christentum und Sozialismus, sondern von der radikalen Arbeiterpartei gesprochen.

In einem zweiten Briefe, meine Herren, fordert er den Adressaten auf (liest):

> „Bitte, bringen Sie nur recht viele rote Freunde mit, die Wahrheitler sind für die Katz'!"

Die „Wahrheitler" sind nämlich die gemäßigten Sozialisten. Aber die roten Freunde, das sind die Leute nach seinem Herzen, das sind die Männer seiner Farbe. (Abg. Hauck: Woher sind die Briefe in Ihre Hand gekommen? — Abg. Dr. Lueger: Die sind gestohlen worden!) Ich versichere Sie, auf die redlichste Weise! (Heiterkeit. — Abg. Dr. Forregger: Ohne Fälschung! — Abg. Hauck: Talmudreden!)

Meine Herren! Hier habe ich einen dritten Brief. Dieser berichtet zunächst (liest):

> „Wegen der Protokolle schreibe ich heute noch an Schönerer."

Das Datum dieses Briefes trifft merkwürdig zusammen mit einer Nummer des Organs des Herrn Georg Schönerer „Unverfälschte deutsche Worte". Da hieß es in Nummer 21 vom 1. November 1885 (liest):

> „So wird die Armee des Unfehlbaren geschult im Kampfe gegen das Licht. Ihre sogenannte Wissenschaft ist nichts als Paganismus; denn nur die unwissende Menge läßt sich noch gängeln durch abergläubische Märchen; der Gebildete dagegen wird solches Zeug nicht einmal in der Ammenstube dulden wollen."

Das schreibt Herr Schönerer und zu derselben Zeit steht er in Verbindung mit jenen Leuten, die nach außen „christlichsozial" sich nennen.

Der Brief berichtet aber weiterhin von den Agitationen eines sicheren Motz:

> „Motz ist für mich nach Böhmen, Mähren und vielleicht auch nach Schlesien gereist."

Da heißt es ferner (liest):

> „Motz kommt vielleicht in acht Tagen erst zurück; dann, wenn es mir die Mittel erlauben, schicke ich ihn nach Steiermark."

Wer aber ist Motz? Eben ein Agitator der gepriesenen radikalen Arbeiterpartei. Er wurde während des Ausnahms-

zustandes als Anarchist von der Polizei ausgewiesen. Die christliche Bevölkerung scheint für die wirklichen Parteiziele noch nicht reif. Ja, sie ist nicht reif. Die Bevölkerung ist zum Plündern oder Morden nicht so leicht zu haben, sie muß erst geschult, erzogen werden, an den Juden soll sie es lernen. In dem Briefe heißt es wörtlich:

> „Ich sage Ihnen, es ist unmöglich etwas zu machen, wenn die Juden nicht mittun. Dazu gehört eine enorme Aktion der Beteiligten. Zum Sozialismus sind unsere Leute und speziell Ihre Leser heute noch nicht reif; Verfälschungen suche ich."

Sehen Sie, das ist das Programm, „Verfälschungen suche ich!" (Heiterkeit. — Abgeordneter Dr. Popper: Er hat sie gefunden!)

In einem zweiten Briefe wird dasselbe mit anderen Worten gesagt:

> „Eine Aktion ist nur möglich, wenn man eine große Agitation gegen Rothschild und seine Helfershelfer einleitet. Den Pack schlägt man und den Esel meint man."

Wer war der Pack? Das waren die Juden. Und wer der Esel? (Lebhafte Heiterkeit. — Redner verbeugt sich vor Lueger), hier haben Sie es schriftlich. (Lebhafte Heiterkeit.)

Ich resumiere. Sie nennen sich christlichsozial und sind antichristlich, antisozial. (Rufe: Woher haben Sie die Briefe?) Diese Briefe sind auf rechtmäßige Weise in meinen Besitz gelangt, man hat sie mir ins Haus gebracht. (Wer?) Ein Parteigenosse dieser Herren. (Abgeordneter Dr. Lueger: O nein, wir wissen schon, wie Sie sie bekommen haben!) Und warum haben Sie gefragt? (Lebhafte Heiterkeit.)

Die Wirkung, welche diese Enthüllungen im Abgeordnetenhause und in der Öffentlichkeit auslösten, spiegelte sich in den Artikeln der Tagesblätter ab, die ich zum Teil nachstehend folgen lasse.

Die »Neue Freie Presse« schrieb:

„Über die Ärztekammern ward verhandelt, aber Herr Schneider sprach wieder über die Juden. Er hatte es ja

kürzlich in einer Wählerversammlung angekündigt, daß er die jüdischen Ärzte verunglimpfen werde, und solche Versprechungen pflegt Herr Schneider einzulösen. Allein sein heutiges Auftreten bekam Herrn Schneider und der antisemitischen Sippschaft recht schlecht; sie fanden in dem Abgeordneten Dr. Bloch einen Gegner, der ihnen gewachsen war und vernichtende Hiebe auf diese Gesellschaft niedersausen ließ, die nur dort Triumphe zu ernten vermag, wo sie ihre Monologie unbeirrt von jeder Widerrede vortragen kann. Wo aber diesen Herren ein schlagfertiger Redner entgegentritt und ihnen tüchtig auf die Finger klopft, sind sie mit ihrer erborgten Weisheit bald fertig. Herr Schneider hatte sich auf ein angebliches Gutachten eines Dr. Ecker in Münster berufen. Herr Dr. Bloch lud Herrn Schneider — vorausgesetzt, daß dieser vor einem solchen Weg keine Scheu empfände — zu einem Wege ins Landesgericht ein, um sich aus den dort erliegenden Akten zu überzeugen, daß hinter Ecker niemand anderer stecke, als der berüchtigte Fälscher Brimanus, der die Antisemiten genasführt und betrogen hat. ‚Sie hassen die Juden,' rief Dr. Bloch Herrn Schneider zu, ‚aber mit jüdischen Lumpen verkehren Sie gerne.' Die Zwischenrufe, mit welchen die Herren Lueger, Schlesinger und Hauck den Redner zu verwirren suchten, ließen ihn kalt, er legte den verrohenden Einfluß dar, welchen die antisemitische Agitation auf die Jugend und auf die Bevölkerung ausübe. Er hielt den Antisemiten die Messerattentate vor, welche antisemitische Schüler, die Produkte ‚christlichsozialer' Erziehung, auf ihre jüdischen Mitschüler verübt haben; er hielt ihnen ein antisemitisches Frage- und Antwortspiel für Kinder vor; er erinnerte daran, daß im Wahlbezirk des nichts weniger als rühmlich bekannten Reichstagsabgeordneten Pickenbach ein antisemitischer Bäcker eine Massenvergiftung der Juden versucht habe, und er zeigte, daß die Früchte der antisemitischen Hetze nicht bloß die Juden, sondern die gesamte Bevölkerung schädigen. Die Rede Blochs machte sichtlich einen großen Eindruck auf das Haus, und ihrer Wirkung ver-

mochten sich insbesondere die katholischen Priester nicht zu entziehen, welche dem Hause angehören. Mit Aufmerksamkeit folgten sie den Ausführungen des Redners über den verrohenden Einfluß des Antisemitismus auf die Bevölkerung überhaupt und die Jugend insbesondere, und vielleicht hat mancher von ihnen sich auch Rechenschaft darüber abgelegt, daß die Unbotmäßigkeit, welche die sich ‚christlichsozial' nennenden Antisemiten neuestens gegen die Kirche und die Bischöfe bekunden, nichts anderes ist, als das naturgemäße Ergebnis der Unvereinbarlichkeit der Lehren der Kirche mit jenen des Antisemitismus. Herr Schneider hatte es den Juden zum Vorwurfe gemacht, daß sie die Leichen der in öffentlichen Krankenhäusern Verstorbenen dadurch der Sektion entziehen, daß sie dieselben für die Bestattung reklamieren. Dr. Bloch zeigte, daß dies nur das pietätvolle Werk einer zweckmäßigsten Vereinsorganisation ist, und er forderte die Christlichsozialen auf, ein gleiches zu tun. ‚Gründen Sie solche Vereine,' rief er den Antisemiten zu. ‚Sie haben reiche Leute in Ihrer Mitte, Seine Durchlaucht Prinz Liechtenstein!' Der Abgeordnete Dr. Bloch hätte sich diesen Appell sparen können. Geld für Tote? Tote haben ja kein Wahlrecht! — Sehr lehrreich waren die Auszüge, die Dr. Bloch aus der intimen Korrespondenz des Herrn Schneider zur Verlesung brachte. ‚Zum Sozialismus,' schrieb Herr Schneider vor sechs Jahren, ‚sind unsere Leute heute noch gar nicht reif. Verfälschungen suche ich.' Das ist in der Tat der Leitstern Schneiders und jener Elemente geblieben, von denen Herr Bloch treffend sagte, daß sie in der Mitte einer anständigen Gesellschaft niemals hätten geduldet werden sollten."

Das »Neue Wiener Tagblatt« schrieb:

„Der Mann ist aber diesmal nicht auf seine Rechnung gekommen. Er provozierte eine Erwiderung seitens des Abgeordneten Dr. Bloch, die wohl zu dem Interessantesten ge-

hört, was je über das Treiben Schneiders und seiner Genossen in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Dr. Bloch produzierte verschiedene Stellen aus Briefen Schneiders, die dartun, daß dieses in der Maske des christlichsozialen Reformers auftretende Individuum seinerzeit in innigster Verbindung mit den Extremsten unter den Roten stand. Damit wird das Charakterbild Schneiders erst vervollständigt; das Konterfei dieses antisemitischen Häuptlings bedarf nunmehr keiner Ergänzung."

„Die Rede des Abgeordneten Dr. Bloch zeichnete sich übrigens durch seltene Schlagfertigkeit und eine geistsprühende Beleuchtung des antisemitischen Hexensabbats aus. Vergeblich suchten die großen und kleinen antisemitischen Geister des Hauses die Wirkung dieser Rede, die wie eine Geißel auf sie niedersauste, durch fortgesetzte Unterbrechungen abzuschwächen. Dr. Bloch wußte die Zwischenrufer gehörig abzutrumpfen und er ließ sich auch nicht einen Augenblick irre machen. Dr. Lueger raffte sich zu einer kurzen Polemik auf, allein er brachte es nicht über leere Redensarten und die Wiederholung der bekannten Schlagworte. Das war gestern kein glücklicher Tag für das Trifolium Schneider-Lueger-Liechtenstein! Die Herren waren eben nicht unter sich, und sobald ihnen die Claque der ‚wandernden Skandalmacher' nicht zur Seite steht, schwankt ihnen der Boden unter den Füßen."

Das »**Wiener Tagblatt**« schrieb:

„Die beiden antisemitischen Volksverteter wurden vom Abgeordneten Dr. Bloch in sehr wirkungsvoller Weise abgeführt. Bloch geniert sich ebensowenig wie Herr Schneider und wie Herr Lueger, und er hat den Mut, diesen Herren ebenso rücksichtslos entgegenzutreten als sie selber sind. Die Verlesung der aufreizenden Briefe Schneiders durch Bloch machte im Hause Sensation, denn durch diese Briefe wurde der Beweis geliefert, daß Schneider anarchistische Anschläge geplant hat. Freilich war den Antisemiten diese

Vorlesung höchst unbequem und sie unterbrachen den Abgeordneten Bloch wiederholt durch stürmische Zwischenrufe. Die Herren, in deren Umgebung Stimmzettel gefälscht werden, entdeckten plötzlich den Ehrenstandpunkt und erklärten es für unschicklich, Privatbriefe in das Parlament zu bringen. Wie dünn doch die Haut dieser Herren ist!“

Die »**Presse**« schrieb:

„Dr. Bloch ist das einzige von den jüdischen Mitgliedern des Hauses, welches von Zeit zu Zeit den antisemitischen Hetzereien wirkungsvoll entgegenzutreten versteht. Seine Stärke besteht darin, daß er, ohne viel von Humanität und neunzehntem Jahrhundert zu faseln, die Gesinnungslumperei, welche unter den Genossen der Schneider und Lueger vorwaltet, rückhaltlos und durch Anführung konkreter Tatsachen aufdeckt. So wenig auch diese Kampfmethode den Anforderungen einer noblen und wirklich parlamentarischen Debatteführung entsprechen mag, so muß doch gesagt werden, daß dies die einzig wirksame Methode ist, mit welcher man der Partei des Herren Schneider und des Prinzen Liechtenstein erfolgreich entgegentritt.“

Die »**Deutsche Zeitung**« schrieb:

„Sie sollte ihm nicht eben gut bekommen, denn nach den Antisemiten kam der Jude, nämlich Abgeordneter Dr. Bloch, und nachdem er die Anklagen Schneiders gegen die jüdischen Ärzte zerzaust, zog er eine Anzahl von Briefen von Schneiders eigener Hand hervor, deren Verlesung diesem wohl keine besondere Freude gemacht haben wird. Diese Briefe decken nämlich die Verbindungen auf, die der ehrenwerte Kämpfer für ‚Thron und Altar‘ mit der anarchistischen Partei unterhalten hat, und sie beweisen weiter, daß bei dem Ehrenmanne Schneider Lüge und Fälschung nicht bloß auf plötzlicher Eingebung beruhen, sondern ein Prinzip bilden. ‚Verfälschungen suche ich,‘ schreibt Schneider in einem dieser Briefe. Vor sieben Jahren hat dieser Mensch

Verfälschungen gesucht — heute ist er schon weiter, heute macht er sie, wenn er sie nicht findet! Aber das tut nichts, Dr. Lueger wird ihn trotz dieses unfreiwilligen Bekenntnisses einer schönen Seele dennoch unentwegt verteidigen, die verbohrte Menge dennoch ihren ‚großen Schneider' preisen und Prinz Liechtenstein seine Kavaliershand in die Schneiders legen. Sie haben alle eine harte Haut, wenn es ihnen genehm ist: andererseits sind sie wieder sehr feinfühlig."

Das klerikale »Vaterland« bekannte:

„Es muß aber auch hervorgehoben werden, daß Dr. Bloch viel Wahres gesagt hat, was die Christen sehr wohl beherzigen sollten!"

Aus Anlaß dieser Rede berichtete ein christlicher Arzt aus Proßnitz in der „Österreichischen Wochenschrift" ein Ereignis aus seiner Familie:

„Ich bin der jüngste Sohn des Maurermeisters K. in P. Dieser hatte einen Bruder, namens Thomas K., welchen er bei seinen Bauunternehmungen vielfach verwendete.

Als im Jahre 1854 der Kirchturm zu Proßnitz ausgebessert wurde, ließ sich Thomas K. mittels eines Aufzuges, in welchem er auch einen Kübel mit Mörtel hatte, in die Höhe bringen, um daselbst eine Ausbesserungsarbeit vorzunehmen.

Kaum war der Aufzug 10 bis 15 Meter vom Boden entfernt, da bemerkte er den jüdischen Rabbi Hirsch Klein, welcher, um in die Synagoge zu kommen, dort vorüberging. Thomas K. ergriff, als er den Rabbi von der Höhe bemerkte, die Maurerkelle und schüttete zwei bis drei Ladungen Mörtel auf den Rabbi, indem er überdies demselben Beschimpfungen nachrief.

Der Rabbi ging mit beschmutzten Kleidern ruhig seines Weges in die Synagoge, von dort nach verrichtetem Frühgebet zurück in seine einsame Zelle, die er seit Jahren An-

fang der Judengasse bewohnte, wechselte seine Kleidung und vertiefte sich gar bald in das gewohnte Studium des Talmud.

Am dritten Tage nach dem Geschehnisse hörte der Rabbi an der Tür seiner Zelle ein leises Pochen; als er öffnete, übergab ihm eine unbekannte Frau mit abgehärmtem Gesicht das Schreiben des katholischen Kooperators S., in welchem der Rabbi eindringlichst ersucht wurde, er solle dem Wunsche eines Sterbenden, der ihn sehnlichst zu sprechen wünsche, nachkommen.

Der Rabbi begab sich sofort in Begleitung der Frau in ein entlegenes Haus der Vorstadt. Als er in das Zimmer trat, wo der Schwerkranke darniederlag, erhob sich dieser und bat den Rabbi, näher zu kommen.

Er erfaßte die Hand des Rabbi, küßte sie und gab sich als einen Maurer zu erkennen, welcher ihn, den Rabbi, vor drei Tagen beschimpft hatte.

Er setzte hinzu, daß noch an demselben Tage der Strick des Aufzuges gerissen, daß er in die Tiefe gestürzt und sich schwer verletzt habe; er bitte, der Rabbi wolle ihm seine Freveltat verzeihen, damit er ruhig sterben könne.

Der Rabbi war gerührt und legte beide Hände auf den Kopf des Kranken, indem er mit lauter Stimme den Segensspruch ‚Gott segne Dich und behüte Dich, Gott lasse sein Antlitz Dir leuchten und sei Dir gnädig', im Beisein der Verwandten zitierte.

Kaum hatte der Rabbi seinen Segensspruch geendet, da bekam das Antlitz des Sterbenden einen friedlichen Ausdruck, er legte den Kopf zurück und verschied."

K. fügte der Erzählung hinzu, daß diese Passierung, die ihm sein Vater oftmals berichtet, ihn immun gemacht habe gegen judenhetzerische Einflüsse.

Aus Anlaß dieser Rede sind, wie auch in der „Österreichischen Wochenschrift" notiert wurde, Dankadressen bei mir



Von der Chewra Kaddischa Prag.



eingelangt von den israelitischen Kultusgemeinden Brüx, Prag, Karolinental, Czernowitz, Groß-Meseritsch, Kutenplan. Die Prager Chewra Kadischa sandte das Diplom eines Ehrenmitgliedes, der Vorstand des Vereines der Österreichisch-Israelitischen Union überbrachte einen silbernen Pokal mit einer Inschrift: „In Anerkennung der letzten Rede im österreichischen Reichsrate."

Von den zahlreichen Zuschriften speziell aus ärztlichen Kreisen mögen nachstehende vermerkt werden:

Görz, am 25. Oktober 1891.

Hochgeehrter Herr Doktor!

Ich erlaube mir, Ihnen, hochgeehrter Herr Doktor, meine innigste Dankbarkeit für die glänzende Art und Weise, mit welcher Sie den ärztlichen jüdischen Stand zu verteidigen wußten, auszusprechen.

Wollen Euer Hochwohlgeboren den Ausdruck meiner aufrichtigsten Hochachtung entgegennehmen.

Ihr ergebenster

Dr. Aron Luzzatto,
k. k. Landessanitätsrat,
Stadtphysikus in Görz.

Ew. Hochwohlgeboren!
Sehr geehrter Herr Doktor!

Für Ihre ebenso ausgezeichnet sachliche, als humorvoll und kritisch glänzende Rede anläßlich der Debatte über die Errichtung von Ärztekammern fühle ich mich gedrängt, Ihnen meine unumwundene Anerkennung mit dem herzlichsten Danke auszudrücken. Wenn die Sache unserem Stande nur halb soviel nützte, als Ihre wahrhaft zündenden Worte allerseits großartigen Eindruck gemacht haben, könnten meine Kollegen sich glücklich schätzen, jedenfalls werden sie nicht ermangeln, Ihnen als Korporationen ihren Dank zu über-

mitteln, wie ich indes persönlich in ausgezeichneter Hochachtung zeichne

Ihr ergebenster

Dr. Haase,
Schriftführer des Vereines der Ärzte des II. Bezirkes.

Gestatten Euer Hochwohlgeboren, für die mutige Verteidigung und Schutzgewährung der jüdischen Ärzte im Parlamente meinen innigsten Dank zur Kenntnis zu nehmen mit der Versicherung meiner größten Hochachtung und Bewunderung.

Möge es Ihnen gegönnt werden, die Feinde unserer Glaubensgenossen zu einer besseren Anschauung zu bekehren — wenn dies möglich ist, doch den Kampf unverdrossen aufnehmen, der Wahrheit Geltung zu verschaffen, damit unseren Glaubensgenossen Gerechtigkeit geschehe.

In ausgezeichneter Hochachtung

Dr. med. univ. Leopold Neufeld,
Delegierter an der österreichischen Ärzteversammlung in Troppau.

Empfangen Sie auch meinen Dank für Ihr energisches, wunderbares und formvollendetes Eintreten für die Ehre des jüdischen Ärztestandes. Ich hoffe, die jüdischen Ärzte werden Ihnen das nie vergessen.

Med. Dr. Jacques König.

Berlin, den 20. Februar 1890.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Die kernige und schneidige Rede in der Judendebatte hat auch auf mich ihren Eindruck nicht verfehlt; deshalb möchte ich es mir nicht versagen, Ihnen zu diesem Haupttreffer Glück zu wünschen. Sie treffen den Nagel stets auf den Kopf durch

Ihre knappe und gedrungene Redeweise und Ihren schlagfertigen Witz. So höre ich auch, daß die hiesige „Volkszeitung" einen Auszug aus Ihrer trefflichen Rede gebracht hat. Die jüdischen Ärzte werden Ihnen zweifellos immer dankbar bleiben.

Mit den besten Danksagungen für die Vergangenheit und den aufrichtigsten Wünschen für die Zukunft zeichne ich

hochachtungsvoll und ergebenst

Dr. I. Egers.

Hochgeehrter Herr!

Empfangen Sie meinen herzlichsten Glückwunsch zu Ihrer gestrigen Aktion im Parlamente. Als Arzt spreche ich Ihnen meinen Dank und meine Bewunderung aus für Ihre merkwürdige zündende Rede.

Ihr treuer Verehrer

Dr. S. Hajek,
II., Komödiengasse 3.

Dr. Adolf Jellinek schrieb in der „Neuzeit", Nr. 45, vom 6. November 1891, einen

„Epilog zu Dr. Blochs Rede vom 20. Oktober":

„Die Rede, welche der Reichsratsabgeordnete Dr. Bloch anläßlich der Debatte über die Errichtung von Ärztekammern gehalten hat, wurde uns in Nr. 43 der ‚Neuzeit' im allgemeinen charakterisiert, nach ihrer Bedeutung gewürdigt und als eine Tat bezeichnet, für welche die Juden dem Redner dankbar sein müssen. Dies geschah sofort, nachdem die Rede durch die Journale bekannt wurde. Diese allgemeine Würdigung genügt uns aber nicht. Es muß auf diese Rede näher eingegangen und dasjenige hervorgehoben werden, was ihr nicht bloß momentan einen Wert verlieh, sondern auch für spätere Zeiten ...."

„.... Die geehrten Herren Theologen und ihre Nachbeter im Volke geben sich sehr viele Mühe, die Behauptung zu verteidigen, daß die Juden oder die Bekenner des Alten Testamentes das Gebot der Nächstenliebe auf ihre Stamm- und Glaubensgenossen allein beziehen, während die Kirche es auf alle Menschen ohne Unterschied der Abkunft und des Bekenntnisses erweiterte. Wir wollen uns heute in eine sprachliche und hermeneutische Erörterung nicht einlassen."

„.... Der beste Kommentar zu einem Gebote bleibt die Praxis, das wirkliche Leben. Diesen Kommentar hat der Abgeordnete Dr. Bloch in drastischer und anschaulicher Weise in seiner Rede geliefert. Hier ein jüdischer Kommis, der einem christlichen Knaben das Leben rettet und ein anderer Jude, der seinen Versuch, einen evangelischen Theologen zu retten, mit dem Tode in den Wellen büßte — dort kämpft ein Mensch mit dem Strom, am Ufer stehen Christen, welche ausrufen: ‚Lasset ihn ersaufen, er ist bloß ein Jud!' Man spottet und lacht. Diese beiden Szenen sind der beste Kommentar zu dem Gebote der Nächstenliebe. Der Jude kennt keinen Unterschied in seiner Menschenliebe, Christen aber entziehen sich dem Rufe dieses Gebotes, sobald es sich um einen Juden handelt."

„.... Das zweitemal hat der Abgeordnete Dr. Bloch sich im höchsten Grade um Juden und Judentum verdient gemacht, indem er die Aufmerksamkeit des Abgeordnetenhauses auf die Chewra Kadischa lenkte und dadurch unsere christlichen Mitbürger, selbst diejenigen, die uns nichts weniger als wohlwollend gesinnt sind, zur Achtung und Anerkennung des Judentums nötigte. Der Redner hat nämlich Hunderte von Abgeordneten und vermittelst der Journale Hunderttausende mit der historischen Tatsache bekannt gemacht, daß in jeder jüdischen Gemeinde eine heilige Bruderschaft besteht, deren Aufgabe es ist, den ärmsten Toten in anständiger Weise in einem eigenen Grabe gratis zu bestatten und er hätte hinzufügen können, daß diese Pietät vor dem Toten sich auch auf die Nichtjuden erstreckt, die, wenn sie verlassen sind, in derselben Weise begraben, durch

eine Trauer- und Trostrede ausgezeichnet werden. Diesen Verein hielt Dr. Bloch den Christen als Muster zur Nachahmung vor. Dann werden die in den Spitälern verstorbenen armen Christen nicht auf den Seziertisch hingelegt werden und den armen Verwandten des Toten wird der drückende Schmerz erspart bleiben, ihren Angehörigen zerstückelt und nicht in einem eigenen Grabe ruhen zu sehen. Eine Chewra Kadischa für die Kommune Wien empfahl Dr. Bloch seinen Mitbürgern in der Hauptstadt Österreichs; dann wird es nicht vorkommen, daß arme Familien ihr letztes Hab' und Gut verkaufen oder versetzen, um ein armes Familienglied bestatten zu lassen. Ja, eine Chewra Kadischa für die österreichische Residenz!"

„.... Der Abgeordnete Dr. Bloch hat die christliche Welt mit der Chewra Kadischa bekannt gemacht und ihr zugerufen: ‚Machen Sie es den Juden nach! Anstatt das Geld zu antisemitischen Agitationszwecken auszugeben, machen Sie es wie die Juden, tun Sie ein christliches Werk der Barmherzigkeit, gründen Sie einen solchen Verein. Greifen Sie nicht die Juden an, weil sie für ihre Angehörigen Pietät pflegen, tun Sie dasselbe für die Christen, das wäre löblich."

Aus der Parlamentssitzung vom 25. November 1892.

Ein Wiener antisemitischer Abgeordneter namens Doktor Schlesinger, seines Zeichens Professor an einer Tierarzneischule, brachte während des Monates November in der Sitzung des Abgeordnetenhauses eine Interpellation über den Mädchenhandel ein, die ihm einen Ordnungsruf des Präsidenten eintrug, wie er noch selten erteilt wurde. Der Präsident Dr. Smolka sagte:

„Diese Interpellation enthält so viele Verstöße gegen den Anstand und die gute Sitte, daß ich nicht genug Worte finden kann, um meine Entrüstung darüber auszusprechen." Der antisemitische Abgeordnete Dr. Pattai hat die Interpellation eine „Roheit" genannt und ein zweiter Parteigenosse, Abgeordneter Fuß, hat nachträglich seine Unterschrift an dem Schriftstück

zurückgezogen. Dagegen hat Abgeordneter Prinz Liechtenstein in seinen Wählerversammlungen Separatabzüge jener Interpellation verteilen lassen. Am 24. November hielten der Abgeordnete Schlesinger und der Abgeordnete Schneider über das Thema „Mädchenhandel" im Hause giftige Hetzreden. Am 25. November gelangte ich zum Wort, und ich bemerkte zu diesem Thema:

(Nach dem stenographischen Protokoll:)

„In der Hauptstadt Galiziens sind einige Juden wegen dieses ehrlosen, schandbaren Gewerbes vor Gericht gestellt und verurteilt worden. Ich bedaure es aus tiefstem Herzen, daß es auch unter meinen Glaubensgenossen Leute gibt, die sich zu einem solchen Gewerbe erniedrigen. Wäre es nicht staatsgrundgesetzlich verboten, so würde ich diese Leute mit dem Bann belegen. Ich habe aber nicht das Recht und die Macht dazu. Der Herr Abgeordnete Schlesinger hat nun wegen dieses Ereignisses vor 14 Tagen eine Interpellation überreicht, die unstreitig eine bewußte und beabsichtigte Beleidigung der gesamten Judenheit involviert."

„Der Ruhm, den er sich mit dieser Interpellation geholt, und die Lorbeeren, die er dabei gepflückt, ließen ihn nicht ruhen, und immer wieder kommt er auf dieses beliebte Mädchenthema zurück. Ich muß ihm also darauf einmal antworten. Ich möchte mir eine Frage an den Herrn Abgeordneten Schlesinger erlauben, ob er denn nicht weiß, daß es in Oberösterreich, Niederösterreich, Schlesien, Steiermark, Böhmen und Mähren in jeder größeren Stadt ein oder mehrere B....... gibt! (Laute Heiterkeit.) Und wissen Sie, daß die Besitzer dieser Schandhäuser sämtlich rassenreine Arier sind, Stammes- und Glaubensgenossen des Herrn Redners?" (Heiterkeit.)

„Fragen Sie einmal nach, wie viele solche arische Häuser in W i e n existieren. Es ist ein einträgliches Gewerbe, da läßt man keinen Juden zu (schallende Heiterkeit), allein darüber haben Sie die Regierung nicht interpelliert. Ein anti-

semitischer Obergötze hat ja sein väterliches Haus in ein B...... verwandelt. (Rufe: Richtig!) Glauben Sie, daß in diesen Räumen leere Wände, leere Betten sind? Da sind auch Mädchen, da findet fortwährend ein Warenwechsel, ein steter Menschentausch statt, der Bedarf und Verbrauch ist ein großer, und es finden sich Händler, welche den Schacher vermitteln, der reinste Sklavenhandel wie im Orient. Darüber haben Sie nicht in sittlicher Entrüstung interpelliert. Ist denn das ein ausschließlich arisches Gewerbe, daß Sie so entrüstet sind, weil ein Jude in Ihr Gewerbe eingegriffen hat, weil ein paar Juden Ihnen Konkurrenz zu bieten versucht haben?“ (Schallendes Gelächter.)

Nun hatte der deutschnationale Führer in Österreich Georg Ritter von Schönerer das von seinem Vater ererbte Haus im ersten Bezirke, Wien, Krugerstraße, in einen Venustempel verwandelt, um seine Mutter und Schwester zu zwingen, das Haus zu verlassen. Mit Anspielung hierauf bemerkte ich in jener Rede:

„Ich habe einmal einen deutschnationalen Studenten, einen Verehrer des Herrn v. Schönerer, befragt, wie es kommt, daß Schönerer sein Haus in der Krugerstraße in ein B...... verwandelt hat? Er antwortete mir: ‚Das ist ein altgermanisches Institut.‘ Nun, es haben sich einige Juden germanisiert. (Lärm auf der linken Seite des Hauses.) Ich bitte, ich wünschte, daß man die Juden nicht beleidigt; aber wenn man gegen die Juden schießt, so muß es gestattet sein, auch eine Antwort zu geben.“

Gegenüber den Angriffen auf jüdische Lehrer erzählte ich rührende Züge von jüdischen Lehrern an Wiener Schulen, wie sie sich armer christlicher Kinder, die infolge von Krankheit zurückgeblieben sind, annehmen, ihnen privatim zu Hause unentgeltlich Unterricht erteilen, und legte das Anerkennungsschreiben der Wiener Schulbehörde für einen solchen Lehrer im Original vor. Dasselbe lautete:

Herrn Isidor Faltitschek, Lehrer,
Wien.

Der Bezirksschulrat der Stadt Wien hat sich, zufolge Beschlusses vom 30. Mai 1883, Z. 577, bestimmt gefunden, Ihnen anläßlich der aus Humanitätsgefühl übernommenen Mühe, dem an Epilepsie leidenden Knaben Hugo Bechtolf unentgeltlich einen angemessenen Privatunterricht in den Volksschulgegenständen zu erteilen, seine Befriedigung auszusprechen.

Hievon werden Sie hiemit in Kenntnis gesetzt.

Wien, am 2. Juni 1883. *Der Vositzendestellvertreter*
Gerold.

„Ich habe diesem Faktum nichts anderes hinzuzufügen, als daß das unglückliche Kind ein Christenknabe war und der Lehrer ein Jude. Nun werden Sie sagen, das wird jeder antisemitische Lehrer auch tun! Ja oder nein? Ja, wenn das ein gewissenhafter Lehrer ist, so wird das geschehen."

„Ich will Ihnen auch den Beweis bieten. Im zweiten Bezirk ist ein antisemitischer Lehrer, welcher im ‚Deutschen Volksblatt' eine Klage veröffentlichte über die freche Zumutung eines Liberalen. Was war geschehen? Er sollte bei einer Sammlung mithelfen für arme Waisenkinder ohne Unterschied der Konfession und der betreffende Lehrer ‚hat den Wisch entrüstet zurückgeschickt mit der Bemerkung, er beteilige sich nur an Sammlungen zugunsten christlicher Kinder'."

„Jetzt denken Sie, meine Herren, ein armes, unglückliches Kind, es ist arm, es ist eine Waise, hat nicht Mutter und Vater, ja es ist dreifach unglücklich, es ist auch jüdisch, und dieses Kind, das doch sicherlich keinen Mädchenhandel getrieben, das nicht gewuchert und auch nicht das Parlament verjudet hat, auf dieses arme Waisenkind wird der erbarmungsloseste Judenhaß ausgedehnt."

„Und nun sagen Sie mir — Sie fragen mich doch nach der jüdischen Sittlichkeit —: Wo ist Ihre Sittlichkeit? Meine

Herren, was nützen Reden und Phrasen; das Leben muß zeigen, wo die Liebe wohnt.“

Der zweite Teil der Rede war dem Nachweis gewidmet, daß der Antisemitismus schließlich in Antichristentum umschlägt; ich zitierte Stellen aus der vertraulich versendeten „Antisemitischen Korrespondenz“, welche rund heraus das Christentum als eine Religionsschöpfung des semitischen Geistes bezeichnet, welches ursprünglich nur für Juden geschaffen, die Völker mit dem semitischen Geiste infiziert und deswegen ausgemerzt werden müsse. Der Antisemitismus erstrebt eine neue, geläuterte Sittenlehre, das heißt in Summa eine neue Religion. Da fuhren die Gegner wütend auf und wetteiferten miteinander, mich nicht weiterreden zu lassen. Namentlich Prinz Liechtenstein war unermüdlich in Unterbrechungen. Die Enthüllungen dieser ihrer antichristlichen Tendenzen waren ihnen überaus unangenehm. In der darauffolgenden Sitzung des Abgeordnetenhauses ergriffen nacheinander drei dieser Herren das Wort, um auf meine Rede zu erwidern. Herr Schlesinger sprach nahezu zwei Stunden.

Die „Neue Freie Presse“ vom 29. November meldete:

Dem Reichsratsabgeordneten Dr. Bloch sind anläßlich seiner Rede in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 25. d. aus Prag, Brünn, Innsbruck, Krakau, Przemyslany, Bielitz und Linz telegraphisch die Zustimmungen und der Dank für sein mutiges Auftreten zugesandt worden.“

Antisemitismus im Richterstand.

Die Vertreter der Rassentheorie machten ihren Einfluß auf die Justiz, wie auf die Anstellung richterlicher Beamten und Laienrichter geltend. Von konfessioneller Gleichberechtigung im Amte war längst nicht mehr die Rede, für die richterliche Qualifikation entschied seit Prazaks Leitung des Justizministeriums neben der Nationalität der Taufzwang. Da es aus älterer Zeit noch vereinzelte jüdische Gerichtspersonen

gab, verlangten im Juli 1891 Deutschnationale und Christlich-soziale in der Debatte über den Justizetat die gesetzliche Ausschließung der Juden vom Justizdienst. Die Oberbehörden fügten sich in der Praxis diesen Wünschen; für die strenge Wahrung des Staatsgrundgesetzes einzutreten, fiel den Richtern nicht ein, da weder die Regierung, noch das Parlament sich mehr für dasselbe einsetzten. Als daher ein Altliberaler von der Bedeutung des Präsidenten des Grazer Oberlandesgerichtes, das Herrenhausmitglied Ritter v. *Waser*, einer der Schöpfer des Staatsgrundgesetzes, sich gegen die antisemitische Agitation im Richter- und Beamtenstande wandte, stieß sein Erlaß auf Widerspruch und üble Deutung. Dieser Erlaß vom Februar 1891 besagte im wesentlichen:

„Wer dieser Bewegung seit ihrem Beginn mit Aufmerksamkeit gefolgt ist, wird die Überzeugung gewonnen haben, *daß dem Antisemitismus nicht religiöse Gefühle, sondern meistens die Eingebungen der Selbstsucht die Anhänger zuführen*, da er in dem Hasse gegen das Kapital wurzelt und fort und fort durch die Eifersucht und den Neid gegen diejenigen, welche vermöge ihrer hervorragenden Intelligenz und ihres andauernden Fleißes in der Geschäftswelt eine dominierende Stellung einnehmen, genährt und gepflegt wird. *Der Antisemitismus ist daher ein politisch-sozialer Übelstand, weil er geeignet ist, den inneren Frieden zu stören, die persönliche Sicherheit zu bedrohen und hiemit die Grundlage der rechtlichen Ordnung im Staate zu erschüttern.* So gewiß der Richterstand zur Förderung nationaler oder sozialer Zwecke dienstbar gemacht werden soll, ebenso gewiß wird er durch seinen Beruf, dem Rechte die allgemeine Anerkennung und Geltung zu verschaffen, *verpflichtet, jedem Staatsbüger ohne Unterschied der Rasse und der Religion, insbesondere in Perioden innerer Wirrungen, einen ihm gebührenden Rechtsschutz zu ge-*

währen und als sicherer Hoffnungsanker, den Bedrohten Vertrauen einzuflößen. Diese mit dem richterlichen Amte verbundene Pflicht verbietet den richterlichen Organen, sich der antisemitischen Bewegung offenkundig anzuschließen oder die Bedeutung solcher Überschreitungen, welche den Tatbestand strafbarer Handlungen liefern und dem Gerichte zum Zwecke der richterlichen Verfolgung angezeigt werden, deshalb zu unterschätzen, weil sie antisemitischen Motiven entspringen. Gerade diese traurigen Eigenschaften der Neuzeit sollen die Gerichte anspornen, derartige Überschreitungen durch die beschleunigte und strenge, aber gerechte und parteilose Anwendung der bezüglichen strafgerichtlichen Normen (§§ 65, 122, 212, 214, 278, 300, 302, 303, 411, 487 und 496) zu sühnen und hiermit der Bevölkerung die Genugtuung zu geben, welche ihr die rücksichtslose Wahrung der Gerechtigkeit nicht nur in der Gegenwart gewährt, sondern die sie auch von der Sorge der Nachahmung solcher straflos gebliebenen Beispiele für die Zukunft befreit. Die obwaltenden Zeitverhältnisse geben mir den begründeten Anlaß, den Gerichten diese Pflichten in Erinnerung zu bringen."

Die Kundgebung Wasers wurde als unberechtigte Beeinflussung der unabhängigen Gerichtsbeamten von den Antisemiten verurteilt und verhöhnt. Der Erfolg des Erlasses stand im Gegensatz zu dessen Absicht. Das kam auch in den Verhandlungen des Parlaments zum Ausdruck.

Auf der Tagesordnung der Beratungen im österreichischen Abgeordnetenhaus vom 9. November 1894 stand der Entwurf eines neuen Strafgesetzes. Bei dieser Gelegenheit forderte Abgeordneter Dr. Pattai in einer sehr langen Rede gegen Juden und Judentum im Strafgesetz ein strenges Schächtverbot, weil

es „kein staatsgrundgesetzlich gewährleistetes Recht auf Tierquälerei“ geben kann, sowie eine Strafverschärfung wegen Sonntagsarbeit; er behandelte sämtliche Delikte des Strafgesetzes, die Paragraphen über Konkurs und Betrug, Ausschreitungen der Presse, unsittliche Schriften, Verleitung zu Unsittlichkeit usw. mit Exemplifikation in Bezug auf Verbrecher, denen er immer jüdischklingende Namen beilegte. Nach ihm erhielt ich das Wort und wandte mich zunächst gegen das Verlangen um Aufnahme einer Strafbestimmung gegen das rituelle Schächten. Ich begann mit der Konstatierung, daß die Juden vor Jahrtausenden bereits Tierschutzgesetze geschaffen und als erstes und vornehmstes den gesetzlich wöchentlichen Ruhetag auch für Arbeitstiere eingeführt haben. So ist zu lesen im zweiten Buch Moses, Kapitel 20, Vers 10. Sofort wurde ich von einem geistlichen Abgeordneten aus den Reihen der Antisemitenbänke unterbrochen mit dem Zuruf: „Das waren nicht die Juden, das haben nicht die Juden eingeführt, das ist ein Gottesgesetz.“ Ich antwortete sofort: „Ich nehme die Belehrung dankbar zur Kenntnis. Es ist richtig, daß die jüdischen Gesetze und Vorschriften zum Schutze der Tiere göttlichen Ursprunges sind.“ Und nun zählte ich diese Gesetze auf und behandelte die Schächtfrage eingehend in einer halbstündigen Rede, um dann an die Gegner die Frage zu richten, wenn es ihnen um Verminderung der Tierquälerei zu tun ist, warum sie nicht die grausamen Jagdvergnügungen zu verbieten beantragen. Ich schilderte die verschiedensten Arten der tierquälerischen Jagden: „Warum wird nicht versucht, hier der Tierquälerei Einhalt zu gebieten?“ Sodann ging ich dazu über, nach den Jahrbüchern der österreichischen Statistik den jüdischen Anteil an allgemeinen Vergehen und Verbrechen zu konstatieren, und es zeigte sich überall, daß in Gegenden mit einer zahlreichen jüdischen Bevölkerung die Skala der allgemeinen Verbrechen und Vergehen abnimmt. Das gilt nicht bloß von Verbrechen, verübt durch Roheit und Gewalttätigkeit, sondern selbst in der Konkursstatistik nimmt gerade das Judenland Galizien eine günstige Stellung ein. Die Antisemiten haben aber auch eine Verschärfung der Strafgesetze gegen Zeitungen beantragt, wenn sie

unzüchtige Inserate publizieren. Ich verwahrte mich dagegen, solches Gebaren zu verteidigen. Wenn es sich um unzüchtige und unredliche Inserate handelt, ginge es mir wie dem Grafen Sandor, der im Jahre 1848, als man vor seinem Palaste eine Katzenmusik machte, fragte, wem die Ovation gilt, und als er überzeugt war, daß sie seiner Frau, einer geborenen Metternich, gelte, sagte: „Meine Herren, warten Sie ein wenig, ich komme hinunter und pfeife mit.“ Und nun legte ich auf den Tisch des Hauses eine Anzahl der gemeinsten Ankündigungen und Inserate zur Förderung der Unzucht aus der antisemitischen Parteipresse. Insbesondere erregten Entrüstung zwei schamlose Inserate aus dem „Grazer Tagblatt“. Ich habe gerade diese antisemitische Zeitung festgenagelt, weil sie es war, die die Schächthetze in Graz gegen die Juden eingeleitet und auf deren Betreiben der Grazer Gemeinderat ein Schächtverbot erlassen hatte. Allein der redaktionelle Teil der antisemitischen Presse steht in moralischer Beziehung nicht höher als die unzüchtigen Inserate. Auch dafür war ich in der Lage, mit Proben zu dienen, und schließlich erinnerte ich daran, daß eine Predigt, die von einer katholischen Kanzel in einer Wiener katholischen Kirche gehalten worden, als sie gedruckt war, von der Staatsanwaltschaft wegen Blasphemie, wegen Gotteslästerung konfisziert worden ist, und daß die Konfiskation durch alle Instanzen hindurch Bestätigung fand. Aus dieser famosen Predigt des Pfarrers Dr. Deckert, voller Beschimpfungen der hebräischen Patriarchen, der Erzväter und des Königs David, die als Erzschelme dargestellt wurden, bot ich eine Blumenlese und hielt dem entgegen, was das Neue Testament von diesen Erzvätern sagt, und daß der Stifter des Christentums selber als der „Sohn Davids“ gepriesen wird. Als Resultat der Ausführungen ergab sich, daß Judenhaß überall und zu jeder Zeit in Bibelhaß umschlägt und umschlagen muß. Schließlich wandte ich mich in längeren Ausführungen an den Ministerpräsidenten und protestierte gegen die differenzierte Behandlung der Juden bei Staatsanstellungen. Ich sagte ihm rund heraus, daß durch solches Verhalten der Regierung die antisemitische Agitation gestärkt werde, und daß dies

außerdem gegen den Eid verstößt, welchen die Minister bei Antritt des Amtes auf die Verfassung geleistet haben.

Die Rede dauerte eindreiviertel Stunden und aus den Artikeln der Tagesblätter über diese Rede mögen nachstehende Ausschnitte hier eine Stelle finden:

Das »Wiener Tagblatt« schrieb:

„Dem Abgeordneten Dr. Bloch ist altes und neues Strafgesetz so lange egal, als nicht eine gleichmäßige Handhabung der Gesetze, gleiches Recht in Justiz und Verwaltung für alle Konfessionen besteht. Das ist in unserem Abgeordnetenhause auch ein origineller Standpunkt, aber leider nur ein zu berechtigter. Der Abgeordnete Bloch, der auch sonst gestern in überaus glücklicher und treffender Art gegen die Ganz- und Halb-Antisemiten polemisierte und ihre gefälschten Hetzreden mit anerkennenswertem Mute rücksichtslos bekämpfte, der Abgeordnete Bloch hat sich nicht gescheut, diejenigen Faktoren, die es angeht, für ihren Teil an der Schuld verantwortlich zu machen. Mit frommen Wünschen allein kann eine verderbliche Volksströmung nicht hinweggezaubert werden; nur das gerechte Beispiel der Staatsgewalt, das entschiedene, allen Bürgern voranleuchtende Beispiel kann Vorurteile beseitigen und einen gesunden Umschwung herbeiführen."

Das »Neue Wiener Tagblatt« schrieb:

„Die Diskussion war gestern eine sehr lebhafte. Das Haus begleitete namentlich die Rede des Abgeordneten Dr. Bloch mit großem Interesse. Dieser trat mit viel Schärfe und Gewandtheit den Ausführungen entgegen, welche einzelne antisemitische Redner in früheren Sitzungen zum besten gegeben hatten. Die Zwischenrufe der ob der kräftigen Polemik einigermaßen irritierten Herren Scheicher und Genossen brachten den Redner keineswegs aus der Fassung. Er kennzeichnete die Moral der antiliberalen Führer und ihrer Presse in durchaus zutreffenden Worten."

»Wiener Sonn- und Montagszeitung«:

„Gelegentlich der Generaldebatte über das neue Strafgesetz hielt der Abgeordnete Dr. Bloch eine etwa zweistündige Rede, deren Wert vielleicht am besten dadurch charakterisiert wird, wenn wir sagen, daß sie trotz ihrer Länge das allgemeine Interesse bis zum Ende festhielt. Dr. Bloch trat den Ausführungen antisemitischer Redner mit ebensoviel Geist wie Sachkenntnis entgegen und namentlich Dr. Pattai hatte die Wucht seiner Polemik zu empfinden. Die Herren Lueger und Schneider versuchten, den Redner durch Zwischenrufe zu irritieren; dieses edle Bestreben mißlang vollkommen und Dr. Bloch benützte diese Zwischenrufe vielmehr dazu, das treffende Bild, welches er von der Moral der antisemitischen Führer und ihrer Presse entwarf, zu ergänzen. Die Antisemiten im Priesterrock werden Mühe haben, sich von den Hieben zu erholen, mit denen Dr. Bloch erbarmungslos ihr antichristliches und antibiblisches Treiben traktierte."

Die deutschnationale „Ostdeutsche Rundschau" bequemte sich zu dem Geständnis, daß der „Rabbi von Kolomea" es verstand, „den Spieß umzukehren und die gegen die Juden geführten Anklagen gegen die Antisemiten zu erheben" und — „mit Beweisen dienen konnte". Am 9. November ließ sich das Blatt aus Graz melden, daß die Rede des Rabbi Bloch „hier große Bestürzung und Verstimmung" hervorgerufen habe. „Wer soll künftig vor jüdischer Frechheit sich sicher fühlen?" Ein einziges Ehebruchinserat in einem ganzen Jahrgang kann doch unmöglich solche Bloßstellung im Parlament rechtfertigen!" Nur in Bezug auf die Juden sind die Germanen so sittenstreng, während sonst in ihren Augen alljährlich ein einziger Fehltritt der Reputation einer germanischen Jungfrau keinen Schaden zufügt. — — — — — — — — — — — — —

Der Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde in Wien ließ mir ein Dankschreiben zukommen mit der Mitteilung, daß derselbe angesichts der Wichtigkeit dieses im Abgeordnetenhaus

gehaltenen Rede in Angelegenheiten der Schächthetze beschlossen hat, das stenographische Protokoll dem Archiv der Kultusgemeinde einzuverleiben.

Der Schlachtruf gegen die Israelitische Allianz.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. Dezember 1894 sprach Abgeordneter Schlesinger. Er breitete sich aus über die „Alliance Israelite" und brachte den von den Antisemiten gefälschten Aufruf zur Gründung des Vereines zur Verlesung, einen Aufruf, der wiederholt als antisemitisches Falsum in den öffentlichen Blättern gebrandmarkt wurde. Außerdem erzählte er, was ebenfalls wiederholt als erlogen nachgewiesen wurde, daß angeblich Adolf Cremieux einen Preis von einer Million Franks auf den Kopf des preußischen Königs und nachherigen deutschen Kaisers Wilhelm gesetzt habe.

In Form einer tatsächlichen Berichtigung legte ich das Aktenmaterial vor, welches die antisemitischen Mitteilungen als Lügen zeigt. Ich fügte hinzu, daß der Nachweis, daß alle diese Dinge erlogen sind, wiederholt in den öffentlichen Blättern publiziert war, und daß ich selber in der „Österreichischen Wochenschrift" mehr als zehnmal auf die erlogene Natur dieser antisemitischen Erfindungen hingewiesen habe. Um aber in Zukunft einer Wiederholung dieser Lüge vorzubeugen, fügte ich hinzu:

> „Im alten Rom gab es das famose Institut der Delatoren, die es ebenfalls nicht immer genau mit ihren Beschuldigungen nahmen, wenn es galt, ihre elenden Zwecke zu erreichen. Wurde aber einer erwischt und der Lüge überwiesen, so brannte man ihm zur Strafe und zur Warnung ein C (Calumniator, Verleumder) auf die Stirne. Ich glaube, es wäre an der Zeit, angesichts der Vorgänge in unserem Parlamente eine ähnliche Bestimmung in unsere Geschäfts-

ordnung einzufügen, damit derjenige, der dieses C an der Stirne trägt, nicht mehr so leicht den Menschen ein X für ein U vormachen kann.“

Der Präsident entzog mir das Wort, nachdem ich ohnehin das vorgebracht hatte, was ich sagen wollte. Das stenographische Protokoll bemerkt zu meinen Schlußworten: („Lebhafter Beifall und Händeklatschen.“)

Börsenpanik vom 14. Mai 1891.

Geschichte eines Börsenkrachs.

Untersuchung „usque ad finem“.

In der Geschichte der europäischen Börsen spielen die von Zeit zu Zeit auftretenden Zusammenbrüche, vulgär „Krach“ genannt, eine bemerkenswerte Rolle. Der Ausdruck „Krach“ selbst leitet seine Abstammung von dem furchtbaren Zusammenbruche her, dem die Wiener Börse in den Maitagen des Jahres 1873, zur Zeit der damaligen großen Weltausstellung ausgesetzt gewesen war. Knapp neun Jahre nachher erschütterte der Zusammenbruch der von Eugen Bontoux in Paris gegründeten legitimistisch-klerikalen Union Generale die europäischen Börsen; im November 1890 hatte das berühmte Londoner Bankhaus Baring Brothers infolge seiner starken Beteiligung bei argentinischen Anleihen eine schwere Krise zu bestehen, aus der es sich nur mit Hilfe der Banken von England und Frankreich retten konnte, eine Krisis, durch welche alle europäischen Geldmärkte in starke Mitleidenschaft gezogen waren, und gegen ein Jahr später kam es abermals an der Wiener Börse zu einer Erschütterung des Kursgebäudes, die auf politische Vorgänge oder besser gesagt auf den Polenklub des bestandenen österreichischen Reichsrates zurückgeführt wurden.

Es war im November 1891. Gleichzeitig tagten damals in Wien die gemeinsamen Delegationen und der österreichische Reichsrat. Der Polenklub hatte eine Reihe von Forderungen

aufgestellt, die sich auf die Dezentralisation der österreichischen Staatsbahnen bezogen und die zum Zwecke hatten, der galizischen Landesregierung den überwiegenden Einfluß auf die Galizien durchziehenden Linien der Staatsbahnen einzuräumen.

Diese Forderung begegnete aber in militärischen Kreisen der schärfsten Opposition im Hinblicke auf die Schlagfertigkeit der Armee und mit Rücksicht darauf, daß man für den voraussichtlichen Fall eines Krieges mit Rußland in Wien, als dem Sitze der damaligen Zentralregierung, alle Fäden der Eisenbahnen in der Hand halten wollte.

Der Polenklub drang dessenungeachtet auf Erfüllung seiner Postulate und da die Regierung passiv blieb, bereitete auch er verschiedenen dringlichen Regierungsvorlagen eine Art passive Resistenz. Graf Taaffe berichtete hierüber dem Kaiser und dieser berief den Obmann des Polenklubs zur Audienz, um ihm den Wunsch zu äußern, daß angesichts des Ernstes der außenpolitischen Lage der Klub der Regierung keine Schwierigkeiten bereite. Daraufhin wurde für Freitag, den 13. November abends, der Polenklub zu einer vertraulichen Sitzung einberufen, in welcher der Obmann des Klubs, Ritter von Jaworski, über seine Audienz beim Kaiser ausführlich die Mitteilung gemacht hat. Der Bericht malte die außenpolitische Situation als hoch ernst, um schließlich zu dem Resultate zu gelangen, es würde gegen das Lebensinteresse des polnischen Volkes verstoßen, der Regierung in einem solchen Moment Schwierigkeiten zu bereiten. An diese Mitteilung des Obmannes knüpfte sich eine lange und lebhafte Debatte über außenpolitische Fragen. Ob es nun der Kaiser war, der die Außenlage Jaworski gegenüber um eine Nuance dünkler schattierte, als sie damals der Wirklichkeit entsprochen oder ob Jaworski selber, um die Klubgenossen gefügig zu machen, des Guten zu viel getan, genug an dem, die Teilnehmer an jener Klubsitzung, zu denen auch ich gehörte, hatten den Eindruck, daß die Kriegsgefahr sehr nahe gerückt war. Über die Vorgänge bei der Sitzung, die recht bewegt war und überaus lange dauerte, wurde strengste Geheimhaltung beschlossen und nachdrücklichst eingeschärft.

Auf dem Heimweg überfiel mich der Parlamentsberichterstatter des „Wiener Tagblatt“, der offenbar in der Nähe des Klubs lange sich aufgehalten hatte, um mit mir zu sprechen und aus mir einiges über die Vorgänge herauszubringen. Ich weigerte ihm jede Unterhaltung und kaum erblickte ich eine vorüberfahrende Tramway, als ich in den Wagen sprang, um mich seiner zu erwehren und nach Hause zu eilen.

Diesem Journalisten, einem liebenswürdigen, geistreichen Berufsschriftsteller, mit dem ich sonst recht gerne verkehrte, so schroff zu begegnen, war mir peinlich genug. Indes es kam noch schlimmer. Als ich vor meiner Wohnung, I., Rotenturmstraße 39, angekommen war, stand der erwähnte Redakteur schon vor dem Tor des Hauses in der offenkundigen Absicht, mir in meine Wohnung zu folgen. Das mußte nun um jeden Preis verhindert werden, und so wandte ich mich an einen in der Nähe postierten Sicherheitswachmann, nannte ihm meinen Namen und stellte an ihn die Bitte um Schutz gegen den „fremden Mann“, der mich bedroht. Während der Wachmann meinen und seinen Namen notierte, schloß sich das Haustor hinter mir, ich atmete auf, wie — von einer Gefahr befreit.

Am 14., morgens, da flogen plötzlich unheimliche Gerüchte von einer nahen Kriegsgefahr durch die Stadt, aus dem Parlament, von der Börse kamen verzweifelte Meldungen, jedermann glaubte, der Weltkrieg oder, wie man damals vorahnend ihn bezeichnete, „das jüngste Gericht“, sei bereits gekommen. Von der Straße stürzten die Leute in die Cafés, wo sich lebhaft bewegte Gruppen bildeten, aus welchen ein wirres Durcheinander von Fragen und Antworten klang. „Ist es wahr, daß der Krieg erklärt ist? Nicht möglich, wer sagt denn das?“ Man flüstert’s im Polenklub, man schreit es am Schottenring, vor der Börse, von allen Wechselstuben.

An der Börse kam es zu einer Panik, die an die schlimmsten Tage in der Geschichte der finanziellen Ereignisse erinnerte. Schon an der Vorbörse lagen von den fremden Plätzen, namentlich von Paris, dann auch von Berlin und Frankfurt, auffallend reduzierte Kurse österreichischer Werte vor. Da

tauchten mit einem Male Meldungen über eine Audienz beim Kaiser auf, über welche im „Polenklub“ berichtet wurde, die sehr ungünstig die politische Lage darstellte. Gleichzeitig wurden große Verkäufe in den Spekulationspapieren konstatiert und sofort fielen die Preise aller Papiere. Gegen Mittag bot die Börse ein Bild des Schreckens, eine stürmische Erregung bemächtigte sich der Gemüter, denn eine Schreckensbotschaft war eingetroffen.

In der Abendausgabe des „Wiener Tagblatt“ erschien in sensationeller Aufmachung ein „Nachtrag“, der besagte, der Kaiser habe sich in einer Audienz, die er dem Obmann des Polenklubs, Ritter von Jaworski, gewährt hatte, in besonders ernster Weise über die politische Situation geäußert und die Möglichkeit einer kriegerischen Verwicklung mit Rußland erwähnt. Der Kaiser soll bemerkt haben, daß die Hungersnot in Rußland die Kriegsgefahr vergrößere, daß allerdings die militärischen Vorbereitungen im Zarenreich noch nicht weit vorgeschritten seien, der Kaiser verwies jedoch auf das letzte russische Anlehen, welches er als höchst bedenkliches Symptom ansehe.

Die Nachricht dieses Blattes, einer Gründung des bekannten einflußreichen Publizisten Moritz Szeps, dem man gute Beziehungen zur damaligen Regierung zuschrieb, erregte kolossales Aufsehen, und mit Rücksicht darauf, daß die erwähnte Audienz zwei Tage vorher stattgefunden, munkelte man sogar, daß man aus Kreisen des Polenklubs diese Verlautbarung absichtlich hinausgeschoben habe, um erst an verschiedenen europäischen Börsen große Baisseoperationen einzuleiten.

Der Polenklub sah sich veranlaßt, folgende Erklärung zu veröffentlichen:

> Das „Wiener Tagblatt“ (Abendblatt) vom 14. d. M. bringt einen Bericht über die im Polenklub von dem Obmann erfolgte Darstellung des Verlaufes einer Audienz, in welcher derselbe vorgestern von Seiner Majestät empfangen zu werden die Ehre hatte. Dieser Bericht entspricht durchaus nicht der Wahrheit, insbesondere sind die darin Seiner

Majestät zugeschriebenen Äußerungen vollständig aus der Luft gegriffen.

Wien, 14. November 1891.

Die parlamentarische Kommission des Polenklubs:

Jaworski, Czerkawski, Bilinski, Madeyski.

Die Tatsache der Verlautbarung des „Wiener Tagblatt“ über die Audienz Jaworski beim Kaiser hatte umso größeres Aufsehen erregt, als der Kaiser in der Thronrede, mit der er die Delegationen am 11. November 1891, also einen Tag vor dem Empfange Jaworskis eröffnet hatte, folgenden Passus zur Verlesung brachte:

„Mit Befriedigung kann Ich es aussprechen, daß Wir mit allen Mächten in durchaus freundschaftlichen Beziehungen stehen. Im vollen Einklange mit Unseren Verbündeten erblicke Ich in der Erhaltung des europäischen Friedens die sicherste Gewähr für das Glück und Gedeihen der Völker. Meine Regierung verliert dieses Ziel nicht aus dem Auge und es kommen Uns auch von allen Kabinetten die Versicherungen gleich friedlicher Bestrebungen zu.“

Allerdings hatte der Kaiser bei dem damals üblichen Cercle, den er mit den Delegierten hielt, dem Abgeordneten Demel gegenüber sich geäußert, daß die Friedensversicherungen der fremden Mächte mit größter Vorsicht aufzunehmen seien.

An der Wiener Börse steigerte sich die Aufregung von Stunde zu Stunde und es kam zu einer förmlichen Panik.

Damals kannte die Wiener Börse die Institution des regelmäßigen Abendverkehres. Es gab damals eine Mittagbörse und eine Abendbörse. Der landesfürstliche Kommissär an der Wiener Börse, Sektionsrat Dr. Srbik, erschien vor Aufnahme des Abendverkehres im Börsensaale und gab die Absicht kund, an die Versammlung das Wort zu richten. Der Verkehr wurde auf dem ganzen Markt sistiert. Und das Glockenzeichen ertönte. Unter atemloser Spannung entfaltete der Kommissär ein Schriftstück und verlas folgende Mit-

teilung, von der er sagte, daß sie auch in der am selben Abend erscheinenden „Wiener Abendpost“ veröffentlicht werden würde. Diese Note lautete:

„Das heutige ‚Wiener Tagblatt‘ (Abendblatt), veröffentlicht einen ‚Nachtrag‘, in welchem über die Audienz, die Seine Majestät der Kaiser vorgestern dem Herrn Abgeordneten Ritter von Jaworski zu erteilen geruhte, berichtet wird. Die Mitteilungen des genannten Blattes sind ihrem ganzen Inhalte nach durchaus erfunden, da keine der Seiner Majestät zugeschriebenen Mitteilungen gemacht wurde.“

Die zur Verlesung gebrachte Note entfesselte einen Sturm des Beifalls und der Verkehr an der Börse entwickelte sich sodann in normaler Weise. Die Kurse sprangen wieder in die Höhe. Man glaubte allgemein, daß hier eine absichtliche Irreführung vorlag.

Die Angelegenheit kam zunächst im Budgetausschuß der österreichischen Delegation zur Sprache und führte zu einer erregten Debatte, in welcher auch der Minister des Äußern, Graf Kalnoky, eingriff. Die Börsenkammer versammelte sich vollzählig zu einer Entrüstungskundgebung gegen die Urheber dieses „Einbruches“, es wurden scharfe Reden gehalten und man bestellte eine eigene Untersuchungskommission, die Urheber ausfindig zu machen.

Das „Wiener Tagblatt“ setzte sich energisch zur Wehr und erklärte, daß ihm die Mitteilungen von einer durchaus autoritativen Seite zugekommen seien und fügte hinzu, daß es bereit sei, die Quelle seiner Mitteilungen namhaft zu machen, wenn von autoritativer Seite eine solche Anfrage an die Redaktion gerichtet würde. Im übrigen berief sich die Redaktion darauf, daß polnische Blätter, und zwar der Lemberger „Dziennik polski“, der Lemberger „Kurjer Lwowski“ sowie die Krakauer „Nowa Reforma“ schon am Morgen jenes Tages, an dem das Abendblatt des „Wiener Tagblatt“ mit dem sensationellen Nachtrag erschienen war, ganz ähnlich lautende Mitteilungen enthalten habe, ja daß diese sogar noch viel ernster und besorgniserregender gelautet hätten, als die im „Wiener Tagblatt“ erschienenen Informationen. Das Blatt wurde wegen der

Wiedergabe der Berichte aus den genannten polnischen Blättern konfisziert und sämtliche Tagesblätter brachten eine Erklärung des Herrn von Jaworski vom 15. mit folgendem Wortlaut: „Mit Hinblick auf die im heutigen Morgenblatt des „Wiener Tagblatt“ enthaltene Bemerkung, daß die Redaktion auf eine Anfrage von autoritativer Seite sich bereit fände, die Quelle näher zu bezeichnen, aus welcher das Blatt jene falsche Meldung geschöpft habe, erklärte der Obmann, Herr von Jaworski, daß er, da es seine Pflicht sei, vor allem die Ehre des Klubs zu wahren, von dieser Bemerkung des Blattes Akt nehme und es als seine Pflicht erachte, dieser Angelegenheit usque ad finem nachzugehen. Der Polenklub pflichtete der Erklärung des Obmannes einstimmig bei.“

Dieses Kommuniqué war veranlaßt worden durch verschiedene Gerüchte, die auch im Abgeordnetenhause kursierten, die Panik sei durch Spekulationen im Polenklub auf der Börse hervorgerufen worden, und der Nachklang dieser Gerüchte durchzitterte noch die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses an den folgenden Tagen.

Am 17. November wurden gleichzeitig sieben Interpellationen vorgelegt, alle Klubs bezeichneten es als Ehrensache des Abgeordnetenhauses, der Entstehung der Alarmgerüchte nachzuforschen, da man als die Quelle derselben das Abgeordnetenhaus und dessen Mitglieder vermutete. Die Interpellanten verlangten die Eruierung der Schuldigen und deren Bestrafung. Den ersten dieser Vorschläge beeilte sich der Polenklub dem Hause zu machen. Die Abgeordneten Heilsberg, Kaizl, Morsey, Ferjancic, Steinwender, Lueger, Hauck erhoben sich der Reihe nach, um namens ihrer Parteigenossen der tiefsten Entrüstung über die Verbreiter dieser alarmierenden Nachrichten in scharfer Weise Ausdruck zu geben. Man überbot sich in Worten verdammender Kritik gegen die Anstifter der Panik, die niemand nannte und jeder zu kennen glaubte.

Graf Taaffe beantwortete schon am 18. November die Interpellation und erklärte, die Regierung teile die Entrüstung der Parteien über die Urheber der Börsenpanik und verurteile

diese Verbreitung falscher Nachrichten. Die Börse habe bereits zur Untersuchung des Vorfalles durch ihre Kammer ein besonderes Komitee eingesetzt. Die Staatsanwaltschaft in Wien pflege schon die staatspolizeilichen Erhebungen. Die Regierung wolle in ihrem Wirkungskreise die Bestrebungen zur völligen Aufklärung und Ahndung der erwähnten Vorgänge aufs kräftigste unterstützen.

In der Debatte über die Antwort des Ministerpräsidenten wendete sich Abgeordneter Lueger gegen die Zeitung, welche die Alarmnachrichten aus dem Abgeordnetenhause verbreitet hatte, und verlangte, daß die Untersuchung auch auf den Umstand ausgedehnt werde, ob unter den Börsespielern sich auch Mitglieder des Abgeordnetenhauses befinden. „Es müsse ein Exempel statuiert werden, damit in Hinkunft die geheiligte Person des Monarchen nicht mehr in den Streit der Parteien gezerrt werde, was jeden Patrioten empören müsse."

Abgeordneter Ritter von Bilinski versicherte, der Polenklub habe bereits alles getan, um die falschen Meldungen zu berichtigen. Der Obmann habe dem Klub versichert, man werde „usque ad finem" die Urheber dieser falschen Gerüchte verfolgen. Dem Klub sei es vor allem darum zu tun, die Wahrheit festzustellen, ohne Rücksicht auf die Schuldigen.

Als aber die Angriffe gegen den Polenklub in politischen und Gesellschaftskreisen nicht verstummten, versandte der Obmann neuerdings im Namen des Klubs an die Journale eine Erklärung des Inhaltes, er habe in unzweifelhafter Weise festgestellt, daß im Laufe des 12. und 13. November vor der Sitzung des Klubs weder der Obmann noch die Mitglieder seiner parlamentarischen Kommission, deren Beratung am Abend des 13. November nur noch Minister von Zaleski beiwohnte, gegen irgend jemand auch nur die geringste Erwähnung über die vom Kaiser an den Obmann des Klubs gerichteten Worte getan habe. Weiter gab der Klub dem Gefühle tiefster Entrüstung über die nach solcher Feststellung umso ungerechtfertigter erhobenen Verdächtigungen seiner Mitglieder Ausdruck, die man beschuldigte, sie hätten die Panik an der Wiener Börse, welche von Paris aus am 13. No-

vember verbreitet worden war, verschuldet. Der Klub beschloß, in der Angelegenheit neuerlich eine Anfrage an die Regierung zu richten.

Welcher Abgeordnete war es, von dem der Redakteur des „Wiener Tagblattes" die Information über die Vorgänge in der geheimen Sitzung des Polenklubs erhielt? Diese Frage beschäftigte alle Kreise, bildete den Gegenstand der Untersuchung seitens der Organe der Staatspolizei, der Staatsanwaltschaft und der Börsekammer! Wie nahe lag es, den Verdacht gegen meine Person zu lenken, nachdem ich als Mitglied des damals von den Antisemiten viel befehdeten „Concordia-Clubs" zu Journalisten Beziehungen unterhielt. Einen wehrlosen Sündenbock der Meute hinzuwerfen, um sie stumm zu machen, wäre manchen als ein willkommener Ausweg aus der unerquicklichen Situation erschienen. Allein der Vorfall in der Nacht unmittelbar nach der Klubsitzung, die der betreffende Sicherheitswachmann ordnungsgemäß des Morgens seinem Vorgesetzten meldete, hätte jeden Verdacht gegen mich unmöglich gemacht.

In der Aufregung blieb es damals unbeachtet, daß in der letzten Erklärung des Polenklubs denn doch ein einzelner Name genannt wurde, der des Ministers Zaleski, mit dem Bemerken, daß er der Beratung beiwohnte.

Am 24. November 1891 interpellierte Abgeordneter Jaworski neuerlich, ob die Regierung mit Rücksicht darauf, daß das „Wiener Tagblatt" sich bereit erklärt hatte, die Quelle, aus welcher jene Nachricht stammte, über autoritatives Verlangen zu bezeichnen, von diesem Anerbieten Gebrauch machen wolle.

Justizminister Graf Schönborn erwiderte, die Angelegenheit befinde sich in einem Stadium, in welchem ausschließlich gerichtliche Organe sich mit ihr zu befassen haben; es seien bereits Zeugen vernommen worden.

Die Untersuchungskommission der Wiener Börsekammer konstatierte, daß an dem kritischen 14. November an der Börse selbst keine falschen Gerüchte entstanden waren, daß vielmehr die Beunruhigung ausschließlich an die Börse

gebracht und auch die Panik von außen hervorgerufen wurde. Von welchen der Börse fernstehenden Personen die falschen Gerüchte an die Börse gelangten, konnte nicht erhoben werden, weil die Untersuchungskommission nicht berechtigt war, die Namen derjenigen zu erforschen, welche die Aufträge, zu verkaufen, gegeben haben.

Abgeordneter Hauck verlangte infolgedessen am 26. November, die Regierung möge erwägen, ob es sich nicht empfehle, das Arrangementbureau der Börse zu verstaatlichen und es dem Giro- und Kassenverein zu entziehen. Am 15. Dezember 1891 und am 26. Jänner 1892 interpellierte Abgeordneter Hauck über das Ergebnis der strafrechtlichen Untersuchung.

Am 3. Februar 1892, an dem Tage, an dem die Beratung der Börsensteuer im Abgeordnetenhause begann, brachte Dr. Lueger den Dringlichkeitsantrag ein, die Akten der Börsenkammer und des Strafgerichtes in der Untersuchung über die Panik an der Börse zur Prüfung einem Ausschuß vorzulegen. Dieser Antrag, über welchen Abgeordneter Dr. Weeber am 15. Februar berichtete, wurde angenommen.

Graf Schönborn beantwortete am 6. Februar 1892 die Interpellation Hauck dahin, daß die Voruntersuchung sowie die Vorerhebungen gegen die Redakteure des „Wiener Tagblattes" mit der Verfügung des Untersuchungsrichters vom 20. Jänner über Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der weiteren Verfolgung gemäß § 109, beziehungsweise § 90 der Strafprozeßordnung eingestellt wurden. Die Untersuchung hatte ergeben, daß die Nachricht, welche die Börsepanik hervorrief, nur der Niederschlag dessen war, was der Redakteur des genannten Blattes von seiner Meinung nach wohlunterrichteten Personen erfahren hatte, und es müsse zugegeben werden, daß die Publikation übereilt, vielleicht auch taktlos war.

Diese Erklärung des Justizministers konnte unmöglich der Wahrheit entsprechen, nachdem die Redaktion des „Wiener Tagblattes" am 15. November 1891 strikte erklärt hat, „die Quelle näher zu bezeichnen, aus welcher das Blatt jene Mel-

dung geschöpft hatte," wenn von autoritativer Seite Anfragen kämen. Der Bericht erschien also auf Grund einer speziellen Information, was zweifellos auch in den Untersuchungsakten zu lesen war. Deswegen wurde denn auch die Vorlage der Untersuchungsakten urgiert.

Am 26. April erklärten Justizminister Graf Schönborn und Finanzminister Dr. Steinbach, daß sie die verlangten Untersuchungsakten nicht vorlegen könnten. Das Strafgericht hätte entschieden, die Akten seien nicht auszuliefern und die Börsenkammer betrachtete das gleiche Verlangen als einen Eingriff in ihre Autonomie. Es sei daher der Regierung nicht möglich gewesen, den Wunsch des Hauses zu erfüllen.

Seit dieser Erklärung ruhte die Angelegenheit mehrere Jahre, bis die christlichsoziale Opposition gegen den Grafen Badeni sich plötzlich daran erinnerte, daß der zur Untersuchung eingesetzte Ausschuß seinen Bericht noch nicht erstattet habe. Am 27. November 1895 interpellierte deshalb Dr. Lueger den Obmann des Ausschusses Dr. von Fuchs über den Stand der Angelegenheit. Dieser verwies auf die erfolgte Ablehnung der Forderung, die Untersuchungsakten des Strafgerichtes und der Börsenkammer vorzulegen. Infolgedessen erschien es überflüssig, den Ausschuß, der zur Prüfung dieser Akten eingesetzt worden war, noch einzuberufen.

Abgeordneter Jaworski wies bei dieser Gelegenheit die von Dr. Lueger gegen den Polenklub vorgebrachten Angriffe als Verleumdungen zurück und sprach das Bedauern aus, daß der Ausschuß seine Tätigkeit eingestellt habe.

Bei der Machtstellung des Polenklubs im Parlament wäre es ihm nicht schwer gewesen, die Vorlage der Akten zu erzwingen. Er vermied das, weil die Untersuchung das überraschende Resultat ergeben hat, daß der Berichterstatter seine Information für den Artikel von keinem geringeren als dem Minister für Galizien, Herrn von Zaleski, erhalten hatte.

Als Herr Jaworski nach der Demission des Ministeriums Taaffe in das Koalitionskabinett Windischgrätz als Minister für Galizien eintrat, gelang es allmählich Zaleski,

an die Spitze des Polenklubs zu gelangen und als Obmann desselben intime persönliche Freundschaftsbeziehungen zu den Führern der antisemitischen Parteien, so vor allem zu dem Prinzen Alois Liechtenstein, anzuknüpfen und so ließen diese nunmehr die Sache ruhen.

Noch einmal, kurz vor Auflösung des Hauses, interpellierte das Enfant terrible der antisemitischen Partei im Parlament, Abgeordneter Schlesinger, am 19. Jänner 1897 über das Resultat der Untersuchung der Börsenpanik vom 14. November 1891. Eine Antwort erhielt er nicht mehr.

Prinz Alois Liechtenstein.

In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war Prinz Alois Liechtenstein noch nicht Oberhaupt eines Antisemitenklubs, sondern einer der Führer der konservativen klerikalen Partei; Abgeordneter der Hartberger Bauern, die vor allem eine Verkürzung der Schulpflicht forderten, sah er in mir den Nachfolger des Krakauer Rabbiners Schreiber, gleichsam einen „Jüdisch-Klerikalen“, und hielt mich im gewissen Sinne für einen Parteigenossen. Wir saßen auf der rechten Seite des Hauses zur gemeinsamen Unterstüzung des Ministeriums Taaffe. Einmal sprach er mir gegenüber verwundernd, daß man im Salon des Baron Nathaniel Rothschild niemals „einem Ihrer Konnationalen begegnet. Gibt es nicht innerhalb der Wiener Judenschaft Männer, die würdig sind, bei Baron Nathaniel Rothschild zu verkehren und zu seinen Festen geladen zu werden?“ Das war offenbar eine Anspielung auf die damals bekanntgewordene malitiöse Antwort des Fürsten Schwarzenberg, als man ihm nahelegte, bei einem Fest des Baron Nathaniel Rothschild zu erscheinen. Man glaubte es nötig zu haben anzudeuten, der Fürst brauche nicht besorgt zu sein, dort etwa mit Juden in Berührung zu kommen, er werde dort keinem begegnen. Prinz Schwarzenberg antwortete: „Nathaniel Rothschild verkehrt nicht mit Juden, ich auch nicht.“

Nathaniel Rothschild war das Opfer des eigenartigen Milieus, mit dem er sich umgab und unter dessen Einfluß er stand. Er lebte zurückgezogen von Geschäften, ausschließlich seinen gesellschaftlichen Liebhabereien, war unverheiratet und seine Umgebung war rein arisch, unter seiner Dienerschaft fand sich kein einziger Jude. Sein Intimus war ein Direktor Schuster.

Dieser sowohl wie sein Sekretär Hoffmann haben in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bei den Wahlen antisemitisch gestimmt und auch, wie es hieß, an dem antisemitischen „Siegesfest“ persönlich teilgenommen. Hierüber erhielt ich einen Bericht von dem Landesgerichtsadjunkten (späterem Landesgerichtsrat) Dr. Kohn, ich publizierte ihn in der „Österreichischen Wochenschrift“ und fügte selbstverständlich meine Glossen daran, die Herrn Nathaniel Rothschild stark berührten. Er wandte sich an mich mit der Anfrage nach meinen Gewährsmännern und mit Zustimmung des Herrn Dr. Kohn, der einer der Gründer der „Österreichisch-Israelitischen Union“ und ein überzeugungstreuer Mann war, nannte ich seinen Namen. Am 17. April 1889 erhielt ich ein Schreiben des Baron Nath. Rothschild, worin er mich bat, Herrn Dr. Kohn zu veranlassen, ihn zu besuchen. Er fügte hinzu, daß Direktor Schuster und Sekretär Hoffmann die Mitteilungen bestreiten, er zweifle nicht an der Richtigkeit ihrer Aussagen. Dr. Kohn hatte sich Freitag am 12. beim Baron Nathaniel eingefunden und dort kam es zu einer starken Auseinandersetzung zwischen Dr. Kohn und Direktor Schuster. Dieser, der durch seine Stellung bei Rothschild in der Wiener Gesellschaft eine einflußreiche Position hatte, versuchte daraufhin, den Landesgerichtsadjunkten Dr. Kohn bei dem Oberlandesgerichtspräsidenten Schwaiger anzuschwärzen und Dr. Kohn stand nicht an, den Oberlandesgerichtspräsidenten über die Vorgänge aufzuklären und rund heraus zu sagen: „Ich fühle mich gekränkt, wenn Angestellte eines Juden sich antisemitisch betätigen.“

Zu mir kam Direktor Schuster ins Parlament, um mich ebenfalls zu persuadieren, daß die mir zugekommenen Mitteilungen nicht richtig sind, und bat mich, den Herrn Baron ebenfalls besuchen zu wollen. Ich ging also zu Baron Nathaniel Rothschild und im Verlaufe des Gespräches erzählte ich ihm jene Frage, welche Prinz Alois Liechtenstein an mich während einer privaten Unterhaltung im Abgeordnetenhause gerichtet hat. Für die Geistesverfassung des Barons Nathaniel war die Antwort charakteristisch, die er mir erteilt hat: „Von heute an werde ich Prinz Alois Liechtenstein nicht mehr einladen.“

Ich unterließ nicht, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß es allgemein befremdet, unter seinen Angestellten keinen einzigen Juden zu sehen; ja, man erzähle sich, daß bei Bewerbung von Stellen Herr Direktor Schuster die Vorlage eines „Taufscheines" verlange.

Was er als Aufklärung vorbrachte, bildete in mir die Überzeugung, daß ich keineswegs einem Manne von recht beträchtlicher Intelligenz gegenüber saß. Für jüdische Belange war ihm kein Verständnis beizubringen und es erklärt sich daher, daß manche seiner Extravaganzen geeignet waren, der Luegerpartei Anhänger zuzuführen. So vor allem die dumme Geschichte des Schlosses Hinterleiten bei Reichenau.

In diesem reizenden, von mächtigen Bergen, wie Rax, Schneeberg, Feuchter und Gams umrahmten Tal hatte er sich ein Schloß nach den Plänen zweier französischer Architekten errichtet. Aus Paris wurden Dekorateure und Tapezierer berufen, um die Inneneinrichtung herzustellen, aus Japan und Brasilien kamen Bäume und Sträucher, die in den herrlichen Garten verpflanzt wurden, der das Schloß umgibt. Vor dem im Hochparterre befindlichen Schlafzimmer des Baron Nathaniel stand ein von entzückenden roten Blüten strotzender Baum, dessen Transport hierher allein die damals respektable Summe von zehntausend Gulden gekostet hatte. Das Schloß Hinterleiten war eben vollendet worden, als eines Morgens der damalige Eigentümer des benachbarten Schlosses Wartholz, Erzherzog Karl Ludwig, der Großvater des späteren Kaisers Karl, dort erschien, dem man über das Buen retiro des Baron Nathaniel Rothschild so viel erzählt hatte, daß er seine Neugierde, es zu sehen, nicht mehr zu zähmen vermochte. Der Erzherzog läutete an der Schloßpforte, der Portier kam und er konnte natürlich dem Erzherzog den Eintritt und die Besichtigung, trotz der Abwesenheit des Schloßherrn, nicht gut verweigern. Aber Nathaniel Rothschild fühlte sich durch diesen Besuch des Erzherzogs während seiner Abwesenheit gekränkt und der Portier wurde — entlassen. Von dieser Stunde an wurde Baron Nathaniel durch die Bewohner des Schlosses Wartholz und den großen, einflußreichen Kreis um diese boykottiert...

Ein Jahr später und der Baron beschließt, das Schloß in eine Stiftung für Lungenkranke zu verwandeln....

Dagegen regnete es Proteste seitens der Stadtgemeinde und sämtlicher Bewohner Reichenaus, Deputationen erschienen beim Statthalter, die Stiftung nicht zu genehmigen, in den antisemitischen Versammlungen und Zeitungen regnete es gegen ihn Schmähungen aller Art und so entschließt sich der Baron, das Schloß dem Militärärar als Erholungsheim für rekonvaleszente Offiziere zu schenken. Allein vor Annahme dieses Geschenkes mußte erst die Frage der Erhaltung einer solchen Stiftung Erledigung finden, d. h. Sicherungen geboten werden. Das Rothschild-Spital, welches der Israelitischen Kultusgemeinde Wien als „Stiftung" geschenkt wurde, muß aus den Mitteln der Kultussteuern der Gemeinde erhalten werden, war eigentlich, wie Kultusvorsteher Salo Cohn einmal in einer Vorstandssitzung sagte, ein Danaergeschenk. Dem Militärärar dagegen erlegte der Stifter zwei Millionen, deren Interessen als Zulage für die es jeweilig bewohnenden Offiziere verwendet werden sollen, außerdem auch noch eine Million als Fonds für die Erhaltung des Gebäudes und des Parkes und zu guter Letzt bekam er eine Vorschreibung auf neunzigtausend Gulden Schenkungsgebühr. Er schluckte diese bitteren Pillen hinunter und hat Reichenau bis zu seinem Tode nicht mehr betreten. Die Offiziere aber, denen das Schloß gewidmet war, blieben aus und die Zahl derjenigen, die von den Stiftungsplätzen Gebrauch gemacht haben, ist eine sehr geringfügige.

Prinz Liechtenstein hatte sich inzwischen gehäutet, aus einem klerikalen Führer wurde ein antisemitischer Hetzapostel, die bäuerlichen Wähler in Hartberg ließ er im Stich und nahm das Mandat des Hernalser Bezirkes in Wien an und bald mußte ich ihm unsanft das Hühnerauge berühren.

Eine Episode aus der Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 22. Juni 1891 zitiere ich hier nach dem stenographischen Protokoll:

Präsident: „Abgeordneter Dr. Bloch hat das Wort." Abgeordneter Dr. Bloch: „Aus der langen Reihe bedeutsamer politischer Enunziationen, welche die Budgetdebatte gebracht hat

und die für lange hinaus unser politisches Leben beeinflussen werden, hebt sich heraus die eigenartige Rede des Prinzen Liechtenstein, die wohl weniger intendiert hat zur Klärung der politischen Situation beizutragen als etwas Pikantes, Frappierendes zu bieten; die sich auszeichnet durch eine Reihe neuartiger, nationalökonomischer Lehren und pikanter neu enthüllter Tatsachen, deren einer gegenüber ich verpflichtet bin, eine tatsächliche Berichtigung entgegenzustellen, umsomehr, als ich bedauere, daß keiner der hochgeehrten Vorredner sich gedrängt gefühlt hat, gegen die Wahrheitsentstellung Protest einzulegen.

Seine Durchlaucht Prinz Liechtenstein begründet die Notwendigkeit seines antisemitischen Programmes und seiner antisemitischen Partei durch ein frappierendes ‚statistisches Ergebnis'. Er sagt (liest):

> ‚Es gibt keinen christlichen Bankier mehr in Wien (Abgeordneter Schneider: Leider!), es gibt keinen nennenswerten christlichen Einfluß im Konfektionärwesen, im Händlertum und im Großbetriebe des Handwerkes und sehr bald, wenn die Dinge so weiter gehen, werden die allerwichtigsten und einträglichsten Geschäftszweige von den letzten christlichen Firmen gesäubert sein. Das ist einfach ein ziffernmäßiges Ergebnis, gegen welches humanitäre Deklamationen nichts ausrichten.'

Auf Grund dieses sogenannten ‚ziffernmäßigen Ergebnisses' baute der fürstliche Redner sein antisemitisches Gebäude auf und dieser einzige Stützpfeiler scheint ihm so gewichtig, daß er sich zu dem Diktum verstieg (liest):

> ‚Wenn Sie also den Antisemitismus für eine Schmach der Zeit erklären, könnten Sie ebenso gut behaupten, die Statistik sei ein Schandfleck unseres Jahrhunderts.'

Zu einem solchen Ergebnisse, meine Herren, kann nur der gelangen, dem jüdische Firmen wie Rothberger und Ludwig Zwieback und Bruder stets ärgerlich auffallen und in der schmerzlichen Erinnerung haften bleiben, der aber an christ-

lichen Firmen wie Thonet, Haas, Wahliss usw. achtlos vorübergeht.

Von den jüdischen Bankfirmen spielt nur das Haus Thorsch eine Rolle. Die Bankhäuser Dutschka, Hutterstraßer, Scharmitzer kennt der fürstliche Statistiker nicht. An der Börse stehen als Präsident und Vizepräsident Christen, gewiß achtbare Männer. An den Sünden der Börse haben somit Christen und Juden gleichmäßigen Anteil.

Wenn er aber behauptet, es gebe keinen ‚nennenswerten christlichen Einfluß an der Börse und in den Banken', so hätte der fürstliche Redner, bevor er dieses vergiftende Schlagwort in die Massen wirft, wenigstens ein amtliches Verzeichnis der Wiener Bank- und Kreditinstitute befragen sollen, wie es sich damit verhält. Die Österreichisch-Ungarische Bank besitzt gewiß ‚einen nennenswerten Einfluß' auf die Börse und das Bankwesen; Gouverneur, Vizegouverneur, zehn Generalräte, sechs Direktoren sind Christen, zum Teil Männer vom Adel. Die Firmenzeichner der Geschäftsleitung sind Christen, nur drei Juden sitzen in der Direktion. Der fürstliche Redner wird vielleicht meinen, daß diese Juden kolossalen Einfluß haben in der Bankverwaltung. Ich kann ihn beruhigen, bei der Österreichisch-Ungarischen Bank wird kein Beamter angestellt, der nicht ein Taufzeugnis vorlegt. Da sehen Sie, meine Herren, den großen Einfluß dieser Juden bei der Österreichisch-Ungarischen Bank.

Im Wiener Bankverein sitzen Graf Oswald Thun als Präsident, Adolf Ritter v. Schenk, Rudolf Graf Amadei, Dr. G. Siemens, Dr. Kilian Steiner, Freiherr v. Liebieg, Ritter v. Raccovizza als Administrationsräte, Dr. Josef Jolly als Direktor. Neben diesen auch zwei Juden. Drei christliche Advokaten sind als Zensoren angestellt. Prinz Liechtenstein legt aber auf das Amt der Zensoren, weil diese den Kredit bestimmen, großes Gewicht.

In der Bodenkreditanstalt sitzen: Exzellenz Baron Bezecny als Präsident — ich glaube, er ist kein Jude — dann die Barone Eiselsberg, Hopfen, Heimberger, Baron Friedrich Mayr, Exzellenz Baron Pußwald, Freiherr v. Weber, Graf Bombelles, Paul

Pacher v. Theinburg als Verwaltungsräte. Als Zensoren fungieren zwei christliche Advokaten und ein Jude.

In der Zentralbodenkreditanstalt fungiert als Präsident Fürst Thurn und Taxis, als Vizepräsident Reichsgraf Montecuccoli, im Verwaltungsrate sitzen ein Fürst, zwei Grafen, zwei Ritter und ein Jude.

Im Verwaltungsrate der Kreditanstalt sitzen dreizehn Christen, meist von Adel und drei Juden.

In der Allgemeinen Depositenbank sitzen als Präsident Graf Kinsky, im Verwaltungsrate vier Christen und ein Jude.

In der Eskomptegesellschaft sitzen drei Christen, im Verwaltungsrat acht Christen und ein Jude.

In der Hypothekenbank sind Präsident und Direktoren lauter Christen.

In der Wiener Eskomptebank sind Präsident, Verwaltungsräte und Direktoren lauter Christen.

Ähnlich ist das Verhältnis in der Unionbank. Präsident ist hier Graf Dubsky.

Angesichts solcher Tatsachen behauptet Fürst Liechtenstein, ‚es gibt keinen nennenswerten christlichen Einfluß mehr in den Banken‘.

Sehen Sie, meine Herren, die Verwaltung der industriellen Unternehmungen an, der Eisenbahnen, der Versicherungsgesellschaften, so finden Sie überall die gleichen Ergebnisse. Es sitzen da hochadelige Herren, mit Namen wie Rohan, Lobkowitz; Juden sind in verschwindender Minorität.

Ich mache den Herren daraus gewiß keinen Vorwurf, es ist jedenfalls ein patriotischeres und löblicheres Wirken, an der Spitze gesellschaftlicher Unternehmungen gemeinnützig tätig zu sein, als z. B. die eigenartige, gewerbsmäßige Volksverhetzung mit jener vordringlichen Frömmigkeit, die immer bloß die Sünden anderer beichtet.

Die exakten Wissenschaften, zu denen auch die Statistik zählt, haben unserem Zeitalter Ruhm und Glanz verliehen; Prinz Liechtenstein hat uns zugerufen: ‚Wenn Sie also den Antisemitismus für eine Schmach der Zeit erklären, so können Sie ebenso gut behaupten, die Statistik sei ein Schandfleck

unseres Jahrhunderts.' Ich antworte: ,Jawohl, die antisemitische Statistik, die Statistik, welche die Wahrheit entstellt und verzerrt, um den Instinkten der Masse zu schmeicheln und die Begehrlichkeiten zu erregen, diese Afterstatistik — er hat es selbst gesagt und ich könnte es bloß mit seinen Worten bezeichnen —, sie gereicht weder unserer Zeit noch sonst jemand zur Ehre."

* * *

Juni 1891 durfte noch ein Mitglied des Polenklubs dem Prinzen Liechtenstein in solchen Tönen eine Abfertigung widmen, ohne auch nur Vorhaltungen seitens der Klubleitung zu gewärtigen. Das hat sich später gewaltig geändert.

Prinz Liechtenstein gewinnt Einfluß auf den Polenklub.

Im Jänner 1893 hat Dr. Emil Byk als Abgeordneter für Brody sich gedrängt gefühlt, gegen eine Hetzrede des Prinzen Liechtenstein einige Worte zu wagen. Prinz Alois Liechtenstein hatte wegen Bedrohung des christlichen Volkes durch die angeblichen Vorrechte der Juden gesprochen, die auf alles die Hand legen. Abgeordneter Byk erwiderte mit Recht darauf, daß, wenn von „Vorrechten" geredet werden darf, darunter bloß die Vorrechte des Adels verstanden sein können. Das Schlagwort: Kampf gegen die Vorrechte, gegen die Übermacht der Juden, entspringt offenkundig der Besorgnis, das Volk könnte sich endlich einmal gegen die Übermacht der Fürsten auflehnen; er fühle sich verpflichtet, die hämischen Bemerkungen des fürstlichen Redners in bezug auf die Juden zurückzuweisen. Wegen dieser Rede hat Dr. Byk infolge einer Beschwerde des Prinzen Liechtenstein vom Obmann des Polenklubs scharfe Vorwürfe vernehmen müssen. Auch der Klub befaßte sich mit der Angelegenheit und gelangte zu dem Beschluß, Dr. Byk aufzufordern, in offener Sitzung des Parlaments sich wegen seiner Ausfälle gegen den Prinzen Liechtenstein zu entschuldigen.

Dr. Byk schwankte zwei Tage lang, es war für ihn

schwer, dieser harten Aufforderung Folge zu leisten. Ein Mitglied des Polenklubs, Abgeordneter Ritter v. Gniewosz, widerriet ihm solche Unterwerfung. Gniewosz war ein Mann, dem die Juden ein dankbares Gedenken schuldig sind. Als Referent im Kultusministerium für jüdische Angelegenheiten hatte er die jüdische Not in Galizien kennen gelernt und die Antisemiten, die von der Übermacht und dem Reichtum der Juden so oft schwatzen, eingeladen: „Gehen Sie des Nachts durch ein kleines Städtchen Galiziens. Sie werden da arme Gestalten herumschleichen sehen, Sie werden sie trotz Regen und Frost in den Hausfluren sich zusammendrängen sehen, und wissen Sie, was der Grund davon ist? Die Leute sind so arm, sie leben so zusammengedrängt in ihren Wohnungen, daß sie abwechselnd das Bett beziehen, daß sie stundenlang abwechselnd schlafen. Das nennen Sie Wohlstand! Wenn Sie sehen würden, wie diese Leute sich erhalten! Eine Zwiebel und ein Stück schwarzes Brot ist öfters ihr einziges Lebensmittel.“

„Einer Nationalität angehörend, die gewiß nicht des Mangels an Katholizismus beschuldigt werden kann, der im Gegenteil ihre Anhänglichkeit an die katholische Religion öfters zum Vorwurf gemacht wird, einer Nation angehörend, welche unter den fanatisch-religiösen Gefühlen anderer viel gelitten und zu leiden hat, als ein Abkömmling einer katholischen Familie, erzogen in der Achtung für den geistlichen Stand und befreundet mit Geistlichen und Bischöfen,“ wendet er sich gegen die Antisemiten, die angeblich behaupten, daß sie ethische Aufgaben erfüllen. Er bestreitet jenen das Recht, von ethischen Aufgaben zu reden, denn nicht ethische Gründe leiten sie: „Es sind ganz andere Gründe dahinter! Denn selbst die Flagge, unter der Sie kämpfen — sie ist nicht rein, das sieht man aus allem, was Sie tun, und sie kann nicht rein sein! Denn jeder urteilt über andere, so wie er selbst ist!“

Dieser Abgeordnete mahnte im Vereine mit mir Dr. Byk eindringlich, dem unwürdigen Diktat sich nicht zu beugen und es lieber auf die Konsequenzen ankommen zu lassen. Wird ihn der Klub ausschließen und er zum Verzicht auf das Mandat gezwun-

gen sein, so wird das unbedingt einen Sturm im ganzen Land erregen, und er kann auf eine einstimmige Wiederwahl mit Gewißheit rechnen. Dr. Byk antwortete, daß wir in bezug auf die Wähler Galiziens einem unbegründeten Optimismus huldigen; die Mandate in Galizien werden vom Polenklub verteilt; nicht die Wähler, sondern der Polenklub entscheidet über die Mandate. Man darf sich über die Chancen einer Wiederwahl unter den gegebenen Voraussetzungen keiner Täuschung hingeben. Dr. Byk tat also, wie der Klub beschlossen, leistete in öffentlicher Sitzung Widerruf und Entschuldigung. Die liberale Tagespresse ging über den Vorfall mit Stillschweigen hinweg; die antisemitischen Hetzblätter übten solche Zurückhaltung nicht, obgleich sie Dr. Byk zugesichert wurde. („Ö. W.“ 1893, Nr. 8, S. 139.)

Erstarkender Einfluß des Prinzen Liechtenstein.

Am 21. Februar 1895 erschien im Amtsblatt der „Wiener Zeitung“ eine Konkursausschreibung für die Besetzung einer Salinenarztensstelle in Hallstatt, in welcher von den Bewerbern ausdrücklich die Beibringung des Taufscheines gefordert wurde. Die Verlautbarung erfolgte auf Grund eines Erlasses des k. k. Finanzministeriums, Zahl 4948 ex 1895. Diese Konkursausschreibung bedeutete einen offenen Rechtsbruch, eine direkte Verletzung der Staatsgrundgesetze, welche in Artikel III bestimmen, daß die öffentlichen Ämter für alle Staatsbürger gleich zugänglich sind.

Es war damals der erste bekannt gewordene Fall, und es galt, gegen diese Ungesetzlichkeit, gegen diese unverhüllte Verletzung der Grundrechte mit aller Energie einzuschreiten. In der Sitzung des Polenklubs vom 17. März jenes Jahres brachte ich diese Konkursausschreibung zur Sprache und bat um die Erlaubnis, den bezüglichen Fall in Hallstatt im Wege einer Interpellation im Abgeordnetenhause zur Sprache zu bringen. Es entspann sich hierüber eine lange Debatte, und der Obmann Zaleski verwies darauf, daß der Vorfall sich nicht in Galizien zugetragen habe; man solle darum lieber in Fällen,

welche Galizien nicht betreffen, es den anderen Parteien überlassen, wann es ihnen nötig erscheint, die Staatsgrundgesetze zu verteidigen. Ich mußte hierauf die angemeldete Interpellation zurückziehen.

Allein der Vorfall erregte berechtigtes Aufsehen. Schon die Äußerung des Polenklubobmannes, daß man es den anderen Parteien überlassen soll, die Staatsgrundgesetze zu verteidigen, wurde in den Tagesblättern vielfach kommentiert. Die „Neue Freie Presse" vom 19. März deutete jene Äußerung dahin, als wäre sie an die Adresse der deutsch-liberalen Partei gerichtet, als Mahnung an ihre Pflicht. Das „Wiener Tagblatt" machte sich lustig über alle Parteien, welche die Aufgabe, die Verfassung zu verteidigen, gegenseitig einander zuschieben:

> „Wenn das Staatsgrundgesetz verletzt wird, so haben sich darüber nur diejenigen aufzuhalten, in deren Heimatsland, vielleicht gar nur in deren Wahlbezirk ein derartiger Fall sich ereignet."
>
> „Herr Dr. Bloch bat um die Erlaubnis, über die vorliegende Verletzung des Staatsgrundgesetzes im Abgeordnetenhause interpellieren zu dürfen. Mit diesem Ansinnen aber ist der Herr Abgeordnete von Kolomea schön angekommen; er kümmere sich in einemfort um jüdische Angelegenheiten, mußte er u. a. hören, und dadurch erschwere er die Bekämpfung des Antisemitismus in Galizien. Obgleich von dem Getöse dieses Kampfes mit den Antisemiten bisher wenig zu hören war. Der Polenklub aber fand einen gediegenen krummen Ausweg, um den Herrn Dr. Bloch mundtot zu machen. Nicht etwa, als ob er gefordert hätte, daß Herr Dr. Bloch einen Taufschein vorweise: aber einen Heimatschein verlangte er, nicht hinsichtlich der Heimat des Interpellanten, sondern hinsichtlich der Heimat der stattgefundenen Gesetzesverletzung. ‚Das ist doch nicht in Galizien geschehen — was geht also diese Sache den Polenklub an?' ‚Überlassen wir es,' sagte Herr von Zaleski, ‚den anderen Parteien des Hauses, wo es ihnen nötig erscheint, die Staatsgrundgesetze zu verteidigen, in Fällen, die Galizien

nicht betreffen.‘ Die bittere Ironie, welche darin gelegen ist, daß der Obmann des Polenklubs den anderen Parteien des Hauses die Verteidigung der Staatsgrundgesetze, wo es ihnen nötig erscheint, zuweist, diese Ironie hat die deutschliberale Partei nur allzu sehr verdient.“

Daraufhin haben die Demokraten Kronawetter und Pernerstorfer eine hierauf bezügliche Interpellation überreicht, und der Minister versprach eine Remedur. Eine neue Konkursausschreibung wurde angeordnet. Die „Neue Freie Presse“ konstatierte:

„Dem Abgeordneten Bloch gebührt das Verdienst, diese Frage angeregt zu haben. Die Gleichheit aller Konfessionen in der Verwaltungspraxis wird damit allerdings nicht gesichert, und niemand gibt sich einer Täuschung darüber hin, daß die Wirkung der Staatsgrundgesetze auf das praktische Leben durch die Schuld der Regierung und der rückschrittlichen Tendenzen des Parlaments täglich schwächer werde. Eines ist jedoch damit erreicht: die formelle Geltung des Staatsgrundgesetzes ist neuerdings bekräftigt worden, und was auf dem Papiere besteht, kann einst in besseren Zeiten, wenn die traurigen Gesinnungen sich ändern, wieder lebendiges Recht werden.“

Aus den Verhandlungen des Polenklubs ersah man, daß der Obmann Zaleski streng darüber wachte, daß von seiten des Klubs nichts geschieht, was dem Prinzen Liechtenstein unangenehm sein könnte.

Verschwörung des Prinzen Liechtenstein mit dem Polenobmann Zaleski.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 14. Juni 1895 hatten Schneider und Genossen eine Interpellation über Kolnidre eingebracht mit der Motivierung, daß es die Juden

von geleisteten Eiden entbinde und den Meineid freigebe. Einen förmlichen Antrag über den Gegenstand einzubringen und zur Diskussion zu stellen, schien diesen Herren wenig empfehlenswert. Die Interpellation verleiht dem Inhalt Immunität und ungestörte Verbreitung — ist gleichzeitig der Diskussion und Widerlegung schwer zugänglich. Als ich nun diesen Vorgang mit kräftigen Worten brandmarkte, das Nötige über Kolnidre vorbrachte, mit dem Hinzufügen, daß die Herren Antisemiten in Sachen des Meineides das denkbar schlechteste Gewissen haben, spielte sich eine Szene von solcher Wildheit und Brutalität ab, wie man es bis dahin noch nicht erlebt hatte. Tobend vor Wut, mit hocherhobenen geballten Fäusten umringten sie mich, jeden Augenblick schien es, als würden die Herren Geßmann, Schneider, Lueger usw. sich tätlich an mir vergreifen, sie erschöpften sich in den niedrigsten Schimpfereien, so daß gegen den Ausbruch dieser Raserei auch die Glocke des Präsidenten sich ohnmächtig erwies.

Diese Tobsucht war aber keine echte und natürliche, sie wurde gespielt als eine nachdrückliche Erinnerung an den Obmann des Polenklubs, Herrn von Zaleski, die getroffene Vereinbarung, mich zur Zurücklegung des Mandates zu nötigen, endlich einzulösen. Seit der Episode mit dem Pfarrer Doktor Deckert, den ich wegen Erdichtung eines gemeingefährlichen Ritualmordmärchens vor das Wiener Schwurgericht gebracht, wo er im Vereine mit seinen Spießgesellen und Mitarbeitern die schärfste gerichtliche Brandmarkung sich geholt, war Prinz Liechtenstein mein geschworener Feind. Der Schwurgerichtsprozeß erregte die denkbar größte Sensation. Liechtenstein sann auf Rache, und so hatte er mit Zaleski einen Handel auf Kassierung meiner Wahl abgeschlossen. Wahlproteste waren nicht eingelaufen, allein um Vorwände gegen die Richtigkeit des Wahlvorganges zu gewinnen, veranlaßte man die Einlieferung aller Vorakten der Wahl, und es fand sich, daß eine große Anzahl von Reklamationen mit Verlangen zur Eintragung in die Wählerliste unerledigt war. Aus welchem Grunde diese Reklamationen nicht berücksichtigt wurden, hätte erst durch Erhebungen festgestellt werden sollen. Überdies waren

es in großer Majorität jüdische Wähler, welche ihr Wahlrecht ohne Erfolg reklamierten. Nun bestellte man zum Referenten für die Wahl einen Mann, der der polnischen Sprache nicht mächtig war und den Akt ungelesen liegen ließ. Und zwar Jahre hindurch. Die antisemitischen Schreier, angefangen mit dem Prinzen Liechtenstein bis zu dem gebrandmarkten Fälscher Ernst Schneider, forderten bei jeder zweiten Sitzung die Vorlage meines Wahlaktes und erweckten den Anschein vor der Öffentlichkeit, als ob irgendwelche ungesetzliche Vorgänge bei dieser Wahl stattgefunden hätten. Meinerseits erklärte ich im Polenklub, ich wünsche keine besondere Protektion und Nachsicht, allein ich verlangte sowohl vom Polenklub als auch von den Führern der Majoritätsparteien Schutz gegen Vergewaltigung und Unrecht; da der Referent erklärte, der polnischen Sprache, in welcher die Akten abgefaßt waren, nicht mächtig zu sein, wurde zur Prüfung des Aktes ein eigenes Komitee eingesetzt und man verstieg sich zu der Versicherung, gegenüber dem antisemitischen Terrorismus müsse der Standpunkt des Gesetzes und der objektiven Gerechtigkeit festgehalten werden. Allein noch bevor den Mitgliedern des Subkomitees die Wahlakten zugänglich gemacht wurden, ehe sie noch in der Lage waren, irgendwie Einsicht in die Akten zu nehmen, geschweige über die angeblichen Fakten irgend eine Untersuchung, eine Erhebung einzuleiten, trat der Obmann des Polenklubs an mich mit dem Ansinnen heran, das Mandat freiwillig zurückzulegen — ohne Rücksicht auf den Inhalt der Akten, ohne Rücksicht auf das etwaige Ergebnis der vorzunehmenden Prüfung derselben. Herr von Zaleski, der Obmann des Polenklubs, motivierte sein Verlangen mit einem Versprechen, welches er dem Prinzen Liechtenstein gegeben hatte, mich zur freiwilligen Niederlegung des Mandates zu veranlassen. Da Herr von Zaleski für den Fall meiner Weigerung, seinem Ansinnen zu entsprechen, die unbedingte Annullierung der Wahl glaubte in Aussicht stellen zu dürfen und es in seiner Macht als Obmann des Polenklubs gelegen war, einen solchen Beschluß der Majorität des Hauses ohne Rücksicht auf Inhalt und Beschaffenheit des Aktes her-

beizuführen, so blieb mir keine andere Wahl, als der gegen mich geübten Gewalt zu weichen und an die Wähler zu appellieren. Wäre Graf Taaffe noch Ministerpräsident gewesen oder wäre nicht ein Mann von dem Charakter des Herrn Zaleski, der jeder Art Beeinflussungen zugänglich war, sondern Männer wie Jaworski oder Grocholski Obmann des Polenklubs — der schmähliche Handel, der zwischen dem Führer der Polen und dem Prinzen Liechtenstein abgeschlossen wurde, wäre unmöglich gewesen.

Der Terror im Wahlbezirk.

Mit dem Verzicht auf das Mandat hörte der Kampf der antisemitischen Partei gegen mich jedoch nicht auf; denn es galt, die Wiederwahl zu verhindern.

Ich hatte nicht erwartet, daß sich Juden finden können, mir unter solchen Verhältnissen bei der neuen Mandatswerbung entgegenzutreten und die Bundesgenossenschaft des Prinzen Liechtenstein und Ernst Schneider anzunehmen, und doch fand sich ein solcher Mann, namens Dr. Trachtenberg, ehemaliger Bürgermeister der Stadt Kolomea, der als Advokat von der Lemberger Advokatenkammer 1891 wegen „Vergehen gegen Standespflichten und Standesehre" zu 300 Gulden und im Jahre 1892 wegen Vergehen gegen Standespflichten zu 100 Gulden Strafe verurteilt wurde und mittels Reskriptes des galizischen Landesausschusses dahin qualifiziert wurde, daß er fremde Kautionen in der Bank ansetzte, und seine Gemeindewirtschaft wegen einer Reihe von Malversationen und Ungesetzlichkeiten sich als anarchisch qualifiziert. An der Spitze der Regierung stand als Ministerpräsident Graf Badeni, der es unternommen hat, Österreich nach galizischen Methoden zu regieren. Graf Taaffe war der Meinung, und hat sich wiederholt dahin geäußert, daß, solange antisemitische Hetzer von betörten Volksmassen in das Parlament entsendet werden, es sich nicht allein aus Gründen der Billigkeit, sondern sogar im Interesse der Staatsregierung empfiehlt, daß im Reichsrat auch ein Mann Sitz und Stimme hat, der den Hetzern mit der erforderlichen Energie und Sachkenntnis entgegenzutreten vermag. Graf Badeni war solchen Erwägungen unzugänglich; seine Staatskunst vertraute ausschließlich den Mitteln der Gewalt. Er

scheiterte kläglich und ein Entrüstungssturm der Bevölkerung hat ihn schließlich von der politischen Bildfläche weggefegt. So kurz seine Regierung war, so reich war sie an Mißerfolgen; seinen einzigen Erfolg bildete die ihm gelungene Verhinderung meiner Wiederwahl in Kolomea, um dem Obmann des Polenklubs eine Blamage und Niederlage zu ersparen. Die Bezirkshauptleute erhielten darum den Auftrag, alle erdenklichen Mittel gegen mich anzuwenden, jüdische Wähler unternahmen Reisen für die Wahlzeit, um sich Vexationen zu entziehen; jüdische Fabrikanten, die mit mir befreundet waren, wurden zum Bezirkshauptmann zitiert und es wurden von ihnen je 500 Gulden als Beitrag für die Wahlkosten Dr. Trachtenbergs abverlangt. Sie mußten dem Befehle gehorchen, weil sie sonst Gefahr liefen, daß ihnen die Fabriken, angeblich wegen „Sanitätswidrigkeit" gesperrt würden; sie hätten allerdings gegen die Verfügung die Beschwerden bei der Statthalterei überreichen dürfen, d. h. den Teufel bei der Großmutter verklagen, aber inzwischen blieben die Fabriken gesperrt, bis nach Monaten irgendeine Entscheidung herablangt. Die Steuerkommissäre luden die Wähler vor und verwarnten sie, nicht gegen den Regierungskandidaten zu stimmen. Und mit einem galizischen Steuerkommissär war nicht zu spassen. Gendarmen besetzten die Eingänge zum Wahllokal, ließen die jüdischen Wähler überhaupt nicht passieren. So war denn Dr. Trachtenberg seiner Wahl sicher. Die antisemitischen Größen von Wien bemühten sich außerdem, ihrerseits ihm zu Hilfe zu eilen. Bei meiner Anwesenheit im Wahlbezirke hatte ich Gelegenheit, im Hause des Herrn Baron Capri Zuschriften des Herrn Dr. Lueger, Telegramme gezeichnet „L.", gerichtet an einen pensionierten Offizier namens Deller, zu lesen, in welchen im Namen der Wiener Christlichsozialen dringend aufgefordert wird, die Kandidatur Dr. Blochs mit aller Energie zu bekämpfen und es wurden zum Zwecke der Organisation größere Geldsendungen in Aussicht gestellt. Dr. Maximilian Trachtenberg erhielt denn auch das Mandat. Die gewalttätigen Vorgänge bei dieser Wahl, die Kniffe und Künste, die angewendet wurden, um ein solches Resultat herbeizuführen, waren

Dr. Lueger naturgemäß bekannt, und er beging die Heuchelei, in der Sitzung des Österreichischen Abgeordnetenhauses vom 7. Dezember 1895 gegen den Ministerpräsidenten Grafen Badeni wegen der gegen Dr. Bloch geübten Gewalttätigkeiten in einer Interpellation Vorwürfe zu erheben. Während des Wahlkampfes waren die Herren Lueger und seine Parteifreunde mächtige Protektoren Trachtenbergs und zuletzt stellte sich Herr Dr. Lueger plötzlich über das Unrecht entrüstet, welches gegen mich verübt wurde. Das war eines jener Jesuitenkunststücke, in welchen Dr. Lueger glänzte.

Liberale Mitglieder des Polenklubs waren über das Vorgehen des Obmannes entrüstet, doch sie blieben in der Minorität. Zaleski äußerte einmal auf einen Vorhalt zynisch: „Ich sehe ein, daß Dr. Bloch den Juden sehr nützlich war, für sie vielleicht notwendig, allein ich sehe nicht die Notwendigkeit ein, daß der Messias der Juden aus der Mitte des Polenklubs geboren werden soll.“

Sektionschef Eduard Ritter v. Gniewosz-Olexow schrieb einige Jahre später, noch wenige Wochen vor seinem Tode, nachstehende Worte:

> „Ich meine den früheren Abgeordneten Dr. Josef Bloch. Dieser hatte wegen seines Mutes und seiner Unerschrockenheit auf Schritt und Tritt zu leiden und wurde schließlich vollständig lahmgelegt. Seine Ausschließung aus dem Klub und aus dem Parlament war ein Werk der Wiener Antisemitenführer und ich habe nie begreifen können, daß die einflußreichen Juden sich nicht bemüht haben, dem Doktor Bloch ein unabhängiges Mandat irgendwo zu sichern. Bei dem Mißbrauch der parlamentarischen Tribüne für unwürdige Exzesse, wie es leider in Österreich Unsitte geworden, war ein Mann von dieser Art und Schlagkraft notwendig.“

Daß Gniewosz recht hatte, zeigte der Beginn und der Verlauf des Prozesses Hilsner, der wesentlich durch parlamentarische Drohungen und Einschüchterungen der obersten Justizstellen möglich geworden ist, wovon eine kleine Kostprobe in dem Kapitel über Ernst Schneider zu lesen ist.

In einem Artikel der „Jüdischen Presse“, Nr. 50, 1895, heißt es am Schlusse:

„Dr. Bloch hat die ‚wissenschaftliche‘ Seite der ‚Judenfrage‘, die ‚wissenschaftliche‘ Begründung der Verleumdungen von Juden und Judentum aus dem Parlamente beseitigt. Er hat sich dadurch ein dauerndes Verdienst erworben. Nun ist er aus dem Parlamente fort, die Tore sind knarrend hinter ihm zugefallen, aber dazwischen ist es noch schnell hineingehuscht — das schaurige Blutgespenst. Es ist wieder da, denn, der es verscheuchte, ist fort!“

Anmerkungen.

[1] Talmud, Kidduschin, Fol. 25 a.
[2] Plutarch: Das Leben Cato's, X, 21. Vrgl. Döllinger: Heidentum, S. 673 ff.
[3] Cicero: de offic., III, 23.
[4] Franz Hitze, der über die „Verjudung Deutschlands" klagt, muß doch zugestehen: „Palästina allein kannte keine herrschenden Stände. Das hebräische Volk repräsentierte das Prinzip der Gleichheit am frühesten und vollkommensten." (Die soziale Frage. Paderborn, 1877. S. 12, Anm. 2.)
[5] Vergleiche Glaser, die Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse bei den Griechen. Berlin 1865.
[6] Arist. Polit. 8. 3.
[7] Talmud, Baba Mezia, Fol. 77.
[8] R. Meir.
[9] Baba Bathra, Fol. 110. Nedarim, Fol. 40 b. Aboth d. N. 11.
[10] Sprüche Salom. 10, 12; 11, 14.
[11] Aboth des R. N. das.
[12] Talmud das.
[13] das.
[14] Talmud das.
[15] Berachod 8 a.
[16] aboda.
[17] aboda.
[18] ebed.
[19] ebed.
[20] Gittin, Fol. 42 und 43, Tosefta, Aboda Zara, IV, Sifra Debraim 259.
[21] Aboda Zara, Fol. 7 b.
[22] Professor J. D. Michaelis, Mosaisches Recht, IV, § 195, weist bereits darauf hin, daß das Gebot der Arbeitsruhe für heidnische Fremde und Sklaven, sowie für die Arbeitstiere, welche nicht am öffentlichen Gottesdienst teilgenommen, den Geist des Gesetzes am klarsten charakterisieren.
[23] Nach dieser Seite hin hat selbst der geistvolle Proudhome die Bedeutung des Gesetzes nicht scharf genug gezeichnet.
[24] Mit derselben Strenge wandte sich das Gesetz an den Arbeiter. Die palästinensische Arbeitsregulierung gestattet dem Arbeiter nicht, die Zeit auf Kosten der Gesundheit bis zum äußersten auszunützen. Wenn heute der Arbeiter unter einer Acht-Stunden-Arbeitszeit, die er vom Gesetze fordert, nichts anderes versteht, als daß ihm dann zwei Extrastunden mit höherem Lohne gezahlt werden, so ist wichtig, daß das palästinensische Gesetz jede Arbeit über die Normalzeit, weil sanitätswidrig, mit schwerer Strafe belegte.
[25] Jellinek, Der jüdische Stamm in nichtjüdischen Sprichwörtern, II, 36.
[26] Professor J. D. Michaelis a. a. O. II, § 142, „Moses scheint in seinem Volke keinen Bettler zu haben." „So viel ist gewiß, der Name Bettler kommt in seinen Schriften, ja im ganzen Alten Testament nicht vor."
[27] Infolge der Ausbreitung der assyrischen Herrschaft und des assyrischen Einflusses vertauschten die hebräischen Palästinenser ohne Bedenken die hebräischen Schriftzeichen mit der assyrischen Quadratschrift; die sprach- und glaubensverwandten samaritanischen Palästinenser heidnischer Abstammung dagegen haben die Schrift der alten Propheten mit fanatischem Eifer verteidigt und treu bewahrt.
[28] Talmud, Succa, Fol. 51 b, Tosefta, das. Kap. 4.
[29] Talmud Kidd. 20 a, Sifra Behar, Kap. 7, Maim. Arbeiter, 2, 9.
[30] Talmud Tractat Maccoth 7 a.
[31] Das.
[32] Talmud und Mischna Sota 4, 7.
[33] Talmud Tr. Baba B. Fol. 111 a. Aboth d. R. N. 11.
[34] Raba bar Chana.
[35] Raba.
[36] Aboth V, 10.
[37] Midr. zu Kohelet 4. 7.

Dr. Artur Dinter für Aron Briman und Dr. Jakob Ecker.

(Zu der Rede in der Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 20. Oktober 1891. S. 308.)

Diese Rede über die betrügerischen Vorgänge bei dem Gerichtsprozeß in Münster hatte seinerzeit die größte Publizität gefunden, selbst die antisemitische Presse hat das vorgebrachte Tatsachenmaterial nicht angetastet. Nicht bloß Professor Bickell, auch Dr. Jakob Ecker lebte damals noch; keiner von ihnen erhob Einspruch gegen die vor den versammelten Volksvertretern dargestellten Fakten. Jetzt erst, nach Jahrzehnten, unternimmt es Herr Dr. Artur Dinter in seiner bereits zitierten Schrift gegen die Rabbiner, sowohl Aron Briman als auch Dr. Jakob Ecker gegen die schweren Beschuldigungen zu schützen. In bezug auf letzteren schreibt er Seite 39:

> „Ich habe sofort an die Bonifatiusdruckerei in Paderborn, in deren Verlag die Untersuchung Eckerts über Brimans „Judenspiegel" erschienen ist, geschrieben und zur Sache folgende Auskunft erhalten: ‚Herr Professor Dr. Ecker ist leider am 20. November 1912 gestorben. Er war zuletzt Professor am Priesterseminar zu Trier. Die schweren Beschuldigungen, die Dr. Wiesen gegen ihn erhebt, entbehren — das kann man mit unbedingter Sicherheit annehmen — jeglicher Begründung. Ein Mann wie Dr. Ecker war einer solchen Handlungsweise nicht fähig. Wenn Dr. Wiesen behauptet, Dr. Ecker habe sich das Gutachten im Münsterschen Prozesse von Briman anfertigen lassen, habe somit das in ihn als vereidigten Sachverständigen gesetzte gerichtliche Vertrauen schmählich mißbraucht, so ist das eine Behauptung, für die der Beweis doch erst noch erbracht werden muß. Was Dr. Wiesen zur Beweisführung anführt, beweist in Wahrheit gar nichts. Ihm aber liegt die Beibringung des Beweises für seine Behauptung ob; nicht Sie haben das Gegenteil zu beweisen. Dieser Ansicht bin auch ich, und so fordere ich Sie, Herr Landesrabbiner Dr. Wiesen, hiemit öffentlich auf, für die ungeheuerliche Beschuldigung, die Sie hier gegen einen verstorbenen, unbeschol-

tenen christlichen Gelehrten und Wahrheitskämpfer erheben, den Beweis zu erbringen, falls Sie sich nicht auch in diesem Falle der Verleumdung schuldig machen wollen!"

„Ebenso verhält es sich mit Ihrer Behauptung betreffs des Briefes Bickells! Auch diesen Brief entnehmen Sie den Koppschen ‚Akten' (S. 26). Aber Professor Bickell nennt in seinem ganzen Briefe den Professor Ecker überhaupt nicht!"

Dem gegenüber sei folgendes konstatiert:

Am 18. August 1892 erschienen in der Berliner „Jüdischen Presse", Nr. 33, aus zwei Briefen Bickells an einen Berliner Gelehrten (vom 1. und 25. März 1885) folgende Sätze mitgeteilt:

„Daran, daß Ecker den ‚Judenspiegel' unter seinem Namen neu herausgibt, ist nur die kolossale Waghalsigkeit bewunderungswürdig. Denn fremdes Eigentum ist seine ‚Beleuchtung' ganz ebenso gut. Dieser Mensch versteht, wie ich genau weiß, auch nicht das mindeste von talmud-rabbinischen Dingen. Als Justus in Münster war, wollte er einmal bei diesem Talmud lesen lernen, gab aber den Versuch schon nach wenigen Minuten als undurchführbar wieder auf, da er verzweifelte, jemals in die Geheimnisse der talmudischen Sprache und Dialektik eindringen zu können."... „Ecker versteht gar nichts von talmudischer Gelehrsamkeit und hat sich das Buch einfach machen lassen."

Diese Auszüge aus Briefen Bickells erschienen 1892, weder Bickell noch Ecker erhoben Einspruch.

In den „Akten und Gutachten" findet man ferner, daß Professor Bickell in Innsbruck in einer Unterredung mit dem Wiener Advokaten Dr. Elbogen im Beisein eines Herrn Ernst Schmidt zeigte, daß er auf seinem Exemplar des „Judenspiegei im Lichte der Wahrheit" den Namen des als Verfasser genannten Ecker ausgestrichen und an dessen Stelle Brimanus gesetzt habe und dann hinzufügte:

„Denken Sie, wenn die Juden wüßten, daß Ecker und Rohling kein Wort vom Talmud verstehen!"

Als Professor an der Innsbrucker Universität hatte Bickell mit Aron Briman während dessen Aufenthalt dortselbst täglich verkehrt, war also in voller Kenntnis der Vorgänge in Münster und die Zeichnung in dem Schreiben an den Wiener Landesgerichtspräsidenten läßt es außer Zweifel, wer der Gezeichnete ist. In meinen „Akten und Gutachten zum Prozesse Rohling—Bloch", Band I, habe ich die Anschuldigung gegen Dr. Ecker direkt erhoben; auch in der „Österreichischen Wochenschrift" wurde der Vorgang wiederholt mit aller Ausführlichkeit gemeldet und das Verfahren Eckers mit Hinweis auf das Schreiben Bickells mit scharfen Worten ver-

urteilt. Professor Bickell aber, der inzwischen von Innsbruck nach Wien übersiedelt war, und eine Lehrkanzel an der Wiener Universität bekleidete, schwieg dazu.

Meine Rede vom 20. Oktober 1891, in der ich genötigt war, vor den Volksvertretern des alten Österreichs die Vorgänge zwischen Ecker und Briman bei der Gerichtsverhandlung in Münster zu erzählen, wurde, wie bereits erwähnt, in der gesamten öffentlichen Presse publiziert, und wiederum hat Professor Bickell das schweigend hingehen lassen, ohne anzudeuten, daß die angerufene Stelle in seinem Briefe mißverstanden werde, was doch seine Pflicht gewesen wäre. Endlich hatte ich auch einmal die Ehre, den Besuch des Herrn Professor Bickell bei mir zu empfangen. Es war bei Gelegenheit, als die Affäre eines Schicksalsgenossen des Aron Briman sich abspielte, nämlich des Paulus Meyer, den Rohling mit einem warmen Empfehlungsschreiben nach Wien an seinen Parteifreund Pfarrer Dr. Deckert behufs Hilfeleistung bei dessen Ritualmordagitationen entsendet hatte. Professor Bickell nahm sich des Paulus Meyer, der auch Talmudkenner war, an und erschien, wie damals in der Tagespresse aller Wiener Parteien gemeldet wurde, auf dessen Veranlassen bei mir, mit dem Ersuchen, ich möchte Paulus Meyer persönlich empfangen und von ihm Mitteilungen entgegennehmen, der nichts sehnlicher wünsche, als Ruhe und „aus den Klauen dieser Leute gerettet zu werden". Gute Gründe veranlaßten mich, jede Berührung mit einem solchen Subjekt rundweg abzulehnen. Professor Bickell verweilte damals lange bei mir, wollte mich persuadieren, den Paulus Meyer zu schonen, und über seine Antezedentien nichts zu veröffentlichen. In der Unterhaltung kam auch die Rede auf Aron Briman, den „Judenspiegel" und auch Dr. Ecker wurde genannt. Mit keiner Silbe jedoch deutete er an, daß ich mich in der Person des von ihm gezeichneten „strebsamen Privatdozenten in Münster, leider Priester" geirrt hätte. Universitätsprofessor Dr. Bickell war ein Mann von peinlichster Gewissenhaftigkeit und strengster Wahrheitsliebe, was ihm oft genug Konflikte und Anfeindungen zuzog. — —

Die besonders gute Sittennote, die Dinter, Seite 36, Aron Briman ausstellt, wird am besten durch die Tatsache beleuchtet, daß Briman nach seinen Wiener Erlebnissen beim Oberrabbiner von Rom persönlich erschien, um Wiederaufnahme ins Judentum ansuchte, was ihm verweigert wurde.

Dinter schreibt:

> „Ebenso steht fest, daß Briman vor und nach seiner Verfehlung ein überaus ehrenhafter, charakterfester Mann war, der sich eines ehrenhaften Wandels stets befleißigt und eines jeden Vertrauens vollkommen würdig war." (Brief des Pater Deßle, Beichtvater Brimans, an Dr. Klemens Viktor, a. a. O. S. 10.) „Und was beweist sein Vergehen gegen seine Wahrheitsliebe?"

Rohling selber hat ebenfalls in der Wiener „Tribüne", Nr. 85, vom 28. März 1883, urbi et orbi verkündet:

„Professor Rohling steht für die Ehrlichkeit des Dr. Justus überhaupt mit seiner Person ein.“

Umso interessanter sind folgende zwei Briefe Brimans, die in der „Neuen Freien Presse“ abgedruckt waren. Am 24. Februar 1884 schrieb Briman an den Wiener Advokaten Dr. Elbogen:

„Professor Rohling schrieb mir vor längerer Zeit, daß er in Prag vor Gericht einen Eid ablegen mußte, daß alle Zitate seiner Broschüre auf Wahrheit beruhen; er bemerkte zugleich, daß er, obwohl von der Richtigkeit aller Zitate keineswegs überzeugt, es denn doch gewagt habe, einen Eid abzulegen, und zwar tat er dies, wie er sich ausdrückte: ‚Der guten Sache willen‘!“

In einem Schreiben an Dr. Elbogen vom 23. Jänner 1895 äußert sich Brimann ferner:

„Geehrter Herr Doktor! Um der Wahrheit Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sehe ich mich zu folgender Mitteilung über die Person des Herrn Professor Rohling veranlaßt: Herr Professor Rohling nahm im Jahre 1884 mehrere Monate hindurch bei mir Unterricht in Talmudicis, wofür er mir meinen ganzen Unterhalt gab. Der Unterricht bestand anfangs darin, ihn im Lesen der rabbinischen Schriften zu unterweisen, dann aber begann ich mit ihm die leichtesten Stellen aus dem Traktat Aboda Zara zu übersetzen. Doch mußte ich das Unterrichten aus diesem Grunde aufgeben, weil das Lesen der rabbinischen Schriften dem Herrn Professor Rohling so schwer fiel, daß an eine Möglichkeit, ihm das Übersetzen jemals beizubringen, nicht zu denken war. Merkwürdigerweise veröffentlichte er, während ich ihn unterrichtete, zwei Broschüren, in denen viele Hunderte Zitate aus solchen Büchern vorgeführt sind, deren Originalschrift er nicht einmal zu lesen imstande ist, zum Beispiel „Sohar“, „Schepha Tal“ und dergleichen. Dies ist so sehr der Fall, daß Herr Professor Rohling sich genötigt sah, mir die inliegende, ihm zugekommene Karte (dieses Wort ist durchgestrichen und dafür „Zeitung“ gesetzt) zur Übersetzung einzusenden, weil er dieselbe nicht übersetzen konnte.“

Aron Briman hat nie versucht, der „Neuen Freien Presse“ eine Berichtigung zuzusenden.

Nun ist selbstverständlich der Erzlump Briman für mich alles eher, als ein klassischer Zeuge, Herr Dr. Dinter indes steht für die Glaubwürdigkeit Brimans ein.

Inhaltsverzeichnis

Österreichische Zeitungs- und Druckerei-Aktiengesellschaft, Wien, III. Rüdengasse 11.





